C 21734 E



Mit Bahro zurück ins Mittelalter S.37

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg.12 Nr.2 27 15.11.82

4 DM
Förderpr. DM 5



Zigtausende auf der DGB-Demo in Hamburg am 6.11.82 (Photo: H.W.)

Regierungswechsel – neue Politik des DGB?

Weit über eine halbe Million Arbeiter und Angestellte haben in den letzten Wochen gegen die Krisenpolitik des Kapitals protestiert. Diese Demonstrationen sind von ihrer Größe her nur mit den Demonstrationen Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre zu vergleichen, als sich die westdeutsche Arbeiterklasse gegen Restauration und Remilitarisierung zur Wehr setzte. Damals wie heute waren Demonstrationen in dieser Größenordnung nur möglich, weil der Gegner nicht eine SPD- sondern eine CDU-Regierung war. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die DGB-Führer ihre Kundgebungstermine erst dann beschlossen haben, als der Rechtsputsch in Bonn in greifbare Nähe gerückt war. Erst als die Rechtskoalition an der Macht war, gab es auch in den DGB-Führungsetagen einhelligen Zuspruch für die Demonstrationen. Immerhin wurde die Gefahr gesehen, daß eine Bewegung gegen den Sozialabbau ohne den DGB entstünde. So meinte Loderer, „ein Protest gegen die soziale Unausgewogenheit ... könne man nicht Einzelkämpfern und auch nicht irgendwelchen Randgruppen überlassen..." („FAZ", 24.8.)

Wie wenig die DGB-Führer überhaupt noch an eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten denken, zeigen die zahlreichen Äußerungen von Gewerkschaftsführern, die sich zwar gegen Blüm's Lohnpause verwahren, gleichzeitig aber anläßlich der nächsten Tarifrunde nur einen Inflationsausgleich durchsetzen wollen. Schon jetzt ist die Rede davon, daß in der nächsten Tarifrunde nicht mehr als eine drei vor dem Komma zu holen ist.

Angesichts weitverbreiteter Hoffnungen in der Linken, die Gewerkschaften würden angesichts der Krise jetzt wirklich eine Gegenkraft aufbauen, womöglich sogar unabhängig von der Sozialdemokratie, wollen wir das, was in den Gewerkschaften in den letzten Wochen gelaufen ist, kurz darstellen, um zu prüfen, ob es Anlaß für solche Hoffnungen gibt.

Fortsetzung auf Seite 4

„Nachrüstung": Viel höher als angegeben!

Wieviel neue Mittelstreckenraketen sollen in Europa stationiert werden? Der „Stern" (14.10.) hatte berichtet, daß pro Abschußfahrzeug zwei Pershing-Raketen und zusätzlich einige Reserve- und Übungsraketen in den entsprechenden US-Ausschüssen bereits g e n e h m i g t seien. Summa summarum sollten 372 Pershing II in die BRD kommen; 385 sollen insgesamt gebaut werden. Schon am 19.4. hatte der „Spiegel" berichtet, daß ein Armee-Sprecher vor dem Kongreß erklärt habe, daß 226 Pershing II bestellt seien — als „Spielraum bei Tests". Nun dürften hoffentlich noch einige weitere Raketen vom Himmel fallen, aber schon damals zitierte der „Spiegel" Regierungsbeamte, die in der „Washington Post" davon sprachen, daß man sich mehr als die offiziell stets genannten 108 Raketen für Europa offenhalte. Anläßlich seiner US-Reise wurde diese Version von Kriegsminister Wörner b e s t ä t i g t. Diese Verdoppelung der Raketen werde es aber nicht geben, verkündete Wörner. Bestätigt wurde auch, daß die Verdoppelung vorgesehen war, *„ohne daß darüber ein öffentliches Wort gefallen wäre"* (FAZ, 11.11.). Über die 86 ‚Reserve'-Raketen schwieg Wörner sich allerdings aus (die sollen offenbar doch kommen). Es ist weiterhin Erstaunliches zu hören: 1500 Ra-

Fortsetzung auf Seite 2

Türkei — eine konstitutionelle Diktatur

Kaum überraschen konnte das Ergebnis der Volksabstimmung über die neue türkische Verfassung, mit der am 7. November die erste Etappe der hierzulande vielgelobten 'Demokratisierung' abgeschlossen wurde. Über 90% "Ja"-Stimmen und weniger als 10% "Nein"-Stimmen werden von der Militärjunta als Erfolg für sich und als Niederlage der gesellschaftlichen Opposition verbucht.

Trotzdem in der westeuropäischen Presse die kritischen Berichte über den Verfassungsentwurf überwogen, wurde die durch das Referendum erfolgte Legitimierung der Militärherrschaft aus Europa und den USA postwendend belohnt: die Zahlungen aus der EG-"Sonderhilfe" für die Türkei sollen jetzt wieder aufgenommen werden und die USA wollen ihre Militärstützpunkte in der Türkei weiter ausbauen.

Die Wochen unmittelbar vor dem Referendum blieben der Propaganda des nunmehr für sieben Jahre zum Staatspräsidenten 'gewählten' Generals Kenan Evren vorbehalten, der seine Reisetätigkeit in der Provinz ausdehnte und dem Volk die Annahme der neuen Verfassung anempfahl.

Der von einer 15-köpfigen Verfassungskommission im Auftrag der Militärjunta ausgearbeitete Verfassungsentwurf wurde in den vergangenen Monaten in der türkischen Öffentlichkeit heiß diskutiert. Anfang des Jahres hatte die Junta ehemaligen Parteipolitiken — soweit sie nicht vor dem Putsch in den allerhöchsten Führungsgremien ihrer Parteien Ämter bekleidet hatten —, Institutionen, Gerichten und Berufsverbänden gestattet, sich mit schriftlichen Vorschlägen an die Kommission zu wenden. Auf der Grundlage dieser Stellungnahmen und einer Synopse von Verfassungen verschiedenster anderer Länder hatte die Kommission einen 200§-umfassenden Entwurf ausgearbeitet. Nachdem die rechtsgerichtete Zeitung "Tercüman" dem Hin und Her über den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Entwurfs durch Abdruck wichtiger Passagen kurzerhand ein Ende bereitet hatte, entbrannte im Juli die Debatte in der Öffentlichkeit. Die Generäle, die in der Vergangenheit bei solchen Gelegenheiten eher mit Diskussionsverboten reagiert hatten, ließen diesmal die Zügel lockerer und erlaubten "allen Bürgern, der Preesse und den Institutionen", sich an der Diskussion zu beteiligen.

Fortsetzung auf Seite 8

Grüner Parteitag

Geeint in den Wahlkampf

Streit vertagt!

Sein wesentliches Ziel, die Verabschiedung eines Programms gegen die Arbeitslosigkeit, hat der vom 12. bis 14.11. in Hagen stattgefundene Parteitag der Grünen nicht erreicht. Daß die Beschlußfassung darüber verschoben werden würde, hatte sich schon vor dem Parteitag abgezeichnet. Zu kontrovers standen sich die Meinungen gegenüber. Während auf der einen Seite Rudolf Bahro den *„radikalen Bruch mit dem Industriesystem"* propagiert, (vgl. Artikel in diesem AK) orientiert der linke Flügel vorrangig auf die Übernahme gewerkschaftlicher Forderungen (z.B. 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich) und andere konkrete Maßnahmen. Bahros Konzeption spiegelt sich in abgeschwächter Form in einem Antrag des Bremer Landesverbandes der Grünen wider. Der Entwurf der Bundes-Wirtschafts-AG stellte dagegen die konkreten und von den Bahro-Anhängern als „reformistisch" kritisierten Maßnahmen in den Vordergrund. In den kommenden zwei Monaten soll eine vom Parteitag eingesetzte Kommission auf Grundlage des Papiers der Bundes-Wirtschafts-AG einen veränderten Entwurf erarbeiten, der dann einem außerordentlichen Parteitag im Januar zur Verabschiedung vorgelegt werden soll.

Kaum vereinbare Positionen zeigten sich auch in der Debatte um das Verhalten einer künftigen Bundestagsfraktion gegenüber der SPD, insbesondere in der Frage einer eventuellen Tolerierung einer Minderheitsregierung. Fest steht zur Zeit nur, daß die von den baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Kretschmann und Hasenclever befürwortete Koalition mit der SPD für die Mehrheit der Grünen nicht akzeptabel ist. Thomas Ebermann als Vertreter der „Hamburger Linie" bekam für seinen Redebeitrag ebenso frenetischen Beifall wie wenig später der „fundamentaloppositionell" argumentierende Frankfurter Stadtverordnete Milan Horacek. Mit geringfügigen Erweiterungen wurde schließlich der Antrag des Bundesvorstands zur „Zusmmenarbeit mit anderen Parteien im nächsten Deutschen Bundestag" (vgl. diesen AK) verabschiedet. Der Antrag der Hamburger Delegierten, auch diesen Beschluß zu vertagen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die große Stunde der Linken kam schließlich bei den Neuwahlen zum Bundesvorstand. Mit dem besten Stimmenergebnis (381 von 601) wurde der Hamburger Texaco-Betriebsrat Rainer Trampert, 1978 Bürgerschaftskandidat der Bunten Liste, zu einem der drei Vorstandssprecher gewählt. Darin drückt sich auch das hohe Ansehen aus, das die Hamburger GAL in den letzten Monaten unter den Grünen gewonnen hat. Wilhelm Knabe, Experte für Baumsterben, sauren Regen etc. und Gründungsmitglied der GLU-NRW, erhielt 373 Stimmen. Zusammen mit der im Amt verbliebenen Manon Maren-Grisebach war auch er damit zum Sprecher des Bundesvorstands gewählt. Trampert und Knabe wurden ebenso stürmisch gefeiert wie Rudolf Bahro, der in den erweiterten Vorstand einzog. Lukas Beckmann, bei der Wahl für den geschäftsführenden Vorstand durchgefallen, ließ sich in seinem Amt als Bundesgeschäftsführer bestätigen.

Einen Erfolg erzielten zuguterletzt die grünen Frauen, die auf dem Parteitag zäh, aber erfolglos für bevorzugtes Rederecht gestritten hatten. In der Wirtschafts-Kommission sollen sie mit zusätzlichen Delegierten mitarbeiten und dafür sorgen, daß die Betroffenheit der Frauen von Arbeitslosigkeit und Krisenpolitik ausreichend berücksichtigt wird.

Kein Thema war auf diesem Bundespartag die Frage eines Wahlbündnisses von Grünen, Alternativen und Sozialisten. Dies scheint jedoch nicht nur dem von allen Teilen der Grünen Partei vertretenen Alleinvertretungsanspruch gegenüber der oppositionellen Bewegung geschuldet zu sein, sondern ebenso der Angst, durch ein solches Bündnis könnte das vorsichtig austaxierte Gleichgewicht zwischen „linken" und „rechtem" Flügel in Gefahr geraten.

„Nachrüstung"
Viel höher als angegeben!

Fortsetzung von Seite 1

keten hätten die US-Generäle 1979 noch stationieren wollen (SZ, 12.11.). 1500 - 2000 hätte die NATO-Generalität haben wollen, schrieb die ,,taz'' (1.7.81); dies sei dann auf Drängen der Politiker reduziert worden. Daß jetzt ,,nur'' noch 186 Pershing II in der BRD (statt der offiziell geplanten 108) zu erwarten sind, wertet die bürgerliche Presse als Erfolg der ,,Bündnistreue'' der CDU. Immerhin hat dieses dann 350 Mio. DM für das Strukturprogramm der NATO gekostet, die die BRD ab 1984 in 4 Raten beisteuern will. (Aus diesem Etat werden neue Munitionalager, Flugplätze, gesichertere Atomlager, aber auch die Infrastruktur für die ,,Nachrüstung'' finanziert). Mit diesem Geld konnte offenbar auch den USA eine Verschiebung der ,,Nachrüstung'' von April auf Ende 83 (dem ursprünglich festgelegten Stationierungsdatum) abgekauft werden.

Wiederum ein großer Erfolg der ,,Bündnistreue'', wie man sieht. Kohl und die CDU haben natürlich *,,kein Interesse daran, daß schon im zeitlichen Umkreis der Bundestagswahl vom März die Nachrüstung für Unruhe sorgen könnte''*, meint die FAZ (11.11.).

Davon, daß die Baumaßnahmen auch verschoben würden, war aber nicht die Rede: Es bleibt dabei, daß der Baubeginn bald nach den Wahlen beginnen dürfte.

bleibt dabei, daß der Baubeginn bald nach den Wahlen beginnen dürfte.

,,Unser Nein ist näher gerückt'', verkündete Egon Bahr anläßlich der US-Reise von Wörner. Aber nicht die neuen Zahlen über die ,,Nachrüstung'' waren Bahrs Anlaß, sondern die Äußerung Wörners, daß in Genf auch noch n a c h der Stationierung weiterverhandelt werden könne. Damit verlasse die CDU die bisher bewährte Linie, auf die Verhandlungen in Genf und auf ein positives Ergebnis Druck auszuüben. In das gleiche Horn blies auch Karsten Voigt und der frisch-gebackene Kanzler-Kandidat Vogel, der Gefahr für den ,,Konsensus der im Bundestag vertretenen Parteien'' witterte, daß es nämlich ,,keinen Automatismus'' für die Stationierung 83 geben dürfe (FR, 11.11.). Wie wir schon mehrfach berichtet hatten, will sich die SPD in der Opposition die Option offenhalten, Ende 83 für ein ,,Moratorium'' bei der Stationierung einzutreten. Das stößt bei SPD-Teilen allerdings auf Widerstand: Wörner liege tatsächlich auf dem Kurs der bisherigen SPD-Führung, auch wenn er sich ,,ungeschickt ausgedrückt'' habe, heißt es dort. Die SPD hat auch allen Grund, vorsichtig zu sein. Zwar soll die SPD/FDP-Regierung wegen der ,Reserve'-Raketen in Washington eine Klärung erbeten haben (SZ, 12.11.), aber über den höheren Umfang, bzw. die Verdoppelung der Pershing II auf heimlichem Wege sei *,,zum Erstaunen Wörners ...* (der hat natürlich nichts gewußt — Anm. AK) *die vorherige Bundesregierung ... unterrichtet gewesen''* (FAZ, 11.11.).

So konnte wenige Tage später bereits wieder eine Annäherung festgestellt werden: Bahr

So konnte wenige Tage später bereits wieder eine Annäherung festgestellt werden: Bahr

nahm *,,mit Genugtuung eine Erklärung Wörners zur Kenntnis ..., daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Verhandlungsdruck in Genf zu lockern''* (SZ, 12.11.). Offensichtlich war Bahr in der SPD zur Ordnung gerufen worden; man hatte innerhalb der SPD-Parteispitze *,,eine Art ,Burgfrieden' in allen strittigen Fragen bis zum 6. März beschlossen''* (FR, 11.11.).

Wenn hier schon die Frage nach den Nachrüstungszahlen steht, interessiert uns auch wie viel Cruise missiles nach Europa gebracht werden sollen: Die Zahlen für die bestellten Cruise missiles schwanken zwischen 3000 und 4000, wovon allerdings der Großteil in US-Bombern bzw. auf Schiffen untergebracht werden soll. Dabei nennen Berry, Jr. und F. Clifton in ,,Interavia'' 8/79 immerhin 696 bodenstationierte (GL) CM; die Madison-Gruppe aus konservativen Präsidentenberatern sieht sogar 1000 GLCM vor, wobei der Großteil mit Neutronenbomben zu bestücken sei (s. ,,taz'', 1.7.82). Offiziell wird immer noch die Zahl 464 genannt!...

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Dieser Auflage ist eine Flugschrift des Arbeitskreis Leben (AKL) beigelegt. Wir bitten um gebührende Beachtung.

NATO-Chef Rodgers präsentiert neue Strategie:
Anti-Atom-Gruppen wollen das gleiche wie ich

Mit populären Slogans präsentiert der NATO-Oberbefehlshaber, US-General Rogers, seit einigen Wochen eine angeblich neue Strategie, die die geltende NATO-Strategie der ,,flexible response'' weiterentwickeln soll: *,,Europa kann ohne Atomwaffen verteidigt werden''* (FR,1.10.); *,,...wie die ,Friedensbewegung' wolle er die Atomwaffen bannen...''* (WELT,3.11.); *,,Antiatomgruppen wollen das gleiche wie ich''* (FR,9.10.); *,,Die NATO...erstrebet das gleiche Ziel wie die Pazifisten: den Frieden''* (WELT,27.10.).
Rogers' Plan : ***,,Weniger Atomwaffen, mehr konventionelle Rüstung(...)Künftig soll die Allianz weniger Atomwaffen und dafür mehr hoch moderne konventionelle Waffen bereithalten''*** (,,Hamb.Abendblatt'',22.10.).

Nachdem jahrelang die atomare Hochrüstung der NATO mit der Lüge von der konventionellen Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten legitimiert wurde, der schon aus Kostengründen von der NATO nicht konventionell, sondern nur atomar zu begegnen sei,darf man demnächst also das Gegenteil glauben (und bezahlen). Sicher denkt weder Rogers noch sonst jemand aus seinen Kreisen daran, die atomare Kriegsfähigkeit der NATO zu beschneiden. Im Gegenteil. Aber Rogers versteht die von ihm initiierte Debatte als einen Beitrag, der die *,,wachsende Abneigung gegen atomare Waffen in Westeuropa(...) berücksichtigt''* (FAZ,30.9.82). Was dies für Rogers heißt, sei genauer dargestellt.

„Airland Battle 2000"

Unter diesem Titel steht eine Studie der USA, die seit einigen Jahren Planungen und Forschungen in den NATO-Zentralen bestimmt, die dort unter dem etwas aufschlußreicheren Titel *,,Angriff auf die Kräfte der zweiten Welle''* laufen. Es geht dabei um die Fortentwicklung der seit 15 Jahren gültigen Strategie der ,,abgestuften Vergeltung'' (flexible Response), die den Einsatz von Atomwaffen von dem Punkt an vorschreibt, an dem die Militärs glauben, mit konventionellen Waffen nicht mehr weiter zu kommen. Der Einsatz atomarer Kriegsmittel soll stufenweise erfolgen, d.h. sowohl durch atomare Waffen kurzer Reichweite (ein paar dutzend Kilometer), als auch gegen die ,,zweite Front'', die im Hinterland des Gegners in Form von Verkehrsknotenpunkten, Truppen- und Panzerkonzentrationen, Kommunikationsanlagen, Flughäfen usw. besteht. Die gesamten strategischen Einrichtun-

land des Gegners in Form von Verkehrsknotenpunkten, Truppen- und Panzerkonzentrationen, Kommunikationsanlagen, Flughäfen usw. besteht. Die gesamten strategischen Einrichtun-

gen des Gegners, einschließlich der sowjetischen Flotte und des Oberkommandos, sollen nach der NATO-Strategie (auch Mithilfe der ,,Nachrüstung'') ständig vom ,,selektiven'' atomaren Erstschlag bedroht sein.
,,Grundgedanke der neuen Strategie'', so die FR vom 9.10.,sei es, *,,bei der Abwehr eines übermächtigen Angreifers den Einsatz atomarer Gefechtsfeldwaffen überflüssig zu machen''*. Gemeint sind die atomaren Kurzstreckenwaffen (Artillerie, LANCE, etc.), von denen etwa 7000 von den USA auf europäischem Boden bereitgehalten werden. ,,Überflüssig machen'' ist allerdings eine grobe Verfälschung dessen, was Rogers in einem ,,Spiegel''-Interview so umriß: *,,Eine (verbesserte) konventionelle Fähigkeit würde unsere Abschreckung verstärken, die nukleare Schwelle erhöhen und uns vielleicht die Möglichkeit verschaffen, die Zahl der Kernwaffen mit kurzer Reichweite zu verringern''* (,,Spiegel'',23.8.).

Modernisierung der taktischen Atomwaffen

Bevor wir uns eingehender den konventionellen Plänen zuwenden, erst einmal zu den 7000 taktischen Atomwaffen, deren Zahl Rogers ,,v i e l - l e i c h t v e r r i n g e r n'' möchte. Bereits vor zwei Jahren wurden nach offiziellen Angaben 1000 davon aus Europa abgezogen. Über diesen einmaligen Akt von einseitiger Abrüstung schwärmte die Presse nur wenige Tage und verfiel anschließend in verschämtes Schweigen. Denn: offenes Geheimnis ist, daß es sich damals lediglich um den Abzug veralteter Systeme handelte.

Die Zahl der Sprengköpfe ist bei 7000 geblieben (s.Faksimile: ,,Bluff mit Bomben''). Von diesen 7000 Sprengköpfen sind 3000 für die Artillerie (bis 25 km), bzw. Minen (ca. 300), 3000 Flugzeugbomben und 1000 für Raketen. Etwa 5000 sind davon in der BRD gelagert (lt. ,,Europäische Wehrkunde'' 10/79). Sowohl für die Strategie als auch für die Waffen war schon in den 70er Jahren eine Runderneuerung abgemachte Sache. Angeschafft wurden diese Waffen im Rahmen einer Strategie, bei der Atomwaffen die ,,Fortsetzung der Artillerie'' darstellten, wie es Adenauer seinerzeit zu bagatellisieren liebte.

Bluff mit Bomben

Trotz der offiziellen Mitteilung des US-Verteidigungsministeriums, die Vereinigten Staaten hätten im vergangenen Jahr als »Geste des guten Willens« gegenüber der Sowjetunion 1000 Atomsprengköpfe aus Europa abgezogen, hat sich die Gesamtzahl der Nuklearbomben nicht verringert. Wie schon in den Jahren zuvor führt die neueste Inventarliste des Pentagon 7000 in Europa, vornehmlich in der Bundesrepublik, gelagerte Bomben auf. Das Rätsel löste jetzt der Washingtoner Militärexperte William Arkin: Das Pentagon habe aus Europa 1000 Honest-John-Sprengköpfe abgezogen, die längst ausgemustert und bei der offiziellen Bestandsaufnahme seit 1974 nicht mehr mitgezählt wurden. Eine Inventarliste des sowjetischen Verteidigungsministeriums wird nicht veröffentlicht.

aus: „Stern" vom 11.6.81

,,Was diese Tatsache für unser Land bedeutet, wurde bereits 1955 bei dem NATO-Planspiel ,Carte Blanche' für die Eingeweihten sichtbar, da dabei der Einsatz von 335 Kernwaffen - davon 286 auf dem Bundesgebiet - angenommen wurde. Im Ernstfall hätte die Bundesrepublik Deutschland im Resultat eines solchen Bombardements von zwei Tagen etwa 1,5 Mio. Tote zu beklagen gehabt; und die Menge von 3,5 Mio. Verwundeten wäre zu versorgen gewesen.
Da eine solche Konzeption, die derartige Wirkungen einkalkulieren muß, als ein Dispositiv zur Abschreckung des gegnerischen Blockes auf die Dauer

Da eine solche Konzeption, die derartige Wirkungen einkalkulieren muß, als ein Dispositiv zur Abschreckung des gegnerischen Blockes auf die Dauer

nicht glaubwürdig bleiben kann, sondern womöglich die Einschüchterung des eigenen Lagers zeitigen würde, zielte die Entwicklung der Kurzstreckenwaffen auf Verkleinerung ihrer Detonationswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung ihrer Wirkung bei selektiven Einsätzen''. (aus EW 10/79: Wolfgang von Raven: ,,Wegkreuzung in der grauen Zone''). Das Ergebnis waren z.B. ,,earth penetrators'': Bomben,die sich vor der Explosion in den Boden bohren; sie sind für die Pershing II vorgesehen. Ziel sind Bunkereinrichtungen (Kommandozentralen, Raketenstellungen), Flugplätze, u.ä. . Ein Ergebnis war auch die Neutronenbombe für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld (für Artillerie mit 155 und 203 mm und für Lance-Raketen), deren Produktion zwar angelaufen ist, aber deren Stationierung in der BRD zumindest in ,,Friedenszeiten'' erst einmal nicht vorgesehen ist.
Schon 79 hieß es: ***,,Durch die geschilderten Entwicklungen, sowie durch die Möglichkeit, die Raketenladungen, Artilleriegranaten und Flugzeugbomben auf unterschiedliche Detonationswerte einzustellen, würde für Amerika mit der Verfeinerung der Atommunition, die in Europa lagert, in absehbarer Zeit deren Verringerung vorstellbar.''***
Doch wie man sieht, setzt die Verringerung erst einmal die Runderneuerung voraus. Schaut man sich allein die Planungen für neue Trägersysteme an, so ist da neben der ,,Nachrüstung'' mit 572 Trägersystemen einiges im Gange: Wie erwähnt wurden 1000 Honest John durch LANCE-Raketen ersetzt. Im März meldete der ,,Spiegel'' (am 9.3.): *,,Im Grundsatz einigte sich Apel mit seinen Spitzenmilitärs und Spitzenbeamten während einer dreitägigen Klausurtagung in der vergangenen Woche sogar auf einige Zukunftsprojekte''*: Genannt werden neue Pershing II a (oder I b) - Raketen mit einer Reichweite von 740 km, die die bisherigen Pershing I a der Bundeswehr (72) ersetzen sollen. *,,Eine Entscheidung über den Erwerb eines Nachfolgemodells für die ,,Pershing I a'' - Raketen...steht derzeit nicht an''*, hatte das Bundesverteidigungsministerium noch im Februar gelogen, als erste Meldungen darüber aus den Niederlanden bekannt wurden (FAZ,18.2.). Genannt wird das System ,,PATRIOT'', das die NIKE-Hercules ersetzt: 28 Feuer-Einheiten, d.h. 54 Fahrzeuge mit je 4 Starterrampen will die Bundeswehr für 3 Mrd. DM zwischen 1986-89 beschaffen (,,Europäische Wehrkunde'' 8/82). In den USA hat die Umstellung bereits begonnen, wobei die Ausstattung der in der BRD stationierten 7. US-Armee absoluten Vorrang hat: 410 Mio. Dollar für 1982 (5 Einheiten) und im Haushaltsjahr 1983 490 Mio. für 183 Flugkörper (EW, ebenda). Hinzu kommt - wie erwähnt - die Umstellung der Atomsprengköpfe auf verstellbare Detonationsgrößen - von einer teilweisen oder gar vollständigen A b s c h a f -

(EW, ebenda). Hinzu kommt - wie erwähnt - die Umstellung der Atomsprengköpfe auf verstellbare Detonationsgrößen - von einer teilweisen oder gar vollständigen A b s c h a f -

f u n g dieser Waffen kann überhaupt nicht die Rede sein. Inzwischen kommt hinzu, daß ,,endlich'' auch die Einbeziehung der (rund 200) französischen taktischen Atomwaffen in diese Planung in Sicht ist, womit seinerzeit noch Verteidigungsminister Leber aufgelaufen war, als er die 24 Pluton-Raketen

Wörner schwärmt für Rodgers-plan

Wörner, Mitarbeiter am Rogers-Plan kommt im Gespräch mit Adalbert Weinstein (in der FAZ,vom 12.11. wiedergegeben) ins Schwärmen, daß damit *,,die klassische Verteidigung der NATO in eine neue Dimension gestoßen werden könne... Die atomare Abschreckung solle auf keiner Stufe der Strategie der flexible response durch herkömmliche Waffen ersetzt werden... Militärtechnisch sieht das ... so aus: Das Gefechtsfeld des möglichen Feindes würde durch Präzisionswaffen auch in seiner Tiefe bedroht. Mit diesen Waffensystemen könnte man die erste Staffel der Truppen des Warschauer Paktes von der nachfolgenden zweiten und dritten Staffel trennen. Die Angriffsverbände des Feindes würden von ihrer Versorgung und den Reserven isoliert. Die gegnerische Luftwaffe würde mit den Präzisionswaffen im operativen Aufmarschgebiet schon vernichtet... Deutlicher kann nicht gesagt werden, daß mit dem Rogers-Plan keine neue Strategie eingeführt werden soll... Die NATO-Doktrin werde damit beweglicher. Das aber heißt, daß auch unsere Sicherheitspolitik flexibler wird. Nach innen, weil wir den Atompazifismus im Westen mit Anhebung der Atomschwelle begegnen können. Nach außen, weil wir gelassener mit den Sowjets über Abrüstung verhandeln können...Die Umrüstung könne nur mittelfristig bezahlt werden. Sie fordere auch den Verzicht auf schon manche geplante und genehmigte Rüstung auf anderen militärischen Feldern. Sie wird sogar eine Erhöhung des Wehretats verlangen. Aber die Alternative heißt nun einmal: Abschreckung oder Verlust der Freiheit.''*

einbeziehen wollte (s. EW 9/75). Anläßlich des letzten deutsch/französischen Treffens berichtete die WELT (24.10.): *„Bei den Beratungen...ging es offenbar konkret vor allem um eine Koordinierung der Zielplanung für französische taktische Atomwaffen. Es handelt sich um die Raketen Pluton mit einer Reichweite von 120 Km und um die Hades, die in den neunziger Jahren eingeführt werden soll, mit einer Reichweite von 350 km".* Frankreich modernisiert seine Atomstreitkräfte im Rahmen eines Fünfjahresplanes von grundauf und sieht hierfür eine jährliche Steigerung des entsprechenden Atom-Kriegsetats um sage und schreibe mehr als 25% vor (WELT,9.10.). Dazu gehört auch die Entwicklung einer Neutronenbombe, die derzeit getestet wird.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

Es ist offensichtlich, daß die NATO beabsichtigt, die Anzahl ihrer atomaren Gefechtsfeldwaffen in Europa zu reduzieren. In diese Richtung gibt es einheitliche Ankündigungen wichtiger Militärsprecher, wofür hier nur einige stellvertretend benannt sein sollen: So erklärte der damalige Verteidigungsminister Apel, die BRD solle darauf drängen, *„daß die Zahl und Art der atomaren Sprengköpfe in Europa überprüft werden mit dem Ziel, sie deutlich zu vermindern... Die NATO stelle solche Überlegungen gegenwärtig erneut an"* (WELT,9.6.). Noch vor seiner Amtszeit erläuterte der jetzige Verteidigungsminister Wörner (CDU), nach eigener Aussage Mitarbeiter an dem Rogers-Plan, seinen Plan, *„der einen großen Teil der in Europa stationierten Atomwaffen überflüssig machen könnte".* Dies könne - so Wörner - durch *„die Entwicklung neuer (konventioneller) Abwehrwaffen"* geschehen (FR,22.5.). Unmittelbar nach Kohls Regierungsantritt berichtete der „Spiegel", daß sich die neue Bundesregierung für einen Abzug taktischer A-Waffen einsetzen werde, um die „Nachrüstung" besser durchsetzen zu können (4.10.).

Die Friedensbewegung tut gut daran, diesen Bluff zu entlarven. Bei verstellbaren Detonationswerten werden sowieso weniger Sprengköpfe gebraucht. Der bisherige Zahlensalat (die Angaben reichen von 5000 bis 10000 Sprengköpfen; s. FR,24.1.79) erlaubt es, wie schon 1980 vom Abzug solcher Atomwaffen zu reden, wobei es sich dann nur um einen Austausch im Zuge der Modernisierung handelt. Und drittens können die Waffen in Krisenzeiten ohne weiteres wieder herbeigeschafft werden, wie dies auch für die Neutronenwaffe geplant ist. Immerhin besitzen die USA weltweit verteilt ca. 22000 taktische Nuklearsprengköpfe (s. Leitenberg, Milton im SIPRI-Bericht: „Tactical Nuclear Weapons: European Perspectives", London, 1978).

Die konventionellen Pläne

Die konventionellen Pläne

Ein Ziel der neuen NATO-Planungen ist die Steigerung der konventionellen Fähigkeiten. Bestandteile dieses Konzeptes, das bisher nur bruchstückhaft bekannt wurde, seien hier kurz dargestellt. Schon bislang gilt bei der NATO die Überzeugung, daß sie mit konventioneller „Vorneverteidigung" (ohne Atomwaffen) in der Lage sei, die 1. Welle eines Angriffes des Warschauer Pakts zu zerschlagen. Meinhard Glanz, Heeresinspekteur der Bundeswehr, erklärte dazu im „Stern"-Interview (11.11.): *„Ich kenne keinen Brigadekommandeur in der Bundesrepublik, weder beim deutschen Heer noch bei unseren Verbündeten, der nicht fest davon überzeugt ist, daß er den Ansturm der ersten Welle ohne Kernwaffen auffangen kann. Das weiß glücklicherweise auch der mögliche Gegner. Mit den Soldaten und Waffen, die wir zur Zeit haben, und unserer sorgfältigen Planung haben wir die feste Gewißheit, daß wir uns erfolgreich verteidigen können gegen alles, was ein Gegner in den ersten Tagen aufbieten kann".*

Die neue Planung geht darüber erheblich hinaus: sie soll eine konventionelle „Vorwärtsstrategie" (sprich Angriff) bis in die 2. Welle des Gegners hinein erlauben, d.h. bis Polen.

Die Einführung weitreichender, zielgenauer Raketen und Cruise missiles, *„die eine Masse kleiner, nichtatomarer, treffsicherer Lenkflugkörper in die Aufstellungsräume des Angreifers tragen"* (FR,9.10), um *„die ‚zweite Welle' der Angriffsarmeen des Warschauer Paktes...bereits in der Aufmarschphase entscheidend zu dezimieren"* (WELT,30.9). Um für die Raketen die Voraussetzungen zu schaffen, will man *„sehr genaue und schnell arbeitende Aufklärungsmittel"* anschaffen: Radarsysteme, Datenverarbeitungslagen, Lenksysteme etc., die die Beobachtung des Feindes und die Lenkung der eigenen Raketen ermöglichen sollen. Wer sich ein wenig mit der letzten israelischen Vorwärtsverteidigungsexpedition in den Libanon hinein beschäftigt hat, der wird eine vage Vorstellung von dem haben, was die NATO derzeit vorbereitet. Allerdings in einer um ein Vielfaches größeren Dimension. *„Als Aufklärungsmittel für das Erkennen der Standorte der weit im Hinterland des Warschauer Paktes heranrückenden Armeen der sogenannten zweiten strategischen Staffel (zwischen 300 und 800 Kilometer) sollen neue Radar-Flugzeuge wie das ‚TR 1' (Nachfolger der ‚U 2'), Radar-Hubschrauber, Awacs-Flugzeuge und Satelliten genutzt werden"* (Rogers lt. WELT,30.9.). Offenbar bereits vorhanden ist *„die Fähigkeit, die Radaranlagen des Gegners ‚blind' zu machen und die elektronische Kommunikation zwischen den zentralen Befehlsstellen des Warschauer Paktes und den operativen Verbänden zu unterbrechen".* (FAZ,30.9.) Sehr allgemein wird auch von der Einführung von Laser-Waffen („Hamb.Abendblatt",22.10.) sowie von chemischen Waffen (WELT,27.10.) gesprochen. Ebenso wird sehr allgemein auch die Verbesserung der See- und Luft-Kriegsfähigkeit angesprochen (FAZ,30.9.). Die Finanzierung dieses Programms ist für Rogers ein Kinderspiel: Die Belastung betrage *„für den deutschen Teil 40 DM pro Kopf der Bevölkerung jährlich bis 1988"* (WELT,27.10.) und es sei möglich, wenn die Kriegsetats der NATO-Staaten jährlich real um vier Prozentpunkte gehoben würden (FR,9.10.).

Kritik an Rogers

Rogers erntete bei seinem Versuch, die Pläne zur weiteren konventionellen Hochrüstung dadurch populär zu machen, daß er sie in einen Widerspruch zur atomaren Hochrüstung setzte, eine Menge Kritik aus den eigenen Reihen. Glaubt man der WELT (19.10.), so wurde Rogers sogar vom NATO-Rat gescholten: *‚Rogers soll weiter den Eindruck vermeiden, er könne mit den neuen Techniken die Atomwaffen sozusagen völlig aus dem Verteidigungsdispositiv der Allianz verbannen. Dies wecke (...) in der Sowjetunion wie auch bei den Gegnern der offiziellen Verteidigungspolitik der NATO falsche Vorstellungen. Es scheint so, als komme Rogers den ‚Friedensbewegungen' entgegen und propagiere eine Verteidigung ohne Atomwaffen. Dies(...) müsse korrigiert werden.(...) Schließlich solle Rogers den Eindruck vermeiden, als seien die Verteidigungsdefizite der Allianz dadurch reparabel, daß in diesem Jahrzehnt die Rüstungsausgaben um real vier Prozent steigen(...)".* In der Tat „sorgt" sich Rogers sehr um die Friedensbewegung. In dem „Spiegel"-Interview (23.8.) erklärte er sich: *„Ich habe immer drei Gruppen in diesen Strömungen* (der Friedensbewegung - Anm. AK) *ausgemacht. Eine besteht aus Helfern und Anhängern der*

sen Strömungen (der Friedensbewegung - Anm. AK) ausgemacht. Eine besteht aus Helfern und Anhängern der

Sowjets.(...) Die kann man beiseite lassen. Eine andere sind die jungen Leute auf beiden Seiten des Atlantik, die für jeden Anlaß auf die Straße gehen, weil sie gern demonstrieren. Auch die kann man beiseite tun. Eine dritte Gruppe halte ich freilich für sehr wichtig. Das sind die Nachdenklichen, jung und alt, die sich wirklich Sorgen machen über die Gefahr eines Krieges und die nach Wegen suchen, wie man ihn verhindern kann.(...) Der dritten Gruppe (...) müssen wir uns zuwenden".

Henry Nannen will ihm dabei offenbar helfen. Im "Stern" (4.11.) schrieb er: *„Wir sollten den Plänen zur atomaren Aufrüstung mit landgestützten Raketen noch heute abschwören und dafür sorgen, daß die konventionelle Verteidigungskraft Europas, vor allem der Bundeswehr, auf den wirkungsvollsten Stand gebracht wird. Solange England und Frankreich über Atomwaffen verfügen, und solange in der Luft die fliegenden Atomfestungen der Amerikaner und in den Meeren die Atom-U-Boote der NATO präsent sind, bleibt das Risiko eines atomaren Angriffs für die Sowjets unkalkulierbar. Einen konventionellen Angriff aber - wenn er denn käme - könnte nur eine mit Verteidigungswaffen lückenlos ausgerüstete Bundeswehr abwehren".*

Offensichtlich halten die Militärs und ihre Politiker die „Nachrüstung" mit Pershing 2 und Cruise missiles bereits für im Grund abgeschlossen und beginnen ihre Propaganda für die „Nachrüstung" auch im konventionellen Bereich. Die Umkehrung der Argumentation - mehr konventionelle Waffen = weniger Atomwaffen - ist zwar einfältig, aber nicht ganz ohne Erfolgsaussichten. Es wäre nicht weiter verwunderlich, wenn die SPD nach der vollendeten atomaren „Nachrüstung" mit der Parole hausieren geht: „Nur ein mehr an konventioneller Verteidigungskraft wird den Abbau atomarer Mittelstreckenraketen ermöglichen können".

Auszug aus dem Artikel:

Europäische Nuklearstreitkräfte der NATO: Ein umfassendes militärisches Konzept

erschienen in:
„Europäische Wehrkunde" 7/81

Von Donald R. Cotter

Donald Cotter, derzeit Präsident von DRC/LTD (Beratungsunternehmen für technische und politische Fragen) bekleidete in der Vergangenheit mehrere hohe Regierungsposten und war zuletzt von 1973 bis 1978 Leiter der Abteilung Atomenergie im Verteidigungsministerium. Davor war er Spezialberater des Direktors der CIA (1973), Direktor der Abteilung Internationale Sicherheitsfragen bei der US-Atomenergiekommission (1972-73) und stellvertretender Direktor der Advanced Research Projects Agency (1970–72). Von 1961–66 war Cotter als Direktor der Abteilung Systemplanung im Sandia National Laboratory der US-Atomenergiekommission tätig.

Der konventionelle Gegenschlag der NATO

Ungeachtet der Notwendigkeit, die Option eines nuklearen Ersteinsatzes zu erhalten, wird die NATO einem Angriff des WP vermutlich zunächst konventionell begegnen. Zur erfolgreichen Abwehr eines Angriffs muß es den NATO-Streitkräften möglich sein, dem angreifenden Feind durch Abnutzung ein Höchstmaß an Verlusten zuzufügen. Z. B. könnte eine Durchbruchsoperation von WP-Truppen mit einem Kräfteansatz von 600 Panzern, 500 Schützenpanzern, Artillerie in Stärke von 50 Batterien, rund 200 Boden-Luft-Raketen und Fla-Geschützen und über 300 Lkw geführt werden. Es ist möglich, daß sechs derartige Durchbruchsversuche gleichzeitig angesetzt werden.

Diese Kräfte abzuwehren, mag schwierig sein, ist aber nicht unmöglich, wenn die angemessenen Modernisierungsmaßnahmen unternommen und einige Kräfte, insbesondere die taktischen Luftstreitkräfte der NATO, neue Aufgaben erhalten. Die Luftstreitkräfte der NATO werden täglich möglicherweise 4000 bis 6000 Angriffseinsätze zu fliegen haben. Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, müßten alle Einsatzflugplätze der NATO im Hochbetrieb arbeiten und voll einsatzfähig erhalten werden. Angesichts des Angriffspotentials des WP ein äußerst schwieriges Unterfangen! Die Zahl der zur Abwehr der genannten Durchbruchsoperationen notwendigen erfolgreichen konventionellen und mit den heute vorhandenen Waffensystemen (Eisenbomben und präzisionsgesteuerte Waffen mit niedriger Schußfolge) durchzuführenden Einsätze überfordert die derzeitige Kampfkraft der NATO ganz erheblich. Hochent-

folge) durchzuführenden Einsätze überfordert die derzeitige Kampfkraft der NATO ganz erheblich. Hochent-

wickelte flächendeckende Kampfmittel und bessere Streusysteme könnten die Zahl der Einsatzflüge um das Zehn- bis Fünfzehnfache verringern.

Man hat errechnet, daß zur Vernichtung der im Zuge einer wie vorstehend geschilderten Durchbruchsoperation eingesetzten Kräfte folgende Einsätze mit Erfolg durchzuführen sind:

- 5500 Einsatzflüge mit einem Verbrauch von 33000 t an ungelenkten Schwerkraftbomben
- 600 Einsatzflüge mit einem Verbrauch von 3000 t an ungelenkter panzerbrechender Submunition
- 50–100 Einsatzflüge mit einem Verbrauch von 500 t an endphasengesteuerter panzerbrechender Submunition (TGSM).

Eine Tonne TGSM könnte gegen eine kompaniestarke gepanzerte Einheit etwa dieselbe Wirkung erzielen wie eine Fissionswaffe mit niedrigem Sprengwert oder eine Neutronenwaffe.

Um den materiellen Abwehraufwand auf ein handhabbares Maß zu reduzieren, ist es dringend notwendig, die taktische Kampfkraft der Luftstreitkräfte konventionell zu verstärken. Dazu zählt insbesondere die Einführung moderner Streusysteme für Flächenwaffen, um die Waffenlast moderner Kampfflugzeuge voll zur Wirkung zu bringen. Die Bundesrepublik Deutschland hat für das MRCA „Tornado" einen derartigen Streubehälter sowie die dazugehörige Munition entwickelt. Mit diesem System ist es möglich, aus einer Flughöhe von 30 m in weniger als einer Sekunde auf eine Fläche von 500 × 100 m mehrere Tausend Geschosse zur Wirkung zu bringen. Ein Abstands-Streusystem (um Zielüberflüge zu vermeiden und der Wirkung feindlicher Fla-Waffen zu entgehen) wurde entwickelt, das in alle Jabo-Typen der NATO-Luftwaffen eingebaut werden kann und für den Verschuß vorhandener sowie künftiger Munitionsarten (z. B. endphasen-gesteuerter Submunitionsarten) geeignet und genormt ist. Die Entwicklung präzisionsgesteuerter Hartstruktur-Munitionstypen zur Abriegelung von Verbindungslinien der Truppen der einzelnen Staffeln (Verzögerung und Zersplitterung) und zur Vernichtung von Führungs- und Fernmeldeanlagen muß ebenso beschleunigt werden wie die Entwicklung modernisierter Munitionsarten mit Zielsuchkopf zur Flächenbekämpfung gegen Panzer und Radfahrzeuge energisch voranzutreiben ist. Die von den US-Land- und Luftstreitkräften und der Defense Advanced Research Projects Agency befürwortete Boden-Luft-Rakete ASSAULT BREAKER, die endphasen-gesteuerte Submunition ins Ziel trägt, muß finanziert und beschafft werden, um den Angriffsflugzeugen der USA und ihrer Verbündeten (die B 52 eingeschlossen) eine Abstandswaffe an die Hand zu geben.

Ein integriertes Operations- und Planungskonzept

Ein integriertes Konzept für die Operationen nuklearer und konventioneller Streitkräfte ist für den Erfolg der Verteidigung eine unabdingbare Voraussetzung. Für diese Kräfte stellen sich zwei Hauptaufgaben. Die konventionellen NATO-Streitkräfte müssen qualitativ verbessert und von der Gliederung her in die Lage versetzt werden, den angreifenden Truppen der 1. und 2. Staffel vernichtende Verluste zuzufügen (annihilating losses). Nach sowjetischer Definition bedeutet „annihilation" die Vernichtung eines Truppenteils zu 60 % und mehr.

Die NATO-TNF und die der NATO-Triade zugeteilten Elemente der strategischen Streitkräfte der USA erhalten den Auftrag, die Offensivkräfte des WP unter dem Risiko des Atomschlages zu halten und sie dadurch zur Auflockerung zu zwingen, Führung, Mobilität und Massierung von Kräften zu behindern und sie nicht-nuklearen Angriffen gegenüber verwundbarer zu machen.

In der Tat ist das vorgeschlagene Konzept für Vorplanung, Zielplanung und das Üben auf kontinuierlicher Basis eine ziemlich genaue Entsprechung dessen, was der US/NATO-gemeinsame Zielplanungsstab im Rahmen des Single Integrated Operational Plan (SIOP) und des SACEUR Nuclear Operational Plan (NOP) bei den strategischen Streitkräften heute schon praktiziert. Bei Einführung dieses Konzepts in die NATO würden in die vorgeplanten Zieloptionen die Masse der Kräfte der WP-Armeen, die nuklear und chemisch einsatzfähigen Truppen der Land- und Luftarmeen sowie die der NATO gegenüberstehenden Boden-Boden-Raketen der Sowjetarmee mit einbezogen. Ein Schlüsselelement des Konzepts wäre die Perfektionierung eines europaweiten Informationssystems. Einer der Hauptmängel, unter denen die NATO leidet, ist das Fehlen rechtzeitiger Informationen über Status und Standort von WP-Streitkräften. Die NATO benötigt diese Informationen, um feindliche Kräfte orten und bis in die Tiefe des Raumes hinein mit Erfolg bekämpfen zu können.

Auch hier ist es wieder so, daß die technologischen Komponenten solch eines europaweiten Informationssystems bereits vorhanden sind – sie bedürfen nur noch des Aneinanderkoppelns.

Diese Hauptkomponenten sind:

- Signalsensoren und luftgestütztes Ortungsradar (und andere Sensoren), die Feindverbände (die funken oder sich auf dem Marsch befinden) schnell und präzise ausmachen;
- Billige Digital-Datenverarbeitungssysteme und Darstellungssysteme, die eine auf „Informationen ohne Zeitverzögerung" basierende Bearbeitung operationell bedeutsamer und dem Truppenführer schnell zur

Zeitverzögerung" basierende Bearbeitung operationell bedeutsamer und dem Truppenführer schnell zur

  Kenntnis zu bringender Feindnachrichten ermöglichen;
- Gitternetzsysteme zur Integration von Informationen über NATO- und WP-Streitkräfte auf *ein* Bezugsnetz.

Die Führung würde durch Schaffung und Einführung eines europaweiten Informationssystems mit entsprechend verbesserter und umfassenderer Nachrichtengewinnung erheblichen militärischen Nutzen ziehen (frühere Warnung vor einem Angriff, rechtzeitige Mobilmachung und Dislozierung der verteidigenden Kräfte und Durchführung der vorstehend beschriebenen integrierten Operationen und Zielplanungen), während das System selbst bereits durch seine Existenz abschreckend wirkt. Ein Truppenführer, der weiß, daß seine Verbände ständig und genau beobachtet werden, wird diese Kräfte anders bewegen als wenn er unbeobachtet wäre. Zwar kann er Gegenmaßnahmen ergreifen, aber diese sind kostspielig und zeitraubend. Auf die Sowjets, bekanntermaßen Geheimhaltungs- und Überraschungsfetischisten, würde dieses System seine Wirkung nicht verfehlen.

Dieser hier dargestellte umfassende Plan für integrierte Operationen würde allerdings eine gewisse Umstrukturierung der NATO-Planungsstäbe notwendig machen. Konventionelle und nukleare Einsatzplanung könnten integriert und bis auf Korps- und Divisionsebene erweitert werden. Die Planungsverantwortung zöge eine lebhafte Inanspruchnahme des Informationssystems nach sich mit Anfragen über Standort und Zustand sowjetischer Truppen (Zielplanung) ebenso wie über Mobilisierung und Bewegung eigener Truppen.

Sowie sowjetische Truppen ihren Standort wechseln, könnte die eigene Seite entsprechend nachziehen bzw. ihre Zielplanung den veränderten Gegebenheiten anpassen (konventionell und nuklear). Die amerikanischen SIOP-Kräfte (Single Integrated Operational Plan) sind heute bereits ständig alarmbereit und binnen 10 Min einsatzfähig. Ein erheblicher Teil der mit weitreichenden Waffen (konventionell und nuklear) ausgerüsteten europäischen NATO-Streitkräfte könnte in einen ähnlichen Alarmbereitschaftszustand versetzt und gehalten werden.

Kontaktadressen

Flensburg
KB/Gruppe Flensburg
c/o Buchladen Tigerberg
Norderstraße 89
2390 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 08 23 14 A
2400 Lübeck 1

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 10 31 41
2800 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 08 13 78
3300 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 06 74 58 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
3400 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 12 62
3000 Hannover 1

Lüneburg
Postlagerkarte 01 78 90 A
3140 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 07 01 78 A
2900 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
4800 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte 05 60 11 A
4630 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
4600 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 08 01 90 A
4100 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte 00 67 45 A
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte 02 90 33 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte 01 86 40 B
6100 Darmstadt

Frankfurt
Postlagerkarte 03 27 76 B
6000 Frankfurt 1

Freiburg
schriftlich c/o KB über
Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg

Heidelberg
Postlagerkarte 07 10 89 A
Postamt Leimen
6900 Heidelberg

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 15 04 72
8500 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 07 93 03 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte 03 10 78 B
5500 Trier

Fortsetzung von Seite 1

Regierungswechsel — neue Politik des DGB?

Den richtigen Zeitpunkt abpassen

Ende August, die gewerkschaftlichen Aktionen waren schon beschlossen, die SPD/FDP-Regierung aber noch im Amt, hatte es unter den DGB-Führern einen heftigen Streit gegeben, wann es nun angebracht sei, zur Gegenwehr aufzurufen. Während die rechteren Gewerkschaftsführer wie Niggemeyer (IGBE) und Rappe (IG Chemie) vor gewerkschaftlichen Mobilisierungskampagnen warnten, weil sie *„letztendlich den Sturz der gegenwärtigen Regierung bringen"* („FAZ", 11.9.), hielt Christian Götz (HBV) ihnen entgegen, daß sie auf Gedeih und Verderb hinter der sozial-liberalen Koalition stünden, dem DGB sei aber seit jeher die Rolle eines dritten Koalitionspartners zugewiesen. Nicht die Gewerkschaften, so Götz, hätten die Absicht, die Regierung zu stürzen, sondern die Bundesregierung werde sich über kurz oder lang selbst stürzen, wenn sie ihren jetzigen Kurs beibehalte (ebenda). Hinter Götz' Einschätzung steckte die Hoffnung, die SPD durch Massendemonstrationen von ihrer arbeiterfeindlichen Sparpolitik doch noch abzubringen. Daß es zu dieser Konstellation (DGB-Massendemonstrationen gegen sozialdemokratische Sparmaßnahmen) nicht kam, dafür haben die rechten SPD-Führer in Bonn durch ihren Bruch mit der FDP jedoch rechtzeitig gesorgt.

Gemeinsame Ziele?

Die Gewerkschaftsführer haben der CDU/FDP-Propaganda, daß man jetzt gemeinsam durch die Krise durch müsse, nichts grundsätzliches entgegenzusetzen. Loderer, Vorsitzender der IG Metall, erklärte noch unter der alten Regierung, daß er Eingriffe ins soziale Netz nicht grundsätzlich ablehne, aber: *„Wenn Eingriffe nötig sind, dann muß das ausgewogen sein."* Angesichts der fortschreitenden Krise halte er es sowieso für müßig, große Umverteilungsaktionen anzustreben („FAZ", 24.8.).

Kurz vor dem Wechsel traf sich DGB-Chef Breit mit dem „noch Vorsitzenden" der „Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft" (CDA) Blüm. Beide erklärten gegenüber der Presse, daß die erforderlichen Sparmaßnahmen *„sozial ausgewogen und beschäftigungspolitisch wirksam"* zu sein hätten („FAZ", 22.9.). Zwei Wochen später, die neue Regierung ist inzwischen installiert, erklärt Breit nach einem Gespräch mit Kohl, daß auf beiden Seiten *„durchaus guter Wille"* zu spüren sei. Außerdem sei man sich über die Priorität der Aufgabe Arbeitslosigkeitsbekämpfung einig („Welt", 7.10.). Seine Bereitschaft zur Mitarbeit signalisierte DGB-Breit u.a. mit seinem Vorschlag, eine Arbeitsmarktabgabe nicht nur für Beamte, sondern für alle einzuführen („Welt", 18.10.).

Wie wenig der DGB der neuen Regierung inhaltlich entgegenzusetzen hat, machen auch Breit's Äußerungen zu den von der neuen Regierung geplanten Investitionen deutlich. So äußerte sich Breit positiv zur Schaffung von *„Arbeitsplätzen durch Förderung des Wohnungsbaus und durch die verstärkte Verkabelung. Er gäbe jedoch dem Bau von Sozialwohnungen und der Verkabelung rein für fernmeldetechnische Zwecke den Vorrang."* („Welt", 23.10.) Solche lauen Äußerungen wird die Kohl-Regierung gerne als Zustimmung zu ihrer kapitalfreundlichen Politik begreifen.

Es dürfte dem DGB-Chef doch bekannt sein, daß die Wohnungsbaupolitik der neuen Regierung in erster Linie auf den Bau von Eigenheimen abzielt. Und die Verkabelung der BRD ist ein Gesamtkonzept, welches nach seiner Einführung hunderttausende von Arbeitsplätzen vor allem im Handel und Bankenbereich kosten wird (Kontenführung und Einkauf von zuhause).

Auch gegen die Neubelebung der konzertierten Aktion hatte Breit grundsätzlich nichts einzuwenden. Er sei bloß *„zum jetzigen Zeitpunkt"* dagegen. Vorher hätte er gerne noch einige Zugeständnisse in der Mitbestimmungsfrage sowie in der Frage der Arbeitszeitverkürzung („Welt", 2.11.).

„Geordneter Aufstand"

Eins der liebsten Kinder der DGB-Führung ist der soziale Frieden, den man durch die rabiate Politik der neuen Regierung gefährdet sieht. So bezweifelt Breit, ob die von der Regierung angekündigten Maßnahmen geeignet seien, *„ein Hineinschlittern unserer Politik in eine lang andauernde Phase sozialer Kämpfe aufzuhalten."* („Welt", 22.10.) Weiterhin befürchtet Breit, daß die Regierung mit ihrer Politik den Gegnern des Systems *„Futter in die ideologischen Krippen"* streue („Welt", 25.10.). Bei so viel Angst vor dem Klassenkampf von unten — denn der von oben läuft ja schon lange — wird deutlich, welche Rolle die DGB-Führung sich selbst zuschreibt. Ganz treffend heißt es da in einem „Welt"-Kommentar vom 2.11.: *„Offensichtlich ist es die Spekulation der Gewerkschaftsführer, mit der mißtönigen Kampagne gegen die Sparbeschlüsse des Staates ein Ventil für angestaute Wut zu öffnen, zugleich jedoch auf dem Wege indirekt vermittelter Einsichten den Arbeitnehmern die drastischen Grenzen deutlich zu machen, die allen Verteilungswünschen gesetzt sind. Solche rabulistisch (= Verdrehung der Rechtsbegriffe) bewirkten Einsichten könnten es dann den Gewerkschaftsmitgliedern auch begreiflich machen, daß in der Lohnrunde nicht mehr als eine 3 vor dem Komma zu holen ist."*

Daß Breit die neue Bundesregierung sogar gegen Angriffe vom Ex-Bundeskanzler Schmidt in Schutz genommen hat, ist ein weiterer Beweis dafür, daß diese Sorte von Gewerkschaftsführern sich unter dem Druck der Krise eher nach rechts entwickelt als nach links. Während Schmidt auf den Gewerkschaftstagen der Bau Steine Erden (BSE) und der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) mit „klassenkämpferischen" Tönen gegen Blüms Lohnstopp wetterte, hielt Breit ihm entgegen, daß der DGB eine Einheitsgewerkschaft sei, die sich nicht für die Politik *„der Parteien"* einspannen lasse. *„Wer könnte da wohl gemeint sein, wenn nicht die SPD?"* kommentiert die „Welt" (21.10.) diese Breit-Äußerung.

Polarisierung zwischen den Einzelgewerkschaften

Deutlicher Protest zum Regierungswechsel kam im wesentlichen aus der IGM, der Drupa und der HBV sowie von einigen DGB-Bezirken. So erklärte HBV-Vorstandsmitglied Götz, die Regierung könne für ihr *„vergleichsweise noch einmal verschärftes Sozialabbau-Konzept"* keine Schonfrist erwarten („FAZ", 5.10.). Der Stuttgarter Bezirksleiter der IGM, Franz Steinkühler, hat der neuen Regierung sogar mit Streik gedroht, wenn sie bei ihren Sparoperationen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall antaste („TAZ", 18.10.).

Positiv ist auch zu bewerten, daß die DGB-Landesbezirke Hessen und Rheinland-Pfalz zu den jeweiligen Demos in ihrer Region unter inhaltlich weitergehenderen Forderungen auftraten. So sprechen sie sich nicht nur gegen Sozialabbau, sondern auch gegen den Rüstungswahnsinn aus. Auch der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg wagte sich auf der Stuttgarter Abschlußkundgebung in diese Richtung vor, als er sagte, daß man die Gewerkschaftsbewegung zum Bestandteil der Friedensbewegung machen müsse, und gleichzeitig forderte er, daß die Nachrüstungsbeschlüsse der NATO fallen müßten („TAZ", 1.11.). Ebenfalls vorgewagt hat sich die Redaktion der „metall" (Mitgliederzeitung der IGM). In ihrer Ausgabe vom 20.10. setzte sie sich ausführlich mit dem arbeiterfeindlichen Regierungsprogramm auseinander und nimmt dabei besonders Blüm mit seinem Lohnpausenvorschlag auf's Korn.

Die „metall" ist den Rechten in und außerhalb der Gewerkschaft wegen ihrer linkssozialdemokratischen Ausrichtung schon lange ein Dorn im Auge. Die Blüm-Titel-story diente den Rechten nun dazu, schärfere Kaliber gegen die „metall"-Redaktion aufzufahren. Der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse ging mit der Forderung an die Öffentlichkeit, die Führungsspitze der IGM solle die *„linksfaschistischen Angriffe"* auf die neue Bundesregierung unterbinden. *„Der Vorwurf, Metall betreibe „Linksfaschismus", wurde schließlich auch vom Pressesprecher des Bundesarbeitsministeriums, Ludwig Reuber ... erhoben und führte dazu, daß der Chefredakteur dieser Zeitung von einem Gespräch zwischen Norbert Blüm und den verantwortlichen Redakteuren der DGB-Gewerkschaftszeitschriften ausgeladen wurde."* (Jürgen Mechelhoff, Chefredakteur der „metall" in der Ausgabe vom 3.11.). Die anderen Gewerkschaftsredakteure solidarisierten sich jedoch mit der „metall" und schlugen das Gespräch mit Blüm über „aktuelle Fragen der Sozial- und Gesellschaftspolitik" aus. Damit war die Sache jedoch noch nicht ausgestanden. In dem Blättchen der CDU-Sozialausschüsse mit dem bezeichnenden Titel „Soziale Ordnung" lautet die Überschrift eines anti-„metall"-Artikels: *„Die Mordlust in den Augen"*. In dem Artikel wird „metall" abwechselnd in die Nähe von „Rechts-" und „Linksfaschisten" gebracht. Zum Schluß heißt es dann: *„In welchem Gewand Faschismus auch immer auftritt: das Ergebnis ist das gleiche: nämlich das Ende freier Gewerkschaften, das Ende der Demokratie. Ist der IGM ein Helmut Schmidt so viel wert?"*

Der Angriff der CDU auf die „metall" ist sicherlich einmalig in der jüngeren Geschichte der BRD. Er stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Pressefreiheit dar. Mit diesem Angriff wird zugleich deutlich, mit welchen harten Bandagen Gewerkschaften in Zukunft zu rechnen haben, wenn sie sich links zu Wort melden.



Der rechte Block

Dem Block der „linken Gewerkschaften" steht innerhalb des DGB der einflußreiche rechte Block gegenüber. Zu diesem gehören im wesentlichen die IG Chemie, die BSE, die GTB, die IGBE, die NGG, sowie der Großteil des DGB-Apparates. Besonders BSE und GTB machten auf ihren Gewerkschaftstagen deutlich, wie sehr ihnen doch an einem guten Verhältnis zur neuen Regierung gelegen ist.

Noch vor dem Gewerkschaftstag schrieb der Vorsitzende der GTB an Kohl und bat diesen, vor den Sparmaßnahmen der neuen Regierung *„mit den Gewerkschaften zu sprechen, damit man nachher nicht gegeneinander opponieren müßte"* („FAZ", 22.9.). Auf dem Gewerkschaftstag der GTB sprach Keller sich außerdem für eine Erneuerung der konzertierten Aktion aus, denn *„nicht in Mammutveranstaltungen mit Fensterreden, sondern nur in einer kleinen und leistungsfähigen Runde könnten die Krisenprobleme angegangen werden"* ("KVZ", 29.10.). Dieser Gewerkschaftstag setzte auch deutliche Akzente für die Art von Tarifpolitik, wie sie von den rechteren Gewerkschaften z.Zt. favorisiert wird. Und zwar beschloß der Gewerkschaftstag, für die Zukunft Tarifforderungen, die sich aus einer Barlohnerhöhung sowie einem Arbeitnehmer-Darlehen an das jeweilige Unternehmen zusammensetzen. Was bei einer Lohnerhöhung von drei Prozent da noch für die Arbeiter übrigbleibt, ist geradezu lächerlich.

Die GTB-Führer beschränkten sich in ihren reaktionären Vorschlägen jedoch nicht auf die BRD-Binnenwirtschaft, sondern forderten außerdem, *„die Unternehmer sollten ein aggressives Marketing auf Ausländermärkten treiben"*, dazu verbunden mit der Vorstellung, das Welttextilabkommen als Waffe zum Schutz der eigenen Arbeitsplätze einzusetzen („KVZ", 29.10.).

Ähnliche Töne waren auf dem BSE-Gewerkschaftstag zu hören. Der neue Vorsitzende Carl begrüßte das Wohnungsbauprogramm der neuen Regierung, *„weil dadurch 100.000 Arbeitsplätze erhalten bleiben."* Die BSE-Führer forderten außerdem die unverzichtbare Nutzung der Kernenergie, den Ausbau des Fern-Straßennetzes, die „Beseitigung der Investitionshemmnisse" und die weitere Vereinfachung der Baugenehmigungsverfahren. An solchen Forderungen wird deutlich, daß den BSE-Führern die Interessen der Mieter sowie das Eintreten großer Bevölkerungsteile gegen Umweltzerstörung scheißegal ist.

Regelrecht gehetzt wurde gegen Umweltschützer, Grüne und Bürgerinitiativen, die *„zwischen uns und unseren Arbeitsplätzen stehen"*, so Carl („FAZ", 23.10.). Für die BSE-Führer muß die neue Regierung die reinste Segnung sein, verspricht sie doch all die geforderten Wahnsinnsprojekte energischer voranzutreiben, die in der SPD-Regierungszeit ins Stocken geraten waren.

Tarifabschlüsse bei 3 Prozent?

Der neue Arbeitsminister Blüm war der Erste, der anläßlich der anstehenden Tarifrunden einen Pflock einschlug. Er forderte eine generelle Lohnpause für alle Arbeiter und Angestellten. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß dieses Ziel schon für die nächste Tarifrunde angepeilt wird. Vielmehr soll dieser Blüm-Vorschlag wohl mehr die Richtung angeben, wie die Tarifpolitik der nächsten Jahre auszusehen hat.

Wie schon in den letzten Jahren, so deutet sich auch zur diesjährigen Tarifrunde an, daß sich die Gewerkschaftsführer mit ihren Tarifforderungen an der schlechten gesamtwirtschaftlichen Situation orientieren und entsprechend der bürgerlichen Logik niedrige Lohnforderungen aufstellen werden. So sagte Karl Hauenschild, Chef der IG Chemie, er *„glaube, wir müssen einsehen, daß Leistungszusagen, die einmal gemacht worden sind, auf dem Hintergrund von zu erwartenden Wachstumsraten von fünf bis sechs Prozent jährlich, überprüft werden müssen, und daß sie möglicherweise auch gar nicht einzuhalten sind unter den Bedingungen von Wachstumsraten von null Prozent oder rückläufigem Wirtschaftswachstum."* („Welt", 12.10.) In der gleichen Richtung hatte auch Loderer in einem „Welt"-Interview (vom 21.8.) argumentiert. Es sei *„müßig, große Umverteilungsaktionen anzustreben," „für Reformpolitik ist zur Zeit nicht mehr viel Raum"*.

Wie nicht anders zu erwarten, hat sich die IGM-Führung auf einer Klausurtagung Ende September dieser weisen Einschätzung ihres Vorsitzenden angeschlossen und damit auch die Leitlinie für die anderen Gewerkschaften geschaffen, die sich der Erfahrung nach an der größten Einzelgewerkschaft orientieren. In einer Erklärung des IGM-Vorstands zu dieser Tagung heißt es in der „metall" vom 7.10., *„daß es in dieser Tarifbewegung in erster Linie um die Sicherung der Realeinkommen durch Ausgleich der Preissteigerungsrate geht."* Die Bundesregierung und die führenden Konjunkturforschungsinstitute rechnen für 1983 mit einer allgemeinen Verteuerung um 3,5 Prozent. Die IGM-Führung hat mit ihrer Entscheidung einmal mehr „Verantwortungsbewußtsein" bewiesen.

Weiterhin beschloß der IGM-Vorstand „die Verkürzung der Wochenarbeitszeit" zu fordern, ohne allerdings die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ausdrücklich zu nennen. Wirklich interessant wird es hier sowieso erst 1984, weil dann entsprechende Kündigungsmöglichkeiten für den Manteltarifvertrag bestehen. Was die Metalltarifrunde angeht, so wird es spätestens Mitte November interessant. Für diesen Termin hat der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Thiele, die IGM-Führung zu einem Spitzengespräch eingeladen. Thiele sprach sich in diesem Zusammenhang für eine mittelfristig angelegte Kooperation der Tarifpartner aus („FAZ", 6.11.).

Ein weiteres Indiz für Tarifabschlüsse bei drei Prozent ist der in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Plan, die Beamtenbesoldung schon jetzt durch ein Bundesgesetz vorab zu regeln und den finanziellen Gesamtrahmen auf zwei Prozent ab 1. Juli 1983 festzulegen. Für die beiden folgenden Jahre soll der Rahmen gleichfalls abgesteckt werden. Hier wird offensichtlich versucht, Lohnleitlinien durchzusetzen. Denn bisher war es, aus gutem Grund. so, daß die Beamtenbesoldungserhöhungen nach dem Abschluß der Tarifrunde vorgenommen wurde und in der Regel den dort erzielten Abschlüssen angeglichen wurde. Dies geschah, weil die Beamten gar kein Recht haben, um ihre Gehaltserhöhung zu verhandeln, diese wird per Gesetz festgelegt. Gegen die jetzt festgelegte Erhöhung von nur 2 % haben sie keine Möglichkeit der Gegenwehr (jedenfalls nicht im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen). Da diese niedrigen Daten somit feststehen, wird mit ihnen natürlich bei der nächsten Tarifrunde argumentiert werden.

Man darf gespannt sein, wie sich die Gewerkschaftsführer in den kommenden Verhandlungen verhalten werden. Daß die Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate liegen werden, ist jetzt schon ausgemachte Sache. Damit würde das 3. Jahr hintereinander ein Reallohnverlust in Kauf genommen. Die Gewerkschaften als Bewahrer und Verbesserer des Besitzstandes und des materiellen „Wohlstands" der Arbeiter verlieren damit an Glaubwürdigkeit. Aber wie beschrieben, gibt es auch andere Kräfte. Aber mit Sicherheit wird eine Veränderung nur mit zähem Ringen gegen die rechte Führungsclique durchzusetzen sein.

Ein Genosse der B&G-Kommission

Ankündigung

Nein zu Personalinformationssystemen!

Die computermäßige Erfassung und Verplanung der Arbeitnehmer ist der bisher massivste Angriff auf die Reste der noch bisher im Betrieb bestehenden Menschenwürde.
Die Reduzierung des Arbeitnehmers zum leicht austauschbaren Anhängsel der Maschine findet ihre Zuspitzung in der Personalinformationstechnologie:
Sie betrachtet den Einzelnen nicht mehr als Persönlichkeit, sondern lediglich als Summe der über ihn gespeicherten Daten.
Wir fordern alle Personen und Institutionen auf, die mit uns der Überzeugung sind, daß Personalinformationssysteme ein Angriff auf die Menschenwürde sind, diese Systeme mit Phantasie, Kreativität, eigenständigem Denken und Gefühl zu verhindern.
Wir sind eine Gruppe von Menschen aus verschiedenen Hamburger Betrieben.
Wir wollen diese Entwicklung nicht als unaufhaltbar hinnehmen und mehr tun, als nur darüber nachdenken.
Wir wollen mit euch darüber diskutieren, was wir zusammen gegen diese Systeme tun können.

Als der Betrieb den maschinenlesbaren Betriebsausweis einführte, habe ich mir nichts dabei gedacht.

Als der Betrieb die Kantinenabrechnung mit diesem Betriebsausweis über EDV abwickelte, habe ich mir keine Gedanken gemacht.

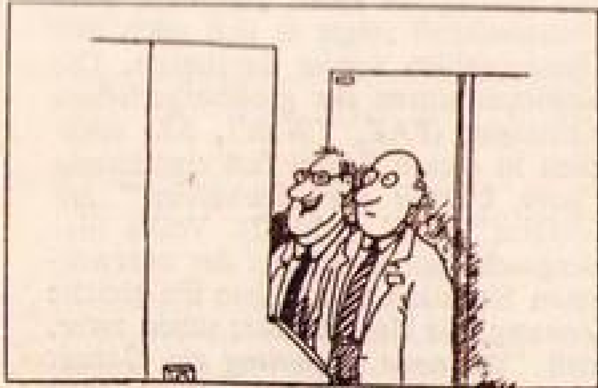
Als der Betrieb die Kantinenabrechnung mit diesem Betriebsausweis über EDV abwickelte, habe ich mir keine Gedanken gemacht.

Als der Betrieb am Personaleingang ein Gerät aufstellte, in das der maschinenlesbare Ausweis morgens beim Kommen und abends beim Gehen (natürlich auch vor und nach der Mittagspause)zur Zeiterfassung gesteckt werden mußte, habe ich nichts gesagt.

Als der Betrieb in unsererAbteilung Bildschirmterminals aufstellte, fand ich das zwar wegen der möglichen Augenbelastung nicht gut, aber ich habe nicht protestiert.

Als ich aber eines Tages in die Personalabteilung gerufen und mir gesagt wurde, daß

- ich in den letzten drei Monaten sechsmal um 4,17,9,13, 15 und 6 Minuten zu spät gekommen sei
- ich gegenüber den Kollegen in der Arbeitsgruppe durchschnittlich pro Tag 15 Vorgänge weniger bearbeitet hätte im letzten halben Jahr
- ich auffallend oft mit der Nr, 439 23 36 telefoniert hätte, was offensichtlich kein Kunde der Firma sei
- ich am letzten Donnerstag gefehlt, die Personalabteilung jedoch festgestellt hätte, daß ich am Abend vorher in der Kantine sieben Bier getrunken habe und ob das Fehlen nicht darauf zurückzuführen sei


„Wenn wir dürften, wie wir können ... Orwell würde staunen!"

Und man mir im Wiederholungsfalle kündigen werde. Da habe ich angefangen über all das nachzudenken. - ob es da nicht Zusammenhänge gibt.

Sie heißen Personalinformationssysteme.

Die großen Computerhersteller verkaufen sie als PAISY , PERSIS oder AVIP. Viele Betriebe entwickeln sie selbst , nach ihren speziellen Bedürfnissen.

Alle haben eins gemeinsam.

Sie zerstückeln den Menschen zu leicht austauschbaren Einzelteilen und machen ihn zum Anhängsel der Maschine.
Der Mensch verliert seine Persönlichkeit und wird zur Summe der über ihn gespeicherten Daten.

Wir sind eine Gruppe von Menschen aus verschiedenen Hamburger Betrieben. Wir wollen diese Entwicklung nicht als unaufhaltbar hinnehmen und mehr tun, als nur darüber nachdenken.

Wir wollen mit Euch darüber diskutieren, was wir zusammen gegen diese Systeme tun können.

Veranstaltung

Mit Informationen, Geschichten, Liedern, Gedichten, Videofilmen, Theater, Ausstellung, Arbeitsgruppen
zu: was sind Personalinformationssysteme, welche Folgen haben sie, was können wir dagegen tun?

am 3.12.82 19.30 Uhr
am 4.12.82 10.00 Uhr (Arbeitsgruppen)
in der Hochschule für bildende Künste
Lerchenfeld 2, 2000 Hamburg 76

Anmeldungen für die Arbeitsgruppen bei: Gruppe » Nein zu Personalinformationssystemen«, c/o Forbit, Eimsbüttelerstr. 18, 2000 Hamburg 50, Tel. 439 23 36
Auflage: 2000, Druck: Paul Molnar , V.i.S.d.P.: Karsten Groth

„Die Wende"

Die große Umverteilung kann beginnen

In einen gewaltigen Kaufrausch gerieten die Banker am 17. September, als Altbundeskanzler Schmidt das Ende der sozialliberalen Koalition verkündete: *"Mit knapp 1,9 Millionen gehandelten Aktien an den vier Börsenplätzen Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München wurde ... ein absoluter Tagesumsatzrekord registriert."*(1) Um knapp 2% stiegen allein an diesem Tag die Börsenkurse, innerhalb der letzten vier Wochen, die das Ende der SPD/FDP-Regierung angekündigt hatten, waren es sogar 10%. Stürmisch begrüßte damit das Kapital auf die ihm eigene Art *"Die Wende"* , auf die es solange schon gewartet hatte. Aber "himmelhoch jauchzend" und "zutode betrübt" lagen auch in diesen Tagen dicht beieinander. Schon knapp eine Woche später, am 27. September, einen Tag nach dem völlig unerwarteten Ausgang der Hessenwahlen, kam es *"mit einem Tagesrückgang des Kursniveaus um 3,5% ... zu einem der stärksten Einbrüche in der Nachkriegszeit."*(1) Erschreckt mußten die Spekulanten der *"Wende"* feststellen, daß es immer noch eine Mehrheit gab, die dem von ihnen gewünschten Aufbruch zu neuen Ufern nicht mit dem gleichen Enthuisasmus begegnete wie sie. Doch dieser Schreck war nur von kurzer Dauer, war er doch hauptsächlich der Befürchtung geschuldet, die FDP könnte aufgrund des Hessenwahlergebnisses der CDU beim Wendemanöver ins Ruder fallen. Genscher machte dann mit seinem Brachialkurs gegenüber der eigenen Partei alles wieder klar. Schon Mitte Oktober konnte die Börse einen Kursgewinn von 12% für die vergangenen zwei Monate verzeichnen.

Während der kleine Mensch zu diesem Zeitpunkt schon wußte, daß der Gürtel in Zukunft noch enger zu schnallen sein würde, hatten die Aktienbesitzer innerhalb zweier Monate einen Kursgewinn von über 10 Mrd. Mark gemacht!

Die Stimmung in dem Teil der Gesellschaft, der sich am Ertrag anderer Menschen Arbeit bereichert, gemeinhin Kapitalisten genannt, drückt die großbürgerliche FAZ ganz unverblümt aus: *"Für die meisten Unternehmer in der Bundesrepublik (hat) mit dem Koalitionsbruch eine Stunde der Hoffnung geschlagen. An der Börse ist ... schon ein kleines Feuerwerk abgebrannt worden"*(27.9.82). Und es kann — in diesem Fall — nur dem abgedankten Bundeskanzler Schmidt beigepflichtet werden, der zu den steigenden Börsenkursen bemerkte, *"da sehe man ja, wer mit wem zusammengehöre"*(ebd.), auch wenn dies weniger Worte aus Überzeugung denn die eines abgewiesenen, buhlenden Liebhabers sind.

Auch wenn diese Äußerung Schmidts in einigen Blättern zu heftigen Polemiken führte (Stichwort "Klassenkampfparolen"), wird dennoch unumwunden zugegeben, daß die CDU/FDP-Koalition die derzeitige Wunschregierung der Wirtschaftsbosse ist. Es ist der Übergang von der Regierung der "Sozialliberalen" zum "Bürgerblock", der Übergang von einer Regierung, in der sich "die da unten" vertreten sahen (was nicht gleichbedeutend damit ist, daß dort ihre Interessen vertreten wurden), während heute jeder weiß, daß die neue Regierung allein eine "der da oben" ist. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der von der CDU, bürgerlichen Kommentatoren und Unternehmerverbänden geforderten *"psychologischen Wende"*. Auch wenn die SPD/FDP-Koalition niemals eine Arbeitnehmer-Regierung war, sie war immer auch ein mehr gehaßtes als geliebtes Kind der Wirtschaftsmacht. Diesen Umstand drückt einer der Wirtschaftskommentatoren der großbürgerlichen FAZ unter der Überschrift *"Stunde der Hoffnung"* kurz vor der Kanzlerwahl so aus: *"Muß sich eine Regierungspartei wie die SPD, die erklärtermaßen Arbeitnehmerpolitik betreibt, darüber wundern, daß sich viele Unternehmer unter ihrer Herrschaft als Außenseiter gefühlt haben?"*(27.9.82) So skurril dies angesichts der wahren Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft auch anmuten mag, drückt sich darin doch der einfache Umstand aus, daß diese Koalition vom Kapital immer nur als Übergangsregierung, als notwendiges Übel angesehen wurde.

Aber die Industriebosse, Bankiers und Geldsäcke sind natürlich in erster

Fortsetzung nächste Seite


am Sonntag
Bonner Regierung startet durch
Neue Arbeitsplätze
So werden wir sie schaffen!

Am 3. Oktober: „Bild am Sonntag" läßt durchstarten, aber leider Fehlzündung, denn schon am 31. Oktober dann diese Meldung:


Schwarzer Freitag: 10 000 neue Entlassungen
2 Millionen Arbeitslose schon im November?
Sascha Hehn

Fortsetzung von voriger Seite

Linie kühle Rechner ihres eigenen materiellen Vorteils. Und so ist die wichtigste Forderung an *"Die Wende"* eine Neu- und Umverteilung des von den arbeitenden Menschen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums. Die Stichworte hierfür sind: runter mit den Sozialleistungen, runter mit den Arbeitslöhnen, rauf mit den Unternehmergewinnen und runter mit den Kapitalsteuern. Das Ganze wird dann "Konsolidierungspolitik der Wirtschaft" genannt und denen, die abgeben sollen, wird versucht einzureden, dies sei in ihrem eigenen Interesse, weil ein noch größerer Reichtum der Reichen auch den Armen und Unterschichten nutzen würde.

Die Demagogie vom Wohlfahrtsstaat

Kernpunkt aller bürgerlichen Komentare zur Wirtschaftskrise und zur Staatsverschuldung ist, die SPD/FDP-Regierung habe in den vergangenen dreizehn Jahren mit ihrer Sozialpolitik eine gigantische Umverteilungspolitik betrieben. Der SPD wird vorgehalten, sie hätte *"im Volk ein Anspruchsdenken herangezüchtet, wie es die deutsche Geschichte, wie es aber auch die meisten anderen Länder bisher nicht kannten."*("Hamburger Abendblatt"(HA), 1.10.82) Dieses "Anspruchdenken" und die materielle Befriedigung durch die SPD-Regierung hätten dann die leeren Staatskassen, die ruinierte Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit geschaffen. Diese Behauptung wird durch oftmaliges Wiederholen nicht wahrer, und bewiesen wurde sie mit Zahlen bisher nicht. Stattdessen wird mit willkürlichen Zahlen glatte Bauernfängerei betrieben. So schreibt wiederum das "Hamburger Abendblatt"(30.9.82) unter der Überschrift "Wer soll das bezahlen?": *"Von 175 Milliarden Mark im Jahr 1970 auf 449 Milliarden zehn Jahre danach sind die Sozialleistungen in der Bundesrepublik gestiegen."* Das sieht bei diesen nackten Zahlen tatsächlich nach dem "großen Schluck aus der Pulle" aus, handelt es sich doch immerhin um eine Steigerung von 157% oder anders ausgedrückt um das Zweieinhalbfache. Der Vergleich dieser Zahlen ist aber nur dann reell, wenn andere Daten hinzugenommen werden. Die wichtigste Vergleichgröße ist in diesem Zusammenhang zunächst einmal das Bruttosozialprodukt, also die Summe der produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen.

Das BSP stieg von 675,2 Mrd. Mark im Jahre 1970 auf 1.484,2 Mrd. Mark im Jahre 1980, was eine Steigerung von 120% oder das 2,2fache bedeutet. Mit diesen Zahlen kommt man für 1970 auf einen Anteil der Sozialleistungen am BSP von 26% und für 1980 auf einen Anteil von 30%. Schränkt sich damit die Umverteilungslegende schon auf einen Anteil von 4% des BSP (erhöht in einem Zeitraum von 10 Jahren) ein, ergibt sich ein noch deutlicheres Bild, wenn man sich der Frage zuwendet, wer denn diese zusätzlichen Leistungen aufgebracht hat. Dann nämlich muß man berücksichtigen, daß in diesem Zeitraum der Anteil der Sozialabgaben vom Bruttolohn(gehalt) von 13,25% auf 16,2% gestiegen ist und der Anteil der Lohnsteuer sogar von 10 auf 15%. D.h. im gleichen Zeitraum erhöhten sich die direkten Abgaben der Arbeiter und Angestellten an den Staat um 8%. Legt man nun noch zugrunde, daß Löhne und Gehälter aus sog. "unselbständiger Arbeit" jeweils knapp die Hälfte des BSP ausmachen, ergibt sich das Ergebnis, daß die Steigerung der Sozialleistungen völlig von den Erhöhungen der Abgaben gedeckt werden.(2)

Nun ist es jedoch auch eine Tatsache, daß die Sozialversicherungträger (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) die anstehenden Ausgaben nicht mehr durch die laufenden Einnahmen decken können und deshalb auf Zuschüsse aus der Staatskasse (aus dem Steueraufkommen) angewiesen sind. Auch hierauf stützt sich die bürgerliche Behauptung, die Masse der Arbeiter und Angestellten hätten mit ihrem "Anspruchsdenken" über die Verhältnisse gelebt. Verschleudert wurde und wird das Geld aus den Sozialversicherungsbeiträgen aber auf ganz andere Art:

1. Den Rentenversicherungen sind Zigmilliardenbeträge durch den 2. Weltkrieg verloren gegangen. Zunächst wurden die eingezahlten Beiträge im Krieg verschleudert, der Rest wurde durch die Währungsreform völlig entwertet. Hinzu kam, daß ein Millionenheer von Invaliden und Witwen entstanden war, das Anspruch auf Rente hatte. Die in den folgenden Jahren bestehenden Rentenansprüche wurden durch die laufenden Rentenversicherungsabgaben der arbeitenden Menschen finanziert. Dieses von der Hand in den Mund leben findet da seine Grenze, wo heute durch die steigende Arbeitslosigkeit und den sinkenden Reallohn die Versicherungsbeiträge der Arbeiter und Angestellten ebenfalls enorm sinken. Insofern zahlt heute noch die werktätige Bevölkerung die Zeche für den von den Kapitalisten und den Faschisten begonnenen Raubkrieg.

2. Die Krankenkassen leiden unter einem enorm gestiegenen Aufwand. Zum geringsten Teil wird dies jedoch durch erhöhten Krankenstand verursacht, sondern in erster Linie sind hier die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und der Pharmaindustrie zu nennen. Bezeichnenderweise fällt den herrschenden Politikern aber nichts Besseres ein als die Verschreibung von "teuren" Medikamenten einzuschränken, anstatt die enormen Profitraten der Pharmaindustrie zu senken.

3. Seit dem großen Wirtschaftsaufschwung Anfang der 50er Jahre haben die Arbeiter und Angestellten Jahr um Jahr Milliardenbeträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt, die nur zu einem geringen Teil wieder ausgezahlt wurden, da die Arbeitslosenquote sehr gering war. Die Bundesanstalt für Arbeit hat in dieser Zeit Rücklagen in Zigmilliardenhöhe angelegt, die heute aber nicht zur Verfügung stehen, weil sie langfristig angelegt wurden (z.B. als Kredite) oder anderweitig verbraucht wurden (z.B. als sog. "Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen" den Kapitalisten zugeschoben wurden).

Die Mär von: Kapitalistengewinne = Investitionen = Arbeitsplätze

Der zweite Kernpunkt der Propaganda des "Bürgerblocks" und der Kapitalistenverbände ist die Forderung nach Erhöhung der Unternehmergewinne, um die Investitionsmöglichkeiten zu erhöhen, womit dann auch die Arbeitslosenquote gesenkt werden könnte.

Ein kurzer Blick in die Statistiken der vergangenen und der Vorausberechnungen für die kommenden Jahre zeigt jedoch, daß die einfache Gleichung Kapitalistengewinne = Investitionen = Arbeitsplätze nicht stimmt.

In den Jahren von 1976 bis 1981 haben sich die Unternehmergewinne real (d.h. um die Inflationsrate bereinigt) um 27,6% erhöht. Die Investitionen stiegen im gleichen Zeitraum um real 26,3%. Und dennoch stieg die Arbeitslosenquote um über 50% (von 1 Mio. auf über 1,5 Mio.).

Für die Zukunft sehen selbst die Prognosen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler noch düsterer aus. Um nach diesen Berechnungen im Jahre 1990(!) wieder die Vollbeschäftigung zu erreichen, wäre in den kommenden 8 Jahren eine jährliche reale (also vermindert um die Inflationsrate) Steigerung des BSP, der Unternehmergewinne und der Investitionen um 5% notwendig, d.h. in acht Jahren real um 48% und nominal (d.h. nicht preisbereinigt) um 120% (bei einer angenommenen Inflationsrate von 5%). Dies würde bedeuten, daß das BSP innerhalb dieser Zeit um das 2,2fache steigt. Daran glauben aber selbst die kühnsten Optimisten unter den Konkunkturforschernnicht! Und diese Berechnungen legen darüberhinaus noch zugrunde, daß Lohnerhöhungen real in diesen Jahren nicht 1-2% übersteigen!

Heute schon prognostizieren die bürgerlichen Wirtschaftsinstitute für das kommende Jahr eine Arbeitslosenzahl von durchschnittlich 2,5 Mio., d.h. die Spitzenwerte werden dann schon an die 3 Mio. heranreichen. Aufgrund der oben genannten Zahlen ist auch für die weitere Zukunft mit keiner Besserung zu rechnen.

Unabhängig von diesen akrobatischen und völlig unrealistischen Berechnungen der Wirtschaftswissenschaftler, "Sachverständigen" usw., bei welchem Wachstum und welcher Steigerung der Kapitalistengewinne wieder Vollbeschäftigung zu erreichen sei, ist eine grundlegende Änderung der gegenwärtigen Situation nicht zu erwarten. Denn alle Vorausberechnungen gehn an dem r e a l e n Weg der Kapitalinvestitionen vorbei. Diese werden nicht getätigt, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten (auch wenn dies die Propaganda glauben machen will), sondern um höchstmögliche Profite und Rendite zu erhalten. Dies führt gegenwärtig zu drei verschiedenen Richtungen der Investitionen, die alle keine Arbeitsplätze schaffen, sondern im Gegenteil abbauen:

1. Es wird in Branchen investiert, die kapitalintensiv und arbeitsextensiv sind wie z.B. die Büromaschinen- und Computerindustrie. Dieser Bereich hatte z.B. im Vorjahr bei sonst sinkenden Investitionen einen Zuwachs von 9% zu verzeichnen. Wie aber allgemein schon bekannt sein sollte, rationalisiert gerade dieser Bereich Arbeitsplätze weg.

2. Das Kapital wird ins Ausland, speziell in sog. "Schwellenländer" verlagert. Im Jahr 1981 erreichten die Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft im Ausland mit netto 9,8 Mrd. Mark einen absoluten Höhepunkt, womit noch 20% über dem bisherigen Rekordergebnis von 1980 angelegt wurde.

3. Die Hochzinspolitik der vergangenen Jahre hat dazu geführt, daß *"mit Finanzanlagen ... eine wesentlich höhere Rentabilität zu erzielen (war und ist) als mit Sachinvestitionen im Unternehmen."* Dies geht darauf zurück, daß selbst für festverzinsliche Wertpapiere (wie z.B. Bundesanleihen) 1980 8,6% und 1981 sogar 11,5% Zinsen zu erzielen waren, während in der gleichen Zeit die "innere Verzinsung" des in den Unternehmen investierten Kapital auf 8% herabgesackt ist (gegenüber 16% 1965).(3)

Der Appell: "Jetzt investieren"

Der "Bürgerblock" führte für sich immer wieder ins Feld, die alte, von der SPD geführte Regierung blockiere die Bereitschaft der Unternehmer für mehr Investitionen (was andererseits voraussetzt, daß mehr Gelder für Investitionen vorhanden sind, was aber auch wiederum geleugnet wird). Die CDU war wohl tatsächlich von dem naiven Glauben ausgegangen, sie bräuchte nur die Macht zu ergreifen und die Kapitalisten würden ihr die Investitionen als Wahlgeschenk in den Schoß legen. Anders ist die halsbrecherische Festlegung des frühzeitigen Wahltermins für den 6. März 1983 nicht zu erklären (einmal abgesehen von der Strauß-Taktik, damit die FDP aus der Koalition zu drängen). Die Hessenwahlen machten jedoch schlagartig deutlich, daß eine Mehrheit bei den Wählern für den "Bürgerblock" nicht ohne weiteres vorhanden war.

Zwar hatte das Kapital an der Börse bei Ankündigung des Regierungswechsels kräftig ins Horn gestoßen, aber ebensoschnell zeigte es sich nach den Hessenwahlen wieder deprimiert. Die Kommentatoren der großbürgerlichen Zeitungen (FAZ, "Welt", SZ) sprachen in diesen Zeiten fast einstimmig *"vom Unsinn der Neuwahlen"* am 6.März("Welt", 9.10.82). Völlig niedergeschlagen angesichts der unerwarteten Situation verkündete die gleiche Zeitung, die Unternehmer sähen zwar, daß *"die neue Regierung ein Garant der Marktwirtschaft (ist), gewiß. Aber Garantie auf so kurze Sicht erzeugen bei Unternehmern ein 'No-future-Gefühl'"*(6.10.82). Am liebsten hätte man die Neuwahlen wieder abgeblasen. Die Stimmung änderte sich erst nach und nach, als festgestellt wurde, daß der Schmidtleidseffekt nachließ und vor allem dann, als Schmidt verkündete, er stehe nicht mehr zur Wahl. Aber wenn alles schiefgeht, hat man ja immer noch die Trumpfkarte Carstens in der Hand, der allein über den Neuwahltermin entscheiden kann.

Aber dann wurde kräftig die Werbetrommel gerührt. Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie(BDI), *„appelliert an die Unternehmer: Jetzt investieren"* ("Welt", 21.10.82) Nun müßten die Unternehmer *"Mut zum Risiko"* fassen. Und vor allem attestierte er der neuen Regierung, sie sei *„in ihren ersten Schritten von der erkennbaren Absicht bestimmt, private Investitionen als entscheidende Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums zu fördern."* Und wie um noch eins draufzugeben, fährt er fort: *"Nach einer langen Phase der Unsicherheit und Frustration bieten sich neue Chancen und Perspektiven"*(ebd.). Dies will sicherlich jeder Kapitalist gerne glauben, aber realistischer drückt es wohl auch in diesem Falle wieder die FAZ aus: *"Selbst ein investitionsfreundliches Wirtschaftsprogramm genügt nicht, wenn die Unternehmen der Regierung nicht genügend Kraft zutrauen"*(27.9.).

Sicherlich, die Kapitalisten wollen investieren, denn ohne Investitionen laufen auch keine Profitrealisierungen. Aber sie wollen gerade von dieser Regierung Sicherheiten haben, denn einige äußere Bedingungen haben sich schon in der kurzen Zeit dieser Regierung verschlechtert: War bis zur Mitte dieses Jahres die Linie des Außenhandels noch stark aufsteigend, wird zum Ende des Jahres und im Verlauf des kommenden Jahres aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise und der zunehmenden Konkurrenz unter den westlichen Industrieländern mit einer stark abfallenden Linie gerechnet.

Die "Fünf Weisen" prognostizieren: *"Der Trend geht abwärts"* ("Welt", 12.10.82). Selbst die bisherigen, vorsichtigen Rechnungen, 1982 werde das BSP um real 1% steigen, haben sich nun als falsch herausgestellt, denn es wird *"um fast ein Prozent niedriger ausfallen als im Jahr zuvor"*(ebd.). Weiter heißt es: *"Noch schwerer wiegt, daß die Entwicklungsrichtung abwärts und nicht aufwärts zeigt, daß die Arbeitslosigkeit mit unvermindertem Tempo steigt."*

Investitionen müssen im kapitalistischen Wirtschaftssystem Profite bringen. Das Kapital investiert nicht wegen der Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern es schafft Arbeitsplätze, wenn es selbst damit Gewinn machen kann. Arbeitslosigkeit ließe sich heute weitgehend durch die Verteilung der vorhandenen Arbeit beseitigen. Dies würde jedoch bedeuten, daß für die Kapitalisten sowohl die Profitrate (Gewinn pro eingesetztem Kapital) als auch die direkte Ausbeutungsrate (Gewinn pro eingesetztem Arbeiter) sinken würde. Dies geht gegen die Natur des Kapitals.

Bei gleichbleibendem bzw. nur schwach wachsendem Bruttosozialprodukt fordern die Unternehmer für ihre Investitionen deshalb einen höheren Anteil. Sie wollen die Sicherheit haben, daß sie sich tatsächlich — unabhängig von Konjunkturauf- und -abschwüngen — einen größeren Anteil des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums aneignen zu können. Diese Umverteilung geschieht auf unterschiedliche Art:

1. Einschränkungen der Sozialleistungen und Einsetzen der "freiwerdenden" Mittel in anderen Bereichen.

2. Drücken der Lohn- und Gehaltssteigerungen unter die Inflationsrate (wie in den beiden vorangegangenen Jahren geschehen).

3. Entlastung der Steuern aus Kapitalgewinnen wie dies von der CDU/FDP-Regierung schon in Angriff genommen worden ist. Gleichzeitig werden die Lücken durch Erhöhung der Verbrauchersteuern (Mehrwertsteuer, die allein von den Endverbrauchern, nicht von den Firmen gezahlt wird) gefüllt.

4. Erhöhung der Sozial- und Steuerabgaben auf Löhne und Gehälter (ab 1983 steigen die Beiträge für die Renten- und die Arbeitslosenversicherung).

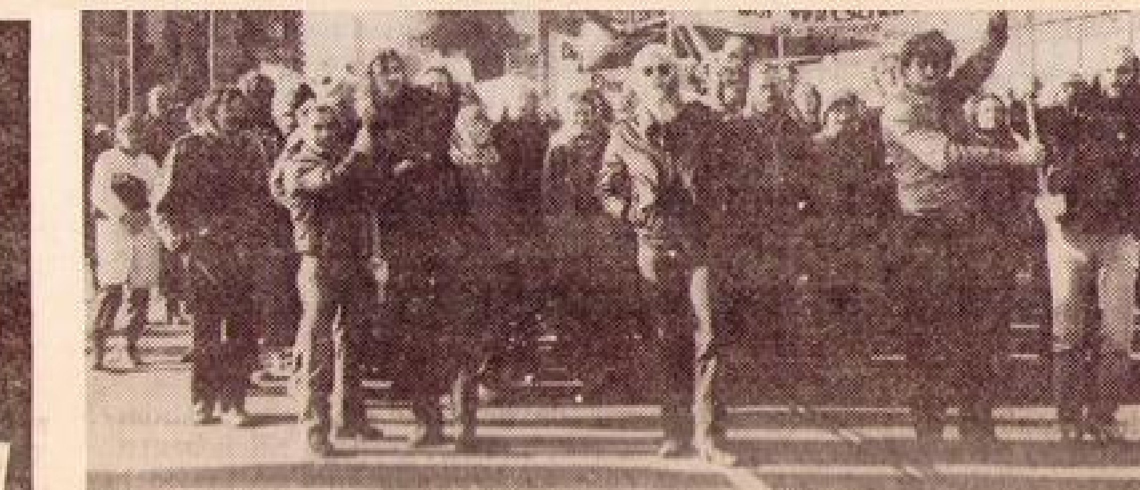
Genau dieses Programm hat sich die neue Regierung gegeben. Der angekündigte Wahltermin zwingt sie dabei noch zur Zurückhaltung, aber die Richtung wurde schon in der Springer-Zeitung "Die Welt" angegeben: *„Dies stellt sich nicht unbedingt bei Brachialkuren ein, sondern in einem Stufenprozeß: Heute das Mögliche tun, morgen den (überwältigenden) Rest."*(28.10.82)

Für die Ära der sozialliberalen Koalition wurde von CDU und Kapitalisten der Begriff "Umverteilungsstaat" geprägt — mit dem jetzigen Regierungsprogramm bekommt er seine wahre Bedeutung!

Bruch der Koalition führt zu Hausse
Kurssteigerungen bis zu zehn Mark / Auch Festverzinsliche gefragt
an Aktienbörse
Die Börse reagiert mit einer Hausse
Dollar leicht gesunken
Kursgewinne von ein bis zwei Prozent / Meinungskäufe des Berufshandels

Bruch der Koalition führt zu Hausse
Kurssteigerungen bis zu zehn Mark / Auch Festverzinsliche gefragt
an Aktienbörse
Die Börse reagiert mit einer Hausse
Dollar leicht gesunken
Kursgewinne von ein bis zwei Prozent / Meinungskäufe des Berufshandels / D-Mark leicht befestigt
Börse nach Koalitionskrach
„Kapitalisten" erlöst
AKTIENMÄRKTE / Die Börse fürchtet grün-rote Koalition in Bonn
Das Ergebnis der Hessen-Wahl führte zu starken Kurseinbrüchen
Hessen-Baisse an den Börsen
Berufshandel trennt sich von vorgekauften Aktien / F.A.Z.-Index gibt um über drei Prozent nach / Dollar fest





Anmerkungen

(1) Zitate und Zahlen aus den "Börsenberichten" der Dresdner Bank, Nr.17 bis 21, August bis Oktober

(2) Zahlenmaterial aus der FAZ, 22.9.82, und dem Fischer Weltalmanach

(3) Zahlen und Zitate aus den "Wirtschaftsberichten" der Dresdner Bank, Nr. 1-3(1. bis 3. Quartal) und den "Merkblättern für den Außenhandel" Nr. 9

Stahl-Friede aus Wellblech

Monatelang rangen die Vertreter der Stahlindustrie Europas und der USA um eine „friedliche Beilegung" ihrer Streitigkeiten. Der internationale Markt für Stahlprodukte ist kleiner geworden, umso heißer umkämpft sind daher die Restbestände aus besseren Zeiten. Zu diesen gehört auch der US-Markt, an dem sich die europäischen Stahlhersteller in den vergangenen Jahren einen immer größeren Anteil erobert hatten. Nun wurde es den US-Konzernen zuviel, sie liefen Sturm und fanden verständnisvolle Unterstützung bei ihrem Präsidenten Reagan. So wurde aus dem Konflikt zwischen Stahlmultis ein Konflikt zwischen der EG und den USA. Harte Worte fielen, kein Taschenspielertrick war den sonst so noblen Herren zu schade — das transatlantische Klima schien getrübt. Aber man hat sich kurzfristig wieder zusammengerauft...

Europa und Japan erobern den US-Markt

Seit 1974 sind die großen Jahre der Ausweitung der Stahlproduktion für die Metropolen vorbei. Seit diesem Zeitpunkt nämlich stagniert international die Nachfrage nach Stahl und Stahlprodukten. Gleichzeitig findet eine Umverteilung der Stahlproduktion von den bisher traditionell im Geschäft stehenden Ländern USA, EG, Japan und UdSSR statt; 1966 produzierten diese Länder vier Fünftel des Weltrohstahls, heute nur noch knapp zwei Drittel. Seit den frühen 60er Jahren sind die USA zu einem der großen Stahlimporteure geworden. Die westeuropäischen Staaten nehmen heute ca. 40 % des Weltstahlhandels, die USA zwischen 10 und 12 % des international gehandelten Stahls auf. Um diesen immer noch sehr großen Weltmarktanteil streiten sich die Länder der EG und Japan.

Gegenüber der japanischen und europäischen Konkurrenz geriet die US-Industrie in den letzten zehn Jahren immer mehr ins Hintertreffen. Japan verfügt heute über die produktivste Stahlindustrie, gefolgt von der BRD, die über dem EG-Durchschnitt liegt; in den USA wird mit einer weitgehend veralteten Technik gearbeitet. Zum Beispiel liegen die Arbeitskostenanteile bei der Produktion von einer Tonne Stahl in Japan bei 21 %, in der BRD bei 29 %, und in den USA bei 34 % („International Herald Tribune", 11.9.82). Oder ein Beispiel aus der Hüttenwerkstechnik: In der BRD wurde Ende der 60er Jahre das „Stranggußverfahren" für die Rohstahlerzeugung entwickelt. Bei diesem Verfahren werden von den bis dahin zwölf notwendigen Produktionsschritten sieben eingespart, und der Stahl ist qualitativ wesentlich besser. Mit einem enormen Investitionsschub stellten die japanischen und die BRD-Konzerne ihre Produktion auf dieses Verfahren um, heute werden in Japan ca. 60 %, in der BRD ca. 45 % des Rohstahls mit diesem Verfahren hergestellt, in den USA jedoch nur ein Fünftel („Stahl und Eisen", 8.2.82).

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß der Preis für eine Tonne Rohstahl in den USA 500 US-Dollar, die gleiche Tonne in Europa aber nur 400 US-Dollar kostet. Europäischer und japanischer Stahl war deshalb also, trotz schon bestehender Importzuschläge, für die US-Firmen besser und billiger. Und so ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil der importierten Stahlwaren an der insgesamt verbrauchten Menge heute mehr als ein Fünftel ausmacht. Für einzelne Stahlprodukte sind diese Anteile noch wesentlich höher, der absolute Importschlager der vergangenen Saison war das Stahlrohr, ob nun geschweißt oder nahtlos. Hiervon importierten die USA mehr als die Hälfte ihres Verbrauchs im Jahre 1981.

Die US-Stahlhersteller standen daher in einer doppelt vertrackten Situation: Die Nachfrage nach Stahlprodukten ging auf dem US-Markt selbst zrück, Stichworte dazu: Krise der Automobilindustrie und der Bauwirtschaft. Darüber hinaus wird heute für einen Personenwagen etwas mehr als die Hälfte des Stahls gebraucht wie vor 15 Jahren. Und den in den letzten drei Jahren rasant gestiegenen Verbrauch von Röhren konnte die US-Industrie nicht nutzen, da sie dafür keine Produktionsstätten im ausreichenden Maße besitzt. Zum zweiten war importierter Stahl billiger und besser. In der freien Konkurrenz waren die US-Firmen also dem Ansturm von außen nicht mehr gewachsen, und deshalb sollten die Grenzen dichtgemacht werden. Von diesen Handelsbeschränkungen wären Japan und die Staaten der EG betroffen, da sie zusammen 60 bis 70 % der Importe abwickeln.

Ring frei zur ersten Runde: USA contra EG

Zunächst griffen die US-Firmen die europäischen Produzenten an. In einigen europäischen Staaten wird die Stahlindustrie mit vielen Milliarden Franc, Lire oder Gulden subventioniert, um diese Konzerne gegenüber der japanischen und BRD-Konkurrenz aufrechtzuerhalten. Die Klage der US-Konzerne bestand nun darin, daß sie meinten, die Subventionspraxis führe dazu, daß diese Hersteller ihre Stahlwaren unter Preis verkaufen könnten, und so auch auf dem US-Markt unter Preis anbieten. Natürlich haben die US-Konzerne nichts gegen Subventionen, solange sie die Empfänger sind. Beispielsweise zogen sie 1976 und 1980 ähnliche Klagen gegen europäische Unternehmen zurück, nachdem sie von der Carter-Regierung einige Milliarden US-Dollar erhalten hatten („FR", 11.1.82).

Nach dem internationalen Handelsvertrag GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) — der von 1973 bis 1979 ausgehandelt wurde — ist „Dumping" (unter dem eigentlichen Preis verkaufen) verboten. Die US-Konzerne reichten also bei ihrer Regierung Dumping-Klagen gegen die europäischen Staaten ein, und nun lag es im Ermessen der US-Regierung, des US-Handelsministeriums und der International Trade Commission (ITC), diese Klagen als begründet anzusehen. Im Dezember 1981 gab Reagan grünes Licht für den Clinch mit der EG. Wohl um keine Zweifel über die Ernsthaftigkeit ihres Anliegens aufkommen zu lassen, verhandelten Anfang Dezember nach der NATO-Wintertagung Außenminister Haig, Handelsminister Baldrige, Landwirtschaftminister Block und der Sonderbeauftragte Reagans mit der EG Führungsspitze, dem Kommissionspräsidenten Thorn, dem Verantwortlichen für Außenhandel und Industrie Haferkamp und dem Eisen- und Stahlverantwortlichen Davignon in dieser Sache. Zusätzlich noch beklagen sich die US-Amerikaner über die Subventions- und Abschottungspraktiken der EG auf dem Agrarmarkt. Den Europäern wird vorgeschlagen, freiwillig die Importquoten für die verschiedenen Stahlprodukte zu senken. Handelsminister Baldrige *„machte seinen europäischen Gesprächspartnern klar, daß er die US-Industrie nur so lange ruhig halten könne, bis die Europäer ihre Stahlexporte in die USA zurücknehmen würden. Als Beschwerdeführer werde er bei mangelnder Kooperation dann auf Maßnahmen drängen, die einer Importsperre für europäische Stahlproduzenten gleichkäme"* („Wirtschaftswoche", 11.12.81).

So einfach lassen die europäischen Verhandlungspartner nicht mit sich umspringen. In den folgenden Monaten laufen zähe Verhandlungen, wieviel von welcher Stahlsorte weiterhin von Europäern auf den US-Markt exportiert werden dürfen. Im Sommer dann steht man sich wie die beiden Ziegenböcke auf der kleinen Holzbrücke über dem Bach gegenüber: Keiner will zurück; die europäischen Regierungen wollen eine durchschnittliche Importquote von 6 % (1981 betrug die durchschnittliche Importquote für die EG 6,2 %) erhalten, die USA höchsten 5 % zubilligen. Falls es zu keiner Einigung kommen sollte, würden die Stahlimporte der BRD mit Strafzöllen in Höhe von 1 bis 3 % des Importvolumens belegt. Die entsprechenden Zollmargen würden für belgische Produkte 20 %, für französische bis 30 %, für britische gar bis 40 % betragen. Bis auf die BRD-Stahlkonzerne wären damit alle übrigen europäischen Konkurrenten auf dem US-Markt hoffnungslos unterlegen. Die unterschiedliche Höhe der Zollmargen richten sich nach dem Ermessen der ITC, die sie wiederum an der Höhe der Subventionspolitik der einzelnen europäischen Länder bemißt.

Im August nun einigen sich die europäischen und die US-Regierung auf einen Kompromiß, große Erleichterung stellt sich ein, die Meldungen laufen schon um den Erdball. Doch da schießen die US-Konzerne quer. In ihrer Hand liegt es, die Dumping-Klagen zurückzuziehen, und sie weigern sich, da sie ihre Interessen von der US-Regierung nicht genug berücksichtigt sehen. Die Verhandlungen werden vertagt, erneut soll die ITC ein Gutachten erstellen, ob die europäischen Staaten mit ihrer Subventionspolitik ihre Stahlindustrie in die Lage versetzt, zu „unfairen Preisen" exportieren zu können. Mitte Oktober kommt die ITC zu dem erwarteten Schluß. Die Europäer haben nun die Möglichkeit, neue Konzepte der Selbstbeschränkung vorzulegen, oder ab dem 21.10.82 gelten die oben aufgezählten Zölle.

Unter den EG-Staaten: Knisternde Harmonie

Es ist nichts verfehlter, als anzunehmen, die Staaten der EG würden angesichts der Auseinandersetzung mit den USA leicht auf einen Nenner kommen. Zunächst hat die BRD keinerlei gesteigertes Interesse, auf die Forderungen der USA einzugehen. Erstens haben die BRD-Firmen den größten Anteil an den europäischen Stahlexporten in die USA. Zum zweiten wären sie von den angedrohten Strafzöllen ungleich weniger betroffen als die anderen Staaten, da in der BRD eine geringere Subventionspolitik gegenüber der Stahlindustrie betrieben wird. Diese Frage ist seit Jahren schon ein Streit innerhalb der EG-Stahlindustrie: Die BRD rationalisiert strikt durch und produziert entsprechend Arbeitslose, aber eben auch eine hoch produktive Industrie. Die anderen Staaten halten — aus liberalkapitalistischer Sicht — ihre Stahlindustrie künstlich aufrecht. Entsprechend kommentiert die „Frankfurter Allgemeine": *„Die Deutschen hatten zunächst kein Interesse an der gemeinschaftlichen Regelung einer Streitfrage, die sie nicht verschuldet hatten. Die deutschen Stahlausfuhren blieben frei von amerikanischen Strafzöllen, und es bestand sogar die Chance, die Lieferausfälle der Nachbarn zu ersetzen und ein besseres Geschäft zu machen"* (25.10.82).

Gleichzeitig versuchte die britische Regierung in parallelen Verhandlungen mit den USA zu einer Regelung zu kommen. Nach einer Rücksprache mit der EG-Führungsspitze brachen die USA diese Verhandlungen ab, da sie sahen, daß die restliche EG gegen ein Ausscheren Großbritanniens in dieser Frage war.

Nachdem nun klar war, daß es zu einer Importregelung mit den USA kommen mußte, ging es für die europäischen Staaten darum, untereinander die entsprechenden Importquoten auszuhandeln. In dieser Frage war die BRD — vertreten durch den Staatssekretär Schlecht — dafür, *„die Hauptlast der Exportkürzungen hätten ... die vier 'Hauptsünder' (Frankreich, Italien, GB, Belgien) zu tragen. Wenn man überhaupt Hand biete zu einem Selbstbeschränkungsabkommen, dann primär nur, um nicht die politische Eskalation mit den USA anzuheizen"* („NZZ", 27.7.82). Denn die BRD lag und liegt ja immer noch in der Frage des Erdgas-Geschäftes mit den USA quer.

In den EG-internen Verhandlungen setzte sich die BRD mit ihren Forderungen durch, und so war die Tür offen für das Abkommen mit den USA; die Lieferungen der EG werden auf durchschnittlich 5,7 % des gesamten Stahlmarktes der USA beschränkt (von heute 6,3 %) und auf diesem Niveau bis Ende 1985 gehalten. Den größten Anteil an diesem Importaufkommen sicherte sich die BRD mit 34 %, 20 % fallen für Frankreich, 13 % für Belgien und 12 % für GB ab.

Sonderfall Röhren

Mit diesem Abkommen sind die Importquoten für elf Stahlsorten geregelt, die ca. 85 % der gesamten EG-Exporte in die USA darstellen — ausgenommen Stahlröhren. Und innerhalb der Einigung über die EG-Exportbeschränkungen spielen die Röhren eine besondere Rolle

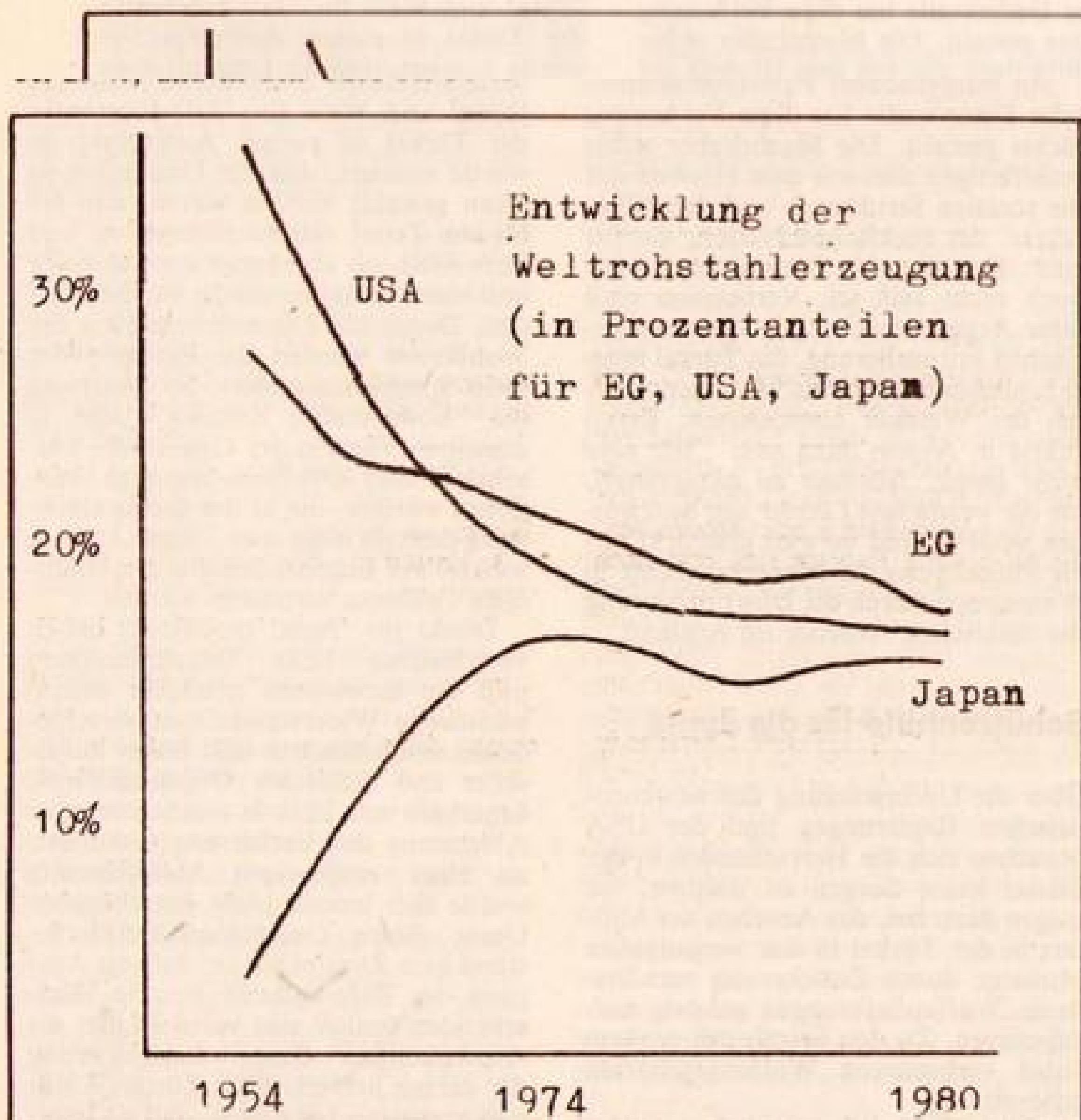
Wie schon einmal oben angesprochen, gab es in den vergangenen Jahren in den USA einen Boom in der Nachfrage nach Röhren. Zum einen wird verhältnismäßig mehr Erdöl „offshore" abgebaut. Das sind die Bohrungen, die auf dem Kontinentalsockel vor den Küsten niedergebracht werden. Der Anteil an der täglichen Fördermenge von Rohöl stieg für das off-shore-Verfahren von 1976 16,5 % auf 22,8 % im Jahre 1980. Für diese Art des Abbaus werden besondere Röhren gebraucht, und da die USA in dieser Technik führend sind, entstand für physikalisch widerstandsfähige Stahlröhren in den USA ein neuer, großer Markt. Weiterhin sind in den letzten drei Jahren verschiedene Pipeline-Projekte in den USA aufgelegt worden, die eine Unmenge an Röhren verschlingen. So z.B. eine 4.800 miles lange Naturgas-Pipeline von Montana bis Iowa, an deren Röhrenaufkommen eine japanische und eine italienische Firma mit insgesamt einem Drittel beteiligt sind („iron age", Juli 23, 82).

So verdoppelte sich die Nachfrage nach Röhren von 1981 auf 1982. 1979 hatten Röhren einen Anteil von 16,7 % am Gesamtstahlimport, 1981 schon 30 %. In den ersten fünf Monaten von 1982 betrug dieser Anteil 39 %. Diese Röhrenimporte hielten die Gesamtimporte auf der gegenwärtigen Höhe. Bis 1980 dominierte Japan in diesem Geschäft mit einem Einfuhranteil von fast 50 %. Aber in den ersten fünf Monaten von 1982 hatte die EG einen Marktanteil von 30 % erstritten.

Die beiden BRD-Firmen Mannesmann und Thyssen bestreiten ca. 70 % der gesamten EG-Röhrenausfuhren in die USA. So ist es auch verständlich, daß die BRD kein Interesse daran hatte, in das allgemeine Stahlabkommen eine Regelung der Röhrenfrage miteinzubeziehen. So kam ein Sonderabkommen zustande — und zwar auf der Grundlage eines Briefwechsels. Wir beschreiben dies hier deshalb, weil es einen Einblick in die Verkehrsformen bei solchen Auseinandersetzungen gibt, und das Bild der Harmonie im kapitalistischen Lager in ein schärferes Licht taucht. Die USA wollten der allgemeinen Stahlregelung nur zustimmen, wenn es auch eine Regelung des Röhrenimports gäbe. Es gab daraufhin einen sogenannten „letter of exchance", eine mehr unverbindliche Art der Regelung internationaler Abkommen. Nachdem nun die USA und die BRD ihren „letter of exchange" ausgetauscht hatten, und sich geeinigt hatten, bei einem weiteren Zunehmen des Röhrenimports sich gegenseitig „zu konsultieren", gab der BRD-Vertreter „grünes Licht" für die Unterzeichnung des allgemeinen Abkommens. Kaum war dies geschehen, wurde der BRD-Delegation mitgeteilt, daß der Begriff „letter of exchange" (Briefwechsel) sich nur in der Überschrift des US-amerikanischen Originals befinde, ansonsten aber von einem „arrangement" die Rede sei. So wurde *„viel böses Blut geschaffen"* und mit *„gezinkten Karten"* gespielt („NZZ", 23.10.82).

Imperialismus-Kommission

Verwandte Statistiken:
— American iron and steel institute, 1981
— Statistics of world trade in steel, 1981, UN/New York 1981



Statistisches Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie, 1981

Weltrohstahlproduktion in Mio. Tonnen und Prozentualer Verteilung auf Länder

	EG		Japan		USA		UdSSR		Übrige Welt		Welt gesamt
Jahr	Mio. t	%	Mio. t	%	Mio. t	%	Mio. t	%	Mio. t	%	Mio. t
1954	62,9	28,2%	7,8	3,5%	80,1	35,8%	41,4	18,5%	31,1	14,0%	223,4
1966	110,3	23,2%	47,8	10,0%	124,7	26,3%	96,9	20,4%	95,2	20,0%	474,9
1970	138,o	23,1%	93,3	15,6%	122,1	20,4%	115,9	19,4%	128,2	21,5%	597,6
1974	155,5	21,9%	117,1	16,5%	135,2	19,0%	136,3	19,2%	165,7	23,3%	709,8
1976	134,2	19,7%	107,4	15,8%	118,9	17,5%	144,8	21,3%	173,9	25,6%	679,3
1978	132,6	18,4%	102,1	14,1%	127,2	17,7%	151,4	21,0%	206,4	28,7%	719,7
1980	127,7	17,8%	111,4	15,5%	101,7	14,1%	148,0	20,6%	228,9	31,9%	717,7

Die Türkei, eine konstitutionelle Diktatur

Fortsetzung von Seite 1

Von den zahlreichen ablehnenden Stellungnahmen aus dem eher bürgerlich orientierten Lager seien hier nur ausgewählte Kostproben wiedergegeben. Für den Vorsitzenden der (gelben) Gewerkschaft Türk-Is, Sevket Yilmaz, läutet der Entwurf das *''Ende der Gewerkschaftsbewegung''* ein, der Präsident der Rechtsanwälte-Vereinigung bezeichnete ihn als *''gezielten Versuch, das jetzige Regime zu verewigen''*. Die ebenfalls eher rechts-bürgerlich orientierte Zeitung Hürriyet sieht in der Arbeit der Verfassungskommission einen *''Verstoß gegen die Bürgerrechte und Grundfreiheiten''*, der ehemalige Präsident der Republik, Sabri Caylanyangli, meinte, daß *''ein Regime, das die üblichen Regeln der Demokratie mißachtet ( ), nicht als demokratisch bezeichnet werden (kann)''*. Ebenfalls grundsätzliche Kritik übte der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft Güreli: *''Diese Verfassung ist hinter der Gesellschaft zurückgeblieben. Dieser Entwurf widerspricht dem Kern des freiheitlichen, parlamentarischen Regimes. Dieser Entwurf widerspricht dem Republikverständnis von Atatürk. Dieser Entwurf ist weit davon entfernt, einen gesellschaftlichen Frieden in diesem Land herzustellen.''* 'Tercüman' stellte fest, daß der Verfassungsentwurf *''weder die Zustimmung der Arbeiter noch der Presse oder der Universitäten und erst recht nicht der früheren politischen Parteien erhalten hat''*. Was die Haltung der ehemaligen Führer der bürgerlichen Parteien angeht, hatte die 'Frankfurter Rundschau' schon im März treffend bemerkt: Sie *''warten voll Ungeduld auf die Bekanntgabe der Spielregeln, nach denen zukünftig um die Macht gestritten werden soll. Sie sind darauf gefaßt, daß sie die ersten Runden wohl nur als Zuschauer erlebnen werden, hoffen aber, nach Ablauf einer Schamfrist wieder ins Rennen gehen zu können''*. So bezog sich die Ablehnung des Verfassungsentwurfs durch Politiker wie Demirel weniger auf die in ihm enthaltenen antidemokratischen Inhalte als auf die vorgesehene Beschränkung der Betätigungsmöglichkeiten für ehemalige Parteiführer und auf die berechtigte Angst, selbst nicht mehr an der Staatsführung beteiligt zu werden.

Bleiben als gesellschaftliche Kräfte zur Unterstützung der neuen Verfassung die Unternehmer und das Militär, was allerdings überwiegend ein und dasselbe ist, da das türkische Militär durch den Militärkonzern OYAK direkt als Großkapitalist (zweitgrößter Konzern des Landes) tätig ist. So ist es

eher vorsichtig ausgedrückt, wenn der rekt als Großkapitalist (zweitgrößter Konzern des Landes) tätig ist. So ist es

eher vorsichtig ausgedrückt, wenn der Vorsitzende von Türk-Is den Entwurf als *''Verfassung der Kapitalisten, die den Kapitalisten neben ihrer wirtschaftlichen Macht auch die Tür zur politischen Macht öffnet''* bezeichnet, denn an der politischen Macht sind die Kapitalisten in der Türkei selbstverständlich schon länger. Betrachtet man den Verlauf der Debatte um die türkische Verfassung, fällt ins Auge, daß die Vorstellungen der Unternehmer in der neuen Verfassung weitgehend berücksichtigt sind. Die Türkische Industrie- und Handelskammer zum Beispiel forderte eine Stärkung der Exekutive, eine Festlegung auf die ''Atatürk-Prinzipien'' und formulierte: *''Die Stellung des Staatsoberhauptes sollte weiter ausgebaut werden, als es durch die Verfassung von 1961 vorgesehen war. Der Staatschef soll zeitweise die Verfassung außer Kraft setzen können durch Ausrufen des Notstands . . .Er sollte auch die Macht haben, Bestimmungen zu erlassen und einige autonome Institutionen kontrollieren . . . Und die neue Verfassung sollte die Rechte von Privatunternehmen und Privateigentum schützen.''* Arbeitgeber- und Industrieverbände forderten außerdem die Einschränkung des Organisationsrechtes der Gewerkschaften und des Streikrechtes. Aufmerksamkeit erregte in der Türkei die Tatsache, daß von den 15 Mitgliedern der Verfassungskommission außer dem Vorsitzenden, Professor Orhan Aldikacti, nur ein weiteres Mitglied voll hinter dem Entwurf stand und dieser, R.Ibrahimoglu, Generalsekretär der Arbeitgebervereinigung ist.

Die Absichten der herrschenden Militärs hat General Evren in verschiedenen Volksreden ausgeführt. Ziel sei eine dauerhafte Verfassung, die Zustände wie vor dem Putsch verhindern solle. *''Jenen die finden, daß diese Verfassung uns hinter die von 1961 zurückwirft, möchte ich sagen: Niemals und nirgendwo habe ich behauptet, daß die neue Verfassung . . . mehr individuelle Freiheiten bringen würde als die von 1961. Im Gegenteil, ich habe gesagt, daß jene Verfassung zu schlaff für uns war. Wir begannen darin zu schlottern, und dies führte uns zum 12.September. Ich habe ferner gesagt, daß wir im Interesse der Sicherheit unserer Gesellschaft einige unserer persönlichen Rechte und Freiheiten opfern müssen. Wir brauchen eine Verfassung, die unserer strategischen Lage und unseren eigenen speziellen Umständen angemessen ist.''*



Sehr geehrtes Schwein, wie denken Sie über die neue Verfassung? Rüf, Rüf, hervorragend, wunderbar. Um es genau zu sagen, eigentlich hätte ich das nicht erwartet, Rüf, Rüf ...

Und Sie, sehr geehrtes Schaf. Wie denken Sie? Sie möge für alle Schafe Glück bringen ...





'und Sie, sehr geehrte Kuh?

Es wurde bewiesen, daß sie für uns

'und Sie, sehr geehrte Kuh? Muuuh ..

Es wurde bewiesen, daß sie für uns passend ist ...

Kernpunkte der neuen Verfassung

1. Der türkische Staatsaufbau hat mit einer bürgerlich-demokratischen Staatsform nichts gemein. An der Spitze des Staates bleibt der 'Nationale Sicherheitsrat' bestehend aus den Oberbefehlshabern der verschiedenen Waffengattungen. Gegenüber der Verfassung von 1961, in die Funktion dieser Institution noch mit dem Prädikat ''beratend'' belegt war, erhält der NSR in der neuen Verfassung bindende Weisungsbefugnis gegenüber der Regierung in allen Fragen *''die die Existenz des Staates, die Einheit der Nation und die Sicherung des Volkes betreffen''* die Militärherrschaft ist damit verfassungsmäßig abgesichert. Diktatorische Vollmachten erhält der Staatspräsident, der für sieben Jahre von der ''Großen Nationalkammer'' mit 2/3-Mehrheit gewählt werden soll. Er stellt Regierungen zusammen, sowie sämtliche Aufsichtsgremien wie den Hochschulrat, das Verfassungsgericht u.a.m., er kann das Parlament auflösen, Gesetze zurückweisen und verändern, den Notstand ausrufen, das Kriegsrecht erklären usw.usf. Zusammen mit dem Nationalen Sicherheitsrat ist die Institution des Staatspräsidenten ein von jeder parlamentarischen Beeinflussung befreiter herrschender Wasserkopf. Einige Debatte gab es um die Legalisierung eines Staatsberatungsrates, der Brain-Trust der Herrschenden, dessen Existenz zwar ein offenes Geheimnis ist, gegen dessen Legalisierung in der Verfassung jedoch Widerspruch laut wurde. In ihm sitzen die ''besonders verdienten Männer der Nation'' aus Militär, Wirtschaft und Politik. Der ''Großen Nationalkammer'', deren 400 Mitglieder erstmals 1984 gewählt werden sollen, bleibt angesichts dieser Machtverteilung nicht mehr viel zu tun außer der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen und der Wahl des Staatspräsidenten. Letzteres wird allerdings nach der bisherigen Planung erstmals 1989 aktuell, da mit einer ''Übergangsregelung'' die erste Amtsperiode des Staatspräsidenten von General Kenan Evren selbst wahrgenommen wird.

2. Obwohl die Verfassung eine herrschende Ideologie festschreibt, nach der der Klassenkampf in der Türkei als nicht existent erklärt wird, ist ihr Geist die Durchsetzung der Macht einer Klasse, der Kapitalisten, gegenüber den Arbeitern. Die Bestimmungen der Verfassung, die sich direkt auf die Rechte der Arbeiter beziehen sind eine Festschreibung der unumschränkten Unternehmermacht. Den Gewerkschaften wird nicht nur ihre Organisationsfreiheit derart beschränkt, daß Satzungen und Gewerkschaftsfinanzen direkt vom Staat kontrolliert werden, ihnen ist jede Stellungnahme zu wichtigen Fragen (als 'politische Betätigung') verboten. Solidaritätsstreiks, Streiks mit 'politischen Zielen' und Streiks in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten sind verboten, die Tarifautonomie durch Übernahme der Tarifgesetze 274 und 275 in die Verfassung, d.h. Verankerung eines ''Obersten Schlichtungsrates'' fast vollständig aufgehoben. Die Gewerkschaften haben für Produktionsausfall und am Arbeitsplatz durch Streiks entstandene Schäden aufzukommen. Die Gewerkschaftsgelder müssen bei der Staatsbank angelegt werden.

3. Sämtliche demokratischen Freiheiten, individuelle Freizügigkeit, Meinungsäußerung in Presse und Wissenschaft, Kunst, Kultur und politische Betätigung unterliegen drakonischen Einschränkungen, Zensur und Verboten. Jederzeit sind direkte Eingriffe des Staates legalisiert, angefangen bei der Pressezensur über Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Beschlagnahmungen, Beschränkung der Freizügigkeit, Verbot von Verbänden und Organisationen bis zur Todesstrafe. Es gibt in der Verfassung kein individuelles Recht, keine Garantie für Organisationen und Verbände, irgendwelche Rechte und Freiheiten wahrzunehmen, die nicht außer Kraft gesetzt werden können unter Verweis auf Formulierungen wie: *''Die Ausübung der Grundreche und -freiheiten kann zum Schutze der unteilbaren Einheit des Landes und der Nation des Staates, der Republik, der öffentlichen Ordnung, der allgemeinen Sicherheit, der allgemeinen Moral, der allgemeinen Gesundheit und der Rechte und Freiheiten der anderen, sowie aus besonderen Gründen, die in anderen Paragraphen gezeigt werden, begrenzt werden.''* Ähnliche Formulierungen finden sich überall, wenn es um die Menschenrechte und die Rechte der Arbeiter und der Bevölkerung geht. Sie fehlen in der Beschreibung der Rechte der Staatsorgane und der Kapitalisten. Zur Verfolgung der gesellschaftlichen Oppopsition wurden zusatzlich die Bestimmungen des Strafgesetzbuches in die Verfassung aufgenommen, die u.a. auch die Todesstrafe für ''Kommunismus-Propaganda'' (§141) und ''Separatismus-Propaganda'' (§142) festlegen und die seit dem Putsch verstärkt gegen die linke Opposition und gegen oppositionelle Kurden benutzt wurden.

4. Eingezwängt wird das Leben in der Türkei durch die in der Verfassung festgelegte Vorherrschaft einer Ideologie, des ''Kemalismus'', bzw. dessen, was die derzeit Herrschenden darunter verstehen. Welche Konsequenzen diese Festschreibung hat, zeigt sich an der Unterdrückung der Kurden und an der bereits vollzogenen Säuberung des Kultur- und Wissenschaftsbetriebes. Eine totale Säuberung der Universitäten und Lehrpläne ist in den letzten Monaten abgeschlossen worden.

Mit bürgerlichem Parlamentarismus oder Demokratie hat diese Verfassung nichts gemein. Die Machthaber selbst rechtfertigen dies mit dem Hinweis auf die sozialen Strukturen und den 'Charakter' der türkischen Nation, die für eine Demokratie ''westlicher Art'' noch nicht reif sei. Verbunden wird diese Argumentation mit der demagogischen Formulierung, die Türkei müsse schließlich nicht alle Errungenschaften des Westens übernehmen. Evren führte in Avyon dazu aus: ''Wir sind

ten des Westens übernehmen. Evren führte in Avyon dazu aus: ''Wir sind

nicht bereit, Normen zu akzeptieren, die die westlichen Länder uns aufzwingen wollen'' und verwies geschickt auf die Mißachtung der Menschenrechte in Westeuropa durch die Diskriminierung der türkischen Arbeiter im Ausland.

Schützenhilfe für die Junta

Über die Unterstützung der westeuropäischen Regierungen und der USA brauchen sich die Herrschenden in der Türkei keine Sorgen zu machen. Sie trugen dazu bei, das Ansehen der Militärs in der Türkei in den vergangenen Monaten durch Zusicherung verschiedener Waffenlieferungen gehörig aufzupolieren. Zu den jeweils mit großem Jubel verbreiteten Waffengeschäften gehören:

— ab 1984 wird die Türkei vier oder fünf Maschinen des Frühwarnsystems AWACS erhalten. Nach türkischen Quellen sollen sie von einem NATO-Fonds bezahlt werden, zu dem u.a. die BRD, Belgien, Kanada, Dänemark, Griechenland(!), Holland, Norwegen und Portugal beigetragen haben.

— die USA wollen Militärmaterial im Werte von 134 Mio. Dollar zur Modernisierung der M-48 Panzer liefern, mit denen diese auf 105 mm-Kanonen umgestellt werden sollen.

— groß im Geschäft ist die BRD. Mindestens zwei von 120 Starfightern für die Türkei wurden bereits geliefert. Blohm & Voss produziert in Hamburg 77 Panzertürme und monatlich 15 Stück Panzerwannen für den Leopard-Panzer. Zu guter letzt ist ein Fregattengeschäft beschlossene Sache. 4 MEKO 200 Fregatten werden von Blohm & Voss und HDW für die Türkei produziert, finanziert von langfristigen Militärkrediten der USA (180 Mio.Dollar) und der BRD (600 Mio.DM). Die sozialliberale Bundesregierung fand daran nichts Problematisches, schließlich gehört die Türkei zur westlichen Allianz. . .

Nein zur Verfassung der Junta!

Das Ende der öffentlichen Diskussion um den Verfassungsentwurf wurde auf den 24.10. festgelegt. Bis dahin, so rechneten die Herrschenden, sollten die Widerstände gegen die Verfassung innerhalb der bürgerlichen Opposition zumindest soweit neutralisiert und die Gemüter beruhigt sein, um ein Akzeptieren der Verfassung zu erreichen. Die Behandlung des Entwurfs in der Beratenden Versammlung sprach für dieses Kalkül: Dort wurde der Entwurf in einer Rekordzeit von nur einem Monat durchdiskutiert, geringfügig geändert und angenommen. Schließlich stimmte nur noch e i n Mitglied gegen die vorliegende Fassung. Evren selbst hat in seinen Volksreden klargemacht, daß er eine mögliche Ablehnung der Verfassung im Referendum so interpretieren würde, daß die Bevölkerung damit ausdrückt, mit dem bis dahin praktizierten Zustand der Militärherrschaft vollauf zufrieden zu sein. Schon im Juli stellte er unmißverständlich fest, wie die Diskussionsfreiheit in Zukunft aussehen soll. *''Wenn erst einmal der Verfassungsentwurf verabschiedet ist, dann hat niemand etwas mehr dazu zu sagen.''*

Die Junta war sehr bemüht, innerhalb der Bevölkerung aktiv für die Verfassung zu werben (einschließlich der Verbreitung von Drohungen für den Fall, daß sie sich diesen Werbungen gegenüber etwa uneinsichtig zeigen würde). Evren selbst ist in den letzten Monaten jedes Wochenende in der Propvinz herumgereist, in den letzten Wochen war er ständig unterwegs und hat vor dem 'einfachen Volk' gesprochen. Der damit verbundene Prestigegewinn darf nicht unterschätzt werden und schlägt sich auch in dem Abstimmungsergebnis nieder. Trotzdem sind Abstimmungsmodalitäten gewählt worden, die den positiven Ausgang für die Junta zusätzlich absichern sollten. Durch die Festlegung des Abstimmungsalters auf die über 21jährigen wurde ein Teil der potentiellen Gegner der Verfassung ausgeschlossen. Ebenso durften die knapp 80 000 Menschen in den Gefängnissen des Landes nicht abstimmen. Für die anderen war die Beteiligung Pflicht, bei Nichtbeteiligung wird demjenigen, die auf den Wählerlisten stehen, auf fünf Jahre das aktive und passive Wahlrecht aberkannt. Verschiedenfarbige Stimmzettel (Blau für 'Nein' und Weiß für 'Ja') führten in der Türkei zu einiger Aufregung, es wurde moniert, daß die Umschläge so dünn gewählt worden waren, daß die blauen Zettel durchschimmerten und bezweifelt, ob überhaupt überall weiße und blaue Zettel ausgeteilt werden würden. Durch die Zusammenstellung der Wahlkreise wurden die Prozente der Nein-Stimmen nivelliert. So berichtete die ''Süddeutsche Zeitung'', daß in einzelnen Vierteln der Großstädte zwi-

die ''Süddeutsche Zeitung'', daß in einzelnen Vierteln der Großstädte zwi-

schen 25 und 40% Nein-Stimmen abgegeben wurden, die in der Gesamtrechnung deshalb nicht zum Tragen kamen, weil sie mit Ergebnissen aus den ländlichen Gebieten vermischt wurden.

Direkt für 'Nein' mobilisiert haben verschiedene linke Orgganisationen und die inzwischen gebildete antifaschistische Widerstandsfront verschiedener revolutionärer und linker kurdischer und türkischer Organisationen. Innerhalb von Türk-Is wurde über eine Ablehnung der Verfassung diskutiert, zu einer eindeutigen Mobilisierung wurde sich jedoch nicht entschlossen. Unter diesen Gesamtumständen bestand kein Zweifel daran, daß der Ausgang des Referendums für die Herrschenden positiv sein würde. Über die Auswirkungen dieser Legitimierung der derzeit herrschenden Zustände läßt sich immerhin feststellen, daß sie international die Unterstützung der Militärs absichern wird. Die kritischen Stimmen werden eher weniger werden, schließlich hat die türkische Bevölkerung jetzt ein Votum abgegeben. Mit der Ankündigung erster Wahlen zur 'Großen Nationalkammer' für 1984 wird ein weiterer Schritt der ''Demokratisierung'' in nähere Zukunft gerückt. Fraglich ist, wie die minimalen Spielräume für eine legale Organisierung von der gesellschaftlichen Opposition, den Arbeitern und den Linken, ausgenutzt werden können.

S. ♀, KB-Hamburg

Ach ja, die Quellenangaben: Sämtliche Zitate und Informationen stammen aus a) dem Türkei-Infodienst (tid) der Alternativen Türkeihilfe, Nr.35-40. Hier finden sich auch Auszüge aus dem Verfassungsentwurf wie auch eine Dokumentation der Diskussion in der Türkei; b) aus der Tagespresse der letztenWochen.

Vorbereitung zur „Europäischen Konferenz"

Eine zweite europäische Friedenskonferenz — getragen von westeuropäischen Unterstützergruppen des Russell-Aufrufs — soll vom 9. — 15. Mai 1983 in Westberlin stattfinden. Mit 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern rechnen die Initiator/inn/en. Vorausgegangen sind dieser Konferenz bereits ein erster europäischer Friedenskongreß im Juli in Brüssel und auf bundesdeutscher Ebene ein Diskussionsforum Mitte September dieses Jahres. Inzwischen hat die europäische Vorbereitungsgruppe, das Liaison-Committee, eine Arbeitsplattform verabschiedet und ein provisorisches Deutsches Sekretariat bestätigt (zur Vorgeschichte des Projektes siehe ,,AK'' 224, S.7).

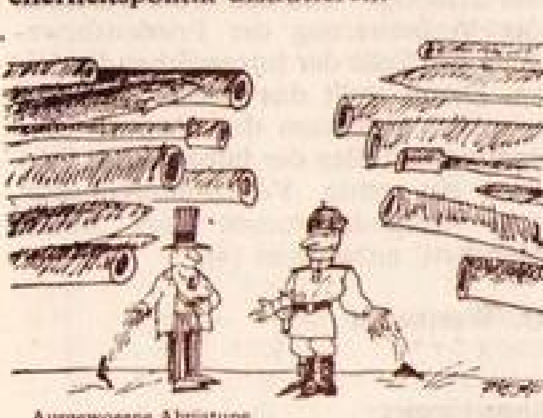
Die Vorbereitungsarbeit in der BRD wird hauptsächlich getragen vom ,,Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa''/Westberlin (und damit wesentlich von Rudolf Steinke). Diskussion und Entscheidungen über das Kongreß-Konzept blieben bisher einem kleinen auserwählten Kreis vorbehalten. Dieses Vorgehen rief bei europäischen und westdeutschen Gruppierungen Kritik hervor. Ein Vorbereitungstreffen im erweiterten Kreis am 6./7. November in Frankfurt erweiterte die Einwirkungsmöglichkeiten westdeutscher Friedensgruppen und Organisationen aber kaum.

Scharfe Kritik äußerte der grüne Bundeshauptausschuß an der SPD-Lastigkeit des Unternehmens. Die Westberliner Friedenskoordination und Gewaltfreie Aktionsgruppen kritisierten, daß die Arbeitsplattform die für 1983 zentrale Aufgabe der Friedensbewegung, nämlich die Verhinderung der ,,Nachrüstung'', kaum berücksichtigt.

Grundsatzdebatte vorbei an den aktuellen Aufgaben?

Ausgehend von den Grundsätzen des Russell-Appells wurden in der Arbeitsplattform Ziele und inhaltliche Schwerpunkte der Westberliner Konferenz formuliert. Der Kongreß soll zum einen der Ausarbeitung konkreter Aktionsformen, v.a. gegen die Stationierung neuer Atomwaffen, zum anderen der Weiterentwicklung und Verknüpfung friedenspolitischer Strategien dienen und die Perspektiven eines atomwaffenfreien Europas im Zusammenhang mit einer alternativen europäischen Sicherheitspolitik diskutieren.

fenfreien Europas im Zusammenhang mit einer alternativen europäischen Sicherheitspolitik diskutieren.



Ausgewogene Abrüstung

Auf dieser Basis soll die Diskussion in drei Themenbereiche gegliedert werden:
1. Blockkonfrontation und Konzeptionen zu ihrer Überwindung.
2. Soziale, ökonomische und ökologische Kosten der Rüstung.
3. Verschränkung von Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt.

Blockkonfrontation und Neutralität sind zentrale Fragestellungen, die sich durch die gesamte Thematik des Kongresses ziehen. Gerade deshalb wurde auch Berlin — als Symbol der Teilung Europas in zwei Blöcke — zum Tagesort erwählt.

Die Konferenz wird in zwei Phasen unterteilt. Anfangs drei Tage Expertendiskussion in Form von Hearings mit begrenzter Teilnehmerzahl, in der zweiten Hälfte offene Foren zu den Schwerpunktthemen sowie vielfältige Arbeitsgruppen.

Dieses Arbeitspapier wurde Mitte September vom Liaison-Committee einstimmig verabschiedet. Seine Anerkennung sowie die Unterstützung des Russell-Aufrufes sind Voraussetzung für eine mitverantwortliche Trägerschaft der Konferenz. (Mitglieder des Liaison-Committees siehe Anm. 1)

Die Westberliner Friedenskoordination dagegen forderte in einem Brief an den ,,Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa'', diese Positionen nicht als gemeinsame Meinung und Voraussetzung festzuschreiben, sondern als offene, da in der Friedensbewegung umstrittene Fragen zu formulieren. Nicht nur von der Friedenskoordination, auch aus den Reihen der AL/Westberlin, der Grünen und der Gewaltfreien Aktionsgruppen wurde insbesondere kritisiert, daß der Verhinderung der ,,Nachrüstung'' ein viel zu geringer Stellenwert zukomme. Selbst innerhalb der Jungsozialisten findet das Konferenz-Konzept keine einhellige Unterstützung. Auf dem Kölner Diskussionsforum Mitte September verkündete R. Hartung, Juso-Funktionär, er werde sich an keinem Kongreß beteiligen, der sich nicht für die Fortsetzung der Entspannungspolitik einsetze und bloß Positionen verbreite, die die CDU/CSU schon seit 13 Jahren vertrete.

Wenn auch die Stoßrichtung all dieser Kritiken — da aus ganz unterschiedlichen politischen Ecken kommend — keineswegs gleich bewertet werden kann, enthalten sie doch alle einen wesentlichen Ansatz: **Eine Diskussion, die kurz vor der geplanten Stationierung diese zentrale Aufgabe der Friedensbewegung hintanstellt, wird kaum positive Anstöße für die aktuelle Friedenspolitik hervorbringen können.**

Zwar beinhaltet das Arbeitspapier des Liaison-Committees durchaus genügend Spielraum, diese Kritik aufzunehmen. Doch Dieter Esche, Mitglied des provisorischen Deutschen Sekretariats, machte auf dem Frankfurter Vorbereitungstreffen Anfang November deutlich, daß zumindest das Deutsche Sekretariat keineswegs gewillt ist, den Spielraum zu nutzen. Von seinem Standpunkt, die ,,Nachrüstungs''frage sei ein Problem der BRD, das man den anderen europäischen Ländern nicht aufdrängen könne, ließ er sich auch durch den Einwand Roland Vogts (BBU), die internationale Bedeutung der neuen Mittelstreckenraketen sei in den Nachbarländern längst erkannt, nicht abbringen. Zur Forderung nach Öffnung des Kongresses für alle Strömungen der Friedensbewegung ohne vorherige inhaltliche Festlegungen erklärte er, es sei gar nicht Absicht, eine Konferenz d e r Friedensbewegung zu veranstalten, sondern diejenigen zusammenzuführen, die auf der Basis des Russell-Appells arbeiten.

Hinter verschlossenen Türen ...

Hinter verschlossenen Türen ...

Gegen ein solches Anliegen — eine Konferenz der Russell-Unterstützer zu organisieren — wäre im Prinzip nichts einzuwenden, hätte der bisherige Verlauf nicht gezeigt, daß die Initiator/inn/en eine offene Diskussion selbst innerhalb dieses Spektrums nicht wünschen. Zum Kölner Diskussionsforum, welches als erster Schritt zur breiteren inhaltlichen Vorbereitung der europäischen Konferenz dienen sollte, wurde vom ,,Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa'' und anderen gezielt und ausgewählt eingeladen. Eine Ausgrenzung weiter Teile der autonomen Friedensbewegung und der DKP paarte sich bei dieser Einladungspraxis mit einer besonderen Berücksichtigung von Kräften aus der SPD. Die Bildung des ,,Deutschen Beirats'' und des ,,Deutschen Sekretariats'' vollzieht sich weitgehend hinter verschlossenen Türen.

Der ,,Deutsche Beirat'', der anscheinend nur eine mobilisierende und unterstützende Funktion haben soll, zählt bisher 40 prominente Namen, darunter eine Reihe bekannter SPD-Mitglieder (2). Auf welchem Wege man zu dieser Ehre kommt, steht ziemlich im Dunkeln.

Das bisherige provisorische ,,Deutsche Sekretariat'', dem die wesentlichen Entscheidungsbefugnisse für die Planung der Westberliner Konferenz obliegen, besteht aus fünf Personen: Dieter Esche (SB), Walter Grunwald (rechterer Grüner); Rudolf Steinke (AK atomwaffenfreies Europa), Eva Quistorp (Frauen für den Frieden), Jo Leinen (BBU). Eine Erweiterung des Sekretariats um Mitarbeiter/innen der Aktion Sühnezeichen (ASF), der Grünen, der SPD, der DGB-Jugend, der Gewaltfreien Aktion und der Opposition innerhalb der DFG/VK wird angestrebt. Einwirkungsmöglichkeiten sind hier kaum mehr gegeben. Denn bereits am 20. November soll das Liaison-Committee die Zusammensetzung dieses Sekretariats endgültig bestimmen.

Die meisten angesprochenen Personen bzw. Verbände haben über ihre Mitarbeit noch keine definitiven Beschlüsse gefällt.

Aktion Sühnezeichen will ihre Unterstützung von der Haltung des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates abhängig machen.

Der Bundeshauptausschuß der Grünen hatte sich Anfang August mit großer Mehrheit gegen eine Unterstützung des Kölner Forums ausgesprochen. In der Begründung heißt es u.a., der Ablauf sei von den Initiator/inn/en einfach vorgegeben, eine gemeinsame Entwicklung des Konzeptes sei nicht vorgesehen gewesen. In der selektiven Einladungspraxis sehen die Grünen die Gefahr der Spaltung der Friedensbewegung und äußern die Befürchtung, dieses Projekt könne dazu beitragen, die Friedensbewegung für die SPD zurückzugewinnen. Einige Grüne, unter ihnen Rudolf Bahro und Klaus Wolschner, machen sich dagegen von vornherein für eine Unterstützung der europäischen Konferenz stark. Geklärt ist die Frage bei den Grünen noch nicht, inzwischen ist aber abzusehen, daß sie sich um Einflußnahme auf die Gestaltung der Konferenz bemühen werden, und zwar mit dem besonderen Ziel, Offenheit für alle Strömungen der Friedensbewegung zu garantieren und die Frage der Widerstandsformen, des zivilen Ungehorsams zu thematisieren.

Die Alternative Liste Westberlin hat inzwischen entschieden, den Kongreß aktiv zu unterstützen. Der Beschluß der Mitgliederversammlung betont, die AL werde dafür sorgen, daß hinsichtlich der Organisierung der Konferenz Transparenz hergestellt und den Basisinitiativen breiter Raum eingeräumt werde. Sie will darüberhinaus darauf hinwirken, daß die NATO-,,Nachrüstung'' zentrales Thema ist, die Idee der Paktfreiheit weiterentwickelt wird, der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Frieden herausgearbeitet wird und daß Friedenspolitik als unabhängig von Blöcken, Regierungen und Parteipolitik verstanden wird.

Angesichts der bisherigen Erfahrungen erscheint es zumindest zweifelhaft, inwieweit Vorstellungen und Ansprüche überhaupt Chance auf eine praktische Umsetzung innerhalb dieses Projektes haben. Zwar ist der ,,AK atomwaffenfreies Europa'' bzw. das provisorische Sekretariat den vorhandenen

jektes haben. Zwar ist der ,,AK atomwaffenfreies Europa'' bzw. das provisorische Sekretariat den vorhandenen

Kritiken ein Stück entgegengekommen, indem zu dem bereits erwähnten Vorbereitungsgespräch am 6./7. November eingeladen wurde. Doch ist die geringe Teilnehmerzahl — anwesend waren ca. 20 Leute aus verschiedenen Russell-Gruppen, von den Grünen, der AL/Westberlin, der Gewaltfreien Aktion/Göttingen und ,,Ohne Rüstung leben'' — wohl nicht in erster Linie als Ausdruck des Desinteresses der Friedensbewegung zu interpretieren. Sie kennzeichnet vor allem, daß eine Einbeziehung breiter Teile der Bewegung in die Entscheidungsprozesse von den Initiator/inn/en nicht verfolgt wird. Auch der Verlauf dieses Gespräches gibt nicht gerade Anlaß zu übermäßigen Hoffnungen. Veränderungsvorschläge fanden lediglich Eingang in Form von Bildung neuer Arbeitsgruppen auf der Konferenz. Ein Trostpflaster, denn bei keinem der geäußerten Kritikpunkte zeigten die Vertreter des Sekretariats, Esche und Grunwald, Bereitschaft, sie in die allgemeine Konzeption einfließen zu lassen.

S., Hamburg

Anm. 1: Mitglieder Des Liaison-Committees sind aus der BRD: Die Grünen, BBU, Russell-Gruppe Bremen, AK atomwaffenfreies Europa; neben vielen anderen europäischen Gruppierungen: CND, der niederländische IKV.

Anm. 2: Dem Deutschen Beirat für die Berliner Friedenskonferenz 1983 gehören an: (Stand September 1982): Heinrich Albertz, Ulrich Albrecht, Elmar Altvater, Rudolf Bahro, Gert Bastian, William Borm, Peter Brandt, Margarethe v. Brentano, Ingeborg Drewitz, Freimut Duve, Werner Dierlamm, Erhard Eppler, Jürgen Fijalkowski, Marianne Gronemeyer, Willi Hoss, Robert Jungk, Petra Kelly, Ekkehard Krippendorf, Ernst Klee, Oskar Lafontaine, Harald Loch, Margarethe Mitscherlich-Nissen, Alfred Mechtersheimer, Wolf Dieter Narr, Hinrich Oetgen, Horst Eberhard Richter, Renate Schmidt, Otmar Schreiner, Heinrich Schirmbeck, Gerhard Schröder, Dorothee Stefanski-Sölle, Klaus Staeck, Michael Theunissen, Ernst Tugendhat, Klaus Vack, Werner Vitt, Gert Weisskirchen.

Westberlin:

Ein neuer friedenspolitischer Konsens der AL?

Seit geraumer Zeit geraten in der Westberliner Alternativen Liste (AL) die 'traditionellen' Widerspruchs- und Kräftekonstellationen in verschiedenen Fragen wie der Bündnispolitik gegenüber der SPD, der Frage des Eintritts in die Grüne Partei sowie der Friedenspolitik heftig durcheinander. Seit Gründung der AL vor über vier Jahren spielten die Kontroversen über die Friedenspolitik eine herausragende Rolle durch den besonderen Umstand, daß die inzwischen aufgelöste ''KPD'' maßgeblichen politischen Einfluß hatte und ihre bekannten vaterländischen Positionen programmatisch verankern wollte und zum Teil auch konnte.

Im Vorfeld der Westberliner Wahlen am 10. Mai 1981 konnte an dieser sensiblen Frage nach heftigen Kontroversen ein im großen und ganzen für alle politischen Strömungen tragfähiges Programm verabschiedet werden. Es erwies sich aber in der praktischen Politik als nicht besonders tauglich. Die Auseinandersetzungen in der AL um den Aufruf zur Anti-Reagan-Demonstration am 10.6.82 in Bonn und Westberlin erbrachten ein 'Patt': während ex-''KPD''ler, einige AL-Grüne und Dieter Esche (SB) den 'Minimalkonsens' der Friedensbewegung infrage stellten und eine Beteiligung an der Demonstration vom Auftritt eines ''Vertreters der DDR-Friedensbewegung'' abhängig machten, fochten Gruppe Z, SI, KB und eine Reihe 'Undogmatischer' im Sinne des 'Minimalkonsens', ehe sich im Delegiertenrat letztlich doch noch für eine Demobeteiligung ausgesprochen wurde. Allgemein wurde konstatiert, daß sich die verschiedenen Strömungen in der AL in der Friedenspolitik gegenseitig blockieren, so daß die AL nach außen hin handlung-

de konstatiert, daß sich die verschiedenen Strömungen in der AL in der Friedenspolitik gegenseitig blockieren, so daß die AL nach außen hin handlung-

sunfähig sei.

Nach der Sommerpause sollte diesem Zustand abgeholfen werden: Erstmals wurde von den verschiedenen Strömungen der Versuch unternommen, einen neuen friedenspolitischen Konsens zu erzielen. Bemerkenswert daran ist, daß sich an diesen Bemühungen neben Kräften aus der aufgelösten ''KPD'' und verschiedenen Einzelpersonen wie Peter Brandt auch einzelne Mitglieder der ''Sozialistischen Initiative'' (SI) wie A. Hallbauer und W. Gukelberger beteiligten - also eher Exponenten jener Minderheitsströmung in der AL, die bislang gemeinsam gegen die ''blockübergreifenden'' Positionen aufgetreten war, und die in früheren Zeiten auch massive Kritik am ''Offenhalten der deutschen Frage'' hatten.

Nachdem ein erster Versuch zu einem neuen Konsens in der Friedenspolitik am klaren Nein der ex-''KPD'' scheiterte (1), liegt inzwischen ein zweites ''Konsens-Papier'' vor, das immerhin die Unterschriften von SI-Mitgliedern, Mitgliedern der ALSO (SOST-Abspaltung), J. Esser (Ex-KBW, ISP) sowie Johanna Mayr (ex-''KPD'') trägt und u.a. von Peter Brandt ''kritisch unterstützt'' wird (2). Eine Auseinandersetzung mit den darin enthaltenen Positionen ist aus mehreren Gründen erforderlich: Zum einen ist aufzuzeigen, in welcher Richtung der angestrebte 'neue Konsens' in der Friedenspolitik fortgeschrieben werden soll und wer an wen deutliche Positionsverluste aufzuweisen hat. Zweitens dürfte die friedenspolitische Auseinandersetzung nicht folgenlos auf das Projekt ''Moderne Zeiten''/ISP bleiben, da die Gruppe Z das von SI-Mitgliedern mit unterzeichnete und erarbeitete zweite ''Konsenspapier'' bereits kritisiert und als nicht konsensfähig bezeichnet hat. Drittens sind dort neue bündnispolitische Akzente gesetzt worden, die auch bundespolitisch gesehen (Stichwort: Vorbereitung auf Bundestagsneuwahlen und die Diskussion um eine friedenspolitische Programmatik in diesem Zusammenhang) nicht unbedeutend erscheinen.

I. Die Nato-''Nachrüstung'': Scheidelinie zwischen Auf- und Abrüstern?

''Die Friedensbewegung heute speist sich vielfältig. Und wir müssen lernen, daß auch solche zur Friedensbewegung gehören, die mancher von uns nicht dazuzählen will, weil sie sich von etablierten Vorstellungen von Sicherheitsbedürfnis nicht vollständig gelöst haben'' — heißt es im zweiten Anlauf eines 'neuen Konsens', denn: *''Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir mit Leuten umgehen, die die Politik der USA aus demokratischen oder aber auch nur pragmatischen Gesichtspunkten kritisieren aber, den Nato-Doppelbeschluß als notwendig erachten, um eine gute Verhandlungsposition zu haben''*. Es müsse gelingen, *''alle diejenigen zusammenzuführen, die sich gegen die erklärte Absicht der Reagan-Administration, einen Atomkrieg führen zu wollen, wenden wollen. Die Haltung zum Nato-Doppelbeschluß ist nicht die einzige und letzte Scheidelinie zum Gegner''(2).*

In Bezug auf die Diskussion um mögliche vorgezogene Bundestagswahlen wird gar gefordert, eine *''Bündnispolitik gegenüber Teilen und Anhängern der etablierten Parteien (zu) erreichen, die wenigstens eine realistische Einschätzung der Gefahren eines Atomkrieges besitzen''*; diese Teile sollen sich entweder eine *''gemeinsame Strecke mit uns bewegen''* oder *''neutralisiert''* werden. Anscheinend soll so

len sich entweder eine ''gemeinsame Strecke mit uns bewegen''oder''neutralisiert''werden. Anscheinend soll so

der Boden für eine neue Bündnispolitik bereitet werden, die nicht nur Bahr oder Gaus, sondern auch Biedenkopf zu Partnern der Friedensbewegung macht.

Dabei ist die Argumentation in sich selbst unlogisch: wenn ein neuer 'Minimalkonsens' zum Zwecke der Dialogfähigkeit mit Teilen der SPD und selbst der CDU angestrebt wird, der in einer gemeinsamen Ablehnung der amerikanischen Militärstrategie (''victory is possible'') und Politik besteht, so wird verkannt und geleugnet, daß die Nato-''Nachrüstung'' selbst B e s t a n d t e i l dieser US-Kriegsführungsstrategie ist und sich auch von d a h e r die Friedensbewegung gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen wendet. Wer sogar Leute als Teil der Friedensbewegung begrüssen möchte, die die Nato-''Nachrüstung'' zwecks besserer Verhandlungsposition oder richtiger: als Druck- und Pressionsmittel gegen die Sowjetunion verwenden möchte — und das ist a u c h das Ziel von Reagan — der möchte offenbar den ''Dialog'' mit Teilen der etablierten Parteien um den Preis des A u s v e r k a u f s politischer Positionen führen. Schließlich mögen einige etablierte Politiker von Bahr bis Biedenkopf Zweifel und Bedenken gegenüber der neuen US-Politik äußern, aber r e a l e Abrüstungsschritte kann man damit nicht erzielen. Kriterium einer Zusammenarbeit sollten nicht schillernde Worte, sondern die T a t e n sein — ansonsten wäre die Trennnungslinie zwischen Auf- und Abrüstern völlig verwischt.

Die dargestellten Positionen sind wesentlich (wernn auch nicht ausschließlich) auf Vorstellungen einiger ex-''KPD''-Kräfte zurückzuführen, denen die ''Einseitigkeit'' der Friedensbewegung schon lange ein Dorn im Auge ist. So ist beispielsweise für Christian Heinrich in einem Diskussionsbeitrag für den AL-Reader *''nicht die einseitige Abrüstung, sondern die Begren-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

zung dieser Forderung auf den Westen... das Problem'' (3).

Neue Nahrung erhalten diese Positionen durch kühne Träume, die in einigen Kreisen der AL über künftig mögliche ''Hamburger Verhältnisse'' im Bundestag gesponnen werden. So möchte Christian Heinrich gern*''mit der SPD-Mitte und den CDU-Kritikern der Abschreckungspolitik eine Diskussion beginnen''*; dazu schlägt er der AL ein dialogfähiges*''außenpolitisches Konzept eines blockfreien Europa''* vor. Auf dieser Basis möchte Christian Heinrich auch *''die taktischen Fragen eines Wahlkampfes''*angehen (3).

Die Aufweichung des unmittelbaren Zieles der Friedensbewegung, die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu verhindern, wird im wesentlichen auf zweifache Weise begründet.

1) Ein zentraler Argumentationsstrang geht davon aus, daß die Nato-''Nachrüstung'' nur mit der Mehrheit der Bevölkerung zu stoppen ist. Das 'Herankommen' an diese 'neue Mehrheit' soll offenbar — laut Thesen des ''zweiten Konsenspapiers'' der AL — durch Abstriche und Zugeständnisse erzielt werden. Einerseits sei *''die Angst vor einem sowjetischen Druck''*, also die bürgerliche Bedrohungslüge, in der Bevölkerung noch stark wirksam, andererseits aber *''die amerikanische Politik keine..., auf die man sich einlassen sollte oder darf''*. Anstatt nun der Bedrohungslüge von der Gefahr aus dem Osten etwas entgegenzusetzen, wird ihr nachgegeben. So berufen sich die Autoren auf Umfragen, wonach die *''Ablehnung der amerikanischen Politik schneller wächst als die Ablehnung des Doppelbeschlusses''*. Darin wird die Chance der Verbreiterung der Friedensbewegung gesehen, indem *''wir eine politische Perspektive dafür entwickeln, eine europäische Politik — abgekoppelt von den amerikanischen Abenteurern — vorzustellen:eine atomwaffenfreie Zone'' (2).*

Das verstehe, wer will: Selbst wenn diese Umfragen stimmen, wäre es doch gerade Aufgabe der Friedensbewegung, den zentralen Zusammenhang der friedensgefährdenden US-Politik zu verdeutlichen, die mit der geplanten Stationierung der Cruise Missiles und Pershing-II vollzogen werden soll. Bezieht man sich auf die Analyse der Verfasser nach der angeblich real existierenden und mehrheitsfähigen Bedrohung aus dem Osten, so ist schleierhaft, warum das wünschenswerte ,,atomwaffenfreie Europa'' eine größere Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft in der Bevölkerung haben soll. Denn schließlich würde ein atomwaffenfreies Europa die ,,Bedrohung

aus dem Osten'' nach dieser Logik
waffenfreies Europa die ,,Bedrohung

aus dem Osten'' nach dieser Logik nicht vermindern, da die Sowjetunion auch weiterhin Atomraketen besäße. Und zweitens ist die politische Durchsetzung eines atomwaffenfreien Europa tatsächlich nur unter Aufkündigung der NATO-Doktrin und gegen die amerikanischen Interessen möglich. So anstrebenswert eine europäische atomwaffenfreie Zone auch ist, umso ,,utopischer'' muß dieses Ziel in der Mehrheit der Bevölkerung erscheinen, weil damit praktisch das westliche Militärbündnis aufs Spiel gesetzt wird, das mittels der Bedrohungslüge immer noch mehrheitsfähig bleibt.

2) Währendsich die erste Argumentation an der vorhandenen Bewußtseinslage der Bevölkerung orientiert und dieser ganz oder teilweise nachgegeben wird (ein beliebtes Steckenpferd gerade aus Kreisen der ex-,,KPD''), trägt eine zweite Begründungskette einer mehr objektiven Analyse Rechnung.

Die ,,Europäisierung Europas''...?

Im Zentrum der Überlegungen der Verfasser und Unterzeichner/innen des neuen ,,Konsenspapiers'' steht eine Bewertung der Entspannungspolitik. Es wird zunächst festgestellt, daß die *,,sozialliberale Entspannungspolitik ... in eine Krise geraten''* sei, und das aus zwei Gründen: Erstens habe sich *,,die Annahme, daß durch die Entspannungspolitik ein Prozeß dauerhafter Reformen in den Ländern des Ostblocks zustandekäme, ... als trügerisch erwiesen''* (2). Und zweitens wird festgestellt, daß die USA mit einer *forcierten Politik der Stärke''* ihre *,,Stellung als Weltmacht Nr. 1 behaupten''*.

Entscheidend ist, daß eine Kritik der vom I m p e r i a l i s m u s betriebenen Entspannungspolitik fast völlig fehlt. Es wird das Ausbleiben ,,dauerhafter Reformen'' in Osteuropa bedauert, ohne genauer zu charakterisieren, was der Imperialismus von diesen ,,Reformen'' erhofft, nämlich eine Aufkündigung von Jalta, die Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa zu seinen Gunsten und endlich der Zusammenbruch der ,,kommunistischen'' Staaten. In diesem Zusammenhang wird ein Widerspruch konstruiert zwischen dem Entspannungsverständnis des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Brzezinski, das auf die *,,Reetablierung bürgerlicher Verhältnisse''* in Osteuropa abzielte, und dem Egon Bahrs, der mit seinem Konzept ,,Wandel durch Annäherung'' auf *,,liberale Reformen insbesondere in der DDR''* gesetzt habe. Worin nun der Unterschied zwischen ,,liberalen Reformen'' und der ,,Reetablierung bürgerlicher Verhältnisse'' besteht, bleibt schleierhaft; klar ist nur, daß die Entspannungspolitik der SPD in einem besseren Lichte erscheinen soll. Sie erscheint in der Tat auch aus einem anderen Grund so: In der Bilanzierung der Entspannungspolitik fehlt der Gesichtspunkt, daß diese vom Imperialismus als großangelegte Täuschung der Völker gebraucht wurde, um damit die gigantische atomare Aufrüstung in den 70er Jahren betreiben zu können. Im ,,Konsenspapier'' wird weiterhin ausgesagt, daß mit der *,,Intervention in Afghanistan und dem massiven Druck auf Polen ... die Sowjetunion ihrerseits in erheblichem Maße dazu beigetragen (hat), daß die Entspannungspolitik untergraben werden konnte''* (2). Damit wird der Sowjetunion eine Mitverantwortung für das Ende der Entspannung auferlegt, die sie so gesehen nicht hat, denn es war der Imperialismus, der Afghanistan und Polen zum A n l a ß seiner verschärften Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion genommen hat. Weder der sowjetische Einmarsch in die CSSR, noch der US-Militärputsch in Chile, der NATO-Putsch in der Türkei oder der Völkermord im Libanon waren Anlässe, die Entspannung zu Grabe zu tragen — um nur einige Beispiele zu nennen. Weiter ist die Rede von einer *,,weltweiten Destabilisierung der internationalen Beziehungen, in der sich die Hegemoniekrise der Weltmächte ausdrückt''*, was *,,neue Überlegungen möglich und erforderlich''* mache.(2) In einer ,,Hegemoniekrise'' befindet sich ganz sicher die Sowjetunion. Aber den aggressiven Vormarsch der USA zur absoluten Weltherrschaft wird man schwerlich als ,,Hegemoniekrise'' interpretieren dürfen.

Die zitierten Behauptungen sollen den Boden für ,,neue Überlegungen'' bereiten: *,,Ausgangspunkt unserer friedens- und außenpolitischen Überlegungen sind die Interessen der europäischen Völker''*, denn Europa könne — bei allen Differenzen und Widersprüchen — *,,aufgrund seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten, seiner kulturellen Traditionen und historischen Erfahrungen zu einer selbständigen Kraft zwischen den beiden Weltmächten werden''* (2).

zwischen den beiden Weltmächten werden'' (2).

Abgesehen von der falschen Berufung auf kulturelle und historische Traditionen — Europa war vom Heiligen Römischen Reich bis zum Zweiten Weltkrieg alleweil ein permanenter Kriegsschauplatz von Mächten, die jeweils i h r e ,Kulturen' den anderen Völkern a u f z w i n g e n wollten — werden die besonderen europäischen Interessen auch mit einer Verschärfung der Widersprüche Westeuropas zu den USA begründet. Angeführt wird von den ,,Konsens''-Autoren u.a. der Handelskrieg und das Ringen um die Dritte Welt sowie die unterschiedliche Interessenlage auf militärpolitischem Gebiet (Stichwort: ,,Nachrüstung'').

Die angeführten Widersprüche zwischen der EG und den USA sollen nicht geleugnet werden; jedoch wird verkannt, daß die G e m e i n s a m k e i t e n aller imperialistischen Staaten überwiegen und daß nach der Lage der Dinge den EG-Staaten gar keine andere Wahl bleibt: Die imperialistischen Staaten sind nicht mehr ,,unter sich'', um in letztenendes kriegerischer Konkurrenz eine Neuaufteilung der Welt vorzunehmen, sondern ihr Schalten und Walten ist eingeengt durch ihr entzogene Einflußsphären sowohl in der Dritten Welt als auch durch das ,realsozialistische' Lager und (immer noch) die VR China.

Als Belege für die Dominanz der gemeinsamen Interessen der imperialistischen EG-Staaten und der USA seien stichwortartig angeführt:

— Das gemeinsame Interesse an der NATO-,,Nachrüstung'', die ja dem unmittelbaren Ziel dient, ein zusätzliches Drohpotential gegen die Sowjetunion zur Ausweitung des Spielraums gegenüber den Ländern der Dritten Welt in der Hand zu haben.

— Das gemeinsame Interesse der EG und der USA an einer innerhalb der NATO beschlossenen weltweiten Arbeitsteilung gegenüber der Dritten Welt.

— Das gemeinsame Interesse des international vernetzten Finanz- und Bankkapitals an der Unterwerfung der Länder der Dritten Welt, vor allem im Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank, wo der Imperialismus über ein einheitliches finanzpolitisches Instrumentarium verfügt, um die hohen Kreditverschuldungen und zum Teil faktischen Bankrotte mancher Länder der Dritten Welt für gezieltes innenpolitisches Eingreifen zu nutzen (wenngleich diese Frage auch für den Imperialismus selbst nicht unproblematisch ist).

Natürlich grenzen sich die Verfasser des innerhalb der AL wohl unannehmbaren ,,Konsens''-Papiers davon ab, eine europäische imperialistische, womöglich atomar bestückte Großmacht im Auge zu haben. Ein ,,blockunabhängiges Europa'' schließe die *,,Perspektive des gleichberechtigten, selbstbestimmten und friedlichen Zusammenlebens der Völker mit ein''* (2), bekennen sie und meinen, daß die *,,westeuropäische Zusammenarbeit ... dort unterstützt und in ihren Inhalten beeinflußt werden (muß), wo sie die ,Europäisierung Europas' vorantreibt und dort bekämpft werden (muß), wo sie auf die Entstehung einer neuen imperialistischen Großmacht hinausläuft''* (2).

Es wäre in der AL schon viel gewonnen, wenn anerkannt würde, daß — auch bei Anerkennung der inneren Widersprüche — die EG bereits eine imperialistische, atomar bewaffnete Großmacht i s t.

Nach der Lage der Dinge kann es nicht zu einem friedlichen, blockunabhängigen und gleichberechtigten ,,Zusammenleben der Völker'' Europas kommen, o h n e die s o z i a l e Frage auf die Tagesordnung zu setzen, denn solange die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Beispiel der BRD nicht grundlegend verändert werden,



Foto: Peter Homann

solange wird der BRD-Imperialismus

solange wird der BRD-Imperialismus — innerhalb Westeuropas seine Führungsrolle wahrnehmen und schwächeren EG-Konkurrenten seine Politik diktieren, einen ungleichen Handel betreiben usw.;

— in der Dritten Welt an der Ausplünderung dieser Völker teilhaben.

Wohin die ,,Perspektiven einer blockunabhängigen Außenpolitik'' der Verfasser/Unterzeichner des ,,Konsensspapiers'' führen, wird in den formulierten *,,Zielen und Leitsätzen der AL für eine alternative Friedenspolitik''* deutlich. Unter der Überschrift *,,Friedenspolitik zielt auf grundsätzliche Alternativen''* heißt es dazu, daß die *fundamentale Unsicherheit der internationalen Beziehungen ... erst in einer neuen Friedensordnung überwunden werden kann, die weitreichende innenpolitische Veränderungen der Kräfteverhältnisse unterstellt''* (2). Was das k o n k r e t für die BRD heißt, lassen die Verfasser offen. Doch dann heißt es weiter: *Die friedensgefährdende Konfrontation unter der Vorherrschaft der USA und der Sowjetunion soll durch ein System gegenseitiger Sicherheit auf der Basis zwischenstaatlichen Gewaltverzichts, wirksamer militärischer Abrüstung und wechselseitiger Garantie der Souveränität und Selbstbestimmung der Völker ersetzt werden. Das Wesen der internationalen Friedenspolitik liegt im politischen Interessensausgleich und in der vertraglichen Festlegung eines neu strukturierten Systems gegenseitiger Sicherheit''* (2).

Was daran besonders alternativ sein soll, müßten sich selbst die Verfasser dieser ,,grundsätzlichen Alternativen'' fragen, denn die genannten Grundsätze einer angestrebten ,,neuen Friedensordnung'' entsprechen nicht nur den Leitsätzen der sozialdemokratischen Entspannungspolitik, sondern sind zum großen Teil bereits als Absichtserklärungen in der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 enthalten. Ebenso finden sich Allgemeinplätze in dem Papier, wenn ein *,,Aufgreifen von positiven Elementen aus den Verhandlungen der Großmächte''* (Reagan's ,,Null-Lösung'' — Breschnew's Moratoriumsangebot?) oder die *Auseinandersetzung mit neuen Vorstellungen innerhalb der etablierten Parteien''* (welche?) gefordert werden, um *,,die notwendige Bündnisbreite der Friedensbewegung zu entwickeln''* (2).

Wenn diese allgemeinen Postulate als ,,grundsätzliche Alternativen'' einer neuen Außenpolitik bezeichnet werden, so könnten die Verfasser/Unterzeichner dafür ebensogut innerhalb der SPD wirken; die Antwort darüber, w i e denn diese ,,neue Friedensordnung'' praktisch zu bewerkstelligen sei, welche konkreten Forderungen sich für die Friedensbewegung hierzulande ergeben, bleibt aus.

Über den konkreten Kampf gegen militärische Aufrüstung und die weitergehenden Perspektiven

Im zweiten ,,Konsenspapier'' wird weiter der Versuch unternommen, *innerhalb der gegebenen Verhältnisse''* für *,,schrittweise Veränderungen der Verhältnisse einzutreten''* (2). Gefordert wird realpolitisch die *,,Bildung einer atomwaffenfreien Zone''* in Europa und die Verhinderung der NATO-,,Nachrüstung'', deren Ablehnung jedoch nicht nur mit der Kritik an der *,,tödlichen Bedrohung''* und der *,,qualitativen neuen Strategie''* der USA begründet wird, sondern auch damit, daß die ,,Nachrüstung'' *,,... keine wirksame Strategie dar(stellt), um die Sowjetunion zum Abbau ihrer atomaren Ü b e r r ü s t u n g zu zwingen''*.

Da wird also der offiziellen und völlig falschen Behauptung der NATO aufgesessen, daß die NATO-,,Nachrüstung'' nur deshalb geplant sei, um die SU an den Verhandlungstisch zu zwingen? Was wäre denn, wenn Breschnew die Reagan'sche ,,Null-Lösung'' akzeptierte? Wäre der ,,Nachrüstungs''-Beschluß dann doch richtig gewesen?...

stung'' nur deshalb geplant sei, um die

Und eine zweite sehr aufschlußreiche Behauptung wird gleich nachgeschoben: Zur *Verhinderung der NATO-Nachrüstung unterstützt die AL unter Verdeutlichung ihrer eigenen Positionen ein Aktionsbündnis aller Nachrüstungsgegner als T e i l der Friedensbewegung''* (2). Bislang haben sich jedenfalls a l l e Teile der Friedensbewegung am gemeinsamen Ziel der Verhinderung der ,,Nachrüstung'' beteiligt. Aus eingangs Gesagtem kann die falsche Behauptung der Verfasser, daß sich nur ,,Teile'' der Friedensbewegung gegen den NATO-Beschluß wenden würden, nur dahingehend aufgefaßt werden, daß für sie auch Kräfte zur Friedensbewegung gehören, die zwar Kritik an der US-Politik äußern, den NATO-,,Nachrüstungs''-Beschluß jedoch für notwendig halten. Wer mit Teilen nicht nur der SPD, sondern sogar der CDU ins Geschäft kommen will, muß ihnen natürlich erst einmal eine Eintrittskarte verschaffen...

Unter den ,,gegebenen Verhältnissen'' wird außerdem gefordert, daß *,,Abrüstung und Entmilitarisierung im eigenen Land .. begonnen werden''* müßten. Dazu gehört dann allerdings die *,,Forderung nach einseitigen Abrüstungsschritten und vertrauensbildenden Maßnahmen in West u n d O s t''* (2). In gewissen Kreisen der AL ist es ja nicht unüblich, sich gegen eindeutig einseitige Abrüstungsmaßnahmen im eigenen Land auszusprechen; daß sich aber auch einige Mitglieder der SI diese ,,ausgewogene'' Forderung zu eigen machen, ist sicher ein Novum und fällt übrigens auch hinter das im März 1981 verabschiedete AL-Programm zurück.

Für die Verfasser sind die konkreten Forderungen insgesamt Teilziele im Rahmen der weitergehenden Perspektive eines ,,blockunabhängigen Europa''. Sie meinen gar, daß *,,der Kampf gegen die Nachrüstung allein und nur aus sich selbst heraus ... nicht erfolgreich sein''* wird (2).

Gerade deshalb wird von den Verfassern eine ,neue Mehrheit' der Friedensbewegung gefordert — um den Preis der Aufweichung des Kampfes gegen die unmittelbare Verhinderung der ,,Nachrüstung'' und der Übernahme allgemeiner sozialdemokratischer Absichtserklärungen in punkto Entspannung und ,europäische Friedensordnung'. Ob die Forderung nach einem blockübergreifenen und blockunabhängigen Konzept einer ,,Europäisierung Europas'' die Friedensbewegung in der Bevölkerung überzeugungsträchtiger machen wird und damit dem ,,Sicherheitsbedürfnis'' mehr Rechnung getragen werden kann, muß — wie dargestellt — eher bezweifelt werden, da die Auflösung der Blöcke mit Sicherheit eine viel weitergehendere, die gesamte imperialistische Doktrin infrage stellende Forderung ist als die unmittelbare Verhinderung der NATO-,,Nachrüstung''.

So richtig es ist, den ,Minimalkonsens' der Friedensbewegung (Verhinderung der NATO-,,Nachrüstung'') nicht gegenüber den Diskussionen weitergehender Perspektiven und Überlegungen in der Friedensbewegung auszuspielen — so falsch ist es, Defätismus zu verbreiten und zu behaupten, ohne blockübergreifende Konzepte sei die ,,Nachrüstung'' ohnehin nicht zu verhindern. Christian Heinrich hat — sicherlich ungewollt — sich selbst aufs Glatteis begeben, indem er in einem Diskussionspapier das Verhältnis des Kampfes gegen die ,,Nachrüstung'' zu weitergehenden Forderungen mit dem Kampf der Anti-AKW-Bewegung verglich: *,,In ähnlicher Weise wie die Anti-AKW-Bewegung das Energiekonzept, das Wachstumsmodell stellt die Fridensbewegung das ganze etablierte Sicherheitskonzept in Frage''* (3).

In der Tat werden in der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung sehr zahlreiche weitergehende Konzepte einer ,,alternativen Energiepolitik'' diskutiert, o h n e jedoch seit rund 8 Jahren einen permanenten Kampf gegen die Installierung neuer Atomanlagen, Brüter und WAA auf dem Boden des — wenn man so will — ,,Minimalkonsens'' vernachlässigt zu haben. Gerade dieser Vergleich bestätigt, daß es keinen Grund gibt, die Flinte bereits von vornherein ins Korn zu werfen.

Das hier behandelte ,,Konsenspapier'', der Vesuch von verschiedenen Strömungen und Individuen der AL, einen neuen Konsens in der Friedenspolitik erzielen zu wollen, ist als Diskussionspapier bislang noch nicht weiter diskutiert oder gar beschlossen worden. Dennoch haben die dort enthaltenen Überlegungen Bedeutung im Rahmen der aktuellen Vorbereitung zu den eventuell stattfindenden Bundestagswahlen im März 1983 und vor allem

eventuell stattfindenden Bundestags-

hinsichtlich der allseits diskutierten Frage nach dem Zustandekommen einer ,neuen Mehrheit', denn das Papier stellt die Frage nach derselben fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des ,,Dialogs'' und damit des Versuchs der Verbreiterung der Friedensbewegung um Teile der bürgerlichen Parteien. Damit stellt das zweite ,,Konsenspapier'' gleichsam den Versuch dar, zumindest Teilen der bürgerlichen Parteien ein wenig ,Verhandlungsmasse' zum Zustandekommen einer ,neuen Mehrheit' anzubieten (4).

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Der erste Konsens-Versuch unter dem Titel „Einen Schritt weiter im Kampf um den Frieden", unterzeichnet u.a. von Peter Brandt, Wolfgang Gukelberger, A. Hallbauer und Otto Schily, enthielt in der Tat im Vergleich zum anschließenden zweiten „Konsenspapier" für die ex-„KPD"-Kräfte unannehmbare („einseitige") friedenspolitische Aussagen.

(2) „Papier ohne Überschrift, aber mit Vorbemerkung", enthalten in: „Entrüstet Euch — Diskussionspapiere", Seiten 55 — 68, unterzeichnet von J. Esser, W. Gukelberger, A. Hallbauer, P. Lohauß, J. Mayr, B. Uhrig, Kl. Voy und kritisch unterstützt von Peter Brandt, Peter Klepper.

(3) Christian Heinrich: „Anmerkungen zu den „Thesen zur Friedenspolitik' ", enthalten in: „Entrüstet Euch". C.H. geht dabei auf ein längeres Diskussionspapier der friedenspolitischen, eher ,einseitigen' Minderheitsströmung der AL ein; er entwirft darüber hinaus seine eigenen, persönlichen Vorstellungen. Seine Positionen liegen denen des ,zweiten Konsenspapiers' in vieler Hinsicht sehr nahe, was z.B. die Forderung nach einer blockunabhängigen und -übergreifenden Perspektive der Friedensbewegung angeht.

(4) Daß dies nicht aus der Luft gegriffen ist, beweist Johanna Mayr in einem ebenfalls in „Entrüstet Euch'' enthaltenen Diskussionsbeitrag. Um „unsere Bündnisbereitschaft und Politikfähigkeit zu beweisen" (wem gegenüber eigentlich?), schlägt sie fragend einen Tolerierungskatalog an die SPD vor, der u.a. ein „Moratorum für die Vorbereitung und Statonierung der MSR" (MSR = Mittelstreckenraketen) im Rahmen möglicher Bundestagsneuwahlen enthält. Das geht selbst hinter Forderungen der SPD-Linken zurück, die in Vorbereitung des Münchner Parteitages der SPD im Frühjahr dieses Jahres den Moratoriumsvorschlag selbst schon als letzten Kompromiß mit den SPD-Rechten eingebracht haben.

Völkerrecht mit kleinen Ausnahmen

Zur Geschichte der C-Waffen-Verträge

(Teil 2)

Lossa/Thüringen, 8. April 1945. Mit Bordgeschützen und Bombenabwürfen richtet eine amerikanische Jagdbomberstaffel in den Vormittagsstunden schwere Zerstörungen an Bahnkörper und Station des örtlichen Bahnhofes an. Vier der zu Verladearbeiten abkommandierten Soldaten kommen bei dem Angriff ums Leben, als durch die Explosionen die hochbrisante Ladung der Güterzüge frei wird: Tabun und Sarin, zwei der von den IG-Farben für die faschistische Wehrmacht entwickelten Spitzenkampfstoffe. Die ausströmenden Gase machen eine Evakuierung der Bevölkerung in einem Umkreis von 20 Kilometern nötig, die vier Soldaten bleiben die einzigen militärischen Gasopfer des Zweiten Weltkrieges.

Auch in anderen Teilen es „Reiches" geschehen in diesen Tagen mysteriöse Dinge, denn seit Monaten bereits setzt die faschistische Führung alle Hebel in Bewegung, die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen. Während noch zigtausende KZ-Gefangene den Endlösungsbefehlen zum Opfer fallen und besonders die Gefangenen, die in abgeschirmten pseudo-wissenschaftlichen oder industriellen Bereichen eingesetzt gewesen sind, in die Vernichtungslager transportiert werden, räumen und sprengen Spezialkommandos seit Januar 45 die Produktions- und Lagerstätten chemischer Waffen. Auf toten Nebengeleisen und in Tunnels, auf Seitenarmen der Elbe und Donau, in Bergwerksstollen oder auf Schiffen, die ihre tödliche Ladung einfach in die Ostsee versenken, versucht das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) seine Kampfstoffvorräte zu verbergen. Nichts soll den Mächten der Anti-Hitlerkoalition in die Hände fallen. Der Plan ging schief: Große Mengen an Kampfstoffen und eine erkleckliche Anzahl Wissenschaftler der IG-Farben gehörten mit zur Kriegsbeute, die von den westlichen Alliierten und der Sowjetunion eingesackt wurde. Die bis dahin geheimen Strukturformeln der deutschen Spitzenkampfstoffe waren damit bekannt (1).

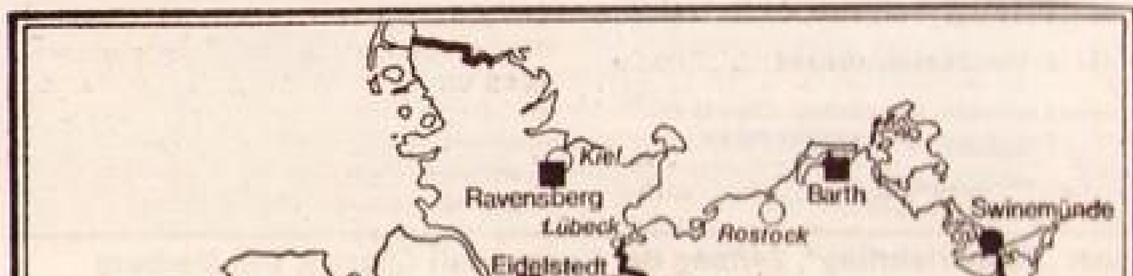
In den folgenden 20 Jahren gerieten Forschung und Bedeutung, aber auch der öffentliche Protest gegen den „lautlosen Tod" in den Hintergrund: Die Entwicklung der Atombombe und die Weiterentwicklung ihrer verschiedenen Trägersysteme standen im Mittelpunkt der weltweiten Aufrüstung und der sich dagegen formierenden Friedensbewegung in den fünfziger und sechziger Jahren. Erst die chemischen Rüstungsbeschlüsse der Reagan-Administration vom Februar 1982 haben die Bedeutung und Bedrohung dieser Waffen ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt.

In der Bundesrepublik, dem einzigen beabsichtigten Stationierungsland für binäre Kampfstoffe außerhalb der Vereinigten Staaten, tritt der Kampf gegen die Lagerung von C-Waffen zunehmend neben die Bewegung gegen die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-Raketen, den vorläufigen Höhepunkt bildet eine Verfassungsklage gegen die Lagerung von Kampfstoffen, die vom DGB-Bezirk Rheinland-Pfalz im September beim Bundesverfassungsgericht eingereicht wurde.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges, so haben Historiker zusammengetragen, wurden mehr als 150 bewaffnete inner- und zwischenstaatliche Konflikte angezettelt. Bis auf eine Ausnahme, den Vietnamkrieg, haben C-Waffen in internationalen Konflikten keine herausragende Rolle gespielt. Sämtliche Beschuldigungen der einen oder anderen kriegführenden Seite, der jeweilige Gegner habe chemische Kampfstoffe eingesetzt, stellen sich bei näherer Untersuchung als nicht ausreichend stichhaltig heraus: Weder im Koreakrieg, als die Amerikaner heftig beschuldigt wurden, noch in Afghanistan, wo den sowjetischen Truppen der Vorwurf gemacht wird, und auch nicht in Kambodscha und Eritrea konnte ausreichendes Beweismaterial vorgelegt werden. Während des Korea-Krieges kam jedoch eine chinesische Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß seitens der US-Militärs Bakterienbomben und Krankheitenverschleppendes Ungeziefer abgeworfen wurden; es wurden Fälle von Beulenpest, Cholera und Milzbrand beobachtet, die in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Abwurf von Bakterienbehältern standen (9). Jüngste Berichte stützen die Vorwürfe gegen das südafrikanische Regime, im latenten Krieg gegen Angola auch chemische Kampfstoffe einzusetzen, wie sie auch schon von der portugiesischen Kolonialmacht gegen Zivilbevölkerung und Befreiungskämpfer zum Einsatz kamen.

Trotz dieses scheinbaren militärischen Desinteresses an chemischen Waffen sind Forschung militärtechnische Weiterentwicklung aber nie unterbrochen worden. Die Beute des Zweiten Weltkrieges bildete sowohl in der sowjetischen Roten Armee als auch beim US-amerikanischen Chemical Defence Corps den Grundstock an neuen Kampfstoffen (Tabun, Sarin und Soman). Während die britische Armee 1957 ihren gesamten C-Waffen-Bestand vernichtete, wurde vom Chemical Defence Corps in eigenen Labors und in Zusammenarbeit mit der Industrie weitergeforscht.

Die phosphororganischen Grundverbindungen der von den IG-Farben entwickelten Spitzenkampfstoffe wurden durch andere Molekülteile verändert und führten zu den sogenannten V-Kampfstoffen. Es wird angenommen, daß 2 — 10.000 Tonnen dieser Nervenkampfstoffe (US-Army-Code: EDMM, VM, VX u.a.) von der US-Armee in der Bundesrepublik gelagert



strie weitergeforscht.

Die phosphororganischen Grundverbindungen der von den IG-Farben entwickelten Spitzenkampfstoffe wurden durch andere Molekülteile verändert und führten zu den sogenannten V-Kampfstoffen. Es wird angenommen, daß 2 — 10.000 Tonnen dieser Nervenkampfstoffe (US-Army-Code: EDMM, VM, VX u.a.) von der US-Armee in der Bundesrepublik gelagert
werden (2). Traurige Berühmtheit erlangte die V-Gruppe erst 1968, als durch einen Unfall im amerikanischen Bundesstaat Utah 6000 Schafe durch VX getötet wurden. Nur durch diesen Unfall wurden die chemischen Strukturen dieser Stoffe bekannt, obwohl sie bereits in den fünfziger und sechziger Jahren produziert worden waren.

Auch auf technischem Gebiet beschritt man in den USA neue Wege: Neben der Modernisierung bereits bekannter Munitionsarten (Granaten, Minen etc.) wurden sogenannte Sprühbomben, auch als „Big-Eye-Bomben" bekannt, entwickelt. Diese Flugbomben versprühen über mehrere Düsen schon vor ihrem Einschlag den in ihnen enthaltenen Kampfstoff und legen einen breiten Streifen über ihr Zielgebiet.

Ebenfalls aus amerikanischen Werkstätten stammen die Konstruktionspläne für binäre Geschosse. Diese Munition ist mit zwei voneinander getrennte, als Einzelsubstanzen ungiftigen Stoffen gefüllt, die erst durch ihr Zusammenfließen miteinander zu einem Kampfstoff reagieren. US-Militärstrategen stellen mittlerweile Überlegungen an, binäre Kampfstoffe mittels Marschflugkörper zielgenau einzusetzen und damit die Führbarkeit eines C-Waffen-Krieges zu erhöhen.



Niemand weiß, wo die Kampfstoffbestände der deutschen Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg hingekommen sind. Diese Karte zeigt die ursprünglichen Produktions- und Lagerstätten (aus „Süddeutsche Zeitung", 6.12.79)

Vietnam — chemischer Krieg mit langfristigen Folgen

Wer heute, sieben Jahre nach dem Sieg der Volksbefreiungsarmee und des Vietkong, durch Vietnam reist, trifft in weiten Teilen des Landes auf verwüstete und verkarstete Gebiete, die von millionenfachen Bombenkratern durchzogen sind. Hat schon der konventionelle Krieg der Amerikaner unsägliches Leid hinterlassen, so wiegen die Folgen der chemischen Kriegsführung noch schwerer und langfristiger: Insgesamt wurden 43 Prozent der landwirtschaftlichen Anbauflächen und 44 Prozent der tropischen Regenwälder vergiftet, Hunderttausende Hektar Nutzpflanzen zerstört und das ökologische Gleichgewicht auf Jahrhunderte gestört. Verursacht wurde dieser ökologische Massenmord durch verschiedene Kampfstoffe und Entlaubungsmittel, von denen der bekannteste, das „Agent orange", 4 Prozent des „Seveso-Giftes" TCDD enthielt. Knapp 700 Gramm dieser Substanz entwichen 1976 aus den Anlagen der Hoffmann-La-Roche-Tochter Icmesa in Seveso, über Vietnam wurden 550 Kilogramm versprüht. Dieses Ultragift hat nicht nur die Eigenschaft, Wälder zu entlauben, sondern fördert auch die Entstehung bösartiger Tumore und greift direkt in die Erbsubstanz der Betroffenen ein. Die Folge ist ein überdurchschnittliches Auftreten von Mißgeburten bei Kindern, deren Eltern in den besprühten Gebieten gekämpft oder gelebt haben. Auch für rund 60.000 Vietnam-Veteranen in den USA ist es heute keine Frage mehr, daß ihre Hauterkrankungen bis hin zu den schrecklichen Formen von Krebs und die Mißbildungen ihrer Kinder Folgen der in Vietnam eingesetzten Kampfstoffe sind. Sie sind angetreten zur „letzten Schlacht von Vietnam", einem Massenprozeß, in dem es um Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe geht.

Die noch von Richard Nixon zugesagten 3,25 Mrd. Dollar Entschädigung sind bis heute nicht an die vietnamesische Regierung bezahlt worden (3).

C-Waffen-Verträge: Verhandlungen... und ein Nebenprodukt

Auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges trat die amerikanische Regierung die Flucht nach vorn an: Sie erließ einen mehrjährigen Produktionsstop für



Dieses Kind wurde am 8. Mai 1982 geboren. Es hat deformierte Hände und Füße, das Gehirn ist außerhalb des Schädels, das eine vorhandene Auge ist nach außen gedrückt, die Nase fehlt. Der Vater des Kindes hielt sich in einem Gebiet auf, das von den USA mehrfach mit „Agent orange" besprüht wurde.



Dieses Kind wurde am 8. Mai 1982 geboren. Es hat deformierte Hände und Füße, das Gehirn ist außerhalb des Schädels, das eine vorhandene Auge ist nach außen gedrückt, die Nase fehlt. Der Vater des Kindes hielt sich in einem Gebiet auf, das von den USA mehrfach mit „Agent orange" besprüht wurde.

chemische Kampfstoffe. Vorhergegangen waren zwei Resolutionen der Vereinten Nationen, in denen die strikte Einhaltung des Genfer Protokolls und der Beitritt aller Staaten — und diese Aufforderung zielte genau auf die US-Regierung — zu diesem Vertrag gefordert wurden. Die Vereinigten Staaten wiesen diese Aufforderung zurück. An die Adresse der Kritiker der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam gerichtet ließ das State Department darüber hinaus verlautbaren, daß das Genfer Protokoll nicht den militärischen Einsatz von Mitteln gegen Zusammenrottungen (Reizkampfstoffe CN, CS u.a. Anm.) und Herbiziden verbiete. Dieser Versuch, vermeintliche Lücken in das Genfer Protokoll hineinzuinterpretieren, wurde von der UN-Generalversammlung in einer dritten Entscheidung mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen.

Die eigentliche Lücke des Genfer Protokolls lag (und liegt) in einer anderen Formulierung: Ausdrücklich wird nur die Anwendung, nicht aber die Herstellung und Lagerung von C-Waffen geächtet. In Gesprächen der Genfer Abrüstungskonferenz tasteten sich die Vertreter der Staaten seit 1968 an diese Lücke heran. Der britische Delegierte hatte nämlich eingebracht, daß auch eine exakte Nennung der biologischen und bakteriologischen Waffen nicht durch das Genfer Protokoll abgedeckt sei und schlug daraufhin einen separaten Vertrag über B-Waffen vor. Dieser Vorschlag wurde von den USA, Kanada und Italien unterstützt. Demgegenüber legten die Sowjetunion und ihre Verbündeten einen Gesamtvertragsentwurf über B- und C-Waffen vor. Dieser Entwurf, der von zahlreichen blockfreien Staaten unterstützt wurde, ging davon aus, daß das Genfer Protokoll ein Anwendungsverbot für alle B- und C-Waffen geschaffen habe, das auch gewohnheitsrechtlich gelte. Durch ein umfassendes Besitzverbot sollte das Problem der biologischen und chemischen Waffen endgültig gelöst werden, getrennte Verträge würden das Genfer Protokoll nur schwächen. Die Verhandlungen liefen sich fest und wurden ein Jahr später durch den Verzicht der USA auf eine „*Erstanwendung tödlicher und kampfunschädlich machender chemischer Waffen und tödlicher (!) biologischer Waffen sowie aller anderen Formen biologischer Kriegsführung*" wieder gelockert. Der Durchbruch wurde jedoch erst 1971 mit dem sowjetischen Konventionsentwurf über das „*Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) Waffen und Toxinwaffen sowie über die Vernichtung dieser Waffen*" erzielt. Das Abrücken der sowjetischen Delegation von ihrem ursprünglichen Gesamtvertragskonzept trug ihnen massive Kritik der Blockfreien ein. Ein halbes Jahr später verständigten sich die USA und die Sowjetunion auf einen gemeinsamen Text, am 16. Dezember 1971 empfahl die UN-Generalversammlung mit einer Enthaltung (Frankreich) die Unterzeichnung und Ratifizierung. 1975 trat die B-Waffen-Konvention in Kraft, im gleichen Jahr unterzeichneten auch die Vereinigten Staaten das Genfer Protokoll von 1925 über C-Waffen.

Insgesamt wurde die B-Waffen-Konvention als zwar politisch nützlich aber militärisch wenig bedeutsam eingestuft, da die militärische Verwendung von biologischen Kampfstoffen ungleich schwieriger zu handhaben ist als der gezielte Einsatz von C-Waffen.

Die politische Bedeutung dieses ersten und bislang einzigen Abrüstungsvertrages seit 1945 interpretierte das SIPRI-Handbuch „Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter" (4) so: „*Im Hinblick auf die Abrüstung ist das Abkommen eine Präventivmaßnahme; es verhindert die Weitergabe biologischer und toxischer Waffen an Länder, die jetzt keine haben; es verhindert die Entwicklung biologischer Wirkstoffe, die militärisch attraktiver als die vorhandenen sind, was das Ergebnis wissenschaftlicher Fortschritte sein könnte, wodurch die Bedingungen ihrer Produktion, Lagerung und Anwendung modifiziert werden. Aber die Abschaffung der Mittel für die biologische Kriegsführung von denen, die sie jetzt besitzen, ist auch in der ganzen Nachkriegsperiode der erste wirkliche Abrüstungsschritt, der erste, der eine Maßnahme militärischer ‚Opfer' verlangt.*"

Fünf Jahre nach der Unterzeichnung fand in Genf die erste Überprüfungskonferenz zur B-Waffen-Konvention statt, in deren Verlauf der amerikanische Delegierte die (niemals bewiesene) Behauptung aufstellte, in der Sowjetunion habe sich ein Unfall mit tödlichen biologischen Kampfstoffen ereignet. Dieses Propagandastückchen bildete dann wiederum einen der entscheidenden Bestandteile der amerikanischen „Nach"rüstungsargumentation im C-Waffenbereich und trug dazu bei, der Öffentlichkeit eine angebliche Überlegenheit der Sowjetunion auf diesem Rüstungsgebiet vorzugaukeln (siehe AK 225, „An solchen Gerüchten kann ich nichts Falsches sehen" — Ein Milzbrand wandert durch Sibirien, Seiten 11 und 12).

Das amerikanische Magazin „Science for the People" (herausgegeben von kritischen Naturwissenschaftlern und Medizinern) berichtete im Mai dieses Jahres von einem Programm des Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung v. letzter Seite

teidigungsministeriums, die Fortschritte der Gentechnologie militärisch zu nutzen. Denkbar ist, bestimmte DNA-Abschnitte, die beispielsweise die Toxine des TBC-Erregers kodieren, in Bakterien des menschlichen Darms einzubauen, und diese Bakterien dann gezielt gegen besonders empfindliche Bevölkerungsgruppen oder Rassen einzusetzen. Bereits entwickelt sind Mikroorganismen, die Kohlenwasserstoffe zersetzen, bei konsequenter Weiterentwicklung also gegen Ölreserven einsetzbar sind. Eine rätselhafte Epidemie, die eineinhalb Millionen Schweinen auf Kuba das Leben kostete, ließ schon 1979 den Verdacht aufkommen, die USA habe mit einem Virus die kubanische Landwirtschaft empfindlich stören wollen (8).

In zwei der B-Waffen-Konvention von 1972 nachfolgenden Resolutionen der UNO wurde das Ziel eines wirksamen C-Waffen-Verbotes bekräftigt, und alle Staaten wurden aufgefordert *,,bis zum Abschluß eines solchen Abkommens auf die Entwicklung, Herstellung und Lagerung solcher chemischer Agenzien zu verzichten, die aufgrund des Grades ihrer Toxizität größte tödliche Wirkung haben und für friedliche Zwecke nicht verwendbar sind.''*

Die Erfolgsaussichten der seit 1972 vorgelegten Vertragsentwürfe und der fortgesetzten Gespräche über eine umfassende C-Waffen-Konvention haben sich noch bescheidener entwickelt. Bilaterale Gespräche zwischen den USA und der SU wurden zwar 1976 aufgenommen, aber nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration wieder eingestellt. Bereits vorher hatten sich Probleme im Zusammenhang mit der Überprüfung chemischer Fabrikationsanlagen und Kampfstoffvorräte ergeben, die durch die Entwicklung binärer Geschosse sogar noch zugenommen haben, da die Grundsubstanzen dieser Munition kaum exakt als Bestandteile von C-Waffen identifiziert werden können. Eine Arbeitsgruppe über C-Waffen im Genfer Abrüstungsausschuß berät seit 1980 ohne Mandat über grundsätzliche Komponenten einer umfassenden Konvention (5).

Der chemische Nachrüstungsbeschluß der amerikanischen Regierung vom Februar dieses Jahres hat jedoch das politische Gewicht eindeutig zu Gunsten jener Kräfte verlagert, die aus einer Position der Stärke der Sowjetunion gegenübertreten wollen und auf Konventionen derzeit überhaupt keinen Wert legen.

Ein besonderer Fall — die BRD

In gewisser Beziehung ist dieses unser Land einzigartig: Als bislang einziger Staat hat sich die Bundesrepublik 1954 einseitig zu einem Verzicht der Herstellung und des Besitzes von C-Waffen verpflichtet. Auf der anderen Seite ist die BRD das einzige NATO-Land außerhalb der USA, in dem nennenswerte Mengen an Nervenkampfstoffen eingebunkert sind und binäre Geschosse gelagert werden sollen.

Die Rechtsgrundlage für diese Lagerung amerikanischer C-Waffen ist nicht ganz eindeutig: Als Vertragspartner des Genfer Protokolls ist der BRD der Ersteinsatz von C-Waffen untersagt, auf Herstellung und Besitz hat sie freiwillig verzichtet. Die Lagerung von US-Kampfstoffen auf ihrem Gebiet wird allerdings allgemein als übereinstimmend mit dem NATO-Truppenstatut und dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Truppen in der BRD angesehen. In der Praxis, so führt ein Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Fachdienstes des Bundestages vom 9. September 1981 aus, müsse aber die Zustimmung der Bundesregierung eingeholt werden, *,,wenn eine wesentliche Modernisierung der Bewaffnung der auf ihrem Gebiet stationierten Truppen erfolgen soll.''* Diese Auffassung wurde von der alten Bundesregierung im Zusammenhang mit der Stationierung der Neutronenbombe in der BRD geteilt und dürfte auch für die Lagerung der neuen Generation binärer Kampfstoffe zutreffen (6). Wichtiger aber als die nicht eindeutig beantwortbare Frage, ob die USA ohne Zustimmung der Bundesregierung und des Bundestages zusätzliche C-Waffen in der BRD lagern dürfen, ist die Frage, ob Bundestag und -regierung dies wollen und ob das Thema C-Waffen zu einem Schwerpunkt der Friedensbewegung wird.

Die propagandistisch wertvolle Verfassungsklage des DGB-Bezirkes Rheinland-Pfalz zielt auf die Unvereinbarkeit des friedensstörenden Charakters chemischer Kampfstoffe mit dem Grundgesetz (siehe AK 225, ,,Giftgaslager Fischbach — DGB reicht Verfassungsklage ein'', Seite 10/11).

Hinsichtlich der neuen Regierung liegt der Fall klar: Schon vor vier Jahren wurde von Hans Rühle, dem verteidigungspolitischen Berater des neuen Verteidigungsministers Wörner und Leiter der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung, in einem Aufsatz für die ,,Europäische Wehrkunde'' (7) unter dem Titel ,,Chemische Waffen und europäische Sicherheit 1980 — 1990'' eine eindeutige Vorrüstungsstrategie entwickelt: Unter der Voraussetzung einer sowjetischen C-Waffen-Überlegenheit (nach dem Strickmuster der Raketen-,,Nach''rüstung) kam Rühle zu dem Ergebnis, daß es zwingend geboten erscheine, *,,eine Parität im Bereich chemischer Waffen zwischen den USA und der Sowjetunion anzustreben. Dies umso mehr, als eine Parität in diesem Teil des Waffenspektrums mit vergleichsweise geringen Kosten erreichbar ist. Jedenfalls ist der finanzielle Aufwand ... geringer, als der psychologische Schaden wäre, den das Zugeständnis sowjetischer Überlegenheit im Bereich chemischer Kriegführung anrichten würde...''*

H.G., Hamburg

Quellen:

(1) Olaf Groehler, *Der lautlose Tod*, Berlin (DDR) 1978
(2) siehe AK 225, Seiten 10 - 14
(3) Vietnamese-Studies 29/71, *Chemical Warfare*, Hanoi 1971; Vietnam-Kurier, Hrsg. v.d. Ges.f.d. Freundsch. zw. d. Völkern in der BRD und der SRV, Juli 1982
(4) SIPRI, *Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter*, Ein Handbuch, Reinbek 1977
(5) Klaus Goeckel, *Die Bemühungen um eine Ächtung bakteriologischer und chemischer Waffen*, in: Zivilverteidigung, 2/1981; Wolf-Dieter Kischlat, *Das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen*, Frankfurt 1976; Herwig Pickert, *Neue Waffentechnologien, Waffenarten und Kampfmittel*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B11/1979; Karsten D. Voigt, *Abrüstung oder Aufrüstung bei chemischen Waffen? Zu den Genfer Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen*, in: Frankfurter Hefte, 37. Jg., Heft 2, Feb. 1982
(6) Hans-Günter Brauch, Rede auf der Anti-Giftgas-Veranstaltung des DGB-Landesbezirkes Rheinland-Pfalz in Pirmasens, 28.11.81, in: DGB Rheinland-Pfalz, Dokumentation: Den Frieden sichern
(7) Europäische Wehrkunde, Januar 1978
(8) Alexander Hiam, *The next Generation of Biological Weapons*, in: Science for the People, Vol. 14, Nr. 3, May/June 1982
(9) Prawda, 27./28. April 1952 u. 8. Mai 1952; Nachrichtenagentur Xinhua, zitiert nach Prawda, 7. Mai 1952; Deutsche Veröffentlichung in NEUE ZEIT (Beilage), Nr. 20/1952

DKP enthüllt:

Chemische Kriegsforschung in Niedersachsen

Bereits im Juli veröffentlichte die DKP eine Dokumentation, in der sie nachwies, daß die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) an Forschungsarbeiten über chemische Waffen beteiligt ist. Beziehungen und Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut und der Bundeswehr bzw. dem Kriegsministerium beweisen, daß es sich nicht um die immer beschworene ,,rein wissenschaftliche'' Forschung handelt, sondern tatsächlich um gezielte Kriegsforschung. Daß die MHH keinen Einzelfall, sondern eher die Spitze eines Eisberges darstellt, bestätigte sich, als jetzt vom MSB Spartakus belegt werden konnte, daß auch die Göttinger Universität an diesen Forschungen beteiligt ist.

Die Fraunhofer-Gesellschaft

Unter Mitwirkung der Adenauer-Regierung wurde die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) 1949 gegründet. Im Senat dieser ,,privaten'' Forschungsgesellschaft sitzen neben den verschiedenen Wissenschaftsministern der Länder auch Vertreter bundesdeutscher Großunternehmen und des Kriegsministeriums. Entsprechend eng verläuft die ,,wissenschaftliche Kooperation'': *,,Sechs Institute der FhG stehen unmittelbar dem BMVg (Kriegsministerium) für dessen Ressortforschung zur Verfügung. Die von ihnen betriebene Forschung auf den Gebieten Werkstoffe, Ballistik, chemische Energiestoffe, Festkörperphysik, Hydroakustik und wissenschaftliche Trendanalysen dient der Entscheidungsfindung des Hauses und wird dementsprechend im wesentlichen aus vom BMVg bewilligten Mitteln der Grundfinanzierung getragen. In geringem Maße können auch Vertragsforschungsvorhaben für Unternehmen der Wirtschaft durchgeführt werden.''*(1)

Offen ausgewiesen wird im Forschungsbericht 1980 der FhG z.B. ein Untersuchungsprojekt über ,,Reichweitensteigerung von Artilleriegeschossen.''(2)

Untersuchungen an Phosphorsäureestern (Organophosphaten, Alkylphosphaten) und Carbamat, die unter die ,,Pflanzenschutzmittelforschung'' fallen, wurden als eines von 17 Forschungsprojekten des Instituts für Toxikologie und Aerosolforschung (IfTA) der FhG in den Jahren 1979/80 vom Kriegsministerium finanziert (3). Direkte Verbindungen zum Militär bestehen über Referententätigkeiten und Zeitschriftenbeiträge durch Institutsangehörige u.a. für die israelische und die US-Armee sowie die Bundeswehr (s.Schaubild).

Weiterhin arbeitet die FhG auch im Auftrage der Polizei. So wird im Tätigkeitsbericht 1979 eine Untersuchung zum Thema *,,Anwendung von Reizstoffen in geschlossenen Räumen''*, gefördert durch die Polizeiführungsakademie Münster, aufgeführt, die sich wie ein durch die Industrie gefördertes Forschungsprojekt zur ,,Prüfung von Reizstoffsprühgeräten'' mit dem chemischen Kampfstoff CS befaßt (4). Als direktes Indiz für eigene Forschungsarbeiten an chemischen Kampfstoffen kann dabei die Stellungnahme des IfTA in dem angefertigten Gutachten bewertet werden, die u.a. auf dem Existieren *,,eigener Erfahrungen als autorisierte Prüfstelle für Reizstoffe, Reizstoffgeschosse und Reizstoffsprühgeräte''* gründet (5).

GESELLSCHAFT DEUTSCHER CHEMIKER 

Telefon (06 11) 7 91 71 (Vermittlung)
Telex 41 2526 gmwk d. für gdch
Drahtanschrift: Chemikerverein Frankfurtmain

Dresdner Bank AG Ffm
BLZ 500 800 00
Postscheck Frankfurt

Postfach 90 04 40, Varrentrappstraße 40-42, D-6000 Frankfurt (Main) 90

RUNDSCHREIBEN

Telefon Durchwahl

Ihr Schreiben

An die
Hochschulinstitute
für Chemie an den Universitäten
in der Bundesrepublik Deutschland

Unser Zeichen

Tag 11.06.1981

Kriegswaffenkontrollgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Verband der Chemischen Industrie wurde kürzlich vom Bundesministerium für Wirtschaft auf das Genehmigungsverfahren bei der Verwendung von chemischen Stoffen angesprochen, welche dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegen und hat daraufhin dafür Sorge getragen, daß Informationen an interessierte Firmen weitergeleitet wurden.

Da das Bundesministerium für Wirtschaft gebeten hat, auch wissenschaftliche Institute darüber zu informieren, senden wir Ihnen als Anlage aus dem Bundesgesetzblatt I 1973 die sog. Kriegswaffenliste sowie ein Schreiben des BMWi vom 25. März 1981 an den Verband der Chemischen Industrie, aus dem Näheres entnommen werden kann.

Wir bitten Sie um entsprechende Beachtung und um die nötige Verbreitung der Information in Ihren Instituten.

Mit freundlichen Grüßen

Gesellschaft Deutscher Chemiker
Der Hauptgeschäftsführer

(Dr. W. Fritsche)

aus: ,,Zauberlehrling", Zeitung der Fachschaft Chemie, Uni Marburg

Das Institut für Toxikologie und Aerosolforschung

Das IfTA ist eines der verschiedenen der Fraunhofer-Gesellschaft Institute. Es ging aus dem früheren Grafschafter Institut für Aerobiologie hervor, in dem - das wird durch Aussagen des ehemaligen Institutsangehörigen Dr. Petras zweifelsfrei belegt (6) - schon während der 60er Jahre chemische Kampfstofforschung betrieben wurde. G. Wallraff enthüllte 1969/70 u.a., daß die Frau des ehemaligen Leiters des Instituts, Dr. Bisa 1969 qualvoll durch einen ,,Unfall'' im Institut am Kampfstoff SOMAN zu Tode kam (7). Obwohl das IfTA offiziell nicht als Einrichtung der ,,Verteidigungsforschung'' aufgeführt wird, wurden allein 1979/80 17 Forschungsprojekte dieses Instituts vom Kriegsministerium finanziert (8).

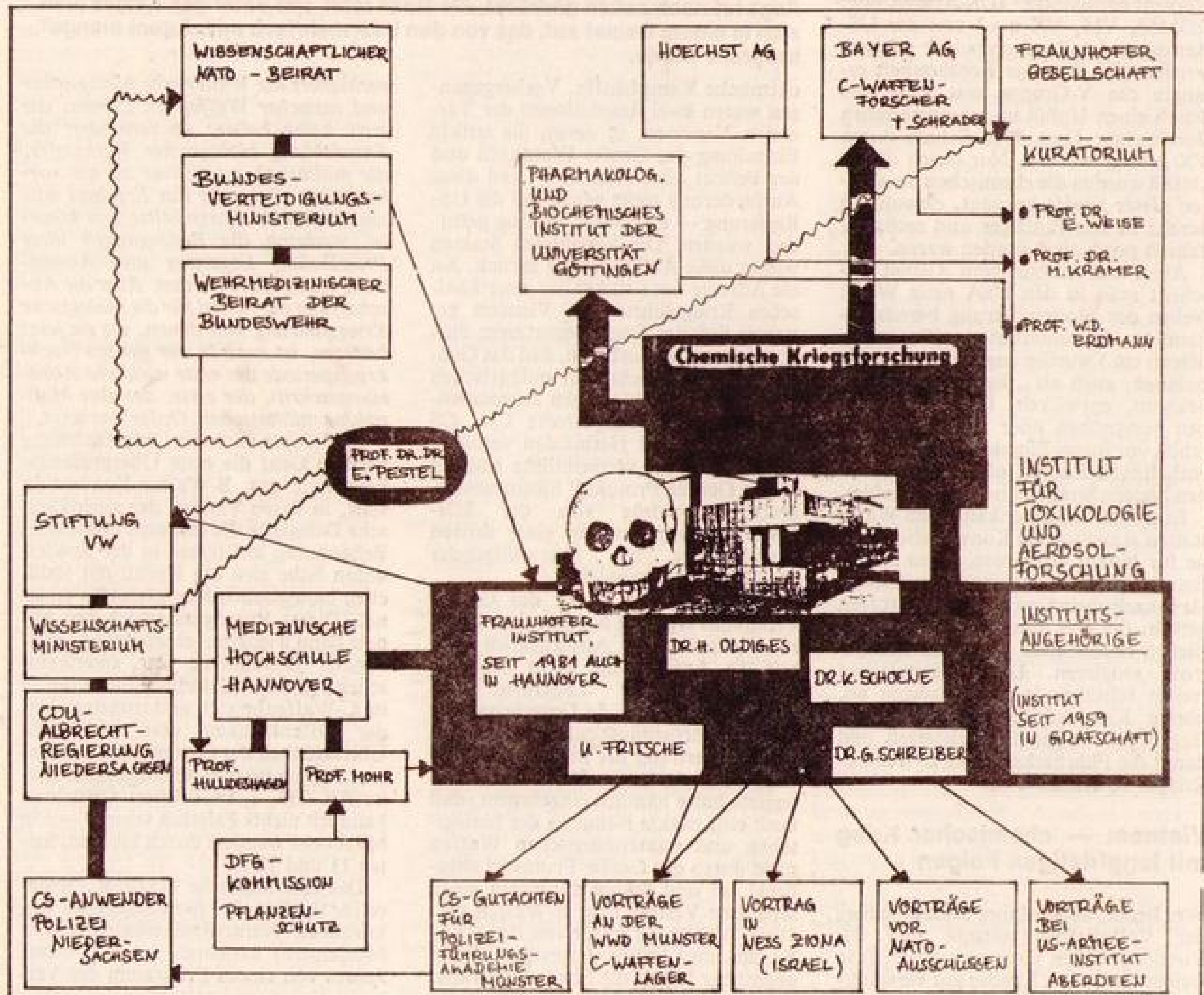
Zu den Aufgaben des Instituts gehört u.a. die Beschäftigung mit *,,Therapie, Identifizierung und Wirkungsmechanismen hochtoxischer (hochgiftiger) Stoffe''*; nachgewiesen werden in den Tätigkeitsberichten 1979/80 Arbeiten mit den chemischen Kampfstoffen SARIN, TABUN, SOMAN und LOST (9).

1979 wurde das IfTA ausgebaut, wodurch die Fraunhofer-Gesellschaft die Hauptaktivitäten auf diesem Gebiet nach Hannover verlegte — was sicherlich nicht mit dem eindrucksvollen Stadtbild Hannovers zu erklären ist: *,,Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit der MHH, der TiHo (Tierärztliche Hochschule) und der Technischen Universität an diesem Ort vorgesehen.''*(10) Eine Anfrage der DKP vom 25.5.82 an den Rektor der MHH bezüglich dieser Zusammenarbeit ist bislang unbeantwortet geblieben....

Universität Göttingen

Auch Institute der Göttinger Uni sind seit langem auf dem Gebiet der chemischen Kampfstoffe tätig: Bereits 1968 mußte der damalige Leiter des Pharmakologisch-Toxikologischen Instituts, Prof. Erdmann, auf die Aussagen von Dr. Petras (s.o.) hin zugeben, daß seine Arbeitsgruppe schon seit 15 Jahren mit chemischen Kampfstoffen (Organophosphate, SOMAN) arbeite, und zwar im Auftrage des Kriegsministeriums, der Fraunhofer-Gesellschaft und des Bundesamtes für den Zivil-

Fortsetzung nächste Seite



aus: „Giftküche gegen den Frieden", Teil I

Fortsetzung von voriger Seite

schutz (11). Bis 1975 wurden von ihm und seinen Mitarbeitern eine Anzahl weiterer Arbeiten u.a. über den Kampfstoff SOMAN veröffentlicht. Unter diesen Mitarbeitern ist Dr.Nenner, der Ende der 60er Jahre vom Institut für Physiologische Chemie zur Erdmann-Gruppe kam und dort vorher mit einem Dr. N.Engelhard auf demselben Gebiet zusammengearbeitet hatte, der seinerseits heute als Vertreter des Kriegsministeriums im Kuratorium des FhG-IfTA sitzt (12).

Aber das Physiologisch-Chemische Institut war ebenfalls nicht untätig: Insbesondere die Professoren R. Zech und G.F. Domagk veröffentlichten bis 1975 Arbeiten auf diesem Gebiet; im Jahresbericht 1979-81 der Uni Göttingen heißt es dazu u.a.:,,*Die enzymatische Entgiftung von insektizioden Organophosphaten und Nervengasen in Primaten wurde untersucht''(13). Auch an diesem Institut reichen die Forschungsarbeiten bis in die 50er Jahre zurück.*

Daneben finden sich Anhaltspunkte für eine Beteiligung der Neuropharmakologischen Abteilung unter Leitung von Prof.Schmidt: Gemeinsame Arbeiten mit der Erdmann-Gruppe sowie sein Spezialgebiet ,,Wirkungsweise der Alkylphosphate sowie von Atropin (einem der Gegenmittel bei der Behandlung von Alkylphosphatvergiftungen) deuten darauf hin (14).

Insektizidforschung oder Kampfgasforschung ?

Daß es sich bei den genannten Forschungsarbeiten nach Auskunft der Beteiligten und ihrer Auftraggeber um ,,harmlose'' Untersuchungen von Gegenmitteln bei Insektizidvergiftungen oder gar von Gegenmaßnahmen für den Fall von Gasangriffen im Kriegsfall handeln soll, erscheint aus mehreren Gründen unwahrscheinlich: Zum einen wird die Erforschung von chemischen Kampfstoffen häufig unter Bezeichnungen wie ,,Insektizidforschung'' betrieben, was sich angesichts der chemischen Ähnlichkeit (insbesondere bei den Organophosphaten, zu denen z.B. das E 605 gehört (15) geradezu anbietet. Zum zweiten benötigt man zur Erforschung der Gegenmittel natürlich die Erfahrungen mit der Wirkungsweise der Kampfstoffe, und zum dritten ist auch bei chemischen Waffen, die aufgrund ihrer hochgradigen Giftigkeit als Massenvernichtungsmittel anzusehen sind, eine wirksame Bekämpfung der Einsatzfolgen ebenso unmöglich wie bei den Folgen einer atomaren Verseuchung. Darüberhinaus verdeutlichen die personellen und finanziellen Verflechtungen mit dem Kriegsministerium und der Bundeswehr die hinter diesen Fortschungen stehenden Interessen.

Auch die Tatsache, daß von den erwähnten Mitarbeitern an den Göttinger Instituten seit 1975 keine Veröffentlichungen zu diesem Themenkreis mehr erfolgten, stellt keinen Anlaß zur Beruhigung dar: Gegenüber der ,,Frankfurter Rundschau'' äußerte Prof.Zech sich zu solchen Vermutungen: ,,*Daß er selbst seit mehreren Jahren kaum neue Forschungsergebnisse vorgelegt hat, begründete Zech damit, daß er sich jetzt mit Langzeitwirkungen befasse''* (16). Ein Dementi ?

Antimil-Kommission/KB-Göttingen

Anmerkungen:

1) Vertragsforschung für die Wirtschaft, FhG, Sept. 1981
2) Jahresbericht, FhG 1980
3) Tätigkeitsbericht, IfTA, FhG 1979 und dasselbe 1980
4) wie 3
5) Gutachterbericht des IfTA/FhG zur Verwendung des Reizstoffes CS, ohne Jahresangabe
6) Erklärung des Chemiker Petras auf Pressekonferenz 1969, s. Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1969
7) Konkret, Okt.1969, G. Wallraff u.a.
8) wie 3
9) ebenda
10) Tätigkeitsbericht, IfTA, FhG 1979
11) Göttinger Nachrichten (AStA-Zeitung), Ausgabe unbekannt
12) Dokumentation des MSB-Spartakus (s.u.)
13) Jahresbericht der Uni Göttingen 1979-81, Zentrum Biochemie, Abteilung Biochemnie I
14) div. Quellen, s.12
15) dazu Prof. Zech in der „FR" vom 7.10.82: „Hauptsächlich befasse er sich mit Gesundheitsschäden durch Unfälle mit Organophosphaten in der Landwirtschaft. Das Interesse des Bundesverteidigungsministeriums erkläre sich daraus, daß sich die Wirkungsweise der etwa 100 verschiedenen Organophosphate, darunter Insektenbekämpfungsmittel und chemische Kampfstoffe, nicht prinzipiell unterscheide, sondern nur graduell."
16) „FR", 7.10.82

Alle Angaben (außer 15,16) aus:
— O-Ton extra, Informationsdienst der DKP-Niedersachsen: Dokumentation „Giftküche gegen den Frieden", Teil I + II
— Broschüre des MSB Spartakus, „Kriegsforschung bedroht den Frieden — Enthüllung über chemische Kampfstofforschung an der UniGöttingen".

„Broken Arrows". 2 Pershing-Transporte verunglückt

,Kernwaffen werden mit so großer Sorgfalt entworfen, daß sie nur dann explodieren, wenn sie mit Absicht scharf gemacht und gezündet werden', versichert die amerikanische Atomenergiekommission. Sie fügt aber hinzu: ,Nichtsdestoweniger ist stets die Möglichkeit gegeben, das als Folge zufälliger Umstände versehentlich eine Explosion stattfindet.'

Wie auch immer, für beide Fälle gibts ein geregeltes Vokabular. Für nukleare Unfälle haben die amerikanischen Militärs genau abgestufte Definitionen: 'nucflash' - nuklearer Blitz - dann droht durch die unbeabsichtigte Explosion einer Kernwaffe ein Atomkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion. 'Broken Arrow' - zerbrochener Pfeil - das sind Detonationen von Kernwaffen, ihrer Sprengköpfe oder ihrer konventionellen Sprengsätze, bei denen die Gefahr radioaktiver Verseuchung, aber kein Kriegsausbruch droht. 'Bent Spear' - gebogener Speer - und 'Dull Sword' - stumpfes Schwert - sind die Kennworte für Kernwaffen-Unfälle mit geringerer Gefahr.'' (P. Koch, Wahnsinn Rüstung, Stern-Serie)

Daß die zahlreichen Transporte von Pershing, Lance und sonstigen (Atom-)Raketen mit einer derart atemberaubenden Fahrlässigkeit und Geheimniskrämerei gehandhabt werden, daß sich die Erstellung des obigen Codes als geradezu zwingende Notwendigkeit erweist, wurde der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf drastische Art und Weise demonstriert, als sich am 3. November gleich zwei Unfälle mit Pershing-Transporten auf bundesdeutschen Landstraßen ereigneten.

Unfall Nr. 1: In **Mutlangen** bei Schwäbisch Gmünd, einem dichtbesiedelten Industrie- und Wohngebiet, rast ein Pershing-Transporter in einen Obstgarten und beendet seine Schußfahrt an einem Baum; als Unfallursache wird Bremsversagen angegeben. ,,*,...dort an der täglichen Pershing-Rennstrecke ist das Gespenst der ,übervorsichtigen Amerikaner' seit langem bekannt und zuhause.''* (taz, 5.11.) **Schwäbisch-Gmünd** ist einer der Standorte von atomaren Pershing-Ia Raketen in der Bundesrepublik und wird im Zuge der ,,Nach''rüstung auch mit Pershing-II-Raketen beglückt werden.

Unfall Nr. 2

In **Waldbrechtsweier**, einem Winznest in der Nähe von **Karlsruhe** gerät eine ,,Sattelauflieger-Werferlafette'' mit einer Pershing-Rakete in einer ,,steil abfallenden Kurve'' ins Schleudern, streift ein Haus, gerät auf die linke Fahrbahnseite und zermalmt einen entgegenkommenden PKW vollständig, der Fahrer wird dabei getötet. Mitten im Ort stellt sich der Transporter quer und kommt zum Stehen, ein weiterer LKW fährt in das Fahrzeug hinein, ein dritter LKW, vollgetankt mit Kerosin-Treibstoff, landet im Straßengraben.

Laut ,,taz'' waren an dem Unfall **zwei** Raketentransporter und ein Begleitfahrzeug beteiligt, die Zeitung zitiert aber auch Dorfbewohner, denen zufolge insgesamt **drei** Pershing-Raketen beteiligt waren. Zumindest eine Werferlafette und eine Rakete wurden ,,*erheblich beschädigt''*, ,,*ein Transporter mit zwei Raketen und ein Kerosin-Tankwagen, der die Böschung heruntergefahren sei, hätten bald wegfahren können.''* (taz, 4.11.) Die Presseberichterstattung beschränkte sich daraufhin nur noch auf die Unfall-Rakete, Schicksal und Beladung der übrigen Fahrzeuge wurde nicht weiter nachgegangen. Lediglich der ,,Spiegel'' hakte nach: ,,*Ob freilich der Sprengkopf in einem anderen der vier Fahrzeuge des Pershing-Zuges mitfuhr, blieb ungeklärt. Theoretisch kann sich ein Atomsprengkopf auch auf dem Sattelschlepper mit der Rakete befunden haben; ein geeigneter Transportbehälter zählt zur Standardausrüstung (!) der US-Selbstfahrlafette.''* (,,Spiegel'', 8.11.)

„Ungefährlicher als ein Tanklastwagen"

Sofort nach Bekanntwerden des Unfalls begann eine umfassende Abwiegelungs- und Desinformationskampagne aller beteiligten Behörden und Militärs. Selbstverständlich hätte überhaupt gar nichts passieren können, es handele sich im Grunde um einen stinknormalen Verkehrsunfall. Die Raketen - so das Verteidigungsministerium - würden ,,bei Übungen immer ohne ihre atomaren Gefechtsköpfe transportiert'' (,,FR'', 5.11.). Ein Polizeisprecher wies darauf hin, ,,*daß die Pershing-Rakete keinerlei konventionelle und keinerlei atomare Sprengköpfe gehabt habe. Sie sei lediglich mit einem festen Treibsatz ausgestattet, dessen Inhalt von Tausend Liter Treibstoff jedoch nicht explodiert sei, sondern lediglich in Brand geraten könnte.''* (,,FAZ'', 4.11.) Der ganze Transport sei ,,*nicht gefährlicher als der von Benzin oder Chemikalien.''* Deshalb sei auch ,,*keine polizeiliche Anmeldung und Begleitung erforderlich.''* (Verteidigungsministerium, ,,SZ'', 5.11.)

Ob der Transport tatsächlich keine Sprengköpfe mit sich führte, läßt sich im Nachhinein mit Sicherheit natürlich nicht klären, es kann aber davon ausgegangen werden, daß die Reaktionen der Verantwortlichen so oder so in der gleichen Richtung liegen (müssen): vertuschen, abwiegeln, beruhigen! Tatsache bleibt aber folgendes: ,,*In den Stunden nach dem Unglück hatte die Polizei den Journalisten gegenüber von einem Atomsprengkopf gesprochen, der ,ohne Fremdeinwirkung jederzeit explodieren kann' ''* (,,taz'', 5.11.) Interessant ist die Reaktion der Bundeswehr auf dieses Gerücht, das sich offenbar recht lange hielt: sie äußerte ihr ,,Unverständnis'' darüber, daß es ,,*die US-Verbindungsstelle in Karlsruhe zulassen konnte, daß Sprecher der deutschen Polizei zeitweilig in dem Glauben waren, die Rakete trage einen atomaren oder konventionellen Sprengkopf und müsse vor der Bergung von einigen tausend Litern hochexplosiven Flüssigkeitstreibstoff befreit werden.''* (,,SZ'', 5.11.) Die Frage, warum die Bundeswehr derartige ,,Gerüchte'' nicht selbst unterbunden hat, liegt nach Lage der Dinge offenbar in ihrer eigenen vollständigen Uninformiertheit über das Treiben der US-Army begründet.

Tatsache ist weiterhin, daß in Karlsruhe, immerhin knapp 30 km entfernt, Katastrophenalarm ausgerufen wurde, an verschiedenen Kreuzungen wurde Feuerwehr postiert, Ärzte hatten Sonderbereitschaftsdienst zu leisten. (,,taz'', 4.11.)

Erst Stunden nach dem Unfall wurde durch die Polizei verbreitet, der Konvoi habe lediglich (??) einen konventionellen Sprengkopf mit sich geführt, dieser werde gerade durch US-Spezialisten entschärft. (,,taz'', 4.11.)

Erst nach Mitternacht — der Unfall hatte sich bereits um 16.30 h ereignet - kam die vorläufig letzte Version in Umlauf, derzufolge es am Unfallort überhaupt keinen Sprengkopf gebe.

Direkt nach dem Unfall nahm ein US-Offizier telefonischen Kontakt zum NATO-Headquarter in Heidelberg auf. Ein Pressehubschrauber, der das Geschehen aus der Luft begutachten wollte, wurde von einem Polizeihubschrauber zum Abdrehen gezwungen, als er den Unfallort filmen wollte. (alles nach ,,taz'', 5.11.)

Nichtsdestotrotz wurde sofort nach dem Unfall die Umgebung im Bereich von mehreren hundert Metern abgesperrt und vollständig evakuiert. In der Nacht wurde von einem ,,Krisenstab'' beschlossen, den ganzen Ort zu evakuieren, was dann aber erst um 6 h morgens durchgeführt wurde. Entweder bestand zum Zeitpunkt dieses Beschlusses noch eine konkrete Gefahr, dann ist die Verschiebung ein grenzenloser Zynismus gegenüber der bedrohten Bevölkerung, oder die Lage war bereits bereinigt, dann erklärt sich die Maßnahme aus der Absicht der Verantwortlichen, bei dieser Gelegenheit gleichmal das ganze Szenario eines tatsächlichen ,,Sprengkopfunfalls'' durchzuspielen.

Die Südwestdeutsche Ärzteinitiative vertrat die Meinung, daß die Evakuierung - für die wegen des Festbrennstoffes sonst lt. Verlautbarungen kein Anlaß bestand - auf einen Haarriß in der mitgeführten Atombombe zurückzuführen sein könnte, es hätte der Austritt von Radioaktivität bzw. die Explosion des Flüssigkeitssprengsatzes im Atomsprengkopf gedroht.

Die offiziellen Stellen gaben den Treibstoff als Evakuierungsgrund an: ,,*Die Rakete hatte zwar nach offiziellen Angaben weder einen atomaren noch einen konventionellen Sprengkopf, jedoch waren 8000 amerikanische Pfund Festtreibstoff an Bord, der, wie Experten versicherten, ,zwar brennbar, aber nicht explosiv' sei.''* (,,taz'', 4.11.) ,,*Deutsche und US-Stellen machten widersprüchliche Angaben darüber, ob der Feststoffantrieb der Rakete explodieren konnte oder nicht. US-Experten beteuerten, dafür bedürfe es extrem hoher Temperaturen und besonderer Vorkehrungen''* (,,FR'', 4.11) ,,*Nach unbestätigten Berichten liefen etwa 1000 Liter Benzin aus dem schwer demolierten Transportfahrzeug aus. Einwohner kritisierten, daß erst spät Maßnahmen gegen die drohende Gefahr einer Benzinexplosion ergriffen worden seien.''* (,,FR'', 4.11.) Einen Tag später hieß es dann:,,*Die beiden Antriebsstufen der Pershing seien mit Festtreibstoff gefüllt, dessen Zündung nur durch den eingebauten Zünder aber weder durch Gewalt oder Zufall möglich sei.''* (,,FR'', 5.11.) Logisch, daß dann ein ganzer Ort evakuiert wird und 30 km entfernt die Feuerwehr die Straßenkreuzung bewacht...

In der Presse ist inzwischen vereinheitlicht, daß den Beteuerungen von Behörden und Militärs, der Konvoi habe keinerlei Sprengköpfe mit sich geführt, Glauben zu schenken sei, ohne auch nur einen einzigen Gedanken dar-



Seit 1950 wurden 32 Unfälle mit amerikanischen Atomwaffen registriert. Zwar ist es dabei in keinem Fall zu einer nuklearen Explosion (Detonation der »Nuklearkapsel« der Bombe oder Rakete) gekommen, aber häufig zu radioaktiver Verseuchung nach der Explosion der »konventionellen« Sprengladung der Kernwaffen.

① 13. Februar 1950: Notabwurf einer Atombombe von einem B-36-Bomber ins Meer.

② 11. April 1950: Ein B-29-Bomber mit einer Atombombe zerschellt an einem Berg und brennt aus. Keine Explosion.

③ 13. Juli 1950: B-50-Bomber stürzt mit einer Bombe ab, die hochexplosive Sprengladung detoniert.

④ 5. August 1950: Eine B-29 stürzt kurz nach dem Start in der Nähe eines Campingplatzes ab. Explosion der Sprengladung, 19 Tote.

⑤ 10. November 1950: Notabwurf einer Bombe über See.

⑥ 10. März 1956: Nach einem mißglückten Auftankmanöver über dem Mittelmeer verschwindet eine B-47 mit Kernwaffenmaterial spurlos in den Wolken.

⑦ 27. Juli 1956: Eine B-47 rast bei der Landung in England in einen Atomwaffen-Bunker. Die Bomben werden beschädigt, detonieren aber nicht.

⑧ 22. Mai 1957: Eine B-36 verliert eine Bombe. Bei der Explosion der Sprengladung entsteht ein großer Krater.

⑨ 28. Juli 1957: Notabwurf von zwei Kernwaffen über dem Atlantik. Sie werden nicht wiedergefunden.

⑩ 11. Oktober 1957: Eine B-47 stürzt mit einer Bombe und einer nicht eingebauten Nuklearkapsel ab und brennt aus. Explosion der Sprengladung, jedoch keine Nukleardetonation.

⑪ 31. Januar 1958: Eine B-47 mit einer Atombombe an Bord verunglückt beim Start und gerät in Brand. Keine Nuklearexplosion, jedoch Verseuchung mit Alpha-Strahlen. Die Bevölkerung der Umgebung wird evakuiert.

⑫ 5. Februar 1958: Notabwurf einer Bombe nach der Kollision einer B-47 mit einem F-86-Jäger vor der Küste von Georgia.

⑬ 11. März 1958: Eine Kernwaffe wird versehentlich von einer B-47 abgeworfen und landet in einem Vorgarten. Ein Haus wird zerstört, Bewohner werden verletzt.

⑭ 4. November 1958: Absturz einer B-47 kurz nach dem Start. Das Kernmaterial kann geborgen werden.

⑮ 26. November 1958: Eine B-47 mit Kernwaffenladung gerät am Boden in Brand. Geringe Verseuchung.

⑯ 18. Januar 1959: Ein F-100-Jagdbomber mit einer Atomrakete fängt am Boden Feuer.

⑰ 6. Juli 1959: Absturz einer C-124, die eine Kernwaffe transportiert. Keine Explosion, geringe Verseuchung.

⑱ 25. September 1959: Notwasserung eines P-5M-Marineflugzeuges. Eine Kernwaffe geht dabei verloren.

⑲ 15. Oktober 1959: Kollision eines B-52-Bombers bei einem Auftankmanöver. Nach dem Absturz können eine intakte und eine teilweise verbrannte Atombombe geborgen werden.

⑳ 7. Juni 1960: Explosion und Feuer zerstören eine »Bomarc«-Luftabwehrrakete in einer Bereitschaftsstellung. Geringe Strahlenverseuchung bei der Zerstörung des atomaren Gefechtskopfes.

㉑ 24. Januar 1961: Eine auseinanderbrechende B-52 verliert zwei Atombomben, von denen eine in einem Sumpfgelände unauffindbar versinkt.

㉒ 14. März 1961: Beim Aufprall einer abgestürzten B-52 reißen beide Atombomben ab, explodieren jedoch nicht.

㉓ 13. November 1963: In einem Vorratsbunker in Texas explodieren 60 Tonnen hochexplosive Bestandteile von Atomwaffen.

㉔ 13. Januar 1964: Absturz einer B-52 mit zwei Nuklearbomben.

㉕ 5. Dezember 1964: Versehentlich wird der Countdown einer Minuteman-Langstrecken-Rakete ausgelöst, der Start kann aber vor dem Schärfen des atomaren Sprengkopfes noch gestoppt werden.

㉖ 8. Dezember 1964: Ein B-58-Bomber mit fünf Kernwaffen an Bord gerät am Boden in Brand.

㉗ 11. Oktober 1965: Ein C-124-Transportflugzeug gerät beim Tanken in Brand. Teile der Kernwaffen verbrennen. Geringe Verseuchung.

㉘ 5. Dezember 1965: Ein A-4-Bomber mit einer Kernwaffe stürzt von einem Flugzeugträger ins Meer. Er kann nicht geborgen werden.

㉙ 17. Januar 1966: Bei Palomares in Spanien stürzt eine B-52 mit vier Wasserstoffbomben ab. Da die Sprengladung von zwei Bomben explodiert, wird radioaktives Material (Plutonium) freigesetzt. 1750 Tonnen verseuchtes Erdreich werden nach Amerika abtransportiert.

㉚ 21. Januar 1968: Eine B-52 stürzt bei Thule (Grönland) ab. Alle vier Atombomben werden durch Feuer zerstört, leichte radioaktive Verseuchung.

㉛ Frühling 1968: Ein Scorpion-U-Boot versinkt mit 99 Mann Besatzung und mehreren Atomraketen im Atlantik.

㉜ 19. September 1980: Bei Damascus (Arkansas) explodiert der Brennstoff einer Titan-Langstrecken-Rakete. Der Atomsprengkopf wird aus dem Silo 200 Meter weit herausgeschleudert.

an zu verschwenden, daß eine andere Auskunft überhaupt nicht zu erwarten war. Anläßlich eines ähnlichen Unfalls Anfang des Jahres schrieb die schwäbische Regionalzeitung „SBlättle": „*Die amerikanischen Offiziere werden später bestreiten, daß sie mit einem Atomsprengkopf ausgerüstet gewesen sei,* - **nur: sie hätten es auch dann leugnen müssen, wenn es so gewesen wäre.**"

Jegliche Spekulation über die Beteiligung von konventionellen oder gar atomaren Sprengköpfen bei derlei Unfällen hat also eine durchaus berechtigte Grundlage: J e d e r derartige Raketenkonvoi k a n n Atomwaffen mit sich führen. Selbst wenn sich die US-

Widerstand formiert sich

Bereits am Abend des Unglücks machten sich 100 Menschen in einem Fackelzug in Richtung Waldprechtsweier auf den Weg. Bei Schölbronn — noch weit vom Ort entfernt — wurden sie von US-Militärpolizei mit Maschinenpistolen aufgehalten. Um der Forderung nach Umkehr des Zuges Nachdruck zu verleihen, wurden von den US-Bullen hör- und sichtbar die MP's entsichert.

Militärische Willkür erfuhren auch der Bürgermeister einer angrenzenden Gemeinde und der Ortsvorsteher von Waldprechtsweier. Bei ihrem Versuch, sich an der Unfallstelle zu informieren, wurden sie eingekreist und die Papiere wurden ihnen abgenommen.

Am Freitag, den 5.11. und am Samstag darauf demonstierten jeweils rund 600 Leute in Karlsruhe und Ettlingen gegen die US-Atomraketen und -Transporte.

In Ettlingen wurde die geplante Demo-Route hin zur US-Kaserne verboten. In den angrenzenden Gemeinden und Städten soll eine gemeinsame Kampagne für eine atomwaffenfreie Zone in Gang gebracht werden, womit auch der Forderung nach A-Waffen-Transport-Verbot Nachdruck verliehen werden soll.

Am 17.11. soll von Baden-Baden aus ein Autokorso bis Waldprechtsweier mit Kundgebungen an den verschiedensten Orten stattfinden.
(nach einem Bericht aus Baden-Baden).

Army an die vorgebliche Vorschrift halten sollte, Träger und Sprengköpfe getrennt zu transportieren, so ist damit ja längst nicht ausgeschlossen, daß sich dennoch beide im selben Konvoi, nur auf getrennten Fahrzeugen befinden.

Zur Erinnerung: die auf dem Boden der BRD stationierten 180 Pershing IA-Raketen befinden sich in Schwäbisch-Gmünd, Neckarsulm, Neu-Ulm und Großengstingen (jeweils 27 Stück unter US-Kontrolle) sowie je 36 bei Bundeswehreinheiten in Landsberg und Geilenkirchen. **Allein von den 72 bei Bun-**

Großengstingen (jeweils 27 Stück unter US-Kontrolle) sowie je 36 bei Bundeswehreinheiten in Landsberg und Geilenkirchen. **Allein von den 72 bei Bun-**

deswehreinheiten stationierten Pershings sind i m m e r je neun (also insgesamt 18) sofort startbereit, davon wieder je drei (insgesamt 6) mit atomaren Sprengköpfen bestückt. Diese je neun startbereiten Raketen sind in sogenannten QRA-Stellungen (Quick Reaction Alert = Sofortbereitsschaftsstellungen) postiert,die sich außerhalb der Kasernen auf vorbereiteten und ausgemessenen Stellungen irgendwo in den umliegenden Wäldern befinden. QRA-Stellungen befinden sich z.B. in Arsbeck bei Geilenkirchen und Kettershausen bei Augsburg.

„*Zwei weitere Anlagen für den nuklearen Schnellschuß ...liegen in Waldheide bei Heilbronn und in Inneringen bei Schwäbisch-Gemünd.*" („Spiegel", 8.1..)

Um flexibel genug zu sein, existieren nun jeweils pro Standort mehrere dieser QRA-Stellungen, die gelegentlich gewechselt werden und allein aus Übungsgründen gewechselt werden müssen. **Daraus ergibt sich die unabweisbare Folgerung, daß ein Teil der Pershing-Transporte auf jeden Fall mit Atomsprengköpfen durchgeführt werden muß!** Dieser einfache Tatbestand ergibt für den Unfall einige nicht uninteressante Anhaltspunkte: der verunglückte Transport kam vom 56. US-Field-Artillerie-Regiment aus **Neu-Ulm und befand sich auf der Strecke „zwischen Ettlingen** und **Rastatt"** („FAZ", 4.11.) bzw. nach **Gaggenau** („Spiegel", 8.11.). Ein schlichter Blick auf die Straßenkarte aber zeigt, daß es erstens zwischen diesen beiden Orten eine gut ausgebaute geradlinige Verbindungstraße gibt, der Unfall sich aber auf einer relativ weit abgelegenen Nebenstraße ereignete, die durch mehrere winzige Dörfchen führt. Die Annahme, daß sich in dieser Gegend eine der QRA-Stellungen befindet, erscheint also nicht sonderlich unwahrscheinlich. Zweitens: Auf den einschlägig bekannten atomaren Lagekarten (s. auch AK 204) ist **Karlsruhe - 7 km von Ettlingen entfert - als Atomwaffenlager verzeichnet! Alles reiner Zufall??**

In einer offiziellen britischen Regierungsbroschüre zur „Nach"rüstung heißt es: In Krisenzeiten „*verlassen die Werferkompanien ihren verbunkerten Standort und beziehen Stellungen in der näheren und weiteren Umgebung ...Diese Stellungen werden schon in Friedenszeiten vermessen. Es gibt mehrere für die Einheiten, damit sie gewechselt und von der gegnerischen Abwehr nicht ausgemacht werden können.*" (zit. n. „Welt", 9.12.80, s. dazu auch AK 226: Die Stationierung von Cruise missiles und Pershing II in der BRD - wie, wo, wann?) Der „Spiegel" (8.11.) schreibt hierzu: „*Alle 14 Tage werden die Pershing-Einheiten in den fünf festvermessenen Alarmstellungen abgelöst. Doch auch die übrigen 120 Pershing-Raketen sind häufig in Bewegung. Mindestens einmal pro Woche hat jeder Pershing-Zug eine Alarmübung, bei der die Raketen auf irgendeiner Waldlichtung in Stellung gebracht und gefechtsklar gemacht werden. Mobilität ist höchstes Übungsziel. Auch die in den QRA-Stellungen stationierten Pershing-Crews würden im Spannungsfall ausschwärmen: Die Amerikaner haben außer ihren drei Alarmstellungen noch 45 weitere Startpositionen auf westdeutschem Boden vorbereitet.*"

Die für die „Betreuung" der Atomwaffen auserkorenen Einheiten müssen sich schon in Friedenszeiten an den konkreten Abschußorten „einarbeiten", diese Übungsorte sind nichts anderes als die Abschußrampen im Kriegsfall, entsprechend sind die jetzigen Transportrouten auch schon die Transportstrecken für den Kriegsfall.

„Ich weiß von nix"

Eine geradezu verblüffende Vielfalt von Meinungen kam von den westdeutschen Ordnungs- und Militärbehörden zum Problem der US-Militär- bzw. Raketentransporte in der BRD:

„*Die deutschen Behörden wußten weder, daß Pershing-Raketen in diesem Raum transportiert wurden, noch gab es logischerweise einen entsprechenden Evakuierungsplan.*" (taz, 4.11.); sie gehen offenbar davon us (oder tun zumindest so), „*daß S p r e n g köpfe bei Manövern generell nicht mitgeführt werden.*" (taz, 5.11.). In der FR hieß es: „*Informierte Kreise machten darauf aufmerksam, daß offensichtlich gegen den zwingenden Grundsatz verstoßen worden sei, wonach derartige Transporte mit Polizeieskorte fahren müssen. Amerikanische Stellen gaben an, die Verlegung der Raketen sei Bestandteil eines Manövers gewesen.*" (4.11.) Und für Manöver gilt offenbar — im Unterschied zu einer „Verlegung": „*Bei Militärmanövern wird den deutschen Behörden nur der ungefähre Manöverraum angemeldet, Einzelheiten behalten die Streitkräfte für*

gung": „*Bei Militärmanövern wird den deutschen Behörden nur der ungefähre Manöverraum angemeldet, Einzelheiten behalten die Streitkräfte für*

sich." (taz, 4.11.)

Die US-Army bräuchte nur anzumelden, sie führe im Raum XY ein Manöver durch und kann dann in aller Seelenruhe, ungestört vor allzu neugierigen Blicken und aufsehenerregenden Polizeieskorten, ihre Sprengköpfe und Raketen durch die Gegend kutschieren. Und daß die US-Army herzlich wenig Interesse daran hat, der bundesdeutschen Polizei die definitiven Kriegsstandorte ihrer Raketen zu zeigen, ist nur zu einleuchtend.

„Broken Arrows" in der BRD

Bereits am 24. Februar dieses Jahres ereignete sich in der Nähe vonSchwäbisch-Gmünd ein Unfall mit einer Pershing I:„*Am 24.2. um 00.29 Uhr rückt eine Batterie des 1.Bataillons, 41. US-Artillerie aus dem Munitionsdepot* **Mutlangen** *aus. Das Bataillon ist mit neun Pershing Ia-Raketen auf dem Weg in die Wälder nördlich von* **Welzheim.**" *Auf dem Rückweg, in* **Sechselheim** *(Rems-Murr-Kreis, bei Althütte) fängt ein Fahrzeug wegen eines Motordefekts Feuer. „11.30 Uhr: Die Spitze der Rakete mit Kontroll- und Leitstufe brennt, ... 12.00 Uhr: Der Festtreibstoff hat sich entzündet und brennt zischend ab. Der gleißend helle Brand erreicht eine Temperatur von 2000 Grad. Fauchend und stinkend tropft die flüssige Leichtmetallegierung auf den Asphalt der Straße.. 12.34 Uhr: Mit Donnerschlag explodiert der Hochdruckbehälter der Drehkreisellenkung der Rakete. Metallsplitter heulen 300 m weit durch die Luft.14.00 Uhr: Der Brand ist gelöscht. Im Schutze eines bewaffneten Postenrings nähern sich amerikanische Spezialisten dem ausgeglühten Raketentransporter...*" ("sBlättle", 4/82)

Im Juni 1975 rollt ein Konvoi mit Raketentransportern im Urlaubsverkehr auf der **Autobahn Stuttgart-München** nach Süden. Bei einem Auffahrunfall stürzt ein Fahrzeug um. Sofort springen bewaffnete Soldaten von den Fahrzeugen und sichern die Raketen. Erst nachdem der Brigadegeneral eingeflogen worden ist, werden die verletzten Fahrer geborgen. ("sBlättle)

Im August 78 versagen mal wieder die Bremsen eines Raketentransporters auf dem Weg in die Innenstadt von **Schwäb.Gmünd**. Der Wagen donnert zwischen einigen Wohnhäusern durch, bevor er zum Stehen kommt. Im Zeitraum 75—81 soll es allein in Süddeutschland 5 Unfälle mit Raketenabschußanlagen gegeben haben ("sBlättle"): Der SPD-Abgeordnete Antretter sprach gar von „*sieben Unfällen bei Pershing-Transporten im Raum Schwäbisch-Gmünd.*" (SZ,5.11.)

Im September 81 stürzt nach Durchbrechen einer Leitplanke ein Transport mit einer LANCE-Rakete von der Autobahn. Der Vorfall ereignet sich in **Aßlar** (bei Fritzlar). Nach US-Angaben befand sich auf dem Träger lediglich ein „*Übungsgeschoß, das nicht explodieren konnte.*" (Gött. Tageblatt, 22.9.81)

"*Erst am 3.8. dieses Jahres war einem Pershing-Transporter bei* **Möglingen** *an der B29 die Bremse heißgelaufen, die Reifen des Transporters begannen zu schmoren und nur der beherzte Einsatz eines Feuerwehrmannes verhinderte einen Brand von Trägerlafette und Rakete. Am 9.7.82 konnte, wieder auf der B29, ein Reifenbrand gelöscht werden, bevor die Rakete Feuer fing, ebenso im vergangenen Jahr in* **Urbach** *und* **Althütte.**" (taz, 5.11.)

Im April wurde vor dem Augsburger Sozialgericht über den Tod eines Bundeswehrsoldaten verhandelt. Nach einem Manöverunfall mit Pershing I-Raketen in **Landsberg** war der Soldat an "Blutkrebs einer Form, die durch Radioaktivität ausgelöst werden kann" erkrankt und gestorben. In einem Brief an seine Eltern hatte er zuvor von einem Manöverzwischenfall und "Sabotage" geschrieben und hinzugefügt: „Es ist alles noch streng geheim". Soll es auch bleiben: Vor dem Gericht erklärte sich die BW außerstande, irgendeine Information herauszurücken. (die TAT, 23.4.82 und taz, 13.4.82)

„Ernsthaft passieren hätte garnichts können", so der lapidare Kommentar eines Luftwaffensprechers zu einem weiteren brenzligen "Zwischenfall" Anfang des Jahres. In einer Hawk-Raketenstellung in **Kleinwaabs** (Schleswig-Holstein) — die 18 Raketen einer Hawk-Stellung müssen ständig einsetzbereit sein — ergab eine Routinekontrolle, daß der Treibsatz einer Rakete jeden Augenblick zünden könnte. Sofort wurde der gesamte Luftraum im Umkreis von 45 km und 13 km Höhe gesperrt, nach Militärauffassung allerdings eine "übervorsichtige" Maßnahme. Bereits im Sommer 76 war nahe **Cuxhaven** die Hawk-Rakete eines Dreifachstarters explodiert, die beiden anderen folgten umgehend, mehrere Soldaten wurden verletzt. (Stern, 28.1.82)

Was passieren kann, ist eine Rakete erst einmal "zufällig" gestartet, zeigte sich vor wenigen Wochen in Dänemark. Eine Aneinanderreihung von "Fehlern" und "Zufällen" führte dazu, daß einer Harpoon-Rakete (auch von der BW verwendet) das Feuersignal erteilt wurde. Nicht auf ein bestimmtes Ziel programmiert, orientierte sich das konventionell geladene Geschoß automatisch am höchsten Punkt im Radar, in diesem Fall eine Feriensiedlung. Zwei Häuser wurden "abgerissen", zahlreiche andere beschädigt. Wegen schlechten Wetters war das Dorf an diesem Tage leer. Wäre die Rakete in Richtung Meer losgegangen, hätte sie automatisch das nächste erreichbare Schiff "versenkt". (FR, 18.9.82)

Bei einem "Übungsschießen" in **Wildflecken** (Rhön) lösen sich zwei Luft-Boden-Raketen von einem US-Hubschrauber und schlagen haarscharf neben einem Wohnhaus bzw. am Waldrand ein. Beide trugen nur einen Übungssprengkopf. (FR, 11.8.82)

Mit schöner Regelmäßigkeit finden sich Meldungen, daß BW- oder US-Düsenjäger ihre Raketen "verlieren" zuletzt eine Sidewinder-Rakete bei Sigmarinen.(FR, Gött. Tageblatt 18.6. und taz 26.2.)

Vergleichsweise "harmlos" nehmen sich diese Unfälle allerdings gegenüber den zahlreichen bekanntgewordenen Unfällen mit nachweisbar atomaren Waffen aus. Nach Angaben des schwedischen SIPRI-Instituts ist in den letzten 30 Jahren im Durchschnitt alle zweieinhalb Monate ein Unfall mit Atomwaffen passiert. (Neue,3.1.80) Siehe dazu auch die (unvollständige) Übersicht aus dem "Stern".

Letztes bekanntgewordenes Beispiel ist die Explosion einer Titan-Rakete in ihrem Silo in Damascus/USA, nachdem einem Mechaniker der Schraubenschlüssel in das Silo gefallen war: Der atomare Sprengkopf wurde 120 m aus dem Silo geschleudert, Rakete und Bunker völlig zerstört. **„Der Sprecher lehnt Angaben darüber ab, ob durch die Detonation auch atomare Sprengköpfe in Mitleidenschaft gezogen worden seien.'Es ist seit langem Politik des SAC (Strateg. Luftwaffenkommando der USA), die Präsenz von Nuklearwaffen an bestimmten Örtlichkeiten weder zu bestätigen noch zu dementieren.' "(FR,20.9.80) (eine umfangreiche Aufstellung von Atomwaffenunfällen findet sich auch in den 'antimilitarismus-informationen' 4/82, zu beziehen über B. Schade, Sömmeringstr.17, 6000 Frankfurt/Main; DM 3.50)**

Nicht nur aus Gründen der Verkehrssicherheit bietet sich hier nur eine Lösung an: Weg mit dem ganzen Krempel!

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Keine Atomwaffe`dabei?



Ein mutmaßliches Raketenteil beim Abtransport nach den Bergungsarbeiten beim Pershing-Raketen-Transportunglück in Waldprechtsweiler.
Foto: Leuschner

aus: „UZ", Nr. 256

1. Presseerklärung des Arbeitskreises Wesermarsch

MP-Überfall in Nordenham

Sowas haben wir bis heute in der Auseinandersetzung um die amerikanischen Munitionstransporte noch nicht erlebt.

Am vergangenen Wochenende überfiel amerikanische Militärpolizei (MP) ein Fernsehteam von Radio Bremen nach Abschluß der Dreharberiten an der Nordenhamer Schreiber-Pier. Erst zwei, später mindestens acht sehr aufgeregte und nervöse MP's umstellten mit vorgehaltenen Waffen das Team.

Sie forderten die Herausgabe des Materials, des Gerätes und der „fucking papers", weil die Fernsehleute die Bahnanlagen mit bereitgestellten und bewachten Munitionswaggons gefilmt hatten. Sie fuchtelten mit den Waffen rum, machten Drohgebärden und gingen schließlich zu Körperdurchsuchung über, weil das Team sich weigerte, ihnen die Papiere auszuhändigen. Nach frühestens 5 Minuten erschien einer der 2 Nordenhamer Streifenwagen, später noch deutsche Zivilbeamtge aus Osnabrück. Ihnen wurden dort vor Ort Presseausweise und Personalien gegeben - die sie gleich an die MP weiterleiteten. Das Film- und Tonmaterial blieb unangetastet. Es ist wohl verständlich, daß diese Szenerie angesichts der Gewehre und Pistolen nicht gefilmt werden konnte.

Es stellt sich die Frage, was geschehen wäre, hätte es sich nicht um ein sehr besonnenes Fernsehteam, sondern um normale Sterbliche ohne Presseausweis gehandelt. Es stellt sich die Frage, kann man es noch riskieren, mit der Bundesbahn oder der Schreiberlinie nach Nordenham zu fahren, wenn - wie so oft - bei der Midgard amerikanische Munition verladen wird ?

„Zur Beruhigung" erklärte die Bezirksregierung Weser-Ems am Dienstag, die MP's seien nur irrtümlich davon ausgegangen, daß der Nordenhamer Bahnhof militärischer Sicherheitsbereich sei. Die Personalien seien dann auf dem deutschen Polizeirevier aufgenommen worden. Offensichtlich ist die Bezirksregierung auch hier über den Hergang falsch informiert, oder sie sagt die Unwahrheit. Genauso, wie es auch nicht der Wahrheit entspricht, wenn sie behauptet, in Nordenham würden keine Atomsprengköpfe, keine chemischen Kampfstoffe, sondern nur konventionelle Munition verladen. Das Gegenteil ist durch den „Arbeitskreis Wesermarsch" bewiesen worden. Solche Unfälle, wie der Pershing-Unfall bei Karlsruhe, sind in der Wesermarsch

Gegenteil ist durch den „Arbeitskreis Wesermarsch" bewiesen worden. Solche Unfälle, wie der Pershing-Unfall bei Karlsruhe, sind in der Wesermarsch

und in Bremen nicht auszuschließen. Und wenn das Zeugs ganz ordentlich, planmäßig und technisch perfekt explodiert, ist es nur noch viel schlimmer.

Brake, 31.10.82

2 Züge verlassen Tag für Tag Nordenham in Richtung Bremen, die mit Munition vollgepackt sind (mit Panzermunition, Raketen oder Phosphor- und Napalmgranaten). Ob auf diese Weise auch Giftgas, Atomwaffen oder biologische Kampfstoffe transportiert werden, weiß die Führung der Bundesbahn nicht. Sie kann es „nicht ausschließen", wie ein Sprecher erklärte.

1981 löschten 23 Schiffe in Nordenham jeweils 2-5000 Tonnen Munition. 40.000 DM Gefahrenzulage kassiert die Stadt pro Schiff, da kommt es dann schon mal vor,daß Paletten mit Granaten zerbrochen sind, einzelne auf den Boden oder ins Wasser fielen, weil die üblichen Sicherheitsnetze fehlten. Mehrere Unfälle bei solchen Transporten sind ebenfalls bekannt: 1969 hatte in Hannover Linden ein Waggon wegen überhitzter Bremsen Feuer gefangen und den Rangierbahnhof in die Luft gesprengt. Im Juni '81 war der Lokführer eines Munitionszuges am Führerstand eingeschlafen ; der Zug wurde glücklicherweise automatisch gestoppt. Die Wachmannschaften gingen erst einmal 45 Minuten lang von einem „Routinestop" aus. (aus: Delmenhorster Rundschau - Extrablatt: Atomwaffen rund um den Wasserturm - Eine Dokumentation, Kosten 1,50 DM, Rundschau Verlag, Lange Straße 78, 287 Delmenhorst).

Herbstaktionen und Bundeskonferenz der Anti-AKW Bewegung

Neun Wochen nach den Demonstrationen gegen Wiederaufarbeitungsanlagen in Gorleben (Niedersachsen), Hambuch-Illerich (Rheinland-Pfalz), Regensburg (Bayern) und Frankenberg (Hessen), fünf Wochen nach der Großdemonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar und eine Woche nach den Aktionen gegen den Schacht Konrad (Salzgitter) versammelten sich am 5.-7. November in Kassel die Anti-AKW-Initiativen zur Bundeskonferenz.

Q u a n t i t a t i v ist die Bilanz der „Herbstoffensive“ negativ. In Zeiten eskalierender Kriegsgefahr und ökonomischer Krisen wendet sich das spontane Interesse der Bevölkerung (wie auch die Schlagzeilen der Presse) vorrangig anderen Themen zu. Der Ausbau des Atomprogramms, der in betroffenen Regionen massiven Widerstand provoziert, wird anderswo eher beiläufig wahrgenommen.

Q u a l i t a t i v haben die Herbstaktionen gezeigt, daß die Anti-AKW-Bewegung, gemessen am Gesamtspektrum des außerparlamentarischen Protestpotentials, nach wie vor den höchsten politischen Reife- und Organisierungsgrad vorzuweisen hat:

- Mit vier koordinierten Demonstrationen gegen die Wiederaufarbeitungs- und Zwischenlagerpläne als „Demonstration des Zusammenhangs“ konnte am 4.9. erstmals ein dezentrales Konzept öffentlichkeitswirksam verwirklicht werden.

- Die Aktionen in Gorleben, Kalkar und Salzgitter waren gekennzeichnet von Versuchen, breitestmögliche Bündnisse herzustellen, ohne den Widerstand auf „friedliche Demonstrationen“ zu reduzieren.

- Die Bundeskonferenz war u.a. von politischen Auseinandersetzungen auf relativ hohem Niveau geprägt, die in dem Versuch einer Positionsbestimmung gegenüber den Grünen und gegenüber dem BBU ihren Ausdruck fand. Von zunehmenden Integrationsversuchen (Brandt-Linie) und einer massiven Verschärfung der Kriminalisierung sind derzeit alle oppositionellen Bewegungen betroffen. Insofern dürften die Erfahrungen und Entwicklungsschritte der Anti-AKW-Bewegung über deren Rahmen hinaus von Bedeutung sein.

Im folgenden ein Überblick über die Herbstaktionen und die auf der Bundeskonferenz getroffenen Festlegungen.

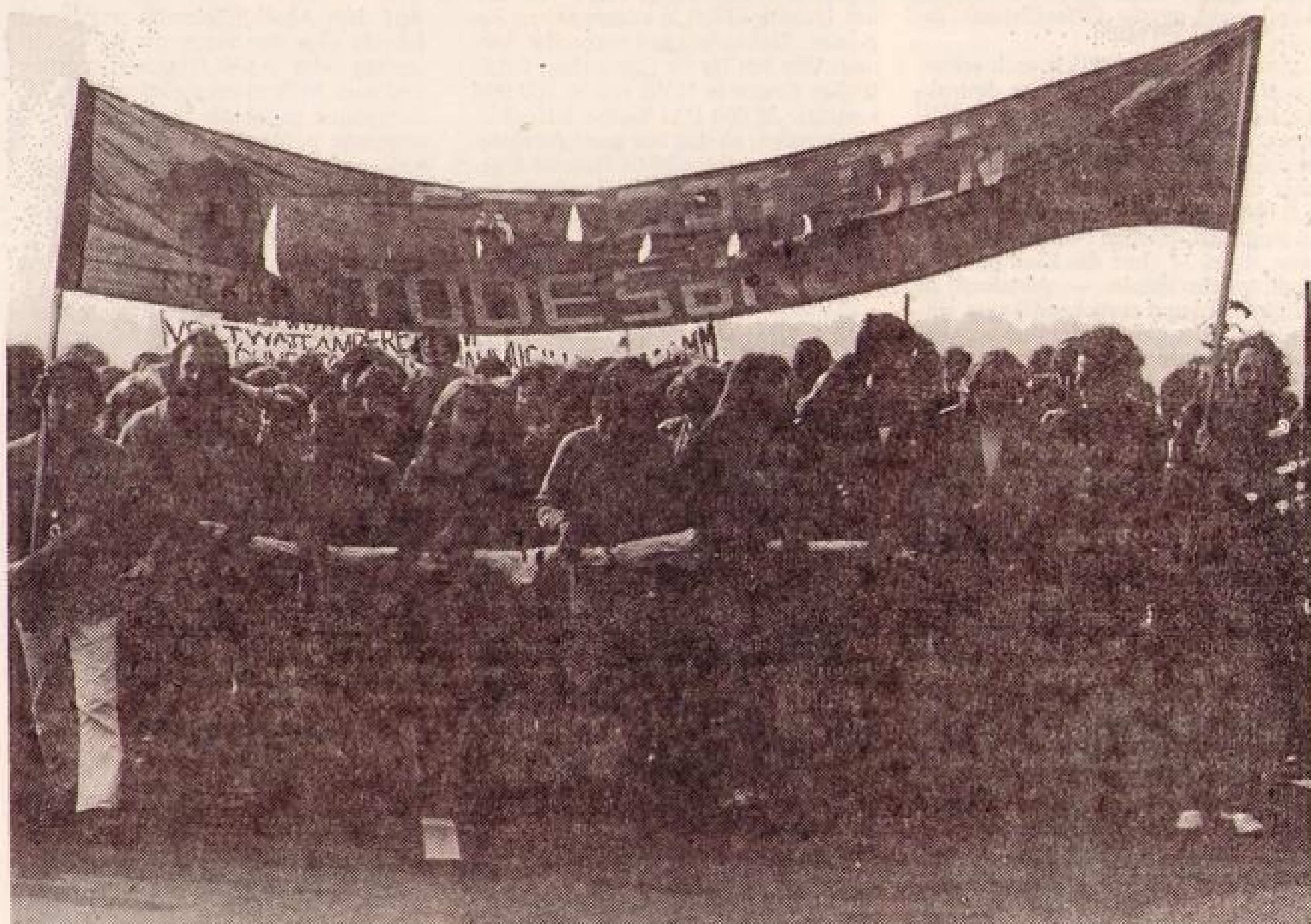


Foto: J. Lechner

4. September 1982

An den geplanten WAA-Standorten blieb die Mobilisierung z.T. erheblich hinter den Erwartungen zurück. Z.T. lagen Mobilisierungsphase und Demotermin in den Sommerferien. Aus **Rheinland-Pfalz** wurde auch von einer gewissen „Demomüdigkeit“ berichtet - dort war dies die vierte Anti-WAA-Demo innerhalb eines halben Jahres. Dennoch waren auch dort über 5.000 Menschen auf den Beinen.

In Hessen war von den 31 Bürgerinitiativen rund um Frankenberg zu einem WAAld- und Wiesenfest direkt auf dem Standortgelände eingeladen worden; 6.000 Teilnehmer kamen hier zusammen. In **Bayern** kam es zur lebhaftesten und vergleichsweise größten Demonstration mit 10.000 Teilnehmern. **In Gorleben** fand mit ebenfalls 10.000 Teilnehmern die seit 1977 größte Demonstration der BI Lüchow-Dannenberg statt. Auf der BI-Kundgebung sprach u.a. Markus Mohr (Brokdorf-Angeklagter). Die z.T. militanten Aktionen zur Belagerung des Zwischenlagerwalls führten zu einer enormen Belebung der örtlichen Widerstandsdiskussion. Dennoch brachte es erneut die BI Lüchow-Dannenberg zu trauriger Berühmtheit, indem sie sich (übrigens als einzige relevante Gruppierung im Rahmen sämtlicher Herbstaktionen) der Medienöffentlichkeit mit einer ebenso eilfertigen wie heftigen Distanzierung präsentierte. Anders die niedersächsischen Grünen, die dem parlamentarischen Distanzierungsdruck standhielten und mit einer eigenen Dokumentation und einer parlamentarischen Anfrage ihre Aufmerksamkeit auf die neuen mörderischen Wasserwerfertypen konzentrierten, die erstmals in Gorleben und Uelzen zum Einsatz kamen (vgl. AK 225).

Nachdem 1979 der geballte Widerstand eine große WAA in Gorleben zeitweilig hatte verhindern können, hofften die Betreiber mit einer Orientierung auf diverse Standorte den Widerstand zu zersplittern bzw. gegeneinander auszuspielen. Wie nichts anderes zuvor dokumentierte der 4. September das völlige Scheitern dieser Konzeption. Die neue Orientierung der DWK auf zwei WAA-Standorte (Bayern, Niedersachsen) kommt nicht von ungefähr.

Kalkar am 2. Oktober

Anläßlich der Entscheidung über den Weiterbau des Brüters in Kalkar hatten BBU, Grüne Kreisverbände, Bürgerinitiativen für den 2.10. zu einer Demonstration aufgerufen. In der Vorbereitungsphase wurde sich hauptsächlich um den Aufruf gestritten. Nachdem sich auf einen Text geeinigt worden war, kam der BBU mit einem neuen Papier, woraufhin kein gemeinsamer Aufruf mehr zustande kam. Vereinbarungen über Aktionen während der Demonstration wurden nicht getroffen; der Aufruf selbst ließ allen Interpretationen Spielraum. Die Anti-AKW-Initiativen aus NRW hatten noch kurz vor der Demo dazu aufgerufen, mit Farbeiern bunte Akzente zu setzen, mit Trommeln u.ä. entsetzlichen Lärm zu machen und durch Alu-Drachen den behördlichen Funkverkehr zu stören.

Vor der Demonstration, aber im Zusammenhang mit ihr verklebte ein Gruppe „UHU“ die Türschlösser des Kalkar-Betreibers RWE. Gegen Interatom in Köln und die Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Bensheim wurden Anschläge verübt. Anfang November wurde ein Strommast gesprengt, der den Brüter versorgt. Zur Demonstration am 2.10. kamen entgegen den Erwartungen nur 30-40.000 Menschen, davon 15-20.000 allein aus den Niederlanden! Auf dem Marktplatz in Kalkar herrschte Volksfeststimmung. Bevor der Demozug den Brüter erreichte, kam es an der Polizei-Sperre zu kleineren militanten Aktionen, denen sich dann grüne Ordner entgegenstellten. Auf der Wiese vom Bauern Maas - vor der Brüter-Baustelle - gab es ein Nebeneinander von Kundgebung, Ausruhen auf dem Rasen, Aktionen gegen einige Wasserwerfer, die hinter einer riesigen Hecke standen mit dem entsprechenden Publikum. Es gab auch vereinzelt Versuche von sog. Gewaltfreien, die sog. Gewalttäter mit Gewalt an der Ausübung von Gewalt zu hindern, die aber an der Gewalt der Wasserwerfer scheiterten. Die Polizei fuhr insgesamt ein weiches, sozialdemokratisches Konzept; Truppen hielten sich im Hintergrund, mit Glück konnten die Kontrollen vor Kalkar umfahren werden, auch wenn in den Kontrollen selbst bis zur Personalienfeststellung und Leibesvisitation alles vorkam. An der Baustelle beschränkte sich die Polizei darauf, Wasser mit Tränengas zu versprühen. Der Polizeihubschrauber wünschte den friedlichen Demonstranten schließlich eine gute Heimfahrt. Auf einer Pressekonferenz nach der Demonstration distanzierte sich die Vertreterin des BBU im Koordinationsausschuß als Einzelperson von einzelnen „Ausschreitungen“. Der Ausschuß selbst hatte vorher beschlossen, ausdrücklich auf eine Distanzierung zu verzichten.

Salzgitter am 30. Oktober

Über 8.000 Menschen demonstrierten am 30.10. zum geplanten Atommüllager Schacht Konrad bei Salzgitter-Bleckenstedt. Zuvor fand eine Auftaktkundgebung in Salzgitter-Lebenstedt mit ca. 4.000 Teilnehmern statt. Trotz heftiger Auseinandersetzungen in der Vorbereitung der Demo zwischen Grünen, Anti-AKW-Initiativen und autonomen Gruppierungen demonstrierte die Masse der Teilnehmer/innen ein geschlossenes Vorgehen. So wurde noch vor der Auseinandersetzung am Schacht eine zur Anlage führende Eisenbahnlinie leicht demontiert. Der Demozug ist dabei bewußt langsam gegangen bzw. kurzzeitig stehengeblieben um die Aktion zu ermöglichen. In Bleckenstedt selber bekam der Landesverband der Grünen Niedersachsen die Quittung für seine Spalterpolitik. Dieser hatte alternativ und zeitgleich zu den von ansässigen Bürgerinitiativen lange geplanten Aktivitäten nach dem Motto „Nur wer Chaot ist, geht weiter zum Schacht“ eine Open-Air-Fete in der Nähe des Schachtgeländes beschlossen. Letztendlich fanden sich ganze 300 Leute auf dem Festplatz ein, der Rest, darunter viele „neugierige“ Grüne, zog weiter zum Schacht. Unter häufigem Beifall passiver Demonstranten machten sich einige hundert gut ausgerüsteter Leute daran, die „Infra-Struktur“ der Anlage zu verändern. Telefonmasten wurden umgeknickt, Leitplanken abmontiert, ein Eisenbahnwagon durch das geschlossene Tor aufs Schachtgelände gefahren, die Eisenbahngleise vorübergehend unbrauchbar gemacht.

Nach rund einstündiger Auseinandersetzung ging die Polizei zum Gegenangriff über und drängte unter Einsatz von Sonderkommandos und Hunden den Demonstrationszug brutal zurück. In der dabei ausbrechenden Panik wurden Leute verhaftet und z.T. übel zugerichtet.

Abgesehen von dem schlechtorganisierten und viel zu spät erfolgten Rückzug war die Demonstration insgesamt ein Erfolg. Die Masse der Demonstranten hat bewiesen, daß ein gemeinsames Vorgehen bei Offenhaltung der Widerstandsformen auch heute noch möglich ist und daß sie sich nicht zum Vehikel politischer Gruppierungen machen läßt.

Darüberhinaus hat die quantitative Stärke der Demonstration deutlich gemacht, daß Konrad in zunehmendem Maße aus seinem Schattendasein herauskommt und entsprechend seiner Bedeutung als Problem der gesamten Anti-AKW-Bewegung gesehen wird.

Nach den Herbstaktionen: „Widerstand im Tief“ („taz“)?

„Der heiße Herbst der Anti-AKW-Bewegung war im Grunde eine Blamage“ heißt es in der zentralen „taz“-Einschätzung anläßlich der Bundeskonferenz. Die entscheidende Schuld an der *„zahlenmäßig ablesbaren Krise der Anti-AKW-Bewegung“* und den *„Zerfallserscheinungen“* sei bei der *„leidigen Gewaltdebatte und völlig fehlgeschlagenen Aktionsformen wie in Gorleben und Brokdorf“* zu suchen. Die Anti-AKW-Bewegung habe sich damit *„mehr und mehr von ihrem bürgerlichen Umfeld entfernt“*. („taz“ v. 3.11.)

Diese Einschätzung ignoriert, daß nicht irgendwelche Aktionsformen sondern objektive Veränderungen die Mobilisierungsstärke der Anti-AKW-Bewegung drücken und überregional z.Zt. eben nicht ein „bürgerliches Umfeld“ sondern andere Kräfte zu wirken bereit sind. Wer dies außer Acht läßt, wird nicht erklären können, warum „bürgerliche“ Demonstrationen an WAA-Standorten derzeit nicht mehr Menschen mobilisieren als die offensive Aktion am Schacht Konrad (von der kärglichen Beteiligung am alternativen Fest bei Schacht Konrad ganz zu schweigen).

Zudem gehen bei dieser reichlich einseitigen Betrachtungsart einige zweifelsohne p o s i t i v e n Entwicklungsmomente vollkommen unter.

Nach der gewaltfreien Besetzung von 1004 und dem spontanen Aufflackern, ausgelöst durch die Wiederaufnahme der Brokdorf-Bauarbeiten waren die Herbstaktionen die erste Antwort auf die neu eingeleitete Betreiber-Offensive (nach einem vorrübergehenden faktischen Moratorium bezüglich der Genehmigung neuer AKWs). Im Unterschied zu den meisen Großaktionen nach Grohnde (Kalkar, Hannover-Treck, Bonn) galt für diesen Herbst, daß die Festlegung auf „gewaltfreie“ Aktionsformen in Gorleben, Kalkar und Salzgitter „out of time“ war.

Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß bis auf den reichlich isolierten Fehltritt der BI Lüchow-Dannenberg Distanzierungen von „Krawallanten“ oder beispielsweise den unmittelbar vor

Fortsetzung nächste Seite

Erklärung der Bundeskonferenz gegenüber der Partei „Die Grünen“

Der energische Widerstand zahlreicher Bürgerinitiativen führte u.a. zur Herausbildung grüner und alternativer Listen. Als Bundespartei werden die Grünen erstmals mit Erfolgschancen bei der nächsten Bundestagswahl kandidieren. Bei grundsätzlicher Gegnerschaft gegenüber den etablierten Parteien betont die Bundeskonferenz den autonomen Charakter der Anti-AKW-Bewegung auch gegenüber der Partei „Die Grünen“.

Auf der anderen Seite gibt es inhaltliche Berührungspunkte und z.T. auch personelle Verflechtungen mit den Grünen, deren Politik die Rahmenbedingungen unseres Widerstandes auch weiterhin beeinflussen wird. Mit wachsendem Einfluß deer Grünen entwickelten sich innerhalb dieser Partei allerdings Positionen, die von den versammelten Anti-AKW-Initiativen abgelehnt werden.

1. Der Druck der etablierten Parteien führte bei Teilen der Grünen zu Überlegungen, das Gewaltmonopol dieses Staates anzuerkennen. Diesem Druck nachzugeben und sich nicht weiterhin von dem Atomstaat und seinen Gewaltorganen zu distanzieren, würde einer weiteren Zusammenarbeit den Boden entziehen. Wir fordern die Grünen auf, deutlich, öffentlich und uneingeschränkt Solidarität mit allen staatlich verfolgten AKW-Gegnern zu praktizieren und die geplanten Aktivitäten und Revisionsverfahren gegen Markus und Michael zu unterstützen. Wir erwarten, daß die auch gerade in den bevorstehenden Wahlkämpfen geschieht.

2. Wir kritisieren alle Tendenzen, die darauf abzielen, unsere zentrale und sachlich wohlbegründete Forderung nach soforiger Stillegung aller Atomanlagen zu verwässern zugunsten neuer Zeitpläne „für den allmählichen Ausstieg aus der Kernenergie' („FR“, 5.10.82). Wir halten es für weitaus angebrachter, deutlich zu machen, das in diesem Land niemals Verhandlungen und Kompromißformulierungen gegenüber den etablierten Parteien, sondern ausschließlich der massive ausserparlamentarische Widerstand Teilerfolge gegen das Atomprogramm erzielt hat.

3. Anläßlich der letzten Demonstration gegen den Schacht Konrad wurde von den Niedersachsen-Grünen alternativ und zeitgleich zu den von den örtlichen Bürgerinitiativen lange geplanten Aktivitäten die Durchführung eines Festes in der Nähe des Schachtgeländes beschlossen. Wir verurteilen dieses Vorgehen auf das Schärfste. Es spaltet unseren Widerstand und leistet einer Kriminalisierung von Demonstrationsteilnehmern Vorschub.

4. Um keine falschen Fronten aufkommen zu lassen: Wir halten gerade angesichts der bereits eingeleiteten AKW-Ausbau- und Kriminalisierungsoffensive von Betreibern und Staat eine enge Zusammenarbeit auch mit den Grünen für erforderlich und wünschenswert. Einen positiven Beitrag hierzu könnte u.a. eine umfassende Informationsweitergabe sowie die stärkere Ausschüttung anfallender Gelder an eigenständige außerparlamentarische Initiativen sein.

**Bundeskonferenz
der
Anti-AKW-Initiativen**

Kassel, 7.11.82

Fortsetzung von voriger Seite

Kalkar und Salzgitter gezündeten Sprengsätzen gegen Betreibereinrichtungen doch immerhin so verpönt waren, daß sich die potentiellen Möchtegern-Distanzierer damit in der Regel nicht an die Öffentlichkeit getraut haben.

Zudem ist es eigentlich auch selbstverständlich und nicht per se destruktiv, wenn es nach Aktionen mit vielfältigen, nebeneinander praktizierten Aktionsformen zu erneuten Diskussionen über die Gewaltfrage kommt. Es kam u.E. an allen drei Brennpunkten auch zu sinnlosen, blinden Formen der Militanz, die es — ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten — unbedingt zu hinterfragen und zurückzudrängen gilt. So ist die Umsetzung des auf massenhafte Beteiligung abgestellten Gorlebener Belagerungskonzepts u.a. dadurch erschwert worden, daß eine Reihe von Teilnehmern ohne Sinn und Vorstand auf einige, passiv Herumstehende z.B. mit Steinen losgingen. Die Folge war allgemeine Verunsicherung und vorzeitiges Abbröckeln. Ohne das relativ defensive Polizeikonzept in Kalkar hätten auch die dort — im Stil von Indianerspielchen — durchgeführten Aktionen gegen Polizeiketten angesichts der realen Kräfteverhältnisse blutige Folgen haben können.

Auch für Salzgitter gilt, daß durch mehr Umsicht und Organisiertheit einige Verhaftungen wohl hätten vermieden werden können. In einer ersten Einschätzung des Göttinger AK gegen Atomenergie wird völlig richtig das Fehlen eines *,,geordneten Rückzugs''* kritisiert, *,,der uns eine Menge Verletzter und Verhafteter erspart hätte''*. Kritisiert werden in diesem Papier diejenigen, *,,die eine Demo nur dann als beendet ansehen, wenn sie von der ,Bullerei' nach Hause gejagt werden.''*
beendet ansehen, wenn sie von der ,Bullerei' nach Hause gejagt werden.''

Diese sinnlose Militanz basiert auf einer Mentalität, die das Offenhalten von Aktionsformen mit Narrenfreiheit gleichsetzt und gemeinsame Abmachungen über den Ablauf von Demonstrationen sowie deren Einhaltung prinzipiell zurückweist.

Worum gings bei der Bundeskonferenz?

Die max. 500 Teilnehmer dieser Konferenz, überwiegend dem radikal-demokratisch-autonomen Spektrum zuzuordnen, repräsentierten das Potential an AKW-Gegnern, das derzeit noch zu überregionalen Mobilisierungsanstrengungen gegen Atomanlagen bereit ist. Der BBU war lediglich durch zwei Vorstandsmitglieder repräsentiert, die mit diesen Kräften solidarisch zusammenarbeiten, was keineswegs für den BBU(-Vorstand) allgemein gilt. Von den Grünen als Partei wurde die Konferenz ignoriert (wenn auch zahlreiche Einzelmitglieder als BI-Vertreter teilnahmen). Die DKP ließ nicht im eigenen Namen sondern namens einer ,,AGU Winsen'' — eine mit DKP-Mitgliedern durchsetzte Initiative — ein Pöbelpapier gegen die *,,Kämpfer in Leder, Helm, Maske, die Schnapsbuddel fast leer in der Tasche, angetrunken, den Knüppel in der Hand''* verbreiten, denen im Namen striktester Gewaltfreiheit *,,die Entwaffnung oder der Ausschluß''* bei künftigen Aktionen angedroht wurde. In der größten Arbeitsgruppe zum Thema ,,Widerstand'' wurde bei nur wenig Gegenstimmen eine ,,Beschlagnahme'' des ,,AGU-Winsen''-Papiers begrüßt, wobei betont wurde, sich damit einer sachlichen Auseinandersetzung um Militanz etc. nicht entziehen zu wollen. In den Auseinandersetzungen dieser AG um die Herbstaktionen blieben die Positionen in einer deutlichen Minderheit, die nach den Vorfällen am Schacht Konrad eine strikte Trennung von mehr militanten und gewaltfreien Aktionen vornehmen wollten, bzw. Kleingruppenkonzepte vertraten. Mehrheitlich wurde hier — bei einzelnen Mängeln in der Aktion — gerade die Schacht-Konrad-Auseinandersetzung als ein Fortschritt begrüßt.

Andere AGs behandelten die Themen ,,Parlamentarismus, Grüne, BBU'' und ,,Politische Situation und Atompolitik''. Aus aktuellem Anlaß wurde zusätzlich ein Arbeitskreis zum Thema WAA Dragahn eingerichtet. Im folgenden die wesentlichen Resultate der Konferenz:

Kampagne mit Energiebroschüre läuft an

Nach 2-jährigem Diskussionsprozeß lag der fertige Text der Energiebroschüre vor, der sich (bei einigen nicht unwichtigen Abänderungen und Aktualisierungen) an den ursprünglichen Entwurf anlehnt. (Die Auseinandersetzung hiermit führten wir im AK 213).

In einer rein formellen Abstimmung (ohne Aussprache) stellte sich die Bundeskonferenz hinter das Projekt und gab so den Startschuß für den Beginn der langgeplanten Kampagne: Als Hauswurfsendung mit einer Startauflage von 500.000 Exemplaren und einer geplanten Folgeauflage von 1 Mio. soll das 16-seitige Heft in ausgewählten Regionen flächendeckend verbreitet werden. Von den für die Erstauflage anfallenden Kosten in Höhe von 80.000 DM konnten 50.000 DM bereits aufgetrieben werden, so daß mit einer Auslieferung der Broschüre Mitte Dezember gerechnet wird. Für die Laufzeit der Kampagne wird im Umweltzentrum Kassel ein Büro eingerichtet, das auch für Pressekontakte etc. zuständig ist.

WAA Dragahn

BI-Vertreter u.a. aus Lüchow-Dannenberg, Schwandorf, Lüneburg und Göttingen verfaßten eine Erklärung gegen die von Albrecht angekündigte WAA in Dragahn (Lüchow-Dannenberg) und kamen darin überein, die in der Vergangenheit eher schädliche Polarisierung in ortsansässigen und auswärtigen Widerstand (wobei sich die Ortsansässigen dann das Entscheidungsmonopol anmaßten) durch eine Regionalkonferenz (Lüneburg, Uelzen, Lüchow-Dannenberg) und eine schnelle Einbindung auch anderer norddeutscher BIs in kontinuierliche Diskussionsprozesse abzubauen. Aus Lüchow-Dannenberg wurde von ersten außerordentlich gut besuchten Protestveranstaltungen berichtet. Ein Vertreter aus Schwandorf wies darauf hin, daß erstmalig in der BRD ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren für eine WAA in Bayern Mitte September eingeleitet worden sei. Er forderte eine stärkere bundesweite Aufmerksamkeit bezüglich der weiteren Entwicklungen.

Kriminalisierung

Auf dem Abschlußplenum wurde ein Bericht über den Stand der Kriminalisierung von AKW-Gegnern gegeben und zum Aufbau einer eindrucksvollen Kampagne gegen die Kriminalisierung über alle politischen Differenzen hinweg aufgerufen. **Gorleben-Prozesse:** Der erste Prozeß gegen einen Teilnehmer der Zwischenlagerbelagerung beginnt am 23.11. vor dem Amtsgericht Uelzen. Es handelt sich um Michael aus Lauenburg, der am 5.9. in Uelzen von B. schwer mißhandelt worden war. (AK 225) Zwei weitere Teilnehmer der Aktion, Richard, Salzgitter und Christof, Westberlin, erhielten bereits Anklageschriften wegen schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Sie müssen sich derzeit regelmäßig polizeilich melden. Ihre Verfahren sollen vor einem Landgericht (2. Instanz!) beginnen. Einige, durch Wasserwerferbeschuß verletzte AKW-Gegner haben sich inzwischen zusammengeschlossen, um juristisch gegen diese neuen Mordinstrumente vorzugehen. (Kontakt: Christine, Tel.: 04131/51320)

Schacht Konrad-Prozesse:

Insgesamt wurden auf der Anfahrt zur und während der Demonstration 25 Personen festgenommen. Sie haben Anzeige wegen schweren Landfriedensbruch erhalten, befinden sich aber auf freiem Fuß. Gegen sechs Leute wurde Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruch und Körperverletzung erlassen. Von ihnen hatten vier Gefangene (Stand 5.11.) schon Haftprüfungstermine. Wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe müssen sie in U-Haft bleiben. Im Knast werden diese Konrad-Gegner beispiellos schikaniert und isoliert: Briefe gehen an die Absender zurück, Besuche werden nicht zugelassen, Rechtsanwaltskontakte behindert.
Brokdorf-Prozesse: Michael Duffke sitzt mittlerweile 1 1/2 Jahre in Untersuchungshaft. Die Einleitung des Revisionsverfahrens wird durch die Weiterung, die Urteilsbegründung an die Anwälte auszuliefern, systematisch verzögert. Die Unterschriftenkampagne aus Anlaß des Revisionsverfahrens gegen Markus' und Michaels Urteil umfaßt bisher erst kärgliche 15.000 Unterschriften und soll in nächster Zukunft forciert werden.

Berichtet wurde von zahlreichen Prozessen gegen Teilnehmer gewaltfreier Blockaden, die mit je 10-15 Tagessätzen bezahlen sollen. Am Beispiel der Pläne gegen die angebliche RAF-Sympathisantin Helga Roos wurde auf zunehmende Tendenzen aufmerksam gemacht, politische Gefangene zu psychiatrisieren.

Bündnispolitik gegenüber BBU und Grünen

Diese Frage durchzog die Bundeskonferenz wie ein roter Faden. Es ging zum einen um die Aufarbeitung konkreter Differenzen und Auseinandersetzungen im Verlauf der Herbstaktionen (siehe Verhalten des BBU in der Kalkar-Vorbereitung, Verhalten der Grünen bei der Schacht-Konrad-Demonstration).

Darüberhinaus wurde insbesondere in der Bündnis-AG über die Situation nach dem Regierungswechsel und die Versuche der Reintegration des außerparlamentarischen Widerstands über SPD und Grüne und tendenziell auch des BBU debattiert. Insbesondere bei BI-Vertreter/inne/n aus NRW und Vertretern der Hamburger Autonomen gab es eine deutliche Tendenz, dem BBU jedwede Existenzberechtigung abzusprechen. Diese absurde Position eskalierte während der Plenardebatte in der Forderung, eine vorgelegte Kritik am BBU überhaupt nicht zu befassen. Mit recht knapper Mehrheit und vielen Enthaltungen wurde eine Erklärung an die bevorstehende BBU-Mitgliederversammlung verabschiedet, in der die *,,massive Machtpolitik''* des BBU gegenüber nordrheinwestfälischen Bürgerinitiativen kritisiert wurde, die es vielen BIs erschwere, *,,bei weiteren Aktionen, eine Zusammenarbeit als sinnvoll anzusehen''*.

Bezüglich der Grünen war erstaunlicherweise die Bereitschaft zu differenzierterer Bewertung weitaus größer — lediglich einzelne Hamburger Autonome wandten sich kategorisch gegen die Einbeziehung der Grünen in Anti-AKW-Bündnisse. Eine kritische Resolution an die Adresse der Grünen (siehe Kasten) wurde ohne Gegenstimmen verabschiedet und soll anläßlich der Grünen-Bundeskonferenz in Hagen verbreitet werden.

Die nächste zentrale Koordinierung der Anti-AKW-Initiativen wird über die Atommüllkonferenz (incl. Versammlung der WAA-Standorte) am 19.2.83 in Karlstein (Aschaffenburg) erfolgen.

AKW-Nein-Kommission

Startbahn West — Ein Jahr danach



Ein weitgehend betoniertes Monster, wo früher Wald war, Fackeln im nächtlichen Herbstnebel, Schlachtengetümmel im Baustellen-Flutlicht, ein Schauprozeß vor dem Frankfurter Oberlandesgericht, Negativ-Schlagzeilen in der Tagespresse und weiche Knie bei den Kommunalpolitikern — die Bürgerbewegung gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens macht eine schwierige Phase, aber auch ein Lehrstück durch. Nach dem Ergebnis der hessischen Landtagswahl, das von der einheimischen Protestbewegung stärker geprägt war als je zuvor ein Wahlerfolg der Grünen und Alternativen, hätte man spontanen Auftrieb für die Startbahngegner erwarten können. Doch es kam anders.

Nicht die Grünen oder die Bürgerinitiative gingen nach dem 26. September in die landespolitische Offensive, sondern die SPD. Diese hielt ihren Dachlattenvorsitzenden, der ohnehin nur Widerspruch provoziert hätte, schlau im Hintergrund und schickte die lokalen Würdenträger im Landkreis Groß Gerau vor. Es habe keinen Zweck mehr, gegen etwas ,,Unvermeidliches'' anzurennen, erklärte beispielsweise Bernhard Brehl, Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf. Das Wahlergebnis sei eine Bestätigung für Börner und seinen Kurs. Da die Startbahn nicht mehr zu verhindern sei, müsse es jetzt darum gehen, die Folgeschäden des Baus für die Bürger zu lindern.

Aktueller Anlaß dieses Vorstosses: Um die Startbahn 1984 in Betrieb nehmen zu können, muß eine Hochspannungsleitung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), die die zukünftige Abflugschneise kreuzt, verlegt werden. Dafür gibt es zwei Varianten. Im Planfeststellungsbeschluß für den Startbahnbau ist eine Trassenführung von ca. 8,5 km Länge vorgesehen; sie würde einen erneuten Waldverlust von ca. 44,5 Hektar erfordern. Die Frankfurter Flughafen AG, die dafür den Rechstitel besitzt und voraussichtlich im Januar zur Sache schreiten will, hat den betroffenen Gemeinden jedoch eine ,,kleine Lösung'' vorgeschlagen: Verlegung in einer Länge von 2,5 km, was den Waldverlust auf ca. 7,5 Hektar beschränken würde. Dafür verlangt die FAG eine Vorab-Zustimmung der Gemeinden, um zu verhindern, daß diese bei der Änderung des Planfeststellungsbeschlusses wieder prozessieren, und dadurch die Inbetriebnahme der Startbahn verzögert wird. SPD und CDU willigen im Landkreis in dieses Angebot ein. Sie akzeptieren auch den großen Pferdefuß, den die FAG nicht einmal zu verstecken sucht (der wohl auch die Bedingung für den deal ist):

Wer die ,,kleine Lösung'' annimmt, gesteht ein, daß an der Startbahn selbst nicht mehr zu rütteln ist.

Eigenartig ist dabei, daß sich die Kommunalpolitiker unter Zugzwang fühlen, das ,,waldschonende'' Angebot der FAG einzugehen, statt erst einmal die Landesregierung zu fragen, wie denn überhaupt die ,,große Lösung'' mit einem anscheinend völlig unsinnigen und überflüssigen Ausmaß an Naturzerstörung in den Planfeststellungsbeschluß hineinkommen konnnte. Sollte es sich wirklich um einen ,,Planungsfehler'' handeln, liegt der Schwarze Peter selbstvertändlich beim Wirtschaftsministerium in Wiesbaden und nicht bei Gemeinde- oder Kreisvertretern, die auf ihren rechtlichen Einspruchsmöglichkeiten bei einer Planänderung beharren. Sollte die ,,große Lösung'' aber Sinn und Verstand haben, was immerhin nicht ganz auszuschliessen ist, dann ist auch klar, welches Spiel hier gespielt wird. Dann wurde nämlich die Verlegung der RWE-Trasse von Anfang an in einem weiten Bogen vorgesehen, um — wie schon oft vermutet — noch Platz für eine vierte Startbahn neben der 18 West zu haben. Und dann verfolgt die aktuelle Großzügigkeit der FAG ausschließlich den politischen Zweck, die Bewegung oder wenigstens einen Teil davon zur Aufgabe des Widerstands zu drängen. Bei Bedarf kann man die Hochspannungsleitung ja später ein zweites Mal verlegen.

Diese Taktik ist bei den Kommunalpolitikern der etablierten Parteien bisher voll aufgegangen. Dabei erweist sich wie schon so oft, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter trotz verbaler Ablehnung der Flughafenerweiterung nichts tun, wozu sie nicht getreten werden. Schlimmer noch: Sie suchen nach einer günstigen Gelegenheit, um unter ,,Wahrung des Gesichts'' (und Verlust der Glaubwürdigkeit — wie gehabt) aus der Protestbewegung auszusteigen. Der leidige Konflikt mit der eigenen Regierung hier und der Bevölkerung dort muß doch — verdammt! — irgendwann zuende sein.

Doch die Fallstricke, die die FAG mit ihrer ,,kleinen Lösung'' ausgelegt hat, machen auch in der Bürgerinitiative Beute. BI-Aktivisten sprechen in internen Perspektiv-Papieren von einem *,,insgesamt enttäuschenden Ausgang der Landtagswahlen''*. Offenbar wurde der überzogene Anspruch der Grünen, im Kreis Groß Gerau ein Direktmandat zu gewinnnen, so ernst genommen, daß die dort erreichten 15 % als Rückschlag gewertet werden. Die Einschätzungen in diesen Papieren reichen von *,,minimale Chancen''* bis *,,keine Chancen mehr, den Bau der Startbahn West zu verhindern''*. Die aussichtslose Situation müsse endlich einmal *,,realistisch''* zur Kenntnis genommen werden. Die BI sei zu einem *,,desolaten Haufen''* geworden, der nur noch unverbindlich arbeite und sich zunehmend isoliere. Dies wird daran festgemacht, daß *,,die Kommunikationsfäden nach außen, zu anderen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, ja selbst zu Kommunalpolitikern abgerissen''* seien. Die BI werde mehr und mehr von linken Gruppen bestimmt, die mit ihrem Namen und unter ihrer Flagge *,,Systemveränderung''* betreiben wollten.

Eine Neuorientierung müsse darin bestehen, daß *,,politische Einseitigkeit''* vermieden und das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit wieder *,,eindeutig''* wird (was, nebenbei bemerkt, im Grunde genommen ein Widerspruch ist). Vor allem aber müsse die BI weg von der *,,totalen Negation''*, der *,,Fixierung auf das pure Nein''*, der *,,bloßen Anti-Haltung''* usw. Stattdessen solle sie sich *,,konstruktiv mit den Folgen der Startbahn''* auseinandersetzen und wieder ein *,,ernstzunehmender G e sprächspartner''* werden.

Umweltsch(m)utz

Schließlich sei die Startbahn nur ein „*Symbol*" für die dahinterstehende Politik, „*die sich in ganz Hessen in unterschiedlicher Weise äußert*". Die Feststellung der „*Unmöglichkeit, die Startbahn zu verhindern*", bedeute also nicht, „*den Widerstand gegen diese Politik aufzugeben*".

Jusos, die in der BI mitarbeiten, fügten offen hinzu, die BI solle die „kleine Lösung" für die RWE-Trassenverlegung annehmen. Nur so könne der Kontakt zum Bürger wieder geknüpft und die Isolierung aufgehoben werden. Um seinen Argumenten mehr „Zugkraft" zu verleihen, drohte der SPD-nahe Flügel der BI-Kerngruppen im Flughafenumland mit Spaltung, falls seinen Vorstellungen nicht nachgegeben werde. Aber nur selten wurde das eigentliche Argument, das die Sozialdemokraten in der BI zu diesem Vorgehen veranlaßt, beim Namen genannt. Es lautet **„Die Startbahn oder Wallmann"** und ist von seinem Grundmuster her alles andere als neu. Bleibt die Bürgerbewegung in der Ablehnung der Startbahn hart, dann werden es auch die Grünen im hessischen Landtag sein. Also wird die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung an der Startbahnfrage scheitern und es kommt zu Neuwahlen, die dann die CDU gewinnen wird.

Da ist nun endlich die Situation eingetreten, für die die wackren Jusos selbst gestritten und mit der sie u.a. ihr Verbleiben in der Partei begründet haben („... damit ihr Ansprechpartner habt, wenn eine Zusammenarbeit im Parlament einmal möglich werden sollte"). Aber es fällt ihnen nichts Besseres ein, als die Grünen — in diesem Fall über den Umweg der BI — zu bedrängen, die Startbahn hinzunehmen, damit Börner so weitermachen kann wie bisher. Auf die Idee, jetzt umgekehrt die eigenen Abgeordneten zum Nachgeben zu bewegen, kommen sie nicht (es sei denn, die Bevölkerung läuft selbst Sturm gegen die SPD). Sozialdemokraten können schrecklich frustrierend sein. Blitzschnell vergessen sie, was sie selbst so oft und so richtig ihren Regierenden vorgehalten haben: **Jeder Meter Startbahn, der betoniert wird, bringt die CDU ein Stückchen näher an die Macht in Hessen. Nur die Verhinderung der Startbahn weist eine Perspektive gegen die Reaktion.**

Brenzlig wurde (ist) die Lage in der BI dadurch, daß gestandene Startbahngegner angesichts des Spaltungsdrucks zu weitgehenden Konzessionen bereit sind — wohl kaum, um der SPD aus der Klemme zu helfen, sondern weil es ihnen um den Erhalt eines breiten Spektrums innerhalb der BI geht. Geradezu alarmierend war jedoch, daß sogar die örtlichen Grünen an der Frage der RWE-Trasse (zeitweise?) ins Schlingern kamen. Hier wirkt die Angst, die vertraute Einheit vor Ort (Beispiel Parteienaktionsgemeinschaft), die gegenseitige Wertschätzung unter den Kommunalpolitikern, die

(Beispiel Parteienaktionsgemeinschaft), die gegenseitige Wertschätzung unter den Kommunalpolitikern, die

Verbindungen zu Kirchen, Verbänden etc. zu verlieren, wie eine Drohung mit Liebesentzug. Dies, und nicht etwa Parteispenden von der FAG, sind für die Grünen die eigentlich gefährlichen Lockungen und Versuchungen der „Verparlamentarisierung". (Ausdrücklich sei festgehalten: Die Kritik gilt nur der Grünen Bürgerliste in Mörfelden-Walldorf, nicht dem Landesverband der Hessen-Grünen). Allein die Stadtverordneten der DKP nutzten die Gunst der Stunde, um sich als standfest zu profilieren (was für den Verlauf der Auseinandersetzung gar nicht mal unwichtig war).



Improvisierte Kundgebung der Bürgerinitiative am 2.11.82 an der Baustelle

Kein Treppenwitz auf unsere Kosten!

Vor lauter Schwarzmalerei hätte man fast selbst denken können, die Bewegung sei am Ende, wären nicht die Stichworte für diese Debatte ausgerechnet von sozialdemokratischen Politikern gekommen. Bei ihnen kann man getrost davon ausgehen, daß sie weniger die Sorge um den Zustand der BI umtreibt als vielmehr ganz massive eigene Parteiinteressen. Der Anstoß, das Wahlergebnis nicht länger zu bejammern, weil wir von der Mehrheit doch noch ein Stück weit entfernt sind, sondern die Möglichkeiten der neuen landespolitischen Konstellation für die Bürgerinitiative zu nutzen, kam aus Frankfurter BI-Kreisen. Das entbehrt nicht der Komik: Dieselben Kräfte, die den Grünen prophezeit hatten, ihre „offene Liste" würde das Protestpotential in Hessen bei weitem nicht ausschöpfen können, und die dafür von ihnen heftigst befehdet worden waren, bemühten sich nun, die positiven Seiten der erreichten 8 % herauszustreichen und die BI zu überzeugen, daß sie sich in ihrer Politik auch auf die grüne Parlamentsvertretung bezieht. So ist das Leben.

Die Frankfurter (BI Bornheim) schrieben in der Begründung einer Beschlußvorlage: „*Die SPD muß sich entscheiden zwischen einer Großen Koalition (die sie nur 'ungern' eingehen möchte) und effektiven Zugeständnissen an die Grünen. Daß Letztere 'Zünglein an der Waage' sind, ist ja das Optimum dessen, was zu erreichen war ... Zwar müssen wir heute schon damit rechnen, daß es weder zu einer neuen Mehrheit noch zu einer neuen Politik kommt (sondern zu einer Kooperation SPD-CDU!), wie wir auch beim Volksbegehren damit rechnen mußten, daß es nicht durchgesetzt werden kann. Doch wir müßten ja mit Balken vernagelt sein, wenn wir nicht die Chancen zur Schaffung von Öffentlichkeit und zur Mobilisierung nutzen, die uns die aktuelle Situation bietet*". „*Selbstverständlich würde eine 'konstruktive Mitwirkung' der BI an der Trassenverlegung für die RWE-Leitung so interpretiert werden, daß die BI aufgibt. Selbstverständlich würde die SPD im Parlament dann sagen: Das Thema Startbahn ist 'erledigt'. Die Grünen könnten dann noch so tapfer 'verhandeln', man würde sie mit dem Verweis auf die 'Basis' nur auslachen. Dies wäre ein echter Treppenwitz der Geschichte*".

Beantragt wurde,

auf die 'Basis' nur auslachen. Dies wäre ein echter Treppenwitz der Geschichte".

Beantragt wurde,

- den Kampf gegen den Bau der Startbahn West unverändert fortzusetzen;
- die RWE-Trassenverlegung „gleich welcher Variante" abzulehnen;
- die in den Landtag gewählten Startbahngegner (das sind nicht nur die Grünen, sondern auch einige SPDler) aufzufordern, „*von ihren Möglichkeiten zur Unterstützung der Bürgerbewegung in jeder Hinsicht entschieden Gebrauch zu machen*". „*Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß in Gesprächen oder Verhandlungen zwischen SPD und Grünen über eine eventuelle Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung die Forderung nach einem sofortigen Stop des Startbahnbaus eine zentrale Rolle spielen muß*";
- auf die Verhandlungen außerparlamentarischen Druck auszuüben. Dazu wurde eine gemeinsame Demonstration von Bürgerinitiativen, Friedensgruppen sowie Initiativen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Ausländerfeindlichkeit vorgeschlagen.

In der BI begann sich die Stimmung zu ändern. Natürlich müsse man die „grüne Karte" spielen, meinte ein Teil des Aktivistenkerns, auch wenn sich dadurch an der pessimistischen Gesamteinschätzung nichts ändere. Vor allem aber stellte sich heraus, daß der FAG-Vorschlag der „kleinen Lösung" bei den Volksmassen durchaus keinen Jubel zeitigte. Eine vom Mörfelden-Walldorfer Magistrat einberufene Bürgerversammlung zu diesem Thema geriet zum Abend zorniger alter Männer. „Das wollt ihr uns verkaufen?" — „Unglaublich!" — „Dafür haben wir gekämpft?!"

So lag denn auf dem BI-Plenum am 29.10., das diese Frage entscheiden sollte, erstaunlicherweise nicht ein Antrag vor, der die Annahme der „kleinen Lösung" befürwortete. Ein Juso-Vertreter, der dies noch Tage zuvor getan hatte, stellte einen Antrag vor, in dem es hieß: „*Das Plenum der BI spricht sich gegen die Verlegung der RWE-Hochspannungstrasse aus. Es kann nicht Aufgabe der BI sein, sich zu den in der Diskussion befindlichen Verlegungsvarianten zu äußern ...*"

Wieder ein faules Ei: Die BI lehnt ab, weil sie nicht kompetent ist?! (Kompetent sind aber sehr wohl die Kommunalpolitiker, denen auf diese Weise ein Hintertürchen offengehalten wird, sich mit der FAG zu einigen). Auch die Aufforderung, zu protestieren, „*wohl wissend, daß diese Verlegung nicht zu verhindern sein wird*", war nicht gerade berauschend. Den Jusos wurde entgegengehalten, sie würden den Kampf nun schon zum fünften Mal für „aussichtslos" erklären wollen (nach dem Landtagshearing, nach der Flughafenblockade, nach Zurückweisung des Volksbegehrens, nach der versuchten Platzbesetzung am 30.10. und jetzt) und hätten auch jedesmal mit Spaltung gedroht.

Das Plenum — immerhin 300 Leute verweigerte diesem Antrag die Zustimmung. Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag der Delegiertenversammlung der BI, in dem nach bewährter Manier alle Widersprüche unter den Teppich gekehrt waren. Angenommen wurde mit 90 %-Mehrheit die Frankfurter

der BI, in dem nach bewährter Manier alle Widersprüche unter den Teppich gekehrt waren. Angenommen wurde mit 90 %-Mehrheit die Frankfurter

Formulierung zu dieser Frage. Die Vorschläge zum weiteren Vorgehen auf der „politischen Schiene" — außerparlamentarischer Druck zur „Begleitung" der Gespräche SPD-Grüne — konnten aus Zeitgründen nicht mehr abgestimmt werden. Allerdings wurde die Einladung der Grünen angenommen, BI-Vertreter in die Gesprächsdelegation zu entsenden.

Die BI geht der FAG nicht auf den Leim. Aber sie ist von einem positiven Konzept für den weiteren Verlauf des Kampfes noch weit entfernt. Ob sie tatsächlich isoliert ist? Darauf sollte die kommende Woche eine Antwort geben. Angesagt war eine Demonstration in den Wald anläßlich des Jahrestags der Hüttendorfräumung am 2. November.

Verzweiflung? Optimismus? oder einfach Routine ...

Zwischen 19 und 20 Uhr füllt sich der Platz vor dem SKG-Heim in Walldorf. Es sind schon recht viele hier beisammen, obwohl eigentlich kaum mobilisiert worden war. Jedenfalls deutlich mehr als bei den sonntäglichen Spaziergängen an die Mauer. Man bummelt durch die Herumstehenden, trifft Bekannte. Weißt Du, was heute abend abgehen soll? Nein. Das weiß doch keiner. Wie üblich. Blick auf die parkenden Autos: Die meisten haben Groß-Gerauer Kennzeichen. Der Rest verteilt sich auf das Viereck zwischen Mainz und Hanau, Mannheim und Marburg. Es ist eine Demo des Rhein-Main-Gebiets, keine überregionale. Der Zug setzt sich in Bewegung, Fackeln schlängeln sich durch den Wald. Alles unterhält sich angeregt, brabbelt vor sich hin, keine Parolen, keine Aufregung, keine Angst, aber auch kein Übermut. Das Gerücht, die Bullen wollten heute Verhaftungen machen, weil sie am Sonntag niemanden erwischt haben, wird gleichmütig aufgenommen. Wir haben hier schon ganz andere Gerüchte gehört. An den Mönchbruchwiesen angelang, sieht das Ganze sehr massenhaft aus. Überall die gelben Lichtpunkte am Waldrand, die die Gesichter beleuchten, alles andere aber im Dunkeln lassen. Am Weiher treffen wir auf eine starke Gruppe von Walldorfern, hauptsächlich aber Walldorferinnen. Sie haben gerade einen Gottesdienst abgehalten. Der Pfarrer hat ihnen gesagt, „unser Platz" könne heute abend nicht an der Seite derjenigen sein, die vor die Mauer ziehen. Sehr überzeugend scheint das nicht gewesen zu sein. Sie gliedern sich nicht einfach ein in den Zug. Nein, da muß angehalten werden, lautes Gerufe, Reihen werden gebildet, und dann geht's aber ab: „Hopp, hopp, hopp — Startbahn stop!". Macht Platz, jetzt kommen wir ... — das Selbstbewußtsein ist ihnen jedenfalls nicht abhanden gekommen.

Wir tauchen in den Nebel über den Wiesen ein. Jetzt nimmt man nur noch wahr, was in der nächsten Umgebung läuft. Der Nebel muß sehr tief liegen, denn ein Vollmond ist deutlich zu erkennen. „Das ist es", sagt ein Jugendlicher, „ich geh immer wieder gern raus, wenn das Fernseh-

denn ein Vollmond ist deutlich zu erkennen. „Das ist es", sagt ein Jugendlicher, „ich geh immer wieder gern raus, wenn das Fernseh-

programm schlecht ist". Vor uns quatscht ein halbes Dutzend älterer Bürger in einem fort. Eine Frau erzählt von ihrem Sommerurlaub. In Italien hat sie tatsächlich eine andere Familie aus dem Kreis getroffen. „Denken Sie mal, wenn wir nicht die Startbahn hätten, worüber hätten wir uns denn die ganze Zeit unterhalten sollen?" Die andere Familie hat einen Sohn, der ist jeden Sonntag an der Mauer und erzählt die tollsten Geschichten, aber das glauben die nicht. „Das können Sie alles glauben, hab ich gesagt, hundert Prozent". Die Polizei ist wirklich so schlimm. Überhaupt die Familien. In denen geht es heiß her. Zum Beispiel der Opa, der ist so verhetzt, daß jede Diskussion sinnlos ist. „Als wir dahin gefahren sind, hab ich meinem Mann gesagt, halt bloß den Mund, sonst gibt's nur Streit". Aber der Alte hat von sich aus angefangen: Am letzten Sonntag, die Chaoten, Steinewerfer, brutale Angriffe auf die Polizei — hat er alles im Fernsehen gesehen. Da haben sie nichts gesagt, weil der nur rauskriegen wollte, daß sie selber draußen waren.

Bekannte hat man ja, nicht, Leute, die sagen dann: Heute ist so schönes Wetter, da möchte ich wirklich mal raus und spazieren gehen. Aber bis die mal begreifen, daß wir ja gerade deshalb kämpfen und das hier machen. Und die Arbeitskollegen: Jeden Tag schaffen, abends vor der Glotze, morgens wieder schaffen. Denen ist es völlig egal, ob nur noch Beton um sie rum ist. Hauptsache, sie können einmal im Jahr drei Wochen nach Mallorca fliegen. Ist nicht gegen zu sagen, gegen den Urlaub. Klar doch. Aber warum sollen wir nicht hier das bißchen Natur für uns behalten? Der X, der war ja genauso. Immer hat der auf die Bürgerinitiative geschimpft, bis er einmal aus reiner Neugier mitgekommen ist und prompt den Knüppel gekriegt hat. Heute ist er jeden Sonntag dabei. Aber der wäre bestimmt noch genauso, wenn er nicht von der Polizei selbst eins übergezogen bekommen hätte ...

Hinter einem Waldstück wird allmählich ein heller Schein sichtbar. „Heute wieder festliche Illuminierung für die BI". Ein vermeintlicher Zivi im Gebüsch entpuppt sich als Demonstrant, der mal austreten war — dann sind wir da.

Startbahn by night, es ist immer noch der gleiche, unglaubliche Anblick. Nirgendwo wird der Widerspruch, der die alternative Bewegung antreibt, bildlich so krass in Szene gesetzt. Hier die Menschen mit ihrer bunten Vielfalt, ihren Gesprächen, ihren Aktivitäten — dort die dunkelgraue Mauer, die den schwarzen Hintergrund, die Baustelle, abgrenzt. Hier die Fackeln mit ihrem warm leuchtenden Feuer — dort das grelle, harte Licht der Scheinwerfer. Hier ein Haufen von chaotischen, streitenden wie lachenden Individuen — dort das System mit seiner perfekt funktionierenden Polizeimaschine. Hier das Zusammengehörigkeitsgefühl solidarischer Leute, noch verstärkt durch die Geborgenheit, die der Wald, unser Wald, vermittelt — dort die Kälte der deutsch-deutschen Staatsgrenze. Hier pulsierendes Leben — dort tote Zerstörung.

Über den Gesichtern der Angekommenen liegt ein leichtes Lächeln. Wir sind dieselben geblieben in diesem einen Jahr, vom Bürger bis zum Chaoten, und wir sind stark geblieben. Die Menge ist nicht zu überblicken. Es können 5000, genauso gut auch 20 000 sein (die BI gibt die Zahl mit 8000 an). Man steht in großen Haufen beieinander und harrt der Dinge, die — natürlich kommen. Ein paar Leuchtkugeln über die Mauer, die Wasserwerfer rücken vor und werden eingesetzt. Noch mehr Leuchtkugeln, auch ein Molli gegen den Super-Wasserwerfer, und der Einsatzleiter schreit „Tränengas Feuer!". Das ganze Vorfeld vor der Mauer wird flächendeckend eingegast. In den grauen Nebel mischen sich gelbgrünliche Schwaden. Die Menschen ziehen sich langsam zurück. Die einen machen sich auf den Heimweg, wo ihnen immer noch Leute entgegenkommen, andere umgehen das Gas, um an der Westseite der Baustelle einen Rekord an herausgebrochenen Mauerstreben aufzustellen. Dort gibt es später Ausfälle der Polizei, brutale Angriffe gegen heimwärts Ziehende, Festnahmen und einige schwer verletzte Startbahngegner. Zurück in Walldorf sind die Leute weder euphorisch noch enttäuscht. Sie haben das ja nicht zum ersten Mal mitgemacht. Aber auch nicht zum letzten Mal.

„Gewalt", schreit nun die SPD (von der CDU ganz zu schweigen), ungeheuerlich! Sie meint aber nicht die Polizei. Und die Presse

Mal.

„Gewalt", schreit nun die SPD (von der CDU ganz zu schweigen), ungeheuerlich! Sie meint aber nicht die Polizei. Und die Presse

scheint wieder einmal woanders gewesen zu sein. Mit 1500 wird die Zahl der Demonstranten geradezu schamlos manipuliert; hysterische Schlagzeilen zeichnen ein Bild wildwütiger Militanz. Die BI ist nicht isoliert. Wohl aber gibt es eine sehr gezielte Kampagne, die sie isolieren soll.

Wer hat uns ... ?

Die SPD weiß, was sie will. Oder genauer: Sie weiß, was ihr Job, ihre Rolle im bürgerlichen Parteienspektrum ist. Der Startbahnkonflikt soll schnellstmöglich beendet werden. Auf keinen Fall darf er durch den Sprung der Grünen ins Parlament, durch Debatten um eine „neue Mehrheit" etc. neuen Auftrieb gewinnen. Deshalb wird es in der Startbahnfrage nicht das geringste Zugeständnis geben. Am elegantesten wäre es für die SPD gewesen, wenn die BI selbst unter dem Motto des „Realismus" eine Aussichtslosigkeit ihres Kampfes konstatiert hätte. Dann hätte man auch mit den Grünen leichtes Spiel gehabt. So aber soll der BI wie auch den Grünen eine Gewaltdebatte aufgezwungen werden, damit sie hübsch mit sich selbst beschäftigt und alle politischen Initiativen blockiert sind. Das hat schon bei der AL Westberlin ganz gut geklappt. Deshalb hat die Landtagsfraktion der SPD die schon beschlossenen Gespräche mit den Grünen ausgesetzt, solange sich diese nicht von der Demonstration am

Fortsetzung nächste Seite

Aschu vor Gericht

Vor dem Frankfurter Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes hat mittlerweile der Prozeß gegen Alexander Schubart begonnen, der im Zusammenhang mit der Demonstration am Frankfurter Flughafen vom 15.11.81 wegen „Nötigung von Verfassungsorganen" und „Landfriedensbruch im einem besonders schweren Fall" angeklagt ist.

Der Staatsschutzsenat unter seinem Vorsitzenden Adalbert Schäfer ist üblicherweise in der Aburteilung sog. „terroristischer Gewalttäter" tätig und schickte zuletzt Sieglinde Hoffmann für 15 Jahre hinter Gitter. Entsprechend eines Terrorismusverfahrens sind auch die sog. „sitzungspolizeilichen" Vorkehrungen. Verhandelt wird im alten Schwurgerichtssaal mit eingezogener schußsicherer Trennscheibe zwischen Zuschauern und sonstigen Anwesenden. Ankommende Besucher müssen sich einer umfassenden Leibesvisitation und einer Erfassung ihrer Personalien aussetzen. Bei starkem Besucherandrang führt diese Prozedur zu stundemlangen Warten in der Kälte. Ein bereitgestellter Wasserwerfer, Polizeigruppen und Absperrungen bis hin zur Verteidigerdurchsuchung runden das Bild ab.

Die Anklage wird von dem aus Terrorismus-Verfahren einschlägig bekannten Oberstaatsanwalt Lampe von Rebmanns Bundesanwaltschaft vertreten.

Pilotverfahren

Wie die Auswahl des Gerichtes, des Anklägers und die Prozeßbedingungen

Wie die Auswahl des Gerichtes, des Anklägers und die Prozeßbedingungen verdeutlichen, daß es hier zur Aburteilung eines gefährlichen Staatsfeindes kommen soll, ist es auch mit den Anklagepunkten bestelt.

Die „Nötigung von Verfassungsorganen" (§ 105 StGB), hier der hessischen Landesregierung, ist juristisch in der Nähe des Hochverrats angesiedelt und mit bis zu 10 Jahren Haft bedroht. Ebenfalls bis zu 10 Jahre stehen auf schweren Landfriedensbruch (§ 125 StGB).

In einer sechsstündigen Einlassung nahm Aschu am zweiten Verhandlungstag zu den Vorwürfen umfassend Stellung. In 18 Abschnitten schilderte er die grundlegenden Bedenken der Startbahngegner, die langjährigen juristischen Bemühungen gegen die Flughafenerweiterung und die Entwicklung der Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West von den anfänglichen Bürgerinitiativgründungen bis zur Demonstration der 150.000 von Wiesbaden am 14.11.81. Er hob hervor, daß die Bürgerbewegung mit dem Volksbegehren/Volksentscheidsverfahren ein faires, demokratisches und friedliches Angebot zur Konfliktlösung gemacht hatte. Die Landesregierung mit ihren polizeilichen Einsätzen und der Politik der vollendeten Tatsachen noch während des verfassungsmäßigen Abstimmungsverfahrens sei es gewesen, die für die Gewalteskalation im Flughafenkonflikt allein die Verantwortung trage. Aus dieser Situation sei es zu dem Beschluß gekommen, am 15.11.81 den Flughafen zu inspizieren und zu üßberprüfen, ob er wirklich so klein sei, daß die dritte Startbahn notwendig würde. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Gewalttätigkeiten habe er bei der Ankündigung auf der Wiesbadener Großdemo ebenso tabuisiert, wie Angriffe auf Flugsicherheitseinrichtungen.

Wer Alexander Schubart kennt, weiß, daß er dies genau so meint, wie er es sagt.

Das gewalttätige Vorgehen der Polizei gegen die durchaus friedlichen Demonstranten habe dan zu den folgenden Auseinandersetzungen geführt, die er persönlich bedauere, sich aber nicht zurechnen lasse.

Keinesfalls sei es das Ziel der Bürgerbewegung gewesen, mit dieser speziellen Aktion die Landesregierung ultimativ zu einem bestimmten Verhalten zu nötigen. Wie bei allen anderen Aktionen sollte auch am 15.11. die Öffentlichkeit erreicht werden, damit die Landesregierung zur Einsicht in die Nichtdurchsetzbarkeit der Startbahn gelangt. Er persönlich habe am 15.11. an der Flughafenaktion auf Grund völliger physischer und psychischer Erschöpfung nicht teilgenommen, weshalb er auch nicht die Tatbestandsmerkmale der Rädelsführerschaft für die Aktion habe erfüllen können. Aschu erklärte, er habe sich nicht schuldig gemacht.

Für den Fall der Verurteilung von Aschu erklärte, er habe sich nicht schuldig gemacht.

Für den Fall der Verurteilung von Aschu käme dem Prozeß Pilotwirkung zu. Insbesondere die Einführung der Rädelsführerschaft beim Landfriedensbruch trotz persönlicher Nichtanwesenheit des Beschuldigten während der Aktion durch Richterspruch wäre eine erhebliche Ausweitung des bisherigen Tatbestandes und ist in ihrer Verwertbarkeit zur Kriminalisierung sozialer Bewegungen noch überhaupt nicht abzusehen. Ebenso würde eine Verurteilung wegen „Nötigung von Verfaqssungsorganen" jede politische Aktion im Zusammenhang mit einer von einer Regierung beschlossenen Maßnahme der Kriminalisierung Tür und Tor gegenüber jeder Massenbewegung öffnen.

Die Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West muß für den Fall einer Aschu-Verurteilung mit einer noch ungezügelteren Verfolgung und mit öffentlicher Kriminalisierung rechnen.

Dies war auch der Grund, aus dem drei bekannte, als Belastungszeugen geladene Mitglieder der BI von ihrem Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO wegen Gefahr der Selbstbezichtigung Gebrauch machten. Sie häten mit der Organisierung des Volksbegehrens verfassungsmäßige Rechte wahrgenommen, erklärten sie. Wenn dies zu einem Prozeß gegen Aschu führe, wollten sie sich nicht auch noch der Gefahr der Kriminalisierung aussetzen. Das Publikum quittiert derartige Aussagen immer mit Beifall, was Richter Schäfer zu Drohungen und Ausschlüssen veranlaßte. Der übrige Teil der Beweiserhebung trägt mehr die Züge eines Geisterverfahrens, dessen Bezug zum Verfahren kaum ersichtlich ist. Da wird ein Polizeilehrfilm vorgeführt, der aus Zusammenschnitten verschiedener Fernsehsendungen (Hessenschau, heute) und polizeilicher Videofilme besteht. Das ganze wird mit einer strafrechtlichen Kommentierung des vorgeführten Geschehens durch einen anonymen Sprecher unterlegt. Eigen ist dem Film auch, daß durch Schnitte sämtliches Agieren der Polizei am 15.11. (Hubschrauberlandung auf der A3, Prügelorgien vor dem Terminal etc.) sorgfältig ausgeblendet ist, obwohl eben dieses die Auseinandersetzungen heraufbeschwor. Anträge der Verteidigung, dieser Selbstsuggestion des Gerichtes ein Ende zu bereiten, wurden abgelehnt. Dies geschah bisher mit jedem Antrag der Verteidigung in diesem Verfahren.

Als Zeugen bietet die Bundesanwaltschaft des weiteren höhere Chargen der Polizei, die bisher alle eines gemeinsam hatten: sie waren nicht am Ort des Geschehens gewesen, sondern gaben Berichte vom Hören-Sagen über die Vorkommnisse am Flughafen ab. Etwa durch die Verlesung eines polizeilichen „Verlaufsdiagramms", das ein strebsamer Polizeirat in Kassel nach ausgewählten Berichten zusammengepuzzelt hatte, und das wiederum keine polizeilichen Maßnahmen enthielt.

Sobald polizeiliche Maßnahmen hinterfragt werden, berufen sich alle Polizisten auf die Beschränkung ihrer dienstlichen Aussagegenehmigung. Auf diese Art verschafft sich das Gericht seine „objektiven" Eindrücke und gelangt schrittweise zur Urteilsfindung.

Solidarität mit allen Angeklagten!

Seit dem Sommer wird in anderen Verfahren gegen weitere Startbahngegner verhandelt: Derzeit sind ca. 1000 Verfahren anhängig, und es gab auch schon einige spektakuläre Urteile: In Wiesbaden verurteilte eine Amtsrichterin drei Startbahngegner zu jeweils sechs Monaten Haft ohne Bewährung, wegen der Flughafenblockade vom 15.11. wurden drei Angeklagte zu je 100 Tagessätzen verurteilt. Die grüne Stadtverordnete Jutta Ditfurth wurde zu 350 DM Geldstrafe verurteilt, da sie nach einer Demonstration Zivis als „Scheiß-Spitzel" beleidigt habe. Besonderen justiziellen Interesses erfreut sich auch das von Startbahngegnern abgewandelte hessische Staatswappen: Der hessische Löwe trägt jetzt einen Polizeihelm und einen bluttriefenden Polizeiknüppel und ist deshalb verboten. Ungezählt sind mittlerweile die Strafbefehle hessischer Amtsrichter gegen Startbahngegner.

Neben derStrafverfolgung will man auch wirtschaftlichen Druck ausüben. Auf zivilrechtlichem Wege verschickt das Wirtschaftsverwaltungsamt der Polizei an Demonstranten sog. „Leistungsbescheide" und Rechnungen in Höhe von bis zu mehreren 10000 DM. Einem 15-jährigen Schüler will man 33780,78 DM abnehmen.

Die Flughafenaktiengesellschaft schickte Alexander Schubart eine Rechnung von 40750 DM für die zerstörte Mauer (163 Streben für je 250 DM).

Startbahngegner sollen ruiniert werden. Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen lautet die Devise. Die Forderungen werden gegenüber einzelnen gesamtschuldnerisch geltend gemacht. Der einzelne kann sich das Geld ja bei anderen „Störern", denen er „psychische Beihilfe" geleistet habe, wieder holen.

In der Bürgerinitiative schleppt sich die Diskussion um die Kriminalisierung dahin, über Möglichkeiten der Gegenwehr gibt es bisher wenig Vorstellungen. Wichtige Arbeit leistet die „Bunte Hilfe", die Angeklagte berät, Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit leistet, Anwälte vermittelt etc. Auf ihre Initiative kam die Diskussion über eine Amnestieforderung in Gang. Aschu propagiert mittlerweile ein Straffreiheitsgesetz für Kriminalisierte aller sozialen Bewegungen (Hausbesetzer, Friedensfreunde, Startbahn- und AKW-Gegner etc.) in Anlehnung an das Straffreiheitsgesetz von 1970 gegenüber der APO. Dieser Punkt



muß auch Verhandlungsgegenstand der hessischen GRÜNEN mit der SPD sein und Bestandteil der Forderungen zur GRÜNEN-Bundestagskandidatur.

KB/Gruppe Frankfurt

Dokumentation zum Prozeß (4DM), zu beziehen über „Komitee Solidarität mit Alexander Schubart" Hamburger Allee 49 6000 Frankfurt 90

Spendet!

Für die Finanzierung der Prozeßkosten von A. Schubart: Karin Gäßler-Sonderkonto
Kt.Nr. 362545-608
Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

Fortsetzung von voriger Seite

2.11. distanziert und „Zeichen ihrer Gewaltfreiheit" gesetzt haben (ein an die CDU gerichtetes Gesprächsangebot bleibt selbstredend bestehen). Es ist der reine Hohn. Daß die vielfach blutbefleckte SPD es wagt, den lammfrommen Grünen Vorhaltungen in Gewaltfreiheit zu machen, spottet jeder Beschreibung.

Wenn zudem die Gespräche SPD-Grüne derart zum Objekt der Tages-Agitation degradiert werden, zeigt das auch, wie gering das Interesse der Sozialdemokraten daran ist. Mit Grünen, die auf die Forderung nach Einstellung des Startbahnbaus und Wiederaufforstung des gerodeten Geländes nicht verzichten, braucht man gar nicht erst zu reden. Diese Politik ist auf ihre Weise „glaubwürdig", jedenfalls konsequent. Hinzuzufügen ist nur noch eine Kleinigkeit: Dafür gibt es keine neuen, sondern nur alte Mehrheiten. Die SPD soll (und wird) sie sich da holen, wo sie zu kriegen sind: bei der CDU. Grüne Parlamentspolitik, wenn sie gut ist, müßte das sichtbar machen. Die BI, wenn sie klug ist, müßte die Grünen darin unterstützen — nicht um zum Anhängsel einer Partei zu werden, sondern aus eigenem Interesse. Wenn das Standbein nicht lernt, mit dem Spielbein zu spielen, wird die SPD beide, die Grünen wie auch die BI, schlagen. Und das sogar mit einem ganz schlechten Blatt ...

KB/Gruppe Frankfurt



„Ermittlungen in Sachen Polizei"

Im September erschien bei Kiepenheuer & Witsch ein Buch über die bundesdeutsche Polizei, mit dem Titel „Der Apparat — Ermittlungen in Sachen Polizei" von Rolf Gössner und Uwe Herzog, einer Rechtsanwalt, Publizist und Dozent, der andere Journalist.

Das Buch soll einen Überblick geben über das Ausmaß des „Mißbrauchs uniformierter Macht". Dabei geht es nicht nur und nicht in erster Linie um die uns Linken wohlbekannten Polizeiüberfälle auf Demonstranten oder andere „Staatsfeinde", sondern um den „alltäglichen Umgang der Polizei mit dem Bürger... Viele der Opfer, denen wir dieses Buch widmen, leben nicht mehr". (Zitate aus dem Vorwort des Buches).

Zum einen besteht das Buch aus der Dokumentation einzelner Beispiele von alltäglichen Polizeiübergriffen, solcher bei Demonstrationen, von Todesschüssen und Aussagen von Polizisten, die „auspacken". An solchen Beispielen wird der ganze Apparat mit seinen Vernetzungen und seiner inzwischen erreichten Perfektion erklärt und durchschaubarer gemacht. Das geschieht in vier Abschnitten: Behandelt wird das Verhältnis der Polizei zur Öffentlichkeit (Einschränkung der Pressefreiheit z.B.), die Großeinsätze bei Demonstrationen, die sich häufenden Todesschüsse und die Struktur und Entwicklung des Polizeiapparates, einschließlich des unsichtbaren Datennetzes und auch der Bewaffnung der Polizei. Diese Mischung aus Recherche, Dokumentation, Analyse und politischer Einschätzung ist den Autoren in anschaulicher und gut verständlicher Weise gelungen, so daß „Der Apparat" empfehlenswert gerade auch für Menschen ist, die sich bisher noch nicht näher mit der Materie befaßt haben. Genau das ist das Anliegen des Buches — und sollte auch das Anliegen aller Linken sein: die Menschen wachzurütteln, aufzuklären angesichts des „Giganten Polizei", der sich in den letzten 15 Jahren vor uns aufgetürmt hat und der kaum einer öffentlichen Kontrolle unterliegt.

Im Zusammenhang mit dem Buch initiierten die Autoren in Bremen eine öffentliche „Kontrollstelle": „Bürger kontrollieren die Polizei". Über ihre Absichten unterhielten wir uns mit Rolf Gössner und Uwe Herzog.

KB/Gruppe Bremen

AK: Ihr habt ein Buch „Der Apparat — Ermittlungen in Sachen Polizei" geschrieben; wie seid ihr auf die Idee gekommen, und warum habt ihr es geschrieben?

Uwe: Ich habe vor zwei Jahren einen Bremer Polizisten kennengelernt, der gerade dabei war, den Dienst zu quittieren: Rudolf Oltmanns. Und ich habe ihn überredet, mir das, was er in seiner 10jährigen Dienstzeit erlebte, auf Band zu erzählen; ich wollte das veröffentlichen. Damit war er einverstanden, und wir hatten dann über mehrere Wochen immer wieder Gespräche über seinen Dienst. Das hat ihm auch selber psychisch sehr geholfen, und er hat dabei die Gründe erzählt, warum er ausgestiegen ist: Er konnte ganz einfach die Gewalt, die von seinen Kollegen ausgegangen ist, aber auch z.T. von ihm im täglichen Dienst und bei Großeinsätzen, nicht mehr ertragen. Ich habe diese Interviews mit ihm dem Sender Freies Berlin angeboten; da sollte das dann gesendet werden, als Stundenfeature. Es hat einen zweijährigen Kampf um mehrere Versionen von Manuskripten zum Thema Polizeigewalt und einer in der Zwischenzeit fertig produzierten Sendung gegeben, die aus dem Programm gestrichen wurde. Erst jetzt konnte ich einen Beitrag durchsetzen für das Herbstprogramm '82. Da ist Rudolf Oltmanns zwar nicht mehr drin — dafür ein anderer Polizeiobermeister, der auch im Buch Aussagen macht.

Daß ich meine Recherchen zunächst also nicht veröffentlichen konnte, hat mich doch sehr motiviert, andere Wege zu suchen! Es hatte sich bis dahin schon unheimlich viel Material angesammelt: Ich hatte mit unzähligen von Polizeiübergriffen Betroffenen gesprochen — mit Zeugen, auch mit Staatsanwälten, Polizeipräsidenten, Richtern — und dieses ganze Material konnte ich so zunächst mal nicht verwerten. Es wurde immer mehr — und es hat sich herausgestellt, es wurde sogar mehr, als in das Buch eingehen konnte. Ich hab mich also mit Rolf zusammengetan, um all das, was ich in Erfahrung gebracht hatte, zumindest ansatzweise zu veröffentlichen. Es ist immer noch nur ein millimeterhafter Einblick in den Apparat geblieben, aber immerhin.

Rolf: Meine eigenen hautnahen Erfahrungen mit der Polizei habe ich am 6. Mai 1980 während des öffentlichen Rekrutengelöbnisses gemacht, wo ich als offiziell akkreditierter Journalist im Weser-Stadion von Feldjägern vom Ort des Geschehens verschleppt und anschließend von der Spalier bildenden Polizei einem regelrechten Spießrutenlauf unterzogen wurde. Grund der Mißhandlungen: Ich hatte Polizeibeamte fotografiert, die Steine in die ungeschützte Demonstrantenmenge zurückschleuderten.

Im selben Zeitraum geriet ein Volkshochschulkurs, den ich über das Thema „Vom Rechtsstaat zum Polizeistaat?" veranstaltete, unter Beschuß des Bremer SPD-Senats und wurde überwacht. Eine von der CDU initiierte Bürgerschaftsdebatte verfolgte das Ziel, den Kurs abzusetzen und strafrechtliche Schritte einzuleiten, was nur aufgrund einer offensiven und bundesweiten Öffentlichkeitsarbeit verhindert werden konnte. Ich habe schon seit Jahren die Entwicklung des Polizeiapparates und überhaupt der „Inneren Sicherheit" beobachtet und versucht, über diese bedrohlichen Tendenzen Öffentlichkeit herzustellen. Nach mehr als zehnjähriger permanenter und umfassender Aufrüstung dieses Apparates bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Gesamtbilanz längst fällig ist — und zwar verbunden mit dem Ziel, eine breite politische Diskussion in Gang zu setzen. Über das relative Ghetto der Linken in diesem Land hinaus, auch hinaus über den Kreis der traditionell und aktuell Betroffenen und derjenigen, die eh schon Bescheid wissen.

Deshalb unser Hauptanliegen: verständlich und anschaulich diesen Komplex darzustellen und unsere Ermittlungen beweiskräftig abzusichern.

Wir haben aus diesen Gründen auch eine bisher äußerst seltene Konzeption gewählt, auf zwei unterschiedlichen, sich aber ergänzenden Ebenen an die Sache heranzugehen: Zum einen — wie Uwe bereits erläuterte — mit journalistischen Methoden, um anhand umfassend recherchierter Fallreportagen, mithilfe teilnehmender Beobachtung und von Polizeizeugen, anschaulich in das Problem alltäglicher Polizeigewalt einzuführen.

Zum anderen wissenschaftlich-analytisch anhand von schwer zugänglichen Dokumenten — wie etwa gehei-

men Einsatzbefehlen, internen Statistiken und Geheim-Gutachten — wissenschaftlicher Literatur und anwaltlichem Aktenmaterial, um die Systematik des gesamten ,,Spinnennetzes der inneren Sicherheit'' zu begreifen und aufzudecken. Nach eingehender Untersuchung erweisen sich die vermeintlichen Einzelfälle nicht als individuelles Fehlverhalten sogenannter Schwarzer Schafe — wie es Politiker und Polizeiführungen gerne darstellen (falls sie solche überhaupt zugeben), sondern als Mosaiksteine eines Gesamtbildes mit fast totalitären Zügen.

AK: Könnt ihr an ein paar Beispielen erzählen, wie ihr an die Ermittlungen herangegangen seid, und was ihr dabei erlebt habt?

Uwe: Ich hab das auf unterschiedlichen Ebenen gemacht. Ich hab zum einen versucht, soweit es möglich war, selber in den Apparat reinzukommen. Das ist mir zum Beispiel an der Bremer Polizeischule und in den Kreuzberger Einsatzbereitschaften in Berlin gelungen. Und ich bin zum anderen von außen her Fällen von Übergriffen nachgegangen, hab also in Archiven zusammengetragen, was es an verstreuten Meldungen darüber gab aus der ganzen Bundesrepublik, und hab dann sozusagen ,,Stichproben'' gemacht. Über die Ohnmacht der Betroffenen, die ich dabei erlebt habe, und die Kaltschnäuzigkeit von Polizeipräsidenten, Staatsanwälten und Richtern, denen ich begegnet bin, könnte ich zehn Bücher füllen; lassen wir das lieber…

AK: Gibt es irgendwelche Reaktionen seitens des Apparates auf euer Buch?

Uwe: Ich bin gestern aus einem Blumenladen gekommen und davor stand

seitens des Apparates auf euer Buch?

Uwe: Ich bin gestern aus einem Blumenladen gekommen und davor stand

ein Streifenwagen. Zwei Beamte kamen auf mich zu und sagten, sie würden gern meinen Personalausweis sehen. Den hab ich ihnen gezeigt und daraufhin hat der eine sich den angeguckt — hat mich angeguckt und nochmal auf den Ausweis und hat dann gesagt: ,,Ach, Sie sind das — Entschuldigung''.

Rolf: Die Reaktionen laufen bisher mehr intern. Die Polizeibeamten sind bemüht, an das Buch heranzukommen — also nicht durch Beschlagnahme, sondern durch käuflichen Erwerb, was die Bremer Polizeiführung mit Sorge erfüllt. Meist schicken die Interessenten ihre Ehefrauen in die Buchhandlungen und lassen sich das Buch kaufen; aber es ist auch schon des öfteren vorgekommen, daß sie im Streifenwagen vorgefahren sind und ganz ungeniert danach gefragt haben.

Die offiziellen Reaktionen blieben — bis auf eine Ausnahme — aus, nicht jedoch die versteckten in unserem Post- und Telefonverkehr; da gibt es erstaunliche Unregelmäßigkeiten. Oder während unserer Veranstaltungen, die wir zu diesem Thema machen, da geben sich Zivilbeamte der Polizeiführung, aber auch einfache Polizisten, ein Stelldichein.

AK: In dem Zusammenhang interessiert mich eure Einschätzung zu einer Diskussion, die die Linke in letzter Zeit immer wieder beschäftigt: über die Aussteiger bei der Polizei. Da laufen auf jeder Großdemo blumengeschmückte Polizisten rum, da wird in meinen Augen euphorisch reagiert, wenn einzelne Polizisten sich z.B. mit Hausbesetzern in Westberlin solidarisieren oder in Frankfurt im Rahmen der Startbahn-Auseinandersetzung mal einer seinen Dienst quittiert. Seht ihr die Möglichkeit, daß sich innerhalb des Apparates etwas tut?

Uwe: Ich glaube nach den Gesprächen, die ich mit Polizisten führte, daß es wirklich viele gibt, die über ihre Situation nachdenken, die auch eine Wut im Bauch haben. Eine Wut auf ihre Vorgesetzten, eine Wut auf die politisch Verantwortlichen, auf all diejenigen, die sie zu diesen Einsätzen schicken. Auf der anderen Seite legen sie natürlich nach wie vor genügend Loyalität an den Tag, sonst würden sie gleich rausgedrängt — aber etliche machen sich immerhin Gedanken. Ich glaube auch, daß es sehr viele gibt, die den prinzipiellen Wunsch haben, auszusteigen, aber keine Wahl haben. Und dann gibt es eine ganze Reihe von Polizisten, die zwar aussteigen, das aber ohne weiteres Aufsehen tun, und das wird dann natürlich auch nicht bekannt.

Rolf: Meines Erachtens sollte man die Anzahl kritischer Beamter — gemessen an der Gesamtzahl der Polizisten, die es inzwischen in der Bundesrepublik gibt — nicht überschätzen. Solche Leute sind noch durchaus Rarität; Polizisten also, die ihre objektive Rolle erkennen und es satt haben, als letztes Glied einer gigantischen Unterdrückungsmaschinerie eingesetzt zu werden und politische Entscheidungen durchsetzen zu müssen, die gegen die Bedürfnisse und Interessen weiter Teile der Bevölkerung gerichtet sind. Es gibt zwar einen ziemlich diffusen Unwillen im Polizeiapparat, der reichlich verbreitet ist, aber der ist oftmals verbunden mit der reaktionären Tendenz, ein noch schärferes oder härteres Vorgehen der Polizei gegen Massenaktivitäten zu fordern. Es gibt beispielsweise eine Repräsentativumfrage unter niedersächsischen Polizeibeamten (ich meine, sie ist von diesem Jahr), die zeigt, daß zwei von drei Beamten für wesentlich härtere Maßnahmen bei Demonstrationen eintreten.

Trotzdem halten wir es für richtig, daß dieser noch diffuse Unwille dahingehend gestärkt werden soll, daß eine politisch-oppositionelle Konsequenz daraus für die Betroffenen möglich wird, und nicht zuletzt dieses Buch und auch die hier in Bremen gegründete Bürgerinitiative ,,Öffentliche Polizeikontrolle'' — von der noch zu berichten sein wird — sollen hierzu einen Beitrag leisten.

AK: Ihr habt das Buch ,,Der Apparat'' genannt, und zeichnet ein abgerundetes Bild dieses wirklich perfekt dastehenden Apparates. Das wirkt erdrückend und rief die etwas dümmliche Reaktion in einem TAZ-Artikel von Klaus Schlösser hervor, der im Rahmen einer Buchbesprechung berichtet, daß er mit fünf Bier im Kopf und völlig überladenem Auto durch eine Polizeikontrolle geschlüpft war — trotz ,,Apparat'', was wohl ausdrücken soll, so schlimm kann es also noch nicht sein. — Wie seht ihr das, ist der Apparat wirklich so abgerundet, abgeschlossen, oder gibt es weitere Ausbau-Möglichkeiten, Weiterentwicklung, z.B. unter einer rechten Regierung?

Rolf: Dieser Apparat hat ja nun, unter günstigen sozial-liberalen Bedingungen, einige Zeit gehabt, sich zu entfalten. Er ist ausgebaut worden, im Laufe der 70er Jahre, hat neue Einrichtungen angesetzt, wurde personell, finanziell und technologisch enorm aus- und aufgerüstet — da gibt es Steigerungsraten von bis zu 800 Prozent — und er hat außerdem einen tiefgreifenden Strukturwandel erlebt: Zentralisierung, Spezialisierung und steter Ausbau präventiver Polizeibefugnisse sind die kennzeichnenden Stichworte für diese streckenweise verfassungswidrige Entwicklung. Dies alles auf dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Krisen. Der Apparat steht also bereit zur Krisenbereinigung, zur polizeilichen ,,Lösung'' sozialer und politischer Konflikte und Auseinandersetzungen. Zur Erhaltung des ökonomischen und politischen Systems und der dazugehörigen Herrschaft. Und er hat sich bereits ,,bewährt''.

Er kann m.E., so wie er inzwischen ausgebaut wurde, von einer rechtsgerichteten Bundesregierung voll übernommen werden, die dann — mit innerer Sicherheit — darauf aufzubauen weiß. Wir sollten jedoch im Auge und im Gedächtnis behalten: Die Grundlagen sind von der SPD/FDP-Regierungskoalition gelegt worden und sie hat — unter Verletzung von Verfassungsprinzipien ein Staatssicherheitssystem zustandegebracht, das unter einer CDU-Regierung in jener Zeit so hätte nicht zustande kommen können: denn der politische Widerstand wäre wesentlich größer gewesen, als er gegen die Maßnahmen der SPD/FDP-Regierung stattgefunden hat. Einfach deshalb, weil die SPD — trotz ihrer Regierungspolitik — noch immer weite Teile der abhängig beschäftigten Bevölkerung an sich bindet und damit auch den Widerstand lähmt.

AK: Am Schluß des Buches tretet ihr möglichen resignativen Tendenzen — angesichts des ganzen Apparates entgegen. Hier in Bremen wurde inzwischen eine Initiative ,,Bürger kontrollieren die Polizei'' gegründet; könnt ihr darüber etwas erzählen?

Rolf: In der Tat ist es so, daß diese Fülle von Fakten und von erschreckenden Tendenzen dazu geeignet sein könnten, in Resignation zu verfallen. Deshalb ist es auch notwendig aufzuzeigen, was u.a. dagegen unternommen werden kann. Auf der Grundlage dieses Buches hat sich als politische Konsequenz in Bremen eine Initiative ,,Bürger kontrollieren die Polizei'' gegründet. Sie wird getragen und unterstützt von verschiedenen Gruppierungen und Organisationen, so von der AL und dem Landesverband der Grünen, von der Humanistischen Union, der Vereinigung demokratischer Juristen, von der Bremer Strafverteidigerinitiative und vom Netzwerk.

Zu den Aufgaben und Zielen der Initiative — deren Konzeption einem radikal-demokratischen Ansatz folgt — zählen ganz allgemein: zum einen die objektive Funktion der Polizei in dieser Gesellschaft und in diesem Staat zu verdeutlichen; die Entwicklung des Polizeiapparates und seine Verflechtungen mit anderen Organen der ,,Inneren Sicherheit'' zu analysieren und mitsamt seinen Auswirkungen zu dokumentieren; zum anderen aufgrund konkreter Polizeiübergriffe individuell-juristische Hilfe zu leisten, aber auch politische Gegenwehr zu entfalten: gegen die Tendenz zum Polizeistaat, gegen die Verpolizeilichung des Alltags, und damit für den allmählichen Rückzug der Polizei aus politischen Bereichen und sozialen Problemfeldern.

AK: Wie soll diese Bürgerinitiative arbeiten?

Rolf: Aufgrund der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem Erscheinen des Buches und der Gründung der Initiative haben uns zahlreiche ,,Hilferufe'' von Polizeigeschädigten erreicht, auch von ganz ,,normalen'' Bürgern. Diesen ganz alltäglichen Fällen wird die Initiative im einzelnen und auf unterschiedlichen Wegen (journalistisch, anwaltlich usw.) nachzugehen haben, und wo es notwendig ist, wird juristische Hilfestellung geleistet.

Darüber hinaus sollen konkrete polizeiliche Maßnahmen, beispielsweise Großeinsätze bei Demonstrationen, beobachtet werden, ebenso wie die daraus folgenden Prozesse.

Die Daten solcher Einzelfälle und -maßnahmen werden gesammelt und ausgewertet. Aber dabei soll es nicht bleiben: der gesamte apparative Hintergrund, auf dem solches passiert, soll weiter ausgeleuchtet werden. Das bedeutet: Archivierung, Auswertung und Dokumentation von Daten der Polizeientwicklung — nicht nur im Lande Bremen, sondern im gesamten Bundesgebiet. Der wichtigste Punkt, den der Apparat erfahrungsgemäß am meisten fürchtet, ist die Öffentlichkeitsarbeit, das heißt: politische Aufklärung auf unterschiedlichen Ebenen bis hinein ins liberal bürgerliche Lager.

Weitere Aktivitäten, die vorgesehen sind: Einrichtung unabhängiger Untersuchungskommissionen zu gravierenden Vorkommnissen; Zusammenarbeit mit anderen Polizeiinitiativen und Ermittlungsausschüssen sowie mit Polizeiforschungsprojekten.

AK: Ihr schreibt im Buch, daß bundesweit diesem Apparat etwas entgegengesetzt werden müßte. Habt ihr Vorstellungen, wie das aussehen könnte?

Rolf: Die Initiative in Bremen steht bisher in der Bundesrepublik allein auf weiter Flur; lediglich in Westberlin gibt es den Verein ,,Bürger beobachten die Polizei''. Meine Vorstellungen gehen dahin, daß die Gründung dieser Bürgerinitiative in Bremen ein auslösendes Moment für politische Kräfte im Antirepressionskampf sein soll, ähnliche Initiativen ins Leben zu rufen.

Tatsächlich gibt es seither bereits in verschiedenen Städten der Bundesrepublik die ersten Aktivitäten in diese Richtung, so z.B. in Frankfurt, Dortmund und in Hamburg. Mittelfristig könnte ein Geflecht von Bürgerinitiativen mit solcher oder ähnlicher Zielsetzung aufgebaut werden, die untereinander in Verbindung stehen und so mit der Zeit das gesamte Bundesgebiet abdecken.

Nur organisiert und mit vereinten Kräften, mit großer Sachkenntnis und absolut seriöser Politik ist dieser hochgerüstete, öffentlichkeitsscheue Apparat, der den sozialen und politischen Widerstand existentiell bedroht, öffentlich kontrollierbar und politisch angreifbar.

AK: Wir danken euch für das Gespäch.

„Der Apparat"

Zur Zeit sorgt ein Buch und dessen Publizität für Diskussionen – wie mir scheint, vor allem innerhalb der Polizei. Den Anstoß für dieses Buch und die in ihm geschilderten Übergriffe gab der ehemalige Polizist Rudolf Oltmanns vom 14. Polizeirevier in Bremen – so die Autoren. „Die Willkür und Vorurteile vieler seiner Kollegen gegenüber in Verdacht geratenen Bürgern und vor allem sozialen und politischen Minderheiten" (Zitat) „trieben" den Polizeiobermeister zur Kündigung, heißt es im Vorwort des nun in Presse, Funk und Fernsehen vorgestellten und damit vermarkteten Buches.

Zusätzlich fand eine – weitere in anderen Städten sollen folgen – Abendveranstaltung in der „Schauburg" im Bremer Steintorviertel statt, in der außerdem der ehemalige Polizeimeister Til Welzel über seine „Erfahrungen" berichtete.

Die Einführung des Buches wurde dabei dramaturgisch aufgearbeitet und mit Unwahrheiten gespickt. Von bremischen Beispielen der oben genannten Personen ausgehend, wurden Statistiken mit Zahlen aus dem gesamten Bundesgebiet einbezogen, die weder für den Einzelfall noch für Bremen Aussagewert haben. Über die Bewaffnung wurden derartig leichtfertige und sachunkundige Aussagen gemacht, daß man die Absicht erkennt, daß es hier nicht um Wahrheit und Klarheit, sondern um Agitation geht. Das persönliche Erlebnis ist Maßstab für Kritik an der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Wer sich, wie der Mitautor Rolf Goessner, der behauptete, anläßlich der Ereignisse am 6. Mai 1980 zu Unrecht geschlagen worden zu sein oder Til Welzel, der eine Körperverletzung im Amt anzeigte, vor Gericht nicht durchsetzen kann, ruft nunmehr nach anderen Kontrollinstanzen für die Polizei. Was als mühsame Recherche bezeichnet wird, stellt sich als das Zusammenschreiben von wenig oder gar nicht überprüften Informationen heraus, die weitgehend bekannt und ausgewertet sind. Insbesondere gilt dies für angeblich geheime Einsatzpläne und Ausrüstungsüberlegungen. Die daraus gezogenen Schlußfolgerungen reihen sich ein in andere Bestrebungen, die Polizei als unkontrollierten und unkontrollierbaren umfassenden Machtapparat des Staates zu diskriminieren.

Wir halten daran fest, im Rahmen der von den Parlamenten erlassenen Gesetze die Sicherheit der Bürger dieses Gemeinwesens zu gewährleisten. Wir tun dies im Interesse aller – auch derjenigen, die uns kritisieren; sie können dies nur, wenn wir ihnen den Freiraum dazu erhalten.

Im übrigen fällt mir beim Lesen des Buches die Geschichte des Umganges mit Kritik von – glaube ich – Karl Valentin ein. Er schrieb damals einem Zeitungskritiker: „Ich sitze auf dem WC und lese Ihre Kritik; noch habe ich sie vor mir, gleich werde ich sie hinter mir haben." Das Papier dieses Buches und seine Seitengröße lassen eine ähnliche Empfehlung zu.

Albert D. Lohse
Leiter der Schutzpolizei Bremen

aus 'Deutsche Polizei' 11/82

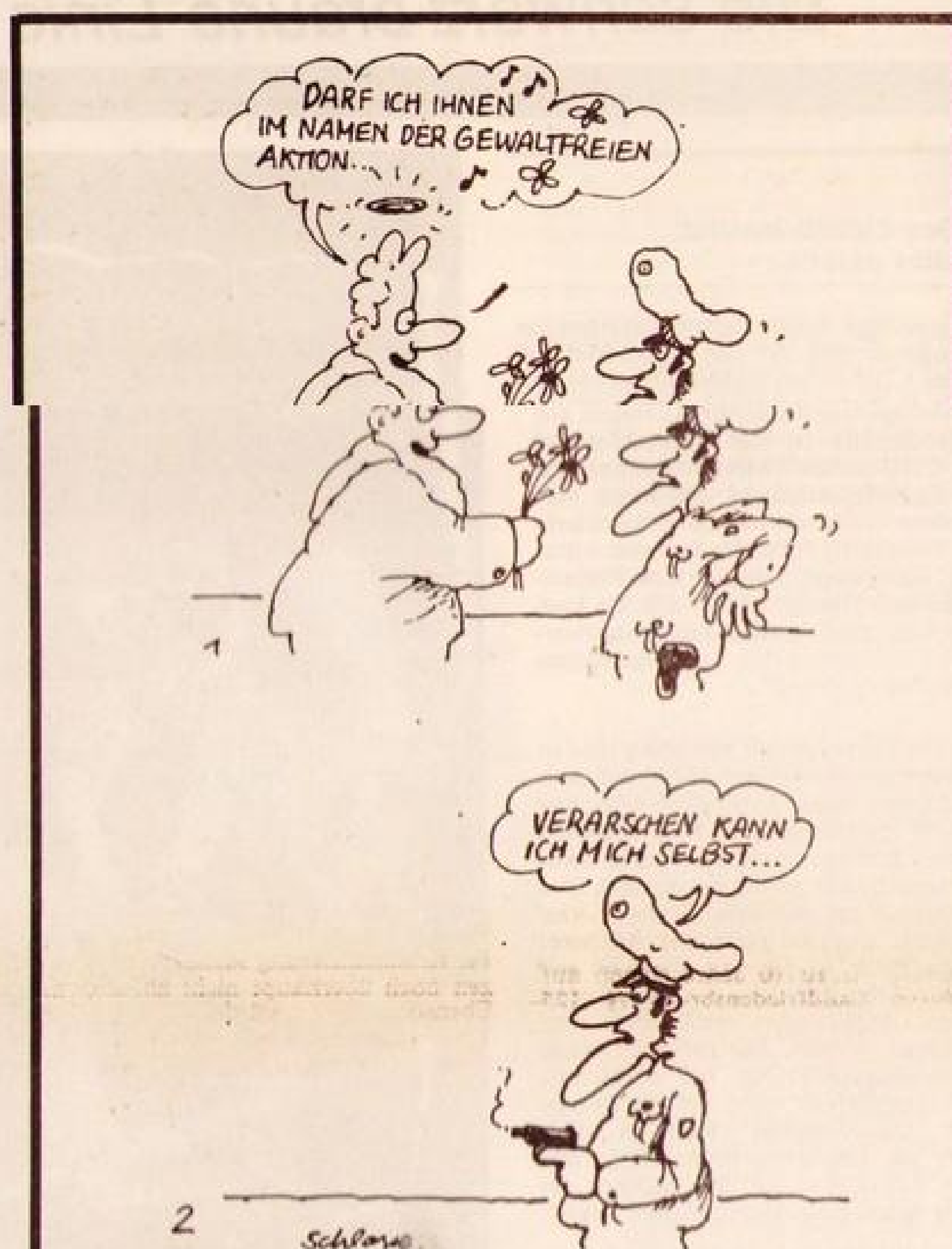
aus 'Deutsche Polizei' 11/82

Rolf Gössner, Uwe Herzog

Der Apparat

Ermittlungen in Sachen Polizei

Kiepenheuer & Witsch, Köln 1982
365 Seiten; DM 19,80



Bremer Gelöbnis: Polizei bleibt ungeschoren

So sehr die Staatsanwaltschaft sich nach den ,,Bremer Stadion-Krawallen'' anläßlich der öffentlichen Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 bemühte, Demonstrant/inn/en mit Anklagen zu überziehen, so lax wurde mit verschiedenen Dienstaufsichtsbeschwerden wegen der gewalttätigen Polizeieinsätze umgegangen. Polizeipräsident Dieckmann, maßgebliche Einsatzleiter und einzelne Prügelbullen sollen demnach von weiteren Nachforschungen wegen der folgenden Vorwürfe verschont bleiben:

— Fotos sowie diverse Zeugenaussagen belegen, daß Polizisten häufig und über längere Zeit mit Steinen in die Demonstrantenmenge geworfen haben und Demonstrant/inn/en in mindestens zwei Fällen durch Spießrutenlaufen brutal mißhandelt wurden;

— Mindestens ein Journalist wurde im Weserstadion gewaltsam davon abgehalten, ,,Fotos vom Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten zu machen''. ,,Vernehmungsprotokolle'' von Polizisten mit ,,z.T. identischem Wortlaut'' beim Bestreiten jedweder polizeilicher Ausschreitungen machen offenkundig, ,,daß die Ermittlungen der Polizei gegen sich selbst'' nicht sonderlich ernsthaft durchgeführt wurden, was die Anwälte der Beschwerdeführer und den grünen Bürgerschaftsabgeordneten Willers veranlaßte, im Rahmen einer Pressekonferenz nochmals die Forderung nach einem unabhängigen Untersuchungsausschuß zu erheben, der auch ,,die Frage der Entschädigung'' verletzter Demonstrant/inn/en klären soll.

Diese Vorwürfe und die verhältnismäßig objektive Presseberichterstattung riefen die GdP (Gewerkschaft der Polizei) und den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wedemeier auf den Plan. Die GdP beschuldigte ,,*bestimmte Gruppen mit der kürzlich gegründeten 'Bürgerinitiative öffentliche Polizeikontrolle', eine Aversion gegen die Polizei und ihre Beamten erzeugen zu wollen*'' (Bremer Nachrichten''; 22.10.). Und da Wedemeier unterstellt, daß jeder Polizist sich ,,*pflichtgemäß und gesetzestreu verhält*'', lehnt er eine ,,öffentliche Polizeikontrolle'' ab, weil ,,*sie offenbar darauf abziele, der Polizei gegenüber grundsätzlich Mißtrauen zu erzeugen*'' (,,Weser-Kurier'', 27.10.). In diesem Zusammenhang erklärte Wedemeier bereits die Ablehnung eines neuen Untersuchungsausschusses, weil dies ein untaugliches Mittel sei.

Weniger an den Worten der Bonner Oppositions-SPD, sondern an den Taten ihrer Regierungsfraktion sollte die Sozialdemokrtie gemessen werden, und das kann konkret für Bremen nur heißen, die ,,Bürgerinitiative öffentliche Polizeikontrolle'' zu stärken.

Spendenaufruf

,,Bürger kontrollieren die Polizei''
2800 Bremen, Humboldtstr. 56
Konto-Nr. 20 10 93 1401
Bank für Gemeinwirtschaft, Bremen
(BLZ 290 101 11)

Die Angst des Staates vor der Angst der Jugend

Teil 2

Die schwarz-braune Linie

Bei aller Übereinstimmung über die Gefahr ,,unruhiger achtziger Jahre'' kommt die konservativ bis christlich-reaktionäre Argumentation bzgl. der Jugendproteste zu gänzlich anderen Einschätzungen und Bewertungen als die sozialliberale — selbstverständlich auch im wissenschaftlichen Gewande, versteht sich. Während die sozialliberalen Untersuchungen, Stellungnahmen usw. ein nahezu einstimmiger Schrei nach einer konsequenten Reformpolitik sind, denen die Regierungspraxis der SPD (FDP) allerorten ins Gesicht schlug und weiter schlagen wird, kommen die klerikal-konservativen Analysen zu dem Schluß, daß es der Jugend zu gut gehe, daß ihr durch 15 Jahre sozial-liberale Koalition fehlgeleitetes ,,Anspruchsdenken'' ursächlich für die Proteste sei, diese Ansprüche daher abgebaut und durch ,,alte Tugenden'' wie Leistung, Gemeinsinn, Vaterland usw. ersetzt werden müßten.

Anders als bei der sozialliberalen Linie, die durch den Wiederspruch zwischen Reformanspruch und unsozialer, antidemokratischer Politik unglaubwürdig geworden ist, dienen die CDU/CSU-Untersuchungen, — Stellungnahmen usw. wesentlich widerspruchsfreier der *unmittelbaren Legitimation* einer mit ihren Analysen übereinstimmenden Politik: der weiteren Einschränkung der Lebens-, Arbeits- und Bildungs'ansprüche' der Jugend (im Rahmen der generellen Verschärfung der Krisen- und Kriegspolitik), des Sozialabbaus und des Abbaus der politischen Freiheiten über das bisher von der SPD (und FDP) betriebene Maß hinaus.

Mit welchen Methoden und Argumenten die Klerikal-Konservativen in der Jugendpolitik diese Legitimation suchen, soll in diesem Teil des Artikels dargestellt werden, nachdem im ersten Teil die 'sozialliberale' Linie vorgestellt wurde.

Das EMNID-Institut: alles paletti...

Grundlage konservativer Aussagen zur Jugendpolitik ist das Daten-Material des CDU-nahen EMNID-Instituts. Eine Zusammenfassung der recht verstreuten Untersuchungen präsentierte der Geschäftsführer des Instituts kürzlich auf einem Seminar der Polizei-Akademie Hiltrup (Anm. 17). Er kam dort u.a. zu folgender bemerkenswerten ,,thesenartigen Zusammenfassung'':

,,a) Die Jugendlichen von heute sind in außerordentlich hohem Maße mit dem politischen und sozio-ökonomischen System zufrieden. Sie sind zugleich weithin politisch passiv; ihr politisches Interesse ist nur gering ausgeprägt, ihre Bindungen an politische Parteien sind schwach, und die politische Aktivität Jugendlicher ist geringer als noch vor sechs Jahren. Ideologische Extrempositionen, insbesondere nach links, sind abgebaut worden. Die vorherrschende Leistungsorientierung in Wirtschaft und Gesellschaft wird weithin akzeptiert. 'Gerechtigkeit' wird zu über 70 % als Leistungsgerechtigkeit, von einer Minderheit (20 %) dagegen im Sinne von sozialer Gerechtigkeit begriffen.

b) Die Wahlabsichten der Jugendlichen haben sich gegenüber 1974 nicht wesentlich verändert, allerdings seit 1978 in Richtung ökologisch orientierter Gruppen.

c) Im ideologischen Spektrum der Jugendlichen ist im Vergleich zu 1974 ein deutlicher Rückgang der links-extremen Positionen zu erkennen.

d) Das politische Interesse der Jugendlichen ist 1979 deutlich geringer als

men Positionen zu erkennen.

d) Das politische Interesse der Jugendlichen ist 1979 deutlich geringer als

noch 1974.

e) Als dringendste politische Aufgabe empfinden die Jugendlichen weitgehend Übereinstimmung derjenigen Umstände, die sie unmittelbar am stärksten betreffen oder bedrohen (Arbeitslosigkeit, Schaffung von Ausbildungsplätzen usw.).

f) Mit zunehmendem Alter unterscheiden sich weibliche und männliche Jugendliche in ihrer politischen Einstellung immer weniger.

g) Es gibt eine mit dem Alter wachsende Anzahl Jugendlicher, die eine Bereitschaft zur Inpflichtnahme durch das politische Gemeinwesen zeigen, die vom Staat offenbar nicht genügend erfüllt wird. Vielleicht auch nicht von den Institutionen.

h) Der Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik wird von rund 90 % der Jugendlichen sehr positiv bis einigermaßen positiv beurteilt.

i) Es ergibt sich — alles in allem — ein außerordentlich undramatisches Bild der Einschätzung unserer Parteiendemokratie bei den Jugendlichen im Jahre 1979.''

Im übrigen seien es bestenfalls ,,*Spannungen zu Hause, d.h. in der Familie*'', die die jungen Menschen unzufrieden machen. Es soll hier nicht in Detailkritik zu den EMNID-Angaben eingetreten werden. Diesbezüglich sei nur auf die Dehnbarkeit der Befragungsmethoden verwiesen (Anm. 18). Die Wissenschaftlichkeit der ,,Thesenartigen Zusammenfassung'' wird ausreichend in den Angaben zum Wahlverhalten der Jugend (Punkt b) deutlich, die sich angeblich gegenüber 1974 ,,*nicht wesentlich geändert*'' habe, was mit dem Zusatz vernebelt wird: ,,*allerdings in Richtung ökologischer Gruppen*''. Ja mei, was soll das denn heißen?! Vom gleichen Kaliber ist die Behauptung, seit 1974 sei ein ,,*deutlicher Rückgang der linksextremen Positionen zu erkennen*''. — Dem widersprechen selbst Erhebungen aus dem eigenen Lager, so z.B. der Adenauerstiftung (CDU-eigen), nach deren Angaben 13 % der Jugendlichen gewalttätigen Protesten zustimmen:.. Man schnitzt sich die Daten offenbar so, wie man sie gerade braucht. In diesem Fall brauchte man sie zur Abstützung der These, daß der Jugendprotest in Wirklichkeit nichts anderes sei als der zu einem ,,Jugendmythos'' hochstilisierte, ganz alltägliche Generationenkonflikt (,,*anthropologische Durchgangsstation*''), der durch entsprechende ,,*Entmystifizierung*'' und Entdramatisierung zurückgestutzt werden müsse.

Damit aber niemand glaubt, wir hätten uns mit der EMNID-Analyse ein besonders plumpes Beispiel von Funktionalisierung der Meinungsforschungsergebnisse herausgepickt, stellen wir im folgenden noch weitere durchaus repräsentative Untersuchungen vor.



Jugend '80: Eine ganz normale Generation

Drei Millionen Erstwähler können die Bundestagswahl entscheiden. Wer sind sie, was denken sie? Über Eltern, Freiheit, über den Staat? Wie stehen sie zum Erbe der „Protestgeneration"? Michael Jach fand einige überraschende Antworten.

DEUTSCHLAND-MAGAZIN 7/80

Aus Deutschlandmagazin — 7/80

Gegen „aufwendige Erfüllungspolitik"

Im Mai 81 veröffentlichte die CSU über die ihr angeschlossene Hanns-Seidel-Stiftung in dem stiftungseigenen Organ ,,Information'' ihre Analyse der Jugendproteste unter dem Titel **,,Jugendpolitik in den 80er Jahren''**. Autor ist der Leiter der Forschungsstelle für Jugendfragen in Hannover, Prof. Walter Jaide (Anm. 19). Der Professor kam zu dem Ergebnis, daß es sehr oft nur um die Probleme von ,,Randgruppen'' gehe, wo meist ,,*unzulässig verallgemeinernd*'' von ,,der Jugend'' gesprochen werde. Im übrigen ist seine ,,Dokumentation'' ein Musterbeispiel für die Argumente von CDU/CSU und für ihren Umgang mit Fakten. Wir wollen sie deshalb in ihren Schwerpunktaussagen zitieren:

Familie: intakt

,,Der vermutete Werteschwund betrifft offenbar weniger die F a m i l i e als Institutionen und die von ihr repräsentierten Werte und Normen. Eheliche Treue wird von der Mehrheit als unentbehrlich bzw. nützlich anerkannt. Fast die gesamte Familienforschung ist sich darin einig, wie stabil, funktionsfähig und anpassungsbereit sich die Familie erhalten hat trotz bedeutender Belastungen und gesellschaftlicher Veränderungen. Die üblichen Beschuldigungen 'der' Familie sind wohl nur erklärlich vor dem Hintergrund unrealistischer, überhöhter, auch früher nie erfüllter Anforderungen und Erwartungen (und entsprechender 'Enttäuschungen')''.

Frustrationen: unbekannt

,,Frustration wegen einer angeblich chancenlosen Zukunft tritt nur bei sehr wenigen Jugendlichen auf und hat dort meist spezielle biographische Gründe. Diese Aussagen werden flankiert durch die in allen Umfragen und Untersuchungen merkwürdig hohen Quoten (zwischen 50 und 80 %) von Zufriedenheit mit bzw. Zustimmung zu Arbeitsinhalten, Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte. Dagegen stehen negative Einschätzungen (abgesehen von den Unentschiedenen) bei 5 bis maximal 30 %. Gleichzeitig werden Zustimmungen zum Bildungs- und Ausbildungssystem, zum Wirtschaftssystem und zum System der Bundesrepublik Deutschland geäußert''.

Staatsverdrossenheit — was ist das?

,,Gegenüber der vielberufenen Staatsverdrossenheit muß allerdings hingewiesen werden auf eine positive Grundeinstellung (Akzeptanz) zum demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland im ganzen (bei ca. 60 - 70 %). ... Wesentlich geringere Quoten finden sich auf den extremen Flügeln eines gedachten Meinungsspektrums rechts und links. Inhaltlich bestimmt wird 'rechts' durch Fortdauer nationalstaatlicher, obrigkeitsstaatlicher und sozialreaktionärer Einstellungen bei gleichzeitig starker Distanzierung und Passivierung. 'Links' finden sich Ten-

gleichzeitig starker Distanzierung und Passivierung. 'Links' finden sich Ten-

denzen radikaler Systemveränderung, besonders des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im marxistischen Sinne bei einer starken partiellen Aktivierung. Diese wird paralysiert oder zeitweilig gesteigert durch einen generellen politischen Zynismus. Nur diese Einstellungsgruppe kann als 'abseits', verdrossen, mißtrauisch, oppositionell gekennzeichnet werden; sie genießt allerdings eine übermäßige Publizität und Förderung durch politische Bildung.'' — Na bitte, alles hochgespielt!

Alternative: Mehrheit mobilisieren

,,*Die Mehrheit ist aufgefordert, sich mit abweichenden Meinungen, Randgruppen und deren Problemen zu beschäftigen. Es gilt jedoch, die Mehrheit dort bei der Stange zu halten, wo sie noch steht, und dies ihr selbst ihren Erziehern und allen übrigen zum Bewußtsein zu bringen*''. Es müßten nicht die ,,*negativen Symptome einer Minderheit*'', sondern die ,,positiven'' Kräfte der ,,*Regeneration, Balance und Regelkreisstabilität*'' der Mehrheit ,,*auf die Platte gebracht*'' werden.

Vom „Jugendmythos" distanzieren...

,,Die Dokumentation distanziert sich von einem geglaubten oder enttäuschten Jugendmythos, der den Eigenkräften und Eigentendenzen der Jugendlichen allzuviel Gewicht beimißt. Innovationen wie Anklagen sind erst Sache des dritten oder vierten Lebensjahrzehnts''.

Polaritäten austragen ...

,,Aus der Dokumentation ergibt sich kaum eine Empfehlung für eine sanfte nachgiebige, mitleidige Linie, eine auf-

wendige Erfüllungs- und Befriedungspolitik. Man darf der Bildungsreform mit ihren fragwürdigen Intentionen und Ergebnissen nicht eine aufgeregte Jugend-Lebens-Reform hinterherschicken. Partiell notwendige Anforderungskorrekturen sollen nicht zu allgemeinen Erleichterungen und Unterforderungen für alle und zu Egalisierungen pervertiert werden. Vielmehr ist die abforderbare, verantwortliche Mitwirkung der Jugendlichen bei der Wahl und Durchführung ihrer Bildungs- und Ausbildungswege, ihrer Berufsziele und Freizeitinhalte, ihrer Partnerschaften und Mitgliedschaften in Gruppen, Vereinen und Organisationen sowie eine Balance zwischen Ansprüchen und Leistungen sowie die Inkaufnahme von partiellen, vorübergehenden Schwierigkeiten und unabdingbaren Anstrengungen zu betonen. Was uns Deutschen so schwer fällt: Polaritäten auszutragen. Was man dem einem Pol der Liberalisierung, Toleranz, Kritik, Reform und Wahlfreiheit zubilligt, muß man dem anderen Pol der Leistung, Ordnung, Solidarität, Belohnungsaufschub nicht wegnehmen. Wir müssen den Mut haben, diese Polaritäten zu bejahren und fruchtbar zu machen."

In den konservativen Analysen werden die Jugendproteste entgegen dem einfachen Augenschein zu einem bloßen Randgruppenproblem erklärt, das durch einseitige (politische und bildungsmäßige) Förderung von Links, einen von derselben Seite aufgebauschten Jugendmythos, übermäßige Beachtung in den Medien usw. erst zum Problem der Gesamtgesellschaft hochgespielt werde. In Wirklichkeit sei die übergroße Mehrheit der Jugend leistungsbereit und anpassungsfähig — wenn ihnen die notwendigen Leistungen nur ausdrücklich genug abgefordert werden...! Diese Mehrheit gelte es gegen die Minderheit der Unzufriedenen zu mobilisieren.

Die Wünsche des Kapitals

Aus Kreisen der CDU/CSU-freundlichen Kapitalisten und ihrer Lobbys werden ähnliche Thesen vorgetragen. So ließ die Hans Martin Schleyer-Stiftung im Oktober 81 auf einer Tagung verlauten: *„Die 'kaputte Jugend' der siebziger Jahre gehört der Vergangenheit an. Für die 14 - 19jährigen gilt, daß sich in ihren Einstellungen und Lebensstilen eine neue Jugendbewegung ankündigt. Sie nimmt Anregungen aus verschiedensten Alternativbewegungen produktiv auf, sieht aber ihr Engagement in einer breiten Vielfalt innerhalb unserer Gesellschaft. Mit Recht kann von einem positiven Aufbruch der Jugend gesprochen werden."* — Der bekannte Pr. Rohrmoser, Vertrauter von Strauß und Berufsrechter, erklärte ergänzend, *„der falsche Pluralismus habe zu einer aktuellen Krise bei der jungen Generation geführt..."* (Anm. 20).

Etwas differenzierter, letztlich aber in derselben Tonart, tönt es aus dem „Bund deutscher Arbeitgeber" (BDA

(Anm. 21). 1980 klang der konservative Grundton noch relativ zurückhaltend an: Der *„überwiegende Teil der jungen Generation"* habe *„eine positive Grundeinstellung zur politischen und gesell-*

(Anm. 21). 1980 klang der konservative Grundton noch relativ zurückhaltend an: Der *„überwiegende Teil der jungen Generation"* habe *„eine positive Grundeinstellung zur politischen und gesellschaftlichen Ordnung*; allerdings bestehe *„kein Grund zur Sorglosigkeit"*, denn *„angesichts der derzeitigen Verhältnisse im Beschäftigungs- und Bildungssystem sind die Auswirkungen der unvermeidbar gewordenen Enttäuschungen nur schwer einzuschätzen"*. Der Jugendpolitik müsse daher ein *„besonderer Rang"* eingeräumt werden. *„Die immateriellen Werte unserer Gesellschaft sind überzeugender als bisher zu verdeutlichen und soziale, kulturelle sowie sportliche Interessen zu wecken"*.

In der kritischen Auseinandersetzung mit der „Shell-Studie" 1981 (vgl. Teil 1) wurde der BDA deutlicher. Zwar wurden immer noch *„bedenkliche Verharmlosungen"* kritisiert, die umstandslos davon sprächen, *„daß die Mehrheit der Jugend die Zukunft optimistisch sähe"*. Namentlich erwähnt wurde Springers „Welt". Die Parteien wurden ermahnt, das Thema ernst zu nehmen. In ein Zitat des französischen Politologen F. Bondy verpackt wurde speziell die CDU zum Handeln aufgefordert: *„Nach 35 Jahren 'nicht normalen Zustandes' tue ein Blick in die Welt not, in der die Bundesrepublik als eine der normalsten funktionstüchtigsten Demokratien der Gegenwart gelte. Demnach gelte es, ein übersteigertes Krisenbewußtsein zu vermeiden. Francois Bondy nennt dies einen 'Phantomschmerz'. Es lohnt sich, dies vorzumerken. Die junge Generation kann nur dann verantwortlich handeln, wenn sie weiß, woher sie kommt und daß sie eingebunden ist in die Verantwortlichkeit der Geschichte. Identität erwächst aus Tradition, Sachverstand, Mitverantwortung und dem Willen zur Zukunftssicherung. Hier aber könnte die Union auf dem kommenden Bundesparteitag ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen"* (Anm. 22).

CDU-„Jugendparteitag" 1981

Der sog. Jugendparteitag der CDU (November 81 in Hamburg), der mit 500 jugendlichen Gästen als Dialog-Kongress gefeiert wurde, entsprach den u.a. vom BDA formulierten Anforderungen. Unter dem Stichwort: ***„Mit der Jugend — Unser Land braucht einen neuen Anfang"*** wurde ein Programm verabschiedet, in dessen Präambel es heißt: ***„Den meisten jungen Menschen geht es gut ... Viele junge Menschen erleben wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit als selbstverständlich ... Der Staat hat den Menschen zuviel versprochen und die Menschen haben zuviel vom Staat erwartet. So kam es, daß die Ansprüche immer mehr wuchsen und der Gemeinsinn immer mehr schwand ... Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt, Gemeinsinn wieder entwickelt werden"***. (Anm. 23)



Oben: Geißler bei seinem vielbeachteten Fernsehmißverständnis mit West-Berliner Hausbesetzern; unten links: CDU-Jugend im Dialog

(Foto: Metall 8/23 CDU-extra, Hamb. Parteitag)

In vier Foren wure diskutiert und anschließend dokumentiert, was die CDU für die „Zukunftssicherung" der Jugend tun will:

1\. **„Friedenssicherung"**:
auf ein pastorales „Verständnis" für die Gewissensnöte der Friedensbewegung folgt knallhart:

Jugend tun will:
1\. **„Friedenssicherung"**:
auf ein pastorales „Verständnis" für die Gewissensnöte der Friedensbewegung folgt knallhart:

- Ja zur Abschreckungspolitik: *„gerade aus dem ‚Gebot der christlichen Nächstenlieben"* sei es *„nicht erlaubt, das eigene Volk der Diktatur und Unfreiheit auszusetzen"*;
- Nein zu allen Bestrebungen für eine Atomwaffenfreie Zone;
- „vorbehaltlose", „konsequente" und „zeitgerechte" Verwirklichung des „NATO-Doppelbeschlusses";
- *„mehr Entwicklungshilfe"*, d.h. mehr Einsatz junger Menschen in der sog. 3. Welt.

2\. **„Soziale Marktwirtschaft erneuern"**
Der aktuelle Verzicht auf „falsche Ansprüche" soll mit Hinweis auf eine bessere Zukunft schmackhaft gemacht werden: *„So richtig die Erkenntnis ist, daß wirtschaftliches Wachstum eine dem Menschen dienende Funktion hat, so richtig ist aber auch, daß wir heute angesichts der realen wirtschaftspolitischen Situation die wirtschaftlichen Voraussetzungen wieder schaffen müssen, um auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit finanzieren zu könen"*. Flankiert wird diese Erkenntnis von einem Katalog von Maßnahmen zum Sozialabbau einerseits, zur Investitionsförderung andererseits. Gefordert wird auch: *„mehr moderne Technik"*, insbesondere der „Ausbau der Kernenergie".

3\. **„Jugend und Bildung"**
Die Schule müsse *„ihren Beitrag leisten, daß junge Menschen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat aus Überzeugung bejahen und für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung eintreten."* Sie müsse *„verdeutlichen, daß Freiheit in Frieden aktiv geschützt werden"* muß, *„klare Vorstellungen von Deutschland vermitteln, ... ein natürliches Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Vaterland erleichtern"*.

Die Schule soll extrem leistungsorientiert sein: ***„Heranbildung von Eliten muß als eine Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden"***. Dazu gehört lt. CDU ein die *„unterschiedlichen Begabungen"* und das *„unterschiedliche Leistungsvermögen"* berücksichtigendes *„vielfältig gegliedertes"* Schul- und Bildungswesen. *„Nivellierende Integrationssysteme lehnt die CDU weiterhin ab"* (Gesamtschule). — *„Wer den Leistungsgedanken in Bildung und Ausbildung durch grundsätzliche Leistungsfeindlichkeit oder durch Nivellierung untergräbt, zerstört die Voraussetzungen der sozialen Sicherheit"*.

Im Sinne dieser Grundlinie sind folgende Forderungen angeordnet:
- *„Schule überschaubar"* machen (Zurück zum alten ‚Zwergschulmodell");
- *„Verkürzung der überlangen Ausbildungszeiten"*;
- *„Das Lernziel der Schule, die Sprache im Unterricht und der Inhalt der Schulbücher müssen von falschem wissenschaftlichem Ehrgeiz befreit werden"*;
- *„Förderung der staatlich anerkannten Privatschulen"*;
- *„Die Schulorganisation muß so angelegt sein, daß die deutschen Schüler nicht in ihren Bildungsmöglichkeiten durch einen übergroßen Ausländeranteil mit mangelhaften Kenntnissen der deutschen Sprache behindert werden"*;

gelegt sein, daß die deutschen Schüler nicht in ihren Bildungsmöglichkeiten durch einen übergroßen Ausländeranteil mit mangelhaften Kenntnissen der deutschen Sprache behindert werden";

- Vermindung der Zahl der Studenten (*„Abiturienten müssen vermehrt auf Alternativen zum Studium ... hingewiesen werden"*);
- *„Reform der Studieninhalte und Reform der Ausbildungsförderung, ... um die knappen Mittel sinnvoll einsetzen zu können"*. Die Richtung der „Reform" ist ausdrücklich durch die Interessen der Kapitalisten bestimmt: *„Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt eines Landes hängt ebenso wie seine internationale Konkurrenzfähigkeit entscheidend von dem Beitrag ab, den es zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu leisten vermag. Wichtigstes Ziel der Hochschulpolitik muß es daher in Zukunft sein, die Leistungsfähigkeit der Hochschulforschung zu sichern und zu stärken"*.

4\. **Eine „menschliche und überschaubare Ordnung"**
Besondere Beachtung verdient, w i e die CDU den Jugendlichen ihre Politik verkaufen will. Als *„unser Ziel"* wird im Hamburger Programm die *„Erneuerung der Wertorientierung"* angegeben, die *„Neuorientierung in Staat und Gesellschaft,"* die *„Wiederbelebung menschlicher Tugenden"*. Besonders die Passagen, die den unmittelbaren Sozialabbau begleiten, quellen über vor Floskeln wie *„Solidarität"*, *„Gemeinsinn"*, *„Dienst an der Gemeinschaft"*, *„Vertrauen in die eigene Kraft"*. Unter dem Stichwort *„Subsidiaritätsprinzip"* (der Staat springt erst dann mit Leistungen ein - z.B. mit Sozialhilfe - wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind) wird versucht, den Abbau staatlicher Sozialleistungen als Abbau staatlicher Bevormundung, als mehr Freiheit, *„Eigenverantwortlichkeit"* und Selbstbestimmung zu verkaufen. Als erstrebenswert wird hingestellt, daß *„der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten (muß), die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben"*.

Diese Ausführungen sind von einem bunten Strauß von Forderungen eingerahmt, die jedem grünen Programm und manchem alternativen Traum vom besseren Leben Ehre machen würden, wie z.B.: für *„überschaubare Lebensräume"*, gegen *„Großstrukturen"*, *„Schulfabriken"*, *„Mammutkrankenhäuser"*, *„Wohnsilos"*, für die *„Stärkung des Föderalismus"*, für *„überschaubare Gemeinden"*, *„für einen starken Mittelstand,"* für *„Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit"*. Es scheint ganz so, als wolle die CDU mit solchem Programm auf einem Feld ernten, auf dem sie bisher nicht gesät hat: dem grün-alternativen. Insbesondere versucht sie offenbar, an den Wünschen der Jugendlichen nach

weniger Staat und mehr Menschlichkeit, mehr Geborgenheit und Zugehörigkeit zu einer überschaubaren Ge-

weniger Staat und mehr Menschlichkeit, mehr Geborgenheit und Zugehörigkeit zu einer überschaubaren Gemeinschaft anzuknüpfen. In diesem Sinne heißt es am Schluß des Programms: *„Wir stehen am Scheidewege. Entweder wir gehen in eine perfekt verwaltete, aber kalte und deshalb unmenschliche Einheitsgesellschaft, oder wir gehen in eine Gesellschaft, die weiß, daß zur wahren Freiheit Menschlichkeit, Vertrauen und Geborgenheit gehören . . ."*. In gesalbten Worten kommt auch der Schwerpunktkatalog daher, nach dem sich die zukünftige Jugend-Politik der CDU ausrichten soll. Bei näherer Betrachtung dient er aber kaum einer *„Gesellschaft mit menschlichem Gesicht"*, sondern der Spar- und Krisenpolitik:
- *„umfassende Förderung"* von Jugendarbeit, was aber nicht bedeuten solle, *„allein materielle Anreize schaffen"*;
- *„verstärkte Förderung der freien Träger und Vereine"*, und zwar aus *„Kostengründen"* (d.h. Abwälzung der staatlichen Kosten für Jugendhilfe aller Art auf private Träger: z.B. Kirchen, Sportvereine uam.);
- gegen die *„stärker gewordene Gefährdung der Jugend durch Alkohol und Drogenmißbrauch, Verwahrlosung und andere zur Kriminalität führenden Einflüsse"*, mehr *„prophylaktische und kompensatorische"*, *„jugendpflegerische Arbeit"*. Konkret verbirgt sich hinter den schönen Worten: die tendenzielle Verpolizeilichung der Sozialarbeit, Drogenknäste usw.;
- Einbeziehung Jugendlicher in „lokale Lebensbezüge", „Mitverantwortung" in der Kommunalpolitik usw.; schließlich
- keine „Abkapselung" der Jugend in „Ghettogruppen": *„Jugend braucht Verantwortung statt Bevormundung. Junge Menschen müssen früher und stärker als bisher vor die Notwendigkeit gestellt werden, für sich und andere Verantwortung zu tragen. Dem Recht auf Selbst- und Mitbestimmung entspricht die Pflicht, ein größeres Maß an Belastungen und Zwängen auszuhalten und zu tragen"*.

Der Bundespastor spricht

Zur Verdeutlichung der pastoralen Heuchelei der CDU (übrigens stellenweise wortgleich mit SPD-Rechten wie Schmidt) hier unser neuer Bundeskanzler im Originalton, wie er sich noch als Bundeskanzler in spe auf dem ‚Jugendparteitag' an seine ‚jungen Zuhörer' hier und ‚draußen im Lande' wandte:

„Ich finde es positiv, wenn junge Leute mit Nachdruck und mit Phantasie auf (solche) Fehlentwicklungen hinweisen. Dann aber — und das muß ausgesprochen werden — scheiden sich die Geister: die einen in der jungen Generation sehen hier eine Chance, anzupacken, sich zu engagieren, sich einer Herausforderung zu stellen. Und lassen wir uns nichts einreden: das ist immer noch die überwältigende Mehrheit unseres Landes. Das sind junge Leute, die man selten in der sterilen Atmosphäre gesellschaftskritischer Theoriediskussionen antrifft, die man aber überall dort findet, wo praktische Hilfe, persönliches Engagement und soziale Verantwortung gefragt sind: in den Vereinen in Stadt und Land, bei der Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei den Hilfsdiensten, im Entwicklungsdienst und in vielen anderen Bereichen. ... Andere aber — und auch darüber müssen wir sprechen, da ihre Zahl wächst — machen Skepsis, Ablehnung und Verweigerung zum Lebensprinzip. Sie packen nicht an, sie steigen aus. Sie machen nicht mit, sondern sie fordern heraus. Diese Haltung ist Ausdruck von Bequemlichkeit, von Resignation und sicherlich auch oft genug Angst ... Es muß offen gesagt werden, daß in der Angst von so manchem jungen Mitbürger auch ein Grundton Larmoyanz (Weinerlichkeit - AK) *mitschwingt, der mir gänzlich unverständlich ist. Manch einer hat auch erst aus den Schriften eines modischen Kulturpessimismus erfahren, daß er einer ‚verlorenen Generation' angehört, daß sensible Zeitgenossen Angst haben und daß, wer kritisch intellektuell sein und ernst genommen werden will, sich heute verweigern muß ... Trotz allem, was die Jungen heute belastet ..., müssen wir klar widersprechen, wenn man so tut, als gehe es dieser jungen Generation so schlecht wie nie zuvor. Ich behaupte: Noch nie in der deutschen Geschichte hat es eine junge Generation gegeben, die so selbstverständlich in Frieden, in Freiheit und Wohlstand leben konnte ... Richtig ist aber auch, daß man diesen jungen Leuten falsche Maßstäbe gegeben hat. So sagte man, der Konflikt sei der Vater aller Dinge, Disziplin sei überflüssig, Leistungswillen ein Kennzeichen der Ellenbogenmenttalität."* Es müsse aber klar gemacht werden, *„daß nur mit den alten Tugenden, die unser Leben lebenswert gemacht haben, die unser Land zu Wohlstand und Ansehen in der Welt gebracht haben"*, *„wir, die Deutschen, die Herausforderung der Zukunft bestehen"*.

„daß nur mit den alten Tugenden, die unser Leben lebenswert gemacht haben, die unser Land zu Wohlstand und Ansehen in der Welt gebracht haben", *„wir, die Deutschen, die Herausforderung der Zukunft bestehen"*.

Nach diesem Fanfarenstoß folgt die Kampfansage gegen die Linke: *„Aber ... die entscheidende geistig-politische Auseinandersetzung ist nicht mit jenen zu führen, die Angst haben, sondern mit jenen, die ihre Geschäfte, ihre politischen Geschäfte mit der Angst machen ... Wachsende Teile in der SPD und der Neuen Linken wollen sich die Bewegung der großen Verweigerung zunutze machen. Sie wollen in Wahrheit längst eine andere Republik. Von den Rand- und Protestgruppen her wollen sie die Gesellschaft neu definieren. Deshalb auch die beflissene Nachsicht auch gegenüber gewaltsamem Protest. Deshalb wollen sie, daß sich der freiheitliche Rechtsstaat verstecken soll. Meine Freunde, es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir uns mit dem scheinheiligen Moralismus der politischen Linken in Deutschland offensiv auseinandersetzen."*

Der offensichtliche Anknüpfungsversuch des Hamburger Programms sowie der Rede Kohls an Vorstellungen der unzufriedenen Jugend, an grün-alternativen Wunschvorstellungen u.a.m. straft die CDU-Behauptungen von der angeblich nur hochgespielten, unbedeutenden Minderheit von Querulanten Lügen. Offenbar ist dieseMinderheit immerhin so attraktiv, daß man ihrer Bekämpfung und möglichen Integration einen ganzen Parteitag und ein ganzes Programm widmet. Der Trick ist allein: statt wie die SPD-Analysen, die Krise oder gar Fehler des Systems verantwortlich zu machen für die Lage der Jugendlichen, wird die Schuld auf die SPD gewälzt, die mit ihren maßlosen Versprechungen (Chancengleichheit, Bildung für alle etc.) eine unreali-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

stische Erwartungshaltung produziert habe. Damit versucht die CDU, an der Desillusionierung der Jugendlichen durch die SPD anzusetzen. Kritik am System soll in eine Kritik an den „sozialistischen" und „kollektivistischen Experimenten" der SPD umgewandelt werden.

CSU-„Zukunftskongreß" 1979

Was mensch sich unter Schlagworten wie *„wertorientierte Familienpolitik"*, *„alte Tugenden"*, *„geistige Offensive"*, *„Neuorientierung"* usw. vorzustellen hat, ist beispielhaft bereits dem CSU-„Zukunftskongreß" vom November 1979 zu entnehmen, der sich u.a. mit grundsätzlichen Fragen der Jugend- und Familienpolitik beschäftigte (Anm. 25). Eine der drei Referenten war die berüchtigte Rechtsaußen Christa Meves. Die materielle Lage der Jugend und der Familien war dem Kongress keine Zeile wert. Diesbezüglich wurden ohne große Umstände die handelsüblichen CDU/CSU-Positionen wie oben genannt vorausgesetzt. Umso tiefer aber ließ der Kongreß in die geistige Haltung blicken, um nicht zu sagen, den geistigen Abgrund, mit dem wir es bei den „Werterneuerern" zu tun haben und den mensch als Hintergrund zu den vergleichsweise biederen Worten der heutigen CDU im Kopf haben muß. Hier nur ein paar Hinweise auf die Schwerpunkte der Argumentation (näheres: siehe Kasten):

- Zur Begründung der **notwendigen Entdemokratisierung:** als Ursache allen Übels bezeichnete der Kongress die Ersetzung „christlicher Grundwerte" durch den *„Scheinwert der Demokratisierung"* bei der Regierungsübernahme durch die SPD. Demokratisierung wird gleichgesetzt mit „Nivellierung", „Entindividualisierung", „Kollektivierung". Im Interesse der Zukunftserwartungen der Jugend müsse diese „Vertauschung" der Werte rückgängig gemacht werden.
- Zur Begründung einer **Einschränkung der Bildungschancen:** ebenfalls wichtige Ursache der schädlichen Protesthaltung der Jugend, ihrer Verunsicherung, zu hohen Ansprüche etc. sei die SPD-Bildungsreform. Die Hofierung der kritischen Frankfurter Schule (Marcuse, Horkheimer, Adorno u.am.), „Konflikterziehung", „Über-Bildung" usw. habe zu überhöhten individuellen Ansprüchen, Unzufriedenheit und Kritikastertum geführt, vor allem auch zur Gefahr der Auflösung überkommener gesellschaftlicher Strukturen und Rollen durch Emanzipationsgelüste aller Art, besonders seitens der Frauen; also weg damit:
- **Opferbereitschaft von Frau und Familie für den Staat:** die „totalitäre" und „kollektivistische" Politik der SPD habe zu einer Zerschlagung der Familien geführt, die Frauen von ihren Babys an die Arbeit gerissen und die Kleinkinder „kollektiviert". Dagegen müsse die Familie als Keimzelle für die Entwicklung von „Dienstbereitschaft", Sparsamkeit etc. wieder aufgebaut werden, die Frau wieder ins Haus.

Der Landesvorsitzende der Jungen Union Bayerns, A.Sauter, brachte die CSU-Kongress-Linie zur Jugendfrage auf den Punkt: *„...neben den Demokratisierungstendenzen"* sei für die Verunsicherung der Jugend auch noch verantwortlich: erstens *„das jahrelange Gerede von der Kritikfähigkeit"* und zweitens der *„Aufruf zur Alternative in allen Bereichen"*. Dagegen müsse der *„Aufruf zu Positivem, zu lebensbejahenden Formen, zu einer lebensbejahenden Gemeinschaft"* gesetzt werden. Der Generation, *„die erwacht ist aus dem Konsum- und Wohlstandstaumel, für die materieller Wohlstand eben nicht alles bedeutet"* müßten „ideelle Werte" vermittelt werden.

Die Jugend hat ein „Recht auf Leitbilder"

In einem Brief an den Vorsitzenden des Bundesjugendringes vom September 1980, mit dem er auf die vom Jugendring vorgelegten jugendpolitischen Vorstellungen (zur Bundestagswahl) reagierte, schrieb Strauß u.a., die Jugend wolle endlich wieder *„realistische, auf klaren Werten beruhende Zukunftsperspektiven"*. Dabei brauche sie nicht nur die Hilfe des Staates und der Politiker, sondern auch *„der großen sinnvermittelnden Kräfte, allen voran der Kirchen"*. Die Enttäuschung *„über eine an den Realitäten zerbrochene Reformeuphorie"* und *„verflachte Begriffe wie Treue, Wahrhaftigkeit, Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit und Disziplin"* hätten *„im jungen Menschen eine Leere entstehen lasen"*, die auch von elterlichen Leitbildern *„nurmehr höchst unvollkommen"* ausgefüllt werden könnte. In diese „Leerräume" sei der „Neomarxismus von Marcuse und der Frakfurter kritischen Schule" eingebrochen. Dadurch sei das Problem der *„Orientierungsnot gerade der geistig-anspruchsvollen Jugend"* noch verschärft worden. Die Jugend habe *„das Recht auf Vor- und Leitbilder"*. Das öffentliche Leben müsse sich wieder klar und eindeutig an den Grundwerten orientieren. Die Jugend bestehe in ihrer großen Mehrheit nicht *„aus gestreßten Numerus-Clausus-Noten-Opfern und ‚frustierten' Lebenszweiflern"*. *„Diese Jugend ist noch immer fähig und bereit, ihre Jugend zu genießen"* und sich zu freuen, jung zu sein. Auf diese „politische Realität" dürften die *„Problemfälle der Aussteiger"* — *„so ernst wir sie zu nehmen haben"* — den Blick nicht verstellen. Die Jugend müsse allerdings auch wissen, daß die Zeit einer Politik *„auf der Grundlage eines wirklichkeitsfremden und verantwortungslosen Wunschdenkens endgültig abgelaufen"* sei. *„Ohne funktionsfähige Wirtschaft gibt es kein leistungsfähiges System der sozialen Sicherung und kein funktionsfähiges Bildungs- und Ausbildungssystem"*. Alle jugendpolitischen Vorhaben stünden deshalb „unter dem Vorbehalt" der „Sicherung der äußeren Freiheit", der „ausreichenden Energieversorgung" und der „Funktionsfähigkeit der Wirtschaft". Im übrigen suche die „große Mehrheit" der heutigen Jugend ohnehin weniger nach materiellen Werten als nach „überzeugend vorgelebten Grundwerten". (Anm. 26)

Die übrigen CSU- — und CDU- — Größen reden entsprechend: So meinte der **niedersächsische Innenminister Möcklinghoff** (angesichts der Hausbesetzungen etc. im Frühjahr 81), die Jugend habe *„lange keinen Krieg erlebt"* — eine Bemerkung, für die er sich anschließend in der Öffentlichkeit herauszureden suchte. Der **Kultusminister von Bayern, Mayer,** sprach von *„lauter Prinzen und Prinzessinnen"*. Er äußerte die Befürchtung, daß der *„radikale Flügel dieser unruhigen Jugend im ganzen Land Stützpunkte schaffen wolle, um sich dem Zugriff der Staatsgewalt zu entziehen"*. (Anm. 27).

Alfred Dregger forderte *„die Abkehr von der sogenannten emanzipatorischen Pädagogik und von der Überbewertung des Konflikts als Selbstzweck ... Wir müssen nicht vermeintliche Randgruppen pflegen, sondern den großen Teil der Unauffälligen ansprechen"*. (Anm. 28)

Wie häufig, brachte die **katholische „Deutsche Tagespost"** als Rechtsausleger der CDU/CSU, das konservative Grundverständnis und die Zielvorstellung am klarsten auf den Punkt. Unter der Überschrift *„Für eine patriotische Jugendbewegung"* hieß es da im Oktober 1981 u.a.: *„Die natürlichsten Möglichkeiten zur Identifikation bilden Volk und Nation ... Die Idee des Dienens war es, die einst Preußen stark machte ... Die schlimmste Sünde von allen ist aber, daß der Jugend bei ihrer Suche nach Geborgenheit, nach nationaler Identität, jegliche Hilfe versagt wird. Sie ist daher selbst aufgerufen, in einer patriotischen Jugendbewegung, die historische Kontinuität wiederherzustellen und damit ‚Erbe und Auftrag' zu ergründen"*. (Anm. 29)

Hosen lieber wieder hoch ...

Inzwischen hat der Regierungsantritt der Konservativen erste Konkretisierungen ihres „Neuanfangs" gebracht: Verschärfung der von der SPD(FDP) eingeleiteten Krisen- und Kriegsvorbereitungspolitik, Konfrontationspolitik gegenüber den Protestbewegungen — von der Friedensbewegung über die Ökologiebewegung bis hin zu gewerk-
von der Friedensbewegung über die
schaftlichen Protesten. Über die spezielle Jugendpolitik schwieg sich das „Dringlichkeitsprogramm" Kohl/-Genschers bisher aus. Interessant ist aber erstens, daß mit Geissler der Klugscheißer der CDU den Familienminister abgibt und zweitens, daß die einzige bisher bekannte Initiative dieses Herrn in einer Verlängerung der Zivildienstzeit bestehen soll. Die weitere Linie der großen Jugendpolitik dürfte darüberhinaus aus der Ankündigung von Vorschlägen zur Schaffung von „mehr Wehrgerechtigkeit" (zusammen mit Überlegungen, das Alter für den Einzug zur Bundeswehr auf 17 herabzusetzen; Propagierung des „Entwicklungsdienstes" und des Dienstes bei freiwilligen Feuerwehren, Sportvereinen usw.) zu erschließen sein. Vorwitzige Jung-Union'ler haben in letzter Zeit immer wieder erkennen lassen, daß sie sich durchaus für Arbeitsdienstverpflichtungen erwärmen können. Zusammen mit den in der „Thesen der CDU zur Inneren Sicherheit" verkündeten Absicht, die Arbeit in den „Sicherheitsorganen" mit mehr „Sozialprestige" zu versehen, darf mensch sehr gespannt sein, was da bundespolitisch herausbrät!

Im übrigen gilt auch für die konservative Linie in der Jugendpolitik, daß ihr Prüfstein die kommunale Praxis ist. Wir wollen uns hier mit exemplarischen Hinweisen begnügen:

- Der polizeiliche Überfall aufs SPD-geleitete **Nürnberger Jugendzentrum „KOMM"** offenbarte bereits 1981 die Linie der bayerischen Landesregierung (CSU), den Jugendprotest nicht nur als „Randgruppe" zu „beachten", sondern als „terroristische Minderheit" zu kriminalisieren, zu isolieren und brutal zu zerschlagen. Die übrigen CDU-regierten Bundesländer deckten das Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den sozialliberalen Vertretern der „weichen Linie" voll. Sie schoben z.T. sogar selbst noch Forderungen nach schärferer Anwendung des § 129, Demonstrationsrechtsver-


„...für neue Tugenden und ideale Werte ..."



Christa Meves auf dem CSU-Zukunftskongreß Nov. '79

Totalitäre Politik der SPD

2. Konsequenzen Bonner Regierungspolitik

„Gebt mir den Menschen, gebt mir das Kind", sagt mehr oder weniger versteckt aber unmißverständlich unsere Regierung und postuliert:

a) Das Austauschen der Primärpersonen, die man marionettenhaft infolgedessen „Bezugspersonen" nennt und von „Rollen" spricht, ihre Ablösbarkeit durch Institutionen, zum Beispiel durch Kindergrippen und staatlich anerkannte Tagesmütter.

b) Die Kollektivierung der Kleinkinder, obgleich wir wissen, daß die häusliche Früherziehung bessere Ergebnisse in bezug auf die späteren Lernleistungen und Sozialisationsfähigkeit zeitigt.

c) Die Anonymisierung und Vermassung des Schulbetriebes.

d) Die geistige Ablösung und Aufhetzung der Kinder gegen ihre Eltern mit Hilfe von Schulbüchern und Bildungsprogrammen, mit Hilfe der sogenannten Erziehung zur Kritikfähigkeit – sprich Widersetzlichkeit.

e) Im Zuge dieser Zielsetzung auch die Manipulation zur schulischen Sexaufklärungsdiktatur und Anregung zu viel zu früher sexueller Stimulation. Denn das schürt die Gegensätze zu der
schen Sexaufklärungsdiktatur und Anregung zu viel zu früher
älteren Generation und löst die Kinder rascher aus dem Familienbund heraus. Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich das in Bayern noch einmal sagen: Mit einer pfleglichen Sexualerziehung, mit einer phasenspezifischen Erziehung, wie wir sie alle auf dem Boden von Wissenschaft und Erfahrung zum Glück für unsere Kinder wünschen, hat dieses Programm in seiner Ideologie und seinem Zweckdenken nicht das mindeste mehr zu tun.

Diese Marschrichtung soll
f) mit Hilfe des Jugendhilfegesetzes, das den Kindern dann praktisch ermöglicht, sich von ihren Eltern zu scheiden, erste gesetzliche Zementierung erfahren. Denn nur durch die Erziehung der Jungen zum Kollektiv läßt sich die Utopie des selbstgebastelten Arbeiterparadieses der Zukunft – so meint man fälschlicherweise – verwirklichen.

Der Mensch ist auf Vorbilder programmiert

4. Die Bedeutung von Vorbildern

Deshalb braucht der Mensch so unaufgebbar persönliche Vorbilder, um seinen inneren Drang zum Guten, zum Geist der Liebe, zur Dienstbereitschaft für Gott zu stärken. Der Mensch ist deshalb sogar biologisch auf die Bindung durch solche Vorbilder vorprogrammiert. Er ist auf Vormacher hin angelegt, wie uns subtile Messungen deutlich machen können. Der Mensch muß nachahmen, wenn er zu einer konstruktiven Lebensgestaltung kommen will, und weil das so ist, kann die Einwirkung negativer Vorbilder in der Kindheit so besonders verheerende Auswirkungen haben. Deshalb wird auch in der Bibel so oft, so eindringlich vor den falschen Propheten gewarnt, eben weil der Mensch so gefährlich leicht von schlimmen Verführern in einen Zauberberg – im Grunde religiöser – Faszination hineingenötigt werden kann. Moon und Jones liegen im Grunde auf der gleichen Linie wie Hitler.

(Quelle: „Wir meistern die Zukunft" — Dokumentation CDU-Kongreß München)

CDU-Bundesgeschäftsstelle

– Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit –

Dokumentation

"Die CDU im Gespräch mit der Jugend"

Zwischenbericht
über die Aktivitäten der Partei
seit dem Hamburger Parteitag

In fast allen Veranstaltungen, seien es offene Parteitage, Diskussionsforen oder Jugendkongresse, stand ein Thema im Vordergrund: Der Frieden und die Frage der Friedenssicherung.

Anregungen und Erfahrungen eines Landtagsabgeordneten

Exemplarisch - und auch als Anregung - seien hier die Erfahrungen eines Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg wiedergegeben, dessen Wahlkreis im ländlichen Raum liegt

"In meiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender führe ich pro Woche im Schnitt 1 bis 2 reine Jugendveranstaltungen durch. Ich habe damit im Hochschwarzwald begonnen und werde bis Ende des Jahres alle Gemeinden und Teilorte besucht haben. Wichtig ist im ländlichen Raum, daß in der Tat in die Teilorte gegangen wird und dort Einzelveranstaltungen durchgeführt werden. Der Versuch, zentrale Jugendveranstaltungen durchzuführen, ist bereits in der Vergangenheit mehrfach gescheitert, da die Flexibilität, zu Veranstaltungen zu fahren, bei keiner Bevölkerungsgruppe so niedrig ist wie bei den Jugendlichen. Die bisherigen Jugendveranstaltungen können im Ergebnis als gut bis sehr gut bezeichnet werden. Allerdings muß man sich darauf einstellen, daß erste Voraussetzung für den Erfolg und "in das Gespräch kommen" ist, daß man sich eine ganze Menge an Frechheiten bis hin zur klassischen Beleidigung gefallen lassen muß. Von der sonst bei CDU-Veranstaltungen vorhandenen Biederhaftigkeit, Bedächtigkeit und vor allem Höflichkeit untereinander ist relativ wenig zu spüren.

In den Gemeinden und Teilorten, wo unsere CDU-Leute in der Vergangenheit sich, wenn überhaupt, so nur disziplinierend und verneinend an die Jugendlichen gewandt haben, ist der Aggressionsrückstau besonders hoch. Dieser Aggressionsrückstau basiert auf einem ebenso großen Informationsrückstand über das, was CDU tatsächlich ist und was sie will.

Zur Reaktion der Jugendlichen folgende Bemerkungen:

Sehr gut kommt die Tatsache an, daß unser Kreisverband in der wahlkampflosen Zeit das Gespräch mit den Jugendlichen sucht und deshalb nicht das Geschmäckle des billigen Stimmenfangs an sich hat. Unbedingt erforderlich ist, daß man den Jugendlichen knallhart die eigene Meinung und die Position der CDU vermittelt. Man muß sich schon darauf einstellen, daß sich die Jugendlichen - um

hat. Unbedingt erforderlich ist, daß man den Jugendlichen knallhart die eigene Meinung und die Position der CDU vermittelt. Man muß sich schon darauf einstellen, daß sich die Jugendlichen - um

zu testen - geradezu ein Sport daraus machen, die Standfestigkeit der gegenübersitzenden Person zu überprüfen. Die bereits früher gewonnene Erkenntnis, daß es bei der Friedensdiskussion bei Oberschülerinnen und Oberschülern gleichermaßen mies aussieht, hat sich in den vergangenen Versammlungen insgesamt bestätigt. Es wird aber wenigstens konsequent jede Art von Gewalt in allen Bereichen von jungen Leuten abgelehnt, was zur Folge hat, daß Hausbesetzungen und ähnliches aufs schärfste verurteilt werden.

Nun zum Organisatorischen: Entscheidend ist, daß eine Form der Einladung gefunden wird, die den einzelnen unmittelbar anspricht. Das althergebrachte Einladungsschema unserer Partei taugt hierfür überhaupt nicht. Zu meinen Versammlungen werden grundsätzlich alle 14 - 18jährigen eingeladen. Die Adressen erhält die Geschäftsstelle entweder über die Gemeinde oder teilweise auch über die Schulen. Wo in diesen beiden Bereichen gar nichts geht, stellen Jugendliche, die zuvor persönlich angesprochen werden müssen, die Adressen ihrer Klassenkameraden, Freunde, aus den Vereinen usw. zusammen. Letzteres hat den positiven Effekt, daß ein Teil der Jugend durch die aktive Hineinnahme von vornherein besonders motiviert ist und auch für eine nachherige Mitarbeit besondere Bereitschaft entwickelt. Jede Einladung muß eine Originaleinladung sein, das heißt Originalschreiben und vor allem Originalunterschrift. Mir haben schon eine ganze Reihe von Jugendlichen gestanden, daß sie bei dem Einladungsschreiben überprüft haben, ob die Unterschrift auch echt ist - Kleinigkeiten, aber wichtige -

Wichtig ist auch der verschlossene Briefumschlag und nicht die Verschickung als Drucksache. Bei allen Veranstaltungen ist der Vorsitzende des Kreisverbandes der Jungen Union als Zuhörer mit anwesend. Er schaltet sich, wenn überhaupt,so nur ganz wenig, in die Diskussion ein. Seine Beiträge laufen meistenteils auf die Aufforderung hinaus, bei bestimmten Veranstaltungen wie z. B. Besuch eines Kernkraftwerkes durch die Junge Union oder gar einen Besuch in Berlin mitzumachen. Die Berlinreisen sind ganz, ganz wichtig für die Arbeit der Jungen Union.

Am Ende der Veranstaltung fordere ich die Jugendlichen auf, sich in eine Liste einzutragen, wenn sie das nächste Mal wieder eingeladen werden wollen. Der Erfolg war bisher hervorragend. Diese Liste erhält der Kreisvorsitzende der Jungen Union, der dann nacharbeitet. Wichtig ist, daß der Zeitraum zwischen meinem Auftritt als Kreisvorsitzender und der nächsten Veranstaltung nicht zu lang sein darf. Der Bundestagsabgeordnete und der Landtagsabgeordnete müssen im abgestimmten Abständen mit Veranstaltungen nachziehen, ebenso die Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Kreisräte und Gemeinderäte, die als allenfalls sekundierende Zuhörer bei meiner Veranstaltung dabei sind.

Unsere Planung geht dahin, daß nach 2 bis 3 Zusammenkünften die Gründung einer Jungen Union vorgeschlagen werden soll. Wichtig ist, daß wir in der Lage sind, die Jugendlichen mit entsprechenden Materialien zu versorgen."

schärfung und besserer Polizeiausrüstung nach.

- In **München** lief ein etwas anders gearteter Versuch, die Jugendlichen zu „Mitverantwortung" und „positiven Werten" zu aktivieren: nachdem dort bereits Ende 79 Polizisten als „streetworker" eingesetzt waren, um die „Brutstätten des Terrorismus" in den Griff zu bekommen, kündigte die CSU-Fraktion zum Jahreswechsel 80/81 mit derselben Intention den „Vertrag über die Führung von Freizeitstätten" zwischen dem Kreisjugendring (KJR) und der Landeshauptstadt. (Mitgliederorganisationen des KJR sind u.a.: Sportjugend, katholische Jugend, Trachtenjugend, Gewerkschaftsjugend — also ein braver demokratischer Verein) Die Kündigung kam auf Betreiben des Sportbundes zustande, der für die Freizeitheime die Anwendung des Radikalenerlasses, Raumverbot für die SDAJ, „Ausgewogenheit der Veranstaltungen" und eine Unterstellung der Heime unter seine Leitung durchsetzen wollte. Der KJR beugte sich schließlich. (Anm. 31)
- **„Wertorientierte Familienpolitik"** im Sinne der Stärkung der Kleinfamilie und „Entkollektivierung der Kleinkinder" demonstrierte die Stadt **Frankfurt** mit der Schließung der Kindertagesstätten (KiTas) trotz starken Protestes der betroffenen Eltern und einer engagierten Öffentlichkeit.
- Mit welchen Mitteln die CDU/CSU-Schulpolitik gegebenenfalls gegen Jugendliche, die „Mitverantwortung" ernst nehmen, durchgesetzt wird, zeigte Schuldezernent **Mihm/Frankfurt**, der 1978 50 Schüler, die mit ihm in seinem Amt diskutieren wollten, gewaltsam zur erkennungsdienstlichen Behandlung und vorübergehender Haft schleppen ließ.

Nicht unerwähnt bleiben soll der Versuch der Westberliner CDU, gegenüber der Alternativszene mit Bauernfänger-Tricks zu landen: Noch vor der Übernahme der Regierungsgeschäfte stellte die CDU dort eine große Anfrage an den SPD-Senat über „alternatives Leben" in der es u.a. heißt *„alternatives Leben"* werde häufig *„leicht und undifferenziert mit Verweigerung, Gegnerschaft zur freiheitlich demokratischen Grundordung sowie politischem Radikalismus gleichgesetzt"*. Richtig sei aber, daß viele dieser Grtuppen *„auf sozialem und kulturellem Gebiet einen bedeutenden Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten können"*. Es gebe viele **„Berührungspunkte mit Motiven und Zielen auch der CDU"**: *„Ausgehend von den Grundwerten der Freiheit, Chancengerechtigkeit und Solidarität werden von Anhängern der sogenannten alternativen Kultur Vorstellungen vom Leben*

rechtigkeit und Solidarität werden von Anhängern der sogenannten alternativen Kultur Vorstellungen vom Leben

im Staat und in der Gesellschaft entwickelt, in denen die CDU viele ihrer eigenen Prinzipien wiedererkennen kann: so die Prinzipien der Eigenverwaltung und Eigenverantwortung, der Dezentralisierung, der Ablehnung einer Verstaatlichung aller Daseinsbereiche und des totalen Wohlfahrtsstaats, der Ablehnung eines bloßen Konsumverhaltens . . .". Hatte schon die SPD auf die Anfrage geantwortet: *„In dem Maße, in dem es uns gelingt, die Alternativbewegung konstruktiv für unsere Politik sichtbar zu machen, wird es uns auch gelingen, den kriminellen Teil, der diese Bewegung pervertiert, zu isolieren und so das Gewaltproblem in unserer Stadt zu lösen"*, so scheint die jetzige CDU-Regierung gewillt, dies mit einer gezielt differenzierten Subventionspolitik zu praktizieren. (Anm. 32)

Ob es der CDU/CSU gelingen kann, mit einem Jugendprogramm wie dem des Hamburger Parteitages und Lock-Angeboten wie aktuell in Westberlin über die handfesten politischen und sozialen Verschlechterungen hinwegzutäuschen, die sich hinter ihrer Politik auftun und ob sie die von der SPD enttäuschten Hoffnungen der Jugend (und anderer) für eine antidemokratische und antikommunistische Mobilisierung tatsächlich nutzen und die Mehrheit der Jugendlichen auf ihre Seite ziehen kann, ist eine offene Frage. Die Beantwortung dieser Frage wird letztlich w e s e n t l i c h auch davon abhängen, ob es der CDU/CSU gelingt, den Jugendlichen m a t e r i e l l e Angebote zu machen, die (gemessen an der allgemeinen Verelendung) eine relative Existenzsicherung — oder auch nur -verbesserung sind, wie kurzfristig auch immer. Möglichkeiten deuten sich an (sie können hier nur angetippt werden und bedürfen genauerer U n t e r s u c h u n g) in der „Entwicklungshilfe", im verlängerten Zivildienst, bei der Polizei, in der Bundeswehr. Denkbar wäre auch die Förderung alternativen Landbaus unter dem Motto „Wiederentdeckung der Heimat".

Darüber hinaus hängt der Erfolg einer reaktionären Mobilisierung seitens der CDU/CSU davon ab, ob es ihr gelingt, über den Aufbau von inneren und äußeren Feindbildern (Ausländer, Linke, Kommunisten, Terroristen, Bedrohung von Lebensstandard und Bestand der ‚zivilisierten Welt' durch die ‚unterentwickelten Länder' uam.) das Gefühl des Bedrohtseins und die Angst der Bevölkerung so zu steigern, daß die „alten Tugenden" wie Patriotismus, Dienst- und Opferbereitschaft für den Staat, wehrhafte Demokratie zur Sicherung der Zukunft usw. glaubhaft propagiert werden können — was ja gerade unter Jugendlichen nicht sehr „in" ist.

Die Linke tut aber jedenfalls gut daran, allen Versuchen der CDU/CSU, sich als neue Heimat für Fortschritts- und Zivilisationskritik, insbesondere als Zuflucht für die von der Krise entwurzelten und von der Sozialdemokratie enttäuschten Jugendlichen anzudienen, mit allergrößter Aufmerksamkeit zu begegnen.

Vor allem wird es darauf ankommen, die Unvereinbarkeit von ‚Zurück zur Natur'-Parolen, von Versprechen auf kleinbürgerliche Idylle oder überhaupt Geborgenheit mit der tatsächlich von der CDU betriebenen Förderung des großen Kapitals, der weiteren Monopolisierung, der weiteren Verelendung der Massen uam., die Unvereinbarkeit der Parole ‚weniger Staat' mit der tatsächlichen Herausbildung von wesentlich m e h r Staat durch die CDU praktisch zu b e w e i s e n .

Parlamentarische Fassade...

Nach dem Verriß der ersten (kritischen) Studie des SPD-Familien-Ministeriums im Bundestag im September '81 (Anm. 16) machte nicht nur die SPD über das Familienministerium einen zweiten, „realistischeren", Anlauf, sondern wurde auch die Einsetzung einer interfraktionellen Enquète-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat" unter Vorsitz von Matthias Wissmann (CDU, JU-Vorstand) beschlossen. Sie sollte nun angeblich endgültig „Ursachen, Formen und Ziele" sowie Alternativen zur Behandlung der Proteste liefern. Dazu wurden im folgenden auch eine Reihe von „Dialogen" geführt, u.a. zwischen dem Westberliner Besetzerrat und Mitgliedern der Enquète-Kommission. Dabei gaben die Kommissionsmitglieder außerordentlich witzige Figuren ab... (Anm. 33).

Angesichts der doch recht unterschiedlichen Analysen des Jugendprotestes seitens SPD/FDP und CDU/CSU wundert es nicht, daß der im Mai 82 vorgelegte „Zwischenbericht" der Enquète-Kommission erstens keinerlei analytische Neuigkeit zutage förderte und zweitens ganz im

richt" der Enquète-Kommission erstens keinerlei analytische Neuigkeit zutage förderte und zweitens ganz im

Gegenteil bereits vorliegende „Erkenntnisse" (sei es bei der SPD/FDP, sei es bei der CDU/CSU) in einem widersprüchlichen Wischi-Waschi-Kompromiß wiederkäute — sowohl was die Ursachenforschung angeht als auch die Alternativen. Das gilt im übrigen für einen im Oktober ganz frisch erschienenen zweiten Zwischenbericht der Kommission nicht minder (Anm. 34). Diese Papiere haben mit ihrem angegrünten Vokabular und der vorgespiegelten Dialogbereitschaft nur noch die Funktion, die tatsächlichen Zustände zu verschleiern und die Möglichkeit gewaltloser, parlamentarischer Lösungen vorzuspiegeln, während sowohl SPD als auch CDU schon längst zu anderen Methoden übergegangen sind. Angesichts des Regierungswechsels und des verschärften Sozialabbaus sind die Beschwörungen parlamentarischer Lösungen seitens dieser Kommission ohnehin nur noch das Geld wert, das ihre Verfasser damit verdienen.

Interessant sind diese Papiere lediglich hinsichtlich der Punkte, die sie n i c h t bzw. nur beiläufig erwähnen:

Das ist zum ersten die offensichtliche Angst vor einer Ausweitung der Jugendproteste auf die Arbeiterschaft, bzw. bereitere Teile der Bevölkerung: So heißt es in dem „Zwischenbereicht" etwas gewunden: *„Eine nennenswerte Zahl von Jugendlichen, darunter auch viele Kinder von Ausländern, erhält heute in unserer Gesellschaft kaum eine Chance, überzeugende Zukunftsaussichten zu entwickeln. Dieser Teil ist heute glücklicherweise noch relativ klein, würde aber weiter wachsen, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mit ihnen die Jugendarbeitslosigkeit zunähmen. Auf Dauer kann dies zur Herausbildung eines zahlenmäßig bedeutsamen jugendlichen Subproletariats führen, das, da es nichts zu verlieren und auf normalen Wegen auch nichts zu gewinnen hat, zum Nährboden für Gewalt und Kriminalität und zum Sammlungsbecken links- und rechtsextremistischer Gruppen wird."* Und an anderer Stelle: *„Zweifellos ist das Bild des gegenwärtigen Protestes stark von Jugendlichen geprägt. Auf Grund vorliegender Untersuchungsergebnisse und Erfahrungsberichte muß man indes davon ausgehen, daß es in der Sache weniger um Probleme der Jugend als solche der gesamten Gesellschaft und um die Folgen einer verbreiteten Sinn- und Orientierungskrise geht. Einig war sich die Kommission darin, daß der Jugendprotest wesentlich als Reaktion auf ungelöste gesellschaftliche Probleme verstanden werden muß und nicht als klassischer Generationenkonflikt verstanden werden kann. Da der neue Protest Angehörige aller Generationen einbezieht, ist selbst die Bezeichnung 'Jugendprotest' fragwürdig"*. — Die Angst vor kommenden sozialen Unruhen größeren Ausmaßes, die Wiederbelebung von Klassenkämpfen ist unüberhörbar.

Nur nebulös äußert sich die Enquète-Kommission zu der Frage, wie man die „Innere Sicherheit" aufrechtzuerhalten gedenkt, wenn die Proteste n i c h t politisch einzudämmen sind. Dazu heißt es nur lapidar: *„Die Kommission stellt klar, daß nur friedliche Demonstrationen von der Verfassung geschützt sind."* Außerdem solle „geprüft" werden, ob die Einsatzmethoden der Polizei geändert werden könnten.

Die angeregte „Prüfung" neuer Methoden der Polizeiarbeit speziell unter Jugendlichen ist bereits massiv angelaufen, und zwar als Gemeinschaftsprojekt aller Bundesländer auf Innenminister-Ebene: So läuft in Hannover (CDU) seit Anfang 1980 ein Modellversuch für eine „Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter (PPS)", das der Einführung des polizeilichen Sozialarbeiters, bzw. der allgemeinen Verpolizeilichung der Sozialarbeit und 'Jugendpflege' dient (Anm. 35). Ähnliches ist auch aus Hamburg (SPD) bekannt, wo Polizisten inzwischen als „Sozialarbeiter letzter Instanz" „jugendpflegerischen Dienst" in Heimen, Schulen und auf der Straße tun. Auch hier kann die CDU/CSU das Staffelholz direkt von der SPD (FDP) übernehmen, indem sie für das ideologische Klima sorgt, das zur Durchführung einer solchen 'Jugendpolitik' im Apparat und in der Bevölkerung nötig ist.

Einer der Chefideologen der bundesdeutschen Sicherheitsmafia, 'unorganisierter' CDU/CSU-Sympathisant, bezeichnet in seinem neuesten Buch, das der Propagierung einer ideologischen Offensive im „Sicherheitsbereich" dient, die „vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität" (wozu er auch die Jugendproteste zählt) als „zentralste Schwerpunktaufgabe" im Polizeikonzept der 80er Jahre, **„wollen wir die Lage noch im Griff behalten und — was notwendiger ist — wieder mehr in den Griff bekommen"** (Anm. 36).

Stichworte zum Schluß

Stichworte zum Schluß

Für die Linke bleibt angesichts dieser Lage zu tun:

1) die Organisierung des Abwehrkampfes gegen die materiellen Verschlechterungen durch SPD- wie CDU/CSU-geführte Regierung(en), ebenso wie die Abwehr der „geistigen" Offensive der Klerikal-Konservativen. Das bedeutet zum einen tatsächlichen Abschied von Reform-Illusionen und Entlarvung der leeren Versprechungen der SPD, zum anderen aber — ggfls. auch mit SPDlern und SPDlerinnen zusammen — die Verteidigung der noch vorhandenen Reste der „Reform"-Ära. Insbesondere Aufrechterhaltung solcher Forderungen wie: Chancengleichheit für alle, Bildung für alle, Arbeit für alle, Kampf der Elite-Propaganda der CDU/CSU.

2) Polarisierung des Protestes unter dem Motto: Wertverfall, ja bitte! Gewaltbereitschaft, ja bitte! Staatsverdrossenheit, ja bitte! Integration, nein danke! Aufgreifen der Desillusionierung gegenüber der Sozialdemokratie und Vertiefung zu einer Kritik am bürgerlichen System grundsätzlich, bei gleichzeitiger Entlarvung des Konservativismus und neuer faschistischer Demagogie vom „starken Mann". Gewaltbereitschaft und Staatsverdrossenheit als spontane Eruptionen verstehen, die die Vorboten kommender Klassenkämpfe sein können.

3) organisierende Alternativen für eine linke Jugendpolitik und Jugendkultur bewußt weiter pflegen bzw. neu entwickeln, auch im sozialarbeiterischen Bereich, um auch konkrete Identifikationsmöglichkeiten und Gelegenheiten zum „Mitmachen" und sich „Geborgen fühlen" zu entwickeln und dieses Feld nicht den Rechten, bzw. gar den Neo-Nazis zu überlassen.

F., Antifa-Kommission Hamburg

Literatur und Anmerkungen

17) Siehe dazu „Die Polizei" 7/82 und AK 225, S. 27 „Möglichst breite ermittlungssichere Füße".

Fortsetzung von voriger Seite

Die zitierte „Thesenartige Zusammenfassung" wird in „Die Polizei" mit umfänglichen demoskopischen Einzeldaten und -tabellen belegt, die aus unterschiedlichen früheren Erhebungen des Instituts stammen. Die „Thesenartige Zusammenfassung" ist offenbar speziell für den Zweck des Polizei-Seminars erstellt worden, insofern gerade in ihrer Plattheit für die Parteilichkeit der EMNID-Erhebungen besonders exemplarisch. Im übrigen sei das Studium der Seminar-Dokumentation der Polizei-Akademie-Hiltrup zum Thema Jugendprotest im Original jeder/m empfohlen, der/die sich mit dem Thema näher befassen möchte. Die spezifisch dümmliche Ausrichtung von Tatsachen nach vorgefertigten Vorurteilen entlang der Grundlinie der CDU/CSU wird dort besonders deutlich ebenso wie die aktuelle Ausrichtungskampagne innerhalb der Reihen der Polizei.

18) siehe Anmerkung 5 und 9 in AK 225

19) „Polaritäten bejahen und fruchtbar machen", Dokumentation in der FR, 9.7.81, entnommen aus „Informationen" der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU).

20) aus Tagesspiegel 2.10.81

21) aus „der arbeitgeber" 2/32 - 80, 6/32 - 80, 18/32 - 80, 23/32 - 80 und 18/33 - 81, siehe dazu auch AK 202, S. 19 „Die Sorgen der Kapitalisten". Die umfangreichen Untersuchungen und Stellungnahmen aus dieser Ecke — und zwar regelmäßig über die Jahre hinweg seit Gründung der BRD — sind hier nur gestreift. Sie würden mal eine eigene Untersuchung verdienen.

Die im Kasten zitierten Ausführungen stammen aus der BDA-Schrift aus dem Jahre 1955, „Die junge Generation in unserer sozialen Ordnung".

22) Die Parteilichkeit und Funktionalisierbarkeit von Meinungsumfragen mag in diesem Zusammenhang auch folgendes verdeutlichen: Dasselbe „Institut für Jugendforschung", dessen Jugendstudie 1981 Alarmrufe bei den Etablierten und besonders Kritik an der SPD-Politik hervorrief, kam noch 1980 in einer Analyse (ebenfalls bezahlt von der deutschen Shell!) mit dem Titel: „Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung" zu dem Ergebnis: „*Besonders auffällig ist die Vergrößerung (!) des Anteils derjenigen, die mit unserem Wirtschaftssystem zufrieden sind. Trotz Konjunkturschwäche, Arbeitsplatzgefährdung und Arbeitslosigkeit sowie den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Mitte der siebziger Jahre hat die Gruppe der im großen und ganzen Zufriedenen um 10 Prozentpunkte zugenommen. Vier von fünf Befragten (!!) waren mit unserer Marktwirtschaft einverstanden. Zur Erklärung der Zunahme bietet sich an, daß 1973 viele Befragte mehr vom theoretischen Gesichtspunkt her das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland kritisch betrachteten, dann allerdings konzedieren mußten, daß es sich in der ökonomischen Krise mit dem recht eng geknüpften Netz sozialer Sicherheiten insgesamt bewährt hat...*" (FR, 22.3.80).

Siehe dazu auch Anm. 5 in AK 226

23) Im folgenden wird zitiert aus:

a) „Mit der Jugend — Unser Land braucht einen neuen Anfang — Beschluß des 30. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Hamburg" vom 2. - 5.11.81

b) „Mit der Jugend — Unser Land braucht einen neuen Anfang — Helmut Kohl", „Eröffnungsrede und Grundsatzrede" des Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl. Dem Parteitag vorausgegangen waren etliche Umfragen CDU-naher Institute, die der CDU alarmierende Zahlen über ihren schwindenden Einfluß in der Jugend bewiesen. Mit Einladung von 500 jugendlichen Delegierten zum Hamburger Parteitag und mit ausdrücklicher Einladung zum „Dialog" auf diesem Parteitag, sowie Vorlage eines an die Jugendlichen gerichteten Programms machte die CDU einen ersten Versuch, sich zu verjüngen. Inzwischen ist offenbar nach Hamburger Muster der „Dialog" auf Kreis- und Orts-Ebene in vol-

richteten Programms machte die CDU einen ersten Versuch, sich zu verjüngen. Inzwischen ist offenbar nach Hamburger Muster der „Dialog" auf Kreis- und Orts-Ebene in vol-

len Zügen angelaufen.

Siehe dazu auch Anmerkung 8) in AK 226

24) „Antrag der Fraktion CDU/CSU — Zukunftschancen der jungen Generation", Bundesdrucksache 8/2045, 16.8.78.

25) „CSU — wir meistern die Zukunft — Fragen von heute — Antworten für morgen — Dokumentation des CSU-Kongresses in München".

Der Kongreß, der vom 16. bis 17.11. 79 mit ca 1.000 Delegierten und Gästen stattfand, wurde von der CSU als ideologischer Grundlagenkongreß für die kommenden Jahre verstanden. In vier Foren wurde erörtert:

„Für eine Zukunft in Freiheit" — Innenpolitik,
„Deutschlands Stellung in der Welt" — Außenpolitik,
„Der Fortschritt als Zukunftschance" — Wirtschaftspolitik,
„Für eine menschliche Zukunft" — Jugend- und Familienpolitik.

Alle im Text angegebenen Zitate betreffen nur den Teil „Für eine menschliche Zukunft".

26) nach FR, 9.8.80

27) FR, 2.10.81

28) Deutsche Tagespost, 15.8.81

29) Deutsche Tagespost, 21./22.8.81, — kein Nazi-Blatt, sondern eine „rechts-liberale" Klerikal-Zeitung!

30) nach taz, 7.7.80

31) „Es geht um Selbstverwirklichung und Solidarität" — Eine Große Anfrage der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus über 'alternatives Leben' und die Antwort des Senats — FR-Dokumentation, 27.4.82

32) Zwischenbericht der Enquête-Kommission, „Jugendprotest im demokratischen Staat" gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Mai 1981, Drucksache 9/411, herausgegeben als Bundesdrucksache 9/1607, 24.4.82

33) nach FR, 27.10.82,

34)
Kriminalistik 2/80

35) siehe AK 222 — eine Besprechung des Stümper-Buches „Die Systematisierung der Verbrechensbekämpfung, Borrberg Vlg., 1981".

36) „Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland", 30.8.82.

Hamburg: Die Verbullhornung der Jugendpolitik schreitet voran

Am 19.9.82 kam es in Hamburg zu der bisher schärfsten Eskalation der von der Presse sogenannten Bandenkriege: der Bremer Fußball-Fan Adrian Maleika wurde bei einer Schlägerei am Volksparkstadion erschlagen. Als Schläger wurde eine Gruppe von ca. 50 Mitgliedern des HSV-Fan-Clubs „Die Löwen" und der „Skinheads" ausgemacht. Inzwischen ist auch ein Schuldiger gefunden worden. Peter L., „Löwe", soll Adrian Maleika mit einem Stein getötet haben. Die Ereignisse im Stadion waren für die bürgerliche Presse Anlaß für viel Geschrei über allgemein zunehmende Gewalttätigkeit d e r Fans, d e r Jugend usw. Den Vogel schoß ein Kommentator der „Welt" ab, der die ‚Fußballkrawalle' mit Brokdorf, Gorleben usw. verglich und forderte, nun müsse aber die „Zeit der falschen Töne, des politischen Pflasterheldentums und der poetischen Verklärung von Brandstiftern" vorbei sein! Die MoPo titelte: „Her mit dem Mörder!" und klagte über die allgemeine Untätigkeit der Polizei. Tatsächlich hat der Fall Maleika nicht eine allgemeine Gewaltzunahme, sondern die Eskalation von Gewalt mit echtem, z.T. offen neonazistischem Hintergrund gezeigt, zum zweiten nicht eine allgemeine Untätigkeit der Polizei gegenüber Jugendlichen, sondern eine Untätigkeit gegenüber eben diesen rechten Umtrieben - während die Punks am Spritzenplatz z.B. weiterhin von Polizei erdrückt werden. Nach dem Totschlag an Adrian Maleika wurden ca. 7 (lt. unterschiedlichen Pressemeldungen) Mitglieder der „Löwen" bzw. auch „Skins" festgenommen. Peter L. blieb als einziger in Haft. Er wird der Öffentlichkeit jetzt als Schuldiger präsentiert. Ob es nun ein Stein aus seiner Hand war oder nicht, der Adrian Maleika tötete, sei dahingestellt: Tatsache ist: hier wird wieder einmal ein Einzeltäter aufgebaut, obwohl der organisierte Zusammenhang, aus dem heraus er tätig war auf der Hand liegt: Die „Löwen" und die „Skins" sind der linken und demokratischen Öffentlichkeit schon lange als rechtslastige, mit Neo-Nazis offen zusammen auftretende Gruppe bekannt. Ihre Überfälle - zusammen mit der „savage army", im Szene-Kino ‚Klick', in Stadteilen - waren bereits Gegenstand mehrerer parlamentarischer Anfragen, sowie Anlaß für eine von mindestens 2000 Menschen besuchte Veranstaltung „Erobern wir das Klick zurück". Die Antwort des Senats und der Polizei: es handele sich um politische Gruppen, es gebe nur einen harten Kern von 30 Nazis ohne Führung in Hamburg. Eine besondere Veranlassung für eine gezielte Beobachtung, z.B. die Anlage gesonderter Karteien über rechte Banden, gäbe es nicht. Gleichzeitig wurde allerdings bzgl. der „Skins" und der „Löwen" von „Zusammenhängen" zu neo-nazistischen Kräften gesprochen, die zur „Übernahme neonazistischen Gedankenguts ge-

„Skins" und der „Löwen" von „Zusammenhängen" zu neo-nazistischen Kräften gesprochen, die zur „Übernahme neonazistischen Gedankenguts ge-

führt hätten. Widersprüche über Widersprüche...

Bei der Verhaftung der Stadion-Schläger zeigte sich, daß sowohl die „Löwen" als auch die „Skins" polizeibekannt waren, wie es so schön heißt. Seit Monaten werden ihre Aktivitäten, besonders vor den Stadien, von sog. Dokumentationstrupps und V-Leuten der Polizei registriert. Aus Verlautbarungen des sog. Rocker-Dezernats der Kriminalpolizei wurde zudem deutlich: Man kennt den Charakter der Gruppen genau - „Skins" und „Löwen" werden als rechts bis neonazistisch bei der Polizei geführt, die „streetboys" allerdings nur als eine kriminelle Gang nach amerikanischem Muster. Auch die übrigen Hamburger Gangs sind der Polizei offensichtlich wohlbekannt. So rühmte sich das ‚Rockerdezernat' beispielsweise, in einem Konflikt zwischen „Whitehead" und „Nameless" vermittelnd eingegriffen zu haben. Immerhin handelt es sich dabei um den Überfall einer rechten Truppe (Whitehead) auf die gemischte deutsch-türkische „Nameless". Da muß man schon bescheid wissen um zu „vermitteln". Die offen rechtsradikale Gesinnung von „Löwen"offenbarte u.a. ein Bild-Interview nach dem Stadion-Vorfall. Da heißt es in einem Interview mit „Löwen":

„*Bernd, Stephan und Holger" sind rechtsradikal. ‚Ich habe einfach Bock auf Hitler, der hat Deutschland wenigstens sauber gehalten.*" Ein anderer, zu seiner Arbeitslosigkeit befragt:

auf Hitler, der hat Deutschland wenigstens sauber gehalten." Ein anderer, zu seiner Arbeitslosigkeit befragt:

„*Und neben Neger und Türken da stelle ich mich nicht. Lieber hole ich mir die Kohle woanders*" (Bild, 23.1o.82). Nicht anders ist es bei den „Skins".

Unter den Augen der Polizei konnten „Löwen" und „Skins" nicht nur jeden Samstag ihre Schlägereien im Stadion provozieren, sondern sich auch seit mehr als einem halben Jahr gegen Jugendliche, Ausländer, Punks zusammenrotten (siehe dazu AK 220/221). Im ‚Klick'-Kino, wo sie sich festgenistet hatten, wurde u.a. ein GAL-Mitglied krankenhausreif geschlagen mit den Rufen „Da ein grünes Schwein!" Seit anderthalb Monaten wurde es in diesen Kreisen üblich, alle zwei Wochen (jedesmal bei einem Heimspiel des HSV) auf den Spritzenplatz zu ziehen und dort die Punks mit Stöcken, Ketten usw. zu überfallen. Bei einem dieser Überfälle, am 18.9., war auch Peter L. mit dabei.

Es ist bezeichnend, was die Presse in ihrer ganzen Aufregung über d i e Gewalttätigkeit bzgl. des Stadion-Samstags nicht berichtet: auch an diesem Tag wurden die Punks in Altona überfallen, und zwar gleich drei Mal hintereinander. Es waren ebenfalls - neben anderen - Mitglieder der „Löwen", „Skins". Die Bewaffnung die gleiche wie am Stadion: Steine, Latten,Ketten, Leucht- oder Gaspistolen. Ein Punk mußte mit Gesichtsverbrennungen durch aufgesetzte Gaspistole in ärztliche Behandlung. **Im Grunde ist es nur ein Zufall, daß der Tote am 16.9.82 vor dem Stadion und**

stole in ärztliche Behandlung. **Im Grunde ist es nur ein Zufall, daß der Tote am 16.9.82 vor dem Stadion und**

nicht auf dem Spritzenplatz lag.

Obwohl, wie die Ereignisse zeigen, die Polizei nachweislich über den Charakter, die Aktivitäten, die Mitglieder der „Löwen", der „Skins", der „streetboys" und anderer Gruppen bestens informiert war, hat sie nichts gegen sie unternommen. Bei den Überfällen am Spritzenplatz konnten sich die Angreifer vielmehr in der Art, wie die antifaschistische Öffentlichkeit es von NPD-Aufmärschen gewohnt ist, hinter der Polizei zurückziehen - die immer erst dann eingriff, wenn die Angreifer zurückgeschlagen wurden! Es macht ganz den Anschein, als ob der Terror der rechten Gruppen gegen die Punks am Spritzenplatz, gegen linke Jugendliche in Häusern der Jugend, gegen Ausländer der Polizei durchaus ins Konzept paßt, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Dieser Inaktivität der Polizei (und anderer Behörden) in bezug auf die rechten Gruppen steht die nach wie vor massive Terrorisierung, Bespitzelung und Einschüchterung der Punks am Spritzenplatz gegenüber. (Das soll hier nicht im einzelnen ausgeführt werden. Eine ausführliche neue Broschüre dazu ist gerade eben erschienen.)

Zu kritisieren ist also keineswegs, daß „zu wenig Polizei" eingesetzt sei. Zu kritisieren ist, daß die Polizei und die Behörden nichts gegen die Ausbreitung rechten Terrors, sehr viel aber zur Unterdrückung der Punks tun. Jede Klage über a l l g e m e i n e s Anwachsen von ‚Gewalt' und a l l g e m e i n e Untätigkeit der Polizei gegen ‚Gewalt'

Klage über a l l g e m e i n e s Anwachsen von ‚Gewalt' und a l l g e m e i n e Untätigkeit der Polizei gegen ‚Gewalt'

bezweckt nichts anderes oder führt zumindest zu nichts anderem als einem weiteren Aufstocken des Repressionsapparats bei gleichzeitiger weiterer Verharmlosung des sich neu entwickelnden Rechtsradikalismus.

Antifa-Kommission/AG Jugend

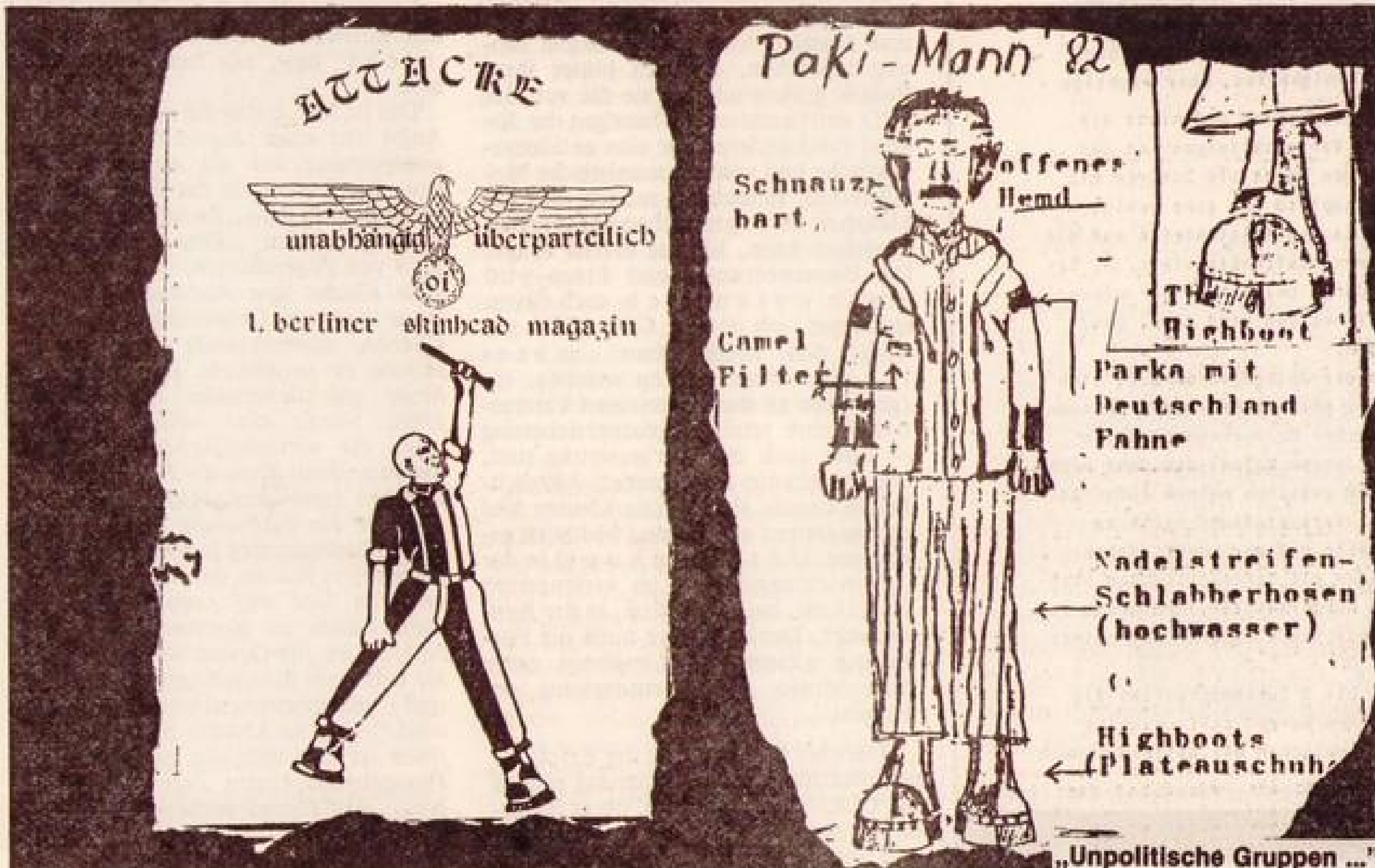
Zweimal Peter L. — den Spritzenplatz hat die Polizei vergessen!



...ian Maleika (16, Foto) in Bremen von seinen Freunden zu Grabe getragen. Gestern wurde in Hamburg der arbeitslose Schweißer Peter L. (20, Foto links) verhaftet. Er ist dringend verdächtig, Adrian mit einem Stein erschlagen zu haben. Schlimm: Der Terror in den Stadien geht weiter. Lesen Sie Seite 18.



(Foto: „Stern")



„Unpolitische Gruppen ..."



DM 4,- Schüler, Studis, Azubis DM 2,-

Kontakt:
Hungrige Herzen
Kleine Rainstr. 21
2000 Hamburg 50

Ti-Grace Atkinson:

Vom Scheitern der Frauenbewegung — oder: Das Versagen des radikalen Feminismus

Ti-Grace Atkinson, eine altgediente US-amerikanische Feministin, Mitbegründerin der „National Organisation of Women" (N.O.W.) — die sie mit dem linken Flügel 1968 wieder verließ und eine eigene Gruppe „The Feminists" (Die Feministinnen) gründete — veröffentlichte in „Courage" Nr. 8 und 9/82 zwei Aufsätze, in denen sie hart mit der Ideologie und den Ergebnissen von 12 Jahren feministischer Frauenbewegung, hauptsächlich der USA, ins Gericht geht. Der eine Artikel — „In der Falle der eigenen Phantasien — Weiblicher Nationalismus — lesbischer Separatismus" — beschäftigt sich vor allem mit den ideologischen Grundlagen des radikalen Feminismus der neuen Frauenbewegung und seinen heutigen Auswirkungen auf ihre Praxis. Der andere Artikel ist eine Wiedergabe ihres Vortrags im Westberliner Frauenzentrum, den sie am 2. August hielt. In diesem Vortrag untermauert sie ihre theoretischen Hypothesen aus dem ersten Aufsatz mit Beispielen aus der US-amerikanischen Wirklichkeit. Beide Artikel scheinen mir angesichts der Lage der bundesdeutschen Frauenbewegung beachtenswert.

Eine von Ti-Grace Atkinson's Hauptthesen kritisiert das theoretische Anlehnen des radikalen Feminismus in den USA an die separatistische Theorie der Schwarzen-Bewegung: „*Wir nahmen uns die Schwarzen-Bewegung zum Vorbild, ohne nach deren ideologischer Herkunft zu fragen. (...) Die schwarze Ideologie schien uns exakt unsere Situation zu beschreiben. Und die vorherrschende schwarze Ideologie war zu der Zeit der kulturelle Nationalismus*". — „*Meine Hypothese für das Absterben jenes lebendigen Feminismus ist eine Theorie des ‚Weiblichen Nationalismus'* ". Ti-Grace gebraucht diesen Begriff vor allem im Sinne eines „kulturellen Nationalismus", wie ihn die Schwarzen-Bewegung hervorgebracht hat: „*Der kulturelle Nationalismus signalisierte den Anfang vom Ende. Er war Zeichen für eine Abkehr vom politischen Kampf, für einen Rückzug nach innen, auf die schwarze Gemeinschaft. (...) Politische Aktion als Theater anstelle von ideologisch begründetem, strategischem Handeln, ist ein wesentliches Kennzeichen sowohl des kulturellen Nationalismus als auch des Separatismus.*"

Unter Separatismus versteht Ti-Grace vor allem die „Weiterentwicklung" des radikalen Feminismus in der Absonderung der Lesben als höchster Stufe eines praktizierten Feminismus. Sie kritisiert diesen Separatismus nicht im Sinne einer eigenständigen Politik, deren Notwendigkeit sie in keiner Weise in Frage stellt — im Gegenteil, die sie fordert — sondern sie kritisiert die fehlende Analyse, die fehlende Basis, aufgrund derer eine Ideologie und Praxis eines eigenständigen Feminismus erst ihre Berechtigung gefunden hätte: „*Laßt uns die Sache beim Namen nennen: Unsere Theorie ist ausnahmslos eklektisch und abgeleitet. Unsere einzige eigenständige Behauptung: nämlich daß Frauen der Inbegriff von Unterdrückung sind — ist nie systematisch entfaltet worden. (...) Was ich kritisiere, ist der Versuch von Feministinnen, andere Theorien für unsere Probleme umzumodeln*".

Diese Kritik bezieht Ti-Grace sowohl auf die amerikanischen Feministinnen, die sich an der Schwarzen-Bewegung orientieren, als auch auf die europäischen Feministinnen, die „*viele marxistische Anleihen*" (??) gemacht hätten. Diese hält sie an sich zwar nicht für falsch, aber für eine selbständige Feminismus-Theorie bzw. eine umfassende Analyse der Lage der Frauen, auch historisch, für wenig tauglich. Eines ihrer Hauptanliegen ist, den frauenbewegten Frauen die Augen zu öffnen darüber, daß es ohne eine eigenständige Analyse auch keinen eigenständigen, sinnvollen, sprich revolutionären, Frauenkampf geben wird. Alle theoretischen Ansätze, die die Frauenbewegung gemacht hat, blieben — so sagt sie — schon im Ansatz stecken, bzw. waren hier schon falsch angelegt: „*Radikale Feministinnen haben von Anfang an von Frauen als einer ‚Klasse' gesprochen und von Männern als ihrer ‚Gegenklasse' oder ihrem ‚Feind'. (...) Insgesamt vertraten die Radikalfeministinnen einen ‚Separatismus' in unserem politischen, d.h. also öffentlichen Leben. (...) Die Vorstellung von ‚separatistischen' feministischen Gruppen war verbunden mit der Erkenntnis der Entfremdung von Frauen untereinander — auch wenn sie nicht durch sie definiert wurde, und sie entsprang dem Bedürfnis nach einem Klassenbewußtsein, das einen politischen Zusammenschluß von Frauen möglich machte. (...) Radikalfeministinnen entdeckten also die Entfremdung jeder einzelnen Frau von der anderen*".

Die Auswirkungen dieses Politikverständnisses auf die Praxis der Feministinnen seien fatal gewesen: „ ... *irgendwann genügten den Frauen monatliche Treffen nicht mehr als Lösung für ihr wachsendes Bewußtsein der Selbstentfremdung. Das war wie an einem lockeren Zahn wackeln. Und die wöchentlichen Treffen, die die Radikalfeministinnen einführten, entwickelten sich, obwohl ‚consciousness-raising'-Gruppen genannt, was die Erzeugung von Klassenbewußtsein nahelegte, zu endlosen und chaotischen Jammerzeremonien. (...) Das gemeinsame Ziel von Frauen als einer Klasse entpuppte sich als ein vorwiegend individualistisches. Und schließlich haben wir uns völlig im Kreise gedreht: statt daß der Radikalfeminismus die Basis einer revolutionären Philosophie wurde, feiern wir nun das, gegen das wir ursprünglich angetreten sind: unsere ‚Weiblichkeit'.*"

Wenn Ti-Grace von ‚Klassen' o.ä. spricht, ist es ihr wichtig, daß „*für die amerikanischen Feministinnen ‚Entfremdung', ‚Klasse' und ‚Klassenbewußtsein' nicht wie im Marxismus miteinander zusammenhängen. Im US-Feminismus existieren sie unabhängig voneinander*". Dies ist sicherlich für das Verständnis ihrer Aussagen nicht unwichtig, obwohl es mir schleierhaft ist, wie die Begriffe im einzelnen voneinander zu unterscheiden sind. Ti-Grace kritisiert weiterhin, daß die Feministinnen es so wenig versucht haben, die Frauen an ihren Arbeitsplätzen zu organisieren, obwohl hier zu Beginn der feministischen Bewegung die ersten Kämpfe (bei Stewardessen und Säuglingsschwestern) stattgefunden haben. Ein Mangel übrigens, der sicherlich auch für die westdeutsche Frauenbewegung gilt.

Die Sackgasse, in die der Separatismus auf der einen Seite und die Orientierung am ‚weiblichen Nationalismus' auf der anderen Seite führten, beschreibt sie so: „*Unser erstes Ziel hieß: politische Selbstbestimmung für Frauen. Um dies zu erreichen, schien es notwendig, sich abzusondern, getrennt und unabhängig von anderen Gruppen. Unser zweiter Schritt führte uns geradewegs in eine kulturnationalistische Position. Um unser Klassenbewußtsein zu schärfen, machten wir einen — wie ich finde — Rückschritt, anstatt uns im Klassenkampf zu engagieren: wir schufen uns ein gemeinsames Erbe für unsere Klasse. Hier beginnen die Wurzeln des Nationalismus: Geschichte anstelle von gemeinsamen Zielen und Kämpfen sollte uns vereinen.*" Hiermit berührt sie einen der heikelsten Punkte innerhalb der Frauenbewegung — allein die Vielzahl der erschienenen Bücher über die verschiedensten historischen Ursprünge der Frauen (nichts gegen eine historische Untersuchung unserer Geschichte, aber viel gegen die Mystifizierung dieser Geschichte!) beweisen diese Orientierung schlagend. Zahllose Frauengruppen haben sich intensivst mit der Bedeutung von allen möglichen weiblichen Symbolen, Mondinnen etc. beschäftigt, und darüber oft die Wirklichkeit vergessen. Ti-Grace sagt dazu: „*Wann haben wir z.B. begonnen, die Amazonen als historisches Vorbild zu interpretieren, anstatt als einen Mythos? Ab wann war es für uns nicht mehr wichtig, ob historische Daten wirklich oder mystisch waren? Ab wann konnten wir den Unterschied zwischen beiden nicht mehr klar benennen? Genau an diesen Punkten aber glitten wir hinüber in den kulturellen Nationalismus reinsten Wassers. Und genau da kehrten wir einer Frauenrevolution den Rücken.*" — „*Aus kulturellem Nationalismus wird Neo-Faschismus, wenn der Hinweis auf den wichtigen Unterschied zwischen Tatsache und Fiktion nicht mehr erlaubt ist. (...) Er* (Neo-Faschismus, Anm. d. Verf.) *richtet sich gegen die Linke als den wahren Feind und scheint den Staat dabei zu vergessen. Und schließlich — kann ich wagen, es zu sagen? — Neo-Faschismus herrscht dort, wo Poesie an die Stelle von Theorie tritt.*"

Besonders deutlich wird für Ti-Grace der Grad der Entpolitisierung der Frauenbewegung an der Frage der Einstellung zur Mutterschaft, die ja oft als wahre Verwirklichung der Weiblichkeit gefeiert wird: „*Wir haben inzwischen einen Grad von Plattheit erreicht, nach dem Mutterschaft durch Lesbischsein nicht mehr aufgewertet werden muß, um feministisch zu sein. Mutterschaft ist die feministische Position, weil sie die endgültige und ausschließliche weibliche Funktion ist. Dieser Glaube ist ideologisch schon so ausgeweitet, daß es inzwischen eine Mutterschafts-Wissenschaft gibt und eine Mutterschafts-Moral. Die Idee des Mutterrechts als Kern des Feminismus tauchte in den Mitt-Siebzigern auf der Szene auf, ebenso wie der lesbische Separatismus*".

Die Wirklichkeit heute in den USA

Wie makaber sich derlei Positionen angesichts der Realitäten in den USA (und nicht nur dort) ausmachen, wird in ihrem Vortrag deutlich, in dem sie vor allem Fakten zur Situation der Frauen heute bringt:

* **Am 30.6.1982 wurde den Frauen in aller Form die Gleichberechtigung als Verfassungsrecht verweigert.**
* **86% aller Personen, die von Sozialhilfe leben, sind Frauen.**
* **Acht von zehn Familien, die von Sozialhilfe leben, sind Frauenfamilien.**
* **69% aller Haushalte, die Lebensmittelmarken erhalten, sind Frauenfamilien.**
* **Seit 1976 erhalten arme Frauen keine staatliche Hilfe bei Abtreibungen mehr, auch nicht bei Vergewaltigung oder Inzest.**
* **Im Augenblick stehen zwei Gesetze im Kongreß zur Abstimmung, nach denen der ungeborene Fötus zur Rechtsperson wird. Konsequenz: Abtreibung wird de jure zum Mord!**

Die Frauenbewegung habe sich um all diese Fakten — das Gleichberechtigungsgesetz mal ausgenommen — überhaupt nicht gekümmert. Weder habe sie die notwendigen Fakten zusammengetragen, geschweige denn sich mit den betroffenen Frauen solidarisiert, also deren Sache zur eigenen gemacht. Und obwohl die aktiven Feminstinnen in den USA nicht zu den Ärmsten der Armen gehören, also nicht direkt von diesen materiellen Verschlechterungen betroffen sind, haben sie allen Anlaß dazu, rechtzeitig wachsam zu sein. Gleichzeitig mit der Verarmung der Bevölkerung findet ein ideologisches Roll-back statt, das vor allem die Frauen trifft, und hier besonders „*nicht-religiöse Personen, Homosexuelle und Lesben, Feministinnen, Minderheiten jeder Art und Arbeiter*".

Hier greift Ti-Grace ihre Kritik, die im vorigen schon von der allgemeinen Seite her erläutert wurde, konkret wieder auf: **„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden also in den USA die Feministinnen wie die Ratten in ihre Löcher gejagt. Meiner Meinung nach ist die Frauenbewegung aber selber daran schuld. Und das vor allem deshalb, weil sie den Feminismus nicht als eine im linken Sinne ‚radikale' Bewegung angesehen hat. Was ich damit meine, ist, daß die amerikanische Frauenbewegung die Frauenfrage nie als eine Klassenfrage begriffen hat, d.h. als eine Analyse aller Frauen. Unsere Hypothesen waren oberflächlich und ungenau."** — „*Ich weiß, daß ich als unromantisch verschrien bin, aber mir machen halt einige Statistiken Sorge. (...) Die Bewegung hatte sich zu einem ‚kulturellen Feminismus' entwickelt. Es ist leichter, an eine subjektive Revolution zu glauben, als für eine objektive zu kämpfen! Der vorfeministische Individualismus war zu einem individualistischen gemeinsamen Kulturbewußtsein geworden. Mit dem Unterschied, daß in der vorrevolutionären Ära die Frauen Opfer waren. Wenn so ein Individualismus sich als feministisch ausgibt, ist er unverantwortlich und reaktionär*".

Eine der Fragen, die innerhalb der Frauenbewegung immer wieder umstritten waren und sind, ist das Verhältnis zum Staat. Für jede oppositionelle Bewegung — und als solche wollte sich die Frauenbewegung ja größtenteils Bewegung — und als solche wollte sich die Frauenbewegung ja größtenteils verstanden wissen — ist die Frage ihrer Stellung zum Staat und zur Gewalt von wesentlicher Bedeutung. Innerhalb der Frauenbewegung macht sie sich fest an der Stellung zur Familie, Versorgung der Frauen nach Scheidungen, Unterhaltsverpflichtungen u.ä. Auch in der westdeutschen Frauenbewegung hat der Griff nach der „Staatsknete" für soziale Projekte wie z.B. Notrufe, Frauenhäuser, Beratungsstellen etc. immer wieder Diskussionen hervorgerufen, ob frau die als autonom geplanten Projekte durch die Annahme von staatlichen Geldern in eine Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung geben sollte. Bis heute ist diese Frage umstritten.

Mit zunehmenden Sparprogrammen, mit zunehmendem ideologischem Druck, rückt natürlich auch dieses Problem wieder mehr in den Mittelpunkt. Die finanzielle Abhängigkeit vom Staat, so Ti-Grace, „*wurde in dem Maße offenkundig, wie die Frauenbewegung sich entpolitisierte. Und ich bestehe darauf, daß es sich dabei nicht um einen zufälligen Zusammenhang handelt.*" Die Auswirkungen dieser Abhängigkeit zeigen sich, zumindest in einigen Frauenhäusern, heute schon auch in der BRD: dort, wo der Staat bezahlte Stellen geschaffen hatte, war es ihm ein leichtes, mit entsprechenden Manövern und Repressionen die Leitung der Häuser in seine Hand zu bekommen. Es wäre gut, diese Fakten einmal deutlicher und klar nachgewiesen zu veröffentlichen. Damit scheint das Anliegen, das die Frauenbewegung p o l i t i s c h mit den Frauenhäusern im Sinn hatte, bedroht.

Zur Frage der Gewaltanwendung sagt Ti-Grace: „*Wer wollte behaupten, daß diese Aktionen* (sie spricht vorher von Überfällen auf Geldtransporter — Anm. d. Verf.) *moralisch verwerflich sind, angesichts der anfangs genannten Statistiken? (...) Ich kann nicht umhin, solche Aktionen im Zusammenhang*

Fortsetzung nächste Seite



aus: „Emma", 3/81

aus: „Emma", 3/81

Alice kündigt die „verlogene Sauce" auf

Auch Alice Schwarzer hat inzwischen (z.T. durchaus selbstkritisch) Fehler in der Politik der schen (z.T. durchaus selbstkritisch) Fehler in der Politik der Frauenbewegung entdeckt. Anläßlich einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Sommer-Uni plädierte sie in West-Berlin vor 2000 zumeist begeisterten Zuhörerinnen (angesichts dessen, daß Alice sich bis vor wenigen Jahren in West-Berlin besser nicht hat blicken lassen eine beachtliche Tatsache!) für den „Zugriff zur Männlichkeit". Die „taz" kommentiert das — teilweise süffisant — so: „*Seit wir nicht mehr so recht wissen, wo es lang gehen soll, die einen nach Australien wollen, die anderen zur Hexenlehre, die andern ins Aus des Jenseits, und Was-bist-Du-eigentlich-für-ein-Sternzeichen zur Eröffnungszeremonie von Begegnungen wurde, brauchen wir wieder eine Wegführerin. (...) Wahrscheinlich brauchten wir auch die Beschuldigungen der letzten Zeit, eigentlich sei diese Bewegung längst tot oder sie habe sich zumindest in das gesellschaftliche Abseits verlaufen. (...) Jetzt also mehr Männlichkeit in unserem Verhaltensspektrum. Damit wir zu gesellschaftlichem Einfluß kommen, Karriere machen, unseren Ehrgeiz leben (??). Auch wir wollen Macht, sie wird uns niemand schenken, wir müssen aggressiver werden, zupacken, dominieren. Niemand soll mehr eingeschüchtert werden mit ‚die ist ja ein richtiger Macker'. Auch wir wollen wieder klug sein dürfen, unsere Ratio benutzen. (...) Weg von zuviel Weiblichkeit, vor allem aufhören mit der Vergötzung der angeblich angeborenen Weiblichkeit. (...) Vor allem keine weitere Propagierung einer natürlichen Friedfertigkeit von Frauen. (...) Die Mystiktendenz (...) bezeichnete sie (A.S.) als Teil einer hochreaktionären Strömung*" („taz", 8.10.).
Alle Achtung, Alice!

Fortsetzung von voriger Seite

mit der augenblicklichen ökonomischen Lage zu sehen. Ich muß mich — theoretisch natürlich! — auch fragen, warum wir solche Lösungen nie für Frauen in Betracht ziehen; allein dadurch, daß wir vorweg behaupten, Frauen seien friedfertig, sei es von Natur aus oder aus sozialen Gründen. Ist es nicht Mord, Frauen verhungern zu lassen? Ist es nicht Gewalt, Frauen ihr Recht über ihren eigenen Körper zu nehmen? Wenn wir Gewalt für Frauen ausschließen, sagen wir damit nicht, daß es sich nicht lohnt, für Frauen die Opfer, die Gewalt mit sich bringt, auf sich zu nehmen? (...) Können wir uns vernünftigerweise in einer anderen Sprache wehren als in der, die uns ja erst gelehrt wurde vom Staat als der Sprache der Gewalt? (...) Wenn die amerikanischen Frauen in die Rolle der Opfer zurückfallen, die die Gewaltakte der Regierung stumm hinnehmen, werden wir als Bewegung zerstört werden."

Angesichts dieser Bilanz ist es nur konsequent, von einem Scheitern dieser Strömung der Frauenbewegung zu sprechen. Ist doch auch von dem ehemals formulierten Anspruch, mit den Frauen zusammmen die Welt aus den Angeln heben zu wollen, so gut wie nichts übrig geblieben.

Das sieht auch in der BRD nicht anders aus. Die Frauenzentren — ehemals tatsächlich offene Zentren der Bewegung — mickern, sofern es sie überhaupt noch gibt, mehr schlecht als recht vor sich hin. Immer wieder werfen Frauen, die in Frauenhäusern oder Notrufen arbeiten, u.a. angesichts des reinen Sozialarbeitscharakters ihrer nervenzehrenden Tätigkeit, das Handtuch. Zum § 218 laufen nur noch höchst vereinzelt wenige Aktionen, obwohl — jüngst erst wieder anläßlich des Katholikentags — die Abtreibungsgegner keine Mittel scheuen und keine Gelegenheit auslassen, ihre dreckige Propaganda zu betreiben. In einiger Zeit wird das Bundesverfassungsgericht darüber zu entscheiden haben, ob Krankenkassen Abtreibungen bezahlen müssen oder nicht. Zur aktuellen politischen Lage äußert sich „die Bewegung" selbst gar nicht, allenfalls in „Emma" und „Courage", und dort in erster Linie mit recht deutlicher Stellungnahme pro SPD. Frauenblocks auf Demonstrationen — ganz egal zu welchem Anlaß — umfassen heute höchstens noch ein paar hundert Frauen, sofern sie überhaupt zustande kommen. Ganz zu schweigen von Aktivitäten zur Lage der Frauen auf dem Arbeits-

markt, obwohl gerade hier — wie auch
Demonstrationen — ganz egal zu welchem Anlaß — umfassen heute höchstens noch ein paar hundert Frauen, sofern sie überhaupt zustande kommen. Ganz zu schweigen von Aktivitäten zur Lage der Frauen auf dem Arbeits-

markt, obwohl gerade hier — wie auch in den USA — die Frauen die Hauptbetroffenen sind und viel mehr noch sein werden. Fazit: **als politischer Faktor ist auch in der BRD die autonome, feministische Frauenbewegung weitestgehend gescheitert.**

Was Ti-Grace für die USA als grundsätzliche, bewegungsimmanente Fehler feststellt, hat sicherlich auch in der BRD ihre Gültigkeit. Darüber hinaus sieht sie auch in einem verbreiteten Antikommunismus einen maßgeblichen Faktor für das Erstarken der Rechten: **„In der Frauenbewegung hat sich mittlerweile eine starke Anti-Links-Richtung entwickelt. Wenn man z.B. die feministische Literatur der letzten Jahre ansieht, hat man den Eindruck, daß der Feind eher links steht".** Eine Einschätzung, die wohl auch auf die BRD zutrifft.

Was tun?

Der Weg, der aus der Sackgasse herausführt, liegt für Ti-Grace offen vor uns: **„Was uns im Augenblick weiterhelfen kann, ist erstmal ein Überblick über die ökonomische Lage der Frauen, wie ich ihn anfangs gegeben habe, zweitens eine Analyse der Zukunft, die uns nach der Ratifizierung jener neuen Gesetze erwartet, drittens eine nüchterne Aufstellung der realen Errungenschaften der Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren. Und viertens ein Vergleich von drittens mit den ‚Fortschritten', wie sie offenbar in den Köpfen der Frauen existieren."** — *„Wir müssen all die Frauen reaktivieren, die wir in den letzten 15 Jahren gewonnen haben. (...) Außerdem müssen wir neue Frauen gewinnen. Die Schwierigkeit ist dabei, daß der radikale Frauenbewegungsflügel nie organisiert war. (...) Aber wie kann man gegen ein so hochorganisiertes Gebilde wie einen modernen Staat antreten, ohne selber organisiert zu sein?".*

Bleibt nur zu hoffen, daß diese Vorstellungen und Vorschläge auch bei der westdeutschen Frauenbewegung nicht auf taube Ohren stoßen. Gerade angesichts der auf uns zukommenden Repressalien wird eine (Re)Organisierung der Frauen zur Überlebensfrage.

a./Hamburg

(alle Zitate nach „Courage" Nr. 8 und 9/82)

Abschiedsgesänge

„Emma" und „Courage" zum Regierungswechsel

Schon zu Lebzeiten der Sozialliberalen Koalition haben die beiden Frauenzeitungen sich gelegentlich schwer damit getan, ihre heimliche Sympathien für diese Parteien zu verbergen. Jetzt, wo Birne Kanzler geworden ist, steht zu befürchten, daß die „Emma"- und „Courage"-Frauen in den vorderen Reihen derjenigen zu finden sein werden, die es bei den ersten Lockrufen zurück in die Arme der neuen Opposition treibt.

Die Stellungnahmen zum Regierungswechsel in den beiden Zeitungen geben jedenfalls Anlaß zu solchen Befürchtungen.

Sibylle Plogstedt von der „Courage" übertitelt ihren Kommentar mit „Große Mutter SPD". Die damit angedeutete Intimität der Beziehung S. Plogstedts zur SPD ist nicht ironisch, sondern ganz ernst gemeint: Die SPD als Mutter, die die Dreckarbeit macht, die die Verantwortung trägt und die von ihren *„oppositionellen Kindern"* (Frauenbewegung, Bürgerinitiativen, Grüne, linke Gruppen etc.), die aus *„jeder politischen Halbheit, die die Politik der SPD ausmachte"*, entstanden sind, nur Undank erntet. Der Verlust der Mutter aber trifft die Kinder wie ein Schock: *„So empört wir auch über die SPD-Politik waren: als sie, die große Ungeliebte, die Regierung verlor, stockte uns der Atem".*

Und, wie üblich bei solchen Trauerfällen, kommen Gedanken der Reue auf: das Mutter-Tochter-Verhältnis wird aufgearbeitet.

„Wir sind entstanden aus der großen Mutter SPD — auch wenn wir nie Parteimitglieder waren, nie Wahlversammlungen besucht haben. Wir haben sie verachtet, wie man nur eine Mutter verachten kann: für die tägliche Kleinarbeit, an der sie sich aufrieb. Und nun, da wir sie verlieren sollen, merken wir — nach 13 Jahren — daß wir sie noch

teimitglieder waren, nie Wahlversammlungen besucht haben. Wir haben sie verachtet, wie man nur eine Mutter verachten kann: für die tägliche Kleinarbeit, an der sie sich aufrieb. Und nun, da wir sie verlieren sollen, merken wir — nach 13 Jahren — daß wir sie noch

immer lieben. Daß unsere Politik darauf abgestellt war, Achtung und Liebe durch sie zu erwerben. Sie sollte uns endlich folgen und wir nicht mehr ihr. Und weil sie das nicht so einfach tat, sind wir hartnäckig, unnachgiebig und kompromißlos".

So ist das also mit der Opposition gegen die SPD-Politik — das sind alles nur unbewältigte Kindheitskonflikte. Und die privaten Ansichten von S. Plogstedt werden durch die „wir"-Form elegant zu universaler Bedeutung hochstilisiert.

Folgerichtig fährt der Artikel fort mit einem Appell, sich nun endlich einmal Gedanken zu machen über *„die Symptome unserer Abhängigkeit"* und Reife zu beweisen. Der Appell richtet sich natürlich vor allem *„an die grünen Kinder der SPD, (die) sich nun in den Parlamenten zur Eigenständigkeit mausern wollen und dabei mehr noch als ihre außerparlamentarischen Schwestern die Verantwortung auf sich geladen haben, ob sie den christlichen Undemokraten das Feld überlassen wollen, oder ob sie selber einen eigenen Hausstand gründen wollen mit aller Dreckarbeit — auch der zu verachtenden."*

Es folgt eine Passage, wo die Leserin zwischenzeitlich hoffen mag, der Aufruf zum Überdenken der eigenen Abhängigkeit von der SPD sei vielleicht doch im Sinne der nun endgültig fälligen A b n a b e l u n g zu verstehen. S. Plogstedt geht hier auf die Haltung der Linken zum „kleineren Übel" ein, die mit dem *„Sprung der Grünen in die Parlamente"* nur *„in neuem Gewand"*, *„in der Forderung nach einer Tolerierung der SPD-Regierung"* auftrete:

„Spätestens nach dem Scheitern der Hamburger Unterstützungsverhandlungen und nach den herbeigezwungenen Wahlen werden sich die Grünen fragen lassen müssen, ob ihr Streben, die SPD-Politik zu verändern, nicht zu kurzatmig, zu kindhaft fixiert war."

Bis hier bleibt noch unklar, in welche Richtung S. Plogstedt eigentlich argumentiert. Im folgenden macht sie deutlich, daß es ihr darum geht, angesichts des größeren Übels CDU-Regierung von den Grünen und Alternativen (bei ihr ist immer nur von „den Grünen" die Rede, obwohl ihr, aus Berlin kommend, die Existenz einer AL doch nicht völlig ungewohnt sein dürfte) die Stützung der SPD zu fordern — **und zwar bedingungslos, auch ohne Gegenleistung von seiten der SPD.**

Sie fragt, *„ob sie (die Grünen) tatsächlich glauben, daß die SPD nur in der Opposition zu verändern ist (wobei sie sich dann in der Regierung wieder rückverwandelt!) und ob sie die geschichtliche Verantwortung dafür übernehmen können, daß die CDU statt der SPD den Hamburger Hafen baut und gleich noch sehr viel mehr Projekten das Leben ausbläst". „Krieg oder Hafen sind keine Alternativen — wenn die CDU die Regierung übernimmt, baut sie nicht nur den Hafen aus. Und ein Rückschritt wäre es auch, wenn grüne Wählerinnen wieder gezwungen würden, gegen ihre Überzeugung die SPD zu wählen, einfach weil ihr starrköpfig wie Greise seid".*

Tatsache ist, daß die SPD nicht bloß in Hamburg den Hafen ausbauen will, sondern daß sie mit dem „Nachrüstungsbeschluß" auch die Kriegsvorbereitungen so vorzüglich auf den Weg gebracht hat, daß die CDU/CSU es nicht besser hätte machen können.

Daß plötzlich mit dem Leibhaftigen in Gestalt der CDU gedroht wird, vor dem alle Kritik an der SPD zurückzustehen hat, wirkt insofern nicht besonders glaubwürdig, als die „Courage" bislang der CDU-Politik und anderen antifaschistischen Themen wenig Raum gegeben hat. (Es ist bezeichnend, daß das Blüm-Papier zur Familienpolitik erst jetzt — mit einjähriger Verspätung — behandelt wird.) Wenn der Regierungsantritt der CDU jetzt in die Nähe es Faschismus gerückt wird (so in einer Diskussion mit den „Courage"-Frauen in Hamburg), zumindest aber als ein krasser Bruch gegenüber der SPD-Politik empfunden wird, so wäre es wohl angebracht gewesen, sich mit der zu erwartenden Politik der CDU/CSU schon vorher zu befassen.

(so in einer Diskussion mit den „Courage"-Frauen in Hamburg), zumindest aber als ein krasser Bruch gegenüber der SPD-Politik empfunden wird, so wäre es wohl angebracht gewesen, sich mit der zu erwartenden Politik der CDU/CSU schon vorher zu befassen.

Schließlich kann keine Frau behaupten, der Regierungswechsel sei überraschend gekommen!

S. Plogstedt gibt selbstkritisch zu, daß sie sich *„jahrelang nicht mit konservativen Positionen auseinandergesetzt"* habe; de facto hat sich die „Courage" in Bezug auf solche Positionen sogar durch eine besondere Blindheit (freundlich ausgedrückt) hervorgetan, so z.B. bei ihrer Unterstützung sowjetischer „Feministinnen", die später z.T. bei der zum rechtesten CDU-Spektrum gehörigen „Gesellschaft für Menschenrechte" untergekommen sind, oder als sie im Schwerpunktheft „Grüne" ausgerechnet Delphine Brox (die auch damals schon als Rechte bekannt war) breitesten Raum zur Selbstdarstellung bot.

Die „Emma" hat demgegenüber immer schon ein besseres Gespür für politische Entwicklungen, auch für reaktionäre Ideologien. Der Regierungswechsel wird in der „Emma" entsprechend undramatischer und differenzierter behandelt. Das äußert sich u.a. darin, daß zwei verschiedene Positionen abgedruckt sind, die eine von Carola Stern, die andere von Ingrid Strobl. Auch Carola Stern trauert der Sozialliberalen Koalition nach, allerdings weitaus gefaßter als Sibylle Plogstedt. Der Wechsel erscheint hier nicht als plötzlich hereinbrechende Katastrophe, sondern als das Ende eines historischen Abschnitts. Sie schildert ihre politische Geschichte und die Rolle, die die Zeit der SPD/FDP-Regierung darin spielte: Verbesserungen, die ihrer Meinung nach erreicht wurden, aber auch Enttäuschungen und Kritik. Im Unterschied zu S. Plogstedt benennt sie auch die vorantreibende Funktion der SPD bei manchen Verschlechterungen, so Schmidts maßgebliche Beteiligung am Nachrüstungsbeschluß. (S. Plogstedt schreibt demgegenüber, Schmidt hätte plötzlich auf die drohende Stationierung 1983 aufmerksam gemacht — das läuft bei ihr unter *„politische H a l b - heiten".*)

Carola Sterns Kommentar schließt mit der etwas diffus formulierten *„Hoffnung auf ein neues Bündnis".* —

„Nun ist es soweit. Das habe ich befürchtet. Kaum sind die Sozialdemokraten weg vom Regierungsfenster, entdecken alle, wie lieb sie doch eigentlich waren". So beginnt Ingrid Strobl ihren Kommentar. Sie macht deutlich, daß der Übergang von der Schmidt- zur Kohl-Regierung eher Kontinuität bedeutet als einen qualitativen Bruch. *„Wenn ich also beginne, nachzurechnen, was ich als Feministin den 13 Jahren sozialliberaler Koalition verdanke, komme ich auf (fast) null. Dafür verdanke ich den Sozialdemokraten den Deutschen Herbst, die repressivsten Gesetze seit dem Ende des Nationalsozialismus. (...) Es war die Sozialdemokratie, die das vollkommene Instrumentarium für 1984 geschaffen hat — wenn die CDU nun darangeht, es voll auszunützen, darf sich keine und keiner wundern".* So wie Ingrid Strobl hier einen fast schon wieder in Vergessenheit geratenen Aspekt der SPD-Politik anspricht so verläßt sie auch als einzige die Ebene der parteienpolitischen Oberfläche und zeigt die dahinterliegende gesellschaftliche Entwicklung auf. So bezweifelt sie, daß die SPD den Abbau des Sozialstaats verhindert hätte; die Krise sei international, eine der Methoden des Kapitals, sich den neuen ökonomischen Gegebenheiten anzupassen. *„Die SPD hätte sich hier vor genau denselben Problemen gesehen wie die jetzige Regierung, und was sie zur Lösung anzubieten hatte, kann frau unter anderem an den letzten Sparbeschlüssen und den klammheimlichen Versuchen zur Einschränkung des Asylrechts ablesen. Und: zur internationalen Strategie der Krisenbewältigung gehört auch die erhöhte Rüstungs- und Nuklearproduktion, gehören also auch die Mittelstreckenraketen, die nun bald bei uns lagern werden, — nicht zuletzt dank der guten Vorarbeit der SPD/FDP."* Natürlich sieht sie, daß die neue Regierung auch Veränderungen bzw. Verschärfungen mit sich bringt, z.B. in der Familienpolitik oder der Ausländerfrage; ihre Folgerung: *„Die Zeiten können also doch noch düsterer werden. Was tun? Weiterkämpfen, anstatt zu resignieren".*

Trifft der Verdacht, sich jetzt wieder an die Rockschöße der SPD anhängen zu wollen, die „Emma" also ganz zu Unrecht? Was den Artikel Ingrid Strobls betrifft: sicher! Allerdings sollte frau sich nicht zu früh freuen. Nur wenige Seiten später wird der Regierungswechsel von Ulrike Holler noch einmal von einer anderen Seite beleuchtet. Unter der Überschrift „Die tapferen Sieben" werden die Bundestagsabgeordnetinnen der FDP ob ihrer Standhaftigkeit und ihres Kampfgeistes gefeiert, wird über ihre Solidarität und die Vorzüge weiblicher Sozialisation geschrieben — aber an keiner Stelle wird die Lobeshymne durch einen Hinweis darauf relativiert, daß es sich bei aller Tapferkeit etc.pp. doch immerhin um FDP-Mitgliederinnen handelt(e), die lange Zeit die durchaus nicht so furchtbar fortschrittliche Politik dieser Partei mitgetragen und zu verantworten haben und deren jetziger Verdienst im Grunde nur darin besteht, die Politik konsequent w e i t e r f ü h r e n zu wollen, die Ingrid Strobl ein paar Seiten zuvor kritisiert hat.

Eine Hamburger Genossin



Selbstdarstellung der „Emma"-Redaktion, „Emma", 11/82

„Das bißchen Haushalt ...''???

H a u s a r b e i t, was ist das schon? Ein bißchen Kochen, putzen, einkaufen, Kind hüten, halt eine unbequeme Nebensache?
F a l s c h: Sie ist eine Grundvoraussetzung für die endgültige und vollständige Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Ohne die „Hausarbeit'' würde das System letztlich zusammenbrechen.
H a u s a r b e i t — das gab's immer und wird's immer geben, denn das muß ja nun mal gemacht werden?
F a l s c h: Unsere heutige Hausarbeit, die Form, aber auch, was inhaltlich gemeint ist, ist nicht mal 100 Jahre alt.
H a u s a r b e i t — dieser Bereich lag und liegt uns Frauen schon immer am nächsten, aufgrund unserer „Wesenseigenschaften'' (mütterlich, gefühlsbetont, geduldig, personenbezogen statt sachbezogen, passiv usw.)?
S e l b s t v e r s t ä n d l i c h f a l s c h: Auch unsere „natürliche Eigenschaften'' sind uns (in dieser Schärfe und Allgemeinheit) erst Anfang dieses Jahrhunderts anerzogen worden.

In der feministischen Literatur wird sich in den letzten Jahren immer mehr mit der „Hausarbeit'' beschäftigt. Z.T. passiert das auf recht abenteuerliche Weise, wie der Artikel „Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau'' von Claudia v. Werlhof in der „Courage'' (siehe Artikel dazu in AK 223). Das ist bedauerlich, ändert jedoch nichts daran, daß das Thema „Hausarbeit'', ihre ökonomische und politische Bedeutung unbedingt aufgearbeitet werden müssen.

Der berechtigte Verriß in AK 223 behandelt das eigentliche Thema „Frauenarbeit im Kapitalismus'' doch recht kurz, platt und z.T. fragwürdig (Lohnarbeit = Tauschwertproduktion, Hausarbeit = Gebrauchswertproduktion). Auf jeden Fall wird er u.M. nach dem komplizierten System, dem Zusammenspiel von kapitalistischen und patriarchalischen Interessen, nicht gerecht.

Wir haben uns in der Gruppe mit dem Buch „Hausarbeit — Zur Geschichte einer Naturressource'' von Gertraude Kittler beschäftigt. Sie setzt sich darin — nach der Darstellung der historischen Entwicklung der Hausarbeit nach der industriellen Revolution — mit verschiedensten Strömungen und Positionen dazu auseinander. Leider ist es jedoch schwer lesbar aufgrund der „wissenschaftlichen'' Sprache.

Nachdem wir uns also sehr mühsam durchgekämpft haben, lehnen wir uns in dem folgenden Artikel vor allem an ihre Darstellung an. Während bisher Untersuchungen und Diskussionen zur Frauenarbeit hauptsächlich von der Berufsarbeit her aufgerollt wurden, haben wir versucht, den „weißen Fleck'' der Hausarbeit zu beleuchten. Wir hoffen, daß dies ein Beitrag zur Wiederbelebung der theoretischen Diskussion sein kann.

Im folgenden interessieren uns die Auswirkungen der veränderten Reproduktionsweisen des empordrängenden Kapitalismus (18. Jahrhundert) bis zum entwickelten Kapital (Beginn des 20. Jahrhunderts) auf die Situation der Familien.

Der wesentliche Einschnitt fand mit Beginn der Industrialisierung statt. Diese bewirkte die Auflösung des bis dahin üblichen Großhaushaltes, in dem Arbeit und Wohnen unter einem Dach vereint waren. Damit war die Aufteilung von gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion besiegelt. Auswirkungen auf die bürgerliche und proletarische Familie stellen wir kurz dar.

Ein zweiter Abschnitt läßt sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts festmachen: Mit dem Übergang von der extensiven zur intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft (mehr Stückzahlen in kürzerer Arbeitszeit) intensivierte der Kapitalismus insbesondere auch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Frau: Einerseits in der Lohnarbeit in speziellen Frauenberufen, andererseits steigen die Anforderungen an die Reproduktionsarbeit im Haushalt. Diese verlangten mehr und spezielle Fähigkeiten und Eigenschaften. Um es noch einmal eindeutig zu sagen: Unter Hausarbeit verstehen wir diejenige Arbeit, die, im Haus verrichtet, zur Reproduktion der Arbeitskraft nötig ist. Auf jeden Fall ist sie nicht beschränkt auf rein technische Vorgänge wie Kochen, Putzen usw. Es gehört dazu ebenso der unsichtbare Teil der gefühlsmäßigen, seelischen Betreuung und Erziehung der Kinder.

Die jeweiligen Entwicklungsstufen der Produktivkräfte brachten bestimmte Anforderungen an die Reproduktion mit sich. Somit veränderten sich die Anforderungen an die Hausarbeit in demselben Maße, wie sich der Kapitalismus weiterentwickelte.

Die Entwicklung bzw. Entstehung der Hausarbeit

Mit der Industrialisierung veränderten sich nicht nur die Arbeits-, sondern auch die Familienstrukturen. Das auffälligste Merkmal ist die Trennung des Wohn- und Arbeitsbereiches in dieser Zeit.

„Diese neue Produktionsweise, die großen, komplizierten, schwer zu bedienenden Maschinen erforderten auch eine neue Organisation der Arbeit. Sie wanderte aus den Wohnungen der Heimarbeiter und Handwerker in Fabrikhallen und große Werkräume. Das aber führte zu einer Trennung von Arbeitsbereich und Wohnbereich, der entscheidend neuen Lebensform des industriellen Zeitalters, wie sie weder im bäuerlichen, noch im handwerklichen, noch im kaufmännischen Haushalt älterer Prägung je existiert hatte. Diese Trennung, verbunden mit einer stundenmäßigen genau begrenzten Arbeitszeit, betraf nicht nur den ständig wachsenden Kreis der Fabrikarbeiter, ihrer Frauen und Kinder (denn Kinderarbeit war bis weit ins 19. Jahrhundert in einem unvorstellbar großen Maße allgemein üblich und wurde erst allmählich durch soziale Gesetzgebungen abgeschwächt). Sie betraf vielmehr fast alle Kreise der Beschäftigten überhaupt: Die Unternehmer, die Verwaltungsfunktionäre, die technischen und kaufmännischen Angestellten, aber auch die Staatsbeamten, die Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Dienstleistungsberufe. Die Auflösung des 'ganzen Hauses' als Wohn- und Arbeitsbereich, als Produktionsstätte einer gemeinsamen wirtschaftenden und hausenden Familie war damit besiegelt, wenn sich dieser Prozeß auch bis ins 19. Jahrhundert hinein erstreckte'' (Kellermann, Seite 100).

Im folgenden wollen wir die Auswirkungen auf die bürgerliche Familie einerseits und den proletarischen Haushalt andererseits darstellen.

Der bürgerliche Haushalt

„Für die Rolle der Frau und Mutter ergab sich eine völlig neue Situation. Innerhalb der großen Haushaltsfamilie war sie entscheidend in deren arbeitsteilige Wirtschaftsordnung integriert gewesen — als Verkäuferin der fertigen Ware (Bäcker, Konditor, Schneider), als Rechnungsführerin, Kundenvermittlerin, Betreuerin der Lehrlinge usw., — auf dem Lande als bäuerliche Hauswirtin mit allen ihren Arbeits- und Wirtschaftsfunktionen. Nun aber erfuhr ihr Funktionsbereich mit der Trennung von Arbeits- und Wohnstätte zunächst einmal eine gewaltige Reduktion. Sie wurde zurückgedrängt auf das eigene, in sich abgegeschlossene Heim. Die drei großen K: Kirche — Küche — Kinder, die als die Lebenswelt der Bürgerfrau gepriesen und gescholten werden, beginnen hier zu Beginn des 19. Jahrhunderts ausschließliche Bedeutung zu erlangen'' (Kellermann, Seite 102).

Andererseits kamen neue Aufgaben für die Frau hinzu. Die familiären Beziehungen waren nicht mehr durch gemeinsame Arbeit gekennzeichnet, sondern wurden in eine „vergeistigte Innenwelt'' verlagert, die ein emotionales Klima verlangte, das die Frau schaffen mußte.

Eine neue Aufgabe für die Frau wurde es, das Haus mit seiner Innerlichkeit als Gegenwelt zur konkurrenzorientierten Außenwelt zu repräsentieren. Sie, die von jeder sichtbaren Arbeit freigehalten wurde, hatte vor allem diese neuen Werte zu verkörpern. Der Komplex „Arbeit'' wurde aus dem familiären Sprachgebrauch der bürgerlichen Familie völlig verdrängt. Das Kind wurde zum Mittelpunkt der Familie, dessen Erziehung Aufgabe der Frau wurde. Erstmalig bekam das Kind eine eigenständige Bedeutung:
— Boom in der Spielzeugindustrie;
— das Weihnachtsfest entwickelte sich zu einem Kinderbescherfest;
— es zeigten sich erste Ansätze von Kindermode, im Gegensatz zur Erwachsenenkleidung für Kinder;
— Kinder erhielten ihr eigenes Zimmer, die Kinderstube. Der Begriff der „guten Kinderstube'' wurde gleichbedeutend mit einer „erfolgreichen'', klassenspezifisch guten Erziehung.

Ansonsten war die Frau „Hausherrin''; sie übernahm die Leitung und Organisation des Haushaltes und delegierte die körperliche Arbeit an das Dienstpersonal. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts erhielt die „Heimideologie'' auch ihren architektonischen Ausdruck: Die Wohnkultur ist auf Repräsentation und nicht auf Zweckmäßigkeit angelegt: Die Räume zur Straße waren groß und prachtvoll, die hinteren Räume (Schlafraum, Dienstbotenunterkünfte) in einem jämmerlichen Zustand. Die Frau wurde zum „schönsten Schmuckstück'' der Wohnung, die Welt der Arbeit gehörte nicht in die Welt der Frau. Die Kleidung der Frauen stellte eine entsprechende aufwendige und unzweckmäßige, an „Selbstverstümmelung'' grenzende weibliche Mode dar.

Die bürgerliche Gesellschaft propagierte einen Weiblichkeitskult, der einer regelrechten Kampagne zur Umstrukturierung der weiblichen Persönlichkeit glich. Sie wurde festgelegt auf Charaktereigenschaften wie Emotionalität, Passivität. Somit wurde die Frau, indem sie den — natürlich vom Mann erwirtschafteten — Luxus zur Schau stellte, ihrer eigenen Identität beraubt bzw. an ihrer Entfaltung behindert. Der Protest dieser weiblichen Minderheit gegen den erzwungenen „Müßiggang'' artikulierte sich damals massenhaft in psychosomatischen Symptomen (Frigidität, Hysterie).

Zahlenmäßig belief sich die Schicht der wohlhabenden Bürger erst ab 1871 auf etwa 10% der Bevölkerung.

Die wichtigsten Anforderungen an den neu entstandenen bürgerlichen Haushalt sind somit:
— Aufbau einer gefühlsbetonten „G e g e n w e l t'' zur konkurrenzorientierten Arbeitswelt;
— „wohlerzogene'' Kinder, mit guter Bildung und den Normen der Herrschenden entsprechend;
— Repräsentation des vom Mann erwirtschafteten Luxus.

Ein charakteristisches Merkmal des bürgerlichen Haushaltes war, daß die Frau die körperliche Arbeit an die Dienstboten delegierte und ihre reproduktive Arbeit als „M ü ß i g g a n g'' erscheinen mußte.

Der proletarische Haushalt

Dieselben ökonomischen Bedingungen, die den bürgerlichen Haushalt hervorgebracht haben, erzeugten auch den „Anti-Typ'': Den Arbeiterhaushalt. Die proletarische Familie wurde in zunehmendem Maße vom Geldeinkommen abhängig, das in Form des Lohnes nur eine dürftige Reproduktion der Familie gewährleistete. Diese Abhängigkeit verschärfte sich Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Lohnabhängigen massenhaft in die Stadt zogen und so endgültig von den Grundlagen ihrer landwirtschaftlichen Eigenversorgung getrennt wurden. Es war die Arbeit der Frau gewesen, den Garten usw. zu bearbeiten und eventuell auch Produkte zu verkaufen. Sie selbst sicherte sich dadurch eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit. Durch diese (S u b s i s t e n z -) Arbeit im Haus und außer Haus waren die Frauen genauso Ernährer ihrer Familien wie ihre Männer gewesen.

Folgende Faktoren begünstigten die Aufgabe dieser landwirtschaftlichen Tätigkeiten:
— Standort des Haushaltes in der Stadt;
— Verbilligung industriell gefertigter Güter;
— sinkendes Realeinkommen des Mannes, welches die Frauen außer Haus zwang.

Vollständige ökonomische Abhängigkeit vom Kapitalisten und ständige Existenzunsicherheit kennzeichneten das Leben der Arbeiterfamilie unter diesen Umständen. Die Zwänge der industriellen Arbeit kennzeichneten das tägliche Leben.

Ein Zeitrhythmus wurde ihnen aufgedrängt und kärgliche Wohnverhältnisse gestellt, die kein „Heim'' boten, sondern nur Unterkünfte waren. Die gesamte Familie wurde bis zu 16 Stunden am Tag ausgebeutet; wenn die Frauen keine Möglichkeit hatten, in die Fabrik zu gehen (z.B. wegen der Kinder), wurde ihre Arbeitszeit in Heimarbeit ausgenutzt.

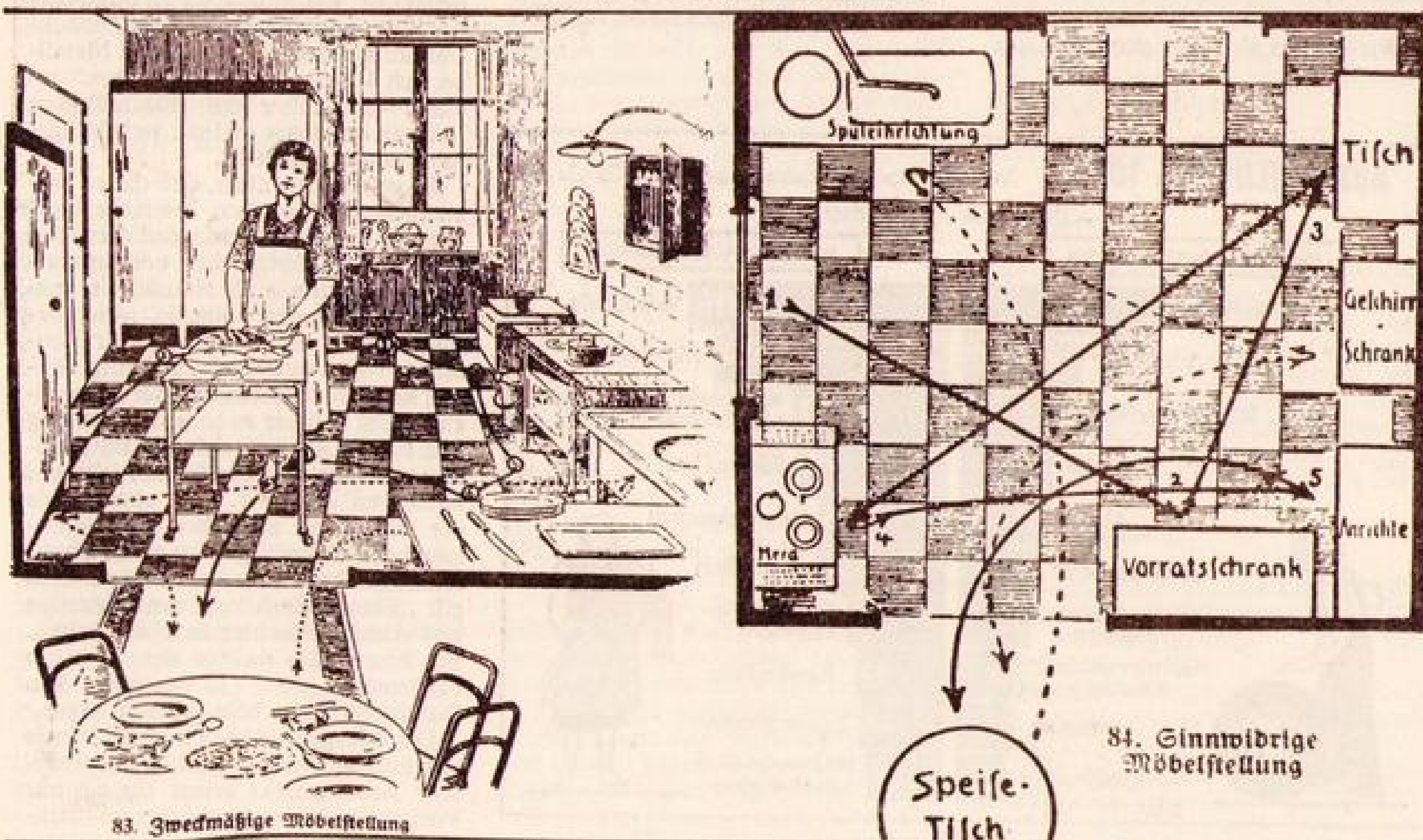
„Im Zuge dieser Entwicklungen blieb schließlich, wie Lilly Braun über die Arbeiterfamilie im 19. Jahrhundert schrieb, von der Hauswirtschaft nichts mehr übrig als der Herd mit der rasch zusammengekochten, elenden Mahlzeit und der Waschtrog, in dem die Mutter nächtlicherweise in aller Hast die paar Lumpen, die die Familie besaß, auszuwaschen pflegte'' (G. Kittler, S. 22).

Der tägliche Kampf der Frauen um die nackte Existenz stellte somit wesentlich höhere Anforderungen und Belastungen an die häusliche und außerhäusliche Arbeit als bei bürgerlichen Frauen.

Die lohnabhängigen Familien versuchten, durch familiäre Kooperation und gegenseitige Verpflichtungen ihre Existenz zu sichern und auf diese Weise auch ihre Mitglieder vor den individualisierenden Folgen der Lohnarbeit zu schützen. Hierbei hatten die Frauen eine wichtige Funktion, die ihnen eine gewisse Achtung und Position in der Familie sicherte.

Tätigkeiten	Erwerbst. Ehefrauen	Nicht-Erwerbst. Ehefrauen
Kochen	16,5 Stunden	15,0 Stunden
Geschirrspülen und Aufräumen der Küche	5,5 "	8,5 "
Aufräumen der Wohnung, Bettenmachen, tägl. Wohnungssäubern	8,5 "	13,0 "
Gründliches Putzen	4,0 "	6,5 "
Waschen	2,5 "	2,5 "
Bügeln	1,5 "	2,0 "
Fensterputzen	1,0 "	3,0 "
	39,5 Stunden	50,5 Stunden

vgl. Schweitzer, 1976



83. Zweckmäßige Möbelstellung

84. Sinnwidrige Möbelstellung

Andererseits läßt sich beobachten, daß bei der Arbeiterfrau das Leben der bürgerlichen Frau zur Wunschvorstellung wurde: Die nicht berufstätige, sorglose Hausfrau.

Kennzeichnend für den Frühkapitalismus ist somit festzuhalten, daß die gesamte Familie, einschließlich der Kinder, extrem ausgebeutet wurde. Im Gegensatz zum bürgerlichen Haushalt beschränkten sich die Anforderungen an die proletarische Familie darauf, das nackte ,,Überleben'' zu sichern. Insofern war an einen Aufbau einer ,,gefühlsbetonten Gegenwelt'' überhaupt nicht zu denken. Vater, Mutter und Kinder arbeiteten bis zu 14 Stunden täglich in der Fabrik. Die Kinder verwahrlosten, litten an Unterernährung und Krankheiten. Vom Kind als Mittelpunkt der Familie (eigene Stube, eigene Mode, Bildung) konnte überhaupt nicht die Rede sein.

Da das Menschenmaterial dem Kapital massenhaft und unerschöpflich ausbeutbar erschien, hielt es einen besonderen Aufwand zur Reproduktion der Arbeitskraft für überflüssig.

Jede Frau eine Hausfrau

Um die Jahrhundertwende begann sich ein Wandel in der Produktionsweise abzuzeichnen: Der entwickelte Kapitalismus verlegte sich auf die i n t e n s i v e Ausbeutung der Arbeitskraft, d.h. über bessere Maschinen und stärkere Aufteilung der Arbeit wurde erreicht, daß ein Mensch in einer Stunde erheblich mehr produzieren konnte. Damit wurde es für die Kapitalisten möglich, ohne große Profiteinbußen einer Verkürzung des Arbeitstages zuzustimmen.

Beispiele dafür sind das Fließband, das nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland überall eingeführt wurde, und das neue ,,REFA-System'' (,,Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung'', gegr. 1924). Mit diesem System wurden Arbeitsgänge in den Fabriken in Zeiteinheiten bzw. Bewegungseinheiten unterteilt. Danach wurde dann der rationellste Ablauf ermittelt: — Der Mensch als Anhängsel der Maschine! Verschärft wurde diese Entwicklung durch den Konkurrenzdruck, in den die ehrgeizige deutsche Bourgeoisie nach dem verlorenen 2. Weltkrieg geriet und die Rationalisierungs- und Monopolisierungswellen in der Weimarer Republik.

Die Arbeiterklasse erkämpfte sich verschiedene Erleichterungen, so u.a.: 1908 Einführung des 10-Stundentages für Frauen und 1918 den gesetzlichen 8-Stunden-Tag für alle.

Allgemein hob sich das Lohnniveau, relativ zu den Verhältnissen vorher. Eine wesentliche Triebfeder dieser Entwicklung war die ,,Einsicht'' der Kapitalisten, daß auf die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft mehr Sorgfalt gelegt werden müßte.

Die Menschen sollten dauerhafter ausgebeutet werden und sie mußten aufgrund der neuen Technik besser
ausgebeutet werden und sie mußten aufgrund der neuen Technik besser
qualifiziert sein.

Damit waren die Voraussetzungen auch für die breite Masse der Bevölkerung geschaffen, wenigstens ansatzweise so etwas wie einen Haushalt und ein Familienleben zu entwickeln, das über die reine Überlebensarbeit hinausging.

Die private Reproduktion des Proletariats rückte ins Interesse der Bourgeoisie: Schon 1895 untersuchte z.B. Ernst Enge die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten von Arbeiterfamilien mit dem Ziel, ,,*1. das Existenzminimum und 2. das für die Hausfrau zur Wirtschaftsführung nötige Geld*'' zu ermitteln (Anm. 1). Eine andere hier beispielhaft angeführte volkswirtschaftliche Untersuchung stammt von einem Mann namens Potthoff, die er ca. 1928 im Rahmen einer Ausstellung ,,Heim und Technik'' unter dem Titel ,,Hauswirtschaft und Volkswirtschaft'' verfaßte. Er bringt recht unverblümt die Interessen des Kapitals an der Reproduktionsarbeit auf den Tisch:

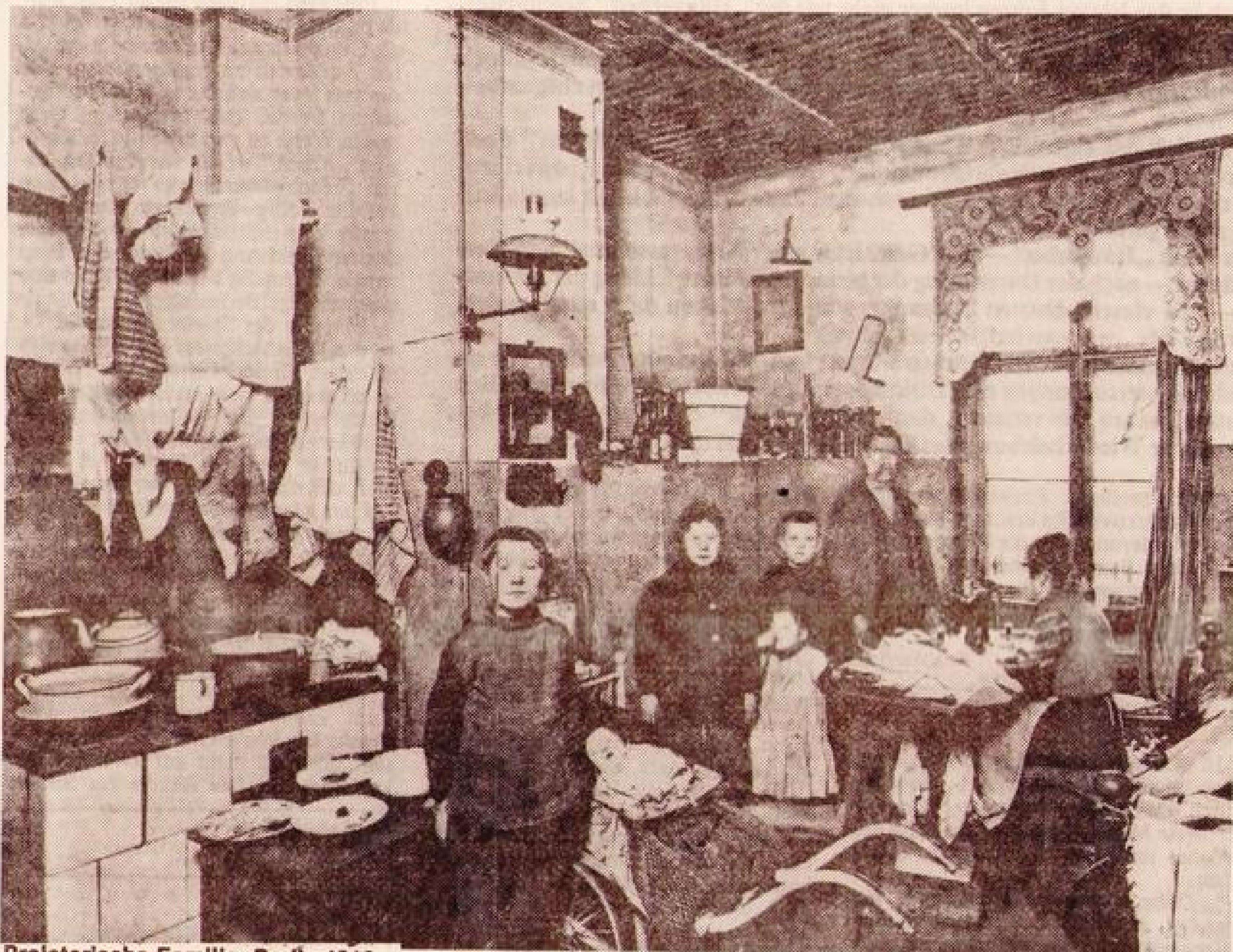
,,*... Für die richtige Einschätzung der Hausfrauentätigkeit ist es von Bedeutung, zu wissen, daß sie nicht nur ein Heim, sondern auch Menschen verwaltet, und daß in diesen Menschen ungeheure Wirtschaftswerte stecken.*''

Diese Funktionen könnten nicht vergesellschaftet werden. Sie könnten ,,*überhaupt nicht von einer Maschine geleistet werden und auch in beruflicher Menschentätigkeit nicht besser als von der Hausfrau und Mutter besorgt werden.*'' So werde sie ,,*unentbehrlich für das Lebensglück der Massen*''. Denn ,,*den Ausgleich* (für die unbefriedigende Arbeit in Fabrik und Büro, Anm. AK) *dafür kann nur das Heim bilden ... Deswegen ... auch Raum und Anerkennung für die Hausfrau, die mit den meist viel zu kümmerlichen Mitteln schaffen muß, was unserem Volk allein nottut: Kulturfreude, die nicht viel kostet*'' (Anm. 2).

Aus diesen zynischen Bemerkungen des bürgerlichen Wissenschaftlers Potthoff geht deutlich hervor, daß das Ideal des ,,trauten Heims'' als ,,Gegenwelt'' der streßauffangenden Atmosphäre sich nicht mehr auf die kleine Schicht des Bürgertums beschränkte: Unter erheblich schlechteren Bedingungen sollten jetzt auch die proletarischen Haushalte diesen Anforderungen nachkommen.

Die Arbeiterfrau, oft genug auch selbst als Lohnarbeiterin tätig, sollte die Auswirkungen des technischen Fortschritts, die gesteigerte Auspressung von Lebenskraft, auffangen. Aber auch Erziehungsaufgaben rückten stärker in den Mittelpunkt. Bis heute ständig verlängerte Ausbildungszeiten verlangten die Ernährung und Unterstützung durch die Eltern (immer unter der Voraussetzung zu den damaligen Zeiten: Beengteste Wohnverhältnisse, kaum das Existenzminimum deckender Lohn, Lohnarbeit der Mütter in der Fabrik oder in Heimarbeit).

Allerdings fielen auch für den proletarischen Haushalt einige Aufgaben weg: Eine ungeheuer expandierende Verbrauchsgüterindustrie stellte Nahrungsmittel und Kleider immer billiger her, so daß sie auch für einen Teil der Arbeiter erschwinglich wurden. Ebenso entlastete der Ausbau der zentralen



Proletarische Familie, Berlin 1916

Versorgung mit Gas, Strom, z.T. auch W...
Versorgung mit Gas, Strom, z.T. auch Wärme.

Die Familie war als ,,Konsumeinheit'' entdeckt. Die Produktion von Küchengeräten, mit dem Ziel, jeden Kleinhaushalt damit auszurüsten, nahm Anfang des Jahrhunderts ihren Anfang. Heute ist dieses Ziel hinsichtlich der Grundausstattung praktisch erreicht. Parallel entstand die Werbeindustrie mit immer ausgefeilteren Methoden, Produkte gerade auch an die Frau zu bringen.

Die verbesserte Technik der Verbrauchsgüterindustrie und die zunehmende Erwerbstätigkeit der Ehefrauen bedingten eine enorme Expansion des Kapitalismus. So erweiterte die Serienproduktion von Haushaltsmaschinen für den dezentralen Kleinhaushalt die jeweiligen Absatzmärkte beträchtlich.

Die Frauen wanderten ihrem aus dem Haushalt in die Fabrik verpflanzten Tätigkeitskreis nach: Diese stellte nicht allein ehemals in Eigenherstellung produzierte Lebensmittel her, sondern entwickelte darüber hinaus für den steigenden Bedarf der erwerbstätigen Hausfrau arbeitssparende Produkte überwiegend haushaltstechnischer Art. Trotzdem blieb die primäre Zuständigkeit der Frau für zum Teil fortbestehende, teils neu hinzukommende Reproduktionsaufgaben bestehen.

All diese hier nur grob angerissenen Entwicklungen betrafen einen ganz großen Teil der Arbeiterklasse, der von dem gestiegenen Lohnniveau tatsächlich profitieren konnte (gleichzeitig gab es ja 100.000e von Menschen, die in den elendsten Verhältnissen lebten).

Zum anderen betraf es den großen Anteil der durch Krieg und Inflation verarmten Schichten: z.B. Pleite gegangene Kleinunternehmer, Krämer, Händler, aber auch Professoren, Lehrer und andere Intelligenzler.

Die alte Idealvorstellung der ,,nichtarbeitenden Hausfrau'' mußte oft gleich zweifach begraben werden: Dienstboten für die körperliche Hausarbeit gabs nicht mehr bzw. waren nicht mehr erschwinglich, und zusätzlich mußten sich diese Frauen oft selbst Lohnarbeit suchen. Hieran setzte die bürgerliche Frauenbewegung an mit der Forderung nach Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen. Noch eine weitere Entwicklung in den 20er Jahren gehört in diesen Zusammenhang: Das funktionsgerechte Wohnen. Als sozialdemokratisches Reformmodell (Bauhaus) wurden z.B. in Berlin Wohnungen ganz neu konzipiert: Weg mit den Wohnküchen, statt dessen eine kleine ,,Werkstatt'' für die Frau, getrennt von den ,,W o h n zimmern''. Auch die Möbel sollten entsprechend aussehen, ohne Schnörkel und Verzierungen, schlicht und funktional. Diese Wohnvorstellung perfektionierte den ARBEITSPLATZ HAUSHALT als Aufgabenbereich e i n e r Person, der Frau natürlich, in einer Kleinfamilie. Heute ist auch diese Vorstellung bei uns praktisch durchgesetzt.

Ausgerechnet eine Vertreterin der ,,Hausfrauenbewegung für Rationalisierung'' (Ende des 19. Jahrh. in den USA entstanden, in den 20er Jahren von Teilen — wohl vor allem bürgerlichen — der deutschen Hausfrauen aufgenommen; die Bewegung lehnte sich im Selbstverständnis ausdrücklich an

die betriebliche Rationalisierung an)
die betriebliche Rationalisierung an) preist dies der Industrie an:

,,*Die gesamte Industrie nämlich müßte sich energisch für eine Rationalisierung des Haushalts einsetzen, denn es liegt auf der Hand, daß hier jeder Fortschritt unmittelbar auch ihr zugute kommt: der Arbeiter und Angestellte, der sein gut zubereitetes Essen rechtzeitig vorgesetzt erhält, der seine Kinder wohl aufgehoben und beschäftigt, seine Frau nicht überarbeitet weiß..., der in den daheim zugebrachten Stunden einen reibungslos arbeitenden Haushalt und damit eine behagliche Häuslichkeit um sich sieht, wird nicht nur körperlich, sondern auch seelisch ruhiger seine tägliche Arbeit verrichten und entsprechend mehr leisten können.*'' (Anm. 3).

Wir können also festhalten, daß sich Anfang des Jahrhunderts ein Wandel vollzog in der Produktionsweise, der es möglich und erforderlich machte, daß der breiten Masse von Frauen als Hausfrauen hohe Anforderungen gestellt wurden, insbesondere, was die psychische Seite der Reproduktion betrifft. Für den größten Teil der Bevölkerung ist dies insofern neu, als vorher ausschließlich der Kampf ums Überleben auf der Tagesordnung stand. Mit der Übernahme der bürgerlichen Familienvorstellungen (heile Welt, das Kind im Mittelpunkt usw.) in den Arbeiter-Alltag bekam auch das bürgerliche Frauenbild für die Arbeiterfrauen mehr Gewicht.

In der Werbung, in den Hausfrauenzeitungen, aber auch aus der Sicht der Frauenvereine und vieler sozialdemokratischen Veröffentlichungen begegnete ihr das Bild der liebenden Mutter, der fürsorglichen Ehefrau, helfend, dienend, liebend, geduldig. Ihre neuen Aufgaben verlangten/verlangen vor allem diese Eigenschaften: sich einfühlen können (ins Kind, zunehmend auch in den Mann), sich selbst zurückstellen in jeder Situation, die Bedürfnisse anderer wichtiger nehmen, vermitteln zwischen den verschiedenen Familienmitgliedern, usw.

Dieses Frauenbild war für die Frauen
Dieses Frauenbild war für die Frauen der herrschenden Klassen nicht neu (siehe Abschnitt ,,Der bürgerliche Haushalt''). Jedoch hatten sich die bürgerlichen Ideologen bisher nur auf eben diese Klassen beschränkt, wenn sie in Romanen, Erziehungsanleitungen usw. ein bestimmtes weibliches Verhalten propagierten. Daß gleichzeitig Millionen von Frauen körperliche Schwerstarbeit unter unmenschlichen Bedingungen leisteten, störte sie herzlich wenig. Neu ist jetzt, daß dieses Frauenbild für a l l e Frauen Gültigkeit bekommen sollte und dementsprechend propagiert wurde.

Als Idealvorstellung war dieses ,,herrschende'' Frauenbild auch früher schon in den Köpfen der proletarischen Frauen gewesen. Es war jedoch aufgrund der Bedingungen kaum realisierbar.

AUSZUBILDENDE 1980 Weiterhin starke Konzentration auf wenige Berufe

Prozentualer Anteil an den:

männlichen Auszubildenden		weiblichen Auszubildenden	
Kfz-Mechaniker	8.8	Verkäuferin	11.5
Elektro-Installateur	5.4	Friseurin	10.4
Maschinenschlosser	4.3	Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	6.7
Tischler	4.0	Bürokauffrau	6.4
Maurer	3.7	Industriekauffrau	5.5
Maler u. Lackierer	3.6	Arzthelferin	5.5
Gas-u. Wasser-Installateur	3.3	Einzelhandelskauffrau	4.1
Kaufmann im Groß- u. Außenhandel	2.8	Bankkauffrau	3.7
Bäcker	2.5	Zahnarzthelferin	3.5
Werkzeugmacher	2.1	Kauffrau im Groß- u. Außenhandel	3.2





CONDOR

FR, 3012.81

Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt

Parallel zu dem oben beschriebenen Prozeß, der praktisch alle Frauen vorrangig zu ,,Hausfrauen'' machte, liefen auch auf dem Lohnarbeitsmarkt Veränderungen ab:

Zum einen stieg die **Zahl der berufstätigen Frauen** insgesamt. Überwiegend stammten die ,,neuen'' Lohnarbeiterinnen aus bürgerlichen Kreisen, die entweder aufgrund von Verarmung (Monopolisierung, Krieg, Inflation) oder auch aus Neigung eine bezahlte Arbeit aufnahmen. Seit Anfang des Jahrhunderts etwa beträgt der Anteil der Frauen an den Berufstätigen bis heute 30 - 35 % (Kittler, S. 30).

Zum anderen wuchs der Anteil der **verheirateten Lohnarbeiterinnen**, d.h., der Frauen, die in der Familie Reproduktionsarbeit u n d im Betrieb Lohnarbeit leisteten. 1907 waren es schon 25 %, 1925 sogar 31 % der berufstätigen Frauen (Kittler, S. 30). Tatsächlich war und ist die Zahl der doppelt arbeitenden Frauen noch erheblich größer. ,,Mithelfende Familienangehörige'', nicht-versicherungspflichtig Arbeitende, Heimarbeit usw. sind kaum statistisch zu erfassen.

Die Frauen arbeiteten jedoch nich in irgendwelchen Bereichen, sondern es entwickelte sich ein genau abgegrenzter und bis heute fast unveränderter geschlechtsspezifischer Arbeitsmarkt (s. Kasten).

Frauen strömten (und wurden gesucht) in fast ausschließlich 3 Bereiche:

1. Verbrauchsgüterindustrie Textil-, Bekleidungs-, Leder-, Vervielfältigungsindustrie usw.).

,,*Zur Beurteilung dieser Entwicklung muß man sich vergegenwärtigen, daß die verbesserte Technik der Verbrauchsgüterindustrie große Teile der früher von der Frau innerhalb der Hauswirtschaft ausgeübten Arbeitsverrichtungen an sich gezogen und zu gewerblichen Tätigkeiten umgestaltet hat. Die Frau ist ihrem aus dem Haushalt in die Fabrik verpflanzten Tätigkeitskreis nachgewandert und übt heute als gewerbliche Arbeiterin die Arbeitsverrichtungen des Spinnens, Webens, Nähens, Schneiderns, Waschens, Plättens, des Zurichtens und Konservierens der Nahrungsmittel aus. Frauenarbeit bedeutet somit in der Verbrauchsgüterindustrie nicht immer eine Neuerscheinung oder Konkurrenz der Männerarbeit, sondern stellt häufig unter veränderten Formen die frühere Arbeitsteilung der Geschlechter aus der Zeit der Hauswirtschaft wieder her.*'' (Jürgen Kuczynski, S. 209).

2. Angestellten-Bereich

Während sich die Zahl der männlichen Angestellten in der Zeit von 1907 bis 1925 verdoppelte, verdreifachte sich die Zahl der weiblichen Angestellten. Die wachsende Mechanisierung der Büroarbeit begünstigte diese Entwicklung. Insbesondere Frauen des verarm-
roarbeit begünstigte diese Entwicklung. Insbesondere Frauen des verarm-
ten Mittelstandes und des Bürgertums drängten in die Büros (Kittler, S. 31).

3. Soziale Berufe (Krankenschwestern, Pflegerinnen, Kindergärtnerinnen usw.).

Ihre Inhalte schienen noch am ehesten mit der ,,weiblichen Wesensbestimmung'' vereinbar und unterlagen nicht dem ,,Makel der Arbeit'', da sie als ,,hingebungsvoller Dienst am Nächsten'' begriffen wurden. Diese Berufe kamen zunächst nur für bürgerliche Frauen in Frage.

Fließbandarbeit

Im Zuge der stürmischen Rationalisierungs- und Monopolisierungswellen in der Weimarer Republik erkannten die Kapitalisten noch eine weitere Verwendungsmöglichkeit weiblicher Arbeitskraft: die monotone ,,Fummelarbeit'' am Fließband. Teile der Produktion im Elektro-, Chemie- und Metallbereich wurden zur ,,Frauenarbeit'' erklärt, die vorher dort beschäftigten Männer entlassen und die weit billigeren Frauen eingestellt.

Es ist offensichtlich, daß die so entstandenen ,,typischen Frauenberufe'' von uns Frauen überwiegend dieselben Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen erfordern wie die Hausarbeit: monotone, nie endenwollende, gleichförmige Arbeit erledigen; sich für Kleidung, Nahrungsmittel zuständig fühlen; sich um das seelische oder körperliche Wohl anderer zu sorgen; zuständig sein für die Kindererziehung; Entscheidungen anderen überlassen, dienen, ausführen usw. usf. Und ebenso wie die Hausarbeit als Arbeit (im Gegensatz zu ,,Müßiggang'') bis heute gesellschaftlich kaum anerkannt ist, ebenso gilt ,,Frauenarbeit'' als minderwertige und damit schlechter bezahlte Arbeit. Bis heute gilt, daß in der Industrie Frauenlöhne 25 - 30 % unter dem Durchschnitt der Männerlöhne liegen.

Die Bourgeoisie kann sich die Hände reiben. Denn dieser geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt bringt für sie nur Vorteile — ökonomische wie politisch-ideologische:

— Frauenberufe sind — wie gesagt — Billiglohnberufe. Der Kapitalist spart also gewaltig an Personalkosten. Der Trick: Frauenlöhne enthalten nicht die vollständigen Reproduktionskosten. Bei Männerlöhnen ist eingeplant, daß davon eine (Ehe)Frau gehalten werden kann, die die anfallende Hausarbeit/Reproduktionsarbeit erledigt. Daß sich die Frau entsprechend einen Mann halten kann, ist (massenhaft gesehen) nicht vorgesehen und vom durchschnittlichen Frauenlohn nicht bezahlbar.

— Der Effekt: frau wird regelmäßig schmerzlich daran erinnert, daß ihre Hauptaufgabe in der Familie liege, die Lohnarbeit nur „Dazuverdienen" ist. Frau hat sich gefälligst einen Ernährer zu suchen.

— Die Bedingungen in den Frauenberufen sind zudem überwiegend so, daß frau sich verständlicherweise danach sehnt, zu Hause, scheinbar ohne äußeren Zwang, ihre Arbeit als Hausfrau und Mutter zu verrichten.

— Die Frauenberufe haben zudem den „Vorteil", uns inhaltlich immer wieder auf unser „eigentliches Wesen" zu stoßen, uns darin auch immer wieder erneut zu bestärken: in untergeordneten Tätigkeiten sitzen, helfen, dienen, Monotonie geduldig ertragen usw.

Der Bruch zwischen Hausarbeit und Lohnarbeit bleibt dadurch so gering wie möglich. Und das ist wichtig für die Kapitalisten. Das Grundprinzip: Jede Frau ist zuallererst eine Hausfrau und zusätzlich manchmal noch Lohnarbeiterin — dieses Grundprinzip muß erhalten bleiben. Denn nur auf dieser Grundlage ist eine weitere Funktion von Frauenarbeit im Kapitalismus erfüllbar: Die industrielle Reservearmee.

Als Beispiel: Im 1. Weltkrieg arbeiteten schlagartig massenhaft Frauen im Produktionssektor, z.B. 3 Mio. in der Rüstungsindustrie. Allerdings bekamen sie auch jetzt 25 — 30 % weniger Lohn als die Männer, obwohl sogar extra die Schutzbestimmungen für Frauen außer Kraft gesetzt wurden (Kittler, S. 32). 1919 sollte Platz geschaffen werden für die heimkehrenden Männer (und natürlich auch die alte Geschlechterordnung wieder hergestellt werden). Die „Verordnung zur Freimachung von Arbeitsstellen" sorgte für Massenentlassungen, vorwiegend unter den verheirateten Frauen. Über 3 Mio. waren davon betroffen (Kittler, S. 33). Dieses Hin- und Herschieben von Ar-
verheirateten Frauen. Über 3 Mio. wa-
ren davon betroffen (Kittler, S. 33). Dieses Hin- und Herschieben von Ar-
beitskräften, ganz nach Bedarf, ist ohne große Gegenwehr nur solange möglich, wie für Frauen gesellschaftlich und in ihren eigenen Köpfen die „Hauptaufgabe Familie" vorherrscht. Denn Frauen sind dann ja nicht „arbeitslos", sie haben nur sozusagen ihre „Zweitbeschäftigung" aufgegeben. Die geringe gewerkschaftliche Organisierung von Frauen hat — neben dem offensichtlichen Desinteresse der Gewerkschaften an Frauenproblemen — ihre Ursache vor allem in diesem familienorientierten Denken.

Die gewaltige ökonomische Kraft des entwickelten Kapitalismus stammt also zu einem großen Teil aus der perfekten Auspressung weiblicher Arbeitskraft:

— Einerseits im „Heer der Hausfrauen", die für „Liebe", Kost und Logis die gesamte Reproduktionsarbeit für das „Heer der Lohnarbeitenden" leisten. Ebenso sorgen sie für die Produktion neuer Arbeitskraft. Als Kostenfaktor in der Rechnung der Kapitalisten brauchen diese Arbeiten nicht weiter aufzutauchen.

— Andererseits als billige, leicht verschiebbare Lohnarbeiterin. Eine 80 Stunden-Woche (soweit Hausarbeit überhaupt in Stunden zu erfassen ist) ist für Frauen keine Seltenheit.

Davon, daß wir seit 1918 einen 8-Stunden-Tag haben, haben die meisten Frauen bis heute wenig gemerkt!

Und die Männer — Nutznießer, Komplizen oder was??

Das Kapital hat — wie wir gesehen haben — mannigfaltige Interessen daran, quasi alle Frauen zu „Hausfrauen" zu machen. Trotzdem arbeitet die Hausfrau nicht d i r e k t für den Kapitalisten. Sie verkauft ihre Arbeitskraft nicht direkt im Austausch für Lohn. Was für ein Arbeitsverhältnis ist das also?

Wer profitiert noch von der weiblichen Arbeitskraft und ihrer spezifischen Ausbeutung, wie wir sie so ausführlich dargestellt haben?

Aufgabe der Hausfrau ist die Her- und Wiederherstellung von Arbeitskraft. Für den Mann bedeutet das:

— Er ist entbunden von all den zeitaufwendigen technischen Seiten der Hausarbeit (einkaufen, kochen, saubermachen...). Daß heutzutage Männer schon öfter auch mal abwaschen, ändert nichts an der grundsätzlichen Entbundenheit.

— Die Ehe sichert ihm den Anspruch auf einen Menschen, der für sein Wohlbefinden zu sorgen hat. Die Frau soll zuhören, Ärger ausgleichen, für sein Sex-Bedürfnis da sein, ihm ein „Heim" geben.

— Eine Neuheit in der Art der Beziehung zwischen den Geschlechtern: Wesentliche Merkmale der Mutter-Kind-Beziehung wurden auf die Frau-Mann-Beziehung übertragen (Einseitigkeit, Ungleichberechtigung, Denken für das Kind/den Mann, zuständig-sein zur Erfüllung aller Bedürfnisse). Männer brauchen die dafür nötigen Fähigkeiten nicht erst zu erlernen, denn Frauen haben ja umgekehrt keinen Anspruch auf Reproduktion.

— Da die Mütter auch für die Kindererziehung zuständig sind, brauchen sich die Männer im Normalfall nicht mit ihnen abzugeben. Nur in Ausnahmesituationen haben sie mal „ein Machtwort" zu sprechen. Die Frau/Mutter hat die Aufgabe, etwa entstehende Spannungen sofort auszugleichen und zwischen Mann und Kindern zu vermitteln.

— Männer haben — juristisch abgesichert — die sexuelle Verfügungs g e w a l t über ihre Ehefrauen, Vergewaltigung ist in der Ehe nicht strafbar.

Daß zwischen den Geschlechtern heute ein (mehr oder weniger) offenes Machtverhältnis herrscht, ist wohl unbestritten. Tausende von Vergewaltigungen, Hunderte von Morden an Frauen, überhaupt nicht mehr zu zählende Mißhandlungen jährlich, allein in der BRD, sind nur die sichtbare Spitze davon.

Dieses Gewalt- und Machtverhältnis erhielt sicherlich eine ganz neue Qualität:

■ durch die Herabwürdigung der Reproduktionsarbeit zum „Müßiggang" und damit der Frauen zu einer Art Parasiten,

■ durch die nachfolgende allgemeine schlechte Bezahlung von Frauenlohnarbeit,

■ durch die krasse ideologische Ausformung der angeblichen Charaktereigenschaften von Männern und Frauen (stark-schwach, aktiv-passiv, aggressiv-defensiv usw.).

Die Grundlage für dieses Machtverhältnis bildet bis heute die finanzielle Abhängigkeit der Mehrzahl der Frauen von ihren Männern. Die ökonomische Abhängigkeit zieht die psychische nach sich (individuell und gesellschaftlich gesehen).

Es ist unübersehbar, daß neben dem Kapital auch „die Männer" von der
gesehen).
Es ist unübersehbar, daß neben dem Kapital auch „die Männer" von der
neuen Entwicklung profitierten, die Hausfrauenrolle ihnen Gewinn brachte: *„Ersterem die Gratisproduktivkraft der Frau in Form eines besser qualifizierten und zufriedeneren Lohnarbeiters, letzterem in seiner Eigenschaft als Ehemann die persönliche Verfügung über die Arbeitskraft der Frau im Haus"* (Kittler, S. 137).

Der männliche Lohnarbeiter wurde mit der Institutionalisierung der Hausarbeit von den „persönlichen Diensten an sich selbst" befreit. Dies offenbart einen ganz neuen Aspekt der Hausfrauenrolle: Sie läßt sich begreifen als ein Bestechungsversuch des Kapitals gegenüber der (in diesem Fall männlichen) Arbeiterklasse. Denn wie wir gesehen haben, profitiert das Kapital außerordentlich von der ungeheuren Auspressung weiblicher Arbeitskraft. Das kleine Stück „Teilhabe an der Macht", nämlich über die Frau, soll ein Zugeständnis sein, damit die Arbeiterbewegung diese Situation nicht in Frage stellen möge. Es ist mehr als „spalte und herrsche" (wie zwischen Arbeitern und Angestellten), denn die Spaltung zwischen Männern und Frauen bringt für die Männer reale Privilegien und reale Verfügungsgewalt über die Frau.

Der Bestechungsversuch hat bis heute prima geklappt: Von der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen wird heute in der BRD bestenfalls innerhalb der radikalen Linken mühsam versucht, einen ernsthaften Kampf auch für die Rechte der Frauen aufzunehmen. Die traditionellen Organisationen SPD und Gewerkschaften setzen sich faktisch für die Zementierung der bestehenden Situation ein. So beteiligten sich z.B. die Gewerkschaften aktiv an der „Erfindung" der „Leichtlohngruppen" 1956. Das Bundesarbeitsgericht hatte die bis dahin üblichen „Frauenlohngruppen" als verfassungswidrig erklärt. An ihre Stelle setzten die Tarifpartner (!!) die „Leichtlohngruppe", da Frauenarbeit natürlich immer geradezu kinderleicht ist (nach „Hamburger Rundschau", 4.3.82). Bekannt sind die lautstarken Bekenntnisse der SPD zur Familie und Ehe. Da wird nichts in Frage gestellt.

Wie weit diese Bestechungsstrategie gefruchtet hat, zeigt ein — zum Glück sehr extremes — Beispiel aus Italien: Am 6.9.75 organisierte die Frauenbewegung eine Frauendemonstration aus Protest gegen das ungeheure Ausmaß von Gewalt gegen Frauen. Die Genossinnen von „Lotta Continua" unterstützten die Demo, während ihre Genossen „politische Widersprüche" dazu hatten. Während der Demo überfielen LC-Genossen den Zug und schlugen auf Teilnehmerinnen ein. Es sollte wohl mal wieder ein „Machtwort" gesprochen werden...

Die Schwierigkeiten zwischen Arbeiter- und Frauenbewegung, die sich an diesem Beispiel ganz extrem zeigen, liegen genau in diesem Stückchen Teilhabe an der Macht begründet. Nur ein aktives Bekämpfen der Bestechungsversuche von seiten der Linken und der Arbeiterbewegung kann hier nach vorne führen. Dabei könnte frau — wenn die Auswirkungen nicht so furchtbar wären — den Kopf schütteln über so viel Dummheit der Männer. Denn ihr armseliges Herr-Sein ist natürlich nichts gegen die Verfügungsgewalt, die die Bourgeoisie über Menschen, männlich oder weiblich, besitzt. Frei nach Marx: Auch wenn das Lastvieh noch so sehr davon überzeugt ist, daß es zu seinem eigenen Wohlbehagen frißt — so wird es doch nur gefüttert, damit es wieder Leistung für seinen Besitzer bringt.

Wir halten es für ungeheuer wichtig, sich mit dieser Bestechungsstrategie gegenüber „den Männern" zu beschäftigen. Denn natürlich wird sie dann am stärksten bemüht werden, wenn die Zeiten schlechter werden, wenn es gilt, Krisenauswirkungen auf die Bevölkerung abzuwälzen und gleichzeitig den Widerstand möglichst klein zu halten. Es ist klar, daß wir Frauen auf vielfältige Art und Weise wieder stärker in die Abhängigkeit von Männern gedrängt werden sollen — aber auch, daß sich viele Männer ihrer Herrschaft wieder mehr versichern wollen. Ein Beispiel dafür könnten ähnliche Kampagnen wie nach dem 1. und vor dem 2. Weltkrieg sein: „Doppelverdiener (d.hz. verheiratete Frauen) raus aus den Betrieben." In einer von der damaligen „Roten Gewerkschaftsinternationale" herausgegebenen Broschüre heißt es: *„Die Gewerkschaften tun im allgemeinen nichts, um die feindselige passive Haltung breiter Arbeiterschichten in Fragen der Frauenarbeit in revolutionäre Aktivität zu verwandeln... Aber auch in Betrieben wird der Abbau der verheirateten Frauen in der Regel zunächst von den Arbeitern bzw. den Betriebsräten durchgesetzt."* (Kuczynski, S. 218).

Und die Konsequenzen?

Und die Konsequenzen?

Wir wollten aufzeigen:

Die ökonomische Kraft und die politische Stabilität des Kapitalismus beruhen zu einem überwiegenden Teil auf der (doppelten) Auspressung unserer — der Frauen — Arbeitskraft. Wir haben damit auch eine große Verantwortung für die Revolution!

Revolution heißt eben nicht „nur" Vergesellschaftung der Produktion, sondern auch der Reproduktion. Ebenso wie Hausarbeit und Beruf keine Alternativen darstellen, so können auch weder die Bezahlung der Hausarbeit noch die Überführung weiterer Reproduktionsfunktionen ins Lohnverhältnis revolutionäre Lösungen sein.

Und alle Forderungen, die nicht grundsätzlich die Existenz des p r i v a t e n Reproduktionsbereichs und dessen ausschließlicher Zuordnung zu uns Frauen in Frage stellen, bergen in sich die Gefahr einer Zementierung des Zustands (Babyjahr, „Lohn für Hausarbeit", „Einküchenhaus" in der Weimarer Frauenbewegung). Gerade im Hinblick auf die mit atemberaubender Schnelligkeit erfolgenden Kriegsvorbereitungen und die Notwendigkeit, dem wirklich kraftvoll etwas entgegenzusetzen, haben wir Frauen die Aufgabe, unseren eigenen Beitrag zum Sturz dieses Systems zu entwickeln. Theoretisch und praktisch. Und daß die Frauenbewegung sich so schwer damit tut, sollte uns nicht davon abhalten, die Diskussion für uns zu führen.

Frauen-Antifa-Kommission

Literatur:

Gertraude Kittler: „Hausarbeit — Zur Geschichte einer ‚Naturressource' ", Verlag Frauenoffensive; Jürgen Kuczynski: „Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" Bd. 18, Frauenarbeit; Ingeborg Weber-Kellermann: „Die deutsche Familie — Versuch einer Sozialgeschichte", Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1974

Anmerkungen:

1. Strauß, Beatrice „Die Konsumwirtschaft. Ihre Parallelentwicklung mit der Frauenberufsfrage" 1929, Zit. nach Kittler, S. 40
2. Potthoff, Heinz „Hauswirtschaft und Volkswirtschaft" 192?, Zit. nach G. Kittler, S. 43 ff
3. Erna Meyer „Rationalisierung der Verbrauchswirtschaft im Haushalt" in: Technik und Wirtschaft 2/1922, Zit. nach G. Kittler, S. 78



Leserbrief zu „Die Endlösung der Palästinafrage" (AK 225)

Es gibt politische Themen, wo es angebracht ist, mit der Wortwahl besonders vorsichtig zu sein, weil sonst falsche Assoziationen geweckt werden. Der Nahostkonflikt um den Staat Israel und die Befreiung des palästinensischen Volkes gehören ganz sicher zu solchen Themen. Die Überschrift des Palästina-Artikels und damit die Hauptüberschrift von AK 225 erwecken — ich unterstelle: bewußt — den Eindruck, als sei die israelische Kriegsführung und ihr Terror am palästinensischen Volk in eins zu setzen mit dem Versuch der bürokratisch geplan-
Kriegsführung und ihr Terror am palästinensischen Volk in eins zu setzen mit dem Versuch der bürokratisch geplan-
ten und systematisch durchgeführten Ausrottung des jüdischen Volkes durch das NS-Regime in Deutschland. Bei aller zu verurteilenden Grausamkeit der Kriegsführung — geschweige der politischen Absichten — sind die israelischen Aktionen doch eher zu vergleichen mit der Bürgerkriegsführung der Junta von El Salvador oder dem Vorgehen der türkischen Junta gegen die Kurden. Bei der Kritik dieser terroristischen Regimes habe ich aber von einem unterstellten Vergleich mit der Nazi-Politik im AK oder anderswo noch nichts gelesen. Auf jeden Fall wird die im weltweiten Vergleich doch nicht einmalige Politik der herrschenden Zionisten in Palästina dennoch **als einzige** gerade von der sozialistischen Linken **immer wieder** mit der NS-Politik auf eine Stufe gestellt. Das ist m.E. nicht nur von der Sache her falsch, sondern gibt auch allen denjenigen Vermutungen Recht, die sagen, daß hier ein Defizit an Vergangenheitsbewältigung zu seiner sehr unvorteilhaften Artikulation kommt.

Deshalb möchte ich darauf hinweisen, daß heute nach 2.000 Jahren jüdischer Verfolgungen im christlichen Abendland, deren Kulmination Auschwitz war und nach einer erst knapp 40jährigen weltweiten Pause schlimmerer Diskriminierungen und Verfolgungen, viele Juden wohl immer noch zurecht in der Angst vor einem erneuten Aufleben des Antisemitismus leben. Dazu kommt, daß der zionistische Staat — trotz aller aggressiv-imperialistischen Politik und propagandistischen Ausnutzung von Auschwitz für seine politischen Zwecke — ganz real für viele Juden gerade den Aspekt des Schutzes hat.

Viele 1938 aus Deutschland flüch-
für viele Juden gerade den Aspekt des Schutzes hat.
Viele 1938 aus Deutschland flüch-
tende Juden sind überall anders abgewiesen worden und konnten nur noch nach Palästina. Das ist keine Rechtfertigung für die expansionistische israelitische Kolonialpolitik. Aber es ist und soll ein Hinweis darauf sein, daß von jüdischer Seite sicherlich zurecht sehr sensibel auf solche Gleichsetzungen reagiert wird, wie sie der AK-Artikel vollzieht. Und nach den Pogromen gegen das jüdische Volk als ganzes in unserem Land, hat, meine ich, das Judentum in allen seinen Formen den rechtmäßigen Anspruch auf eine einfühlsame und differenzierte Kritik. Daß im AK dann letztlich die gemeinten Opfer — falsch und sachlich nicht begründet! — mit ihren damaligen Schlächtern verglichen werden, ist, obwohl sicherlich bewußt gemacht, hoffentlich nicht mehr als ein peinlicher Ausrutscher.

Jedenfalls bin ich der Meinung, daß diese Überschrift es wert ist, in den von euch gesammelten antijüdischen Zitatenschatz „Vergangenheitsbewältigung" (AK 224, S.28) mitaufgenommen zu werden.

Klaus-Peter L.

Keine „Endlösung"?

Das Wort „Endlösung" im AK 225 steht in einem konkreten Zusammenhang, nämlich diesem: *„....Israel hat mit der Vertreibung der PLO aus Beirut und der Besetzung des halben Libanon bisher nur einen kleinen Teil seines Gesamtziels erreicht. Dieses Ziel lautet: ‚Endlösung der Palästinenserfrage'. Es geht um nichts geringeres als den Plan zur V e r n i c h t u n g der Palästinenser als Volk".*

Dieser Aussage widerspricht der Leserbriefschreiber nicht, er bezieht sich gar nicht auf sie. Entweder ist diese Aussage falsch, dann müßte man um die S a c h e streiten. Oder sie wird für zutreffend gehalten — und dann wäre m.E. ein Streit um das dafür verwendete W o r t ziemlich peinlich.

Einschränkend muß ich sagen: Der Satz ist so wie geschrieben meinem eigenen Verständnis nach nicht genau genug und i n s o f e r n tatsächlich falsch. Statt „Israel" muß es heißen: „Die Regierung Begin/Sharon". Die Pläne der oppositionellen ‚Arbeiterpartei' sehen anders aus, von der enormen Volksbewegung in Israel gegen die amtierende Regierung ganz zu schweigen.

Allerdings scheint mir das Gemeinte aus dem Artikel hinreichend deutlich zu werden. Um es noch einmal zu erklären: es geht mir bei dem Wort „Endlösung" nicht um die antipalästinensische Politik Israels und des Zionismus schlechthin, es geht mir auch nicht um das Massaker von Sabra und Shatila als Einzelfall. Sondern es geht um eine konkrete strategische Absicht, die sich vor allem mit dem Namen Sharons verbindet. Sabra und Shatila sind in diesem Plan ebenso ein kleiner Einzelpunkt wie die tagelange Bombardierung Beiruts. Dieser strategische Plan — die totale Zerstreuung der Palästinenser und die Liquidierung ihrer politischen Kerne — ist steckengeblieben, was de facto heißt, daß er in großen Teilen vorerst gescheitert ist. D a ß dieser Plan steckengeblieben ist, verdankt sich nicht zuletzt den Massenprotesten in Israel und den Reaktionen von Juden überall in der Welt, die — bei aller Identifikation mit dem Staat Israel und teilweise sogar Sympathie für den Libanon-Krieg — diesen extremen Weg von Begin und Sharon nicht mitgehen wollen.

Kt., AK-Redaktion

Notstand in Amsterdam

In Amsterdam ging letzten Monat der Blues wieder ab. Der provokatorischen Räumung eines besetzten Hauses folgten Straßenschlachten, wie sie Amsterdam seit der Krönung 1980 nicht mehr erlebt hatte. Die Polizeitruppen wurden von der Kraakbewegung aus dem Feld geschlagen. Bürgermeister Polak rief daraufhin den Notstand aus.

Lucky Luyk — ein besetztes Haus in der Amsterdamer Jan Luykenstraat. Soweit nichts besonderes. Aber Lucky Luyk ist nicht „nur" Zuhause für einige Jugendliche, die sonst kein eigenes Obdach hätten. Lucky Luyk wurde vor einem Jahr von einer Schlägertruppe, die der Spekulant, der das Haus verschachern wollte, angeheuert hatte, leergeprügelt. Ermutigt von diesem Erfolg ging eine Welle von Räumungen besetzter Häuser „a la Lucky Luyk" durch das Krakerland. Diese Welle stoppte erst, als Lucky Luyk zurückerobert und auch gehalten werden konnte. Schon deshalb hängt die Kraakbewegung mit besonderer Liebe an dieser Bastion wie etwa zuvor am Grote Keijzer (von der Gemeinde angekauft, von Krakern bewohnt). Lucky Luyk liegt im Amsterdamer Westen, wo — geht es nach den Spekulanten und ihrer Stadtverwaltung — etliche hundert besetzter Häuser zur Räumung anstehen. Die Räumung von Lucky Luyk wurde — wie sich schon am folgenden Tage herausstellte: zu Recht — als Beginn eines Generalangriffs auf diese Häuser im Westen angesehen. Diesem Angriff galt es mit allen Kräften zu widerstehen.

Montagmorgen, 11. Oktober, gegen 11 Uhr: Durch das Nachbarhaus und über das Dach dringt ein Polizeitrupp ins Lucky Luyk ein. Die Kraker werden überrascht und verhaftet unter dem Vorwand, des schweren Diebstahls schuldig zu sein.

Dann setzt das Kraker-Tam-Tam ein: Binnen kurzer Zeit nach der Räumung versammeln sich hunderte von Krakern und Sympathisanten beim Lucky Luyk und in der Umgebung. Die Zugänge zur Jan Luykenstraat werden mit Barrikaden aus Verkehrsschildern, Pflaster, Parkuhren und brennenden Autoreifen verschlossen. Später werden diese Schutzwälle mit umgestürzten und in Brand gesetzten Autos verstärkt.

Schon der erste Angriff der ME (speziell für „Unruhen" ausgebildete Bereitschaftspolizei) geht schief, die Truppe muß in einem Steinhagel flüch-

ziell für „Unruhen" ausgebildete Bereitschaftspolizei) geht schief, die Truppe muß in einem Steinhagel flüch-

ten. Beim zweiten Angriff sieht die ME nicht besser aus, und beim dritten Versuch feuern sie aus Distanz CS-Gasgranaten ab — mit spezieller Zustimmung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Polak und *„ungeachtet des Auftrags des Innenministers, mit dem Gebrauch von Tränengas besonders zurückhaltend zu sein"* („Trouw", 12.10.). Die ME selbst war sich dieses innenministeriellen Gebots schon bewußter: Es wurde häufiger beobachtet, wie vor dem Abfeuern der Gasgranaten der Aufkleber „CS" entfernt wurde.

Notstand ...

Um 13 Uhr ruft Bürgermeister Polak den Notstand für ganz Amsterdam aus. Damit kann jeder festgenommen werden, der sich auf öffentlichen Wegen so verhält, daß — Wortlaut der Bestimmung — *„vernünftigerweise angenommen werden kann, daß dies geschieht, um die öffentliche Ordnung zu stören oder zu bedrohen."*

Es hatte in der Vergangenheit durchaus Kämpfe gleicher Qualität gegeben, ohne daß der Notstand ausgerufen wurde. „Vrij Nederland" (23.10.) folgerte hieraus: *„Es sollte einmal deutlich werden, wer in Amsterdam das Sagen hat. Das schien die Absicht dieser Überraschungsoffensive ...".* Und im „Groene Amsterdammer" heißt es unter der Überschrift *„Amsterdam im Herbst"* (in deutscher - ! — Sprache): *„Wer so direkt auf eine harte Konfrontation zusteuert, wie es die Gemeindeverwaltung in den vergangenen Monaten tat, will so einen Straßenkrieg auch ... Warum? Weil es für beide Parteien offensichtlich hohe Zeit war, eine andere Frage sehr deutlich zu stellen, eine der simpelsten, die es in der Politik gibt: Wer ist hier der Chef?"* (13.10.)

Und die Aktivisten der Kraakbewegung waren tatsächlich eine zeitlang kampfstark und entschlossen genug, sich von den mittlerweile 1.000 oder 1.500 (die Presse macht sehr unterschiedliche Angaben) ME'ern, Militär(!)-Polizei („Marechaussee) und zivilen Greiftrupps nicht zurückschlagen zu lassen.

Nachdem es der ME endlich gelungen ist, die Jan Luykenstraat zu besetzen, verlagert sich der Kampf in die Gegend von Concertgebouw und Rijksmuseum, wo — das Glück liegt halt auf der Straße! — gerade umfangreiche Bauarbeiten stattfinden und die Demonstranten sich mit Bohlen, Steinen und was da sonst noch liegt, versorgen, aus umgestürzten Bauwagen Barrikaden errichten können.

Das Chaos (oder besser: die Ordnung?!) ist um die Mittagszeit immer noch beachtenswert. Desorientierte ME'er stoppen bei einer Gruppe von Demonstranten, sehen sich jedoch plötzlich in der Minderheit (soll heißen: das Verhältnis ME/Demonstranten etwa 1 : 1), werden mit einem Steinhagel eingedeckt und treten einen im Wortsinne überstürzten Rückzug an: Ein ME'er stürzt über den nächsten. Sehr um die Heiterkeit des Publikums verdient gemacht hat sich auch jener Fahrer eines ME-Busses, der, plötzlich in Panik geraten, voll auf die Bremse latschte, dabei vergessend, daß eine ganze Buskolonne hinter ihm fährt und eine wirklich bildschöne Massenkarambolage verursachte (aus Krakerkreisen verlautet, daß für jenen Chauffeur die Verleihung des Ordens „Wider den polizeilichen Ernst" in Aussicht gestellt worden ist).

Es gab hingegen auch Versäumnisse. Ein Aktivist fragt sich in der Stadtzeitung „bluf!", *„wie es kommt, daß ein halbes Jahr jeder wohlmeinende Mensch das amerikanische Konsulat wegen Mittelamerika stürmen wollte, und daß am Montagmittag, als wir alle Zeit hatten, das ganze Gebäude in Schutt und Asche zu legen, nicht mehr getan wurde, als daß eine Handvoll Menschen die Drahtzäune umgelegt und ein paar Klumpen Dreck an die Hausfront geworfen hat. In Guatemala, Honduras und El Salvador räumen sie nicht, dort brennen sie nieder und morden wie und wo die Machthaber das für richtig halten. Reagan, die CIA und der ganze imperialistische Westen macht es möglich und profitiert davon"* (Nr. 39, 14.10.). — „bluf!" bleibt bei der Kritik aber nicht stehen,

macht es möglich und profitiert davon" (Nr. 39, 14.10.). — „bluf!" bleibt bei der Kritik aber nicht stehen,

sondern ist bereit, für die Bewegung auch materielle Opfer zu bringen: Für die Entwaffnung eines Zivilgreifers wird ein Gratis-Jahresabonnement ausgelobt.

Amsterdam im Herbst

Um die Mittagsstunde und mit Ausrufung des Notstandes wendet sich das Blatt. Die ME-Einheiten, die bis zur Räumung von Lucky Luyk außerhalb der Stadt postiert worden waren, damit die Kraakbewegung nicht zu früh gewarnt ist, sind nun vollständig in die Stadt eingerückt. Was nun geschieht, läßt einen doch eigentlich recht gesetzten Mann wie den Rechtswissenschaftler (und Ostasienspezialisten) Prof. Dr. Wertheim, von einer *„drohenden weiteren Faschisierung des Polizeiapparates"* sprechen, erinnert ihn an *„fünfzig Jahre zuvor, an den Anfang der Anerkennung von Hitlers SA als Behördenapparat"* (zit. nach „de Volkskrant", 2.11.). Läßt der den Sozialdemokraten eher freundlich gesonnenen „Volkskrant"-Karikaturisten Opland eine Zeichnung mit Bürgermeister Polak mit *„De Junta von Amsterdam?"* überschreiben. Läßt einen völlig fassungslosen Journalisten von Bildern schreiben, die ihn *„an identische Situationen in Chile"* erinnern und einen alten Mann an das Berlin von 1933 denken: *„Und dann kam da ein starker Mann. Das wird nun wieder geschehen"* („DGA", 13.10.).

Das Klachtenburo Politieoptreden (eine Einrichtung zum Schutz der Bürger vor Übergriffen der Polizei) hat eine umfangreiche Dokumentation der Ereignisse anhand vieler Aussagen von Zeugen und Betroffenen zusammengestellt:

— Die Polizei wird über Funk angewiesen, die Gasgranaten nicht mehr in die Luft zu schießen, sondern direkt in die Demonstrantenreihen.

— Ein weiteres Haus wird geräumt, als die benachbarte Schule gerade aus ist. Eltern warten auf ihre Kinder. ME prügelt auf Kinder, Eltern, Lehrer ein, geht mit scharfen Hunden vor. Ein Fernsehteam wird am Drehen gehindert.

— Demonstranten werden durch Reihen knüppelnder ME getrieben.

— Ein ehemaliger Angehöriger der Militärpolizei (!), der drei Wochen zuvor seinen Abschied genommen hatte, will seine ehemaligen Kollegen bei der Demonstration zu einem Plausch besuchen. Er gerät zwischen die Reihen, wird festgenommen und erst am anderen Morgen aus der Haft entlassen.

— Die Presse wird massiv behindert, Kameras werden zerschlagen, Filme willkürlich belichtet, Journalisten mit Polizeihunden angegriffen.

— ME will ein Kraakcafe überfallen, kann die Tür nicht einschlagen, wirft Gasgranaten in die Lüftungsanlage. Ein Nachbar beobachtet die Aktion vom Balkon, eine Gasgranate wird auf ihn abgefeuert.

— Ein Mädchen fährt von einem Stadtteil Amsterdams in den anderen. Die Straßenbahn muß wegen Barrikaden stoppen. Sie steigt aus, wird festgenommen. Der Bulle, der sie gegriffen hat, erfindet eine Anzeige. Sie muß bis zum nächsten Morgen im Gefängnis bleiben. Als sie — wegen diverser Püffe und Schläge humpelnd — den Knast verläßt, ruft ihr ein Bulle hinterher: „Schade genug, daß du noch laufen kannst."

— Zwei Mädchen gehen nachts nach Hause. ME taucht plötzlich auf. Sie rennen erschrocken weg, werden gefaßt und zusammengedroschen. Eines der Mädchen trägt einen gebrochenen Mittelhandknochen davon, eine geplatzte Augenbraue, blaugeschlagene Augen, geprellte Nase, Prellungen und Striemen auf dem Rücken. Das andere Mädchen hat eine gequetschte Hand, eine Platzwunde auf dem Kopf, Striemen auf dem Rücken. (Alle Angaben nach dem Schwarzbuch des Klachtenburo, das in Auszügen in „DGA", 20.10., vorabgedruckt wurde).

Liegt Amsterdam nun plötzlich in der BRD ...?

Verhetzt, enthemmt, brutalisiert herrschte die Staatsbestie auf Amsterdams Straßen. *„Verdächtiger hatte sich als Punk verkleidet"* — Begründung für eine Festnahme. Passanten, Neugierige, sonst welche Leute wurden geprügelt, weil sie stehenblieben — andere, weil sie weggingen oder wegliefen. Wieviel, oder: wiewenig, braucht es eigentlich, um diese Staatsbestie zum Knurren, zum Beißen, zum Fetzen zu bringen? Hierzulande kennen wir die Antwort auf diese Frage — aber bei unserem l i b e r a l e n , unserem quasi besseren Nachbarn?

Am Dienstag, 12.10., der Notstand wird aufrechterhalten, die Stadt ist

besseren Nachbarn?

Am Dienstag, 12.10., der Notstand wird aufrechterhalten, die Stadt ist

quasi besetztes Gebiet, werden zwei weitere Häuser geräumt. Eines, zu dem der Räumungsbefehl schon seit Monaten vorlag; ein zweites, dessen Räumung erst am selben Morgen per Einstweiliger Verfügung durchgedrückt worden ist.

Arrestantenfabrik

So bezeichnet „De Groene Amsterdammer" den *„Notstand in Theorie und Praxis"* (20.10.).

Rund 170 Festnahmen am 11. und 12.10., und zwar größten Teils aufgrund der Bestimmungen des Notstands. Anwälte werden erst sehr spät benachrichtigt, dann massiv in ihrer Arbeit behindert. Der allergrößte Teil der Festgenommenen muß am nächsten Tag wieder freigelassen werden, weil selbst den auf Linie gebrachten (resp. eh auf Linie seienden) Untersuchungsrichtern die Festnahmebegründungen zu windig sind.

Einigen Festgenommenen, die aus anderen Städten stammen, wird — auf den Notstandsbestimmungen fußend — das Betreten Amsterdams für einen Monat verboten, andere werden mit der Auflage, sich bei den Demonstrationen nicht mehr blicken zu lassen und gegen Kaution freigelassen.

Eindeutig und umgehend (*„mit Abscheu"*) verurteilt die Ausrufung des Notstands lediglich die Gemeinderatsfraktion der CPN (revisionistische KP) von Amsterdam. Der Versuch der CPN-Fraktionsvorsitzenden, in der Zweiten Kammer (= „Bundestag") eine Interpellation wegen des Notstandes einzubringen, wird abgelehnt. Erst müsse sich der Amsterdamer Gemeinderat dazu äußern. Was mittlerweile geschehen ist: Die „großen" Parteien haben Polaks einsamen Beschluß nachträglich abgesegnet, während CPN, radikalpolitische Partei (PPR) und Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) sich, teils entschieden, teils windelweich, dagegen aussprachen. Abgesegnet wurde *„der Putsch von Polak"* („DGA", 20.10.) auch in der Zweiten Kammer mit *„übergroßer Mehrheit"* („de Volkskrant", 28.10.).

Mehr oder minder weitgehender Kritik hingegen wurde Polaks Entscheidung unterzogen, in Teilen der Presse und bei demokratischen und liberalen Juristen(-verbänden). Das Niederländische Juristenkomitee für Menschenrechte vertritt, daß Polaks Notverordnung sowohl dem Europäischen Vertrag zur Wahrung der Menschenrechte widerspricht wie den Prinzipien des niederländischen Strafprozeßrechts. Die Fassung der Notverordnung verkehre die Garantie, daß jeder für unschuldig gehalten wird, bis seine Schuld erwiesen ist, in ihr Gegenteil. Die Beweislast liege nun nicht mehr bei der Staatsanwaltschaft, sondern der Verdächtige müsse seine Unschuld beweisen.



„ ... zeigt Ihnen eine leichte Akzentverschiebung im Frühjahrsmodenbild für die Stadtverwaltung ..."
(Zeichnung von Jos Collignon, 29.3.1980)

Ein „Volkskrant"-Kommentator geht das Problem hingegen von der pragmatischen Seite an: Rund 150 Festgenommene, größtenteils aufgrund der Notverordnung, mußten wegen nicht ausreichender Beweiskraft der Anschuldigungen wieder freigelassen werden: *„Dies ruft Zweifel hervor über den Wert dieser speziellen Verordnung"* (14.10.).

Antwort

Antwort

In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch schlägt die Kraakbewegung zurück.

In Amsterdam werden fast zur genau gleichen Zeit gleichzeitig rund sechzig Objekte angegriffen. Vorzugsweise werden bei Banken die Scheiben eingeworfen, aber auch die Privatwohnungen von Spekulanten, Gemeinderatsmitgliedern, die Fremdenpolizei und Polizeiwachen werden bedacht. Die Polizeimaschine steht kopf und kann nur fünf Festnahmen in dieser Nacht machen. Parallel werden in Utrecht und Arnehm Banken angegriffen, eine Gasflasche vor Rotterdams Polizeihauptquartier zur Explosion gebracht und in Nijmegen bricht *„die Furie der Zerstörungslust los"*, genauer: *„ordinärer Straßenvandalismus", „gesellschaftlich Entwurzelte", „Straßenabschaum"* (Kommentar in „De Gelderlander", 14.10.).

Zu diesen doch recht derben Unhöflichkeiten gegenüber seinen Mitbürgern hinreißen ließ sich der Tintenspritzer, weil etlichen Banken teils schlicht die Scheiben eingeworfen worden waren, in einer Bank — wo in den Scheiben eh ein Loch war — gleich die ganze Einrichtung aufgemischt wurde, es bei der Kaserne der Militärpolizei Scherben gab und was sonst in einer kühlen Herbstnacht zur Erwärmung beiträgt. Als Gesamtschaden wurde eine Million Gulden angegeben. Wovon die Hälfte abgezogen werden kann, die der Verhetzung des Publikums dient, davon nochmal die Hälfte, um die die Versicherungen gemeinhin bei diesen Gelegenheiten beschissen werden — bleibt immer noch genug, um den Freundinnen und Freunden in Nijmegen ein herzliches „Scherben bringen Glück" zuzurufen. Auch die Polizei von Nijmegen ist zu loben: Sie verharrte auf Beobachtungsposten und war so fasziniert, daß sie mit Festnahmen ins Spiel nicht eingreifen mochte. Sauber, Jungs, weiter so!

Faschisten

Bei dem Drecksgeschäft der Bullerei und insbesondere dem der zivilen Greiftrupps mitgemischt hat in den Amsterdamer Kämpfen die Truppe von „Einstein", Betreiber eines sogenannten Piratensenders mit ausschließlich kommerziellem Programm und einer Vorliebe für Pornofilme. Vor der Krönung 1980 wurde über den Sender zur Bildung von „Bürgerwehren" aufgerufen, Spekulanten die Räumung besetzter Häuser durch Schlägertrupps angeboten. „Einstein" fährt zutreffenderweise einen ausrangierten vergitterten Bus der Militärpolizei. Bei den Kämpfen tauchten sie auf, um zu „filmen". Der Bullerei gingen sie eilfertig zur Hand, nahmen Festnahmen vor, stellten ihren Bus zur Unterbringung von Festgenommenen zur Verfügung. Sechzehn Festnahmen hätten sie gemacht, prahlten sie vor der Presse. Folgerichtig kippte kurz darauf ihr Gefährt samt Apparatur um und fing — wie das Leben so spielt — gleich Feuer.

Nach der Schlacht in Amsterdam wurden besetzte Häuser mit Anschlägen bedroht, vor dem Klachtenbüro Politieoptreden postierten sich Schlägertrupps.

Polaks Notverordnung, die teilweise Pressehetze, das Wüten der Polizeimaschine und auch das windelweiche Auftreten linker Parteien hatten ein „Klima" geschaffen, in dem es bei Drohungen nicht blieb: Am 21.10. wird in eines

treten linker Parteien hatten ein „Klima" geschaffen, in dem es bei Drohungen nicht blieb: Am 21.10. wird in eines

der sechs Gebäude vom Grote Keijzer ein Brandsatz geworfen. Das Haus brennt völlig aus, Menschen kommen nicht zu Schaden, mehrere Katzen krepieren elendiglich.

„Anstelle der Katzen hätten es besser die Kraker sein können", kommentiert einer der „Einstein"-Schläger das Geschehen gegenüber der „Volkskrant" (23.10.). Die Horde präsentiert sich stolz vor ihrem neuen Bus zum Gruppenfoto und bekennt freimütig, zum Teil eine „kriminelle Vergangenheit" (wohl besser: und Gegenwart) zu haben. Zwei von ihnen hätten die rassistische Zentrumspartei gewählt, ein dritter bedauert, er saß zur Wahlzeit im Knast.

Zwei Tage später wird bei einem Brandanschlag auf den kommunalen Sender Radio STAD das gesamte Bandarchiv vernichtet. Radio STAD ist aufgrund seiner solidarischen Berichterstattung ein für alle sozialen Bewegungen Amsterdams sehr wichtiger Sender. Eine Verbindung zwischen dem Anschlag auf den Grote Keijzer und Radio STAD wird auch von Behördenvertretern als naheliegend angesehen. „Konkrete Hinweise auf die Täter" zu erlangen, ist der Amsterdamer Polizei indes auch drei Wochen danach noch nicht gelungen.

(Nach „de Volkskrant", 12.10. bis 2.11., diversen Ausgaben von „Trouw", „Het Parool", „De Gelderlander", „Haagse Post", „Urig Nederland", „De Groene Amsterdammer", „Klassenstrijd", „Bevoijding", „Bluf!" und Telefonberichten aus Utrecht und Nijmegen)

Niederlande-Kommission

Kleines AK-Lexikon: (Teil 2)

Die niederländische Friedensbewegung

Nachdem uns die ersten Unmutsäußerungen aus der friedensbewegten AK-Leserschaft über das Ausbleiben der Komplettierung unserer Darstellung der niederländischen Friedensbewegung erreicht haben, wollen wir nicht weiteres Ärgernis auf uns ziehen und legen hier den zweiten Teil vor.

Im ersten Teil dieses Artikels (in AK 222, beim Verlag und in gutsortierten Buchhandlungen noch erhältlich) stellten wir die kirchlichen Friedensorganisationen vor, die Gruppierungen der Kriegsdienstverweigerer, die Plattform der radikalen Friedensgruppen und das Komitee "Stoppt die Neutronenbombe". Im hier vorliegenden zweiten Teil geht es nicht mehr nur um Gruppierungen, die unmittelbar Teil der Friedensbewegung sind, sondern auch um solche, die, ohne Teil dieser Bewegung zu sein, auf die Friedensbewegung einen nennenswerteren Einfluß haben. Dieser zweite Teil enthält dementsprechend eine Darstellung der Soldatenbewegung, der Frauenfriedensgruppen, der Berufsgruppen gegen den Krieg sowie — nach den obigen Maßstäben — der Gewerkschaften und der politischen Parteien.

Wir haben — wie beim ersten Teil — niederländischen Freundinnen und Freunden des AK zu danken, die die Erarbeitung dieses "Lexikons " mit Informationen und eigenen Beiträgen unterstützten (diese Unterstützung ist übrigens mittlerweile "bilateral": in der Mitgliederzeitschrift der Soldatenorganisation "Bond voor Dienstplichtigen" wird unsere Artikelfolge nachgedruckt).

Soldatenbewegung

Vereinigung für wehrpflichtige Soldaten (VVDM)

Die Vereinigung für wehrpflichtige Soldaten wird 1966 gegründet. Die Ziele der VVDM sind: Interessenvertretung der wehrpflichtigen Soldaten, Verbesserung des Verhältnisses zwischen Militär und Gesellschaft sowie zwischen Militärführung und Wehrpflichtigen.

1968 wird die VVDM faktisch als Soldatengewerkschaft anerkannt: Die Verhandlungen zwischen der VVDM und dem Verteidigungsministerium werden formell geregelt, Soldaten werden für die Vorstandsarbeit freigestellt, der VVDM erhält Büroräume in einer Kaserne, die Beiträge werden über den Sold eingezogen.

Sechs Jahre nach der Gründung, 1972, sind in der VVDM 32.000 der 40.000 Wehrpflichtigen organisiert, sie hat damit den höchsten Organisationsgrad unter allen niederländischen Gewerkschaften. Die VVDM konnte eine stattliche Reihe von Erfolgen erkämpfen: Die Haartracht wird frei, die Grußpflicht abgeschafft, kein Bereitschaftswochenende mehr, keine Uniformpflicht außerhalb der Dienstzeit, die rechtliche Stellung der Soldaten wird verbessert, die Freiheit der Meinungsäußerung erweitert, ein teilweiser Ausgleich der Überstunden eingeführt, der Sold erheblich erhöht.

Trotz dieser Erfolge verliert die Soldatenbewegung seit 1974 an Stärke, die Mitgliederzahlen des VVDM sind bis heute rückläufig.

Die Aktivitäten der VVDM beschränken sich bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre auf die Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen bzw. die Verteidigung der erreichten Höhe des Solds.

Von 1977 an wird der Widerstand gegen Atomwaffen immer stärker zum Schwerpunkt der VVDM-Aktivitäten.Die Mitgliederversammlung spricht sich 1977 gegen die Neutronenbombe aus.Seit 1979 demonstrieren immer wieder Soldaten in Uniform gegen Atomwaffen. Die Militärführung reagiert mit Geld- und Arreststrafen. Die VVDM unterstützt die betroffenen Soldaten. Seit 1980 verweigern ständig mehr Soldaten (bisher rund vier Dutzend) die Bewachung von Atomwaffen, die "Sitewache". Die VVDM unterstützt auch diese Soldaten, die meist zu mehreren Wochen oder Monaten Gefängnis verurteilt werden.

schaftswochenende mehr, keine Uniformpflicht außerhalb der Dienstzeit,
oder Monaten Gefängnis verurteilt werden.



Im Oktober 1980 wendet sich die VVDM gegen jede Neueinführung von Atomwaffen und insbesondere gegen die "Nachrüstung" und plädiert für die *"Zurückdrängung und letztendliche Abschaffung aller Atomwaffen"*.Die VVDM nimmt teil an dem vom IKV initiierten "Nationalen Beratungsorgan gegen die Atomwaffen".

Im Zusammenhang mit Anti-Atomwaffen-Aktivitäten wurden im Juni dieses Jahres vier VVDM-Aktivisten verhaftet. Zwei von ihnen drohte — bis jetzt recht plötzlich die Anklage fallengelassen worden ist — eine mehrjährige Gefängnisstrafe, da sie der Entwendung von "Staatsgeheimnissen" angeschuldigt waren (s. AK223 und 224).

Innerhalb der VVDM führten diese Verhaftungen zu der Diskussion, ob der Widerstand gegen Atomwaffen nicht zu sehr in den Vordergrund der VVDM-Arbeit getreten sei. Eine nicht unwesentliche Gruppe in der VVDM ist der Meinung, die Vereinigung habe sich in letzter Zeit ohnehin zu stark als antimilitaristische Organisation und zu wenig als Gewerkschaft profiliert ...

Bund für Wehrdienstpflichtige (BVD)

Der Bund für Wehrdienstpflichtige (BVD), seinem Selbstverständnis nach eine revolutionär-sozialistische, antimilitaristische Organisation wurde 1967, damals noch als Bund für Wehrdienstverweigerer, gegründet.

Von 1969 an gingen die Mitglieder des BVD ins Militär, zuerst, um dort unter den Soldaten die Kriegsdienstverweigerung zu propagieren, dann, um unter .den Soldaten eine Opposition aufzubauen und solchermaßen das Militär für die herrschende Klasse unbrauchbar zu machen. Im November 1974 organisierte der BVD einen internationalen Soldatenkongreß gegen die Nato, an dem Vertreter von 28 Organisationen aus elf Ländern teilnehmen (s.a. "Die Internationale" Nr. 19, Zeitung des KB) und der in der niederländischen Öffentlichkeit für einige Aufregung sorgt. Der Kampf gegen die Nato, die Forderung "Die Niederlande raus aus der Nato, die Nato raus aus den Niederlanden!", nimmt eine wichtige Stellung in der BVD-Arbeit ein. Ein weiterer Schwerpunkt der BVD-Arbeit ist das Bemühen, jedweden Einsatz der niederländischen Armee sowohl im Ausland (zur Zeit sind niederländische Truppen unter der Flagge der UNO im Libanon im Einsatz) wie im

ländische Truppen unter der Flagge der UNO im Libanon im Einsatz) wie im

Inland (z.B. gegen streikende Arbeiter) so weit wie möglich zu behindern bzw. zu verhindern. In der Praxis wird dies allerdings immer schwieriger, u.a. weil für solche "Arbeiten" immer mehr Spezialeinheiten bereitgestellt werden.

Seit September 1970 gibt der BVD monatlich die "Soldatenzeitung — Sprachrohr des Widerstands in der Armee" sowie regelmäßig Broschüren heraus.

Der BVD-Kongreß vom November 1980 beschloß, künftig den Kampf gegen Atomwaffen und Kriegsgefahr und die Beteiligung an der Kampagne des IKV zum Schwerpunkt der Arbeit zu machen. In diesem Zusammenhang ergriff der BVD im Januar 1981 zusammen mit aktiven VVDMlern die Initiative zur Gründung des "Komitee Soldaten Gegen Atomwaffen" (s.u.).

Der BVD besteht aus Soldaten- und Zivilistengruppen.Die wichtigste Aufgabe der Zivilisten ist die Unterstützung der Soldatenarbeit und in letzter Zeit auch die Arbeit in der Friedensbewegung. Der BVD will in der Friedensbewegung die moralische Ablehnung der Rüstung und die Angst vor einem (Atom)Krieg mit Analysen vertiefen und Ursachen und Triebkräfte der Aufrüstung und der Kriegsgefahr aufdecken. Der Imperialismus wird als Ursache für die Kriegsgefahr gesehen und die Nato als Hauptkriegstreiber. Umstritten ist, ob und inwiefern auch die Sowjetunion eine imperialistische Macht und für"Wettrüsten" und Kriegsgefahr verantwortlic h ist, sowie das Verhältnis zu oppositionellen Kräften in Osteuropa.

Mit dem Rückgang derVVDM und dem Abschwung der Soldatenbewegung wird die BVD-Arbeit im Militär, die Basis revolutionärer Propaganda im Militär, immer schmaler. Zur Zeit steht im BVD zur Diskussion, ob der BVD in seiner Prioritätensetzung den Wiederaufbau der VVDM an die erste Stelle setzen muß.

Das Komitee Soldaten gegen Atomwaffen

Auf Initiative des BVD wird im Januar 1981 das Komitee Soldaten gegen Atomwaffen (KSTK) gegründet. An der Gründungsversammlung nehmen 20 Soldaten der größten niederländischen Kasernen teil. Das Komitee zählt kurz darauf 40 Soldatenmitglieder. Die Soldaten sehen die Standpunkte und Aktivitäten der VVDM gegen die Atomwaffen als nicht weit genug gehend an.

Soldaten sehen die Standpunkte und Aktivitäten der VVDM gegen die Atomwaffen als nicht weit genug gehend an.

Das Komitee unterstützt die IKV-Forderung "Schafft die Atomwaffen aus der Welt, beginnt in den Niederlanden!" und sieht es als seine Aufgabe an, im Militär Informationen über die Atomrüstung zu geben (Informationsabende in Kasernen, Komitee-Zeitungen usw.), Propaganda-Material gegen die Atomwaffen unter den Soldaten zu verbreiten (Zeitungen, Broschüren, Aufkleber, Buttons, Plakate), die "Sitewache"-Verweigerer zu unterstützen und kollektiven Widerstand von Soldaten gegen die Atomwaffen zu initiieren (z.B. kollektive "Sitewache"-Verweigerung, Demonstrationen usw.). Außerdem will es die Atomwaffendiskussion zum Ausgangspunkt für eine Diskussion über die Nato nehmen und die Kontakte zwischen der Soldatenbewegung und der Friedensbewegung ausdehnen, u.a. um eine breite Solidarität für die Anti-Atom-Waffen-Soldaten zu organisieren, die von der Militärführung nicht nur mit Geld- und Arreststrafen belegt, sondern auch unter Berufung auf das Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung unter Druck gesetzt wurden, das Militär zu verlassen. Der "Atompazifismus" wird derzeit schon als Verweigerungsgrund anerkannt, was das Komitee und der BVD als Bestätigung ihrer Auffassung sehen, den Herrschenden seien zehn Kriegsdienstverweigerer lieber als ein unbequemer Soldat.

Bisher haben insgesamt etwa vier Dutzend Soldaten die "Sitewache" verweigert. Die Militärführung wußte eine Reihe weiterer Verweigerungen dadurch zu verhindern, daß sie von den Plänen erfuhr und die betreffenden Soldaten von der "Sitewachen"-Liste strich. Durch diesen "Trick" wurde im Mai dieses Jahres auch die erste geplante kollektive Verweigerung von 14 Soldaten einer Kaserne in Steenwijk verhindert. Außerdem haben bisher hunderte von Soldaten die "Sitewache" nur unter Protest eingenommen. Ein anderes Mittel, um den Widerstand unter den Soldaten gegen die Atomwaffen auszudrücken, ist das Demonstrieren in Uniform. Trotz des ausdrücklichen Verbots und der Repressionen beteiligen sich immer wieder Soldatenblocks an den Demonstrationen der Friedensbewegung. An der Amsterdamer Friedensdemo vom 21.11.1981 nahm ein Block von über 500 uniformierten Soldaten und Reservisten teil. Zur Teilnahme an diesem Block hatte auch die gerade entstandene Initiative "Mob 81" aufgerufen, die den Atomwaffen-Widerstand unter den Reservisten zu organisieren versucht.

Eine Initiative von Berufsoffizieren gegen die Atomwaffen entstand im März 1980, sie nennt sich **"Friedens- und Sicherheitsrat Streitkräfte"** (VVBK), zählt einige Dutzend Offiziere als Mitglieder (von denen die ersten allerdings bereits frühzeitig aus dem Militärdienst entlassen wurden) und arbeitet sehr eng zusammen mit dem IKV.

Frauenfriedensbewegung

Frauen für Frieden

Die Gruppierung Frauen für Frieden ("Vrouwen voor Vrede" — VvV) ist im Mai 1979 in Amersfoort entstanden, anläßlich einer Anti-Atomwaffen-Demonstration bei der Nato-Luftwaffenbasis Soesterberg, an der die Frauen mit einem eigenen Aufruf teilnahmen. Zusammen mit der gleichnamigen Schweizer Gruppe organisierten sie vom 6. bis zum 9. August 1979 in Den Haag eine „Friedenswache" zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Schnell danach entstanden vielerorts VvV-Gruppen, die über nationale Treffen und ein Bulletin in Verbindung stehen. Die derzeit etwa 80 örtlichen Gruppen mit schätzungsweise 4.000 Frauen arbeiten durchaus unterschiedlich; die Frauen haben auch sehr unterschiedliche Hintergründe (Frauen aus Kirchen, Frauen, die schon jahrelang politisch aktiv sind, aber auch — ältere — Frauen, die sich zum ersten Mal politisch engagieren).

An zentralen Strukturen gibt es neben dem Sekretariat (das vor allem eine Art "Dienstleistungsfunktion" hat) eine "Kerngruppe" (mit koordinierender Funktion) und verschiedene Arbeits-

ben dem Sekretariat (das vor allem eine Art "Dienstleistungsfunktion" hat) eine "Kerngruppe" (mit koordinierender Funktion) und verschiedene Arbeits-

gruppen (eine Studiengruppe, eine internationale Arbeitsgruppe, eine Arbeitsgruppe "Behörden und Politik", eine Arbeitsgruppe "Aktion" usw.).

VvV versteht sich als —internationale — Bewegung und ausdrücklich nicht als Organisation: in den letzten Jahren sind in einer Reihe westeuropäischer Länder (auch in der BRD) und in den USA gleichnamige Gruppierungen entstanden.

Schwerpunkt der Arbeit von VvV ist die IKV-Forderung "Schafft die Atomwaffen aus der Welt, beginnt in den Niederlanden". Allerdings beschränkt VvV sich keineswegs auf Anti-Atomwaffen-Aktivitäten, sondern tritt für totale Abrüstung ein (sie beteiligt sich auch an einer Initiative der Gruppierung "Kirche und Frieden", die versucht, so viele Menschen wie möglich dazu zu bewegen, die Zahlung des Teils der Steuern, der für die Rüstung bestimmt ist, zu verweigern), wendet sich gegen die Ausbeutung der „Dritten Welt", gegen AKWs usw. Dabei beruft VvV sich auf die Erklärung der Menschenrechte und auf den Abrüstungsrapport der Vereinten Nationen vom 12.9.1980.

In ihrem Bulletin schreiben die Frauen: *„Leben und Überleben sind fundamentale Rechte, die durch den Besitz und den Einsatz von Atomwaffen verletzt werden. Das Recht auf Leben gilt nicht nur für Menschen, die in den Ländern der NATO leben, sondern auch für Menschen in Ländern mit anderen wirtschaftlichen und politischen Systemen. Deshalb sieht VvV ihren Kampf gegen Produktion, Handel, Besitz und Einsatz von Atomwaffen nicht losgelöst von Initiativen, die zu einer besseren Verständigung der Menschen in Ost und West führen, von kulturel-*

lem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Austausch, von Bewegungen für Menschenrechte, von einer Verstärkung des demokratischen Ethos und von einer gerechten Verteilung der Reichtümer der Erde.'' („Nieuwsbrief'', Nr. 7, S. 3).

VvV sieht sich selbst als eine Emanzipationsbewegung, denn mit VvV werden Frauen aktiv *„auf einem Gebiet, auf dem sie früher fast vollständig abwesend waren''* (ebd., S. 4). *„Frauen für Frieden will eine solche Emanzipationsbewegung sein, ein vorläufiges Zuhause für Frauen, die ihren Weg zur Friedensbewegung und zu den politischen Parteien über eine eigene Frauenfriedensbewegung suchen wollen''* (a.a.O.).

Dabei sind Friedensgruppen für Frauen notwendig, *„weil Frauen im Rückstand sind, was politische Bewußtseinsbildung, Meinungsbildung und Aktivität betrifft. Untereinander können sie leichter das Selbstvertrauen und die Informationen erwerben, die sie benötigen, um an den aktuellen Entwicklungen teilzuhaben. ... Durch eine Frauenfriedensbewegung werden Frauen entdecken, daß sie zusammen Macht haben, und daß es unverantwortlich wäre, diese Macht — wie in der Vergangenheit — ungenutzt zu lassen.''* (a.a.O., S. 5).

Im Rahmen nationaler Frauenaktivitäten arbeitet VvV eng zusammen mit den „Frauen gegen Atomwaffen'' (s. u.). Beide Gruppierungen waren am Frauenfriedensmarsch von Kopenhagen nach Paris im Sommer 1981 beteiligt und an der internationalen Frauenfriedenskonferenz „Women of Europe in Action for peace'' im November 1981 in Amsterdam.

Im Dezember 1979 und im November 1981 fanden in Den Haag Frauendemonstrationen gegen den NATO-„Nachrüstungsbeschluß'' mit 8.000 bzw. 10.000 Frauen statt, die von VvV und „Frauen gegen Atomwaffen'' organisiert worden waren.

Seit dem 24. Mai 1982 haben Frauen aus beiden Gruppierungen vor dem Haupttor der Luftwaffenbasis Soesterberg ein Frauen-Friedens-Zeltlager eingerichtet, *„aus Wut über das Ausbleiben einer Reaktion von Seiten der offiziellen Politik auf die große Friedensdemonstration vom 21. November 1981 und aus einem Gefühl der Ohnmacht heraus, weil die Frauen einen Rückgang der Diskussion in der niederländischen Gesellschaft über die Atomwaffen und vor allem die 'Nachrüstung' sehen''* („IKV-kernblad'', Juni 1982). Das Zeltlager wird von den Frauen als „symbolische Aktion'' gesehen und für Informationsarbeit und Diskussionen über Themen wie „Frauen und Gewalt'', „Frauen und Militarismus'', „Die Strategie der Friedensbewegung'' usw. genutzt. — Am 12.10. wurde das Lager von Polizei gewaltsam geräumt.

bewegung'' usw. genutzt. — Am 12.10. wurde das Lager von Polizei gewaltsam geräumt.



„Vrouwen voor Vrede" im Oktober 1981 in Bonn (Foto: Rene Bouwman)

„Vrouwen voor Vrede" im Oktober 1981 in Bonn (Foto: Rene Bouwman)

Frauen gegen Atomwaffen

Die Arbeitsgruppe „Frauen gegen Atomwaffen'' („Vrouwen tegen Kernwapens'' — VTK) ist im November 1979 entstanden, zunächst mit dem Ziel, die Frauendemonstration vom 6. Dezember 1979 gegen die „Nachrüstung'' zu organisieren (s. o.). In ihr arbeiten Frauen aus einigen Dutzend Gruppierungen und Organisationen mit, u. a. Frauen aus IKV, Pax Christi, „Stoppt die Neutronenbombe'', „Kirche und Frieden'', politischen Parteien (sogar aus dem christdemokratischen CDA), Gewerkschaften, Kirchen, „Dritte-Welt''-Gruppen, „Frauen für Frieden'' und anderen Frauengruppen. VTK ist eine zentral arbeitende Gruppe und hat keine örtlichen Gruppen (wie VvV). Sie sieht sich ausdrücklich nicht als „Konkurrenzgruppierung'' zu VvV, sondern arbeitet sehr eng mit VvV zusammen.

In einem Rundbrief von VTK (vom 8.10.1982) heißt es: *„VTK ist gegründet worden, um ergänzend* (zu VvV — Anm. AK) *zu arbeiten, und auch, um für, in und aus anderen Frauenorganisationen oder -gruppen heraus zu arbeiten ...; desweiteren, um Kontakte zu knüpfen, Informationsmaterial herzustellen ...; Unterstützung ... oder Sprecherinnen anzubieten usw. und um in Zusammenarbeit mit VvV ... Aktionspläne oder Strategien entwickeln zu helfen.''*

Stärker als bei VvV ist für VTK — wie der Name schon ausdrückt — der Kampf gegen Atomwaffen Hauptanliegen. Sonja van der Gaast, PvdA-Parlamentsmitglied und eine der Initiatorinnen von VTK: *„Wir sind gegen Atomwaffen, wir meinen, daß sie niemals eingesetzt werden dürfen und daß wir sie deshalb auch nicht in unserem Besitz haben dürfen. Und wir halten es für vollkommen unverantwortlich gegenüber dieser und den folgenden Generationen, jetzt nochmal neue Arten von Atomwaffen anzuschaffen. Mit Atomwaffen kann kein Mensch verteidigt werden, es sind rein offensive Waffen''* („De Groene Amsterdammer'', 16.9.1981). Aber auch VTK richtet sich nicht ausschließlich gegen Atomwaffen, sondern will geringere Verteidigungsausgaben, *„ein wirklich defensives Verteidigungssystem''*, Entspannung zwischen West und Ost, eine gerechte Verteilung der Weltreichtümer usw.

Ärzte und andere Berufsgruppen gegen Atomwaffen

In den letzten Jahren sind immer mehr Initiativen von Berufsgruppen gegen Atomwaffen entstanden. Im Mai 1981 nahm die „Niederländische Organisation der Sozialarbeiter'' (NOW) in ihrer Zeitung gegen Atomwaffen Stellung und rief zu einer Initiative **„Sozialarbeiter gegen Atomwaffen''** auf. Im November 1981 forderten 88 **Physiker** der Amsterdamer Universität in einer Anzeige in der „Niederländischen Zeitschrift für Physik'' die Beendung des Wettrüstens und die Ablehnung der NATO-„Nachrüstung''. Sie riefen alle niederländischen Physiker auf, über Rüstungswettlauf und Atomwaffen zu diskutieren und sich ihrer Rolle bei der Entwicklung dieser Waffen bewußt zu werden.

Die wichtigsten und am weitesten entwickelten Friedensinitiativen auf dem Gebiet der Berufsgruppen sind die der Ärzte. — 1969 wurde die **„Niederländische Vereinigung für medizinische Polemologie''** (NVMP) gegründet. Ihr erklärtes Ziel war es, *„die Chance auf einen dauerhaften Frieden zu vergrößern''*. Im Krieg sieht die Vereinigung die fundamentalste Bedrohung für die Gesundheit des Menschen. Die NVMP leistet Informationsarbeit im Gesundheitssektor und klärt über Ursachen, Wesen und (medizinische) Folgen des Krieges auf. Aktionen gegen Kriegsvorbereitungen und die Zusammenarbeit mit anderen Friedensgruppen gehören ebenso zu ihrem Tätigkeitsbereich.

1980 war die NVMP nicht mehr als „eine kleine Diskussionsgruppe'' („NVMP-Nieuwsbrief'', Februar 1982). Das änderte sich schnell, als die Gruppe eine Anzeigenkampagne gegen die Atomkriegsgefahr initiierte. In zehn großen Tageszeitungen erschien am 30.12.80 eine seitengroße Anzeige, in der an Regierung und Parlament appelliert wurde, für Entspannung einzutreten, den Einsatz von Atomwaffen zu verurteilen und Schritte zum Abzug der Atomwaffen einzuleiten. Die Anzeige war von 1.200 Ärzt/inn/en unterzeichnet und fand große Beachtung in der Öffentlichkeit. Sie hatte die Entstehung zahlreicher regionaler NVMP-Gruppen zur Folge.

Inzwischen hat die NVMP 1.000 Mitglieder und 1.500 Sympathisanten. Viermal im Jahr gibt sie ein Bulletin („Nieuwsbrief'') in einer Auflage von 5.000 Exemplaren heraus. Sie stellt schriftliches und audiovisuelles Informationsmaterial und Redner zur Verfügung, organisiert „Rednerkurse'' für Ärzte, unterstützt lokale Aktivitäten usw. Im April 1981 hielt die NVMP in Arnhem ihre erste größere öffentliche Veranstaltung, ein Symposium über die „zivile Verteidigung'' und die medizinischen Folgen eines Atomkriegs. Vertreter der NVMP nahmen auch teil am Hamburger Kongreß „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg'' im September 1981.

Eine weitere Initiative im medizinischen Bereich ist die Gruppe **„Gesundheitsarbeiter gegen Atomwaffen''**. Sie entstand im September 1980 aus dem Komitee „Stoppt die Neutronenbombe'' und besteht aus Ärzten, Krankenschwestern/pflegern, Therapeuten, Laboranten usw. Auchdie GTK hat lokale Arbeitsgruppen, oftmals als Gruppe eines Krankenhauses. Als ihre Hauptaufgabe betrachtet die GTK die Informationsarbeit. Die Gruppe gibt zentral Informations- und Propagandamaterial heraus; die lokalen Arbeitsgruppen machen Informationsstände (z. B. in Krankenhäusern), organisieren Veranstaltungen, setzen Anzeigen in Zeitungen usw. Im April 1981 veranstaltete die GTK in Amsterdam ein Ärzte-Forum gegen die Atomkriegsgefahr.

In ihrer Broschüre „Gezondheidswerkers tegen kernbewapening'' ruft die GTK alle Berufsgruppen auf zur Bildung von Friedensinitiativen: *„Ein jeder müßte sich die Frage stellen, was er oder sie aus seinem/ihrem eigenen Fachgebiet heraus gegen die Kriegsgefahr, gegen das Wettrüsten und für Frieden und Sicherheit tun kann.''*

Gewerkschaften

Die Föderation niederländischer Gewerkschaften (FNV)

Jahrzehntelang haben sich die niederländischen Gewerkschaften kaum an der Friedensbewegung beteiligt. Rüstungsfragen seien *„Fragen der Politik und nicht der gewerkschaftlichen Interessenvertretung''*, lautete die offizielle Begründung, während gleichzeitig Gewerkschaftsfunktionäre in diversen Institutionen des „Militär-Industrie-Komplexes'' vertreten waren (und sind) — z. B. im „Adviesraad Militaire Produktie'', eine Geheimkommission, die das Verteidigungs- und das Wirtschaftsministerium in Fragen der Rüstungspolitik berät.

Seit dem neuerlichen Aufbruch der niederländischen Friedensbewegung und deren intensivem Einwirken auf die Gewerkschaften ist eine allmähliche Annäherung festzustellen. Verschiedene Einzelgewerkschaften beteiligten sich an der Kampagne gegen die Neutronenbombe. Der große Gewerkschafts-Dachverband FNV (eine Million Mitglieder) nimmt seit 1978 am vom IKV initiierten „Nationalen Beratungsorgan gegen die Atomwaffen'' teil. Dieser Annäherung im Weg stehen allerdings noch allzu stark die Orientierung der FNV (Federatie Nederlandse Vokbeweging) an der Politik der sozialdemokratischen Partei und der Standpunkt „Rüstung schafft Arbeitsplätze'', der vor allem in der Industriegewerkschaft (die größte Einzelgewerkschaft in der FNV) starken Anklang findet.

1978 hatte der Föderationsrat der FNV den Auftrag zur Erarbeitung eines Papiers zur Friedensfrage gegeben. Die Herausgabe dieses Papiers „Für Frieden und Abrüstung'' wurde u. a. aus Rücksichtnahme auf die sozialdemokratische PvdA immer wieder hinausgeschoben, bis nach den Parlamentswahlen im Mai 1981. (Die PvdA hatte unter Druck ihres Spitzenkandidaten Joop den Uyl — der sich damit den Namen „Joop Atoom'' einhandelte — beschlossen, die IKV-Forderung nicht in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.)

Obwohl das Erscheinen des Papiers an sich von der Friedensbewegung begrüßt wird, wird kritisiert, daß das Papier kaum über die Äußerung der Sorge vor Wettrüsten und Kriegsgefahr hinauskommt, daß es zwar eine allgemeine Ablehnung der Atomwaffen und ein allgemeines Bekenntnis zur Abrüstung enthält, aber nicht zu der Frage Stellung nimmt, wie die Abschaffung der Atomwaffen und die Abrüstung erreicht werden sollen. — Was jedoch gar nicht die Absicht der Autoren war: *„Obwohl die FNV sich prinzipiell, menschlich und emotional entscheidet für die Abrüstung, ist es nicht unsere Aufgabe, konkrete Lösungen und Vorschläge heranzutragen. Wie wir ... schon gesagt haben, erfordert dies politische Beschlußfassung und internationale Verhandlungen zwischen Regierungen''* (S. 16).

Die allgemeine Gewerkschaft für Lehrpersonen (ABOP)

Konkreter und klarer steht die FNV-Lehrergewerkschaft ABOP (Algemeine Bund voer Onderwijzend Personeel) — mit etwa 50.000 Mitgliedern die größte niederländische Lehrergewerkschaft — zur Friedensbewegung. Sie beteiligt sich seit 1977/78 sowohl an der Kampagne gegen die Neutronenbombe als auch an der Anti-Atomwaffen-Kampagne des IKV.

Die ABOP ist seit Anfang/Mitte der 70er Jahre, seitdem die Student/inn/en der 68er-Bewegung als Lehrer/innen an die Schulen gingen, radikalisiert. Sie sieht ihre Aufgabe nicht nur in der direkten ökonomischen (ständischen) Interessenvertretung der Lehrer, sondern auch im Kampf für eine andere Gesellschaft. Sie hatte als erste Gewerkschaft eine offizielle Frauengruppe und eine Frauenresolution.

Im Mai 1981 diskutierte der ABOP-Kongreß ausführlich über die Kriegsgefahr und verabschiedete eine Friedensresolution. In dieser Resolution heißt es u. a.:

— *„Stellungnahme und aktives Auftreten zu Problemen des Friedens, der Sicherheit und der Abrüstung sind Teil der ABOP-Arbeit''* (Punkt 1).

— *„Die ABOP stimuliert über alle zur Verfügung stehenden Kanäle die Friedenserziehung an der Schule, die ein integraler Teil der Erziehung sein muß''*. (unter Punkt 11)

— *„Die ABOP unterstützt zumindest punktuell und so weit möglich strukturell die Friedensbewegung in unserem Land.''* (Punkt 9)

— *„Die ABOP ist der Meinung, daß die Niederlande mit einer autonomen Politik die Rüstungsspirale durchbrechen muß und einen eigenen Beitrag zur Entspannung und zum Frieden in der Welt liefern kann. Die ABOP verwirft die heutige Sicherheitspolitik unseres Landes, die auf der Handhabung des sogenannten Abschreckungsgleichgewichts und auf der Strategie der flexiblen Antwort basiert.''* (unter Punkt 4)

— *„Die ABOP setzt sich ... ein für eine andere Sicherheitspolitik, der folgende Punkte zugrunde liegen müssen:*
+ Abschaffung aller Atomwaffen und sofortige und einseitige Entfernung aller Atomwaffen aus den Niederlanden.
+ Verminderung der konventionellen Rüstung.
+ Austritt der Niederlande aus der NATO.
+ Entwicklung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa.
+ Anschluß an die blockunabhängigen Länder.
+ Entwicklung einer alternativen Verteidigung (sozial und technisch).
+ Rüstungskonversion.'' (Punkt 5).

Die Arbeit zum Thema Friedenserziehung bzw. die Entwicklung einer Friedenserziehung ist Schwerpunkt der ABOP-Friedensarbeit. Dabei wird die Entwicklung einer Friedenserziehung in engem Zusammenhang gesehen mit einer Demokratisierung des gesamten Schulsystems. Die ABOP tritt für die Freistellung von Lehrern an jeder Schule für die Entwicklung und Koordinierung der Friedenserziehung ein, bietet Kurse und Materialmappen zu diesem Thema an, entwickelt Unterrichtsprojekte usw.

Innergewerkschaftliche Opposition

Innerhalb der FNV arbeitet eine Gruppe „Beunruhigte FNVer'' (Verontruste FNVers''), die die Politik des FNV u. a. auf dem Gebiet „Frieden und Abrüstung'' kritisiert. Am 24. April 1982 veranstaltete die Gruppe in Utrecht einen „Gewerkschaftsfriedenskongreß'', auf dem vor allem das FNV-Papier „Für Frieden und Abrüstung'' und die Haltung des FNV zu Rüstungsfragen zur Diskussion standen. Kritisiert wurde, daß das FNV-Papier ohne Diskussion mit der Gewerkschaftsbasis entstanden sei, daß auch nach dem Erscheinen des Papiers eine breitere innergewerkschaftliche Diskussion von der Bürokratie — entgegen allen Beteuerungen — nicht gerade angeregt werde, und daß das Papier keine konkreten politischen Forderungen stelle.

Ein Arbeitsschwerpunkt der Gruppe ist die Arbeit zur „Rüstungskonversion''.

Zur Zeit sammelt die Gruppe im FNV Unterschriften unter eine Erklärung, in der die FNV aufgefordert wird, tatsächlich Widerstand gegen die geplante Stationierung der 48 Cruise Missiles zu leisten, nötigenfalls durch Streiks.

Politische Parteien

Politische Parteien

Pazifistisch Sozialistische Partei

Die derzeit wichtigste parlamentarische Stütze der niederländischen Friedensbewegung ist die Pazifistisch Sozialistische Partei („Pacifistisch Socialistische Partij'' - PSP). Die PSP ist 1957 — als der „Kalte Krieg'' auf dem Höhepunkt war — als Reaktion auf die Kriegsgefahr und in Abgrenzung zur sozialdemokratischen PvdA entstanden, die der NATO-Politik keinen Widerstand entgegensetzte.

Die PSP propagierte einen „Sozialismus ohne Atombombe'' und schaffte bereits 1959 den Sprung ins Parlament (zwei Sitze). In den 60er Jahren war die PSP wichtigster Träger der Anti-Atombomben-Bewegung „Ban de Bom'', die von 1960 bis 1969 bestand und jährlich Ostermärsche in den Niederlanden durchführte. Seit 1964 spielte die PSP — neben der CPN — eine wichtige Rolle der Vietnam-Beweggung.

Auch in der heutigen „neuen'' Friedensbewegung — die im Gegensatz zur „Ban de Bom''-Bewegung jedoch nicht wesentlich von der PSP ausging (Initiatoren dieser Massenkampagnen waren vornehmlich IKV und CPN) ist die PSP aktiv. Von den über 400.000 Demonstranten am 21. November 1981 in Amsterdam waren — laut Umfragen — etwa 20 % PSP-Wähler. Die PSP beteiligt sich an der Anti-Atomwaffen-Kampagne des IKV sowie an radikalpazifistischen Initiativen und sieht in der Wiederbelegung der Idee des „Dritten Weges'' eine wichtige Perspektive für die Friedensbewegung.

Im Parlament ist die PSP-Fraktion der konsequenteste Vertreter der Friedensbewegung: Sie vertritt am radikalsten anti-militaristische Forderungen (*„Niederlande 'raus aus der NATO, NATO 'aus aus der Niederlande!''*, *„Abschaffung des Militärs!''*, *„Keine*

militärische Produktion und Forschung in unserem Land!" usw.) und anti-imperialistische Forderungen (*„Austritt aus der EG!", „Austritt aus dem IWF!", „Tatsächliche Entwicklungshilfe!", „Unterstützung für Kuba, Nikaragua, Vietnam, Kambodscha, Laos, Angola, Mosambik, Guiné Bissao und Zimbabwe!", „Unterstützung für Organisationen und Befreiungsbewegungen, die eine sozialistische Gesellschaft anstreben!"* u. ä.). Außerdem leistet die PSP-Fraktion im Parlament wichtige Enthüllungsarbeit für die Friedensbewegung.

Gemessen an den letzten Wahlergebnissen ist die PSP die größte linke politische Partei: Von den 571.808 Wählern, die am 8.9.1982 links (von der PvdA) wählten (das sind 6,9 % der Stimmen bzw. 9 Parlamentssitze), gaben 187.150 (= 2,3 %) der PSP ihre Stimme, wofür sie drei der 150 Parlamentssitze bekam. — Zur Zeit hat die PSP etwas mehr als 10.000 Mitglieder.

Das Pazifismus-Verständnis (vor allem bezüglich der Haltung zum antiimperialistischen Kampf in der „dritten Welt") ist in der PSP immer wieder Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen und führte schon zu Abspaltungen.

Kommunistische Partei der Niederlande

In der niederländischen Friedensbewegung seit dem ersten Weltkrieg spielt die 1918 gegründete CPN — neben christlich-pazifistischen Gruppierungen und der PSP — eine wichtige Rolle. Während der deutschen Besetzung gehörte sie zu den aktivsten Kräften des Widerstands. 1949 stimmte die CPN als einzige Partei im Parlament gegen den NATO-Beitritt. In den 50er Jahren agitierte sie gegen die Wiederbewaffnung der BRD. 1959 enthüllte sie die Lagerung amerikanischer Atomwaffen in den Niederlanden und startete eine Kampagne unter dem Motto „für ein atomfreies Niederlande", die teilweise zusammenfällt mit der „Ban de Bom"-Bewegung.

Außerdem organisierte sie von 1946 bis 1949 den Widerstand gegen den niederländischen Kolonialkrieg in Indonesien (1947/48) und spielte seit 1964 — neben der PSP — eine wichtige Rolle in der Vietnam-Bewegung.

neben der PSP — eine wichtige Rolle in der Vietnam-Bewegung.

Während die CPN mit der von ihr initiierten Kampagne gegen die Neutronenbombe 1977/78 auch einen wichtigen Beitrag zum Entstehen der „neuen" Friedensbewegung erbrachte, hat sie dieser Bewegung derzeit — was die weitere Entwicklung und Perspektive betrifft — nicht viel zu bieten: Die CPN (und mit ihr das Komitee „Stoppt die Neutronenbombe") steht auf dem Standpunkt, die Friedensbewegung müsse sich vorerst vor allem auf die Verhinderung der Einführung neuer Atomwaffen konzentrieren (Neutronenbombe, Cruise Missiles, Pershing 2 usw.), da dies die dringlichste Aufgabe sei und weitergehende Forderungen z. B. gegen die NATO-Mitgliedschaft der Breite der Bewegung nur schaden und den Kampf letztendlich schwächen würden. Die CPN bleibt politisch noch hinter dem IKV zurück, der die Forderung nach Abzug aller Atomwaffen in den Mittelpunkt stellt und mit dieser Forderung schon längst eine wesentlich breitere Mobilisierung zustande gebracht hat als das Komitee „Stoppt die Neutronenbombe".

Auch im Parlament ist die CPN sehr bemüht, „Realpolitik" zu führen. Als z. B. vor ein paar Jahren die PSP-Fraktion nochmal einen Antrag zum Austritt aus der NATO stellte, stimmte die CPN-Fraktion — *„aus taktischen Gründen"* — dagegen. In ihrem Wahlprogramm fordert die CPN u.a. : eine *„Fortsetzung der Entspannung", „Schritte, die Niederlande von der NATO frei zu machen mit dem langfristigen Ziel, die Blöcke abzuschaffen"*, eine Verminderung der Rüstungsausgaben, keine „Nachrüstung", den Abzug aller Atomwaffen aus den Niederlanden.

Die Haltung der CPN zur Sowjetunion ist schon seit den 60er Jahren ziemlich distanziert. Verstärkt demonstriert wird diese Distanz, seitdem die CPN — nach der deftigen Wahlniederlage 1977, bei der sie fünf der sieben Parlamentssitze verlor — einen internen „Erneuerungsprozeß" eingeleitet hat (der von Kritikern dieses Kurses auch „Sozialdemokratisierung" genannt wird).

Derzeit hat die CPN nach Schätzungen zwischen 15.000 und 18.000 Mitglieder. Bei den letzten Wahlen erhielt sie 1,8 % der Stimmen und drei Parlamentssitze.



Foto: Hans van den Bogaard

Radikalpolitische Partei

Die Radikalpolitische Partei (Politieke Partij Radikalen — PPR) entstand 1966 als Abspaltung von der Katholischen Volkspartei. Die Parteigründer sahen die *„historische Aufgabe"* der PPR darin, *„Christen der politischen Mitte nach links zu ziehen"* und *„eine fortschrittliche Mehrheitsregierung anzustreben"* („De Tijd", 20.11.81).

Die PPR ist im wesentlichen über ihre Mitglieder in der Friedensbewegung präsent. Sie arbeitet — als einzige Partei neben der CPN — offiziell im Komitee „Stoppt die Neutronenbombe" und unterstützt die IKV-Kampagne. Die Verhinderung der „Nachrüstung" sieht sie als vorrangige Aufgabe der Friedensbewegung und fordert desweiteren den Abzug aller Atomwaffen aus den Niederlanden, die „Auflösung der Militärblöcke" und den „Rückzug der Niederlande aus der NATO". Im Parlament allerdings stimmte sie — ebenso wie die CPN — gegen den PSP-Antrag zum NATO-Austritt, da dies ein längerfristiger Prozeß sei.

zum NATO-Austritt, da dies ein längerfristiger Prozeß sei.

Evangelische Volkspartei

Anfang 1981 schlossen sich drei christliche Gruppierungen, die aus dem christdemokratischen CDA entstanden waren, zur Evangelischen Volkspartei (Evangelische Volkspartij — EVP) zusammen. Anlaß der EVP-Gründung war die im wesentlichen zustimmende Haltung des CDA gegenüber Atomwaffen und „Nachrüstung."

Zu den Parlamentswahlen im Mai 1981 trat die EVP mit einem Programm an, in dem die „Nachrüstung" abgelehnt wird. Die niederländische Regierung wird aufgefordert, für das Verbot von ABC-Waffen tätig zu werden. Gefordert wird desweiteren der Austritt aus der NATO, wenn bis 1985 keine Verminderung der Massenvernichtungswaffen erreicht wird, wenn die NATO die Entwicklung neuer Atomwaffen nicht ablehnt und die weitere Verbreitung dieser Waffen nicht verhindert. 1981 ging die EVP bei den Wahlen noch leer aus, bei den vorgezogenen Wahlen im September 1982 bekam sie jedoch 0,7 % der Stimmen und errang damit gerade einen Sitz im Parlament.

Das EVP-Programm ähnelt damit durchaus dem der PPR. Die EVP ist jedoch der Auffassung, daß sich die PPR zuweit von ihrer seinerzeit selbstgesetzten Aufgabe — christliche Wähler der politischen Mitte anzusprechen und nach links zu ziehen — entfernt habe und daß daher eine neue progressive christliche Partei erforderlich sei, die sich — im Gegensatz zur PPR — ausdrücklich auf das Evangelium bezieht.

Internationaler Kommunistenbund

Der Internationale Kommunistenbund („Internationale Kommunistenbond" — IKB), die niederländische Sektion der IV. Internationale, besteht seit 1974 und ist zum größten Teil als linke Abspaltung aus der PSP hervorgegangen. Schwerpunkt der IKB-Arbeit ist seit der vom Kongreß im Frühjahr 1980 beschlossenen „Proletarischen Orientierung" die gewerkschaftliche Arbeit. In der Friedensbewegung ist der IKB vor allem unter den Soldaten aktiv.

Von allen politischen Parteien ortet der IKB die Ursachen von „Wettrüsten" und Kriegsgefahr am deutlichsten in der NATO-Kriegspolitik. In der Friedensbewegung propagiert er einseitige Abrüstung und Bekämpfung der NATO, den sofortigen Austritt der Niederlande aus der NATO, die Solidarität mit dem anti-imperialistischen Kampf in der „Dritten Welt", die „Internationalisierung" der Friedensbewegung und — vor allem — die Notwendigkeit, eine Verbindung der Friedensbewegung mit den Gewerkschaften herzustellen.



Ärzte gegen Atomwaffen (Foto: Rene Bouwman)

Sozialistische Partei

Die sozialistische Partei (Socialistische Partij — SP) entstand Anfang der 70er Jahre als „klassische ML-Partei" als Abspaltung aus einer ebensolchen. Die SP hat heute — im Vergleich zu anderen politischen Parteien und vor allem zu sozialistischen Organisationen

Die SP hat heute — im Vergleich zu anderen politischen Parteien und vor allem zu sozialistischen Organisationen

— ein sehr verengtes Politik-Verständnis und betreibt vornehmlich einige — teils gelungene — eher Bürgerinitiativen im Bereich sozialer Arbeit.

An den Wahlen beteiligt sich die SP jeweils mit eigener Liste. Der Sprung ins Parlament ist ihr bisher nicht gelungen, sie ist jedoch in einigen Gemeinderäten vertren.

Der eigene Beitrag der SP zur Friedensbewegung ist ihre „Von Mensch zu Mensch-Aktion". Sie hat etliche hunderttausend Postkarten gedruckt, auf denen fünfsprachig aufgerufen wird zu verhindern, *„daß Euuropa ein amerikanisches Schlachtfeld wird"*. Diese Karten sollen an „einfache Menschen" (deren Anschriften per Telefonbuch erkundet werden) in anderen westeuropäischen Ländern verschickt werden, um so zur internationalen Verbreitung der „holländischen Krankheit" beizutragen.

Die Hauptursache der gegenwärtigen Kriegsgefahr sieht die SP im Streben der USA, ein entscheidendes atomares Übergewicht über die Sowjetunion zu erreichen und einen (auf Europa) „begrenzten Atomkrieg" möglich zu machen.

Partei der Arbeit

Die sozialdemokratische Partei der Arbeit („Partij van de Arbeid" — PvdA) ist — an ihren Parlamentssitzen gemessen — die derzeit größte politische Partei der Niederlande: Für die 2.499.562 Stimmen (= 30,4 %) vom 9.9.1982 bekam sie 47 der 150 Sitze. Die PvdA hielt — von einer kleinen Minderheit abgesehen — bis 1966 die NATO für „unvermeidlich" und sogar *„von vitaler Bedeutung für die Erhaltung des Friedens"*.

Die USA wurden als Befreier und treue Bündnispartner gesehen. Unter dem sozialdemokratischen Premierminister Drees stimmte die niederländische Regierung im Jahre 1957 — als erste westeuropäische Regierung — dem amerikanischen „Angebot" zur Stationierung von taktischen Atomwaffen zu.

Als Folge der Protestbewegungen seit Anfang der 60er Jahre begann sich 1966 innerhalb der PvdA eine oppositionelle Strömung unter dem Namen „Neue Linke" zu formieren, die auch dafür sorgte, daß auf den PvdA-Kongressen von 1966, 1967 und 1969 die niederländische NATO-Mitgliedschaft erstmalig ernsthaft zur Diskussion stand. Unter dem Eindruck des Vietnamkriegs und der Bewegung dagegen wurde innerhalb der PvdA die Kritik an den USA und an der NATO Anfang der 70er Jahre immer stärker.

1972 beschloß der PvdA-Kongreß mit 6.600 gegen 4.200 Stimmen, daß die Niederlande 1976 die NATO zu verlassen habe, falls die NATO bis dahin nicht erstens alle Atomwaffen aus den Niederlanden abgezogen habe, zweitens erklärt habe, nicht als erste Atomwaffen einzusetzen und drittens diktatoriale Regimes (gemeint waren Griechenland und Portugal) ausgeschlossen habe. Da aufgrund dieses Beschlusses die Möglichkeit einer Regierungsteilnahme der PvdA praktisch ausgeschlossen war, gelang es der Parteiführung — teilweise unter Rücktrittsdrohungen — den Kongreß solange zu bearbeiten, bis er in einer vierten (!) Ab-

schlossen war, gelang es der Parteiführung — teilweise unter Rücktrittsdrohungen — den Kongreß solange zu bearbeiten, bis er in einer vierten (!) Ab-

stimmung den Beschluß dahingehend abschwächte, daß die Forderungen jetzt als „Wünsche" und nicht mehr als unumgängliche Bedingungen für die weitere Mitgliedschaft formuliert wurden.

1975 — die PvdA war inzwischen Regierungspartei — ließ sich der Kongreß nicht von der Parteiführung erpressen. Er stellte 13 Forderungen auf, von deren Erfüllung bis 1978 er die NATO-Mitgliedschaft abhängig machen wollte. Diese Forderungen (u.a.: Abzug eines großen Teils der taktischen Atomwaffen aus Europa, Verzicht auf jegliche „Modernisierung" des Atomwaffenpotentials in den Niederlanden, „Freistellung" des niederländischen Militärs vom „Arbeiten" mit Atomwaffen, die NATO muß erklären, niemals als erste Atomwaffen einzusetzen) waren die weitestgehenden, die jemals von einer sozialdemokratischen Partei in Europa an die NATO gestellt wurden; sie bedeuteten eine Niederlage für den Partei-Vorstand.

Allerdings kam es nach den Wahlen 1977 nicht zu einer Fortsetzung der Regierungskoalition zwischen PvdA und CDA, und die PvdA ging — obwohl sie mit 53 Sitzen die größte Fraktion im Parlament stellte — in die Opposition. Dadurch kam die PvdA-Spitze nicht in die Verlegenheit, entweder den NATO-Austritt durchführen zu müssen (denn die NATO erfüllte die Forderungen natürlich nicht) oder — was viel wahrscheinlicher war — gegen den Kongreß-Beschluß verstoßen zu müssen.

1979 stellt der Parteikongreß zwar fest, daß die Forderungen von 1975 von der NATO nicht erfüllt worden waren, beschloß aber — *„aus Gründen der Taktik"* — trotzdem *„die an bestimmte Bedingungen gebundene, kritische NATO-Mitgliedschaft"* fortzusetzen. Allerdings forderte der Kongreß eine eigenständigere niederländische Politik und — in Übereinstimmung mit der IKV-Kampagne — den Abzug aller Atomwaffen aus den Niederlanden.

Diese Forderung wurde vom Wahlkongreß im Februar 1981 — nachdem Spitzenkandidat Den Uyl wieder mit Rücktritt gedroht hatte, und obwohl eine Mehrheit der Parteibasis auch in der Diskussion 1981 zunächst für ihre Aufnahme im Wahlprogramm war — dann wieder gestrichen, bzw. in ein „langfristiges Ziel" umformuliert. Kurzfristig gefordert wird stattdessen im bis heute gültigen Programm der Abzug eines Teils der in den Niederlanden stationierten Atomwaffen, keine Steigerung der konventionellen Rüstung und eine Verminderung der Rüstungsausgaben. Außerdem wird im Programm jegliche Neueinführung von Atomwaffen und insbesondere die von der NATO beschlossene „Nachrüstung" abgelehnt.

Diese Ablehung der „Nachrüstung" war ein Grund dafür, daß die Regierungskoalition zwischen PvdA und u.a. CDA, die nach den Wahlen im Mai 1981 zustande kam, noch nicht einmal ein Jahr standhielt und daß die PvdA — obwohl ihr Spitzenkandidat Den Uyl inzwischen „angeboten" hat, die Vorbereitungen für die Stationierung der Cruise Missiles mitzutragen — nach den Wahlen im September 1982 nicht an der neuen Regierung beteiligt sein wird.

Und und und ...

Breite und Tiefe der niederländischen Friedensbewegung haben wir ungeachtet der uns zur Verfügung gestellten fünf, sechs AK-Seiten (Dank! immer wieder Dank, liebe AK-Redaktion!!) bisher nur im groben Aufriß erfaßt. Dargestellt haben wir nur die unserer Ansicht nach wichtigsten und/oder größten und/oder politisch und ideologisch einflußreichsten oder sonstwie bedeutenden Gruppierungen. „Friedensbewegung" haben wir dabei im noch recht engen Sinne gefaßt und die Solidaritätsbewegungen mit der „Dritten Welt" nur am Rande erwähnt, durchaus vorhandene Beziehungen zwischen „reiner" Anti-AKW-Bewegung und umfassenderen Anti-Atomwaffen-Bestrebungen nur angekratzt.

Über die „Großen" und „Wichtigen" hinaus gibt es noch eine Unzahl weiterer kleiner, bunter, manchmal auch obskurer Gruppierungen, die der Friedensbewegung insgesamt aber nicht zuletzt Saft und Kraft geben, die in Bevölkerungsschichten hineinreichen, die sich einer „radikaler" auftretenden Friedensbewegung (noch) verschließen, die eine Brücke zwischen denen, die die Angst vorm Atomkrieg noch in der Wohnstube ausleben und jenen, die ihren Protest schon auf Straßen und Plätzen getragen haben.

Da ist die Vereinigung „Friedensaufbau", die Unterrichtsprojekte erarbeitet; da ist die Initiative „50 und älter gegen Atomgewalt"; da sind die „Mütter wollen Frieden"; da ist die „Nationale Koordination von Anti-Atomschutzbunkergruppen"; da sind die Institute für Friedensforschung; die Rundfunkanstalten und eine stattliche Anzahl bürgerlicher Presseorgane, die überwiegend solidarisch über die Friedensbewegung berichten; da gibt es weiter zahllose lokale Friedensinitiativen, antimilitaristische Zentren, regionale Proteste und Widerstandsgruppen gegen militärische Einrichtungen — und und und und und ...

Summa summarum: Die Vielfalt menschlichen Hoffens, Strebens und Kämpfens für eine Welt ohne Krieg.

Niederlande-Kommission

Hessen-Grüne: Startprobleme

Am 30./31.10. fand die mit Spannung erwartete erste Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen nach der Wahl statt. Bis dahin hatten die Grünen jede Frage nach ihrem weiteren Kurs zwischen „Fundamentalopposition" und „Realpolitik" unbeantwortet gelassen. Erst diese Versammlung sollte basisdemokratisch entscheiden. Gültig war nach wie vor der „Hofheimer Beschluß": Ein Gesprächsangebot gleichermaßen und ohne Präferenz an SPD und CDU, falls es dem grünen Programm dient, kein Tolerierungskatalog (s. auch AK Nr. 226).

Von den rund 2000 Mitgliedern in Hessen waren zwischen 200 und 300 erschienen. Ein 3/4 Tag wurde zunächst diversen Wahlprozeduren gewidmet, deren unpolitische Langeweile nur selten durch Pikantes bei der Kandidatenvorstellung unterbrochen wurde. So etwa kandidierte einer, der die soziale Basis für die ökologische Wende in den kleinen und mittleren Unternehmen erblickte.

Nach langer, langer Zeit wurde endlich die politische Debatte eröffnet mit Beiträgen von der GAL Hamburg, Thea Bock und Thomas Ebermann. Letzterer konzentrierte sich besonders auf die Erfahrungen mit der SPD. Seine Hauptaussage: An eine rasche Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der SPD — überhaupt an eine Wende der SPD — zu glauben, wäre
änderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der SPD — überhaupt an eine Wende der SPD — zu glauben, wäre
Utopie und Träumerei. Kein gutes Haar ließ er an den linken Sozialdemokraten, die der rechten SPD-Mehrheit stets zu Diensten seien (wenn sie nicht gerade Sprüche über Freiheit und Demokratie klopfen). Wenn diese Ausführungen auch das weitere konkrete Vorgehen gegenüber der SPD offen ließen, erntete Ebermann doch frenetischen Applaus von mehr oder weniger allen Fraktionen: Den „Fundamentaloppositionellen", den „Realpolitikern" und den wenigen zerstreuten „Linksradikalen". Bezugnehmend auf ein Interview im „staatsanzeiger" (Nr. 1.) griff Ebermann auch Milan Horacek an. Dieser habe sich, statt um eine politische Perspektive zu ringen, nur allgemeinen Phrasen über ein „anderes Politikverständnis" und die Notwendigkeit einer „Bewußtseinsveränderung" ergangen, sozusagen die Sinnfrage gestellt. Dazu meinte Ebermann, das größte Hindernis für eine Bewußtseinsänderung residiere im Staat und seinem Gewaltmonopol. Wer das Bewußtsein ändern wolle, aber diese Frage nicht angehe, erinnere an einen Bibelverkäufer. Eine Diskussion über diese Beiträge und zum Vorgehen der GAL in Hamburg beschränkte sich allerdings darauf, weshalb die GAL in Hamburg (angeblich) „nicht-öffentlich" mit der SPD verhandelt habe.

Acht Anträge lagen zur weiteren Kursbestimmung vor; sechs davon signalisierten „Kompromißbereitschaft" bei einer eventuellen Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung. Ein Antrag aus Kassel ging soweit, grüne Spitzenposten in der Ministerialbürokratie zu fordern. Die Kompromißlosigkeit der Grünen „in Überlebensfragen" dürfe nicht so weit gehen, daß man handlungsunfähig werde. Aus Frankfurt hatte die „Wählerinitiative„ der Spontis zwei Bedingungen an die Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten durch grüne Abgeordnete gestellt:

1. Ein einjähriges Moratorium an der Startbahn West („mindestens einjährig", wie Cohn-Bendit erregt einige Kritiker zurechtwies) und das Einfrieren der Planungen für Biblis C und die Hessen-WAA (bei Letzterem signalisiert die SPD Entgegenkommen);
2. Straffreiheit für die angeklagten und z.T. schon verurteilten Startbahngegner/innen.

Es gab aber auch die Position, nach wie vor jeden Tolerierungskatalog abzulehnen, und Gespräche ausschließlich mit dem Ziel, das grüne Programm durchzusetzen, zu führen. Schließlich schlug ein Antrag vor, die SPD zunächst mit einem Fragekatalog zu den relevantesten gesellschaftlichen Problemen zu konfrontieren, um daraus später einen Tolerierungskatalog zu machen. Dies sollte es erleichtern, die Bevölkerung in die Debatte um die Politik einer „neuen Mehrheit" einzubeziehen, aber auch die sozialen Fragen (Arbeitslosigkeit, Ausbildung) in Abweichung zur Schwerpunktsetzung des grünen Programms stärker hervorheben.

Die Debatte um die Anträge ließ Vieles offen. Die Einen erklärten noch einmal ihr Verständnis von „Fundamentalopposition": Entmilitarisierung, Ausstieg aus der Atomindustrie, aus der Startbahn West und dem Autobahnbau sowie die Säuberung von Luft, Wasser und Boden seien „Lebens- und Überlebensfragen", in denen es keinerlei Konzessionen geben dürfe. Fragen, ob z.B. der Autobahnbau wirklich verheerender ist als die Massenarbeitslosigkeit, wurden gar nicht gestellt. Diese Richtung prognostizierte das Scheitern der Gespräche (was bei den „Realpolitikern" aller Schattierungen heftigen Unmut auslöste). Im übrigen habe man in Hessen andere Bedingungen als in Hamburg. Hier stehe man nicht unter dem Druck kurzfristig angesetzter Neuwahlen, man könne alles in Ruhe angehen usw.

Die Spontis wiederum beteuerten wortreich, sie hätten überhaupt keine Illusionen in die SPD und deren Unnachgiebigkeit; es gehe vielmehr um die Illusionen der SPD-Wähler. Hier wiederum blieb offen, welcher Vorteil eigentlich daraus entstehen sollte, daß die Grünen ihre Verhandlungsposition ganz auf die Startbahn konzentrieren (vielleicht eine kurzfristige Strohfeuer-Mobilisierung, aber was dann? Werden die Grünen nicht dann, wenn sie ihr Ziel an der Startbahnfrage verfehlt haben, in allen anderen Fragen unter um so größerem Druck stehen, klein beizugeben?)
ben, in allen anderen Fragen unter um so größerem Druck stehen, klein beizugeben?)

Schließlich standen sich zwei Anträge zur Endabstimmung gegenüber: Einer von den Frankfurter Römer-Grünen gegen einen gemeinsamen von Kassel/Spontiwählerinitiative. Ersterer deutet zwar sehr weitgehende Bedingungen für die Wahl eines Ministerpräsidenten-Kandidaten an (die „Lebens- und Überlebensfragen"), ist aber flexibel in Bezug auf die Zustimmung zu einem Haushalt („keine destruktiven Titel"). Die Entscheidung über eine Tolerierung wird bis zum Ende des Winters hinausgezögert. Die Treffen mit der SPD werden als Sondierungsgespräche aufgefaßt, nach deren Abschluß möglicherweise ein Bedingungskatalog der Grünen aufgestellt wird.

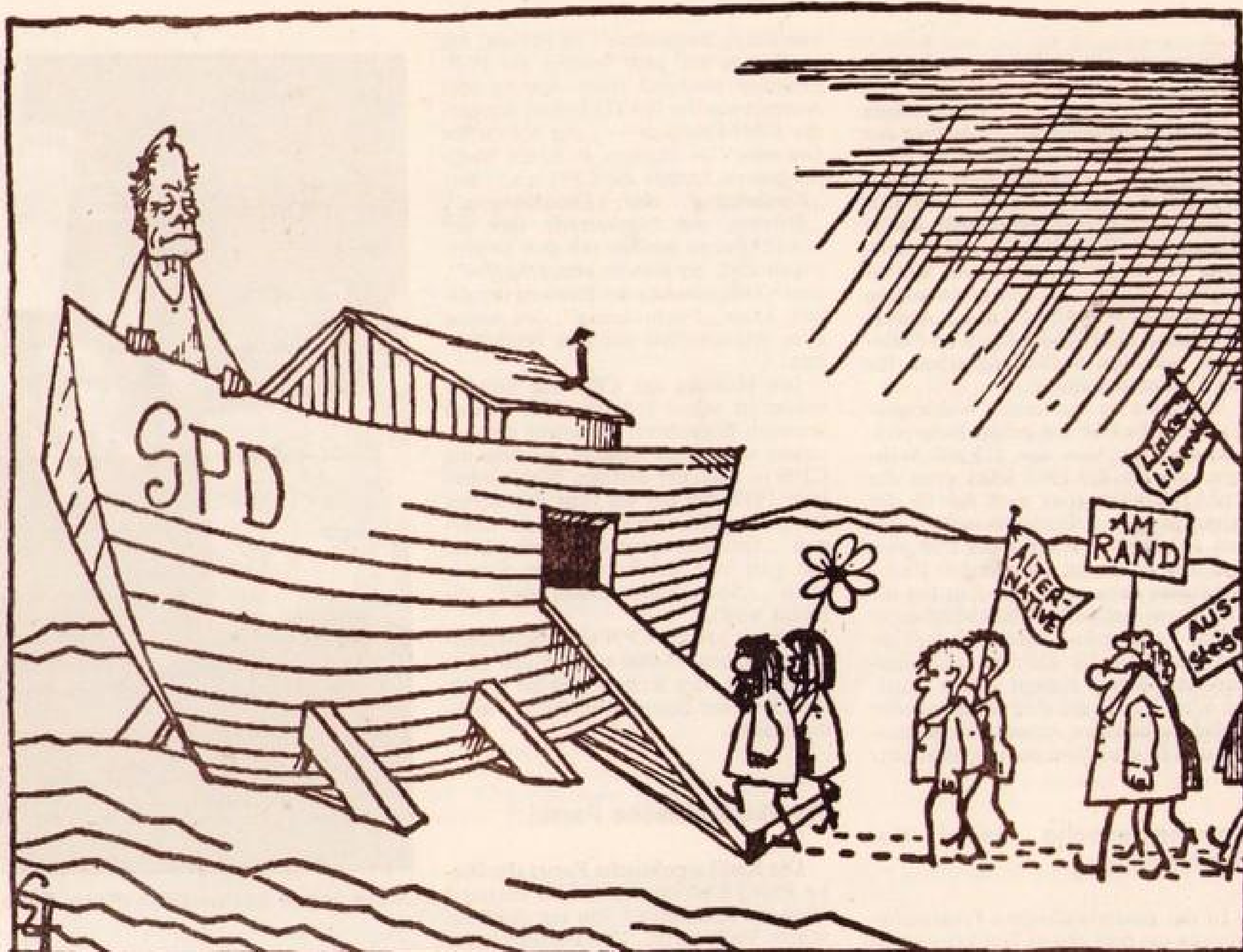
Der andere Antrag beinhaltet die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD, die das Ziel einer Tolerierung haben, die Bedingungen für eine Zusammenarbeit werden auf etwas „realistisch" Erscheinendes — Baustop am Flughafen — heruntergeschraubt (was aber in Wirklichkeit ebenso unrealistisch ist). Die Römer-Grünen entschieden das Rennen mit 140 : 95 Stimmen für sich.

In beiden Anträgen jedoch sind die sozialen Fragen völlig unterbelichtet. Diese offene Flanke hat sich die SPD inzwischen voll zunutze gemacht. Sie hat mit großem Brimborium ein 800 Millionen-Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und 20 Millionen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen angekündigt. Dies soll per Haushaltsvorschaltgesetz in den Landtag eingebracht werden, wozu sich die Grünen nun einiges einfallen lassen müssen.

Der jüngste Stad ist die schlichte Aussetzung der Gespräche durch die SPD, weil sich die Grünen nicht von „Gewalttätigkeiten" auf einer Startbahn-Demonstration am 2.11. abgegrenzt hätten (siehe dazu Artikel in diesem AK). Das Muster ist klar: Die SPD betreibt eine sehr offensive Politik, um die Grünen und BIs in eine Gewalt- und Ökologiedebatte zu verstricken, bei der sie im eigenen Saft schmoren sollen. Derweil hat sie selbst freie Bahn, um sich als einzige den Fragen zuzuwenden, die der Bevölkerung immer mehr unter den Nägeln brennen. In diesem Zusammenhang ist die SPD ausschließlich an der Verabschiedung eines Haushalts interessiert, was genau der Punkt ist, wo die Grünen (bisher) ebenso schwach wie nachgiebig erscheinen. Alles andere hat für sie Zeit.

Die Grünen haben es leider versäumt, auf den groben Klotz — Aussetzung der Gespräche — einen passenden Keil zu setzen. Hätten sie die Gewaltfrage mit der Wucht aller aktuellen und historischen Erfahrungen, die ja schließlich ungezählt vorhanden sind, an die SPD zurückgegeben, wäre dieser vielleicht bald die Lust an dieser Auseinandersetzung vergangen. So haben sie nur ihr Interesse am Zustandekommen der Gespräche wiederholt — vielleicht aus Angst, eine angemessen scharfe Antwort könnte sie ganz platzen lassen. Ob die Grünen wirklich so viel Zeit haben, erscheint zweifelhaft.

KB/Gruppe Frankfurt



Arche Willy

ZEICHNUNG: HEIDEMANN/FRANKFURTER NEUE PRESSE

Grün-Alternative zur „Tolerierung" bereit

Nachdem Willy Brandt am Abend der hessischen Landtagswahl von einer „neuen Mehrheit links von der CDU" gesprochen hat, häufen sich Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge zu diesem Thema; vor allem aus den Reihen der Grünen, die an der Seite der SPD diese neue Mehrheit herbeiführen könnten. Am weitesten vorgewagt hat sich bisher der grüne baden-württembergische Landtagsabgeordnete Wilfried Kretschmann, der gern mit der SPD koalieren möchte und von seiner Partei fordert, sie solle zu diesem Zweck zunächst das Gewaltmonopol des Staates und das parlamentarische System anerkennen („FR", 23.10. und „taz", 8.10.). Die Thesen von Rolf Ascheberg und Peter Brandt „Für eine neue Mehrheit — Überlegungen zur Zusammenarbeit von SPD und Grünen" („taz", 1.10.) wurden im AK 226 kommentiert. In der folgenden Übersicht fassen wir weitere Stellungnahmen grüner und linker Einzelpersonen und erste Beschlüsse von Gremien und Untergliederungen der Grünen Partei zusammen.

Der **Bundesvorstand der Grünen** stellte am 4.11. der Presse einen Antrag vor, der vom Bundesparteitag am 12.-14.11. in Hagen beschlossen werden soll (siehe Kasten). Daß sich das Angebot zur Zusammenarbeit an „die anderen" Parteien, also auch an CDU und CSU richtet, ist kein Versehen: es soll dokumentieren, daß sich die Grünen von allen „Wachstumsparteien" gleich weit entfernt und nicht etwa links von der SPD ansiedeln.

Einerseits formuliert das Vorstandspapier ein ebenso plattes wie weit interpretierbares Tolerierungsangebot: *„...Die Grünen werden aber keinen Kanzler wählen und keine Regierung unterstützen, die das lebensbedrohende Atom- und Rüstungsprogramm fortsetzen will".* Andererseits enthält das Papier einen detaillierten Forderungskatalog, mit dem Vermerk, dies seien die „wichtigsten Aufgaben" der Grünen „im nächsten Bundestag".

In der Presse ist teilweise dies als der eigentliche Tolerierungskatalog des Bundesvorstands (miß?)verstanden worden. Auch diese Interpretation ist nicht ganz unbegründet, denn es heißt in dem Papier dazu: *„Die Grünen sind grundsätzlich bereit, politische Verantwortung zu übernehmen für die Durchsetzung der vorgenannten Aufgaben"* (Text des Antrags siehe Kasten).

***

Der **hessische Landesverband der Grünen** hat am 30./31.10. ein halbes Tolerierungsangebot an die SPD beschlossen: *„Die Grünen Hessen sehen ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung darin, keinerlei Kompromisse in Fragen des Lebens und Überlebens zuzulassen oder einzugehen und nicht von ihrem basisdemokratischen Selbstverständnis abzuweichen. Lebens- bzw. Überlebensfrage ist für uns sowohl ein Atomfreies Land Hessen ohne ABC-Waffen (Hessen muß ABC-waffenfreie Zone werden) und die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, wie auch die Aufforstung des Startbahngeländes, der Stopp des Autobahnbaus und die konsequente Säuberung von Wasser, Luft und Boden durch kompromißlose Anwendung des Verursacherprinzips. Nur so sind unsere Wälder und ist unsere Gesundheit zu erhalten. Diese Lebens- und Überlebensfragen sind natürlich auch Teil der Voraussetzungen zur Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten".*

Nunmehr sollen zunächst Gespräche stattfinden, und erst anschließend an diese wollen die Grünen entscheiden, ob sie Tolerierungsverhandlungen mit der SPD aufnehmen.

Mit 140 gegen 95 Stimmen setzte sich diese Linie durch gegen einen Antrag der Frankfurter Altspontis um Cohn-Bendit. Sie hatten einen lediglich aus zwei Punkten bestehenden Tolerierungskatalog gefordert: *„1. Ein mindestens einjähriges Moratorium für den Bau der Startbahn West, Einfrierung des Genehmigungsverfahrens für Biblis C, Verzicht auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für eine WAA. 2. Amnestie für alle Startbahngegner und Hausbesetzer."* („Pflasterstrand", Nr. 143)

Noch etwas billiger bietet es einer der Repräsentanten der Frankfurter Altspontis, Joska Fischer an: Bei ihm bleibt bloß noch das Startbahn-Moratorium und eine Amnestie für alle Startbahngegner übrig. („links", Nov. 82)

* * *

Der **Landesausschuß der bayerischen Grünen** hat am 17.10. ein Grundsatzpapier verabschiedet mit dem Titel „Wir sind zur Mehrheit links von der CDU/CSU bereit". Dieses Papier soll dem Bundesparteitag als Antrag vorgelegt und im Wahlkampf als Flugblatt-Text verwendet werden. Zur Tolerierung heißt es darin: *„Wir sind im Falle ‚Hamburger Verhältnisse' nach der Bundestagswahl bereit, unter bestimmten Bedingungen eine sozialdemokratische Regierung zu dulden. Dies bedeutet, daß wir ein sozialdemokratisches Kabinett mitwählen werden und die Haushaltsentwürfe dieser Kabinette mittragen werden, wenn in der Amtszeit dieser Regierung*
1. keine neuen atomaren Mittelstreckenraketen auf (west-)deutschen Boden stationiert werden;
2. kein neues Atomkraftwerk geplant, gebaut oder ans Netz angeschlossen wird;
3. die TA Luft so geändert wird, daß bis 1985 kein mit fossilen Kraftstoffen betriebenes Kraftwerk mit einer Leistung von mehr als 100 MW und einer zu erwartenden Lebensdauer von mehr als 10 Jahren mehr ohne Entschwefelung betrieben werden kann".

* * *

In **Hamburg** steht die große Mehrheit der Grünen nach wie vor zur Tolerierungspolitik der GAL (vgl. Artikel in diesem AK). Ein von mehreren Grünen (darunter zwei Bürgerschaftsabgeordneten) eingebrachter Antrag, der den Tolerierungskatalog der GAL im wesentlichen auf die Hafenerweiterung herunterstutzen wollte, bekam auf der GAL-Mitgliederversammlung ganze 12 Stimmen. Offensichtlich hatten die Hamburger Vertreter im Bundeshauptausschuß (BHA) der Grünen — darunter zwei der Antragsteller — nicht nur eigenmächtig, sondern auch voreilig gehandelt, als sie auf der letzten BHA-Sitzung (23./24.10.) bekanntgaben: In Hamburg werde eigentlich eine „Fundamentalopposition aus Versehen" betrieben, da die neun Punkte des GAL-Tolerierungskatalogs für die SPD unannehmbar seien; dies solle demnächst korrigiert werden.

* * *

In Richtung einer möglichen Tolerierung hat sich der **Landesverband Niedersachsen der Grünen** auf einer Mitgliederversammlung geäußert: Für die Tolerierung einer SPD-Regierung müßten konkrete Forderungen aufgestellt werden, u.a. Verzicht auf die ‚Nachrüstung', Kürzung der Rüstungsausgaben, keine Kürzung der Sozialausgaben, keine wirtschaftliche Ausbeutung der Dritten Welt. — Eine entsprechende Resolution wurde auf der MV mit großer Mehrheit angenommen (nach „taz", 5.10.).

* * *

Ernst Hoplitschek, Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen, hat in der „taz" eine Antwort auf die Brandt/Ascheberg-Thesen veröffentlicht. Sein Artikel trägt die Überschrift „Die ewigen Sozialdemokraten und die grünen Alternativen". Die „ewigen Sozialdemokraten": das sind Brandt, Ascheberg, diese Vertreter des „linken Neokonservatismus", die *„mit der ollen Kamelle, Sozialstaat' (kommen)"*, und *„alle, die zu Anfang der 70er Jahre in wahrlich anachronistischen Zügen Avantgardeparteien gründeten".* Diesen Leuten erklärt Hoplitschek seine „grünen Alternativen": *„Die Grünen haben begonnen, eine Rolle zu spielen, eben weil sie nicht ‚links von der SPD' sind";* im Punkt „Sozialstaat" — *„das Wort ist ein klassisches Produkt sozialdemokratischer Rattenfängerei"* — sei *„klar, daß als Übergangslösung den sozial Schwachen geholfen werden muß".* Diese *„äußerlich bleibende Fremd-Hilfe"* solle aber längerfristig *„im Rahmen von Selbsthilfekollektiven das Leben insgesamt neu organisieren helfen".* Hoplitscheks Kritik an der

SPD: „*Warum kann sie nicht auch mal den moralisch begründeten Mut zu der Feststellung aufbringen, z.B. im Rahmen der Diskussion über den ‚Lohnausgleich' (der übrigens auch Peter und Rolf ausweichen), daß es mit der verschwenderischen Lebensweise so nicht mehr weitergehen kann . . .*". Wenn die Grünen solcherart „radikale Alternativen" formulieren, so Hoplitschek, könnten sie sich auch der „Parlamentskiste", konkret: der Frage der Tolerierung einer Minderheitsregierung, zuwenden. Hoplitschek nennt folgende Bedingungen: „*Nicht kompromißfähig sind folgende grüne Positionen: Verzicht auf a) die Nato-Nachrüstung, b) die Lagerung chemischer Kampfstoffe und c) die zivile Nutzung der Kernenergie. Dies sind für die Grünen absolut Überlebensfragen. Ausstiegsfristen (2-3 Jahre) müßten andererseits von den Grünen eingeräumt werden . . .*" Hoplitschek meint immerhin, daß „*von der Natur der Dinge her die SPD der adäquate Gesprächspartner ist, oder genauer: sein kann . . .*".

* * *

Klassisch fundamentaloppositionell äußert sich **Petra Kelly vom Bundesvorstand der Grünen** in ihrem Artikel „Das System ist bankrott — die neue Kraft muß her!" (Beitrag zu dem von ihr und Jo Leinen herausgegebenen Buch „Prinzip Leben — Ökopax — die neue Kraft"; auszugsweise abgedruckt in der „FR" vom 9. und 11.10.). Sie sieht gegenwärtig keine Möglichkeit, auch nur Gespräche zu führen: „*Wir fordern einen grundsätzlichen Umdenkungsprozeß der etablierten Parteien in allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen, und dies muß eine notwendige Voraussetzung für jede Art von Gespräch mit den Grünen sein*". An anderer Stelle geht sie direkt auf die SPD ein: „*Sollte Willy Brandt die konkrete Utopie einer Links-Ökologiefront von SPD und Grünen im Auge haben, so kann er diese Hoffnung nur aufrechterhalten, wenn sich die sozialdemokratische Partei auf unsere Fragestellungen zubewegt und endlich lernt, die Ökologie als Primat vor die Ökonomie zu stellen*".

In gewissem Widerspruch zu diesen von „den etablierten Parteien" geforderten Vorleistungen („*Umdenken in allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen*", Anerkennen des „Primats der Ökologie") steht Petra Kellys Aussage, die sie im Rahmen eines „Spiegel"-Gesprächs (14.6.82) zur Tolerierungsfrage gemacht hat: „*Ich kann mir aber vorstellen, daß wir Minderheitsregierungen tolerieren, wenn die Bedingungen dafür geschaffen werden. Wenn die SPD alle Atomkraftwerke abschaltet, mit der Nachrüstung aufhört und Krankenwagen statt Panzer baut, dann kann man anfangen zu reden*". Anscheinend hofft Petra Kelly darauf, daß den Grünen solche Tolerierungsverhandlungen erspart bleiben: „*Ich habe manchmal Angst, daß die Grünen plötzlich 13 Prozent kriegen und zur Machterwerbspartei werden. Wir sollten lieber bei sechs oder sieben bleiben und dafür kompromißlos in unseren Grundforderungen; lieber das, als Minister stellen*" („Spiegel"-Gespräch).

* * *

In Abgrenzung zu Kretschmann — vor allem, was die Einschätzung der SPD und somit der Chancen für eine Zusammenarbeit angeht — äußert sich **Dieter Burgmann vom Bundesvorstand der Grünen** letztlich ebenfalls für eine Tolerierungslinie. Als Voraussetzungen sieht er „*den Ausstieg aus der Atomkraft und der Atomrüstung, die Abkehr von technologischen Großprojekten — wie Startbahn-West und den fortgeschrittenen Reaktorlinien — ferner die Inangriffnahme konkreter Maßnahmen gegen das Waldsterben und die Aufhebung von ‚Berufsverboten' und ‚Polizeistaatsmethoden'*" („Handelsblatt", 27.10. und „FR", 1.11.).

* * *

Wolf-Dieter Hasenclever (Abgeordneter der Grünen in Baden-Württemberg), hat seine Vorstellungen über einen beiderseitigen Annährungsprozeß von SPD und Grünen inzwischen in einem Antrag an seinen Tübinger Kreisverband zusammengefaßt; Ziel der Grünen sei nicht die Unregierbarkeit, sondern die Verwirklichung „Neuer Orientierungen" in der Politik, insbesondere „***Ausstieg aus der NATO-Nachrüstung***", „***Einstieg in die dezentralen, alternativen Energietechnologien — einschließlich des Energiesparens — und Ausstieg aus der Atomenergie***", „***Eindeutiger Vorrang des Umweltschutzes vor kurzsichtigen Profitinteressen der Industrie***" (Punkt 2). „*Um die neuen Orientierungen in die Praxis umzusetzen, müssen die Grünen deutlich machen, daß sie hierfür zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien grundsätzlich bereit sind. Dies kann in der jetzigen Situation jedoch praktisch nur eine Zusammenarbeit mit der SPD sein, da die CDU/CSU in ihrer derzeit vertretenen Politik in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Vorstellungen der Grünen stehen. In der Frage der Zusammenarbeit mit der SPD, die natürlich nur bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen im Bundestag sinnvoll ist, soll — in diesem Fall — folgende Linie verfolgt werden: In gemeinsamen Gesprächen soll eine inhaltliche Grundlage für die mögliche Zusammenarbeit gefunden werden. Diese inhaltliche Grundlage muß zumindest die Verwirklichung der unter 2) genannten fundamentalen Positionen der Grünen garantieren, darüberhinaus sollen möglichst viele programmatische Inhalte grüner Politik enthalten sein. Die Gespräche sollten, bei Er-*

nen der Grünen garantieren, darüberhinaus sollen möglichst viele programmatische Inhalte grüner Politik enthalten sein. Die Gespräche sollten, bei Er-

folg, in einem für beide Seiten tragbaren Regierungsprogramm münden.

Die Zusammenarbeit soll zunächst ohne formelle grüne Regierungsbeteiligung stattfinden (Aktive Tolerierung). Bei Bewährung der Zusammenarbeit kann nach einiger Zeit eine regelrechte Koalition angestrebt werden". Ob die Stimmen der Grünen für eine „passive Tolerierung" — d.h. Wahl eines SPD-Bundeskanzlers und Zustimmung zum Haushalt — billiger auch ohne Übernahme der drei „fundamentalen Positionen" der Grünen durch die SPD, zu haben sein könnten, geht aus dem Text nicht eindeutig hervor. Gegenüber der „Badischen Zeitung" hat Hasenclever (lt. deren Bericht) zu verstehen gegeben, daß er für diesen Fall auch mit allgemeinen Absichtserklärungen seitens der SPD zufrieden wäre: „**Aber er formuliert dieses Programm** (die drei „fundamentalen Positionen"; Anm. AK) **nicht als Vorbedingung für Zusammenarbeit, sondern als Ziel — so als ob über die Schritte zu ihm geredet werden könnte**" („Badische Zeitung", 9.10.).

* * *

Der **KBW** gibt Rätsel auf. In der „KVZ" vom 29.10. plädiert gkr für den Tolerierungsvorschlag der Frankfurter Spontis. Begründung: „*Um in diesem Spiel von taktischen Manövern und kleinsten Zugeständnissen Bewegungsfreiheit für Verhandlungen mit der SPD zu gewinnen und ein Einwirken auf linke SPD-Kreise zu erreichen, ist ein Konzept, das für die SPD Zustimmungsfähiges enthält und andererseits Zeit für weitere Gespräche schafft, notwendig.*"

Andererseits hat sich der KBW-Chef Schmierer in einem in diesem Punkt ebenso verworrenen wie oberflächlichen Artikel („KVZ", 8.10) sowohl gegen Fundamentalopposition wie gegen Tolerierungspolitik ausgesprochen. „*Im Parlament läuft beides auf Passivität hinaus*". Seine vage Andeutung: „*In bestimmter Hinsicht ist mehr als das ‚kleinere Übel' nicht drin, solange Parlamente und Regierungen entscheiden*", verbunden mit ebenso vagen Andeutungen über „*eine linke parlamentarische Frontbildung*" zum Zwecke einer „L i n k s r e g i e r u n g" lassen vermuten, daß am Ende die Sache auf Unterstützung der SPD ohne Vorbedingungen hinauslaufen soll.

* * *

Die **trotzkistische GIM** ist ihrer Tradition treu geblieben und empfiehlt Tolerierung der SPD ohne jede Vorbedingung. In der „was tun?" vom 30.9. begründet Angela Klein zunächst die Notwendigkeit eines Wahlbündnisses aus Grünen, Alternativen und Sozialisten und fährt dann fort: „*Ein solches Bündnis muß eine Minderheitsregierung der SPD tolerieren und mit der SPD dort zusammenarbeiten, wo sie fortschrittliche Initiativen ergreift. Es muß jeder gegen die Arbeiter, gegen die Friedensbewegung und gegen die Umwelt gerichteten Regierungsmaßnahme die Zustimmung verweigern. Sowohl in der SPD selbst als auch bei einem Teil der Grünen müssen die Hindernisse beseitigt werden, die dem noch im Wege stehen.*"

* * *

Für eine „Regierung der Intelligenz" wirbt der vorwiegend in München angesiedelte **Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD**. Verstehen will der Arbeiterbund unter diesem verblüffenden Schlagwort ein Regierungsbündnis der SPD mit den Grünen. In Hessen hat der Arbeiterbund anläßlich der Landtagswahlen unter diesem Motto sogar eine ganz passable Unterschriftensammlung von Gewerkschaftern zustande gebracht.

Der Arbeiterbund hatte bisher regelmäßig zur Wahl der SPD aufgerufen und die Grünen pauschal als fortschrittsfeindliche Kleinbürger abgetan. Der Aufruf zur Bildung einer „Regierung der Intelligenz" enthält keine konkreten Forderungen an eine solche Regierung und scheint auf bedingungslose Unterordnung der Grünen unter die SPD hinauszulaufen.

Fazit

Insgesamt zeichnet sich überdeutlich ab, daß die Politik des an konkrete Bedingungen geknüpften Tolerierungsangebots sich bei den Grünen und Alternativen weitgehend durchgesetzt hat. Mehr als viele gute Argumente hat zu dieser Entwicklung das praktische Hamburger Beispiel, aber vermutlich auch der Bonner Regierungswechsel beigetragen. Die Fundamentalopposition im klassischen Sinn spielt zur Zeit kaum noch eine Rolle. Soweit sie noch Bedeutung hat (vor allem in Hessen) muß dem aufgrund von historischen Analogien naheliegenden Mißverständnissen entgegengetreten werden, es handele sich um ein l i n k e s Phänomen. Ihre Hauptvertreter kritisieren die SPD vom Standpunkt des „Ausstieg aus der Industriegesellschaft" und des Abschieds vom „Wohlfahrts- und Sozialstaats" her. Im wesentlichen handelt es sich um dieselben Leute, die Leichenreden auf die Arbeiterbewegung halten und sich für die Ausgrenzung von Sozialisten stark machen.

Jetzt und in der absehbaren Zukunft verläuft die Linie des Meinungsstreits nicht mehr zwischen Tolerierungspolitik und Fundamentalopposition, sondern zwischen unterschiedlichen Varianten und Interpretationen der Tolerierungspolitik. Dabei scheint längerfristig eine heute noch absolut minoritäre Tendenz zum Ausverkauf der eigenen Forderungen an Bedeutung gewinnen zu können. Im Sinne klassischer Theorien vom „kleineren Übel" behandelt diese Tendenz die Tolerierung als eine Ware, die u n b e d i n g t an den Kunden, d.h. die SPD, gebracht werden m u ß . Der Streit um Kompromisse wird auf diese Weise aus den Gesprächen zwischen der SPD und den Grün-Alternativen herausgezogen und wird verlagert ins grün-alternative Spektrum selbst, wo er dann stattfindet als Streit, welche Forderung man der SPD überhaupt noch stellen darf. Angesichts der Haltung der SPD liegt (innerhalb dieser Logik) die Schlußfolgerung nahe, die eigenen Ausgangsforderungen immer weiter herunterzuschrauben. Die Hauptrichtung der Überlegungen (innerhalb der skizzierten Minderheitsströmung) geht derzeit dahin, die Forderungen für eine Tolerierung der SPD im wesentlichen auf e i n e n Punkt zu beschränken, wie die Hafenerweiterung in Hamburg und die Startbahn West in Hessen. Das würde die Grün-Alternativen allerdings zu einer „Ein-Punkt-Partei" machen und würde s p a l t e n d auf die Basis der Grün-Alternativen wirken, weil es die Voraussetzung enthält, daß e i n einzelner Punkt (und eine einzelne Bewegung!) allen anderen total übergeordnet seien. Das wäre im Grunde eine Rückkehr zur klassischen „ML"-Dialektik der Haupt- und Nebenwidersprüche.

ein

Die historische Aufgabe der SPD

„Die Kür Hans-Jochen Vogels zum Kanzler-Kandidaten für die 83er Bundestagswahl signalisiert zweierlei: Kein Sozialdemokrat glaubt heute, im März eine Mehrheit gewinnen zu können — und die SPD begibt sich auf den Weg der Integration von Grünen und Alternativen. In einer Linkskurve wollen die Sozialdemokraten diese Kräfte an- und aufnehmen.

Während des Alternativmarsches kann die SPD, wie Peter Glotz formuliert, nicht den ‚Staat im Besitz halten', weil sie Positionen vertritt, die in der Bundesrepublik nicht mehrheitsfähig sind. Täte sie dies nur verbal, würde es ihr von den skeptischen Grünen und Alternativen nicht abgenommen, und die gesamte Operation wäre umsonst gewesen. Gelingt der SPD dieser mühsame Integrationsprozeß, so wird ihr schon wegen der Attraktivität der Macht in Zukunft auch wieder der Rückweg zur Mitte, folglich zur Mehrheits- und Regierungsfähigkeit, gelingen. Dies ist entgegen allen Unionsattacken die historische Aufgabe der SPD".

(„Wirtschaftswoche", 5.11.82)

Antrag an die Bundesversammlung am 12. bis 14. November 82
(Vorschlag des Bundesvorstandes)

Die Grünen treten zur Bundestagswahl an, um die lebensnotwendigen Forderungen, ihre Zielvorstellungen und neuen politischen Inhalte zur Diskussion zu stellen, um die etablierten Parteien herauszufordern, sich damit auseinanderzusetzen und dazu zu verhalten.
Zu ihren wichtigsten Aufgaben im nächsten Bundestag zählen Die Grünen:

1. Verhinderung der NATO-Aufrüstung mit Pershing II und Cruise Missiles, der Lagerung von Giftgas und anderen chemischen und bakteriologischen Waffen in der Bundesrepublik. Dies ist verbunden mit der längerfristigen Zielsetzung einer atomwaffenfreien Zone und eines neutralen Gürtels in Mitteleuropa.

2. Stopp des Atomprogramms und Entwicklung einer alternativer Energieversorgung.

3. Sofortmaßnahmen gegen Waldsterben, Gewässerverschmutzung und Bodenvergiftung.

4. Stopp der Großprojekte Startbahn-West, Flughafen Erding, Rhein-Main-Donaukanal, Schneller Brüter, Hochtemperaturreaktor sowie Umstrukturierung der Mittel für alternative Energieversorgung und Abgasentschwefelung usw.

5. Umstrukturierung der Wirtschaft auf dezentrale und alternative Produktion und Technologien, Arbeitszeitverkürzung und weitere Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.

6. Verhinderung des weiteren Abbaus von Demokratie und Grundrechten und Entwicklung einer alternativen demokratischen Kultur, die dem Bürgerwillen überzeugend zur Geltung verhilft und auf den Einsatz von Gewalt verzichtet.

Die Grünen sind grundsätzlich bereit, politische Verantwortung zu übernehmen für die Durchsetzung der vorgenannten Aufgaben. Die Grünen sind grundsätzlich nicht bereit, die Fortsetzung der lebensbedrohenden Politik, wie sie derzeit von den im Bundestag vertretenen Parteien betrieben wird, mitzuverantworten.
Auf dieser Grundlage fordern Die Grünen diese Parteien zu Gesprächen auf, um auszuloten, ob die Durchsetzung überlebenswichtiger Ziele durch Tolerierung einer Regierung möglich ist.
Zur Zusammenarbeit in Sachfragen sind Die Grünen jederzeit bereit und in der Lage, wie die zahlreichen Abgeordneten in den Landes- und Kommunalparlamenten alltäglich beweisen.
Die Grünen werden aber keinen Kanzler wählen und keine Regierung unterstützen, die das lebensbedrohende Atom- und Rüstungsprogramm fortsetzen will. Dadurch wird die Bundesrepublik nicht unregierbar, sondern die großen Parteien gezwungen, Farbe zu bekennen, ob sie zu einer echten Friedens- und Umweltpolitik und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau bereit sind, oder Mehrheiten im Rahmen der alten Wachstums- und Rüstungskoalition bevorzugen.
Die Fraktion der Grünen im neuen Deutschen Bundestag wird in Rückkoppelung mit dem Bundeshauptausschuß die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten und die Ergebnisse einem Sonderparteitag zur Entscheidung vorlegen.

Verzicht auf Gründung

60 Alternative aus Hessen trafen sich am 6.11. in Frankfurrrrrrrrrrrrrrrrrrrrrrrt, um über die Vorbereitung auf die kommenden Bundestagswahlen zu beraten. Angesichts der geringen Beteiligung gehörte keine große Kunst zu der Einsicht, daß es auf Bundesebene jedenfalls nicht zu einem Wahlbündnis nach Hamburger Vorbild kommen würde. Damit erübrigte sich die Frage einer formellen AL-Gründung, die vor allem von den DS und der GIM favorisiert worden war, um einen hessischen „Landesverband" für eine bundesweit aus der Taufe zu hebende AL zu haben. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, die Grünen möchten anders als bei der Hessenwahl eine tatsächlich offene Liste zu fairen Konditionen für nicht-grüne Kandidaten aufstellen. Aber die Anwesenden waren sich auch bewußt, daß dies kaum zu erreichen sein wird, wenn nicht durch bessere Einsicht bei den Grünen selbst. Lebhaft wurde die Debatte, als es um die weitere Perspektive in Hessen ging. U.a. vom KB wurde vorgeschlagen, sich mit positiven Vorschlägen zur Landespolitik an die Grünen zu wenden, ihnen gegenüber der SPD den Rücken zu stärken und sich mit der verbreiteten „neutralen" Position („SPD und Grüne sollen sich einigen — wie, ist mir egal") kritisch auseinanderzusetzen. Dabei könnten die Alternativen nicht zuletzt auch eigenes Profil zeigen. GIM und DS meinten, dies sei eine Art Ausverkauf alternativer Positionen. Die DS Hessen haben inzwischen tatsächlich den Beschluß gefaßt, notfalls eine eigene Kandidatur zu den Bundestagswahlen durchzuführen (auf der entsprechenden Landesversammlung waren noch weniger Leute als bei den Alternativen).

Kongreß alternativer und sozialistischer Kräfte Bayerns am 4.12.

Zu einem Treffen der alternativen und sozialistischen Kräfte Bayerns am 4.12. in Nürnberg ruft das Nürnberger GRÜN-ALTERNATIV-SOZIALISTISCHE WAHLFORUM auf. Im Aufruf heißt es: „*... Überall in Bayern sollten Bürger- und Basisinitiativen, Friedens- und Frauengruppen, Anti-AKW-Gruppen, Initiativen gegen Sozialabbau, bereits bestehende Ansätze von bunten und alternativen Listen, die Demokratischen Sozialisten und andere Linke an die GRÜNEN herantreten, um die Meinungsbildung in den GRÜNEN Kreisverbänden im Sinne t a t s ä c h l i c h e r Offener Listen zu beeinflussen.*

Das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses sollten wir in dem von uns vorgeschlagenen Beratungskongreß zusammentragen und uns gegebenenfalls auch bereits auf gemeinsame Kandidaten einigen. Aber wir sollten die Gelegenheit auch nutzen, zu debattieren, wo in nächster Zukunft inhaltliche Schwerpunkte zu setzen sind, sei es jetzt, den bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu nutzen, um unsere Forderungen deutlich zu machen, oder um außerparlamentarische Projekte zu forcieren.

Vielleicht kann der Beratungskongreß auch Ausgangspunkt zur Schaffung besserer Arbeitsstrukturen und Diskussionszusammenhänge für die noch recht schwache bayrische alternative und sozialistische Bewegung sein. Dazu sollten wir uns in einzurichtenden Arbeitsgruppen auf dem Kongreß verständigen...".

Ort des Treffens: Kommunikationszentrum KOMM, Königstraße 93 (direkt gegenüber Hbf.). Zeit: 4.12., 11.00 Uhr. Kontaktadresse: G. Tobias, Sulzbacherstr. 45, 8500 Nürnberg, Tel.: 0911/55 20 29 (Jim verlangen).

GAL-Hamburg:

Kontroversen um die Tolerierungspolitik gegenüber der SPD

Mit den Stimmen der GAL und der SPD bekam der SPD-Antrag auf Auflösung der Hamburger Bürgerschaft und Neuwahlen am 19.12.82 eine Mehrheit. Die GAL-Mitgliederversammlung entschied sich trotz überwiegender Ablehnung der wahltaktischen Manöver der SPD für Zustimmung, nachdem klar war, daß von ihrer Entscheidung abhängig war, ob es zu schnellen Neuwahlen (SPD) oder zu Hamburger Neuwahlen in Überschneidung mit den Bundestagswahlen (CDU) kommen würde. Auf einer nachfolgenden Mitgliederversammlung am 6. und 7.11. wurde seitens der GAL die Vorbereitung auf den Wahlkampf diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Auseinandersetzung um die Tolerierungspolitik gegenüber der SPD. Zugrunde lagen der Diskussion vier Monate konkreter Erfahrungen in mehreren Verhandlungsrunden mit der SPD. Ergebnis der GAL-Diskussion: Das alte Tolerierungskonzept wurde, wenn auch modifiziert, fortgeschrieben. Ein neues, mit reduzierten Forderungen und Schwerpunkt Ökologie erhielt nur 10 Stimmen der ca. 400 Anwesenden, 10 GAL-Mitglieder enthielten sich. Ein Papier, das einen 'dritten Weg' versuchte, wurde zurückgezogen. Damit war also alles klar? Das ist allerdings eine Illusion. Der politische Meinungsstreit ist nur für die Zeit des Wahlkampfs auf Eis gelegt und dürfte nach der Wahl voll neu entbranden.

Ökologische Realpolitik?

Neu in die Debatte kam eine Position zur Politik gegenüber der SPD, die ..zwar bislang GAL-intern keine Rolle zur Politik gegenüber der SPD, die zwar bislang GAL-intern keine Rolle spielte, aber durch große Veröffentlichungen in der „taz" einen Tag vor der Versammlung ein optisch großes Gewicht bekam.

Diese Position besagt: Die alte Tolerierungspolitik der Neun-Punkte-Forderung ist gescheitert, weil sie a) in diesem Umfang für die SPD nicht annehmbar ist und b) der Ansprechpartner, die SPD-Linke, handlungsunfähig war. Daraus leiten die Verfasser ab, daß die Tolerierungspolitik sich auf das Wesentliche konzentrieren und „*realpolitisches Profil*" gewinnen muß. Wesentlich ist für sie die Verhinderung der Hafenerweiterung als Ausdruck verfehlter, kapitalistischer Wachstumspolitik. Gelingt es, diese Wachstumspolitik zu stoppen, hätte dies enorme Folgewirkungen. „*Die Hafenentwicklung ist der Schlüssel zu allem anderen*", sagen die Verfasser und schlußfolgern: Würde *sie* verhindert, erzwänge sie andere Arbeitsplatz- und Investitionsüberlegungen; sie würde Elbsanierungsmaßnahmen notwendig machen, da kein Platz für Spülfelder, die den Elbdreck beherbergen, da wäre; es entstände ein innerer Markt für alternative Umwelttechnologie, „*verliert die Energieplanung jede ökonomische Rationalität. Verzicht auf Atomkraft wird dann fast schon ökonomisch zwingend*". Nebenbei wird auch noch erwähnt, daß in der Folge nicht näher definierte qualitative Sozialpoilitik möglich gemacht und Platz geschaffen würde für sinnvolle Bildung, da Umschulungen in aussichtsreiche Berufe möglich wären.

Die Forderung nach Stop der Hafenerweiterung in den Mittelpunkt zu stellen, sei daher ‚offensiv' und wird von den Verfassern in Gegensatz gebracht zu ‚defensiven' Forderungen im Bereich der Sozialpolitik, die als „*genuine (sinngemäß = naturgemäße) Aufgabe sozialdemokratischer Politik*" so gelöst werden sollte, daß man sich der SPD annähere.

Die Verfasser leiten aus ihrer Analyse ab: Die GAL sollte die Hafenerweiterung und abgeleitet die Atomkraft und die Elbsanierung in den Mittelpunkt stellen als nicht oder weniger kompromißfähige Punkte. Alle anderen Fragen sollten über konkrete Verbesserungen bei der Diskussion über den Haushalt mitbehandelt werden. Als „*grobe Wählertäuschung*" abgelehnt wird es, Forderungen zur Demokratisierung Hamburgs aufzustellen und so zu tun, als ob sie durchsetzbar seien.

Zwei Hauptprobleme tun sich bei diesem politischen Ansatz auf: Zum einen geht er davon aus, daß die Ökologie d e r Kernpunkt gesellschaftlicher Widerspruchsentwicklung ist. Folglich erfahren Politikbereiche wie z.B. die kapitalistische Umverteilungspolitik und ihre sozialen Folgen Geringschätzung, während Probleme der demokratischen Entwicklung und der Ausländerpolitik sogar als ‚unrealistisch' für machbare ‚Realpolitik' angesehen werden. Dieser Ansatz war daher für die GAL von den Grundlagen her nicht tragbar. Zudem ist er nur vermeintlich „realpolitisch": Wäre die Hafenerweiterung und ihre Verhinderung tatsächlich der Schlüssel zu allem anderen, wie die Verfasser behaupten, wäre er zutiefst antikapitalistisch und systemsprengend - und das soll realistisch von der SPD toleriert werden, während Demokratisierungsforderungen unrealistisch sind? Den Verfassern, die anderen den Vorwurf machen, sie würden unehrlich und bewußt falsch argumentieren, ist vorzuwerfen, daß sie die GAL um wesentliche Bereiche der Politik beschneiden wollen, indem sie glaubhaft machen wollen, bei Reduzierung der Forderungen auf Hafenerweiterung, Atomkraft und Elbsanierung seien in diesen Bereichen weitreichende Änderungen mit dieser SPD durchsetzbar. Sie sind es nur, wenn die Verfasser auch in diesen Bereichen von sogenannten ‚maximalen' Positionen heruntergehen, doch dazu haben sie konkret nichts ausgesagt.

Der „dritte Weg" vorläufig gescheitert

Einen Versuch in diese Richtung machte Jürgen Reents („Moderne Zeiten"), der ein Papier vorlegte, das a) Forderungen in ihrer Substanz zu reduzieren versuchte, allerdings an der Quantität des Tolerierungskataloges von neun Punkten festhielt und b) selbst anfing, Überlegungen über Kompromißhöhe anzustellen, die darauf hinausliefen, die Größenverhältnisse von GAL und SPD zueinander (ca. 1 : 6) als Kompromißgröße ins Spiel zu bringen. Dieser Ansatz wurde nicht weiter verfolgt, weil das Reents-Papier zurückgezogen wurde.

Interessant bleibt aber folgendes: Jürgen Reents war bemüht, eine Diskussion in den Reihen der Gruppe Z in eine neue Tolerierungsstrategie zu gießen, die so alt ist, wie die Auseinandersetzung um die Frage des Verhältnisses Grüner und Alternativer zur SPD: Kann man mit der SPD Handel machen, gibt es alternativ zur rechtsgrünen (Kretschmann, Hasenclever) Reformstrategie eine linksgrüne der Machtbeteiligung?

Vor den Hamburger Wahlen im Juni gab es die Auseinandersetzung an der Frage: Stellt man einen Forderungskatalog an die Adresse der SPD zur Tolerierung oder bietet man nur die Tolerierung an, die hinterher konkret ausgehandelt wird? Der Unterschied? In dem einen Fall wird die Tolerierungspolitik als Mittel der politischen Überzeugung und Aufklärung gegenüber der SPD-Anhängerschaft eingesetzt. Deshalb wird v o r h e r klar gesagt, was sich in der Politik ändern muß. Im anderen Fall überwiegt die Orientierung darauf, tatsächlich mit der SPD handelseinig zu werden. In diesem Fall darf es möglichst keine vorherigen Festlegungen geben, um die Verhandlungsmöglichkeiten nicht einzuschränken. Damals konnte sich diese Z-Position nicht durchsetzen. Während der Verhandlungen mit der SPD überwog allerdings die Position der GAL, die auf das Handelseinigwerden setzte. Entsprechend wurde verhandelt und verhandelt und die Seite der Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit wurde seitens der GAL enorm vernachlässigt. Illusionen waren in der Tat allerorten vorhanden und erhielten ihren Dämpfer jeweils von der SPD. Für diese Position lag der Fehler in der Strategie (zu hoch geschraubte Forderungen etc.), nicht aber in den erheblichen Mängeln im Umgang mit ihr und der Erkenntnis, daß es auch unter den GAL-Anhängern ein erhebliches Potential von ideologisch der SPD bzw. dem ‚kleineren Übel' verwurzelte Menschen gibt.

Jürgen Reents versuchte eine Problemlösung, indem er zum einen den Brotkorb tiefer hängen wollte, zum anderen ganz radikal wird, indem er mit der Revolution ‚droht', wenn er schreibt: Wer behauptet, unsere Forderungen seien utopisch, sage damit doch nichts anderes, als daß diese Gesellschaft nicht „reformfähig" sei. In diesem Fall müsse „*die GAL und mit ihr viele Menschen in diesem Land ihre Schlußfolgerungen dann neu überdenken*".

Ganz in diesem Sinne wird denn auch wiederholt von bekannten MOZlern (u.a. Stamm und Goltermann) schwer gegen Illusionen in der GAL in die SPD und die „Reformierbarkeit" dieses Staates zu Felde gezogen (siehe auch den Artikel von Goltermann), Illusionen, die gerade von dieser Seite durchaus Eingang in die praktische Politik fanden. Für diese Position spricht Goltermann ein klares Wort: Stop, Leute, da lagen wir wohl schief. Aber: Für die Auseinandersetzung um die praktische Politik der GAL dürfte da noch einiges zu erwarten sein, wenn er zu der lapidaren Feststellung kommt, daß die „*GAL als Parlamentsfraktion nicht mehr sein kann als ein kleineres Übel*"...

Tolerierungsstrategie bestätigt

Verabschiedet hat die GAL schließlich ein Papier, in dem weitgehend die alte Tolerierungspolitik bestätigt wird. Neun Forderungsbereiche (Arbeitslosigkeit/ Beschäftigungsprogramm/ Sozialpolitik, Hafen und Elbe, Atomkraft/ Fernwärme, Wohnungspolitik, Autonome Frauenprojekte, Stärkung demokratischer Rechte, Gleichstellung der Ausländer, Jugendpolitik und Friedenspolitik für Hamburg) sind zum Teil erweitert und aktualisiert worden, z.T. deutlicher in möglichen Schritten zu ihrer Realisierung gekennzeichnet. Neu ist vor allem, daß die Forderungen nicht als ultimativer Minimalkatalog erscheinen, sondern als „verhandelbar" bezeichnet werden, und die GAL erklärt, daß sie dann über Kompromisse verhandelt, wenn tatsächliche Kompromißangebote gemacht werden.

In der Auseinandersetzung ist allerdings auch auf die Beschränktheit der Tolerierungsstrategie hingewiesen worden. Dies könnte in Hamburg sehr schnell dann deutlich werden, wenn die SPD sich einen feuchten Kehricht um das GAL-Tolerierungsangebot kümmert, und sich gleich auf einen zu verabschiedenden Haushalt konzentriert. Dann steht allerdings der GAL eine Auseinandersetzung um Goltermanns ‚kleineres Übel' ins Haus.

hr

Ein Beitrag zur Diskussion:

Tolerierungspolitik beibehalten — Perspektiven, Irrtümer, Alternativen

1. Was heißt Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats? Es bedeutet keine Regierungsbeteiligung, aber Ermöglichung des Regierens zu einem bestimmten Preis auf gegenseitiger Basis: Einerseits Zustimmung unsererseits, eine Regierungsbildung möglich zu machen und Verabschiedung des Haushalts; andererseits wird dieses unser „Angebot" durch inhaltliche Zugeständnisse an uns „honoriert".

2. Was sind die Voraussetzungen dafür, daß eine Tolerierungspolitik klappen kann?

a) Entweder ein einigungswilliger Partner, der mit uns die Zusammenarbeit sucht, dann dürfte es relativ leicht fallen, ein Tolerierungsabkommen zu schließen — oder

b) eine politisch festgefügte Partei, die unter den Zwang gerät, sich uns gegenüber zu verhalten, weil ihr andere Partner oder die Mehrheit fehlen.

Letzteres ist der Fall: Angesichts der Krisenentwicklung und der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung entfällt für die SPD die Möglichkeit, auf der Basis eines gesellschaftlichen Konsenses mit Zustimmung des Kapitals und Unterstützung der Gewerkschaften gleichermaßen zu regieren. Die Mehrheit für eine solche Regierung existiert schlichtweg nicht mehr. Für die SPD als Partei, die an diesem gesellschaftlichen Konsens festhält, taucht das Problem auf, Mehrheiten für eine Politik zu suchen, die historisch überholt ist.

Daraus folgt, daß das Interesse der SPD an Grünen und Alternativen nicht das nach einer Veränderung der Politik ist, sondern das nach einer neuen Mehrheit für im wesentlichen unveränderte Politik, G/ALs als Mehrheitsbeschaffer für sozialdemokratische Politik.

Andererseits führt diese gesellschaftspolitische Veränderung und Polarisierung zur Einleitung von politischen Umgruppierungs-, Diskussions- und Veränderungsprozessen, die zur Herausbildung neuer politischer Kräfte führen kann u n d die innerhalb solcher Parteien wie der SPD (teilweise auch in der FDP) zu e r n s t h a f t e n Auseinandersetzungen um die Änderung in der Richtung der Politik führen kann.

Diese Prozesse innerhalb der SPD sind Grund und Anlaß für uns gewesen, das Konzept der Tolerierungspolitik zu entwickeln. D. h.: Ansprechpartner ist für uns nicht d i e S P D als Ganzes gewesen, sondern sind in erster Linie die veränderungswilligen Kräfte gewesen — gemeinhin SPD-Linke von uns genannt. Diese Unterscheidung wurde von uns nicht deswegen gemacht, weil wir nicht mit der SPD als Ganzes zusammenarbeiten wollten, sondern weil wir davon ausgehen, daß Veränderungen in einer derart traditionell festgelegten Partei nur in Teilen und über längere Zeiträume vonstatten gehen werden. Basis für eine erfolgreiche Tolerierung im Sinne eines Abkommens kann also nur sein, wenn es Gruppen in dieser Partei gibt, die den Ball aufnehmen und sich gegen den Widerstand in den eigenen Reihen, in Hamburg: gegen die starke SPD-Rechte durchsetzen.

Dazu müssen wir nach vier Monaten GAL/SPD-Auseinandersetzungen feststellen: Veränderungen in der Partei sind kaum sichtbar, die SPD-Rechte hat eine starke Position, die angesprochene SPD-Linke ist schwach, versagt und hat sich überwiegend, was Veränderungen angeht, als fast so konservativ erwiesen wie die wirklich Konservativen in der Partei.

Eine Tolerierung im Sinne eines Abkommens ist damit im ersten Anlauf gescheitert, mußte angesichts der Verhältnisse scheitern. Wer den Erfolg unserer Tolerierungspolitik davon abhängig machen will, daß sie das angesteuerte Ziel in solch kurzen Zeiträumen auch wirklich erreicht, der hat von Anfang an auf's falsche Pferd gesetzt, um dies mal in einer in Teilen der GAL beliebten Sportarten-Sprache auszudrücken.

Für mich ergeben sich andere „Erfolgskriterien" bei der Diskussion, ob die Tolerierungspolitik gescheitert ist:

— Ist es uns gelungen, die Auseinandersetzung um politische Veränderungen ins Lager des Ansprechpartners für fortschrittliche Politik hineinzutragen?

— Jawohl, wir haben erreicht, daß in Teilen der Gewerkschaften, in verschiedensten von der SPD ansprechbaren Integrationsbereichen die Diskussion geführt wird. Also: Nicht die Partei SPD ist in Bewegung, wohl aber ihre „Sekundärbereiche". Nur: Dabei gibt es keine leicht abzuerntenden Lorbeeren, da ist viel an Arbeit und Überzeugung vonnöten, hieraus wirkliche, stabile Veränderungen zu entwickeln.

— Ist es uns gelungen, Initiativen, arbeitenden Gruppen, der außerparlamentarischen Bewegung Luft und neue Spielräume für ihre Arbeit und Anliegen zu schaffen? Dies einfach nur mit Ja zu beantworten, wäre zu simpel — dies aber zum Bestandteil von Diskussionen zu machen und konkret an den Bereichen zu diskutieren, die in den letzten Monaten Gegenstand von GAL-Politik waren, lohnt und zeigt m. E. Perspektiven auf.

Wer jetzt schlaumeierisch feststellt, es ist nicht alles so gelaufen, wie gewünscht, die SPD selber ist durchaus in der Lage, auch schwierige Situationen, wie die der Tolerierungsgespräche, halbwegs zu meistern, wie dies Nikolaus Hablützel in der „taz" feststellt, der geht von einer viel zu kurzatmigen, illusionären Vorstellung des Tempos von Veränderungsprozessen aus. Schnelle Erfolgsrezepte halte ich in dem Zusammenhang für die falsche Kur und Lehre.

3. Was folgt daraus für unser Tolerierungspaket?

Nach wie vor sollte gelten, daß es von drei Grundsätzen bei seiner Aufstellung geleitet werden sollte: 1. Was sind die drängendsten Anliegen der Auswirkungen der derzeitigen Politik? — 2. Was wollen wir hier und heute von uns aus politisch auf die Tagesordnung setzen, um unser politisches Profil in diese Auseinandersetzung zu bringen? — 3. Wie weit zielen diese Fragen ins Herz der Partei, die überhaupt auf Veränderungen ansprechbar ist? (ins Herz, das meint: in bestehende innerparteiliche Auseinandersetzungen hinein).

Danach ist unser Tolerierungskatalog zu überprüfen und zu überarbeiten, und d. h. meiner Meinung nach: im wesentlichen unverändert. Er muß an einigen Stellen „popularisiert", verständlicher gemacht werden. An anderen Stellen muß geprüft werden, was fehlte, bzw. was sich für Tolerierungsverhandlungen, die ja nur ein Ausschnitt unserer Politik sind, nicht eignet. Und wir müssen die Scheu ablegen zu sagen: Über unsere Forderungen wollen wir verhandeln, wir sind kompromißbereit. Dabei sollte man sich vor einem hüten: Wieweit wir wirklich kompromißfähig sind, das heißt: wo da die Grenzen zu ziehen sind, muß praktisch erprobt werden. Eine abstrakte Diskussion um 100 %, 80 %, 60 %... unserer Forderungen, wie dies im Papier von Jürgen Reents anklingt, halte ich für einen Fehler. Ehrlicher ist es zu sagen: Wir haben uns zu keiner Zeit der Verhandlungen in einer Phase befunden, wo wir auf unsere Kompromißfähigkeit geprüft wurden. Dem müssen wir uns, wenns' ansteht, konkret stellen und für diesen Fall erklären wir: a) Wir sind bereit, Kompromisse zu machen und b) wir diskutieren dies kollektiv und entscheiden dies nach unseren bewährten Prinzipien. Für falsch halte ich auch, unter Kompromiß zu verstehen, substantielle Abstriche an unseren Forderungen zu machen, das ist kein Aufeinanderzugehen zweier unterschiedlicher Positionen (anderer Ausdruck für Kompromiß), das ist unsinnige Preisgabe von eigenen Positionen (wie dies teilweise in Jürgen Reents Überarbeitung unserer Forderungen der Fall ist). Für ganz falsch halte ich, unser Tolerierungsangebot total zu reduzieren, wie Nikolaus Hablützel dies in der „taz" vorschlägt, weil dies: a) im konkreten Fall m. E. von einer falschen Bestimmung der Bedeutung des angesprochenen Punktes Hafenerweiterung ausgeht und b) — was schwerer wiegt — eine unsinnige, durch kaum mehr als die Sichtweise, was man selber für das Wichtigste hält, zu begründende Herangehensweise ist. Wie will denn Niklaus in Abrede stellen, daß andere nicht mit dem gleichen Fug und Recht z. B. belegen wollen, daß ein Aufbrechen der herrschenden Praxis im Jugendbereich uns Tür und Tor für die Durchkreuzung der Pläne der Herrschenden öffnet (der Jugend gehört bekanntlich die Zukunft). So wenig, wie wir in erster Linie eine Jugendpolitik-Liste sind, so wenig sind wir in erster Linie eine Hafenerweiterungsverhinderungs-Liste oder eine Moorburg-Liste.

4. Einige Irrtümer von „rechts" und von „links":

Ein „rechter" Irrtum ist es zu glauben, man brauche nur reichlich von seinen Forderungen abzuspecken, und schon kommt man der Tolerierung näher. Dies läßt ohne Zweifel den Schluß zu, daß die Forderungen der GAL, und nicht — was ich oben zu belegen versuchte — die überhaupt nicht vorhandene Bereitschaft zur Veränderung der Politik bei der SPD, schuld am Scheitern der Verhandlungen gewesen ist. Wer diesen Weg gehen will, wird sehr schnell merken müssen, daß er Nähe Null bei der Verwirklichung seiner eigenen politischen Ziele gerät und faktisch zum Null-Komma-Preis-Tolerierer der SPD, sprich: zu deren Mehrheitsbeschaffer wird.

Ein „linker" Irrtum ist es, in die konkrete Tolerierungspolitik all das an Forderungen reinzupacken, was a) sowieso nicht einmal innerhalb der angesprochenen Partei Unterstützung findet und b) von uns nicht mit entsprechender Initiative oder außerparlamentarischer Unterstützung eingebracht werden kann. Wer dies tut, damit er sich und anderen das bestätigen kann, was er vorher schon gewußt hat, nämlich, daß da nur ein NEIN kommt und sonst nichts, der hat die Tolerierungspolitik als Druckmittel zur Veränderung nicht verstanden. Um solche sinnlose „Tolerierungspolitik" zu vermeiden, ist es sinnvoll, daß wir nach wie vor keinen Warenhauskatalog von Forderungen aufstellen, sondern einen, der in etwa die von mir unter 3. genannten Kriterien befolgt.

Fortsetzung nächste Seite

5. Die Beschränktheit unserer Tolerierungspolitik erkennen, heißt: a) Sie ist von aktueller Situation und günstiger Konstellation parlamentarischer Kräfteverhältnisse abhängig und verliert bei anderen Mehrheitsverhältnissen und z. B. SPD und wir in der Opposition jegliche Wirkung (wenngleich sie sich in Abwandlung von Willy Brandt, „Neue Mehrheiten für eine neue Politik sind möglich", auch propagandistisch verwerten läßt).
b) Sie ist nur begrenzte Zeit als Druckmittel wirksam. Bleiben sichtbare Erfolge aus, verliert diese Politik ihre Wirkung. Der Punkt ist aber in Hamburg nicht erreicht. M. E. läßt sich weiterhin wirkungsvoll damit arbeiten.
c) Sie kann und darf nur ein Feld unserer Politik sein, wird sie zum Schwergewicht, besteht akut die Gefahr, daß bei einem Scheitern die eigene Politik zusammenbricht.
6. Einige Schlußfolgerungen:
— Die eingeschlagene Tolerierungspolitik ist in ihren Grundzügen beizubehalten.
— Die GAL darf nicht auf Tolerierungspolitik vereinseitigt oder verschwerpunktet werden, wie dies nach dem 6. Juni mit einer auf dem damaligen Stand gewissen Zwangsläufigkeit die Tendenz war.
— Stattdessen muß mehr als bisher Arbeit in originäre GAL-Politik gesteckt werden: Entwicklung bzw. Weiterentwicklung eigener Perspektiven und die Diskussion darum mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Verstärkte Nutzung unserer zweifellos vorhandenen Möglichkeiten, den Kontakt zu Initiativen auszubauen, ihnen neuen Bewegungsraum zu verschaffen, verstärkte Mitarbeit in außerparlamentarischen Bereichen.
7. Alternativen zur Tolerierungspolitik?
Ihr Wert liegt derzeit wesentlich in der parlamentarischen Auseinandersetzung und Nutzung der Folgemöglichkeiten. Scheitert sie, entfallen diese Voraussetzungen, wird's im Regelfall auch parlamentarisch langweiliger. Dann überwiegt das Alltagsgeschäft, d. h.: Einbringen eigener Anträge, Verhinderung von Schweinereien und Bemühungen um Mehrheitskompromisse, wo immer Verbesserungen möglich sind. So steht es konkret nach dem 19.12. für uns, wenn Tolerierungsverhandlungen scheitern:
— Dann gibt's keine Regierungsbildung mit unserer Zustimmung,
— dann gibt's auch keinen Gesamthaushalt mit unserer Zustimmung,
— dann wird die Zusammenarbeit von Fall zu Fall gesucht, das gilt z. B. auch für einzelne Punkte des Haushalts.
8. Wen's bei all diesen taktischen Überlegungen, die ja wohl auch ein Stück weit was mit Realpolitik zu tun haben, interessiert: Wenn's nach mir geht, darf es gern zu einer Tolerierung auf Basis unserer Forderungen kommen. Doch das ist wohl mehr Glauben und Hoffen als Realpolitik?

5.11.82, Heiner

DKP sucht Mitfahrgelegenheit

Jahrelang hat die DKP keine Gelegenheit ausgelassen, um die Grünen und Alternativen Listen als spalterische „Schein-Alternative" anzugreifen und ihnen eine nur sehr kurzlebige Existenz vorauszusagen. Wirkliche Opposition könne nur mit Wahlkreuzen für die DKP zum Ausdruck gebracht werden, die überhaupt die einzige konsequent fortschrittliche Partei sei und deren allseitige Stärkung die Hauptaufgabe aller anständigen Menschen sei.

Nachdem sich erwiesen hat, daß die DKP mit ihrer Prognose „Schmetterlinge leben nur einen Sommer" total daneben gelegen hat, und nachdem die Grün-Alternativen auf breiter Front ihren Einzug in die Parlamente gehalten haben, hat man im Düsseldorfer Parteivorstand der DKP umgedacht: Im Frühjahr 1981 wurde an die ganze Partei die Devise ausgegeben, sich um Wahlbündnisse zu kümmern. Inzwischen hat sich daraus folgendes vom Bodensee bis zur Schlei praktiziertes Ritual herausgebildet: Die DKP beschließt ihre Kandidatur und nominiert ihre Kandidaten. Gleichzeitig gibt sie bekannt, daß sie auf ihre Kandidatur verzichten würde, falls sie mit eigenen Kandidaten in einem Wahlbündnis berücksichtigt wird.

In Hamburg geriet diese Prozedur zu einem Lehrbeispiel für das, was die DKP für T a k t i k hält:

1. Akt: Ein Spitzenfunktionär der DKP fragt diskret bei der GAL an, was man davon halten würde, ein oder zwei Personen aus dem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich „mit deutlichem Stallgeruch" (der DKP) auf die Kandidatenliste zu nehmen. Der Sondierer blitzt ab.

2. Akt: Jetzt wird die DKP offiziell: Die Landeswahlkonferenz beschließt am 31.10. eine Aufforderung an die GAL, *„ihre Listen für Vertreter der demokratischen und außerparlamentarischen Bewegung zu öffnen und auf ihre Liste einen oder zwei Vertreter der DKP aus den Betrieben und dem antifaschistischen Widerstand aufzunehmen"*. Gleichzeitig werden die Bürgerschaftskandidaten der DKP für eine Alleinkandidatur nominiert.

3. Akt: Parallel dazu läuft klassische DKP-Bündnispolitik bereits auf Hochtouren. Es werden Unterschriften für einen Appell „namhafter Persönlichkeiten" gesammelt, der neben einem ebenso albernen wie unpolitischen Aufruf zur Verständigung zwischen SPD und GAL (gerichtet gleichermaßen an beide Seiten!) vor allem die Forderung an die GAL enthält: *„... ihre Kandidatenlisten für namhafte und bekannte Repräsentanten der genannten Bürgerbewegungen in Hamburg zu öffnen, um die Beteiligung der Kräfte, die in diesen Bürgerbewegungen zusammenarbeiten, in ihrer gesamten Breite und ohne Ausgrenzungen zu ermöglichen"*. - Unterzeichner des Aufrufs sind überwiegend Figuren, die im Dienste der DKP-Bündnispolitik (als Vertreter von DFU, VVN u.a.) bereits ergraut sind, daneben aber auch ein paar FDPler und Personen aus dem christlichen Spektrum. Das DKP-Mitglied Günter Amendt und der „Konkret"-Herausgeber Hermann Gremliza lehnen es ab, den Appell zu unterschreiben. Mutmaßlich aufgrund der Kritik von Gremliza wird eine überarbeitete Fassung des Appells formuliert, die einige von Gremliza monierte Blödheiten nicht mehr enthält.

Mit dem Appell rufen die „namhaften Persönlichkeiten" auf zu einer Diskussionsveranstaltung am 3.11. Noch v o r der Veranstaltung geht der GAL ein Schreiben zu (datiert 2.11.), in dem der Kreis der „namhaften Persönlichkeiten" bereits seine konkreten Wünsche anmeldet: **„Unser Kreis würde als Kandidaten vorschlagen: Regina Behrend, Horst Bethge und Hans-Günter Middelhauve".** Die beiden ersten Personen sind stadtbekannte DKPler für bündnispolitische Angelegenheiten (R. Behrend als Gewerkschaftsfunktionärin, H. Bethge als DFU-Spitzenfunktionär), der dritte ist FDPler. Falls man annimmt, daß die GAL ihren derzeitigen Stand von neun Bürgerschaftsabgeordneten hält, und wenn man die Rotation nach zwei Jahren einbezieht, so wären das drei von 18 aussichtsreichen Listenplätzen.

Die Mitgliederversammlung der GAL lehnt das Ansinnen der DKP wie auch der „namhaften Persönlichkeiten" rundweg ab.

4. Akt: Parallel zu ihren zentralen Bemühungen unternimmt die DKP (ohne Erfolg) in allen Bezirken mündliche Sondierungen und schriftliche Vorstöße, um Kandidaten auf die GAL-Listen für die am 19.12. gleichfalls zu wählenden Bezirksversammlungen zu bekommen. Das Vorgehen dabei ist bis ins Detail der Brief-Formulierungen nahezu völlig identisch. Zwei bezirkliche Besonderheiten verdienen nähere Betrachtung:

In Altona arbeitet ein DKP-Funktionär seit mehreren Monaten als Vertreter der GAL im Sportausschuß der Bezirksversammlung. Daraus hatte sich ein ziemlich langer und lächerlicher Briefwechsel zwischen der GAL und der DKP ergeben: Die DKP forderte einen förmlichen, schriftlichen Vertrag zwischen der DKP und GAL über die Mitarbeit ihres Funktionärs im Ausschuß. Aus der Zusammenarbeit e i n e s DKPlers mit der GAL (jede Partei hat das Recht, Nicht-Mitglieder auf die ihr zustehenden Ausschußposten zu schicken) sollte eine mit Brief und Siegel beglaubigte Partnerschaft zwischen GAL und DKP gemacht werden. Dagegen sträubte sich die GAL. Stattdessen sollte die Arbeit des DKPlers durch einen Beschluß der GAL-MV abgesegnet werden, womit die DKP schließlich auch zufrieden schien. Die Neuwahl-Entscheidung unterbrach jedoch das Spielchen. Der DKPler soll nun voraussichtlich für seine Partei kandidieren. Die Mitgliederversammlung der GAL Altona hat beschlossen, daß er in diesem Fall aus dem Ausschuß abgezogen werden soll.

Streit um schwarzen Peter

Die Verhandlungen zwischen SPD und GAL ziehen sich hin. Und es scheint, als ob es manchen Kräften auf beiden Seiten weniger um die Sache geht als vielmehr darum, wer wem bei einem Scheitern der Gespräche den „schwarzen Peter" zuschieben kann.

„Die Bedingungen der GAL... können so nicht akzeptiert werden", meinte kürzlich Dohnanyi. Dabei liegt auf der Hand, daß die GAL-Forderungen zur Tolerierung eines sozialdemokratischen Minderheitensenats durchaus mehrheitsfähig sind. Dann jedenfalls, wenn die SPD ihr eigenes Wahlprogramm und die Wahlprüfsteine des DGB ernst nimmt. Da stehen die meisten Forderungen der Grün-Alternativen nämlich drin. Aber einige SPD-Spitzen – Innensenator Pawelczyk ist so einer – würden zur Fortsetzung rechter Politik wohl lieber einen CDU-Senat in Kauf nehmen, als auf die Unterstützung der GAL angewiesen zu sein.

Auch Teile der GAL haben die Neigung, das Spiel um den „schwarzen Peter" fortzusetzen. Die Bemühungen, Sozialdemokraten und Gewerkschafter für ihre Forderungen zu gewinnen, wirken nicht gerade überzeugend. Und daß die GAL erst jetzt auch an außerparlamentarische Aktivitäten denkt, spricht ebenfalls nicht für besondere Zielstrebigkeit.

Manche scheinen bereits vergessen zu haben, worum es bei diesen Verhandlungen letzten Endes geht: um die Frage nämlich, ob in Hamburg künftig die CDU regiert oder ob Chancen für eine Reformpolitik im Interesse der Mehrheit genutzt werden. Es geht nicht um den „schwarzen Peter", sondern um den schwarzen Kiep! Und da kann man wohl etwas mehr Engagement erwarten – von Sozialdemokraten ebenso wie von der GAL.

Axel Lochner

aus „Hamburger Utsichten" 12.9.82

Etwas problematischer liegen die Dinge im Bezirk Hamburg Nord. Dort gibt es seit längerem einige DKPler, die kritisch zur Politik ihrer Partei stehen. Zu ihnen gehörte auch der GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Udo Hergenröder, der inzwischen aus der DKP ausgetreten ist, aber zum Zeitpunkt seiner Nominierung noch DKP-Mitglied war. Aus diesem Kreis arbeitet ein DKPler, stark engagiert in Mieterinitiativen, seit ein paar Monaten in der GAL mit und vertritt diese auch in einem Ausschuß der Bezirksversammlung. Da die Zusammenarbeit mit ihm als gut und fruchtbar angesehen wurde, war schon überlegt worden, ihn bei Neuwahlen auf die GAL-Liste zur Bezirksversammlung zu nehmen. Das war umstritten, vor allem die Grünen waren dagegen. Den Ausschlag gab die DKP, die mit dem taktischen Geschick eines Elefanten im Porzellanladen die GAL offiziell aufforderte, den Betreffenden auf ihre Liste zu nehmen. Hinzu kam, daß der DKPler, offensichtlich unter schweren Loyalitätsdruck gesetzt, auf dem Bekenntnis bestand, er sei „kein DKP-Dissident", und wenig zufriedenstellende Antworten zu Fragen wie AKWs in Osteuropa und Polen gab. Bei dieser Lage der Dinge lehnte die MV es mit satter 2/3-Mehrheit ab, ihn
Bei dieser Lage der Dinge lehnte die MV es mit satter 2/3-Mehrheit ab, ihn
als Kandidaten auf die Liste der GAL zu nehmen.

An den Beispielen Altona und Hamburg Nord wird deutlich, wie die DKP s e l b s t Ansätze und Chancen zur Zusammenarbeit kaputtmacht zugunsten ihrer parteitaktichen Mätzchen. **Für die DKP ist Zusammenarbeit solange uninteressant oder sogar unerwünscht, wie sie sich nicht direkt und faßbar in parteipolitische Profilierung und offizielle Abkommen umsetzen und öffentlich ausnutzen läßt.** Typische Verhaltensweise: Bei einer bunt gemischten Protestaktion in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte griff sich ein DKP-Funktionär die Präsidiums-Klingel und v erkündete lauthals seine Parteimitgliedschaft. Die Pressemeldungen fielen wunschgemäß aus. —

Nun wird die DKP zu den Wahlen am 19.12. also im Alleingang kandidieren - und vor dem Ergebnis braucht außer ihr selbst niemand Angst zu haben. Von 2,2 % im Jahre 1974 ist sie bereits auf 0,6 % in diesem Jahr herunter - und daß sie wenigstens dieses Ergebnis halten kann, wird auch der loyalste Parteifunktionär wohl nicht glauben. Die DKP wird es zudem sehr schwer haben, ihre Anhänger zum Wahlkampf zu motivieren, nachdem sie bereits schriftlich anerkannt hat, daß die Neun Punkte der GAL (Tolerierungskatalog) *„eine gute Grundlage für die gesamte außerparlamentarische Bewegung"* seien (Schreiben der „namhaften Persönlichkeiten" an die GAL, 2.11.). **Inhaltlich gibt es also keinen Grund für eine Kandidatur der DKP gegen die GAL.**

Abgesehen von den bekannten grundsätzlichen Problemen, die sich aus der speziellen (am „realen Sozialismus" orientierten) Ausrichtung der DKP ergeben, gibt es in Hamburg auch eine Menge praktischer Gründe gegen eine engere Zusammenarbeit GAL-DKP:

— - Als 1978 in Hamburg erstmals eine kommunale Alternativliste (Bunte Liste) gebildet wurde, betrieb die DKP eine besinnungslose Aufhetzung ihrer Mitglieder: Die Bunte Liste werde zur „Zerschlagung der Bürgerinitiativen" führen; *„seitens der Hamburger CDU, FDP und SPD wird das Zustandekommen einer solchen Liste mit allen Kräften gefördert"*; die Bunte Liste sei im Einklang mit den Interessen der Herrschenden gegen die DKP gerichtet. **„Um diese Absichten zu durchkreuzen, ist es erforderlich, in der Öffentlichkeit die Schädlichkeit, die Hintermänner und die voraussehbaren Folgen einer solchen Wahlliste deutlich zu machen, insbesondere in den demokratischen Bürgerinitiativen und Bündnissen."** (DKP-interne 'Wahlinformation', Mitte Februar 1978) Nach der Wahl bestand der offizielle Kommentar der DKP in der Aussage, die Bunte Liste habe dazu gedient, **„die Wähler von der einzigen Alternative, die vom Großkapital gefürchtet wird, von der DKP, abzulenken".** (Erklärung des Hamburger DKP-Vorstands, „UZ", 6.6.78)

— - Als im Frühjahr 1982 klar war, daß die DKP nicht in der GAL unterkommen würde, wurde - mit etwas gewandelten Argumenten - die alte Schmutzkampagne wieder aufgenommen. Eine Wahlkampfbroschüre (*„GAL: Fortschrittlich, aber nicht konsequent genug"*) wurde verbreitet, in der die GAL munter mit den ganz rechten Grünen (BGL) und auf diesem Weg auch gleich noch mit der CDU in einen Topf geworfen wurde. Das Hauptanliegen der DKP bestand darin, Mißtrauen gegen die GAL zu produzieren: sie könne vielleicht denselben Weg wie die BGL gehen, sie habe bereits den „Rückzug von der Basis" angetreten usw. Nicht die GAL, sondern a u s s c h l i e ß l i c h die DKP sei „verläßlich und konsequent" sowie „wirklich alternativ". („UZ", 5.4.)

— **- Nach der Wahl kommentierte der DKP-Landesvorsitzende Gehrcke:** *„... Eine solche Politik könnte in der Bürgerschaft eine Mehrheit aus SPD und GAL finden, wenn die außerparlamentarische Bewegung a u f b e i d e den dazu notwendigen Druck ausübt."* („UZ", 28.6.; Hervorheb. AK) Das war keineswegs eine Entgleisung, sondern gab für die folgenen Monate den Ton an: Die DKP begriff es nicht so, die GAL bei der Durchsetzung bestimmter Dinge gegen die SPD zu unterstützen, sondern sie hielt an der Fiktion fest, als müßten SPD und GAL gleichermaßen von der „außerparlamentarischen Bewegung" getreten werden, wobei selbstverständlich die DKP sich als deren Sprachrohr darstellt. Permanent wurde suggeriert, *„daß auch für Grün-Alternative die Bürger-*
Permanent wurde suggeriert, *„daß auch für Grün-Alternative die Bürger-*
bewegungen taktische Manövriermasse für andere politische Ziele sind". („UZ", 11.8.) In dem großzügig verteilten DKP-Massenblatt „Hamburger Utsichten" wurde sehr schön ausgewogen SPD und GAL die Schuld am absehbaren Scheitern der Verhandlungen gegeben. (12.9., siehe Kasten)

— - Nachdem die Verhandlungen von der SPD abgebrochen waren, schrieb der Landesvorsitzende Gehrcke: *„Weitergehende Ergebnisse hätten nur dann erreicht werden können, wenn die GAL nicht nur verbal, sondern durch aktive Teilnahme die außerparlamentarischen Aktionen für die Durchsetzung einzelner Forderungen unterstützt hätte. In diese Richtung hat die DKP immer wieder mit konkreten Vorschlägen gedrängt. Durch ihre Abgrenzung gegenüber der DKP und anderen linken Kräften hat sich die GAL in ihren Wirkungsmöglichkeiten selbst beschnitten".* („UZ", 15.10.) Aus der schlußendlichen Zustimmung der GAL zu Neuwahlen versuchte Gehrcke Kapital zu schlagen, indem er der GAL vorwarf, sie beteilige sich an „Wahlschwindel", „Wählerverarschung" und „Entmündigung der Wähler". Fazit: **„Vor diesem Hintergrund wird die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Linken in einem Wahlbündnis überdeutlich. Dem ganzen Filz muß - wenn es schon zu Neuwahlen kommt - die rote Karte gezeigt, Kommunisten müssen gewählt werden".** („UZ", 26.10.) - Ja, wenn das so einfach wäre, daß man es nur zu befehlen bräuchte und falls das Volk den Befehl verweigert, muß die sowjetische Armee brüderliche Hilfe leisten ...! Aber da es so einfach nicht geht, wird die DKP demnächst wohl wieder einmal mit „Wahlbündnissen" eigener Fabrikation experimentieren.

Verlorengegangene Illusionen?

Mit ihrer Tolerierungstaktik glaubte die GAL lange Zeit, *den* goldenen Mittelweg gefunden zu haben, der Gefahren vermeiden könnte, wie sie aus Fundamentalopposition und Machtbeteiligung erwachsen. Auf der GAL-MV letztes Wochenende tauchten aber beide Ansätze wieder auf, wenn auch versteckt unter der gemeinsamen „Tarnkappe" Tolerierung. Gemeinsam war den kontroversen Positionen die verlorengegangene Illusion, man könne den vor den Juniwahlen zusammengestellten Forderungskatalog - zumindest in seiner Substanz - als parlamentarisches „Zünglein an der Waage" durchsetzen. Im Bereich der Konsequenz zerstritt man sich jedoch wieder.

Die Minderheit ging den Weg einer *Reduzierung* des Tolerierungskatalogs. Übrig blieben bei ihnen drei (von neun) Grundforderungen: Elbsanierung, Ausstieg aus der AKW-Energie und v.a. Stopp der Hafenerweiterung. Die Durchsetzung des verminderten Katalogs sei realistischer, wurde erklärt, und die Konzentration auf den ökologischen Kernbereich des alten Kataloges bewahre das eigene politische Profil gegenüber einer sich nach links profilierenden SPD. Der letzte Gedanke wurde noch offensiv gewendet: Die substantielle Aufrechterhaltung des alten Kataloges würde bei den begrenzten Realisierungsmöglichkeiten auf linkssozialdemokratische Politik des etwas Mehr, etwas Schneller etc. hinauslaufen.

Die in einem Artikel von Nikolaus Hablützel (taz HH v. 6.11.82) entwickelte Behauptung, daß im Fall einer tatsächlich gestoppten Hafenerweiterung ohnehin die Realisierung der anderen Grundforderungen der GAL tendenziell erfüllbar wären, entpuppte sich in der Debatte schnell als reine Ideologie. So blieb die innere Logik: Wenn nun Forderungen nicht realisierbar sind, dann vielleicht drei oder vier. Wir wär's mit zwei?

Als wenn die Grenzen der Reformierbarkeit dieses Staates unbekannt wären: Er reformiert dann, wenn der damit erreichte Zustand für ihn vorteilhafter ist als der alte. Wenn also das politische Zugeständnis oder die soziale Leistung preiswerter kommt als die Unterdrückung einer weiteren „Minderheit". Und als Berechnungsgrundlage dient dem Staat dabei nicht unsere, auf menschliche Vernunft gegründete Kalkulation, sondern allein die Verwertungsgesetze des Kapitals. Und die erlauben keinen Ausstieg aus der Atomenergie (trotz finanzieller Probleme) und keinen Einstieg in eine gebrauchsorientierte Produktion. Darum macht es - in diesem Zusammenhang - auch wenig Sinn, wenn GAL-Experten auf die „Realisierbarkeit" des alten Forderungsprogramms verweisen, indem sie seine Finanzierbarkeit Punkt für Punkt belegen. So gesehen wird die GAL keine ihrer Grundforderungen durchsetzen können. Es sei denn, im Schutz neuer Massenbewegungen.

Die Erfahrung der vergangenen Monate zeigt, daß zwar die GAL die SPD etwas erpressen kann und auf diesem Weg auch einige Zugeständnisse herausholen konnte: Erhöhung der Gewerbesteuer, Einblick in das Wasserbuch, Verhinderung von Sparpolitik für 1982. Kleinigkeiten zwar, aber doch mehr als nichts (und man könnte von diesem Zuschnitt einiges noch nennen. Aber: letzten Endes erwies sich die GAL durch die SPD doch stärker erpreßbar als umgekehrt. Dohnanyi regierte in den vergangenen Monaten mit wechselnden Mehrheiten und konnte sich oft genug die Zustimmung der GAL erpressen mit der Drohung, sich andernfalls die nötigen Stimmen von der CDU zu holen, was den verhandelten Gegenstand aus der Sicht der GAL nur verschlechtert hätte.

In dieser Gesamtlage wird sich auch nach den Dezemberwahlen nichts Grundlegendes ändern. Ein Tolerierungsabkommen, dem die GAL ihr „o.k." geben könnte, wird es nicht geben. Wer das glaubt, verbreitet Illusionen über das System. So etwa, wie es der derzeit prominenteste Wortführer der Machtbeteiligungs-Strategen, Kretschmann, tut. Dieses sei „immerhin so offen, daß wir in ihm mit Aussicht auf Erfolg unsere Ziele einbringen können", wenn wir uns erst zum „Rechtsstaatsprinzip und zum Gewaltmonopol des Staates bekennen" würden (taz, 8.10.). Hier hatte Kretschmann zweifellos einen *anderen* Staat vor Augen gehabt.

Ohne Illusion betrachtet, erweist sich die Taktik der Tolerierung als optimale Form, den strukturell bei der SPD angelegten Widerspruch zwischen Worten (Programmen etc.) und Taten zum Tanzen zu bringen. Da ist nicht wenig. Wer mehr Erwartungen hegt, schürt Illusionen. Und die gilt es künftig abzubauen, damit die damit zusammenhängende Blockade im außerparlamentarischen Bereich aufgebrochen werden kann. Die GAL nach Kräften zu unterstützen und dabei im Auge zu behalten, daß sie als Parlamentsfraktion nicht mehr sein kann als ein kleineres Übel, schließt sich nicht aus. Im Gegenteil.

Willi K. Goltermann, GAL Hamburg

aus „taz", 12.11.82

Erklärung der Hannoveraner Versammlung

Am 30.10.82 trafen sich in Hannover auf Initiative einiger Alternativer Listen und Demokratischer Sozialisten rd. 180 Leute — überwiegend aus dem bunt/alternativen/DS und Unorganisierten Spektrum — aus 27 Städten in der BRD zur Beratung über das Vorgehen zur Bundestagswahl.

In Arbeitsgruppen wurde zu den Themen Frieden, Wirtschaft/Ökologie, Demokratisierung, Frauen, politische Kultur (Basisdemokratie), Gewaltfrage diskutiert. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse in Kürze zu veröffentlichen, um sie für die weitere Diskussion zugänglich zu machen.

Im Plenum wurde die durch den Regierungswechsel in Bonn veränderte politische Lage diskutiert und Schlußfolgerungen daraus für die grün/alternative Wahlbewegung erörtert. Dabei wurde der Beschluß der Grünen, mit einer ‚grün-offenen' Kandidatenliste zur Bundestagswahl anzutreten, kritisiert. Die Anwesenden des Beratungstreffens verabschiedeten geschlossen die folgende Erklärung:

Der Bonner Regierungswechsel hat die alternative Wahlbewegung — wie die oppositionelle Bewegung überhaupt — vor große Probleme gestellt. Wenn der Wechsel auch nicht unerwartet kam und das Wort vom CDU-Staat seit einiger Zeit in aller Munde ist, so sind andererseits die praktischen Konsequenzen für alternative Politik, jetzt da der CDU-Staat Wirklichkeit zu werden beginnt, unklar bzw. umstritten. Dazu erklären wir.

I.

Wir wenden uns gegen jede undifferenzierte Gleichsetzung von CDU und SPD. Der Regierungswechsel hat den Weg für eine noch brutalere Umverteilungspolitik und Krisenabwälzung zu Lasten der Bevölkerung frei gemacht.

— 2,5 Mio. Arbeitslose werden für das kommende Jahr vorausgesagt
— Mietkosten-Erhöhung,
— BaföG-Streichung,
— Mehrwertsteuer-Erhöhungen sind geplant,
— ein forcierter Ausbau der Atomindustrie sowie die Atomrakentenstationierung gehören unverzichtbar zum Regierungsprogramm,
— für Ausländer und Asylanten weden die Verhältnisse verschärft (Kohl: „es gibt kein Ausländerproblem — in Wahrheit ist das ein Problem der großen Zahl von Türken in der BRD)

Die Nominierung von Zimmermann zum Bundesminister kann in diesem Zusammenhang nur als Kampfansage an Demokraten und insbesondere den außerparlamentarischen Widerstand verstanden werden.

Dabei sind die bisher angekündigten Maßnahmen der CDU/CSU/FDP noch von der ‚Übergangszeit' bis zur nächsten Wahl geprägt; eine weitere Verschärfung (z.B. das vorläufig auf Eis gelegte Projekt der Lohnpause) ist nach einem CDU/CSU/FDP Sieg durchaus wahrscheinlich. Wir verkennen nicht, daß die sozial-liberale Koalition wegbereitend für eine Rechtsentwicklung gewesen ist, indem sie beispielsweise den

— Abbau des sozialen Netzes begonnen hat
— die Krisenlösung zu Lasten der Sozialhilfeempfänger, Arbeitsloser etc.pp. eingeleitet hat,
— für den NATO-Doppelbeschluß steht,
— den Bau von AKWs verficht,
— die Lösung des Jugendproblems mit polizeilichen Mitteln betrieben hat und
— die Einschränkung des Demo-Rechts etc.pp. praktiziert hat.

Auch wenn die neue Regierung nur das Werk der sozial-liberalen Koalition fortsetzt, so wird die SPD, von der unmittelbaren Verantwortung für diese Politik befreit, sich als d i e oppositionelle Kraft andienen.

Die Äußerung von Willy Brandt über die „neue Mehrheit links von der CDU" soll in diese Richtung wirken. Das gleiche gilt für den Verzicht von Helmut Schmidt auf eine erneute Kanzlerkandidatur und seine Ersetzung durch den „Integrationspolitiker" Vogel.

Die SPD hofft darauf, daß viele den grün/alternativen Listen zugefallenen Protestwähler an die SPD zurückfließen, ohne daß es überhaupt ein einziges politisches Zugeständnis an die grün/alternativen seitens der SPD gegeben hat und der erste größere Versuch einer Zusammenarbeit in Hamburg gerade an der Kompromißlosigkeit der SPD gescheitert ist. Die Zeiten des ‚Einsammelns' von Proteststimmen für grün/alternative Listen ist offensichtlich vorbei.

II.

Die neue gesellschaftspolitische Konstellation erfordert das Bündnis aller grünen, alternativen und sozialistischen Kräfte — und das nicht in erster Linie zur optimalen Ausschöpfung des Protestwählerpotentials. Wenn schon heute klar ist, daß der Bundestagswahlkampf im Zeichen der Auseinandersetzung um den „Weg aus der Krise", Arbeitslosigkeit und Sozialabbau stehen wird, dann verlangt das von alternativer Seite besondere Anstrengungen in programmatischer Hinsicht, um den politischen Anforderungen der nächsten Zeit gewachsen zu sein.

Vorrangige Berücksichtigung müssen dabei soziale und gewerkschaftliche Forderungen (z.B. 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich) finden, sowie — in praktischer Hinsicht — die klare Unterstützung betrieblicher und sozialer Kämpfe, bis hin zur Aufstellung von Kandidaten aus diesen Bereichen. Und wenn das kommende Jahr mit Sicherheit von Massenaktionen an AKW-Bauplätzen und ‚Nach'-Rüstungsstandorten geprägt sein wird, muß sich das in vorbehaltloser Unterstützung der Kämpfe, Propagierung der Forderungen, Einbeziehung möglichst vieler Aktiver und Aufstellung von Kandidaten aus diesen Basisbewegungen widerspiegeln. Das gleiche gilt für die Belange autonomer Gruppen und den Miet- und Häuserkampf. Nur ein solcher Unterbau kann auch die Gewähr dafür bieten, daß die alternative Parlamentsfraktion den außerparlamentarischen Druck optimal nutzt und nicht selbst zum Opfer parlamentarischer Sachzwänge wird.

Die GAL Hamburg hat in ihren Gesprächen mit der SPD gezeigt, wie das geschehen kann: Zusammenfassung wesentlich er Forderungen der außerparlamentarischen Bewegungen zu einem Minimalkatalog.

Damit ist es möglich gewesen, gegenüber der SPD eine offensive Politik zu betreiben.

Zu einer Politik, wie sie die Hamburger GAL verfolgt — die also eine parlamentarische Tolerierung und Zusammenarbeit mit der SPD davon abhängig macht, ob die SPd zu inhaltlichen Zugeständnissen bereit ist — gibt es auch auf Bundesebene keine Alternative.

Eine Politik grüner hessischer Machart, die unterschiedslos Gesprächsbereitschaft mit der CDU und SPD signalisiert und den Eindruck erweckt, im Stile der FDP entweder mit der einen oder anderen Partei Politik machen zu wollen, oder die von Kretschmann propagierte Koalition mit der SPD zu Bedingungen der SPD (Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und der repräsentativen Demokratie) wären fatale Schritte.

III.

Mit Bedauern stellen wir fest, daß der Bundesvorstand der Grünen mit seinem Beschluß einer „grün-offenen" Kandidatur ein u.E. wünschenswertes und notwendiges Wahlbündnis abgelehnt hat und erneut seinen Monopolanspruch für die parlamentarische Vertretung der außerparlamentarischen Bewegungen erneuert hat.

Wir befürchten, daß dieser Beschluß der notwendigen Anstrengung aller oppositionellen Kräfte gegen die zunehmende Rechtsentwicklung nicht gerecht wird bzw. Hürden aufbaut.

Während die Entscheidung der Grünen klarlegt, daß die von der alternativen Wahlbewegung propagierte gleichberechtigte Beteiligung aller Teile der Wahlbewegung an der Kandidatur zum Bundestag von den Grünen abgelehnt wird, läßt der grüne Vorstand im Unklaren, welche k o n k r e t e n Einflußmöglichkeiten auf regionaler und Länderebene er den alternativen Listen, der DS etc. tatsächlich zugestehen will.

Klar dagegen ist wiederum, daß sich die Grünen augenscheinlich vorbehalten, sowohl in ihrer Programmatik als auch bei der Kandidatenaufstellung letztlich selbst zu entscheiden.

Die bisher bekannten Vorstellungen der Grünen lassen deutliche Unterschiede zur „offenen-grünen Liste", wie sie von Hessen bekannt ist, kaum erkennen. Damit stehen die Grünen in Widerspruch zum Verständnis in der alternativen Listenbewegung.

Dennoch halten wir es für richtig, auf örtlicher, regionaler und Bundesebene Möglichkeiten der Beteiligung am Programm, der Kandidatenaufstellung und am Wahlkampf zu suchen und dies auf lokaler Ebene in Gesprächen zu beraten. Wir hoffen, daß die einzelnen grünen Landesverbände den in ihrem Bereich aktiven alternativen Listen, der DS, sozialer Gruppen und Initiativen Listenplätze bei der Kandidatenaufstellung einräumen, wobei über deren Besetzung diese Kräfte autonom entscheiden können müssen.

Für die alternativen Listen und die anderen Kräfte der Wahlbewegung wird von der Berücksichtigung dieser Interessen durch die Grünen maßgeblich abhängen, wie und in welchem Umfang die Unterstützung der „offen-grünen Kandidatur" im kommenden Wahlkampf sich gestalten wird.

Es liegt im wesentlichen in den Händen der Grünen selbst, ob es eine ‚vorbehaltlose' Unterstützung der grünen Kandidatur geben wird, oder ob — durch das Verhalten der Grünen bedingt — differenzierte Positionen eingenommen werden.

Daß von solchen Entscheidungen das Ausmaß und der Grad des Engagements im Wahlkampf abhängig ist, dürfte jedermann/frau klar sein.

IV.

Unabhängig davon, wie die Grünen sich letztlich entscheiden, halten wir es für sinnvoll, daß auch über die derzeit bestehenden AL's hinaus, weitere AL's vor Ort aufgebaut werden, um der grün/alternativen Wahlbewegung von unten weitere Impulse zu geben. In diesem Zusammenhang wird es als sinnvoll erachtet, den in Hannover wieder aufgenommenen Meinungsaustausch zwischen Listen-/interessierten in geeigneten Formen regional und bundesweit weiter zu verfolgen.

Hannover, 30.10.82

Unter den Anwesenden der Versammlung bestand ferner Einigkeit darin, daß es nicht Aufgabe dieses Treffens sein kann, einen oder mehrere Kandidaten zu benennen, der/die das Vertrauen der alternativen Listenbewegung genießen und auf der grün-offenen Kandidatenliste der Grünen vertreten sein sollten.

Einigkeit bestand aber auch darin, daß Alexander Schubart aufgrund seines aktiven Startbahn-West Engagements und seiner Verpflichtung gegenüber dem bunt-alternativen Listengedanken das uneingeschränkte Vertrauen der alternativen Listen gehört.

Anwesend waren: AL Westberlin, Bamberger AL, GAL Münster, GAL Hamburg, GABL Hannover, AL Bremen, UKA Hambergen, AL Buxtehude, Ini für AL Hessen, BULI Köln, AL Wilhelmshaven, AL Bremerhaven, AL Nürnberg, BuLi Bielefeld, AVG Osterholz-Scharmbek, GABL Hildesheim, AL Trier, AL Ingolstadt, Alternatives Wahlforum Freiburg, DS Hamm, DS Lübeck, IDS Unna, DS Ludwigshafen, DS Lampertheim, DS Duisburg, IDS Flensburg, DS Hannover, DS Hamburg, DS Münster, IDS Trier.

Mit Bahro zurück ins Mittelalter

Wider alle Gesetze der Ökonomie und Ökologie verfeuert Rudolf Bahro weiter seine Vorschußlorbeeren. Die Erschöpfung seiner Ressourcen ist absehbar. In seinem jüngsten, vom Bremer Landesverband der Grünen in der Tendenz unterstützten Papier hat Bahro sein gesellschaftliches Entwicklungsmodell vorgelegt: Ausstieg aus der Industriegesellschaft, „einseitige industrielle Abrüstung" (= Vernichtung der Industrie-Anlagen), Abkoppeln vom Weltmarkt, Kleinproduktion in überschaubaren, selbstversorgenden Einheiten, „die gar nicht auf Marktproduktion ausgehen, sondern auf die Reproduktion eines Lebenszusammenhangs".

Bahros Text bestätigt die schlimmsten rechtsbürgerlichen und sozialdemokratischen Schreckensbilder über die Grünen. Er weist den Grünen einen Weg, auf dem die Herrschenden sie am liebsten sehen würden: Es ist der Pfad einer religiösen Sekte, die der Gesellschaft ihre Wachtürme und ihre albernen Heilslehren entgegenhält. Ausgangspunkt von Bahros Papier ist eine programmatische Vorlage der Wirtschafts-AG der Grünen, in der der Versuch gemacht wird, grüne Politik stärker als bisher von den Grünen praktiziert mit Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik zu verbinden. Die Vorlage ist in der Grünen Partei auf starke Widersprüche gestoßen, nicht allein bei Bahro und den Bremer Grünen. Mit Sicherheit ist Bahros Gegenposition aber die radikalste.

Der grüne Papst exkommuniziert

Damit man Bahros Gegenposition zum Entwurf der Wirtschafts-AG nicht mißverstehen möge, spricht Bahro gleich zu Beginn seines Papiers die Exkommunikation aus: **„Diejenigen, die den Entwurf gemacht haben, wissen es vielleicht nicht, daß sie keine Grünen sind, aber es ist aus dem Resultat offensichtlich".**

Man darf schon unterstellen, daß die Verfasser des Entwurfs sich für Grüne halten. Man muß sogar unterstellen, daß sie bisher auch von allen anderen für Grüne gehalten worden sind. Jedenfalls hat bisher — außer Bahro — niemand etwas Gegenteiliges behauptet. Von Ausschlußanträgen ist nichts bekannt. Bahro scheint der Erste zu sein, der bemerkt hat, daß die Verfasser keine Grünen seien — weshalb er folgerichtig am Schluß seines Textes auffordert, man sollte sie **„bitten, nicht unbedingt gerade bei uns mitmachen zu wollen."**

Für jemand, der niemals Mitglied der Grünen Partei war und der sich selbst nicht für „grün" hält, stellt sich die Frage: Wer entscheidet eigentlich darüber, was und wer „grün" ist? Ist die Sache jeder/jedes Einzelnen? Entscheidet darüber der Bundesvorstand der Grünen Partei? Oder liegt das Definitionsrecht tatsächlich — wie Bahro selbst zu glauben scheint — bei Rudolf Bahro? Und nach welchen Kriterien wird geurteilt? Gilt der Wortlaut der Bibel oder entscheidet unter notarieller Aufsicht das Los?

Als Nicht-Mitglied der Grünen Partei kann ich nur Vermutungen äußern. Ich vermute also, daß die Grüne Partei auch nicht wesentlich anders funktioniert als sonstige demokratische Organisationen. Das heißt, die Partei definiert sich vermutlich über ihr Programm und ihre Beschlüsse. „Grün" wäre demnach, wer und was sich im Rahmen des Programms und der Beschlüsse der Partei bewegt. Darüber haben, so vermute ich jedenfalls, im Zweifelsfall nicht einzelne Erleuchtete, sondern darüber hat die Partei in ihrer Gesamtheit zu entscheiden. Wer das nicht anerkennen will, müßte logischerweise der Partei i n s g e s a m t das Prädikat „grün" absprechen. Das tut Bahro bisher noch nicht. Er unternimmt aber andererseits nicht den Versuch eines Nachweises, daß sich der Entwurf der Wirtschafts-AG in unverträglichem Widerspruch zum Programm und zu den Beschlüssen der Grünen Partei befinde. Dieser Nachweis würde ihm auch sehr schwer fallen, denn das Saarbrückener Programm läßt viel Spielraum für Schlußfolgerungen im Sinne der Wirtschafts-AG. Vielleicht sogar mehr Spielraum als für Bahros „Ausstieg aus der Industriegesellschaft".

Gewerkschaften? Pfui Teufel!

Ergraute Alt-„ML"er werden in ihren schönsten Erinnerungen schwelgen, wenn sie lesen, wie Bahro mit den Gewerkschaften ins Gericht geht: Der DGB sei **„eines der Schlachtschiffe der Kaputtindustrialisierung, des bedingungslosen Mitmachens bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, ein Teil des Machtkartells, der ständige Kompagnon des metropolitanen Kapitals hierzulande"**. *„Wann werden wir denen, die uns andauernd beibringen wollen, die Grünen und die Gewerkschaften (als solche) zusammenzubringen, endlich sagen, daß das ein Einfang-, ein Reintegrationsmanöver ist, das wir nicht mitmachen werden.* **Der DGB gehört nicht weniger als die SPD zu den Strukturen, die wir bekämpfen müssen."** — Die alte KPD/ML hatte diesen Zusammenhang auf die griffige Formel vom „Dreibund" zwischen DGB, Staat und Kapital gebracht.

Wenn Bahro sich für diese Dinge interessieren würde, müßte er den alten „ML"ern wohl Inkonsequenz und Halbherzigkeit vorwerfen: Ihr Anliegen war es immerhin, gegen die DGB-F ü h r u n g die „eigentliche", an den Arbeiterinteressen orientierte Gewerkschaftspolitik durchzusetzen. Bahro hingegen lehnt Gewerkschaftspolitik sehr viel grundsätzlicher ab: Es dürfe nicht „Priorität" der Grünen sein, *„sich um Arbeitsbeschaffung zu sorgen"*. Genauer gesagt fordert Bahro Forcierung der Massenarbeitslosigkeit wegen der darin enthaltenen „Chancen" und „sozialen Energien" für den „Neubeginn".

„Die Verschärfung der Ausbeutung in den reichen Ländern" ist für Bahro auch kein Problem, zumal er sich sowieso darauf verläßt, *„daß auch die CDU aus Gründen der Herrschaftsstabilität im ganzen die ‚soziale Ausgewogenheit' nicht völlig aus den Augen verlieren wird"*.

Bahros Denkansatz ist, daß Gewerkschaftspolitik für die Arbeiterklasse der „reichen" Länder nur auf Kosten der Dritten Welt möglich sei, folglich also in sich selbst verbrecherisch sei: *„Der relative Erfolg der Krisenbewältigung inen Metropolen, einschließlich der angeblich grünen Vorschläge des Entwurfs"* (der Wirtschafts-AG), würde bedeuten, *„Arbeitslosigkeit und Elend von den reichsten Ländern abzudrängen"* (Anm. 1).

Bahros Thesen beinhalten eine Frontstellung gegen die Arbeiterklasse und gegen autonome gewerkschaftliche Ansätze. Sie laufen hinaus auf Verewigung der Trennung zwischen Grünen und Arbeiterklasse, somit auch auf Verewigung der Hegemonie der Sozialdemokratie über die Arbeiterklasse.

Der „Ausstieg aus dem Industriesystem"

Bahro widerspricht vehement der Forderung, Investitionen in den Umweltschutz umzulenken:

„Wer etwa unterstützt, daß jetzt eine Umweltschutzindustrie großen Stils als neues Stockwerk des Industriesystems entsteht, entscheidet sich für diesmal ökozialdemokratische Dienste am Krankenbett des Kapitals... Jene unter uns, die da glauben, wir hätten zwischen guten und bösen Projekten zu wählen, befassen ich damit, gesunde und madige Äpfel zu sortieren, während es darum geht, daß ‚der Baum, der faule Früchte trägt, abgehauen werden muß'. Mit anderen Worten, sie haben nicht begriffen, daß das Industriesystem a l s s o l c h e s ... sukzessive aufgegeben werden muß...".

Aus demselben Grund widerspricht Bahro auch den autonom-gewerkschaftlichen Planspielen einer „Rüstungskonversion", d.h. der Ersetzung von Rüstungsproduktion durch Produktion a n d e r e r Waren: *„Wir dürfen uns nicht dahin abdrängen lassen, die Einstellung der Rüstungsproduktion davon abhängig zu machen, ob vorher die Arbeitsplatzfrage gelöst ist. Außerdem sind die Märkte sowieso voll. Was für ‚alternative' Produkte sollen denn erzeugt werden? Die meisten Vorschläge, die jetzt für den Bremer Vulkan kursieren, betreffen Umweltschutzindustrie, setzen also den Fortgang der bisherigen Gesamtlogik*

voraus. Die grune Intervention muß der Vorschlag sein, bestimmte Produktionskapazitäten e r s a t z l o s auslaufen zu lassen und die Frage nach Einkommen und sinnvoller Betätigung für die bisher Beschäftigten davon abzukoppeln. Wo Produktionsanlagen aufgegeben werden, müssen wir den (auch für eine Weile arbeitsplatzschaffenden) A b r i ß fordern...".

In seiner Aufsatzsammlung mit dem treffsicheren Titel „Wahnsinn mit Methode" (Anm. 2) hatte Bahro diese Gedanken bereits vorformuliert: *„Noch beraten die Gewerkschaften in den entwickelten kapitalistischen Ländern nach wie vor 99mal darüber, wie man noch einige tausend Arbeitsplätze beschaffen oder die sogenannte Vernichtung einiger tausend Arbeitsplätze verhindern kann. Und sie beraten einmal darüber, daß man wenigstens die eine oder andere Rüstungsproduktion einstellen oder durch etwas Besseres ersetzen müßte. Der Gedanke jedoch, auf den es ankäme, wie man nämlich mindestens die Hälfte der vorhandenen Arbeitsplätze e r s a t z l o s abschaffen könnte, weil ihre Produktion entweder überflüssig oder schädlich, wenn nicht lebensgefährdend oder lebenszerstörend ist, will noch nicht in ihren Kopf... Immerhin finden in der Bundesrepublik große Demonstrationen gegen den Bau von Atomkraftwerken im eigenen Land statt — warum eigentlich nicht vor jeder Autofabrik, wo doch der Schaden ihres Ausstoßes unmittelbar und kurzfristig viel größer und mörderischer ist als der der Atomkraftwerke?..."* (S. 12).

„... überschaubare, selbstversorgende, weitgehend autonome Einheiten"

Bahros Bußpredigt zielt auf nichts geringeres als den Z u s a m m e n b r u c h des „Industriesystems", d.h. der wesentlichen Produktionsmittel dieses Landes. Weil das so ist, tut er die Frage nach der Enteignung der Kapitalisten als *„scheinradikale Phrasen"* ab: Nicht um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel geht es, sondern um ihre Verrottung und Z e r s t ö r u n g. Mit diesem Ideal verglichen können die Weltwirtschaftskrise um 1930 und die Zeit nach dem 2. Welt-
können die Weltwirtschaftskrise um 1930 und die Zeit nach dem 2. Welt-
krieg geradezu als Phasen überschäumenden Wohlstands gelten.

Wovon sollen die Menschen zukünftig leben? Bahro hätte es sich ganz leicht machen können mit einem Zitat: **„Sorget nicht für euer Leben, was ihr essen und trinken werdet; auch nicht für euren Leib, was ihr anziehen werdet. Ist nicht das Leben mehr denn die Speise, und der Leib mehr denn die Kleidung? Sehet die Vögel unter dem Himmel an: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen, und euer himmlischer Vater nährt sie doch..."**. (Matthäus 6, 25 und 26).

Zu dieser zwar extremen, aber einzig konsequenten Position ist Rudolf Bahro noch nicht bereit. Sein Zauberwort lautet: **„alternative Projekte"**. Also Kleinproduktion in *„überschaubaren, selbstversorgenden, weitgehend autonomen Einheiten"*. Die Kleinstproduzenten sollen *„nicht auf Marktproduktion ausgehen, sondern auf die Reproduktion eines Lebenszusammenhangs"*. *„Wenigstens die Befriedigung der Grundbedürfnisse"* soll auf diese Weise *„den Marktgesetzen entzogen"* werden. Das Startkapital für die „alternativen Projekte" soll den Kapitalisten und dem Staat abgetrotzt werden: *„Wir müssen genügend Macht aufbringen, um einen hinreichenden Kapitalabfluß für die Begründung in Zukunft sich selbst tragender Gemeinwesen zu erzwingen". „Den laufenden Geschäften soviel wie möglich Energie entziehen, der Alternative, den Rettungsbooten möglichst viel Energie zuführen. Das muß die Hauptlinie sein, entlang deren die Grünen Umverteilungspolitik betreiben"*. Dem Kapital soll so *„keine Mark mehr für Investitionen überlassen werden, die sind den Ausbau des Industriesystems gesteckt werden"*.

Interessiert werden sollen für die „alternativen Projekte" die Jugend quer durch alle sozialen Schichten, „alle Marginalisierten", auch „die alte Generation", vor allem aber das wachsende Heer der Arbeitslosen und die Frauenbewegung: *„Meiner Meinung nach hat die Diskussion über Hausarbeit nur dann einen praktischen Sinn, wenn man sich voll auf alternative Projekte orientiert... Der Auszug aus dem Industriesystem ist ohne das Wagnis der Frauen undenkbar"* (Anm. 3). *„Mit 5 Millionen Arbeitslosen"* (das wären mehr als doppelt soviel wie derzeit. Bahro schaut hoffnungsvoll in die Zukunft! — Anm. d. Verf.) *„ist zumindest theoretisch auch ein Druck möglich, der die bisherigen Summen für die Unterstützung, für Subventionen und für Investitonen in eine todbringende Zukunft in die Hände der Betroffenen umlenkt, damit sie sich eine neue, weltmarktunabhängige Lebenspraxis aufbauen können"*. (Anm. 4).

Die Grünen, fordert Bahro, **„müssen ihren möglichen Machtanteil darauf konzentrieren, die materiellen Voraussetzungen für den möglichst massenhaften Ausstieg aus dem Industriesystem bereitstellen... Es geht um so etwas ähnliches wie die christliche Gemeindebildung im späten Rom..."**.

Herrliche Zeiten!

Die Zeit arbeitet gegenwärtig für Bahros Idealgesellschaft. Die Krise des Kapitalismus produziert Betriebsstillegungen, Bankrotte, demnächst vielleicht den Zusammenbruch ganzer Bereiche, auf jeden Fall ein Millionenheer von Arbeitslosen. Daß diese sich irgendwie durchzuschlagen versuchen, kann angenommen werden. Und natürlich kann man diese verzweifelten Anstrengungen zur Rettung der eigenen Existenz durch Gelegenheitsarbeiten, finanzielle Abenteuer und **in jedem Fall durch brutalste Ausbeutung der eigenen Person** auch als „alternative Projekte" mystifizieren.



Und Jona ging zur Stadt hinaus und setzte sich morgenwärts von der Stadt und machte sich daselbst eine Hütte; darunter setzte er sich in den Schatten, bis er sähe, was der Stadt widerfahren würde. (Jona, Kap. 4, Vers 5)

Aber das kann nur ein bescheidener Anfang sein. Denn auch die schlimmsten Zeiten materieller Not, die die heute noch Lebenden irgendwann erlebt und erlitten haben, bauten doch noch auf einem hochentwickelten Indsutriesystem auf. Die Zeiten v o r der Entstehung des Industriesystems waren dadurch gekennzeichnet, daß mit extrem langen Arbeitszeiten relativ wenig Wohlstand und kaum soziale Sicherheit produziert werden konnten. Und dabei waren diese Zeiten nicht einmal besonders friedlich und harmonisch, sondern waren gekennzeichnet durch verheerende Kriege und schärfste Klassengegensätze.

Das Industriesystem hat sich gegen die mittelalterliche Kleinproduktion wesentlich d e s h a l b durchgesetzt, weil es der Kleinproduktion und Handarbeit ökonomisch weit überlegen ist. Das heißt, es hat sich durchgesetzt auf dem Wege der Konkurrenz. Daß die menschliche Gesellschaft in dieser Weise funktioniert, kann nicht einmal Bahro durch einen reinen Willensakt außer Kraft setzen. Die auf den Namen „alternative Projekte" umgetaufte Kleinproduktion bleibt den Gesetzen des Marktes und der Konkurrenz unterworfen — und zwar nicht nur im Verhältnis zur Industrie, sondern auch im Verhältnis untereinander. Wenn beispielsweise vier verschiedene Personenkreise auf den gleichen Einfall kommen, eine monatliche Kulturzeitschrift für Hamburg zu machen, dann herrscht Konkurrenz. Der Markt ist letzten Endes vermutlich nicht groß genug, um alle zu ihrem Recht kommen zu lassen. Oder: Wenn die Betreiber einer alternativen Bäckerei darauf bestehen sollten, den Brötchenteig nur mit der Hand anzurühren (weil alle Maschinen des Teufels sind), dann müßten sie sich erstens totarbeiten und könnten zweitens trotzdem nicht mit anderen Bäckereien mithalten.

Die Kleinproduktion, auch die „alternative", ist so beschaffen, daß dort härteste Selbstausbeutung, überlange Arbeitszeiten und unterdurchschnittliche Erträge das Bild bestimmen. Das liegt daran, daß die Kleinproduzenten anders den Wettbewerbsvorteil der Großproduktion nicht ausgleichen können. Der Gedanke Bahros, ausgerechnet Frauen und Arbeitslose massenhaft in diese Bereiche zu verweisen, zeugt von Zynismus oder völliger Unkenntnis des Gegenstands.

Und dabei muß man sich vor Augen halten, daß d i e s e Art von Kleinproduktion und „alternativen Projekten" sich immer noch auf dem Boden eines der höchstentwickelten Indsutriesysteme der Welt abspielt. Alternative Druckereien arbeiten selbstverständlich mit Maschinen, und auch der Ökobauer wird nicht bloß mit Pferdepflug, Sichel und Dreschflegel arbeiten wollen. Das setzt immer noch Maschinen-Produktion großen Stils voraus, und der Maschinenbau erfordert die Großindustrie, ebenso wie in der Anwendung von Maschinen eine Eigendynamik in Richtung einer bestimmten optimalen Betriebsgröße steckt, die sich in der Regel nicht mit Bahros Kriterien von „überschaubar" decken wird.

Das Ergebnis des von Bahro gepredigten „Ausstiegs aus dem Industriesystem" wäre auf jeden Fall massenhaftes Elend. Daß wir dafür wenigstens seelisches Glück, eine Gesellschaft ohne Egoismus und Konkurrenz eintauschen würden, ist ganz und gar ungewiß. Die historische Erfahrung spricht eher dagegen. Denn Notzeiten sind auch Zeiten des v e r s c h ä r f t e n Kampfes jeder gegen jeden. Ohnehin ist zu bedenken, daß die „alternativen Projekte" in hohem Maß von der derzeitigen industriell geprägten ‚Wohlstands- und Überflußgesellschaft' abhängig sind. Sei es, daß sie sich teilweise über die Möglichkeiten des ‚Sozialstaats' mitfinanzieren, oder sei es, daß sie Waren produzieren, die einen relativen Reichtum in der Bevölkerung voraussetzen, z.B. teure Öko-Lebensmittel, die an sich nicht konkurrenzfähig sind.

Frontal gegen die Arbeiterklasse

Selbstverständlich sollen die sozialen Ansprüche und Ängste der Arbeiterklasse der Verwaltung durch SPD und DGB überlassen bleiben. Auf diesem Sektor haben die Grünen ohnehin schon ein enormes Defizit — und das soll auch gefälligst so bleiben.

Wenn Bahro jedoch glaubt, die Grünen könnten genügend „Macht" entfalten, um gegen Kapitalisten u n d Arbeiterklasse den Zusammenbruch des Industriesystems herbeizuführen, dann irrt er sich gewaltig. Auf diesem Gebiet wirkt die kapitalistische Krise s e l b s t sehr viel stärker, als es eine ‚grüne Intervention' jemals erreichen könnte. Das G e s c h w ä t z von Leuten wie Bahro hat aber den praktischen Nutzeffekt, daß sich die Grünen als Buhmann für die Auswirkungen der kapitalistischen Krise aufbauen lassen könnten. Man braucht den Arbeitern nur zu erzählen, daß die Grünen die e r s a t z l o s e Beseitigung von 50 % aller vorhandenen Arbeitsplätze fordern und es ausdrücklich ablehnen, sich um Alternativen Gedanken zu machen. Bahros Thesen laufen hinaus auf einen erbitterten Verteilungskampf zwischen der Arbeiterklasse und den „Aussteigern" um vorhandene Finanzmittel, Zukunftsinvestitionen, letztlich auch um Arbeitsplätze.

Der SPD-Rechte Löwenthal hat in seinem Ausrichtungspapier die SPD aufgefordert, **„sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppen der Aussteiger"** zu entscheiden. Diese in Wirklichkeit demagogische Schein-Alternative bekommt die SPD von Bahro voll bestätigt. Wahrscheinlich werden die Rechten von SPD und DGB Bahros Papier demnächst als Broschüre nachdrucken und zum Zweck anti-grüner Aufputschung breit verteilen.

Allerdings mangelt es Bahro an der letzten Konsequenz. In der Politik gibt es im allgemeinen zwei Möglichkeiten: Entweder sucht man Ansätze für eine Bündnisstrategie, um M e h r h e i t e n zu gewinnen. Oder man verlegt sich darauf, Politik g e g e n die Mehrheit zu machen. Bahros Thesen sind nicht mehrheitsfähig, denn man wird die Arbeiterklasse nicht für eine Politik begeistern können, die zu materieller Not führt. Die Arbeiterklasse ist also Teil des „gegnerischen Lagers" — und genau d a s hat Bahro bei seinen Angriffen gegen die Gewerkschaften im Auge. Wenn man gestützt auf Minderheiten Politik gegen Mehrheiten d u r c h s e t z e n will, geht das nur mit G e w a l t und Diktatur. An diesem Punkt sollte Bahro weiterdenken.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1) Das scheint mir die stärkste Seite an Bahros Überlegungen zu sein. Man möge sich aber die Frage stellen, ob der Z u s a m m e n b r u c h der westlichen Industriegesellschaften und des Weltmarkts für die Länder der Dritten Welt vorteilhaft wäre. Sind diese nicht so sehr mit dem Weltmarkt und mit den Industriegesellschaften verknüpft, daß beispiellose Krisen und Hungersnöte in der Dritten Welt die Folge wären? Was wären z.B. die Folgen für ein Land wie Nigeria, dessen Deviseneinnahmen zu 90 % aus dem Erdöl-Verkauf kommen? Das Paradoxon besteht darin, daß die meisten Länder der Dritten Welt auf einen stabilen und expandierenden Weltmarkt angewiesen sind, um die Mittel zu bekommen, mit denen sie sich langfristig vom Weltmarkt unabhängig machen könnten. Die von Bahro verordnete Roßkur in den Metropolen („einseitige industrielle Abrüstung") würde bedeuten, daß die Dritte Welt auf ihren Rohstoffen sitzen bleibt bzw. für den noch zu verkaufenden Rest sehr viel niedrigere Preise erzielen kann. Andererseits sind die meisten dieser Länder aber vorerst nicht in der Lage, s e l b s t ihre Rohstoffe entsprechend zu verarbeiten.

Am Ende läuft alles darauf hinaus, daß die Weltbevölkerung (wesentlich als Folge der ‚industriellen Revolution') viel zu groß geworden ist, um sich a l l e i n mit Kleinproduktion und Handarbeit ernähren zu können. Bahros Modell setzt ein hundertmillionenfaches Massensterben voraus, bis die Weltbevölkerung auf eine Größe geschrumpft ist, die sich in aller Bescheidenheit und unter größten Anstrengungen „alternativ" durchbringen könnte. Bahros Konzept ist um kein Gramm weniger massenmörderisch als die Katastrophe, der er begegnen will.

2) R. Bahro, Wahnsinn mit Methode, Verlag Olle & Wolter, Westberlin 1982

3) In einem u.a. von Bahro und Ralf Fücks (ehem. KBW) mitformulierten Gegen-Entwurf der Bremer Grünen steht unter dem Stichwort „unmittelbare Bedürfnisbefriedigung durch Eigenarbeit": „So entdecken zur Zeit immer mehr Menschen, daß es mehr Freude macht, Nahrung, Kleidung, Möbel und Musik selbst zu machen, statt Industrieware zu kaufen". — Was diesen ‚Wohlstandsbürgern' als freigewählte Entscheidung aus reiner Freude erscheint, wird sich allerdings in manchen Arbeiterhaushalten eher als harte wirtschaftliche Notwendigkeit darstellen. Und daß dabei in erster Linie die aus der Lohnarbeit überproportional verdrängten F r a u e n wieder zu t r a d i t i o n e l l e n weiblichen Hausarbeiten veranlaßt werden, liegt auf der Hand. Eine so konzipierte weibliche „Eigenarbeit" wird in der Regel selbst bei maximaler Ausdehnung nicht zur autonomen Existenzsicherung ausreichen. Sie ist per se „Zuarbeit" zum „hauptverdienenden" männlichen Partner, bedeutet also verschärfte
„Zuarbeit" zum „hauptverdienenden" männlichen Partner, bedeutet also verschärfte
ökonomische Abhängigkeit der Frauen.

4) Vielleicht hat Bahro dabei an China gedacht, wo man im großen Stil seit einigen Jahren versucht, das Arbeitslosen-Problem zu lösen, indem man die Bildung von genossenschaftlichen Kleinstbetrieben im Dienstleistungs-Sektor (Reparaturen, Imbisse, Transporte etc.) durch Arbeitslose ermuntert. Die chinesische Erfahrung hat gezeigt, daß die neugeschaffenen Kleinbetriebe zum Teil in scharfe Konkurrenz zu den schon vorhandenen Betrieben geraten, wobei sich extreme Arbeitszeiten (früher anfangen und später aufhören als die anderen) und zusätzliche Service-Leistungen, also insgesamt forcierte Selbstausbeutung als wichtigste Wettbewerbsmittel erwiesen haben. Das schlägt als Druck auf die staatlichen Betriebe und die dortigen Arbeitsbedingungen zurück. Das Modell scheint attraktiv auch für hiesige Verhältnisse zu sein. Die BILD berichtete unter der Überschrift „Arbeitslos — wir helfen uns selbst": „In Hannover bauten acht Arbeitslose das Kesselhaus eines stillgelegten Eisenwerkes zu einer Werkstatt aus... ‚Wir kriegen Aufträge, weil wir billiger sind', sagt Schlossermeister Alfred Peters (57)" (6.11.82).

„Rechte Grüne?"
Eine verdienstvolle Dokumentation

Eine starke Broschüre zum Thema „Rechte Grüne?" haben die Grünen Baden-Württembergs im Oktober vorgelegt. Das Heft stellt einen sehr nutzbringenden und informativen Versuch dar, ohne Betulichkeiten und taktische Rückversicherungen Berührungspunkte zwischen rechten/rechtsextremen und grünen Vorstellungen zu analysieren. Eine umfangreiche Dokumentation (sie macht den größten Teil der Broschüre aus) stellt Äußerungen über die „angegrünte" Rechte (Nationalrevolutionäre, Unterwanderungsversuche der NPD) sowie diese in Selbstzeugnissen vor. Wer es noch nicht wußte, erfährt hier z.B., daß der WSL-Chef und Funktionär von Gruhls ÖDP, Prof. Haverbeck — aus der Gründungsphase der Grünen Partei bekannt — Mitunterzeichner des ausländerfeindlichen „Heidelberger Manifests" und Autor von rassistischen Artikeln in der rechtsextremen Zeitschrift „Nation Europa" ist. Und man kann sich je nach eigenem Standort freuen oder ärgern über bemerkenswert eindeutige Aussagen wie etwa: *„Die Paarung nationaler Wiedervereinigungsansprüche und antikommunistischer Kraftmeierei birgt in der deutschen Grenzsituation unbestreitbare Kriegsrisiken, die dank der verkrüppelten, imperialistischen Blut-und-Boden-Tradition des deutschen, post-preussischen Nationalismus durchaus bemerkenswert sind. Ein Horchen in durchschnittsdeutsche Stammtischgespräche, ein Blick auf die Ergebnisse der SINUS-Studie verbietet ein lockeres Sich-Einlassen auf nationale Spielereien"*. — Auch die Auseinandersetzung mit dem ‚Nationalbiologismus' (Konrad Lorenz) in der Broschüre kann sich sehen lassen.

Die Dokumentation ist das Arbeitsprodukt einer eigens gebildeten Kommission „Rechtsextreme Unterwanderung der Grünen und nahestehende Vereinigungen" der Grünen Baden-Württembergs. Mitgearbeitet haben in dieser Kommission Michael Opielka und Christine Muscheler vom Landesvorstand sowie der Landtagsabgeordnete Holger Heimann. Die Kommission soll weiter arbeiten und bittet deshalb, *„unsere Arbeit durch Hinweise, Kritik und die Zusendung von Materialien zu unterstützen"*. Die Adresse ist: **„Kommission . . .", Die Grünen Baden-Württembergs, Landesgeschäftsstelle, Schloßstraße 79, 7000 Stuttgart 1.**

Dort wird man wohl auch die Broschüre noch beziehen können. Der Preis: 5,-DM.

Linke Mehrheit mit der SPD? — Eine Illusion!

Interview mit Dieter Burgmann vom Bundesvorstand der Grünen

AK: Nach dem Regierungswechsel in Bonn und nach den Hessenwahlen ist viel über die „Mehrheit links von der CDU" geredet und geschrieben worden. Dieses Zitat Willy Brandts hat bereits auch in der Diskussion der grün-alternativen Wahlbewegung einige Bedeutung erlangt. Gibt es deiner Meinung nach diese „linke Mehrheit"?

D.B.: Das Problem besteht darin, die SPD richtig einzuschätzen, d.h. inwiefern die SPD in ihrer ganzen Breite als links von der CDU eingeordnet werden kann. Es ist sicher so, daß von den Wählern her es eine Mehrheit neben der CDU gibt, aber die SPD als solche natürlich in ihren verschiedenen Strömungen und Richtungen sich in breiten Bereichen mit der CDU deckt. Vor allem mit den Inhalten, die sie vertritt, mit der Politik, die sie macht. Von daher stellt sich also nicht so die Frage, ob nun „links von der CDU", sondern vielmehr für welche neuen Inhalte, für welche Positionen sich neue Mehrheiten in diesem Lande finden. Das heißt, ich glaube, wir müssen wegkommen von der ausschließlichen Betrachtung der Macht- oder Mehrheitsverhältnisse, sondern mehr die Inhalte in den Vordergrund rücken. Und da stellt sich die Frage: Gibt es eine Mehrheit gegen die Atomraketen, eine Mehrheit gegen Atomkraftwerke oder eine Mehrheit für eine Wirtschaftspolitik, die nicht einfach nur die alte Wirtschaft wieder flottmachen will, sondern wirklich sich bemüht um eine neue Wirtschaftsstruktur, die die Ursachen der jetzigen Krise überwinden kann.

Nun waren ja die Hamburger Gespräche zwischen GAL und SPD so eine Art Test dafür, wie solche Gespräche ablaufen und zu welchen Ergebnissen sie führen können. Wie beurteilst du nun die Hamburger Situation und meinst du, daß daraus Schlüsse für das weitere Vorgehen der Grünen gezogen werden können?

Was in Hamburg abgelaufen ist, war für mich ein interessantes Exempel, weil die SPD mal beweisen konnte, wie ernst sie es mit ihrer fortschrittlichen Politik meint. In Hamburg hatte sie die Chance, die „neue Mehrheit links von der CDU" praktisch zu erproben. In dem Sinn war es für die SPD eine Nagelprobe und es war deshalb richtig, daß die GAL versucht hat auszuloten, ob und wieweit die SPD bereit zu einer fortschrittlichen Politik ist. Ob da nun im Detail auch den Grünen Fehler unterlaufen sind, spielt in dem Zusammenhang keine Rolle. Entscheidend ist, daß die SPD in dem Augenblick, wo sie geglaubt hat, wieder andere Mehrheiten finden zu können, indem sie durch taktische Züge ihre Wahlergebnisse — wie in Hessen und Bayern — wieder aufbessert, aus den Hamburger Verhandlungen ausgestiegen ist. Das ist ein Zeichen dafür, daß es der Mehrheit der SPD in Hamburg und auch auf Bundesebene offensichtlich nicht ernst war mit dem Bemühen, wirklich Mehrheiten für eine neue Politik zu finden.

Nun wird ja die Frage „Für oder Gegen eine Zusammenarbeit/Koalition mit der SPD" derzeit innerhalb der Grünen, aber auch bei den Alternativen Listen oder in der TAZ breit diskutiert. Ich denke da besonders an Grüne wie Hasenclever und Kretschmann, oder Leute aus der Berliner AL, die eine Koalition mit der SPD anstreben. Wie würdest du nach den Hamburger Erfahrungen die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der SPD beurteilen?

Das Ergebnis der Hamburger Gespräche hat eigentlich gezeigt, daß das eine Illusion ist. Ich glaube auch, daß sich das weiterhin bestätigen wird. Es ist eine Illusion, daß die SPD wieder zurückkehren könnte zu ihren ursprünglichen Zielsetzungen. Der alte Traum, den viele Linke haben, nämlich daß die SPD doch eigentlich eine fortschrittliche Partei ist, ist in Hamburg mal wieder zerplatzt. Es war ein rein taktisches Verhalten der SPD in Hamburg, um Regierungsmehrheiten zu finden und das wird bei ähnlichen Verhandlungen auf Bundesebene genau so sein. Und nicht nur auf Bundesebene, sondern überall, sieht man mal von Einzelfällen auf kommunaler Ebene ab. Da zeigt sich dann, daß die SPD eine relativ konservative bis teilweise sogar reaktionäre Politik betreibt. Diese Politik hat ja schließlich zu der Situation geführt, die wir heute vorfinden, zu der geplanten Raketenstationierung, zu der Wirtschaftskrise, zu den Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit in Griff zu kriegen. Die SPD ist auch nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen, weil sie nicht die wirtschaftlichen Ursachen angreifen will. Die sozialdemokratische, reformistische Politik der SPD ist gescheitert. Und wer versucht, eine solche Politik mit der SPD weiter zu betreiben, der wird mit ihr scheitern.

Es gibt Umfrageergebnisse, nach denen 88 % der Grünen-Wähler erwarten, daß es in den Parlamenten zur Zusammenarbeit mit der SPD kommt („Spiegel"), kürzlich wurde in einer Monitor-Sendung die Zahl von 37 % Wählern genannt, die die Grünen verlieren würden, wenn sie jede Koalition mit der SPD von vornherein ausschließen. Nun stellt sich die Frage ja eigentlich nicht, ob die Grünen eine solche Zusammenarbeit wollen, sondern ob die SPD überhaupt bereit ist, durch Zugeständnisse die Voraussetzungen für ein Bündnis zu schaffen. Aber die bürgerlichen Medien haben natürlich kein Interesse daran, das differenziert zu untersuchen, sondern wollen lieber den Druck auf die Grünen verstärken. Liegt deiner Meinung nach dort eine Gefahr für die Grünen?

Wir müssen versuchen, die Probleme so differenziert zu vermitteln wie sie sind, und dabei unter Umständen in Kauf nehmen, uns damit Stimmenverluste einzuhandeln. Wichtig ist zu vermitteln, daß es um bestimmte politische Inhalte und nicht um Mehrheiten geht. Ich glaube, das läßt sich dann vermitteln, wenn wir sagen, Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit ist der Verzicht auf die Stationierung der Mittelstreckenraketen, ist der Abbau des Atomprogramms, Ausstieg aus den Großprojekten, ist eine Wirtschaftspolitik, mit der man wirklich eine strukturelle Veränderung erreichen kann, um der Arbeitslosigkeit von Grund auf zu begegnen. Wenn man das verdeutlicht, bekommt man wahrscheinlich doch die Zustimmung derer, die meinen, wir sollten heute mit der SPD zusammenarbeiten. Und dann muß man die SPD in die Situation zwingen, sich zu entscheiden und offenzulegen, welche Politik und welche Mehrheiten sie eigentlich sucht. Und da wird eben bei herauskommen, was für jemanden, der Politik kritisch verfolgt, schon länger absehbar ist, daß die eigentliche Mehrheit zwischen CDU und zumindest Teilen der SPD auf jeden Fall näher liegt, weil hier Gemeinsamkeiten vorhanden sind, im Atomprogramm, in der Wirtschaftspolitik, in der Rüstungspolitik. Wir müssen also die SPD zwingen, deutlich zu machen, ob sie wirklich eine fortschrittliche Politik will, was ich bezweifele, oder ob sie lieber mit den anderen Kräften zusammenarbeiten will.

Ich finde diese Einschätzung realistisch, aber folgt daraus nicht auch, daß viele Illusionen über die Möglichkeiten der parlamentarischen Arbeit, die ich innerhalb der Grünen immer wieder erlebe, aufgegeben werden müssen? Was kann dann eine grüne Fraktion im Bundestag bewirken?

Das hängt natürlich von der parlamentarischen Situation ab. Nehmen wir also an, daß sich Mehrheiten neben den Grünen bilden können, dann hat man innerhalb der Parlamente einmal die Möglichkeit, mit den Mitteln, die uns da zur Verfügung stehen, mit der Öffentlichkeit, die wir dort haben, unsere Positionen deutlich zu machen und vor allem die Politik der anderen zu entlarven. Wenn also z.B. in den vergangenen Wochen im Bundestag offensiv gegen dieses reine Taktieren und gegen diese hohle Politik vorgegangen worden wäre, dann hätte das natürlich schon in der Öffentlichkeit einiges bewirkt. Zum zweiten kommt man an eine Reihe von Informationen heran, auch wesentlich früher als das sonst möglich ist, z.B. in den Bürgerinitiativen und Bewegungen, wo man meist erst dann Dinge erfährt, wenn die Fakten geschaffen sind. Auch hat man die Möglichkeiten, z.B. mit wissenschaftlichen Instituten zusammenzuarbeiten, sich bestimmte Gutachten erstellen zu lassen, man hat viel mehr Möglichkeiten, an Informationen und Wissen heranzukommen. Und dann gibt es natürlich noch die Möglichkeit, durch bestimmte parlamentarische Initiativen, durch bestimmte Anträge z.B. Situationen zu erzeugen, in denen die anderen Parteien unter Druck gesetzt sind, und unter Umständen so auch Teilerfolge zu erringen. Wesentlich besser ist natürlich, wenn man wie in Hamburg oder Hessen die Situation hat, daß keine der beiden großen Parteien eine Mehrheit hat und man sie dann in den Entscheidungszwang bringen kann. Allerdings entsteht dann das Problem, das Verhalten der Grünen den Wählern zu vermitteln. Ich hatte schon den Eindruck, daß das Scheitern in Hamburg hier in Bayern vor den Wahlen nicht ohne weiteres rasch vermittelt und verstanden worden ist.

Aber hier liegt das Problem doch nicht nur in der Frage, wie eine solche Haltung den Wählern zu vermitteln ist, sondern zumindest zur Zeit gibt es innerhalb der Grünen selbst erhebliche Widersprüche, ob man der SPD nicht wesentlich offener und konstruktiver gegenübertreten sollte. Welche Bedeutung werden diese Meinungsunterschiede für die Grünen bekommen?

Es wird in den nächsten Wochen auf jeden Fall eine lebhafte Diskussion darüber geben, und ich glaube, daß es nur sehr befruchtend sein kann, insofern, als in dieser Diskussion manche Illusionen zerstört werden können. Vor allem wird man gezwungen sein, auf Ursachen zu sprechen zu kommen, d.h. die Ursachen offenzulegen für die Entwicklung der letzten Jahre. Darum kann diese Diskussion sehr anregend sein und ich glaube, daß wir das Problem innerhalb der Grünen und innerhalb der Wahlbewegung insgesamt relativ gut in Griff kriegen, wenn man die Entscheidungen an Inhalten festmacht, weil es da doch eine ziemlich breite Einigkeit geben dürfte. Und die, die noch Illusionen haben, werden in der konkreten Situation erleben, daß die SPD sich nicht auf so eine Politik einstellen wird. Würde sie das doch tun und man würde dadurch Erfolge wie die Verhinderung der Stationierung oder des Atomprogramms erreichen, um so besser. Aber gerade in diesen beiden Punkten kann und darf es keine Kompromisse geben.

Besteht die Möglichkeit, daß es an dieser Frage zu einer Spaltung der Grünen kommt? Leute wie Günter Grass und Willy Brandt setzen ja gerade darauf, „reformwillige, konstruktive Kräfte" bei den Grünen abzutrennen von den „fundamentaloppositionellen Verweigerern".

Das glaube ich nicht. Sicherlich, es wird heiße Diskussionen geben, aber wenn man das — wie gesagt — an Inhalten festmacht, dann werden sich die Grünen ziemlich einig sein. Was ich eher sehe, daß von außen Probleme auf uns zukommen. Der Druck von außen in dieser Frage wird wesentlich größer. Wobei es schwer abzuschätzen ist, inwiefern es wirklich ein Druck der Wähler ist oder dieser Druck „gemacht", manipuliert wird. Das wird eine Schwierigkeit sein. Aber auch hier muß es eben unsere Aufgabe sein, zu vermitteln, daß es um die Inhalte geht. Auf der anderen Seite müssen wir auch lernen, so einen Druck aushalten zu können, und nicht bei Einwirkungen von außen immer gleich in Panik zu geraten.

Nun wird der Druck von außen für die Grünen bei den nächsten Wahlen nicht nur darin bestehen, sondern auch in der Tatsache, daß die SPD als Oppositionspartei antritt. Das ist eigentlich das Parkett, wo sie sich am besten auskennt. Schon Hessen und Bayern haben gezeigt, daß die SPD in der Opposition sehr schnell in der Lage sein kann, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Siehst du die Gefahr, daß die SPD unter Umständen das wiederholen könnte, was sie Anfang der siebziger Jahre mit Teilen der APO geschafft hat, nämlich eine weitgehende Integration außerparlamentarischer Kräfte und Bewegungen in die etablierten Strukturen? Das würde dann den Grünen schnell das Wasser abgraben.

Ich muß ehrlich sagen, daß es mich überrascht hat, in welcher Weise, insbesondere in Hessen, die SPD ihre drohende Niederlage verhindern konnte, daß Börner so ungeschoren davonkam. Natürlich war das ein Votum für Helmut Schmidt, aber unabhängig davon ist es schon überraschend für mich gewesen, daß das in dem Umfang zur Geltung kam. Man muß schon davon ausgehen, daß sich die Wähler sehr stark emotional entscheiden und unter Umständen sehr leicht beeinflußbar sind. Um so wichtiger wird es natürlich, daß die Grünen sich überlegen, wo ihr eigentliches Potential ist, wo ihre eigentliche stabile Basis ist, auf die sie sich stützen können. Und das sind die Menschen, die in den Bürgerinitiativen, in den alternativen Bereichen, in der Szene einen bestimmten Bewußtseinsprozeß durchgemacht haben und eben nicht mehr so leicht der SPD auf den Leim gehen. Wir werden uns bemühen müssen, vor allem die Politik der SPD weiter deutlich zu machen.

Es wird sehr von den nächsten Wochen abhängen, in wieweit es gelingt, in den Gesprächen deutlich zu machen, daß es eigentlich die SPD ist, die keine neue Politik will, sondern nur die alte Politik fortsetzen will und die dazu die Grünen braucht. Insofern gewinnt die Entwicklung in Hessen nun eine herausragende Bedeutung.

Wir müssen aber davon ausgehen, daß es nur im begrenzten Umfang gelingen kann, zu verhindern, daß ein Teil der Wähler, besonders die traditionellen SPD-Wähler, die wahrscheinlich aus Enttäuschung eine Zeitlang gar nicht oder aus Protest grün gewählt haben, wieder zur SPD zurückkehren werden. Darauf werden wir uns einstellen müssen.

Gerade unter dieser Voraussetzung muß eine alternative Partei ja das Interesse haben, möglichst umfassend alle diejenigen anzusprechen, die sich an irgendeinem Punkt von den etablierten Parteien abwenden. Welchen Stellenwert nimmt für dich da ein Wahlbündnis zwischen Grünen und anderen Kräften ein?

Es ist richtig, daß wir heute keinesfalls davon ausgehen können, daß wir bei Bundestagswahlen im März den Sprung über die 5 %-Hürde schon in der Tasche haben, wie wir das vielleicht noch im August oder September geglaubt haben. Eine wesentliche Aufgabe wird es deshalb sein, das zentrale Problem der letzten Monate, die Arbeitslosigkeit, aufzugreifen und unsere Vorstellungen, die wir auf der Bundesversammlung im November diskutieren werden, in die öffentliche Debatte einzubringen und in den Vordergrund zu rücken.

Zur Frage eines Wahlbündnisses, wie immer das im einzelnen juristisch aussehen mag, unterstütze ich weitgehend den Beschluß des grünen Bundesvorstandes. Ich hielte es für unklug, jetzt neue Parteien oder parteiähnliche Strukturen zu schaffen, sondern wir sollten, dem Grundsatz der Grünen folgend, mit offenen Listen antreten. Dabei soll es sich um echte offene Listen handeln, d.h. daß wirklich Gruppen und Personen, die nicht bei den Grünen Mitglied sind, aber trotzdem inhaltlich in weiten Bereichen mit uns übereinstimmen. Auch sollen vorher bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung, d.h. dem Schwerpunktprogramm, das zur Bundestagswahl entwickelt wird sowie bei der Organisierung des Wahlkampfes diejenigen Gruppen und Menschen, die Interesse haben mitzuarbeiten, einbezogen werden.

Du bist aber auch der Meinung, daß die Grünen heute nicht das ganze Spektrum abdecken, das für eine alternative Wahlentscheidung ansprechbar ist?

Ja, aber das können die Grünen nicht und das wollen sie auch nicht. Wir haben ja in den letzten Jahren ein eigenes Profil entwickelt und das bedeutet auch, daß man nicht alle Positionen links von der SPD abdecken kann. Im Moment, wo man ein gewisses Profil gewinnt, gibt es auch Leute, die anderer Meinung sind und sich nicht von den Grünen vertreten fühlen. Ich finde es eigentlich auch richtig, daß man von dem Ziel der ständigen Sammlung wegkommt zu einer Gruppe, einer Organisation, die sich wirklich auf eine neue politische Grundlage stellt. Das war für mich mit eine Zielsetzung bei den Grünen, als Antwort auf die aktuellen Herausforderungen eigenständige politische Aussagen zu formulieren, deren Richtung unter Umständen von anderen, traditionellen Gruppen nicht mitvollzogen werden können. Und ich habe auch das Ziel, daß diese Entwicklung durch augenblickliche Wahlkämpfe nicht unterbrochen wird. Nur wenn wir an eigenständigen Aussagen festhalten, die im ökologischen Ansatz begründet sich, dann haben wir die Chance, wirklich ein Wählerpotential anzusprechen, das von der SPD nicht mehr erreicht werden kann.

Siehst du nicht das Problem, daß im Zuge der Verschärfung sozialer Kämpfe das Protestpotential, das durch die Grüne Partei und Programmatik nicht ansprechbar ist, immer größer wird? Wird hier nicht durch die strikte Ablehnung des Wahlbündnis-Gedankens der Weg verstellt, auch diese Menschen bei der nächsten Bundestagswahl anzusprechen?

Für uns ist es ein zentraler Gedanke, daß die soziale Frage zur ökologischen dazugehört und die Lösung dieser sozialen Frage Vorbedingung ist für die Lösung der ökologischen Probleme. Und von da ausgehend sehe ich keinen Widerspruch, diese Probleme, die da jetzt auftreten, innerhalb der Grünen aufzugreifen, im Gegenteil, wir haben das ja schon gemacht. Wichtig ist allerdings, daß man den Zusammenhang dieser beiden Fragen erkennt, denn sonst läuft man Gefahr, auf alte Rezepte zu verfallen, die teilweise von der SPD, aber auch links von der SPD verfolgt worden sind, also z.B. der Versuch, mehr zu verteilen, den Haushalt aufzublähen und mit Wachstum die Probleme zu lösen, wir müssen eben an die gesellschaftlichen Ursachen herangehen.

Welche Bedingungen müßten deiner Meinung nach von seiten der Grünen an Nicht-Grüne Kandidaten gestellt



Dieter Burgmann

ist Betriebsrat bei der MAN in Nürnberg, begann seine politische Arbeit in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), gründete in den siebziger Jahren zusammen mit August Haußleiter und anderen die AUD in Bayern, die dann später in die Grünen aufging. Seit dem Dortmunder Parteitag (1980) ist er Mitglied und einer der drei Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, damals erhielt er in einer Stichwahl gegen Herbert Gruhl die Mehrheit der Delegiertenstimmen.

Fortsetzung von voriger Seite

werden. Ich denke da z.B. an deinen heftig umstrittenen Beitrag in der »taz« zur Gewaltfrage. Wäre das Bekenntnis zur absoluten Gewaltfreiheit für dich eine solche Voraussetzung?

Ja. Die Gewaltfrage in der Richtung, wie wir sie als Grüne verstehen, also nicht als eine grundsätzliche Ideologie oder religiöse Position, wie sie teilweise auch von Grünen vertreten wird, sondern als Maxime unseres Handelns innerhalb der Liste bzw. innerhalb der Grünen. D.h. daß wir uns als Grüne zur Gewaltfreiheit bekennen in unserem Handeln, in unserem politischen Vorgehen.

Also Gewaltfreiheit als einzig richtige Widerstandsform in unseren politischen Verhältnissen?

Ja, denn das gehört zu den Grundpositionen der Grünen. In diesen Grundpositionen muß Übereinstimmung auch mit den Kandidaten bestehen, die als Nicht-Grüne auf unseren Listen aufgestellt werden wollen. Dazu gehören die vier Grundpositionen, Basisdemokratie, daß man dem ökologischen Ansatz der Grünen nicht widersprechen kann, wenn man gemeinsam mit den Grünen kandidieren will, die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der weltweiten Solidarität in Form einer wirtschaftlichen Zielsetzung, die auf Änderung der bestehenden Strukturen hinarbeitet.

Nun gibt es aber auch innerhalb der Grünen keine einheitliche Meinung darüber, was nun genau unter Gewaltfreiheit zu verstehen ist.

Die Differenzen treten auf, wenn man fragt, wie sieht's aus in der Dritten Welt, in Nikaragua und dergleichen. Das ist aber eine Frage, die sich nicht für ein Wahlbündnis stellt. Sondern da geht es nur darum, was betrachten wir als Maxime unseres Handelns und da sind sich die Grünen einig. Das läßt sich ohne weiteres in Form von Erklärungen und Resolutionen in den offenen Listen festnageln, da sehe ich kein Problem.

Da könnte ich mir aber vorstellen, daß es schon bei Kandidaten der GAL schwierig werden könnte.

Ich kenne jetzt die Personen und Positionen der GAL nicht im einzelnen, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß es da besondere Schwierigkeiten geben könnte. Denn in dem Augenblick, wo man sich hier in eine Wahlauseinandersetzung begibt, in dem Moment beschreitet man doch einen Weg, der versucht, ohne Gewalt Veränderungen herbeizuführen.

Mir geht es jetzt eigentlich nicht um eine Diskussion um die Gewaltfrage, sondern mehr darum, herauszufinden, wie groß die Bereitschaft der Grünen sein wird, eine wirkliche Erweiterung ihres Spektrums zuzulassen. Denn diese Bereitschaft wird in einigen Stellungnahmen Alternativer Listen erheblich angezweifelt.

Es muß in jedem Fall eine gemeinsame Plattform dasein und gemeinsame Handlungsvorstellungen, wenn man

sein wird, eine wirkliche Erweiterung ihres Spektrums zuzulassen. Denn diese Bereitschaft wird in einigen Stellungnahmen Alternativer Listen erheblich angezweifelt.

Es muß in jedem Fall eine gemeinsame Plattform dasein und gemeinsame Handlungsvorstellungen, wenn man

später in Parlamenten sitzt. Und da muß es eben einen gewissen Grad von Gemeinsamkeiten geben, der für uns zunächst mal in den Grundpositionen verankert ist. Das ist für uns die Ausgangslage, von der sich die Punkte ergeben, in denen man dann über Gemeinsamkeiten reden kann. Tatsache ist eben auch, daß in den letzten Jahren sich die Entwicklung ziemlich geklärt hat, daß sich im allgemeinen diejenigen, die für Wahlbeteiligung, für parlamentarische Arbeit überhaupt sind, innerhalb der Grünen gefunden haben. Zu den anderen Gruppen, die dann noch relevant sind, bestehen eben erhebliche Unterschiede. Insofern sehe ich auch die Möglichkeit der Erweiterung nicht in erster Linie in den bestehenden politischen Gruppierungen, die neben den Grünen arbeiten, z.T. mit ganz anderen Gewichtungen, sondern ich sehe in erster Linie die Möglichkeit der Erweiterung im ganzen Bereich der Bürgerinitiativen und politisch nicht gebundenen Menschen und Gruppen, der Friedensbewegung. Es muß unsere besondere Aufgabe sein, Menschen zu gewinnen, die bisher nicht festgelegt sind, die sich auch nicht unbedingt in eine Partei einbinden mögen, mit denen es aber eine weitere Übereinstimmung gibt. Im Gegensatz dazu halte ich den alten linken Traum von einem großen Wahlbündnis à la Volksfront für eine Illusion. Denn in einem solchen Bündnis werden so große Meinungsunterschiede bestehen, daß die Reibungsverluste innerhalb dieses Bündnisses größer sind, als die Möglichkeit der Zusammenarbeit und der Darstellung einer gemeinsamen Position nach außen.

Dieter, wir danken Dir für das Gespräch.

KB/Gruppe Nürnberg

(Das Interview wurde am 20.10.82 geführt)

Arbeiterlinke und Grün-Alternative

Interview mit Hermann Mühleisen, „plakat"-Betriebsrat bei Daimler-Benz

AK: In Hessen hat die SPD Stimmen aus der Arbeiterbasis wieder verstärkt an sich binden können. Die Grünen waren nicht in der Lage, hier etwas Entscheidendes dagegenzusetzen. Welche Ausstrahlungskraft in die Betriebe und Gewerkschaften hinein haben Grüne und Alternative deiner Meinung nach, und wie läßt sich das entwickeln?

Hermann: Eine sehr geringe Ausstrahlung. Wer auf dem Weg zu einer alternativen Gesellschaft nicht mit aller Entschiedenheit auf die Ursachen unserer gesellschaftlichen Misere verweist, der opfert die Hoffnung, man könne den Kapitalismus reformieren und funktionsfähig erhalten, die entscheidenden Impulse, die erste Voraussetzung sind, um soziale Not und Verelendung zu verhindern.

Eine alternative Wahlbewegung hat nach meiner Meinung auf Dauer bei den Kollegen im Betrieb Erfolg, wenn es gelingt, den Urheber von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zu entlarven. Es genügt nicht, wenn man auf die entstandenen Ökologieprobleme aufmerksam macht, aber nur halbherzig zu gewerkschaftlichen Forderungen wie der 35-Stunden-Woche steht.

Bei den Grünen gibt es ja eine starke Strömung, die Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich befürwortet.

Die Arbeitszeitverkürzung ist ein unverzichtbarer Schritt im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Ebenso wichtig ist der volle Lohnausgleich, auch für die besser verdienenden Lohnabhängigen. Ein Abkoppeln der Besserverdienenden vom Lohnausgleich — wie's die Grünen verlangen — würde diesen Kolleginnen und Kollegen beträchtlichen Schaden bringen und die Solidarität stören. Ganz abgesehen davon drückt ein Verzicht auf Lohnausgleich aus, daß sich hinter diesem Gedanken die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit und somit auch Unternehmerlogik verbirgt.

Vielleicht nochmal zurück zum Wahlergebnis in Hessen.

In Hessen haben die Arbeiter trotz Startbahn West, trotz der Rotstift-Politik der CDU und auch der SPD wieder einmal mehr bewiesen, daß es

Vielleicht nochmal zurück zum Wahlergebnis in Hessen.

In Hessen haben die Arbeiter trotz Startbahn West, trotz der Rotstift-Politik der CDU und auch der SPD wieder einmal mehr bewiesen, daß es

bis heute keine politische alternative Wahlbewegung gibt, die ihr Vertrauen verdient. Die Grünen jedenfalls haben immerhin den Sprung in den hessischen Landtag geschafft. Die Erwartung vieler linker Genossen, auch ohne größere eigenständige Kraft zu einem Wahlbündnis zu kommen, hat sich als Illusion erwiesen und enttäuscht mich nicht — zu groß sind bei vielen Grünen die Berührungsängste mit den linken Gruppierungen, die ein Bündnis wünschten.

Hier sehe ich dann auch die Gefahr, daß entgegen der Hoffnung vieler mit sozialistischen Ansprüchen in die grüne Partei Eingetretenen, daß sie entweder die Partei wieder verlassen müssen, oder aber sozialistische Zielrichtungen aufgeben. Damit wäre auf längere Sicht die grüne Partei in die Rolle einer linken FDP geschlüpft.

Welches programmatische Gepräge müßte ein linksalternatives Bündnis haben, um für breite Arbeiterschichten unterstützenswert (nicht nur auf Wahlebene) zu sein? An welchen Elementen „grüner" Politik können wir dabei anknüpfen, wo müssen wir grüne Positionen bekämpfen? Dein „plakat"-Genosse Willi Hoss hat sich schon 1980 den Grünen angeschlossen, warum du nicht?

Programme sind schon so viele gemacht worden und man hoffte als Genosse, damit Anhänger zu finden. Man war von der Richtigkeit überzeugt. Ich bin heute noch überzeugt, daß man die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nur beseitigen kann, wenn der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht beseitigt wird, wenn materielle und geistige Privilegien beseitigt werden. Das sind Positionen, auf die man nicht verzichten darf. Hier heißt es, grüne Positionen, die dieses Thema aussparen, zu widerlegen — das Wort „bekämpfen" möchte ich hier tunlichst vermeiden. Ich glaube, mit dieser Darstellung ist deutlich geworden, warum ich nicht Mitglied der Grünen bin.

Du sagst, materielle und geistige Privilegien sollen beseitigt werden. Diese Positionen, die du als unverzichtbar bezeichnest, sind bei den Grünen aber überhaupt nicht anerkannt. Beispielsweise sagt selbst ein Betriebs-Grüner wie Willi Hoss, daß „mit Verteilungskämpfen wie üblich hier noch nicht einmal ein Arbeitsplatz zu retten ist". Er sagt in der Zeitschrift „links" (5/82): „Ich glaube nicht, daß sich aus dem Verteilungskampf der Arbeiter gegen den Unternehmer Veränderung ergibt, ich glaube eher, daß die Arbeiter ökologisches Bewußtsein bekommen müssen."

Wie vertragen sich solche unterschiedlichen Positionen zum einen in eurer konkreten Betriebsarbeit, zum anderen hinsichtlich eines eventuellen Wahlbündnisses?

Wenn mein Kollege Hoss die üblichen Verteilungskämpfe als untaugliches Mittel bezeichnet, so drückt dies aus, daß er eben nicht daran glaubt, daß mit diesen Mitteln eine Systemüberwindung möglich sei. Vor allem dann nicht, wenn die Initiatoren dieser Kämpfe in SPD und Gewerkschaftsführung die Zielsetzung oder Beginn und Ende der Aktionen bestimmen. Hier gibt es zwischen ihm und mir wesentliche Übereinstimmung. Die Arbeit der „plakat"-Gruppe sehe ich nicht wesentlich gestört durch unterschiedliche Standpunkte, zu beklagen wäre jedoch, wenn die bisherigen Positionen der Gruppe aufgegeben würden, so die harte Kritik an den Gewerkschaftsapparaten, die sich zwar durch verbalen Wortradikalismus auszeichnen, aber sich sonst wachstums- und systemorientiert zeigen.

„Ein alternatives Wahlbündnis halte ich für die große Chance der Linken,"

„Ein alternatives Wahlbündnis halte ich für die große Chance der Linken,"

..setzt aber voraus, daß systemtragende Positionen der Gewerkschaften bekämpft werden. Für wichtig halte ich auch den Widerstand gegen, oder die Überwindung von Zensur und Gewerkschaftsausschlüssen von aufmüpfigen und kritischen Gewerkschaftern.

Innerhalb der Grünen gibt es auch eine starke Fraktion um Rudolf Bahro, die den Kampf um Arbeitsplätze in einem Stahlwerk oder in einem Automobilwerk ausdrücklich ablehnen. Bahro spricht sich in seinem neuen Buch („Wahnsinn mit Methode", Verlag Olle & Wolter) sogar dafür aus, ähnlich wie bei Atomkraftwerken auch vor Autofabriken zu demonstrieren, „wo doch der Schaden ihres Ausstoßes unmittelbar und kurzfristig viel größer und mörderischer ist, als der der Atomkraftwerke."

Den Kampf um Arbeitsplätze zu führen, ist sicherlich nur sinnvoll, wenn das Produkt auch gesellschaftlich verwertbar ist. Es ist wichtig, sich Klarheit darüber zu verschaffen, für wen und was produziert wird. Ich habe volles Verständnis für Grün-Alternative, wenn sie diese Fragen nach dem Sinn des Produzierens aufwerfen.

Wenn eine Überproduktion von Autos vorliegt, führt diese Überproduktion zwangsläufig zu Autohalden, und ich habe kein Interesse, weitere Arbeitsplätze in diesem Bereich zu verlangen. Was den Wert des Autos angeht, meine ich schon, daß es unterschiedliche Meinungen geben kann. Ich jedenfalls sehe im Auto einen Gebrauchswert, auf den ich nicht verzichten möchte. Es ist auch nicht notwendig, vor Autofabriken zu demonstrieren, …



Willi Hoss, Mario d'Andrea und Hermann Mühleisen (v.l.)

„...die Reduzierung der Produktion wird von denen vorgenommen, die ihr Kapital in andere Projekte stecken,..."

...die dann wieder profitabler sind.

Am 30.10. haben 150.000 Kolleginnen und Kollegen in Stuttgart demonstriert, gegen Wirtschaftskrise und Sozialabbau. Eine größere Demo gab es hier noch nie. Ist das nur Teil von „Verteilungskämpfen wie üblich", die „noch nicht einmal einen Arbeitsplatz retten" — oder steckt mehr dahinter?

Die Demo vom 30.10. hat mich von der Größe her überrascht. Sicher drückt sich hier aus, daß die Angst um den Arbeitsplatz breite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat, aber auch die Aktivitäten von Initiativen wie z.B. „Gegen Sozialabbau" („Initiative Soziale Sicherheit" — ISS) haben Wirkung gezeigt.

Das Ziel der Initiatoren ist, die Voll-

sich hier aus, daß die Angst um den Arbeitsplatz breite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat, aber auch die Aktivitäten von Initiativen wie z.B. „Gegen Sozialabbau" („Initiative Soziale Sicherheit" — ISS) haben Wirkung gezeigt.

Das Ziel der Initiatoren ist, die Voll-

beschäftigung zu erreichen. Sie wissen aber auch, daß sie dieses Ziel nicht erreichen; im Gegenteil, sie teilen die Befürchtung, daß die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Appelle an die Regierung werden deshalb nichts nützen. Ebensowenig die Orientierung auf die „geläuterte SPD", die ja nun wieder klassenbewußt antikapitalistische Politik machen würde.

Daß man mit diesen Demonstrationen nicht einen einzigen Arbeitsplatz rettet, sagt nichts darüber aus, in welchem Maße Euphorie und Hoffnung in Resignation umschlagen oder aber — was ich hoffe — die Alternativen verstärkt Zulauf bekommen. Die Alternativen, die klarstellen, daß das gesellschaftliche Wohl nicht erreichbar ist unter Beibehaltung dieser Art von Profitwirtschaft, nicht erreichbar mit einer Privatwirtschaft, die ihre Investitionen dort tätigen kann, wo sie will. Zum Beispiel im Rüstungsgeschäft. Oder die freigesetzten Kapitalien kompromißlos zur Vernichtung von Arbeitsplätzen einsetzt (Verdrängungswettbewerb).

Innerhalb der „Demokratischen Sozialisten" gibt es die Auffassung, daß es in der gegenwärtigen historischen Phase nicht um eine besondere Politik der Sozialisten im Unterschied zu anderen fortschrittlichen Strömungen geht, sondern daß der Kampf gegen den Rechtsblock gemeinsam zu führen ist, woraus die Unterstützung der Grünen durch die DS bei anstehenden Bundestagswahlen abgeleitet wird. Wie siehst du das?

Gemeinsam sind wir stark, an dieser gewerkschaftlichen Losung kann sich keiner vorbeimogeln. Diese Losung ist für Sozialisten gerade das Gebot der Stunde. Da in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einer alternativen Politik wächst, bedarf es dazu keiner neuen sozialistischen oder besonderen Politik. Die sozialfeindliche, umweltgefährdende, friedensbedrohende und antidemokratische Politik der Herrschenden erfordert geradezu, alle Anstrengungen zu unternehmen, eine Wahlplattform zu finden, die auch die Chance bietet, zusammen mit den Grünen für die Bundestagswahlen zu kandidieren.

In der aktuellen Diskussion wird unter anderem 'vorgeschlagen'
— eine „offene grüne Liste (unter Einbeziehung nicht-grüner Kandidaten nach Gutdünken der Grünen),
— eine gemeinsame Wahlpartei von Grünen, Alternativen und Sozialisten (REVIER-Vorschlag).

Eine neue Wahlpartei, so wie es die REVIER-Zeitung vorschlägt, käme meiner Vorstellung am nächsten.

Vielen Dank für das Interview.

Für den AK sprach Jürgen/Stuttgart. 2.11.82

Vielen Dank für das Interview.

Für den AK sprach Jürgen/Stuttgart. 2.11.82

Zur Person

Hermann Mühleisen gehört zu den Begründern der „plakat"-Betriebsgruppe bei Daimler-Benz/Stuttgart. Schon 1957 war er Vertrauensmann. Die Gruppe fand sich in den 60er-Jahren zusammen, ihr Kern bestand aus Mitgliedern der verbotenem KPD. Nach der Okkupation der CSSR erfolgte jedoch ein Bruch mit der „Nachfolgeorganisation" DKP.

Aus Protest u.a. gegen die mangelnde Demokratie im Gewerkschaftsapparat trat die Gruppe 1972 zum ersten Mal selbständig zur BR-Wahl an und erreichte auf Anhieb 28%. Umgehend erfolgte der Ausschluß aus der IG Metall.

Bei den folgenden BR-Wahlen (1981: 31%) konnte „plakat" seine Stellung festigen. Zwischenzeitlich hat „plakat" auf Wiederaufnahme geklagt und erstinstanzlich Recht bekommen. Die IG Metall geht jedoch in die Revision.

Die Gruppe ist pluralistisch zusammengesetzt. Deutliches Zeichen dafür ist, daß einerseits Willi Hoss bei den Grünen aktiv ist (und vielleicht bald im Bundestag sitzt ?), andererseits sich Hermann Mühlheim den „Demokratischen Sozialisten" angeschlossen hat.

Hermann vertritt im Interview deswegen nicht die Meinung von „plakat", sondern seine persönliche.

Die USPD in der Novemberrevolution

Die Entwicklung der USPD (TeilIV)

Im vierten Teil dieser Artikelserie über die Entwicklung der USPD soll die Politik dieser Partei in der gescheiterten Novemberrevolution 1918 genauer untersucht werden. Es kommt uns dabei weniger auf eine chronologische Darstellung der USPD-Politik in dieser Zeit an, als vielmehr darauf, an einigen zentralen Punkten den politischen Charakter dieser Politik deutlich zu machen. Hierzu sollen wieder die Positionen der alten Mutterpartei SPD wie auch der Spartacusgruppe als linkem Pol kurz dargestellt werden, da sie mit die wichtigsten Bezugspunkte in dem politischen Spannungsfeld bildeten, in dem die USPD agieren mußte.
Die ersten Teile dieser Artikelserie erschienen in AK 221: Entwicklung der oppositionellen Strömungen in der SPD bis zum Dezember 1915; AK 222: Von der Ablehnung der Kriegskredite zur USPD-Gründung im April 1917; AK 224: Die Positionen der USPD zum Krieg, Burgfrieden und Beendigung des Krieges.

Nach langem Zaudern hatte sich Anfang 1917 die linke SPD-Opposition von der Partei getrennt und eigenständig organisiert, ohne jedoch die geistigen Bindungen zur I d e o l o g i e des Sozialdemokratismus gekappt zu haben. Für einen Teil ihrer Gründer war gerade der Wille, diese Ideologie zu konservieren, eine maßgebliche Triebkraft der "Parteigründung wider Willen" gewesen: angesichts des Kriegskurses der SPD und der enorm anwachsenden und sich radikalisierenden Opposition war dies nur durch eine planmäßige, kontrollierte o r g a n i s a t o r i s c h e Absetzbewegung von der SPD möglich. Daß diese Linkswende dem Radikalisierungsprozeß der Massen entsprach, zeigte sich in dem schnellen Wachstum der USPD, die innerhalb kürzester Zeit zu einer Massenpartei heranwuchs. Wie in AK 224 anhand der USPD-Positionen zu Krieg und Frieden aufgezeigt, achtete sie aber stets darauf, daß der politische Kern ihrer teilweise recht radikalen Äußerungen sich nie allzuweit von der SPD entfernte. Auch dann, wenn aufgrund des Drucks der Mitglieder und der Massen radikalere Töne und Aktionen notwendig wurden, blieb stets - sehr bewußt - die Distanz zu den radikaleren und revolutionären Forderungen und Aktionen der Spartacusgruppe (die der USPD beigetreten war) deutlich.

Anfang 1918 wurde die Lage für das Deutsche Reich immer hoffnungsloser: der Kriegseintritt der USA im April 1917 und das Scheitern des totalen U-Boot-Krieges machten deutlich, daß der Sieg nicht mehr zu erringen war. Im Inneren machte die wirtschaftliche Zerrüttung und die Verelendung der Bevölkerung rasante Fortschritte. Im Oktober 1917 hatte das russische Proletariat gezeigt, daß Revolution und Sozialismus nicht nur große Worte zu sein brauchen, sondern durch entschlossenes Handeln der Unterdrückten auch tatsächlich Realität werden können. Die USPD, der die Solidarität vieler ihrer Freunde und Anhänger mit der russischen Revolution nicht verborgen blieb, sandte der Sowjetregierung ein

tatsächlich Realität werden können. Die USPD, der die Solidarität vieler ihrer Freunde und Anhänger mit der russischen Revolution nicht verborgen blieb, sandte der Sowjetregierung ein

Telegramm, in dem sie das russische Proletariat zur Eroberung der politischen Macht beglückwünschte und die Hoffnung aussprach, daß es ihm gelingen werde, unterstützt vom Proletariat der anderen Länder, rasch einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen ("Entschädigungen") herbeizuführen. Die Oktoberrevolution sei ein *"Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung"*. (1)Daraus den Schluß zu ziehen, auch für Deutschland die "russische Methode" als Weg zur Beendigung des Krieges zu propagieren, vermied sie allerdings tunlichst. Forderungen wie die der Spartacusgruppe, *"der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen"* (2), sucht man bei der USPD jedenfalls vergeblich. Von führenden USPDlern wurde dieser Weg ausdrücklich abgelehnt, so von Eugen Prager:

"Nur die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf ein Ziel, die Verwirklichung der sozialen Demokratie, konnte damals die Herrschaft der Arbeiterklasse sichern; nicht durch die Zertrümmerung der Produktivkräfte wie in Rußland, sondern nur durch ihre Erhaltung und ihre Sozialisierung konnten die unendlichen Schwierigkeiten überwunden werden."(3)

Der Januarstreik

Bereits Anfang Januar 1918 rief die Spartacusgruppe auf, sich zum Massenstreik zu rüsten, wobei es zu einer engen Zusammenarbeit mit dem linken USPD-Flügel, vor allem den revolutionären Obleuten kam. Trotz wachsenden Drucks vermied es die USPD-Führung, sich ebenfalls für den Massenstreik auszusprechen. Der Aktionsausschuß der revolutionären Obleute, der vor allem in den Berliner Metall- und Rüstungsbetrieben großen Rückhalt hatte, rief schließlich für Ende Januar zum Streik auf. Unter den Parolen "Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" folgten allein in Berlin etwa 500.000 Arbeiter dem Aufruf. Es wurde ein Arbeiterrat gebildet, in den auf Vorschlag der Obleute je drei Mitglieder von USPD und SPD aufgenom-

der Regierung!" folgten allein in Berlin etwa 500.000 Arbeiter dem Aufruf. Es wurde ein Arbeiterrat gebildet, in den auf Vorschlag der Obleute je drei Mitglieder von USPD und SPD aufgenom-

men wurden. Neben der USPD, die sich vor Beginn des Streiks abwartend bis abwieglerisch verhalten hatte, erhielt so auch die rechte SPD-Führung (Braun, Scheidemann und Ebert) direkten Einfluß auf die Streikbewegung, letztere *"mit der bestimmten Absicht, ... den Streik zum schnellen Abschluß zu bringen."* (F. Ebert, 4)

Am 4. Februar brach der Streik zusammen. Das klare Bewußtsein der SPD, ihren Beitrag zur inneren Stabilität des Reiches beigetragen zu haben, dokumentiert Scheidemann in einer späteren Rede:

"Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen. Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelte Bahnen gelenkt. Man sollte uns eigentlich dankbar sein ..." (5).

Für die Bewertung der USPD-Politik in den folgenden Monaten scheint uns der Januarstreik aus zwei Gründen nicht unbedeutsam: Zum einen dokumentiert er die nach wie vor sehr starke politische Bindung der Unabhängigen, inklusive ihres radikalen Flügels der Obleute, an die SPD. Zum anderen hatten die Unabhängigen hier erneut die Erfahrung machen müssen, aus welchen Gründen und Motiven sich die SPD an die Spitze einer Bewegung zu setzen versucht: um das Schlimmste zu verhüten, alles "in geregelte Bahnen" zu lenken, der Bewegung die Spitze abzubrechen. Diese Erfahrungen müssen u. E. bei der Bewertung des Verhältnisses der Unabhängigen zur SPD in den Novemberwochen berücksichtigt werden.

Die Strömungen in der USPD

Schon seit ihrer Gründung war die USPD ein Sammelbecken unterschiedlicher politischer Strömungen gewesen, deren gemeinsamer Nenner im Grunde nur in der Ablehnung der Kriegspolitik der SPD bestand. Unter dem Druck der sich radikalisierenden Arbeiterbewegung, der Januarstreiks, der russischen Oktoberrevolution, dem drohenden militärischen Zusammenbruch und dem Heranreifen einer revolutionären Krise in Deutschland hatten sich auch in der USPD die Strömungen deutlicher differenziert. Als Hauptströmungen, die sich überlagerten und nicht exakt gegeneinander abgrenzbar waren, lassen sich grob 4 Gruppen benennen:

a) Der Parteivorstand um Haase, Dittmann, Hilferding und Ledebour. Sie waren den alten sozialdemokratischen Traditionen verhaftet und prägten weitgehend das offizielle Bild der USPD (Aufrufe, Parlamentsarbeit). Dittmann und Ledebour rechneten sich

waren den alten sozialdemokratischen Traditionen verhaftet und prägten weitgehend das offizielle Bild der USPD (Aufrufe, Parlamentsarbeit). Dittmann und Ledebour rechneten sich

selbst zur Parteilinken.

b) Anhänger der sozialdemokratischen Einheit: vor allem Kautsky, Bernstein, Ströbel. Sie hatten die organisatorische Trennung von der SPD nur widerwillig mitvollzogen und betrachteten die USPD nur als Zwischenstadium, um die von der SPD enttäuschten Massen für die Ideologie des Sozialdemokratismus zu retten und ihr Überlaufen zu den Ideen der Spartacusgruppe zu verhindern. Nach Ende des Krieges sahen sie *"keinen entscheidenden Grund mehr für ein Verharren in der organisatorischen Trennung von den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, die bei der Mehrheitssozialdemokratie geblieben waren. Ihre Veröffentlichungen machten keinen Hehl daraus, daß ihnen die Wiederzusammenführung der sozialdemokratischen Massen als die vordringlichste Aufgabe erschien."* (6). Im Sommer 1918 verstärkten sie ihre Angriffe gegen die Spartacusgruppe und die russischen Bolschewiki und versuchten, auch den Vorstand für diese Kampagne zu gewinnen.

c) Die revolutionären Obleute (R. Müller, E. Barth, E. Däumig). Sie etablierten sich während des Krieges in Berliner Betrieben, in denen sie über einen starken Rückhalt verfügten (besonders in der Metall- und Rüstungsindustrie). In ihrer revolutionären Haltung standen sie der Spartacusgruppe erheblich näher als dem Parteivorstand und waren maßgeblich - entgegen dem Zaudern des Vorstandes - an der Initiierung des Januarstreiks beteiligt.

d) Die Spartacusgruppe, die der USPD unter Wahrung ihrer organisatorischen und politischen Selbständigkeit beigetreten war. Obwohl sie ihren Einfluß in den Kriegsjahren ausgebaut hatte und

d) Die Spartacusgruppe, die der USPD unter Wahrung ihrer organisatorischen und politischen Selbständigkeit beigetreten war. Obwohl sie ihren Einfluß in den Kriegsjahren ausgebaut hatte und

einige ihrer Führungspersonen - Luxemburg, Zetkin, Liebknecht, Jogiches - großes Ansehen in der Arbeiterschaft genossen, war sie von einer Organisation mit Masseneinfluß doch noch weit entfernt. Ihr Einfluß auf dem Rätekongreß im Dezember 1918 war z. B. verschwindend gering.

Die SPD als Nothelferin der Bourgeoisie

Ende September/Anfang Oktober 1918 stand der militärische Zusammenbruch unmittelbar vor der Tür. Um ihre Macht zu retten und eine revolutionäre Entwicklung doch noch zu verhindern, wurde mit kaiserlichem Erlaß eine sogenannte Parlamentarisierung verkündet; der angeblich liberale Prinz Max von Baden wurde zum Reichskanzler berufen und die SPD in die Regierung aufgenommen. Die bisherige Politik der SPD ließ die Herrschenden — zu Recht — nur Gutes von einer solchen Maßnahme erwarten.

"Ebert schilderte (auf der Sitzung der Reichstagsfraktion am 2. Oktober) den großen Ernst der Situation, die schnelle Entseheidungen erfordere. Er betonte die Pflicht jeder Partei, dem Volke in diesen unendlich entscheidungsschweren Tagen seine Kraft in jeder Beziehung zur Verfügung zu stellen. Er empfiehlt die Zustimmung zur Kandidatur des Prinzen Max und unseren Eintritt in die Regierung, wobei wir betonen werden, daß wir damit die Verantwortung für die bisherige Politik nicht mit übernehmen." (7).

Was das konkret bedeutete, erhellt ein in einer Gewerkschaftszeitung unter der Überschrift „Das Gebot der Not" veröffentlichter Artikel, in dem es heißt: *„Deutschland ist in schwerster Not... Den Gefahren muß natürlich zunächst mit allen militärischen Abwehrmitteln begegnet werden. Bricht die Westfront, . dann ist alles verloren... Soll Deutschland noch mehr leisten als bisher, ... dann müssen Wille und Gesinnung einen neuen Aufschwung erfahren... In diesem Sinne hat die deutsche Sozialdemokratie die Führung der nationalen Verteidigung übernommen, als sie sich zum Eintritt in die Regierung bereit erklärte... Nicht um die Klassenlage des Proletariats zu heben, nicht um die Macht der politisch organisierten Arbeiterklasse zu erhöhen, bestehen wir auf der sofortigen Erfüllung unserer Forderungen, sondern weil ... ohne den sofortigen Übergang zur Demokratie der Schutz des Landes nicht mehr sicher ist... Die Absicht geht lediglich dahin, der deutschen Notwehr neuen Schwung zu verleihen..."* (8).

> *„Ruhe! Ordnung! Ordnung! Ruhe! So hallt es von allen Seiten, aus allen Kundgebungen der Regierung, so jubelt das Echo aus allen bürgerlichen Lagern. Das Gezeter gegen das Gespenst der 'Anarchie' und des 'Putschismus', die bekannte Höllenmusik des um Kassenschränke, Eigentum und Profite besorgten Bourgeois ist die lauteste Not des Tages, und die revolutionäre Arbeiter- und Soldatenregierung — duldet ruhig diesen Generalmarsch zum Sturm gegen den Sozialismus, ja sie beteiligt sich daran mit Wort und Tat".*
> (Rosa Luxemburg)

Die Parteileitung der USPD reagierte umgehend mit einem Aufruf an die Bevölkerung, der mit der Feststellung begann: *„Der Imperialismus ist bei uns zusammengebrochen. Die Idee des Sozialismus und der Demokratie ist siegreich auf dem Marsch."* Zur Politik der SPD hieß es: *„Die Politik der Sozialdemokratischen Partei, der Ebert und Scheidemann, ..., ist enenso zusammengebrochen wie die der herrschenden Klassen. In dem Moment, da die bürgerliche Gesellschaft in allen Fugen kracht, sind mehrere Sozialdemokraten, so Scheidemann und Bauer, zu Ministern gemacht worden. Die Sozialdemokraten sind so auch offiziell zu Regierungssozialisten gestempelt. Die*

die bürgerliche Gesellschaft in allen Fugen kracht, sind mehrere Sozialdemokraten, so Scheidemann und Bauer, zu Ministern gemacht worden. Die Sozialdemokraten sind so auch offiziell zu Regierungssozialisten gestempelt. Die

Sozialdemokratische Partei ist in die Regierung berufen, um nach dem Zusammenbruch des Imperialismus die bürgerliche Gesellschaft zu stützen. Sie hat die Aufgabe übernommen, die 'nationale Verteidigung' zu organisieren und die bürgerliche 'Ordnung' zu schützen! Sie hat die Forderung der internationalen Kongresse preisgegeben, daß die Katastrophe des Weltkrieges von der Sozialdemokratie ausgenützt werden müsse, an Stelle des kapitalistischen Systems das sozialistische zu setzen... Als internationale Sozialisten erheben wir viel weitergehende Forderungen. Unser Ziel ist die sozialistische Republik. Sie allein ermöglicht es, die Welt von den Verwüstungen des Krieges zu erlösen..." (9). Und Ledebour Ende Oktober im Reichstag noch schärfer: *„Da muß allerdings aufgeräumt werden mit einem eisernen Besen, nicht mit den zusammengebundenen Flederwischen der Mittelstandsparteien dieses Hauses"* (10).

Seiner Meinung nach *„erwachse für die Arbeiterschaft aller Welt die Notwendigkeit, überall die Macht zu ergreifen, um den Sozialismus zur Durchführung zu bringen"*. Die Entwicklung dränge *„geradezu zum Sozialismus hin"* (11).

An diesen Ausführungen, die noch um etliche Beispiele zu verlängern wären, scheinen uns zwei Dinge sehr wesentlich: zum einen die Stellungnahmen der USPD gegenüber der SPD: diese wird — im Oktober 1918! — als offen konterrevolutionär eingeschätzt, als eine der Stützen des herrschenden Systems, als Gegner der Arbeiterklasse. Zum anderen die Einschätzung der Lage und die Benennung der kommenden Aufgaben: die Situation spitze sich zu

Fortsetzung nächste Seite



Aus den Tagen der Novemberrevolution

Fortsetzung von voriger Seite

in Richtung einer revolutionären Situation; die dringendste Aufgabe der Arbeiterklasse — und natürlich der USPD — sei die Errichtung des Sozialismus. Der USPDler Cohn verkündete im Reichstag: ,,*Indem die deutschen Arbeiter sich der Pflicht zur Revolution bewußt werden, werden es auch die Arbeiter anderer Länder*'' (12).

„Revolutionäre Gymnastik"

Am 30. Oktober warfen die Matrosen der Hochseeflotte in Kiel den Funken in das bekannte Pulverfaß, als sie sich weigerten, zu einem letzten Gefecht mit der britischen Marine auszulaufen. Der von der Regierung zur Niederschlagung des Aufstands nach Kiel gesandte Noske (SPD) erkannte schnell den Ernst der Lage und die Aussichtslosigkeit einer militärischen Niederschlagung des Aufstands. Er stellte sich an die Spitze des Aufstands und machte sich selber zum Gouverneur von Kiel: ,,*Im Namen der Matrosen führte er Verhandlungen mit den alten Kommandostellen und schloß gegen die Matrosen einen Pakt mit den Admiralen und Offizieren. Zugleich ging er daran, ein Freicorps zu bilden... So bestand Noske seine erste Probe als Organisator der Konterrevolution*'' (13).

Bei seinen Bemühungen, die Bewegung in ruhigere Bahnen zu lenken, erhielt Noske überraschende Schützenhilfe: ,,*Dabei fand er auch die Unterstützung der örtlichen Führer der USPD, die ihm halfen, sich zum Gouverneur der Ostseestadt zu machen und seinen Einfluß auf die Arbeiter- und Soldatenräte in Schleswig-Holstein auszudehnen. Der Parteivorsitzende der USPD, Hugo Haase, der am 7. November in Kiel eintraf, billigte die Haltung der dortigen Parteileitung und war mit Gustav Noske der Meinung, daß nur durch die Zusammenarbeit der beiden sozialdemokratischen Parteien unabsehbares Unheit vermieden werden könnte*'' (14). Ähnliches geschah in zahlreichen Städten:

— Der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat ,,*stand zunächst unter dem Einfluß der USPD... Die rechten Führer der USPD versuchten mit den bürgerlichen*

— Der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat ,,*stand zunächst unter dem Einfluß der USPD... Die rechten Führer der USPD versuchten mit den bürgerlichen*

Kräften im Senat und mit den Militärs zu paktieren, so daß einige Offiziere, darunter sogar der kaiserliche Garnisonskommandant, in den Soldatenrat gelangen konnte'' (14). In vielen Städten dominierten SPD und USPD in den Räten, bzw. diese wurden nach anderen Quellen ,,fast immer'' von der USPD getragen (15). Nur wenige Tage nach ihren markigen Worten über die ,,Regierungssozialisten'' als ,,Stütze der bürgerlichen Gesellschaft'' war eben diese SPD zum Hauptbündnispartner der Unabhängigen geworden.

Nur in der Hauptstadt Berlin war es bis dahin ruhig geblieben. Hier würde die Vorentscheidung über die weitere Entwicklung des Aufstandes fallen. Die SPD konzentrierte einen Gutteil ihrer Aktivitäten darauf, den Kaiser zur Abdankung zu überreden, um so die Revolution noch zu verhindern. General Groener schilderte eine Unterredung mit der SPD-Spitze so: ,,*Von keiner Seite ist ein Wort gefallen, das darauf schließen läßt, daß die Herren etwa auf eine Revolution hinstreben. Im Gegenteil, von der ersten bis zur letzten Äußerung ist nur davon gesprochen worden, wie man die Monarchie behalten könne, und bezeichnend ist, daß zum Schluß der spätere Reichspräsident Ebert folgenden Vorschlag machte: Die Abdankung des Kaisers sei unumgänglich notwendig, wenn man den Übergang der Massen in das revolutionäre Lager und damit die Revolution selbst verhindern wolle*'' (16).

Auf der anderen Seite drängten die Spartacusgruppe und die revolutionären Obleute, auch in Berlin endlich loszuschlagen. Bereits am 28. Oktober waren für den 3. November Versammlungen und Demonstrationen beschlossen worden, falls nicht sogar größere Aktionen möglich wären. Der USPD-Vorstand lehnte diesen Vorschlag ab!

Liebknecht schreibt in seinen Aufzeichnungen über diese Tage: ,,*Unsere* (d.h. Spartacus') *Auffassung, daß es zwischen den bisher üblichen Demonstrationen und dem revolutionären Endkampf Möglichkeiten, Zwischenstufen gäbe, in denen sich das Heranreifen der Bedingungen für den Endkampf beschleunigen kann, wird wiederum, wie auch bei anderen Beratungen, als revolutionäre Gymnastik ironisiert und abgelehnt*'' (17).

Richard Müller, einer der Leiter der revolutionären Obleute, begründete diese zögernde Haltung damit, daß die Arbeiter für einen Aufstand noch nicht gewinnbar seien, und daß dieser sich daher vermutlich nur auf die fortgeschrittensten Gruppen der Arbeiter stützen könne. Im Rückblick macht er aus diesem Zaudern gar noch eine politische Strategie: ,,*Wenn in Berlin der Umsturz erst am 9. November kam, so liegt darin nicht eine Schwäche der revolutionären Bewegung, sondern eine Stärke, ein Beweis dafür, in welchem Maße die Bewegung in den Händen einer revolutionären Führung lag, die den Ereignissen nicht vorzugreifen brauchte*'' (18).

Selbst wenn man gutwillig diese Haltung bis Anfang November noch als Zaudern und Zaghaftigkeit kennzeichnen will, so ist dies noch für die Tage nach dem Kieler Aufstand nicht mehr hinreichend. Der Aufstand war in wenigen Tagen auf das ganze Reich übergesprungen; das ganze Land w a r t e t e förmlich auf Signale aus der Hauptstadt, deren Haltung — wie die USPD-Führer selber zugaben — von entscheidender Bedeutung war. D.h. ein schnelles Reagieren der Berliner Parteien und Arbeiter hätte den Aufstand vorangetrieben!

> *,,Das Bild der deutschen Revolution entspricht der inneren Reife der deutschen Verhältnisse! Scheidemann-Ebert sind die berufene Regierung der deutschen Revolution in ihrem heutigen Stadium. Und die Unabhängigen, die mit Scheidemann-Ebert zusammen Sozialismus machen zu können glauben, die jenen in der 'Freiheit!' feierlich attestieren, daß man gemeinsam mit ihnen eine 'rein sozialistische Regierung' bilde, qualifizieren sich damit selbst als die berufenen Mitträger in diesem ersten provisorischen Stadium''.*
> (R. Luxemburg in der ,,Roten Fahne'' v. 18. Nov. 1918).

Aber selbst angesichts der Auf-

Aber selbst angesichts der Auf-standswelle im ganzen Reich hielten die USPD-Führer ihre abwartende — und damit b r e m s e n d e — Haltung bei. Ein längerer Ausschnitt aus Liebknechts Aufzeichnungen verdeutlicht dies:

,,*3. November, früh L.* (d.i. Liebknecht) *bei Ledebour, Däumig usw., um doch noch für Sonntag oder Montag Arbeiterrat zu berufen, um frühere entscheidende Aktionen durchzusetzen. Am 3. November wird dies in zwei Sitzungen engerer Körperschaft abgelehnt — warten usw. Dabei wird dann L. von den beiden Vorsitzenden (der Obleute) erklärt: Die Verschiebung sei nach ihrer Ansicht nützlich; es seien noch technische Vorbereitungen zu treffen, usw. (...).*

Am 4., 5. November. L.s Verlangen nach Losschlagen vor Montag (11. Nov.) abgelehnt. Donnerstag, Freitag seien Lohnzahlungstage. Da seien die Arbeiter nicht herauszubringen. (...) Am 5. November ... nochmals Beschleunigung angeregt, vor allem auch wegen Kiel usw. — abgelehnt.

Am 6. November. Arbeiterrat: Dringender Antrag L.s, am 8. (Freitag) loszuschlagen. Es kommt weder auf die 'technische' Vorbereitung noch auf die Masse von Flugblättern ... entscheidend an; wenige Exemplare für jeden Betrieb genügend, wenn der Inhalt zündet. Weiteres Zögern höchst bedenklich — wegen der Bewegung im Reiche, der Desorganisations- und Spitzelgefahr sowie der Gefahr, daß sich die Scheidemänner der Bewegung bemächtigen — abgelehnt.

Am 7. November. Sitzung des Parteivorstandes der USP und Beirat mit Vollzugsausschuß. Wir (L. und Pieck) *forderten: Man soll je schneller desto besser vorgehen, auch wenn vor Berlin. Es stellt sich heraus, daß der Provinz durch Berliner Kuriere bestellt war, nicht vor Berlin vorzugehen, und daß darum Aktionen im Rheinland, wo sie für Sonnabend geplant, verschoben. Die Versammlungen zur Feier der russischen Revolution, die verboten sind, beantragt Liebknecht durch Zusammenleiten der Herausströmenden nach einer Stelle zu einer großen Kundgebung zu gestalten. Der Antrag wird gegen L.s und des Düsseldorfers Stimme abgelehnt — ,,alles oder nichts''; die Redner sollen nicht versuchen, trotz des Verbots zu reden, sie sollen überhaupt nicht zu den Versammlungsplätzen gehen; es soll nichts gehindert, aber auch nichts getan werden. Man will abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. L.s Vorschlag wird als Forcierung bezeichnet. Düsseldorf erhebt gegen Berlin den Vorwurf, daß es das, was es von der Provinz fordert, selbst nicht tut.*

Allen Forderungen auf Beschleunigung der Aktion wird seit dem 3. November von Däumig, Barth, Müller usw. stereotyp entgegnet: Jetzt sei alles auf den 11. November vorbereitet; es sei technisch unmöglich, die Revolution früher zu machen! Alle Proteste L.s gegen diese grob-mechanische Auffassung prallten ab, bis die objektiven Verhältnisse die superklugen Revolutionsfabrikanten überrannten.

Am 8. November war Franke bei Liebknecht, der ihm darlegte, daß unmöglich weiter gewartet werden kann, sonst kommen uns die Regierungssozialisten noch zuvor; die Massen sind nicht mehr zu halten. Durch Polizei wird die geplante Vollzugsausschußsitzung gestört, — Däumig verhaftet, L. abgetrieben; Zusammentreffen L.s mit Herzfeld und Dittmann, denen L. gleichfalls seine Forderung, sofort loszuschlagen, mitteilt. 'Die Regierungssozialisten werden uns sicher noch zuvorkommen und uns vor der Geschich-

*vorkommen und uns vor der Geschich-**te und uns selbst blamieren'. Am 8. November wird endlich einstimmig sofortige Aktion auf den 9. November festgesetzt, aber abgelehnt, ein unterschriebenes Flugblatt (Aufforderung dazu) zu machen. Dennoch werden am 9. früh zwei Flugblätter herausgegeben: erstens eins von Liebknecht und Meyer* (ebenf. Spartacus) *unterzeichnet ... zweitens eines von Barth, Ledebour, Liebknecht, Müller, Pieck usw. unterzeichnet*'' (19).

Verständlich, daß die SPD über jeden gewonnenen Tag froh war. Am 4. November verteilte sie ein Massenflugblatt ,,Keine Unbesonnenheiten!'', in dem sie warnte: ,,*Durch unterschriftslose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an Euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten Euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie Ihr alle wißt, befindet sich die Sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese schleunigst Frieden schließe und im Inneren alle bürgerlichen Freiheiten herstelle, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf...*'' (20). Ein Aspekt dieser ,,sehr wichtigen Aktion'' bestand darin, daß Ebert — vom Regenten Prinz Max von Baden sogar noch schnell zum Reichskanzler ernannt — diesem freundschaftlich versicherte: ,,*Ich hasse die Revolution wie die Sünde!*''.

Die Ernennung zum Reichskanzler brachte für Ebert den unschätzbaren Vorteil mit sich, später so auftreten zu können, als stünde bereits ein Sozialdemokrat an der Spitze der Revolution bzw. der neuen Republik.

Aber auch von seiten der Militärbehörden wurden umfassende Vorbereitungen getroffen: die Frontdivisionen, mit denen die Oberste Heeresleitung gegen die Berliner Arbeiter vorzugehen plante, kamen allerdings nicht schnell genug in die Hauptstadt durch. Mit den Lübbener und Naumburger Jägern waren zusätzlich zwei ,,absolut sichere Bataillone'' nach Berlin gezogen worden. Am 9. November zogen zahlreiche verstärkte Offizierspatrouillen durch die Stadt, öffentliche Gebäude ähnelten Festungen und der gesamte Eisenbahnverkehr mit Berlin war eingestellt worden, um die Stadt zu isolieren.

Im Reich nutzte die SPD die gewonnene Zeit dadurch, daß sie ihre Arbeit in den örtlichen Räten verstärkte. Häufig waren diese Räte paritätisch zwischen SPD und Unabhängigen besetzt; oft genug hatte die SPD Zugang zu diesen Räten dadurch erhalten, daß sie von der USPD in diese geradezu hereingezogen wurde. Ergebnis ihrer ,,revolutionären Tätigkeit'' waren vor allem mäßigende Aufrufe an die Arbeiter und der Schutz des alten Staatsapparates, den sie schlicht in die Republik überführte: der Kaiser ging — die Generale (und Beamten) blieben. Auch die USPD, die Räte-Idee immer auf den Lippen, unternahm keine Schritte, um die Strukturen des kaiserlichen Staates zu zerschlagen. So erwies sich das Bremsen und Warten der USPD-Führung viel mehr als Schützenhilfe für die Reaktion, denn als ,,revolutionäre Stärke''.

Führung viel mehr als Schützenhilfe für die Reaktion, denn als ,,revolutionäre Stärke''.

Der 9. November

Als die Berliner SPD-Führung am Abend des 8. November erfuhr, daß die Arbeiter nicht mehr in den Betrieben zu halten waren und — dem Aufruf von USPD und Spartacus folgend — am nächsten Morgen auf die Straße gehen wollten (was in dieser Situation automatisch den Aufstand bedeutete), versuchte sie sofort wieder, den Anschluß an den fahrenden Zug nicht zu verpassen: Noch am Abend des 8. ,,*kam er (Ebert) mit Scheidemann und Otto Braun in das Fraktionszimmer der Unabhängigen, und dort schlugen die drei Edlen den anwesenden Unabhängigen Abgeordneten vor, beim Revolutionsgeschäft halbpart zu machen. 'Wir halten unsere Leute noch bis zwölf Uhr zurück', erklärte Herr Ebert. Von zwölf Uhr an wollten auch die Kaisersozialisten als Revolutionspartei firmieren. ... Was die drei Kaiserlichen wollten, das war, eine gemeinsame Regierung bilden. Lebebour war gegen diese Zumutung, und er ging weg, um die Führer der revolutionären Bewegung von dem Streich der Ebertiner zu informieren. Inzwischen schloß Dittmann mit jenen einen vorläufigen Pakt über eine paritätische Verteilung der Reichsämter ab. Mit dieser Episode war das schamlose Doppelspiel der Rechtssozialisten noch nicht zu Ende. Zunächst gründeten sie im 'Vorwärts' einen 'Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin', dem Ebert, Wels, Braun, Eugen Ernst und zwölf Vertrauensleute aus den Fabriken, SPD-Funktionäre, angehörten. Dieser sogenannte Arbeiter- und Soldatenrat proklamierte in einem um ein Uhr erscheinenden Extrablatt des 'Vorwärts' den Generalstreik, der längst fertig war... Die 'Kampflosung' dieses Aufrufs lautete: 'Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung! Es lebe die soziale Republik!'* '' (21). Gänzlich unbescheiden heißt es in dem Aufruf: ,,*Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*'' (22). Das hinderte die SPD aber nicht, noch am Morgen des 9. November die Arbeiter erneut zum Abwarten aufzufordern: ,,*Arbeiter! Parteigenossen! Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten ... soll eingeführt werden... Die sofortige Parlamentisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung. ... Nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers ... wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde... Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. ... Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist ... verlängert. ... Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft und Eure Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub*'' (23).

handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft und Eure Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub'' (23).

Nur Stunden später wälzten sich unübersehbare Menschenmassen durch Berlin. Der Kaiser war endgültig gestürzt und die Republik ausgerufen; die Arbeiter trafen kaum auf Widerstand. Die entscheidende Frage war nun: welcher Art würde die neue Republik sein, wer würde an ihrer Spitze stehen, würde es gelingen — über die Verjagung des Kaisers hinaus — den Herrschenden die Macht auch tatsächlich zu entreißen?

Nahezu zeitgleich hatten sowohl Liebknecht als auch Philipp Scheidemann die Republik ausgerufen. Scheidemann proklamierte die ,,deutsche Republik'', zu deren Kanzler Friedrich Ebert ausgerufen worden sei (wohlweislich ohne zu erwähnen, daß er diese Berufung dem fliehenden Kaiser zu

Fortsetzung nächste Seite



Revolutionäre Kampfaktionen in Deutschland November und Dezember 1918

Fortsetzung von voriger Seite

verdanken hatte), versprach eine Regierung, der „alle sozialistischen Parteien angehören wollten" und rief hauptsächlich zu Ruhe und Ordnung auf: *„Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete! ... Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen!"* (24) Als den konkreten Beitrag der SPD zu dieser Revolution verkündete er, daß dem Oberkommandierenden und dem Kriegsminister des alten Reiches je ein Sozialdemokrat zur Kontrolle beigeordnet würde.

Im Gegensatz dazu Karl Liebknecht: *„...In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland..., in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen"*. Er warnte vor dem Glauben, mit dem bisher Erreichten sei es schon getan: *„Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt"* (25).

Die Frage der Machtergreifung durch die Arbeiter und Soldaten war also noch keineswegs entscheiden: der „deutschen Republik" Eberts stand die sozialistische Republik gegenüber, die Liebknecht anstrebte, der sozialistischen Parteienkoalition die Arbeiter- und Soldatenräte, dem schon „gesicherten Sieg" (SPD) die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus, der Zerschlagung des alten Staats.

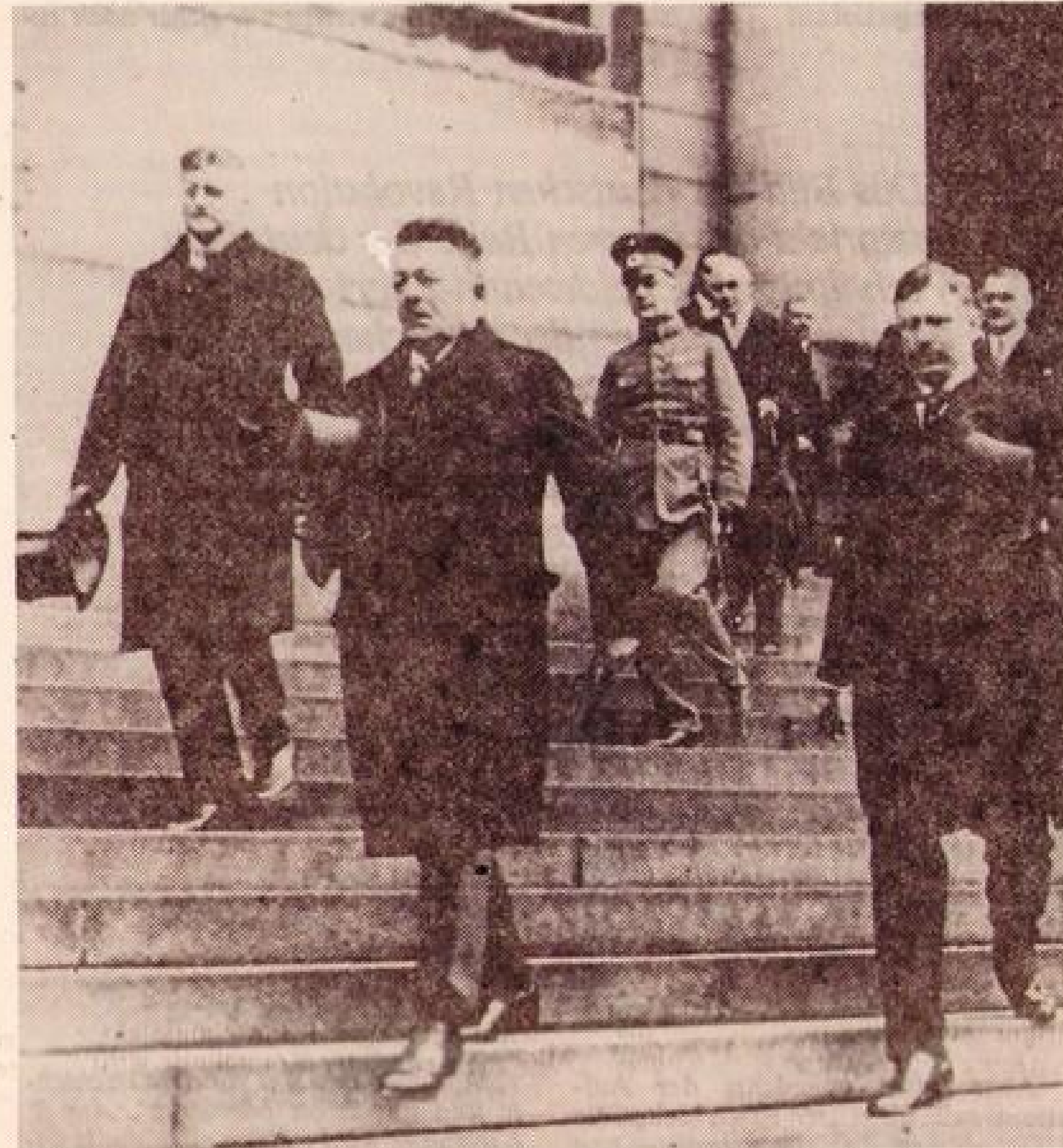
Liebknecht- oder Scheidemann-Republik?

Liebknecht-Republik oder Scheidemann-Republik — vor diese Frage sah sich nun auch die USPD gestellt. Von ihrer Entscheidung würde es wesentlich mit abhängen, welchen Verlauf die Revolution weiterhin nehmen würde. (Um Mißverständnisse zu vermeiden: es geht hier nicht darum, zu untersuchen, warum die Revolution bzw. der Aufstand scheiterte, hierfür gibt es eine Reihe von Gründen. In diesem Zusammenhang geht es nur darum, die Rolle der USPD zu beleuchten). Besondere Bedeutung kam der USPD zu, da sie er-
scheiterte, hierfür gibt es eine Reihe von Gründen. In diesem Zusammenhang geht es nur darum, die Rolle der USPD zu beleuchten). Besondere Bedeutung kam der USPD zu, da sie er-
stens die einzige Organisation links der SPD mit Masseneinfluß war, die diesen Prozeß beeinflussen konnte. Die Spartacusgruppe, zwar im Wachstum begriffen, aber nicht annähernd so einflußreich wie die USPD, arbeitete ja nach wie vor ebenfalls noch unter dem „Dach" der Unabhängigen. Zweitens verfügte die USPD in der Berliner Arbeiterschaft über eine ausgezeichnete Verankerung, nicht zuletzt dank ihrer Zusammenarbeit mit den Revolutionären Obleuten, die sie sich durch ihre Abgrenzungspolitik gegenüber der SPD erworben hatte. Als bekannte konsequente Antikriegspartei bekanntgeworden, kam ihrer Entscheidung einiges Gewicht zu.

Noch während die Massen durch Berlin zogen, wurden die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt: *„Inzwischen wurde im Reichstag über die Regierungsbildung verhandelt. Die USP hatte nach heftigen Auseinandersetzungen, in denen Liebknecht, Ledebour, Barth und Müller eine gemeinsame Regierung mit den Rechtssozialisten scharf bekämpften, folgende Bedingungen für eine solche Regierung aufgestellt: 1. Deutschland soll eine soziale Republik sein, 2. In dieser Republik soll die gesamte ... Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein. 3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstands fähige Regierung zu schaffen. 5. Die Ressortminister gelten als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts. 6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts"* (26). Daß dieses 6-Punkte-Programm schon der erste vollzogene Schritt der USPD-Spitze auf dem Weg zur Scheidemann-Republik war, verdeutlichen die Aufzeichnungen Richard Müllers über die Diskussion: *„...erschien Herr Scheidemann ... und fragte, ob die USPD bereit sei, mit in die Regierung einzutreten. Wie sich dabei herausstellte, hatten bereits am Nachmittage unverbindliche Besprechungen mit den Mitgliedern Dr. Oscar Cohn, Dittmann und Vogtherr stattgefunden. Jetzt kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Scheidemann einerseits und Liebknecht, Lebebour, Barth und Richard Müller andererseits ... (Diese) lehnten eine gemeinsame Regierung mit Sozialdemokraten ab. Liebknecht forderte außerdem, alle exekutive, alle legislative, alle richterliche Gewalt müsse bei den Arbeiter- und Soldatenräten liegen... Die Diskussion, die sich... im Kreise der versammelten USPD-Führer entwickelte, ... zeigte die widersprechenden Meinungen über das, was nach erfolgtem Umsturz zu geschehen habe. Ein Teil verlangte das Zusammengehen mit den Rechtssozialisten und die sofortige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, der andere Teil lehnte beides ab und schloß sich im wesentlichen den Forderungen Liebknechts an"* (27).

Das Ergebnis waren die sechs Bedingungen, die zwar in Punkt 2 auf Liebknechts Forderung „Alle Macht den Räten!" in abgemilderter Form eingehen („gewählte Vertrauensmänner der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten"), aber auch im Sinne von Wahlen zu einer Nationalver-
Räten!" in abgemilderter Form eingehen („gewählte Vertrauensmänner der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten"), aber auch im Sinne von Wahlen zu einer Nationalver-
sammlung o.ä. interpretierbar waren. Hauptergebnis der Beratungen war aber die erklärte Bereitschaft der Vorstandsmehrheit, mit der SPD zunächst über eine gemeinsame Regierung zu verhandeln. Der rechte Flügel hatte sich durchgesetzt; die Orientierung auf die Scheidemann-Republik, die National-Versammlung — und damit gegen die sozialistische Republik, gegen die Räte usw. sollte die weitere USPD-Politik bestimmen.

Die SPD antwortete auf die Forderungen der USPD in einem Brief, in dem sie den Punkten 1, 4, 5 und 6 zustimmte, Punkt 2 jedoch ablehnte, f a l l s damit die Diktatur des Proletariats gemeint sei; den Ausschluß der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung lehnte die SPD ganz ab. Insgesamt zeigte die SPD sich also entgegenkommend und kompromißbereit. Da die USPD letztlich keine substantiellen Forderungen an sie stellte, dürfte ihr das auch nicht sonderlich schwer gefallen sein, hatte sie ihr Hauptziel doch erreicht: trotz der jahrelangen Erfahrungen der Unabhängigen mit der SPD, trotz zahlloser Stellungnahmen, in denen die SPD als Kaiserpartei, Kriegspartei, Stütze des herrschenden Systems usw. bezeichnet und bekämpft worden war, und obwohl die führenden USPDler genau wissen mußten und auch wußten, daß es der SPD nur auf eines ankam: **die Verhinderung der Revolution**, wurde sie nun doch als gleichberechtigter Verhandlungspart-



Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 nach der Wahl zum Reichspräsidenten

ner anerkannt, zeigte sich die Bereitschaft zu einem formellen Bündnis! Die Begründung der USPD, *„die USPD ist bereit, um die revolutionären*
ner anerkannt, zeigte sich die Bereitschaft zu einem formellen Bündnis! Die Begründung der USPD, „die USPD ist bereit, um die revolutionären
sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett ... einzutreten" (28), erweist sich daher im Grunde als das genaue Gegenteil: die USPD-Führung, bzw. ihre rechte Mehrheit, war mit dem Erreichten bereits halbwegs zufrieden. Daß sie viel viel mehr auch nicht wollten, belegen zahlreiche Aussagen dieser Gruppierung, in der sie „russische Zustände" offen ablehnen. Eines der Gründungsziele der USPD, eine zu weitgehende Radikalisierung der Massen und eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland zu verhindern, trat hier zutage; die Strategie der Kautsky und Co. erwies sich als durchaus erfolgreich.

Die Berliner Soldatenräte waren aber nicht bereit, den mehrheitssozialdemokratischen Durchmarsch an die Spitze der Revolution so einfach hinzunehmen. Wie beschrieben hatte Ebert noch am Vorabend des Aufstands schnell sein hauseigenes „Aktionskomitee der Soldatenräte" gegründet. Dem Aufruf der revolutionären Obleute folgend, weigerten sich die am 9. November zusammentretenden Soldatenräte, die Autorität dieses Pseudo-Komitees anzuerkennen. Sie beschlossen für den nächsten Tag Wahlen in allen Fabriken und Kasernen der Stadt. Diese Wahlen hätten den Führungsanspruch der SPD mit Sicherheit stark relativiert und ihren realen Einfluß (der zweifellos immer noch ganz ansehnlich gewesen wäre) aufgezeigt, wenn ihnen nicht wiederum die USPD-Rechte rechtzeitig zu Hilfe gekommen wäre. Dem Aufruf des Vorwärts „Keine Bruderkämpfe — Einheit der Arbeiterklasse" folgend, zog sie ihre Kandidaten teilweise zugunsten der Mehrheits-Sozialdemokraten zurück, so daß die Wahlen ein ungefähres Gleichgewicht zwischen dem linkeren (Obleute-) Flügel der USPD und der SPD erbrachten.

Diese Hilfestellung setzten die Unabhängigen am gleichen Abend noch fort, als im Zirkus Busch 3.000 Delegierte der Räte zusammenkamen. Ebert versuchte, unter allen Umständen die Wahl eines Gremiums zu verhindern, das seinem „Rat der Volksbeauftragten" die politische Mcht hätte streitig machen können. Dank des Einsatzes der USPD wurde schließlich ein „Kompromiß" verabschiedet: es wurde ein Vollzugsrat gewählt, der sich aus 7 SPDlern, 7 Unabhängigen (Obleute) und 14 Soldatenräten (mehrheitlich SPDler) zusammensetzte und die Arbeit der Volksbeauftragten kontrollieren sollte (29). Wenngleich die Wahl R. Müllers zum Vorsitzenden zeigte, daß der Rat nicht unbedingt ein gefügiges Werkzeug Eberts sein würde, so war das zentrale Ergebnis der Versammlung doch die Anerkennung der neuen Regierung durch die Räte, die diese im Gegenzug sich selbst entmachten ließ. Ausgeklammert wurde auf der Räteversammlung — entsprechend einer Absprache zwischen USPD und SPD — die Frage der Nationalversammlung. Ergebnisse, die ohne Hilfe der USPD nicht möglich gewesen wären.

Räte oder Nationalversammlung?

Räte oder Nationalversammlung?

Bereits am 9. November wurde von der SPD die Parole einer baldigst zu wählenden Nationalversammlung ausgegeben: *„...Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassungsgebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen"* (30). Ziel dieser Orientierung war es, die Macht den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte zu entreißen und über den Weg der Wahlen die Konsolidierung bzw. Legitimierung der von der SPD anvisierten bürgerlichen Republik zu erreichen. Vertrauen konnte sie bei diesem Vorgehen auf den Zeitgewinn bis zum Wahltermin und ihre organisatorische Stärke: im Gegensatz zur USPD war sie im ganzen Lande, bis in die kleinsten Dörfer, präsent.

Daß die Frage Räte und/oder Nationalversammlung letztlich die Frage nach dem Charakter der neuen Republik war, war auch der USPD bewußt: *„Die Geister schieden sich vor allem in der Frage, wie der neue Staat aufgebaut werden solle. Die Rechtssozialisten wollten die alten Organe des Staates erhalten wissen und höchstens mit Hilfe der formalen Demokratie umgestalten. ... Deshalb verlangten sie, daß die Arbeiter- und Soldatenräte wieder verschwinden sollten, sobald sie ihre Aufgabe, die alte bürgerliche Ordnung wieder herzustellen, erfüllt haben, und daß die Nationalversammlung über die endgültige Gestaltung des Staates entscheiden sollte. Die Unabhängigen Sozialdemokraten dagegen forderten die Anerkennung der Räte als der Organe der Revolution"* (31). In einem USPD-Aufruf heißt es: *„Die Bourgeoisie ruft mit verdächtiger Eile, nachdem sie sich vom ersten Schrecken der Revolution erholt hatte, tagein, tagaus nach der sofortigen Einberufung der Konstituante ... Konstituante — ja, sie wird kommen, aber sie wird kommen, aber sie wird erst kommen, wenn alle technischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn in ihr wirklich der Wille des aufgeklärten Volkes ausgeprägt ist"* (32).

Und Däumig (USPD) auf einer Sitzung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte: *„Die sozialistische Staatsform muß erst geschaffen werden... Es handelt sich darum, ob das, was wir erkämpft haben, eine bürgerlich-demokratische oder eine sozialistische Republik werden soll"*. In einer von ihm vorgelegten Resolution heißt es weiter: *In der revolutionären Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte hat sich die neue Staatsgewalt verkörpert. Diese Gewalt muß gesichert und ausgebaut werden... Diese Sicherung kann nicht erfolgen durch Umwandlung des deutschen Staatswesens in eine bürgerlich-demokratische Republik. ... Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins erklärt sich daher gegen eine konstituierende Nationalversammlung. Er verlangt vielmehr den Ausbau der Arbeiterräte und deren Ausdehnung auf alle Schichten des werktätigen Volkes"* (33). (Der Antrag wurde durch die SPD-Mehrheit abgelehnt). Den führenden Unabhängigen war also die Reichweite der Frage der Nationalversammlung vollkommen bewußt, die Alternative, Rätemacht, aber war für sie nicht akzeptabel. So lavierte die USPD mit zentristischen Konstruktionen wie: „Erst die Rätemacht sichern, dann eine Nationalversammlung wählen." Angesichts der rapiden Entmachtung der Räte durch die alten Staatsorgane, der marschierenden Konterrevolution, der Festigung der Machtposition der SPD (im Dezember trat die USPD auf Druck der Massen aus der Regierung aus), erwies sich das Hochhalten des Rätegedankens durch die Unabhängigen zunehmend als deklamatorisches Beiwerk. Ihre Hauptanstrengung richtete sich bereits darauf, mit der SPD um eine zeitliche Verschiebung der Wahlen zu rangeln. Auf dem ersten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands im Dezember 1918, auf dem die Unabhängigen klar in der Minderheit waren und die Spartacusgruppe nur einige wenige Delegierte stellte, beschluß die SPD-Mehrheit schließlich: *„Die Wahlen zur deutschen Ntionalversammlung finden am Sonntag, 19. Januar 1919, statt"* (34). Damit war das Schicksal der Räte endgültig besiegelt: trotz Fortbestehen des Berliner Vollzugsrates hatten sie keinen Einfluß mehr auf die Staatsführung, die — nach Austritt der USPD — ab Dezember 1918 ganz in Händen der SPD lag. Die ging zügig daran, Hand in Hand mit der offenen Konterrevolution, die Errungenschaften des 9. November rückgängig zu machen: Putschversuch und bewaffnete Kämpfe mit heimkehrenden Truppen in Berlin, Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) und erneute bewaffnete Kämpfe mit Frei-
vember rückgängig zu machen: Putschversuch und bewaffnete Kämpfe mit heimkehrenden Truppen in Berlin, Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) und erneute bewaffnete Kämpfe mit Frei-
korps, Berliner „Blutwoche" mit der Ermordung von Luxemburg, Liebknecht und Jogiches, Einsatz von Freikorps gegen die Bremer Räte, Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet und bewaffnete Kämpfe in Mitteldeutschland, Ermordung des linken bayerischen Ministerpräsidenten Eisner und Niederschlagung der bayerischen Räterepublik sind einige der bekanntesten Etappen der Zerschlagung der Novemberrepublik: alles unter tatkräftiger Mitarbeit der SPD. Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten ebenfalls einen sicheren Sieg der SPD, die diese Wahlen als „Grundstein der sozialistischen Neuordnung Deutschlands" zu verkaufen verstand (35). Sie erhielt 11,1 Millionen Stimmen und 165 Mandate, die USPD lediglich 2,1 Millionen Stimmen und 22 Mandate in der Nationalversammlung (36).

Statt eines Resümees

„Die USP ist zwar aus der allgemeinen Krisis in der deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen, in ihrer Zusammensetzung jedoch das Ergebnis der besonderen Gegensätze in der Kriegspolitik. Sie entstand durch Zusammenschluß verschiedenartiger Elemente, die weder in den Grundsätzen, noch in der Taktik übereinstimmten und in den offiziellen Instanzen überwiegend eine verhängnisvolle scheinradikale Impotenz verkörpern. Die Politik der USP war von Anbeginn niemals eine solche der sozialistischen Klarheit, des entschlossenen Klassenkampfes, des konsequenten Internationalismus, sondern nur eine solche der opportunistischen Verworrenheit, der ängstlichen Kompromisselei, der nationalen Rechnungsträgerei und so von Anfang an zur Aktionsunfähigkeit verdammt.

Seit der Novemberrevolution hat sich die Halbheit und Unsicherheit dieser Politik bis zur völligen Prinzipien-

Fortsetzung nächste Seite

Zeittafel

3.10.1918	Regierung des Prinzen Max von Baden auf parlamentarischer Grundlage, Regierungseintritt der SPD
28.10.1918	Beginn der Meuterei der Hochseeflotte
3. - 5.11.1918	Aufstand in Kiel
5. - 11.11.1918	Ausbreitung der Aufstandsbewegung in ganz Deutschland
7.11.	Aufstand in München
9.11.	Umsturz in Berlin, Ausrufung der Republik
10.11.	Bildung des „Rates der Volksbeauftragten" aus SPD und USPD
11.11.	Waffenstillstand
23.11.	Mit dem Bergarbeiterstreik in Oberschlesien Beginn ökonomischer Streiks
6.12.1918	Gegenrevolutionärer Putschversuch in Berlin
16. - 20.12.1918	Erster Rätekongreß
23./24.12.1918	Bewaffnete Kämpfe zwischen revolutionären Matrosen und Fronttruppen in Berlin
29.12.1918	Rücktritt der USPD-Mitglieder Haase, Dittmann und Barth aus dem Rat der Volksbeauftragten
30.12.1918	Gründung der KPD
5. - 15.1.1919	Nach Massendemonstrationen gegen die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) bewaffnete Kämpfe zwischen radikalen Linken und Freikorps, Ermordung von Liebknecht, Luxemburg und Jogiches
10.1. - 4.2.1919	Räterepublik in Bremen, Einsatz von Freikorps
19.1.1919	Wahlen zur Nationalversammlung
6.2.1919	Zusammentreten der Nationalversammlung in Weimar, Regierung aus SPD, Zentrum und Linksliberalen, Ebert Reichspräsident
21.2.1919	Ermordung des bayr. Ministerpräsidenten Eisner
8. - 14.4.1919	Zweiter Rätekongreß
6.4. - 1.5.1919	Räterepublik in Bayern, von Freikorps niedergeschlagen
23.6.1919	Annahme des Versailler Friedensvertrages durch die Nationalversammlung
31.7.1919	Annahme der Reichsverfassung durch die Nationalversammlung

Fortsetzung von voriger Seite

losigkeit gesteigert. Obwohl die Mehrheitssozialisten schon am 9. November unzweideutig erklärten, daß sie eine proletarisch-revolutionäre Politik auch künftig ablehnen würden, traten Vertreter der USP in das paritätische Kabinett ein. Sie haben damit der Verwirrung und Versumpfung der Arbeiter und Soldatenmassen stärksten Vorschub geleistet, indem sie den Ebert-Scheidemann als Feigenblatt dienten. Sie haben sich acht Wochen lang aller Verbrechen und Verrätereien der 'sozialistischen' Regierung, deren Ziel die Wiederherstellung und Erhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft ist, durch Duldung oder offene Mittäterschaft mitschuldig gemacht. Sie haben die Voraussetzungen für ein rapides Anwachsen der gegenrevolutionären Mächte schaffen helfen und in verderblicher Weise dazu beigetragen, die revolutionäre Kraft der Arbeiter zu schwächen.

Sie haben damit auch die Mitverantwortung für die traurigen Vorgänge am 23. und 24. Dezember (Berliner „Blutweihnacht": bewaffnete Kämpfe zwischen zurückkehrenden Fronttruppen und revolutionären Matrosen; d. Verf.) *auf sich geladen.*

Der jetzt erzwungene Austritt ihrer Mitglieder aus der Regierung ist nicht geeignet, die USP zu entlasten und zu rehabilitieren. Noch weniger vermag dieser verspätete Akt für die Zukunft eine Abkehr von der bisherigen Politik der Grundsatzlosigkeit und Schwäche zu gewährleisten, die vielmehr auch gerade diesem Akte den charakteristischen Stempel aufdrückt.

Die offizielle Politik der USP hat zur Folge gehabt, daß die Mitglieder der USP in immer größeren Umfang sich für die bevorstehenden Wahlen mit der Mehrheitspartei verbinden und selbst völlig verschmelzen... Damit ist ein Zustand eingetreten, der nicht länger ertragen werden kann. Die USP hat das Recht verwirkt, als Partei des sozialistischen Klassenkampfes anerkannt zu werden. Die revolutionäre Lage gebietet mehr als je klare Entscheidung, unzweideutige Haltung, Lossagung von allen lauen und opportunistischen Elementen, Zusammenschluß aller ehrlich und entschlossen proletarisch-revolutionären Kämpfer. Ein Länger-in-der-USP-Verweilen hieße die Pflichten gegen das Proletariat, den Sozialismus und die Revolution aufs schwerste verletzen.

Wir haben uns niemals irgendwelchen Illusionen über das Wesen der USP hingegeben, dieses Gelegenheitsproduktes des Weltkrieges, das mit dem Abschluß des Weltkrieges dem Zerfall geweiht ist..." (37).

(Aus der Resolution des Gründungsparteitages der KPD zur Trenung von der USPD und zur Gründung der KPD/Spartacusbund vom 30. Dezember 1918).

KPD/Spartacusbund vom 30. Dezember 1918).

Z., KB/Gruppe Göttingen

Anmerkungen

1. nach „Geschichte der dt. Arbeiterbewegung", Kap. VI, S. 23, (Berlin, DDR)
2. Spartacusbriefe, 8. Januar 1918
3. Eugen Prager (EP), „Das Gebot der Stunde", S. 172
4. zit. nach „Geschichte...", S. 29
5. zit. nach „Dokumente zur dt. Geschichte 1917 - 19", S. 34
6. Krause, „USPD", S. 119
7. „1918 - 19, Ein Lesebuch", S. 29, (Lit-Pol)
8. zit. n. J. Berlin, „Die Dt. Revolution 1918/19, Quellen u. Dokum.", S. 122
9. EP, S. 165
10. Krause, „USPD", S. 110
11. EP, S. 169
12. EP, S. 170
13. „Illustrierte Geschichte der dt. Revolution", S. 190
14. „Geschichte...", S. 90ff
15. so Krause, USPD, S. 121
16. „Illustrierte Geschichte", S. 198
17. „Wer hat uns verraten...", Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution, S. 48
18. R. Müller, Die Novemberrevolution, S. 9
19. zit. n. „Illustr. Geschichte", S. 204
20. zit. n. Berlin „Die Dt. Revolution...", S. 162
21. „Illustr. Geschichte", S. 208
22. zit. n. Ritter „Die dt. Revolution, Dokumente", Hoffmann & Campe
23. ebd. S. 67
24. ebd. S. 78
25. ebd., S. 78/79
26. „Illustr. Geschichte", S. 210
27. R. Müller, S. 27
28. Ritter, S. 90
29. nach „Gesch. der dt. Arbeiterbewegung", S. 109
30. Berlin, S. 211
31. EP, S. 175
32. EP, S. 176
33. Ritter, S. 110
34. Lesebuch..., S. 86
35. „Wer hat uns ...", S. 118
36. EP, S. 180
37. zit. n. „Dokumente zur dt. Geschichte", S.

Hebt hoch das rote Banner! Vorwärts mit der KPDMLPD!

Für ein „linkes Wahlbündnis" zu den Bundestagsneuwahlen setzen sich die KPD (vormals KPD/ML) und die MLPD (vormals KABD) ein. Ein kleiner Fortschritt ist das immerhin, denn die KPD hatte bisher nur im Solo oder in Gestalt der von ihr kontrollierten „Volksfront" an Wahlen teilgenommen; die MLPD/KABD hatte von Wahlen überhaupt nichts wissen wollen, sondern prinzipienfest und eisern auf Klassenkampf und Wahlboykott orientiert.

Jetzt also „linkes Wahlbündnis". Und große Bedingungen für ein solches Bündnis haben beide gar nicht gestellt: Die MLPD erwartet von ihren potentiellen Partnern lediglich, daß es ehrliche und wirkliche Revolutionäre sind; die KPD will sogar schon mit einer klassenkämpferischen Orientierung zufrieden sein.

Daß es mit einem „b r e i t e n linken Wahlbündnis" wohl nichts mehr werden wird, jedenfalls nicht für die jetzt anstehenden Bundestagswahlen, hat sich jedoch mittlerweile herumgesprochen. KPD und MLPD wären aber auch zu einer Mini-Version vom linken Wahlbündnis bereit. Einen direkten Vorstoß in diese Richtung hat die KPD mit einem Offenen Brief unternommen. **Adressaten des Appells sind der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (vormals ABG München), der BWK (Linksabspaltung des KBW), die trotzkistische GIM und die MLPD.** In ihrem Offenen Brief stellt die KPD zutreffend fest, daß bei den Demokratischen Sozialisten (DS) und bei den örtlichen alternativen Listen der Zug ersteinmal abgefahren ist. Damit könne sich die KPD aber „nicht zufrieden geben", da es der von den Grünen angekündigten Alleinkandidatur an „klassenkämpferischer Orientierung" fehle. Die Frage eines linken Wahlbündnisses dürfe nicht in erster Linie vom zu erwartenden Ergebnis abhängig gemacht werden. Wichtiger sei es, durch ein Wahlbündnis **„den Zusammenschluß der klassenkämpferischen Kräfte über den Wahltag hinaus voranzutreiben".** Deshalb sei *„in Anbetracht der äußerst knappen Zeit"* ein *„Übereinkommen zwischen linken Organisationen auf zentraler Ebene"* der *„einzig verbleibende realistische Weg, ein solches Wahlbündnis überhaupt noch zustandezubringen".* Mit den genannten linken Organisationen sei nach Einschätzung der KPD *„eine ausreichende politische Übereinkunft auch relativ kruzfristig zu erzielen".* Zu diesem Zweck solle *„möglichst bald ein Treffen von Vertretern aller an dem Zustandekommen eines Wahlbündnisses grundsätzlich interessierten Organsiationen"* stattfinden.

Die Auswahl der Adressaten läßt darauf schließen, daß es der KPD um die politischen I n h a l t e des angestrebten Bündnisses sehr wenig geht. Ihr Interesse scheint sich darauf zu konzentrieren, diejenigen zusammenzubringen, die — **aus welchen Motiven auch immer !!** — zu einer links aufgemachten Separatkandidatur g e g e n die Grünen bereit sind. Andernfalls hätte die KPD wohl Anstoß daran nehmen müssen, daß die GIM ihre Kapriolen zwar seit Jahr und Tag mit radikalen „sozialistischen" Sprüchen würzt, aber in der Praxis vor allem Hilfsdienste für die SPD geleistet hat: Noch bei den Bundestagswahlen 1980 rief die GIM zur Wahl der SPD auf. Jetzt konzentriert sich ihr Interesse darauf, die Grün-Alternativen von der Notwendigkeit einer Tolerierung der SPD o h n e V o r b e d i n g u n g e n zu überzeugen. Eine ganz ähnliche Politik macht auch der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, der gleichfalls noch 1980 zur SPD-Wahl aufforderte und der ansonsten unter Kennern mit seiner Parole „Für Sozialismus und Atomkraft" unvergessen ist.

Um linke P r i n z i p i e n geht es bei dem von der KPD anvisierten „linken Wahlbündnis" also ganz bestimmt nicht. Sondern da bleibt als möglicher gemeinsamer Nenner nur noch das Ziel, den Grünen zu schaden. Man muß die Grünen nicht lieben, um d i e s e Plattform als nicht tragfähig für ein linkes Bündnis abzulehnen. Im übrigen wird der erhoffte Schaden zweifellos gering bleiben — maximal in der Größenordnung eines halben Zehntelprozents, f a l l s es wirklich zu der von der KPD angekündigten Kandidatur kommt.

Der Mann, der „Chinas Chruschtschow" war

„Ausgewählte Schriften und Materialien" Liu Schao-tschi's (moderne Schreibweise: Liu Shaoqi) in zwei Bänden hat der Stuttgarter Verlag edition cordeliers vor kurzem herausgebracht. Angesichts der Tatsache, daß das Thema China in der Linken seit einer Reihe von Jahren nicht gerade Hochkonjunktur hat, kann man den Mut des Verlags nur bewundern.

Der Generation der „68er", die politisch mit der chinesischen Kulturrevolution (1966-69) aufgewachsen ist, ist Liu's Name wahrscheinlich immer noch geläufig. Er war die ganz große Haßfigur der Kulturrevolution, die monatelang mit Begriffen wie „Chinas Chruschtschow", „der oberste Parteiinhaber auf dem kapitalistischen Weg" u.ä. umschrieben werden mußte, bevor er auf Beschluß des ZK der KP Chinas zum Abschuß freigegeben wurde. Ihm, der jahrzehntelang neben Mao Tsetung an der Spitze von Partei und Staat gestanden hatte, wurde vorgeworfen, die chinesische Revolution verraten zu haben. Einer schlechten Tradition folgend wurde der Verratsvorwurf bis in Liu's früheste politische Aktivitäten ausgedehnt: *„Während der vergangenen 40 Jahre und länger"* habe Liu *„ständig konterrevolutionäre und doppelzüngige Taktiken angewandt, um Renegaten und Abtrünnige zu rekrutie-*

Renegaten und Abtrünnige zu rekrutie-

Th. Bergmann / U. Menzel
U. Menzel-Fischer (Hrsg.)
LIU SHAOQI
Ausgewählte Schriften und Materialien
Band 1
ed.co. edition cordeliers

Die posthume Rehabilitierung des früheren Staatspräsidenten der VR China und des zweiten Mannes der KPCh, Liu Shaoqi, im Frühjahr 1980 war Anstoß für diese Ausgabe seiner ausgewählten Schriften und Reden. Liu, der in den 40er Jahren wichtige Beiträge zur Durchsetzung des Führungsanspruchs Mao Zedongs geleistet hatte, wurde während der Kulturrevolution heftig kritisiert, 1968 aller Ämter enthoben und aus der KPCh ausgeschlossen.

Die vorliegende 2bändige Ausgabe enthält 13 der wichtigsten Reden und Schriften Lius sowie 9 Dokumente zum "Fall Liu Shaoqi" einschl. seiner drei "Selbstkritiken". Biografische und werkgesch. Einführung, historische Würdigung Lius im Kontext ähnlicher Konflikte in andren sozialistischen Ländern, umfangreiche Bibliografie, 23 Bilddokumente runden die Ausgabe ab.

Bd.1: 345 Seiten, Bd.2: 441 Seiten, viele Fotos und Dokumente, nur in 2 Bänden, Brosch.
DM, Sfr. 49.80 / ö.S. 345.50

ISBN 3-922836-08-9

Im Buchhandel; wenn nicht lieferbar:

ed.co. Liststraße 36 7000 Stuttgart 1

ren, um mit dem Ausland zu konspirieren und um sich wie wahnwitzig der proletarisch-revolutionären Linie zu widersetzen, die der Vorsitzende Mao repräsentiert". (aus dem im Oktober 1968 vom ZK der KP Chinas angenommenen ‚Untersuchungsbericht' gegen Liu). Selbstverständlich hatte Liu schon in den 20er Jahren mit der reaktionären Kuomintang kollaboriert und Genossen ans Messer geliefert, hatte die revolutionären Arbeiter entwaffnet, hatte um 1950 gar den CIA mit Informationen versorgt usw. usf. Lange Zeitungsartikel widmeten sich dem Nachweis, daß Liu in seiner Schrift **„Selbstschulung des Parteimitglieds / Wie man ein guter Kommunist wird"** (erstmals erschienen etwa 1942, neu aufgelegt 1962) an zwei Stellen die Worte „Diktatur des Proletariats" aus Lenin-Zitaten nicht mitzitiert hatte. Weitere Vorwürfe lauteten: Liu Schao-tschi habe sich nach Gründung der Volksrepublik (1949) der Beseitigung des Kapitalismus widersetzt und stattdessen die Kapitalisten zur Ausbeutung der Arbeiterklasse ermutigt; Liu habe in den Jahren 1958-62 den ‚Großen Sprung nach vorn' bekämpft und sei für die Liquidierung des gesellschaftlichen Experiments der Volkskommunen eingetreten; er habe dann die Rückkehr zu privatwirtschaftlichen Methoden der Landwirtschaft Anfang der 60er Jahre unterstützt.

der Landwirtschaft Anfang der 60er Jahre unterstützt.

Daß es in der KP Chinas Auseinandersetzungen, teilweise auch heftige Kämpfe, um das Tempo und die Art der gesellschaftlichen Umwälzungen, über die Schwerpunkte und Ziele der Ökonomie usw. gegeben hat, ist seit langem bekannt. Die Schwierigkeit besteht im Allgemeinen darin, die tatsächlichen Inhalte der Auseinandersetzungen zu rekonstruieren. Die unterlegenen Positionen werden ohnehin immer erst nachträglich und dann nur durch die Optik der ‚Sieger' zur Karikatur verzerrt ausserhalb Chinas bekannt. Das galt für die Kampagne gegen Liu Schao-tschi, das galt für die Kampagne gegen Mao's Stellvertreter Lin Biao (seit 1972) und das gilt auch für die seit 1976 geführte Kampagne gegen die ‚Viererbande'.

Man kann sich beispielsweise angesichts der erwähnten Vorwürfe gegen Liu Schao-tschi nur wundern, wenn man in Mao's Mitte 1949 erschienenen Schrift „Über die Demokratische Diktatur des Volkes" liest: *„Die Nationale Bourgeoisie ist im gegenwärtigen Stadium von großer Bedeutung ... Um dem imperialistischen Druck standzuhalten und um seine rückständige Ökonomie auf ein höheres Niveau zu heben, muß China alle Faktoren des städtischen und ländlichen Kapitalismus benutzen, die wohltätig und nicht schädlich für die Nationalwirtschaft und den Lebensstandard des Volkes sind; und wir müssen uns mit der Nationalen Bourgeoisie im gemeinsamen Kampf zusammenschließen. Unsere gegenwärtige Politik besteht darin, den Kapitalismus zu regulieren, nicht ihn zu zerstören".* (Werke, Bd.4). Sind dies nicht ziemlich genau d i e Positionen, die während der Kulturrevolution Liu Schao-tschi vorgeworfen wurden?

Auf der anderen Seite wird man mit einiger Verwunderung feststellen, daß Liu in seinem Bericht an das ZK vom Mai 1958 ausdrücklich die Politik der Volkskommunen und des ‚Großen Sprungs' v e r t e i d i g t.(Bd. 2 der edition cordeliers, S. 169 ff). Überhaupt wird man, das sei an dieser Stelle vermerkt, bitter enttäuscht werden, wenn man sich aus den nun vorliegenden **„Ausgewählten Schriften und Materialien"** Liu's Erkenntnisse über die innerparteilichen Differenzen und die Standpunkte Liu's darin erhofft. Wie die Herausgeber zutreffend anmerken, geben offizielle Dokumente (Parteitagsreden u.ä.) aus der KP Chinas nicht individuelle Sonderstandpunkte, sondern die ‚Parteilinie' wieder. Aussagekräftige Dokumente zu den innerparteilichen Meinungskämpfen vorzulegen, wäre eine zukünftige Aufgabe der chinesischen KP. Sie hat das bisher, auch im Falle Liu Schao-tschis, der seit 1980 vollständig rehabilitiert ist, unterlassen.

Liu Schao-tschi gilt spätestens seit 1980 in China als Vorkämpfer einer Politik, die sie sich seit Ende der 50er Jahre der nach linksaußen abdriftenden, ins Utopisch-Unrealistische ausschweifenden ‚Linie' des Parteivorsitzenden Mao widersetzt habe. Damit ist Liu die wichtigste historische Bezugsperson für die seit der Rechtswende von 1976 betriebene Politik. Wieweit das gerechtfertigt ist, oder ob Liu damit vielleicht zu Unrecht vereinnahmt wird, wird sich bei der derzeitigen Materiallage nicht sicher klären lassen.

das gerechtfertigt ist, oder ob Liu damit vielleicht zu Unrecht vereinnahmt wird, wird sich bei der derzeitigen Materiallage nicht sicher klären lassen.

Beispielsweise läßt sich die prowestliche, antisowjetische Außenpolitik der heutigen Machthaber Chinas nicht mit den politischen Vorstellungen Liu Schao-tschis legitimieren, der im Gegenteil bremsend auf den Bruch Chinas mit der Sowjetunion gewirkt zu haben scheint.

Die Herausgeber der **„Ausgewählten Schriften und Materialien"** — Th. Bergmann, U. Menzel und U. Menzel-Fischer — stehen unverkennbar der seit 1976 eingeschlagenen Entwicklung Chinas mit Sympathie gegenüber. Diesen Standpunkt hat Th. Bergmann im Bd. 2 in einem Nachwort („Versuch einer politischen Einordnung") sehr deutlich kundgetan: in unkritischer Weise wird die gesamte Politik seit 1976, einschließlich des skandalösen Pekinger Prozesses gegen die ‚Viererbande', mit reichlich Pluspunkten bedacht. Wenn die edition cordeliers allerdings in einem Werbeschreiben behauptet: **„Die seit einigen Jahren zu beobachtende tiefgreifende Neuorientierung in der VR China läßt die Werke Lius wieder aktuell werden, da sie in einigen Bereichen gegenüber dem bislang als theoretischem Rüstzeug dienenden ‚Mao-Zedong-Denken' als neuer Bezugsrahmen angesehen werden können"**, so ist das zwar hübsch formuliert, aber durch die verlegte zweibändige Ausgabe nicht einlösbar, weil — siehe eben — die zu einem Verständnis der ‚liuistischen Linie' notwendigen Parteidokumente bisher nicht zur Verfügung stehen. Das ist selbstverständlich nicht den Herausgebern der **„Ausgewählten Schriften und Materialien"** zum Vorwurf zu machen, setzt jedoch dem politischen Nutzen dieser Neuerscheinung enge Grenzen.

Kt., Hamburg



"DIE EINFACHE SACHE, DIE SO SCHWER ZU MACHEN IST!"

ZU MACHEN IST!"

Wer sich interessiert für die Diskussionen und die Entwicklung der Demokratischen Sozialisten (IDS) vor allem in Hinblick auf das Verhältnis der DS zu den Grünen und zu anderen Linken, findet ein Fülle von Material — vermutlich sogar fast alles Relevante — in einer dicken Dokumentation (162 Seiten) der Gruppe „Revier". Die „Revier"-Gruppe sieht den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft. Sie arbeitet in der IDS mit und betont dort vor allem die Notwendigkeit eines autonomen sozialistischen Profils gegenüber dem Vertretungsmonopol der Grünen Partei. Jens Büning („Revier-Redaktion") schreibt dazu in der Einleitung: *„Die Existenzfrage für die IDS ist estellt. Kräfte um die Zeitschrift 'Moderne Zeiten' und die Hamburger Grünen sprechen mittlerweile der IDS mehr oder weniger unverhohlen die Existenzberechtigung ab und orientieren darauf, einen Teil der DS an die Grünen heran und als linke Fraktion — in die Grünen hinein zu führen. (...). In dieser Situation wollen wir mit dem vorliegenden Reader Orientierungshilfe geben. Nicht durch Propagierung einer Linie, sondern dadurch, daß der Diskussionsprozeß in der und über die DS verfügbar gemacht wird..."*

Die Dokumentation ist zu beziehen über: Margret Jäger, REVIER-Verlag, Siegstr. 15, 4100 Duisburg 1. — Preis: 14 DM

„Moderne Zeiten“

Die einen gehen, die anderen kommen

Ein umfangreicher Personalaustausch ist das Hauptergebnis eines Kongresses der ISP/„Moderne Zeiten", der am 24. Oktober in Hamburg stattfand. Geistig wurde (außer auf der einen Seite Schwüren auf die „Politikfähigkeit" und auf der anderen Seite Bekenntnissen zum „Ernstnehmen der neuen sozialen Bewegung") kaum etwas geboten.

Die ISP (Initiative Sozialistischer Politik) war im Sommer 1981 als Sammlungs- und Auffangbewegung **„jenseits des linken Ghettos"** — so lautete der offizielle Werbeslogan — gegründet worden. Getragen wurde das Unternehmen in der Anfangsphase vor allem von der Gruppe Z und den Komitees für Demokratie und Sozialismus. Die einen hatten sich Ende 1979 als Fraktion vom KB abgespalten, die anderen hatten sich im Laufe mehrerer Jahre individuell vom KBW getrennt. Hinzu kamen eine Gruppe ehemaliger SEW-Miglieder (Sozialistische Initiative/SI Westberlin) sowie einige namhafte sozialistische Einzelkämpfer. Der SOST (Sozialistische Studiengruppen) wurde von vornherein eine volle Mitarbeit verweigert; sie mußte sich mit dem Status eines „Beobachters" begnügen. Dafür wurden einige Zeit später Vertreter der nordrheinwestfälischen Gruppe „Revier" in die Redaktion der ISP-Zeitung „Moderne Zeiten" (MOZ) aufgenommen.

Aus zwei ganz unterschiedlichen Richtungen regte sich sehr schnell Unzufriedenheit mit dem Zustand und den Entwicklungstendenzen der ISP:

+ Die Gruppe Z sorgte sich um die Arbeits- und Politikfähigkeit der ISP. Festgestellt wurde, daß die meisten örtlichen Treffen der ISP — wo überhaupt solche stattfanden — nicht über unverbindliche Diskussionen hinauskamen. Auf dieser Grundlage hatte die ISP im Anfangsstadium einigen Zulauf, was sich auch in einem guten Startverkauf der MOZ ausdrückte. Nur praktische Politik ließ sich damit kaum machen, und teilweise begannen sogar die alten Organisationszusammenhänge der Gruppe Z abzubröckeln. Daher traten die Chefs der Gruppe Z schon bald nach der Gründung der ISP mit der Forderung nach dem Aufbau von festen Strukturen und Verbindlichkeiten innerhalb der ISP auf.
+ Die ISP-Mitglieder aus den „Komitees für Demokratie und Sozialismus" (KDS) trafen sich schon im Dezember 1981 zu einer fraktionellen Beratung, auf der Kritik am Kurs der ISP geübt wurde: Man sah eine Dominanz *„orthodox sozialistischer Standpunkte"*, vor allem in Gestalt der Gruppe Z. Teile der KDS-Mitglieder meinten sogar, die ISP sei immer noch *„mitten drin im linken Ghetto"*, also in ihrem zentralen Zweck gescheitert. Man kam auf diesem Fraktionstreffen überein, die eingestellte KDS-Zeitschrift „Hefte für Demokratie und Sozialismus" neu herauszugeben (*„parallel zur weiteren Mitarbeit an der 'MOZ'"*), **„um den Arbeitszusammenhang der politischen Richtung um die 'Hefte' unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in 'Modernen Zeiten' zu reorganisieren"**. Bereits im Januar 1982 sollte *„das erste Arbeitstreffen des Herausgeberkreises stattfinden zwecks Planung der ersten Nummern"*. Daß trotz dieses Beschlusses die Neuherausgabe der „Hefte ..." ebenso unterblieb wie die angekündigte Reorganisierung der KDS, kennzeichnet deren Zustand, bei dem Apathie und Verfall die Haupttendenzen waren (und sind).

Daß nach Anfangserfolgen das Unternehmen ISP in eine Phase der Stagnation und sogar des Abbröckelns übergegangen war, wurde jedenfalls quer durch die Fraktionen und Strömungen anerkannt. Dem internen ISP-Zirkular 3/82 (Juni 82) ist zu entnehmen, daß es *„außer in Hamburg, Berlin und (mit Einschränkungen) in Bremen keine kontinuierlich arbeitenden (oder zumindest diskutierenden) ISP-Gruppen mehr"* gab. *„Die alte Vorstellung, aus der ISP eine selbstständig handelnde, politisch eingreifende Vereinigung zu machen, lebt wohl nur in wenigen Köpfen weiter"*. Der Gruppenverkauf der MOZ sei von 4.800 (10/81) auf 1.600 (5-6/82) abgefallen.

Diese Fakten wurden sowohl von den KDS wie von der Gruppe Z als Argument für ihre speziellen Interpretationen und Schlußfolgerungen herbeigezogen. Den Anfang machte ein Papier (datiert v. 1.9.82), unterschrieben von Ralf Fücks, Wilfried Maier (beide KDS) und Andreas Hallbauer (SI). Eine überarbeitete Fassung dieses Papiers ist in der MOZ 10/82 abgedruckt — außer von den Vorigen ist diese Fassung auch unterschrieben von Wolfgang Gukelberger (SI), Jochen Esser (KDS) und Ulrich Schreiber (SI). In dem Papier wird behauptet, die MOZ sei weitgehend zum *„Organ der Fraktionsbildung innerhalb des linksgrünen Spektrums"* geworden, *„in dem die Gruppe Z und die DS ihre Einschätzungen und Schlußfolgerungen verbreiten"*. Die MOZ werde von der Gruppe Z als **„fraktionelles Kampfblatt"** gehandhabt, um *„eine grobe und vorschnelle Polarisierung zu forcieren, wo eine differenzierte Auseinandersetzung geboten ist"*. *„Am deutlichsten war diese fraktionelle Methode in friedens- und außenpolitischen Fragen ausgeprägt"*. Diese Bemerkung bezieht sich auf die Neigung der KDS zu patriotischen Thesen (in Anlehnung an den KBW und an die chinesische Drei-Welten-Theorie), sowie auf den Versuch der SI, eine mittlere Konsenslinie zu konstruieren. Grundaussage des Papiers ist, daß die „Talfahrt" der MOZ darauf zurückzuführen sei, daß die ISP/MOZ immer noch der traditionssozialistischen Vereinsmeierei und dem Dogmatismus verhaftet sei, statt sich weit für „neue Fragen" und alle „ökologisch interessierten Menschen" zu öffnen.

Die Gruppe Z konterte beinhart mit einem Gegenpapier (datiert v. 11.9.82, abgedruckt in der MOZ 10/82), das unterschrieben ist von Jürgen Reents, Michael Stamm, Klaus Goltermann und Thomas Ebermann (alle Gruppe Z): Die Unterzeichner des Papiers bekennen sich ausdrücklich zur Konzeption der MOZ als **„Streitorgan gegen andere politische Richtungen". „Aufforderung zur Zurückhaltung, um keine 'Lagerbildung' zu betreiben, entsprechen nicht den Aufgaben eines sozialistischen Magazins"**. Die Thesen von DS und SI werden verworfen als Anpassung an das *„Konvertitentum, daß große Teile der Linken befallen hat"*. *„Das sind Leerformeln und Phrasen, ein Flirt mit politischer Ahnungslosigkeit und Gleichgültigkeit, eine Einschmeichelei in die modische Mentalität, zusammen mit dem verdreckten Badewasser auch das darin von sektiererischer Borniertheit reingeschrubbte Kind auszuschütten"*. *„Das Geschwätz von 'neu' und 'undogmatisch', von 'Dissenz und Pluralismus als Chance' usw. ist geschwollen und unehrlich geworden"*. — KDS und SI haben, so muß man schlußfolgern, im Gegensatz zur Gruppe Z den unverzeihlichen Fehler begangen, die ebenso lockenden wie lockeren Werbeslogans der ISP-Gründungsphase („Jenseits vom linken Ghetto", Tiraden gegen den „Traditionssozialismus" etc. pp.) ernst zu nehmen. Deshalb gibt das Papier der Z-Chefs den Kritikern abschließend den freundlichen Rat, sie sollten lieber *„ihre politischen Absichten anderswo verwirklichen"*.

Das Klima vor dem ISP-Kongreß war also schon gehörig aufgeheizt. Hinzu kam noch ein Konflikt mit der Gruppe „Revier". Im Wesentlichen geht dieser Streit darum, daß führende Genossen der „Revier" bei der ISP-Mehrheit (vor allem der Gruppe Z) die Absicht vermuten, die sozialistische Linke der Grünen Partei unterzuordnen und auch die Demokratischen Sozialisten (DS) auf diesen Weg zu drängen bzw. die DS an dieser Frage zu spalten.

Gegen „Revier" fand sich plötzlich eine Große Koalition der übrigen Gruppierungen der ISP zusammen: In einem gemeinsamen Papier warnten Frieder Wolf (von der Prokla) Andreas Hallbauer (SI), Ralf Fücks (KDS), Karl Nolle (SOAK) und Jürgen Reents (Gruppe Z) vor den *„traditionalistischen Einwänden"* der „Revier" und vor „*tradierten sozialdemokratischen Organisationsmodellen"*. Beschworen wurde der *„Verzicht auf Avantgardeanspruch und Politikmonopol"*. Die Organisation wurde definiert als *„übergreifendes politisches Netz unter den sozialen Bewegungen sowie zwischen sozialen Bewegungen und den Machtapparaten der Politik"*. Ziel müsse dabei sein, den *„Selbstpolitisierungsprozeß der Bewegungen durch einen dauerhaften Organisationsrahmen für die notwendigen Debatten und Initiativen"* zu „erleichtern". (MOZ 9/82).

Diese verblüffende Koalitions-Bildung gegen die „Revier"-Gruppe konnte aber den Bruch entlang der Vorstellungen der Gruppe Z einerseits, der KDS andererseits nicht mehr aufhalten. Auf dem ISP-Bundeskongreß am 24. Oktober in Hamburg (gekommen waren ca. 100 der 362 eingeschriebenen Mitglieder) wurden noch einmal beide Auffassungen ausführlich gegeneinander gestellt. Michael Stamm (Gruppe Z) legte im Eingangsreferat dar: Die ISP könne nur überleben und größeren Einfluß gewinnen, wenn sie in die politischen Bewegungen „eingreift", statt lediglich zu „kommentieren". Die entscheidende Aufgabe sei die Eroberung von starken parlamentarischen Positionen. Nur dadurch könne die Möglichkeit offengehalten werden, die sich anbahnende Rechtswende durch die Bildung von linken Mehrheiten zu verhindern. Aufgabe der ISP/MOZ müsse es in diesem Zusammenhang sein, in Abgrenzung zur Fundamentalopposition und zu den Vertretern eines bedingungslosen Anpassungskurses an die SPD die 'Hamburger Linie' (Tolerierung) zu verfechten. Die alternative Wahlbewegung sei für die ISP das wichtigste Interventionsfeld - die Grünen müßten in dieser Bewegung als Zentrum angesehen und akzeptiert werden; hingegen seien die DS ein „bereits gescheitertes Projekt". Der Gegenströmung (KDS,SI) warf Stamm vor, die „Politik- und Interventionsfähigkeit" zugunsten einer Verharmlosung des „Rückzugs ins Private" preiszugeben. Zwar sei es im ersten Anlauf nicht gelungen, die ISP wunschgemäß aufzubauen. Nun gelte es umso mehr, die Probleme anzupacken und einen neuen „Aktivistenzusammenhang" zu schaffen, Organisationsstrukturen aufzubauen, regelmäßige zentrale Treffen zu organisieren und mit Großveranstaltungen an die Öffentlichkeit zu treten. Für die Gegenposition sangen W. Maier und R. Fücks (KDS) noch einmal das Hohe Lied auf die „neuen sozialen Bewegungen", auf ein „neues Politikverständnis" und auf „die gänzlich andere Art, uns selber zu produzieren". Die von der Gruppe Z betriebene und für die ISP als verbindlich geforderte Politik zur Eroberung von Parlamentspositionen sei eine **„formale Verengung sozialistischer Politik". Das sei die Fortsetzung der gescheiterten altlinken Politik, die ein rein äußerliches Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen habe und auf den bürgerlichen Staat fixiert bleibe.**

Die sonstigen Beiträge orientierten sich im Wesentlichen an diesen beiden Argumentationslinien. Nachdem Klaus Goltermann (Gruppe Z) den Kritikern vorgeworfen hatte, ihnen gehe es in Wahrheit um die schrittweise „Eliminierung sozialistischer Positionen", und nachdem Michael Stamm (gleichfalls Z) mit einem phantastischen Stalinismus-Vorwurf an die Kritiker die äußersten Grenzen von Anstand und Vernunft überschritten hatte, kam Goltermann zur Sache: Er trug drei Anträge zur Abstimmung vor. Erster Punkt war die pauschale „Zurückweisung" der KDS/SI-Kritik durch die Versammelten. Das wurde mit 73 gegen 14 Stimmen (vier Enthaltungen) angenommen. Daraufhin erklärten — wie wohl niemand anders erwartet hatte — Fücks, Maier und Esser (KDS) ihren Austritt aus der Redaktion. Hallbauer (SI) schloß für sich und Ulrich Schreiber eine weitere Mitarbeit ebenfalls aus, verwies aber auf eine Versammlung seiner Gruppe, die darüber endgültig zu entscheiden habe. Danach ließ Goltermann dem nicht anwesenden Gukelberger (gleichfalls SI) die „herzliche Bitte" ausrichten, er möge weiter in der Redaktion mitarbeiten.

Goltermanns nächster Antrag — Bestätigung der übrigen MOZ-Redakteure in ihren Funktionen — wurde ohne förmliche Abstimmung angenommen. Dritter Punkt war eine Erweiterung der MOZ-Redaktion um eine Reihe namentlich genannter Personen, darunter Christian Schmidt (AL und GAL Hamburg), P. Rieckmann (von der SOST-Abspaltung ALSO), M. Barg (Grüne Nordrhein-Westfalen), Rolf Ascheberg (Gruppe Z, Westberlin) und K.D. Zahn (SB, „express"). — Es gab leichte Unmutsäußerungen, als deutlich wurde, daß die von Goltermann vorgeschlagenen Personen teilweise noch gar nicht um ihre Zustimmung gefragt worden waren; für einige der Genannten wurde sogar direkt angezweifelt, ob sie zu einer Mitgliedschaft in der MOZ-Redaktion überhaupt bereit wären. — Man beschränkte sich dann darauf, dem von Goltermann präsentierten Katalog als Angebot an die Genannten zuzustimmen.

Am Rande des ISP-Kongresses war schon zu Beginn ein Schreiben der „Revier"-Redaktion verlesen worden (vgl. Kasten), in dem der Austritt aus der MOZ-Redaktion mitgeteilt wurde. Insgesamt haben somit acht von 18 MOZ-Redakteuren den Dienst quittiert.

Zumindest die Gruppe Z, die das Unternehmen nun noch fester im Griff hat als zuvor, ist der Ansicht, daß diese Abgänge in Wirklichkeit kein Verlust sind, sondern eher eine Stärkung der ISP durch „Ballast-Abwerfen" bedeuten. Die Weggegangenen seien entweder Schwätzer, die der angestrebten „Politikfähigkeit" der ISP bloß im Wege standen (KDS, Teile der SI), oder es seien ‚traditionssozialistische Sektierer" („Revier"), mit denen die angestrebte Schwerpunktsetzung der ISP bei den Grünen nicht zu realisieren gewesen wäre. Im Übrigen hofft die Gruppe Z, daß die Neuerwerbungen die Abgänge mehr als wettmachen werden, zumal wenn darunter Leute sind, die einen gewissen „Namen" in der grün-alternativen Politik haben. Solche Neuzugänge hat das Projekt aber auch bitter nötig, um wieder von dem negativen Image wegzukommen, es sei — zumal nach dem Ausscheiden von drei verschiedenen Gruppen (KDS, SI, „Revier") nur noch ein reiner Z-Laden, mit Wolf und Nolle als Dekorationsstücken. Ob die MOZ (derzeit knapp über 5.000 verkaufte Exemplare) nach dem Personalaustausch einen Aufschwung erleben wird, muß bezweifelt werden, zumal die Konkurrenz auf dem links-grünen Markt derzeit zunimmt.

Was die aus der ISP ausgestiegenen Maier und Fücks angeht, wird man sie möglicherweise bald wieder mit ihren alten Freunden vom KBW gemeinsam erleben: Der KBW hat sich in den letzten Jahren in teilweise atemberaubendem Tempo von dumpf-sektiererischen Positionen zur Grünen-Vergötzung entwickelt, kommt den Vorstellungen der KDS also sehr nahe. Und da die KBW-Zeitung KVZ („Kommunistische Volkszeitung") demnächst wohl auf Monatszeitschrift umgestellt wird (bisher Wochenzeitung) und dann auch nicht mehr Organisationszeitung des KBW sein soll, könnte dort ein neuer links-grüner Sammlungsversuch „jenseits des linken Ghettos" entstehen.

MODERNE ZEITEN

Austrittserklärung der „Revier"-Gruppe

Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit erklären wir unseren Austritt aus der Redaktion der „Modernen Zeiten".

Dieser Schritt ist unsererseits notwendig geworden, da die „MOZ" sich in den letzten Monaten in einer von uns nicht mehr mitzutragenden Richtung entwickelt hat. Der in der „MOZ"-Plattform anvisierte Brückenschlag zwischen grünalternativer Bewegung und traditioneller Arbeiterbewegung, den wir als Zielsetzung eines sozialistischen Projektes MOZ/ISP unterstützt haben und nach wie vor für richtig halten, ist mittlerweile fallengelassen und durch eine Einbahnstraße in Richtung Partei „Die Grünen" ersetzt worden. Wir teilen nicht die Auffassung, daß Sozialisten heute als linker Flügel bei den „Grünen" zu arbeiten hätten, halten das im Gegenteil für eine kurzsichtige Version von „Realpolitik" und können daher eine entsprechende Ausrichtung der Zeitschrift als Propagandaorgan für diesen Modetrend nicht mitvollziehen. Das gilt umso mehr, als die „MOZ" zwar den „Parteibildungsprozeß von unten" reklamiert, bezüglich des Parteiansatzes der „Demokratischen Sozialisten" hingegen eher auf „Liquidierung von oben" orientiert.

Beiläufig wollen wir erwähnen, daß unsere mangelnde Präsenz bei Redaktionssitzungen in den letzten Monaten nicht in erster Linie ein Problem mangelnder Motivation und Auseinandersetzungsbereitschaft, sondern vor allem dem merkwürdigen Umstand geschuldet war, daß die Kernredaktion der „MOZ" das besondere Geschick besaß, ausnahmslos alle Termine von „MOZ" und ISP auf Termine der „Initiative Soziale Sicherheit" zu legen. An der ISP-Tagung am 24.10. können wir daher wiederum nicht teilnehmen, weil genau da der seit Juni festliegende 3. Kongreß der ISS stattfindet.

Wir gestehen die partielle Berechtigung der Kritik ein, daß wir nicht intensiv genug an der „MOZ" mitgearbeitet haben, weisen aber auch darauf hin, daß wir seit Ende letzten Jahres angeregt haben, eine Fachredaktion „Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik" zu bilden, die mit unserer Unterstützung den entsprechenden Beitrag zur inhaltichen Gestaltung der „MOZ" hätte übernehmen sollen. Leider ist diese Anregung, wie auch anderes, dem Dauerzank in der Redaktion um Ein- und Ausgrenzungen zum Opfer gefallen.

Unser Rückzug aus der „MOZ" soll nicht heißen, daß wir nicht zu punktueller Mit- und Zusammenarbeit in fairer Weise bereit wären.

Venceremos!

Duisburg, 22.10.82

Fortsetzung von voriger Seite

sozialen Folgen der Krise in die Familie zu verlagern und so die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frauen wieder zu steigern. Wir fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und wenden uns gegen jede Form der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Frau, wir treten ein für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Frauen, für den Ausbau sozialer Dienstleistungen und die ersatzlose Streichung des §218 bei gleichzeitiger Förderung und weiterer Erforschung sicherer Schwangerschaftsverhütungsmethoden für Mann und Frau. Im Rahmen unserer friedenspolitischen Orientierungen wenden wir uns insbesondere gegen alle Versuche einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft durch eine Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr.

6. Gegen die Regierung des Bürgerblocks

In der gegenwärtigen politischen Situation ist unser Hauptgegner die CDU/CSU/FDP-Bürgerblockregierung. Sie steht für eine verschärfte bürgerliche Krisenpolitik. Wir machen jedoch gleichzeitig deutlich, daß diese Politik von den vorausgegangenen SPD-geführten Regierungen eingeleitet wurde und die CDU/CSU direkt an dem anknüpfen konnte, was die Regierung Schmidt vorbereitet hatte.
Es ist uns jedoch nicht gleichgültig, ob die Bürgerblockparteien oder die SPD regiert. Wir treten dafür ein, daß eine linksoppositionelle Bundestagsfraktion sich in ihrem Abstimmungsverhalten bei einzelnen dem Parlament vorgelegten Entscheidungen und Gesetzesvorlagen allein von dem Prinzip der konsequenten Interessenvertretung der Arbeiter- und gesellschaftlichen Massenbewegungen leiten läßt und gegen alle dem widersprechende Vorlagen stimmt. Gegenüber der SPD muß deutlich gemacht werden, daß ein Zustimmung zum Haushalt und ein entsprechendes Abstimmungsverhalten bei Kanzlerwahl und Mißtrauensvotum von der Erfüllung bestimmter inhaltlicher Mindestanforderungen abhängig gemacht wird. Kriterien für die Aufstellung solcher Bedingungen müssen ihre Verankerung in der Arbeiter- und den gesellschaftlichen Massenbewegungen bis hinein in Teile der Sozialdemokratie sein; sie müssen gleichzeitig einen deutlichen Bruch mit der bisherigen SPD-Politik markieren. Im Mittelpunkt müßten heute die Verhinderung der NATO-Nachrüstung, die Rücknahme der Sparmaßnahmen und ein wirksames Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — u.a. durch eine Wende in der Energie-, Umweltschutz- und Rüstungspolitik — stehen.
Entsprechende Verhandlungen mit der SPD müssen nach dem Prinzip der Öffentlichkeit geführt werden. Die Betroffenen müssen im Laufe dieser Gespräche ständig informiert und mobilisiert werden, um die Diskussion innerhalb der Mitglieder und Wählerschaft der SPD voranzutreiben! Nur so kann das Potential der linksoppositionellen Kräfte gestärkt werden. Wir sind gleichzeitig entschiedene Gegner einer Koalition mit der SPD, die heute nur um den Preis einer Aufgabe der wesentlichen Forderungen der Arbeiter- und der gesellschaftlichen Massenbewegungen zu erkaufen wäre.

***

Über diese Programm- und Aktionsschwerpunkte hinaus machen die DS ihre besondere sozialistische Identität deutlich, insbesondere ihre Perspektive einer neuen, nicht mehr der Logik des Profits folgenden, aber auch die Sackgasse einer bürokratischen Verstaatlichung vermeidenden neuen Gesellschaft deutlich, deren wesentliche Fundamente eine wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine demokratische Selbstverwaltung auf allen Ebenen sind.
Die DS werden anhand der hier formulierten Aktions- und Programmschwerpunkte prüfen, inwieweit eine oppositionelle Kandidatur zu den nächsten Bundestagswahlen in den wesentlichen Anforderungen an eine linke Alternative genügt und eine inhaltliche und personelle Unterstützung und Beteiligung durch die DS ermöglicht.

FDP: Jetzt Spaltung

Der Bundesparteitag der FDP in West-Berlin hat sein Ziel, ein geschlossenes Bild der Partei herzustellen, nicht erreicht. Der rechte Genscher-Flügel konnte sich in allen wichtigen Fragen durchsetzen und war nur zu einigen wenigen Kompromissen bereit. Durch diesen Ablauf ist es endgültig zum Bruch zwischen dem links-liberalen Teil der Partei und dem konservativen Flügel gekommen. Diese vollzogene Bruchlinie läßt sich nicht nur an der Ankündigung zur Gründung einer neuen linksliberalen Organisation ablesen.

Viel wichtiger ist, auch in Zukunft die Entscheidungen, die die Partei prägen werden (Zustimmung zum weiteren Sozialabbau, Zustimmung zum Nato-Nachrüstungsbeschluß etc.) vom rechten Flügel getroffen werden und eine Mitarbeit von ,,linken'' Kräften wie Baum zwar weiterhin erwünscht ist, deren Einflußmöglichkeit aber gegen Null reduziert wird. Wie auch immer Baum oder andere Größen ihren Verbleib in der FDP begründen wollen — nach den Beschlüssen des Parteitags dürfte vor allem bei den jungen Wählern diese Partei völlig unattraktiv geworden sein. Die Umschichtung im Wähler- und Mitgliedspotential ist ein weiteres Resultat des Parteitages. Die ,,Welt'' vom 11.11. meldete: *,,Aus Recklinghausen heißt es, vor allem Selbständige drängten in die Partei. Die Düsseldorfer FDP-Zentrale bestätigte gestern diese Tendenz''.*

Die Entscheidungen

Nachdem sich Genscher bei der Wahl zum Parteivorsitzenden klar gegen Ronneburger durchsetzen konnte, gab es auch in den anderen Gremien eine deutliche Verschiebung zugunsten des Genscher-Flügels. So sind die Genscher-Gegner im Parteivorstand nur noch mit einem Drittel aller Mitglieder vertreten, während sie vorher knapp die Hälfte stellten. Allerdings hatten nach der Wiederwahl Genschers einige Linke wie Strässer, Borm und Schuchardt auf eine Wiederwahl verzichtet.

Es gelang ihnen aber nicht, Baum zum gleichen Verhalten zu bewegen. Dieser wurde schließlich mit einer Stimme Mehrheit zu einem der drei Stellvertreter Genschers gewählt. Die Jungdemokraten standen für alle Wahlen nicht mehr zur Verfügung. Der Parteitag wählte ohne Gegenkandidaten einen Vertreter der Genscher-Getreuen Jungen Liberalen (JuLis) in den Vorstand.

Noch deutlicher als bei den Vorstandswahlen wurde der Durchmarsch der Rechten bei den inhaltlichen Beschlüssen des Parteitags.
— Der Parteitag rechtfertigte nachträglich den Koalitionsbruch mit der SPD. Eine Mehrheit kritisierte zwar die Art und Weise des vollzogenen Bruchs; diese Feststellung wird aber für die Praxis keine Bedeutung haben.
— Der Parteitag stellte die Weichen für die Trennung von den Jungdemokraten und beschloß eine finanzielle Förderung der JuLis.
— Der Parteitag stellte sich voll hinter Graf Lambsdorffs Wirtschaftskonzept. Verheugens Anträge, dem Wirtschaftssystem eine der Vollbeschäftigung dienende Funktion zuzuweisen, wurde ebenso abgelehnt wie eine erweiterte Mitbestimmung über eine Beteiligung der Beschäftigten an den Investitionsentscheidungsprozessen.
— Der Parteitag bestätigte die Politik des sogenannten Nato-Doppelbeschlusses und lehnte einen Antrag ab, die ,,Nachrüstung'' mit Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Frage zu stellen oder aber zumindest auf seegestützte Atomraketen zu beschränken. Wie mit dieser Beschlußlage gleichzeitig eine Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung angestrebt werden soll, (so lautet ein mehrheitlich angenommener Antrag Verheugens) bleibt unklar.

Das Verhalten der Partei-Linken

Nach den ersten Abstimmungsniederlagen zogen ein knappes Viertel der Delegierten aus, um zusammen mit anderen Parteimitgliedern auf einem Gegenkongreß über ihre weitere politische Heimat zu diskutieren. Es wurde beschlossen, die auf Landesebene gegründeten ,,Liberalen Vereinigungen'' auf Bundesebene zusammenzufassen und für den 28.11. einen Kongreß nach Bochum einzuberufen. Besonders die Jungdemokraten und deren ehemalige Mitglieder drängen auf die Gründung einer neuen Partei. Anderen geht es darum, es bei der Gründung des Bundesverbandes Liberaler Vereinigung zu belassen und in der Partei bis zum 6.3.83 (voraussichtlicher Wahltermin) zu bleiben. Nur so könnten, ihrer Meinung nach, weitere Prominente für eine neue Partei gefunden werden. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß bei weiterem Warten auf die ,,Prominenz'' die Basis für eine eigene links-liberale Organisation immer kleiner wird, zumal ja auch gerade die ,,Prominenz'' von der SPD umworben wird, bzw. im Falle von Frau Matthäus-Maier schon zur SPD übergewechselt ist. Noch ist sie mit ihrer SPD-typischen Argumentation, eine linke FDP-Abspaltung würde bei einer Bundestagswahl, da sie unter 5 % bliebe, nur Kohl bzw. Strauß nützen, isoliert, aber ihre Chancen dürften sich bei einer abwartenden Taktik eher verbessern. Die Jungdemokraten werden einen Tag vor dem Bochumer Treffen die Abkoppelung von der FDP beschließen. Besonders viele Austritte hat es bisher in West-Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen gegeben. In Bochum z.B. rechnet man damit, daß etwa die Hälfte der 280 Mitglieder die Partei verlassen, u.a. auch drei der vier Ratsmitglieder.

Vorsitzender der Grauen Wölfe wegen Papst-Attentat in Haft

Wieder steht in Frankfurt ein international gesuchter Killer vor dem Haftrichter. Wieder ist es eine Person, die mit Mord, Terror und Rauschgift in Zusammenhang gebracht wird. Wieder ist es die italienische Justiz, die den Haftbefehl ausgestellt hat. Mensch fragt sich also, wann ihn die deutsche Justiz laufen läßt...

Am 1.11. wurde in Kriftel in der Nähe von Frankfurt der Vorsitzende der Türk-Föderation, Cedar Celebi, festgenommen. Der von einem römischen Untersuchungsrichter ausgestellte Haftbefehl beschuldigt ihn, zusammen mit fünf anderen Personen das Attentat auf den Papst vorbereitet und geplant zu haben, das im Mai 81 von dem Grauen Wolf Ali Agca vor dem Petersdom ausgeführt worden war. Celebi habe Geld und Waffen besorgt und das Verbrechen auf konspirativen Treffen in Zürich und auf Mallorca vorbereitet. Ähnlich wie schon beim Fall Fiebelkorn vier Wochen zuvor (V-Mann des BKA, verdächtigt, am Bombenattentat in Bologna 1980 beteiligt gewesen zu sein) reagierte die Presse mit Gleichmut und Desinteresse. Dabei müßte auch dieser Fall jedem Demokraten den Atem stocken lassen.

Seit langem ist bekannt, daß die Türk-Föderation mit Sitz in Frankfurt nichts anderes als die Auslandszentrale der türkischen Faschisten (MHP) ist. Sie wurde 1978 als Tarnorganisation gegründet, nachdem die offiziellen MHP-Auslandsgruppen durch einen türkischen Urteilsspruch verboten worden waren. Celebi ist seit 1979 Vorsitzender dieser Dachorganisation der sog. ,,Idealistenvereine''. Zuvor leitete er die MHP in Istanbul, eine blutrünstige Truppe, auf deren Konto eine erschreckende Zahl von Morden, Überfällen etc. geht. Dies hinderte die westdeutschen Behörden nicht, Celebi eine Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, die bis Juni 81 befristet war. Ein (inzwischen verstorbener) CDU-Stadtverordneter aus Hessen, Kontaktmann der Grauen Wölfe in der BRD, hatte sich für ihn verwandt. Alle Proteste westdeutscher und türkischer Antifaschisten verhallten ungehört: Das MHP-Auslandszentrum in der Frankfurter Gutleutstr. 171 ,arbeitet' bis zum heutigen Tag unbehelligt von Polizei und Justiz. Erst nachdem am 13. Mai 1981 Ali Agca den Papst angeschossen hatte, gab es überhaupt eine größere Öffentlichkeit für diese Frage. Sämtliche Zeitungen berichteten, nachdem der Verdacht aufgetaucht war, Agca habe sich in der BRD aufgehalten, auf einmal über die Türk-Föderation und ihre Verbindungen zu den Grauen Wölfen. Konsequenzen folgten jedoch nicht. Obwohl Agca einen Stempel deutscher Grenzbehörden in einem der bei ihm gefundenen Pässe hatte, obwohl er mehrfach Telefongespräche in die BRD geführt hatte, und obwohl Überläufer der MHP schon vor dem Papstattentat die deutsche Polizei davon unterrichtet hatten, daß sich mit Agca ein gefährlicher Killer in der BRD aufhalte, behaupteten die Innenbehörden, ihnen läge kein Hinweis auf Agca vor. Damals bereits wurde der Name Celebi im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat mehrfach genannt. Doch Celebi konnte weiter seinen faschistischen Aktivitäten nachgehen, er konnte auf Versammlungen agitieren und in Darmstadt sogar ein Haus kaufen — namens eines ,,Türkisch-Islamischen Kulturvereins'', der in der Türkei gerichtsoffiziell als MHP-Tarnorganisation bezeichnet wird. Denn auch in Darmstadt fand sich ein respektabler Fürsprecher für Celebi und Co., ein Günter Koch, zur Abwechslung mal aus den Reihen der FDP. Freilich: Lokalpolitiker der CDU oder FDP wären kaum in der Lage, hochkarätigen Faschisten-Funktionären derartige Vergünstigungen zu verschaffen. Vielmehr brachte es die MHP so weit, daß ihr ,,Führer'' Türkes von Strauß empfangen wurde, und daß ihre westdeutschen Spitzenfunktionäre Gespräche sowohl mit dem ehemaligen CDU-Innenminister von Rheinland-Pfalz, Schwarz, als auch mit dem Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz führten. Letzteres hatte bekanntlich die Auswirkung, daß der niedersächsische VS die Grauen Wölfe für nicht existent erklärte, der hessische VS nach dem Papst-Attentat sich damit herausredete, daß man leider kein Türkisch könne (außer wenn es gegen ,,Linksterroristen'' geht) usw. Und es hat bestimmt auch die Auswirkung gehabt, daß die Türk-Föderation wie auch Herr Celebi (trotz abgelaufener Aufenthaltsgenehmigung) weiter ihr Unwesen treiben konnten. Mithin haben christliche Politiker ihre Hand schützend, bewußt schützend!, vor diejenigen gehalten, in deren Kreisen das Papst-Attentat geplant und ausgeführt wurde. Schade, daß diese Tatsache in Polen so wenig bekannt ist...

Zusammengebrochen ist spätestens mit der Verhaftung Celebis aber nicht nur das Märchen, der Anschlag vom Petersdom sei jedenfalls nicht hierzulande vorbereitet worden. Denn schon im Februar war in Hamburg ein Komplize Agcas festgenommen worden, der auf einem Foto neben dem Attentäter auf dem Petersplatz zu erkennen gewesen war. Zusammengebrochen ist auch die Mär, Agca sei — wie Gundolf Köhler, der Oktoberfestattentäter — ein Irrer gewesen, der allein und in geistiger Umnachtung gehandelt habe. Sondern es handelte sich um einen gezielten Schlag einer der gefährlichsten Faschistenorganisationen, die es gegenwärtig gibt. Weshalb die Grauen Wölfe allerdings ausgerechnet den Papst als Opfer auserkoren haben und nicht ein anderes, staatliches Oberhaupt, ist eine Frage, die zum Nachdenken Anlaß gibt. Innenpolitische Motive, die aus den spezifischen Interessen der türkischen Faschisten herrühren würden, geben da eigentlich keine befriedigende Antwort.

Vielleicht könnten christliche Politiker dank ihrer intimen Kenntnis der MHP einiges zur Aufhellung dieser mysteriösen Hintergründe beitragen...?

Celebi sitzt in Frankfurt-Preungesheim in Auslieferungshaft. Letztlich entscheidet die christlich-liberale Bundesregierung darüber, ob er wirklich an Italien ausgeliefert wird.